



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

HOLGER CHRISTIER

Sozialdemokratie und Kommunismus

Die Politik
der SPD und
der KPD
in Hamburg
1945-49



LEIBNIZ





HOLGER CHRISTIER

Sozialdemokratie und Kommunismus

Die Politik der SPD
und der KPD
in Hamburg 1945-1949

LEIBNIZ-VERLAG

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND X
*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann und Werner Jobe*

© Leibniz-Verlag Hamburg 1975
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Gesamtherstellung Hamburger Druckerei-
gesellschaft Kurt Weltzien
Printed in Germany
ISBN 3 87473 015 8
Bestell-Nr. 2 8110 9

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	7
I. Das Verhältnis von SPD und KPD in Hamburg in der letzten Phase der Weimarer Republik	17
II. Grundzüge des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandes in Hamburg	34
III. Erste Neuansätze der Hamburger Arbeiterbewegung: Die Sozialistische Freie Gewerkschaft (SFG)	59
IV. Die Auseinandersetzungen um die Einheit der Arbeiterschaft in Hamburg (Juni bis Oktober 1945)	79
V. Zur politischen Konzeption der KPD in Hamburg 1945/46	106
VI. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten Herbst 1945 bis Sommer 1946	149
Die personelle Kontinuität der Hamburger SPD und KPD in der Zeit vor und nach dem Dritten Reich	
Altersaufbau und Sozialstruktur der Hamburger SPD 1946 im Vergleich zu 1931	

VII. Von der Massenpartei zur politischen Sekte: Die KPD in Hamburg 1946 bis 1950	197
VIII. Der Weg in die Gesellschaft: Die SPD in Hamburg 1946 bis 1949	237
Schluß: Kontinuität und Restauration in der Arbeiterbewegung	261
Abkürzungsverzeichnis	267
Anmerkungen	268
Quellen- und Literaturverzeichnis	327
Personenregister	346

Einleitung

Wer die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland einer eingehenden, insbesondere historische Perspektiven berücksichtigenden Analyse unterziehen und dabei vor allem die Frage klären will, warum manche Entwicklungen so, wie wir sie heute verfolgen können, und nicht anders verlaufen sind, wird sich der Tatsache bewußt bleiben müssen, daß wesentliche Grundlagen hierfür bereits in der ersten Phase nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches geschaffen wurden. In diesem Sinne kann eine Untersuchung, die sich mit Teilaspekten dieses wichtigen und gerade auf lokaler und regionaler Ebene keineswegs hinreichend erforschten Zeitraums vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 befaßt, ihre subjektive Motivierung erfahren und zugleich einen weiterreichenden Gesichtspunkt hervortreten lassen, ohne daß dieser selbst unmittelbarer Gegenstand der Ausführungen wäre. Obwohl der Verfasser somit zwischen dem zu behandelnden historischen Abschnitt und der nachfolgenden, bis in die Gegenwart reichenden Periode eine deutliche Verbindung sieht, ohne sie in dieser Arbeit allerdings im einzelnen aufzeigen zu können, geht er nicht so weit, unmittelbare Nutzungen für die Gegenwart oder die Zukunft zu formulieren; sowohl das Bewußtsein von der Unmöglichkeit, historische Erkenntnisse ohne weiteres für spätere Zeiten fungibel zu machen, wie auch eine allgemeine Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit und Bereitschaft der politisch Handelnden, aus der Geschichte Lehren zu ziehen und auch anzuwenden, hindern ihn daran. Da sich aber andererseits geschichtliche Abläufe nicht nach unbeeinflußbar deterministischen Bewegungsgesetzen vollziehen, stellt sich um so drängender die Frage nach den Alternativen

8 Einleitung

und ihren Realisierungschancen innerhalb des jeweiligen historischen Abschnitts selbst. Wer – wie der Verfasser – der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht ohne erhebliche kritische Reserve gegenübersteht, die sich weniger an der Teilung Deutschlands als vielmehr an gewissen inneren Zuständen und Entwicklungen in der Bundesrepublik entzündet, wird gerade der Suche nach möglichen Alternativen und ihrer Einschätzung breiten Raum geben, auch wenn dabei der Bereich des Hypothetischen nicht immer ganz umgangen werden kann. Somit könnte die Arbeit doch dazu beitragen, durch Aufzeigen des Ursprungs bestimmter Entwicklungen wünschenswerte Innovationsprozesse zu fördern.

Die vorliegende Untersuchung ist eine monographische Regionalstudie zum Wiedererstehen der Arbeiterparteien in Hamburg nach den zwölf Jahren des Dritten Reichs und zu ihrer weiteren Entwicklung bis ins Jahr 1949, das einen – wenn auch nicht sehr tiefen – Einschnitt in der jüngeren deutschen Geschichte darstellt. Damit erlegt sich der Verfasser von vornherein gewisse Beschränkungen auf. Er konzentriert sich nicht nur auf einen bestimmten Zeitraum, sondern vor allem auch auf ein regional recht eng begrenztes Gebiet und stellt darüber hinaus nur einen bestimmten Ausschnitt aus dem politischen und sozialen Spektrum, nämlich die Arbeiterparteien und die Arbeiterbewegung,¹ in den Mittelpunkt der Betrachtung. Obgleich nicht nur das Eigenleben der Arbeiterorganisationen, sondern gerade auch das Geflecht ihrer Beziehungen zueinander, insbesondere das Verhältnis von SPD und KPD, untersucht werden, so kann doch aufgrund dieser Einschränkungen das Erkenntnisziel primär nur ein begrenztes sein. In dieser Arbeit kann zwar nicht von dem »Gesamtzusammenhang der Nachkriegsentwicklung im besetzten Deutschland«² abgesehen, andererseits aber auch nicht der Anspruch erhoben werden, aus einem lokalen Blickwinkel heraus die Lage des gesamten Deutschlands in den ersten Monaten und Jahren nach der Kapitulation zu erfassen und zu beschreiben; sie kann nicht einmal typische oder paradigmatische Prozesse aufzeigen, weil es solche nur in sehr begrenztem Umfange gegeben hat und eine solche Aufgabe erst nach der Erstellung überregional anwendbarer Kategorien geleistet werden könnte.

Mit dieser letzten Bemerkung wird bereits die besondere historische Situation dieser Jahre betrachtet, die wie wohl nur wenige Abschnitte der jüngsten deutschen Vergangenheit lokal begrenzte Studien rechtfertigt. Mit der totalen militärischen Niederlage des Dritten Reichs und der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 war jede zentrale Gewalt über Deutschland zerbrochen. Auch nachdem der Einmarsch der Alliierten, die sich vorher³ auf eine Einteilung des Reichsgebiets in Zo-

nen geeignet hatten, abgeschlossen war, wurde sie nicht wiederhergestellt. Aber »nicht nur, daß Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt wurde, es war jeder Ort auf längere Zeit hinaus völlig isoliert und ohne Verständigung mit dem Nachbarort.«⁴ Vor allem in den Jahren 1945 und 1946 begünstigte diese Unterbrechung der Kommunikation sowohl zwischen den einzelnen Zonen als auch besonders zwischen den größeren Städten, die immer Zentren der Arbeiterbewegung gewesen waren, nicht nur lokale Sonderentwicklungen, sondern machte sie, da überall unter sehr verschiedenartigen Bedingungen zur Linderung der größten Not sofort mit dem Wiederaufbau der zerstörten Institutionen des öffentlichen Lebens begonnen werden mußte, geradezu erforderlich. Die Bedeutung der unterschiedlichen Prinzipien in der Besatzungspolitik der vier Siegermächte ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Aufgrund dieser Situation sind Städte und Landschaften für einen gewissen Zeitabschnitt als Objekte historischer Betrachtungen schon isoliert und brauchen nicht mehr oder minder willkürlich aus größeren staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen zu werden, um ihrem Eigengewicht angemessen Rechnung tragen zu können.

Diese Umstände verweisen zugleich auf die Möglichkeiten einer solch eingegrenzten Aufgabe: stärker als bei einer umfassenderen Problemstellung können einzelne Entwicklungsprozesse verfolgt und detailliert nachgezeichnet werden. Außerdem können die führenden Personen und die Beschränkung ihrer Wirkungsmöglichkeiten durch die katastrophale Wirtschaftslage, die Weisungen und Anordnungen der Besatzungsmächte und schließlich — als die überregionalen Verbindungen wieder stärker wurden — durch die sich allmählich wieder bildenden Zentralinstanzen im einzelnen dargestellt werden. Somit geht es also zunächst darum, für diese infolge der zeitlichen Nähe noch nicht sehr intensiv behandelte Periode das Wissen im Detail zu mehren, um — zusammen mit anderen Arbeiten⁵ — die Basis zu schaffen für eine induktive und systematische Gesamtdarstellung.⁶ Außerdem gilt es, viele Dokumente jetzt der Vergessenheit zu entreißen, die in einigen Jahren vielleicht nicht mehr zur Verfügung stehen, wodurch eine Aufhellung der Ereignisse noch schwieriger gemacht würde.

Die besondere historische Situation dieser Monate und Jahre bestimmt auch in großem Maße die Materiallage für die vorliegende Arbeit. Papierknappheit, das Fehlen von Presseorganen der Parteien und Gewerkschaften, die in der britischen Zone erst im Frühjahr 1946 wieder erscheinen durften, und die Zensur der britischen Militärbehörden, die jedes für einen größeren Personenkreis bestimmte Schriftstück einer

scharfen Kontrolle unterzogen, beschränken Zahl und Umfang der Quellen außerordentlich. Zudem sind die vorhandenen Unterlagen oft nur schwer zugänglich. Manches muß als verschollen gelten. Trotz dieser Schwierigkeiten ist die Quellenlage für die vorliegende Arbeit keineswegs völlig unbefriedigend, da dem Verfasser die gesamten Archivunterlagen des DGB – Hamburg wie auch der SPD-Landesorganisation Hamburg⁷ zur Verfügung standen. Wenn auch beide Quellenkontingente zum Zeitpunkt der Benutzung noch in einem recht ungeordneten Zustand waren, so wäre doch ohne die Einsichtnahme und Bearbeitung der in ihnen befindlichen Korrespondenzen, Protokolle und statistischen Materialien eine fundierte Darstellung über die Entwicklung der Arbeiterparteien in Hamburg in den ersten Jahren nach 1945 kaum möglich gewesen. Eine Reihe von Unterlagen, vor allem zu den quellenmäßig sehr schwierigen allerersten Monaten nach der Kapitulation wie auch zur Geschichte der KPD in Hamburg, wurde dem Verfasser außerdem von privater Seite überlassen. Auch sie trugen entscheidend dazu bei, noch offene Fragen zu klären und grobe Irrtümer in der Wertung der zu beschreibenden Ereignisse zu vermeiden, wenn auch nicht für jeden Teilaspekt immer letzte Klarheit gewonnen werden konnte.

Die Beschäftigung mit einem politischen Geschehen, das erst sehr kurze Zeit zurückliegt und dessen Auswirkungen bis in die unmittelbare Gegenwart reichen, läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob eine solche Thematik schon für die historische Forschung geeignet ist, ob die Distanz bereits groß genug ist, um längerfristige Tendenzen zu erkennen und nicht stärker als unvermeidbar oder wünschenswert aus tagespolitischem Blickwinkel heraus zu urteilen.⁸ Die letztgenannte Gefahr wird jemand, der einen großen Teil seiner Ausbildung in der Zeit des »Kalten Krieges« genossen hat, sicherlich nicht gering achten, doch auch für sich in Anspruch nehmen, was Ossip K. Flechtheim in der Einleitung zu seinem Buch »Die KPD in der Weimarer Republik« gesagt hat, daß nämlich diese Gefahr zu erkennen, bedeute, sie zu verringern.⁹ Darüber hinaus ist das Problem der Spannung zwischen dem objektiv-immanenten Erkenntnis- und Kritikvermögen des Historikers und der »Versuchung . . ., seine eigenen mehr oder weniger subjektiven Wertungen als Maßstab des Geschehens anzulegen«¹⁰, wie auch das Bemühen um eine intellektuell redliche Wahrheitsfindung nicht auf eine bestimmte Epoche begrenzt, sondern stellt sich über den geschichtswissenschaftlichen Bereich hinaus grundsätzlich bei jedem Forschungsvorhaben neu. In dieser Arbeit wird dieser Gefahr auch dadurch zu begegnen versucht, daß relevante Teile des unveröffentlichten Quellenmaterials ausführlich angeführt werden; dies geschieht nicht nur, weil vielfach über eine punk-

tuelle Information hinaus in der Tat größere Textzusammenhänge von Bedeutung sind, sondern vor allem, weil ein Quellenbeleg immer noch das sicherste Mittel gegen Verfälschungen aller Art ist und zudem dem Leser die Möglichkeit gibt, über die dargebotenen Wertungen und Interpretationen hinaus sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Eine zentrale Fragestellung der Arbeit ist die nach der Kontinuität der Entwicklung der Arbeiterparteien von der letzten Phase der Weimarer Republik bis in die Zeit nach 1945, eine Frage, die ebenso in personeller wie in ideeller und organisatorischer Hinsicht zu untersuchen sein wird. Dieses Problem, dem für andere Zeitabschnitte bereits eine umfangreiche Literatur gewidmet ist¹¹ und das hier für die Arbeiterbewegung relevant wird, macht es erforderlich, das Verhältnis von SPD und KPD auch am Ende der Weimarer Republik darzustellen und die Entwicklung der Beziehungen in Widerstand und Verfolgung nachzuzeichnen. Die Frage nach der Kontinuität in der Geschichte der Arbeiterbewegung wie überhaupt die zunächst nur vermuteten Abhängigkeiten der deutschen Nachkriegsentwicklung von früheren Prozessen lassen den dominierenden methodischen Ansatz, historisch-genetisch vorzugehen, gerechtfertigt erscheinen; dies um so mehr, als dadurch Thesen wie die von einer »Stunde Null«, nach denen das Jahr 1945 einen tiefen geschichtlichen Einschnitt darstellte, diskutiert und relativiert werden können. Für einen großen Teil der Arbeit stehen damit Inhalt und Methode in Korrelation zueinander. Darüber hinaus wird es jedoch notwendig sein, für einzelne Teilaspekte des Themas einige stärker politologisch-analytische Abschnitte einzufügen.

Im Vorwort zu seinem Buch »Vom Reich zur Bundesrepublik« stellte Hans-Peter Schwarz fest, daß »die Deutschlandpolitik während der Besatzungsherrschaft von 1945 bis 1949 . . . erstaunlich lange im toten Winkel der Forschung liegengeblieben [ist]. Fasziniert von den Vorgängen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, hat das Interesse der deutschen Historiker und Politikwissenschaftler selten die fatale Marke des 8. Mai 1945 überschritten.«¹² Wenn sich auch in der historischen Forschung zunehmend die Tendenz zeigt, auf Themen aus der deutschen Nachkriegsgeschichte einzugehen, so besitzt im großen und ganzen dieser im Jahre 1966 niedergeschriebene Satz auch heute noch weitgehende Berechtigung; er gilt dabei nicht nur für die Deutschlandpolitik, sondern ebenso für die Politik in Deutschland. Die Gründe mögen in der Tat in der Faszination der bewegten vorhergehenden geschichtlichen Abschnitte, in der relativen zeitlichen Nähe zur Gegenwart, durch die — wie schon erwähnt — die Ereignisse nach 1945 noch nicht als »geschichtlich« erscheinen, sowie in objektiven Schwierigkeiten, wie

vielfach noch nicht möglicher Akteneinsicht, liegen. Nicht zuletzt besteht noch ein erheblicher Mangel an Untersuchungen, die sich nicht nur auf die allgemeine deutsche Geschichte in den Jahren 1945 bis 1949 beziehen, sondern auch speziell mit Fragen der Arbeiterbewegung und Parteiengeschichte beschäftigen. Dieses Defizit ist vor allem in der westdeutschen Forschung eklatant, in deren Mittelpunkt bisher die Darstellung der Ursachen und Auswirkungen der deutschen Teilung gestanden hat.

So ist es erklärlich, daß insbesondere die Geschichte der beiden Arbeiterparteien weitgehend der DDR-Historiographie überlassen geblieben ist, die durch eine Fülle von Veröffentlichungen – von allerdings sehr unterschiedlicher Qualität – aus dogmatisch-marxistischer Sicht wesentliche Vorarbeiten gerade auch im regionalen und lokalen Bereich geleistet hat. Erinnert sei hier vor allem an die parteioffizielle Darstellung der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« sowie an zahllose Aufsatzveröffentlichungen innerhalb der »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«.¹³ Auch wenn der Wert vieler dieser Studien durch das Erfordernis der »Parteilichkeit« und ihre allzu direkte Unterstellung unter tagespolitische Gesichtspunkte gemindert wird – etwa, wenn es heißt: »Die vorliegende Arbeit ist gegen die Macht der reaktionären Kreise des Monopolkapitals in Westdeutschland gerichtet«¹⁴ –, so bleibt doch unbestritten das Verdienst, den wichtigen Bereich der Arbeiterbewegung konsequent zu einem Forschungsschwerpunkt gemacht und durch zahlreiche Detailanalysen die Kenntnisse entscheidend gefördert zu haben. Hier besteht zweifellos in der westlichen Forschung – bedingt vor allem durch eine restaurative innenpolitische Entwicklung, die die Sozialdemokratie wie den Kommunismus an den Rand des politischen Spektrums zu drängen versuchte oder durch Verbot ausschaltete, sowie durch die Atmosphäre des »Kalten Krieges« – ein erheblicher Nachholbedarf, der nicht in kurzer Zeit bewältigt werden kann.

Die bisherigen Leistungen und Tendenzen vor allem der westdeutschen und überdies der westlichen Forschung sollen im folgenden in einem kurzen Überblick skizziert werden, ohne im entferntesten Vollständigkeit anzustreben. Bereits zu einem recht frühen Zeitpunkt sind die Besatzungszeit und die Politik der Besatzungsmächte Gegenstand von Untersuchungen geworden. Vor allem Historiker aus dem englischsprachigen Raum, die zum Teil selbst als Besatzungsoffiziere tätig waren, haben sich dieses Themas angenommen. Hier wären in erster Linie zu nennen die Arbeiten von Balfour¹⁵, Friedman¹⁶ und Padover¹⁷, die von einem liberalen Standpunkt aus sich um eine Gesamtdarstellung der Prinzipien und Grundlagen der Vier-Mächte-Besatzung bemühen; ähn-

liches unternimmt Balabkins¹⁸ unter wirtschaftlichem Aspekt. Besonders mit der britischen Besatzungspolitik befaßt sich Raymond Ebsworth¹⁹, während John Gimbel²⁰ die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht einer speziellen Untersuchung würdigt. Diese allgemeinen Darstellungen werden ergänzt durch eine Reihe von Spezialstudien, vor allem zum Potsdamer Abkommen, so durch den von Ernst Deuerlein herausgegebenen und kommentierten Dokumentenband²¹ und die unterschiedlich gewichteten Arbeiten von Faust²², Feis²³ und Davidson²⁴.

Die wichtigste und zugleich gewichtigste Leistung der westdeutschen Forschung zu diesem Problembereich bleibt die Untersuchung von Hans-Peter Schwarz, der die Entwicklung vom »Reich zur Bundesrepublik« nachzeichnet, indem er vor allem das Einwirken der Besatzungsmächte auf das verbliebene deutsche Staatsgebiet verfolgt sowie ausführlich die Konzeptionen und Denkansätze für und wider die später vollzogene Westbindung der aus den Westzonen hervorgegangenen Bundesrepublik diskutiert. Das Bemühen, die Überlegungen beider Seiten — der deutschen wie der alliierten — miteinander zu konfrontieren, führt zur Ausbreitung einer großen Materialfülle, die dieses Buch unentbehrlich macht.

Auch zur Verwaltung in den drei westlichen Zonen liegt bereits eine Reihe von Studien vor. Neben Frommes Literaturbericht²⁵ sind hier vor allem die Untersuchung von Walter Vogel²⁶ und die Dissertation von Ilse Girndt²⁷ zu nennen, von denen letztere durch spezielles Eingehen auf die Verhältnisse in der britischen Zone für diese Arbeit von besonderer Bedeutung ist. Eingegrenztere Themen behandeln schließlich Justus Fürstenau mit seiner Darstellung des Entnazifizierungsproblems²⁸ und Volker Otto, der das »Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates«²⁹ klärt. Wie bereits angedeutet, sind detaillierte Untersuchungen zu Problemen der Arbeiterbewegung und zur Geschichte der Arbeiterparteien nach 1945 primär durch die DDR-Forschung vorgelegt worden. In der westlichen Geschichts- und Politikwissenschaft, die die hier zunächst zu betrachtende SPD keineswegs völlig ignoriert hat, herrschte dagegen lange die Tendenz vor, auf die Phase nach 1945 nur im Rahmen umfassenderer Darstellungen der Gesamtgeschichte der SPD oder zumindest ihrer Nachkriegsgeschichte einzugehen. Kennzeichnend hierfür sind zahlreiche Studien, so die von Chalmers³⁰, Grebing³¹ und Klink³², denen es darauf ankommt, größere Zusammenhänge herauszuarbeiten; hinzu kommen noch einige weniger ergiebige parteioffizielle Darstellungen, vor allem aus Anlaß des 100jährigen Parteijubiläums.

Eine Reihe von Arbeiten beschäftigt sich etwas eingehender mit der Nachkriegsgeschichte der SPD, ohne jedoch ausgesprochenes Detailwissen vermitteln zu können. In diese Kategorie fallen die qualitativ unter-

schiedlichen Dissertationen von Krasomil³³, Childs³⁴ und Narr³⁵, letztere in Form eines Vergleichs mit der CDU, sowie die Untersuchungen von Pirker³⁶ und Schellenger³⁷, die von unterschiedlichen politischen Positionen aus den Weg der SPD von den Wiederaufbauten 1945 bis zum Godesberger Programm und darüber hinaus verfolgen. An diesen Veröffentlichungen wird die längere Zeit herrschende Neigung deutlich, allgemeineren Darstellungen den Vorrang vor thematisch enger gefaßten Arbeiten zu geben, ein Weg, den zu gehen notwendig gewesen sein mag, der mittlerweile jedoch in eine Sackgasse geführt hat.

So ist es nicht erstaunlich, daß sich die Forschung in zunehmendem Maße auf einzelne Problembereiche zu konzentrieren beginnt und versucht, dadurch neue Impulse zu geben und den bisherigen Erkenntnisstand zu erweitern. Einen ersten Ansatz in dieser Richtung bildet der bereits recht früh erschienene Aufsatz von Klaus Schütz in dem Sammelband »Parteien in der Bundesrepublik«³⁸, in dem der Autor nicht nur der Parteiprogrammatik, sondern auch der innerparteilichen Organisation und der soziologischen Zusammensetzung der Mitgliedschaft sein besonderes Augenmerk zuwendet. Ihm folgte die bis heute uneingeschränkt gültige Dissertation von Albrecht Kaden aus dem Jahre 1960³⁹, in der eine der dominierenden Fragen der ersten Monate nach der Kapitulation, nämlich das Problem einer möglichen Vereinigung von SPD und KPD, untersucht wird. Leider haben bis heute nur sehr wenige die in der Arbeit enthaltene Anregung aufgegriffen, diese Frage im regionalen Bereich weiter zu verfolgen; mit der vorliegenden Arbeit hofft der Verfasser hier eine Lücke schließen zu können. Von Bedeutung sind schließlich noch die Studien von Köser, der den Wandel und die Interdependenz von Organisationsstruktur und ideologisch-typologischem Selbstverständnis bis zum Godesberger Programm untersucht,⁴⁰ und Moraw, der die »Parole der Einheit« in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt.⁴¹ Wegen des wertvollen Versuchs, erste Hinweise für eine »Theorie regionaler politischer Parteien« zu liefern, muß schließlich die Arbeit von Behr⁴² über SPD und Konservatismus in Bayern nach 1945 erwähnt werden, auch wenn diese theoretischen Ansätze für die vorliegende Untersuchung nur begrenzt fruchtbar gemacht werden können, da sie auf die hier nicht intendierte Entwicklung einer umfassenden Parteientheorie abzielen.

Recht breites Interesse hat bereits die Person des ersten SPD-Vorsitzenden nach dem Kriege, Kurt Schumacher, gefunden. Neben der frühen Arbeit von Wesemann⁴³ geben die beiden Untersuchungen von Waldemar Ritter⁴⁴ und Edinger⁴⁵ wesentliche, wenn auch keineswegs unumstrittene und unproblematische Aufschlüsse über Schumachers Gedankenwelt und

politische Konzeption. Darüber hinaus liegt mit der Wiederveröffentlichung der Dissertation Schumachers aus dem Jahre 1926 eine wichtige Quelle vor, die die biographische Forschung in Zukunft wird berücksichtigen müssen.

Bisher von der westdeutschen Historiographie so gut wie gar nicht behandelt worden ist die Geschichte der KPD in den Westzonen und in Westdeutschland. Ausgehend vom Karlsruher Verbotsurteil im Jahre 1956, scheint hier bisher das juristische Interesse weitaus größer gewesen zu sein als das historische; dabei bietet gerade eine Analyse der kommunistischen Politik im Westen eine gute Möglichkeit, die Frage nach realen Alternativen zu überprüfen und zu diskutieren. Die einzige zu diesem Thema vorliegende Arbeit, die Untersuchung von Hans Kluth⁴⁶, kann nicht als abschließende Forschungsleistung angesehen werden: sie zeigt zugleich, wie sehr in diesem Punkt das Interesse noch auf die Weimarer Republik und das Dritte Reich fixiert ist. Auch die beachtliche Studie von Arnold Sywottek⁴⁷ deckt leider — aufgrund ihrer spezifischen Fragestellung — nur einen geringen Teil der Zeit nach 1945 ab und geht zudem kaum auf die westlichen Zonen ein; dennoch ist sie für die historische Herleitung der politischen Konzeption der KPD in der Nachkriegszeit unentbehrlich. Insgesamt bleiben hier noch wesentliche Desiderata, um den Anschluß an die Arbeiten von Flechtheim⁴⁸, Weber⁴⁹, Bahne⁵⁰ und Duhnke⁵¹ herzustellen. Bezeichnend für die dominierende Blickrichtung in der westlichen Forschung zu diesem Thema ist, daß die Geschichte der SED schon ein zumindest hinreichendes Interesse gefunden hat.⁵²

Wesentlich günstiger sieht es dagegen mit Darstellungen zur Geschichte der Gewerkschaften in Westdeutschland aus, die in der vorliegenden Untersuchung allerdings nur eine untergeordnete Rolle spielen. Neben der älteren Gesamtdarstellung von Pirker⁵³ sind es nun die Dissertationen von Schmidt⁵⁴, Klein⁵⁵ und — speziell für die Metallgewerkschaften — Kolb⁵⁶, die für eine angemessene Beachtung der Gewerkschaftsentwicklung gesorgt und zugleich wesentliche Grundlagen für eine mögliche Weiterarbeit gelegt haben.

Eine zusammenhängende Darstellung speziell für den Hamburger Raum gibt es bisher nicht; dies gilt sowohl für die Zeit nach 1945 als auch für die Ära des Faschismus. Lediglich die Entwicklung der Hamburger SPD in der Weimarer Zeit ist neuerdings in stärkerem Maße aufgehellert worden, ebenso der kommunistische Widerstand.⁵⁷ Ansonsten finden sich in einigen der aufgeführten Werke gelegentliche Hinweise auf Hamburg, am ausführlichsten bei Kaden. Das Interesse — soweit vorhanden — hat zudem eher der Regierungs- als der Parteipolitik ge-

golten, insbesondere der Bürgerschaft⁵⁸ und einigen bedeutenden Politikern.⁵⁹

Insgesamt zeigt dieser notwendig summarische Überblick, der überdies weithin ohne nähere Wertung der einzelnen Arbeiten auskommen mußte, daß es in Zukunft darauf ankommt, die Forschung im wesentlichen in zwei Richtungen voranzutreiben: Einmal geht es darum, den Blick auf unerforschte Bereiche zu lenken, neue Anstöße zu geben und zumindest erste Thesen zu formulieren; zum anderen muß in den Bereichen, denen schon allgemeinere Darstellungen gewidmet wurden, das konkrete Spezialwissen erweitert werden, was dann erneut zu — nunmehr fundierteren — Gesamtwürdigungen führen kann. Neue Aufgaben erwachsen außerdem aus der sich zunehmend abzeichnenden Tendenz, die bisher übliche Periodisierung zu nivellieren, nach der die tiefen Einschnitte in den Jahren 1933 und 1945 lagen. Neuere Untersuchungen — so die Arbeiten von Sywottek, Moraw und Klein — lassen das Bestreben erkennen, über diese traditionellen Grenzziehungen hinweg, die ohne Zweifel auch ihre Berechtigung haben, Zusammenhänge und Kontinuitäten aufzuzeigen. In diesem Forschungskontext steht die vorliegende Untersuchung, die auf den eingangs skizzierten Vorüberlegungen basiert.

Zum Schluß dieser einleitenden Bemerkungen bleibt dem Verfasser, allen denen zu danken, die ihn bei der Abfassung der vorliegenden Arbeit in vielfältiger Weise unterstützt haben, vor allem den Damen und Herren der Archive in Hamburg und Bonn sowie den Interviewpartnern, die durch ihre Auskünfte den Fortgang der Arbeit gefördert haben. Ein besonderer Dank gilt meinen akademischen Lehrern und den Fachkollegen, die in manchen Unterhaltungen zur Klärung der hier behandelten Probleme beigetragen haben.

I. Das Verhältnis von SPD und KPD in Hamburg in der letzten Phase der Weimarer Republik

Als sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die ersten Gruppen der alten Arbeiterbewegung neu formierten, war die Frage der Einheit der Arbeiterklasse vielerorts eines der zentralen Diskussionsthemen. Die Forderung nach einem Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde damit begründet, daß das Fehlen dieser Einheit den Machtantritt der Nationalsozialisten entscheidend gefördert habe und eine einigte Arbeiterklasse den geeinten Kräften von Reaktion und Faschismus hätte widerstehen können.¹ Wird sich diese letzte These auch niemals schlüssig beweisen lassen, so bleibt es gerade auch im Hinblick auf die Nachkriegszeit aufschlußreich, die Politik von SPD und KPD in Hamburg in den Wochen vor und besonders nach dem 30. Januar 1933 zu analysieren, da in vieler Hinsicht ihr Verhalten nach 1945 ein Reflex auf die Ereignisse von 1933 ist.

Nachdem sich die KPD in den Jahren 1921 bis 1923 auf Anraten der Sowjetunion, der es auf die außenpolitische Absicherung ihrer »Neuen Ökonomischen Politik« ankam,² um eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie in Deutschland bemüht hatte,³ folgte sie nach ihrer Niederlage im Oktoberaufstand in Hamburg 1923 wieder verstärkt dem Gesetz, unter dem sie ursprünglich angetreten war, dem des Gegensatzes zur SPD, der zugleich als Gegensatz zwischen Revolution und Reformismus begriffen wurde. Ausgehend von einer Bemerkung Stalins im Herbst 1924, daß die Sozialdemokratie der »Zwillingsbruder« des Faschismus sei,⁴ wurde insbesondere seit der Übernahme der KPD-Führung durch die »Linken« um Ruth Fischer und Maslow die Gegnerschaft zur SPD in einer regelrechten »Sozialfaschismustheorie«⁵ gerechtfertigt, derzufolge »die leitenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie im

gegenwärtigen Moment nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske«⁶ waren und die »völlige Liquidation der SPD . . . als zentrale Aufgabe erkannt«⁷ wurde. Diese Zielsetzung wurde zwar nach der Parteikonferenz im Oktober/November 1925, auf der Ernst Thälmann zum Vorsitzenden der KPD bestellt worden war, leicht modifiziert,⁸ aber unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der blutigen Zusammenstöße zwischen der sozialdemokratisch geführten Berliner Polizei und kommunistischen Demonstranten am 1. Mai 1929 setzte sich erneut die Linie der uneingeschränkten Feindschaft gegenüber der SPD durch, die nur die »revolutionäre Einheitsfront von unten«⁹ erlaubte, also die Zusammenarbeit mit dem einzelnen sozialdemokratischen Parteimitglied mit dem Ziel, es für die KPD zu gewinnen; Kontakte mit der SPD-Führung wurden abgelehnt. Bis zur Machtergreifung Hitlers wandte sich die Reichsleitung der KPD scharf gegen »alle opportunistischen Versuche, unseren prinzipiellen Kampf gegen die SPD abzuschwächen«,¹⁰ und setzte die Konfrontationstaktik auch im Zeichen der sich verschärfenden nationalsozialistischen Bedrohung unverändert fort.

Auch in Hamburg stand die KPD in den Wochen vor dem 30. Januar 1933 in harter Frontstellung zur SPD, die in ihren taktischen Zielsetzungen anhand einiger Äußerungen von prominenten Hamburger Kommunisten nachgezeichnet werden soll. Gemäß dem Sozialfaschismus-Vorwurf kam es der KPD in besonderem Maße darauf an, die SPD in die Nähe der NSDAP zu rücken oder gar mit ihr gleichzusetzen, wo immer dies möglich schien. Die Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft bieten hierfür zahlreiche Beispiele.¹¹

Als das Parlament in seiner ersten Sitzung im Jahre 1933 am 11. Januar die Frage einer möglichen Aufhebung der Wertzuwachssteuer für Haus- und Grundbesitz diskutierte, erklärte der KPD-Abgeordnete Walter Hochmuth: »Es hilft auch nichts mehr, wenn die Nazis auftreten und vortäuschen und vorgaukeln, als wollten sie – in diesem Zusammenhang auch die Sozialdemokratie – für die Mieter eintreten. Das eine steht fest: daß wir keine Minute versäumen werden, diese Illusionen, die in den werktätigen Massen über die Politik der Nazis und der SPD noch vorhanden sind, zu zerstören.«¹²

Noch deutlicher wurde der ebenfalls der KPD-Fraktion angehörende Franz Jacob, als wenig später über die NSDAP-Mitgliedschaft eines hohen Polizeibeamten debattiert wurde: »Ob es ein Nationalsozialist, ein Sozialdemokrat oder ein Deutschnationaler ist, sie alle erfüllen ihre Pflicht gegen die Arbeiterschaft. Und wenn wir einmal etwas zu sagen hätten in der Hamburger Polizeibehörde, dann würden nicht nur die

nationalsozialistischen Polizeiobersten fliegen, sondern auch eine ganze Reihe anderer Polizeioffiziere; zu allererst würde auch Schönfelder den Weg nach draußen antreten müssen.«¹³

Besonders der sozialdemokratische Polizeisenator Adolph Schönfelder¹⁴ war den Kommunisten ein Dorn im Auge, da sie nicht zu Unrecht in ihm ihren erbittertsten Feind erkannten. Wegen seiner scharf anti-kommunistischen Einstellung stand er wiederholt im Zentrum kommunistischer Angriffe, und es waren sicherlich ehrliche Gefühle, die Jacob zum Ausdruck brachte, als er feststellte: »Schönfelder ist niemals unser Freund gewesen und wird niemals unser Freund sein. Das können wir hier frei und eindeutig erklären.«¹⁵ Schönfelder betreibe eine offene Koalitionspolitik mit der NSDAP, denn »beide Flügel [SPD und NSDAP] [seien sich] in dem Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft«¹⁶ einig. Anlässlich einer Erörterung über die Erkrankung einiger Sielarbeiter an der Rattenpest steigerte der Abgeordnete Karges die Attacken schließlich bis zu der Bemerkung: »Es gehört auch zur Rattenvertilgung in Hamburg, Schönfelder, wenn man dereinst den Senator Schönfelder vertilgt wird.«¹⁷

Diese Angriffe gegen einen der führenden Hamburger Sozialdemokraten, eines von »den wenigen wirklichen politischen Talenten, die aus der Hamburger Partei in der Weimarer Zeit hervorgingen«,¹⁸ wurden zwar begünstigt durch Schönfelders exponierte Funktion als Polizeisenator, waren aber darüber hinaus keineswegs zufällig. Dahinter verbarg sich das kommunistische Konzept, durch diskreditierende Äußerungen gegen die leitenden Parteifunktionäre einen Keil zwischen Führung und Mitgliedschaft der SPD zu treiben. Diese Spaltungstaktik gegenüber der SPD war auf dem letzten Parteitag der KPD Bezirk Wasserkante vom 2. bis 4. Dezember 1932 festgelegt worden. In einer dort verabschiedeten Resolution hieß es: »Nur wenn unsere Partei versteht, »zwischen den sozialdemokratischen Führern und den sozialdemokratischen Arbeitern streng zu unterscheiden« (Thesen des 12. EKKI-Plenums), . . . nur in geduldigem zähen Ringen um die sozialdemokratischen Klassengenossen kann die Partei ihre Aufgabe für die Gewinnung der Arbeiterklasse für den Sozialismus lösen . . . Damit wachsen die Voraussetzungen für den Erfolg der Einheitsfronttaktik von unten . . . für das gemeinsame Kampfbündnis mit den Kommunisten gegen den faschistischen Hunger- und Kriegskurs der Bourgeoisie.«¹⁹ Taktisch-rhetorisches Mittel zur Herbeiführung dieser Spaltung war der pauschale Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit, die die KPD der Hamburger SPD-Führung auf immer neuen Gebieten nachzuweisen versuchte. In der bereits erwähnten Sielarbeiterdebatte war das Verhalten der SPD

für die kommunistische Fraktion der Beweis, »wie weit sich die Sozialdemokratie von den Werktätigen und der Vertretung der Interessen der Werktätigen entfernt [hat], . . . wie wenig sie mit dem Denken und Fühlen der Werktätigen verbunden ist.«²⁰ Der SPD wurde vorgeworfen, ebenso wie die »übrigen bürgerlichen Parteien« den Arbeitern nirgendwo helfen zu wollen und »ihnen erneut das dringend Erforderliche zu versagen.«²¹ Dies zeige sich nicht nur gegenüber den Staatsarbeitern, sondern auch bei den Maßnahmen der sozialdemokratisch geführten Schulbehörde.²² Eine solche arbeiterfeindliche Einstellung sei — so wurde behauptet — charakteristisch für »die Politik der Sozialdemokratie, wie sie sich in den letzten 17 Jahren in Hamburg und überall ausgedrückt«²³ habe. Zugleich wurde nicht versäumt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, »daß die sozialdemokratischen Arbeiter selbst über diese Dinge zweifellos eine andere Meinung haben werden, als die ganze sozialdemokratische Fraktion zusammengenommen.«²⁴

Der Bereich, in dem das kommunistische Werben um den sozialdemokratischen Arbeiter in erster Linie praktische Konsequenzen hatte, waren die Betriebe und damit das Gebiet der Gewerkschaftsarbeit, dem »im Rahmen der ultralinken Taktik . . . besondere Bedeutung«²⁵ zukam. Die für 1933 anstehenden Betriebsrätewahlen boten die günstige Gelegenheit, hier agitatorisch tätig zu werden. Die kommunistischen Bemühungen zielten dabei nicht nur auf den einfachen, funktionslosen sozialdemokratischen Arbeiter, sondern vor allem auch auf die Gewerkschaftsfunktionäre. Nach Ansicht der KPD bildete die Aufstellung eigener Listen für die Betriebsrätewahlen, der sogenannten »roten Einheitslisten«, die in bewußtem Gegensatz zu den Listen der »freien Gewerkschaften« standen, die beste Grundlage dafür, daß »die Möglichkeiten zur breitesten Entfaltung der Einheitsfrontaktion, vor allem unter den Gewerkschaftsmitgliedern, bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahl gewaltig [steigen]. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um im Verlaufe dieser Kampagne in Verbindung mit der Organisierung der täglichen Kämpfe der Belegschaften Teile der unteren Gewerkschaftsfunktionäre von der Bürokratie loszulösen und in die kämpfende Einheitsfront einzureihen.«²⁶ Die KPD hoffte dieses Ziel, das sie im Wahlkampf mit großem Aufwand vertrat,²⁷ durch energischen Ausbau ihrer »Revolutionären Gewerkschaftsopposition« (RGO)²⁸ zu erreichen, die durch die Heranziehung sozialdemokratischer, christlicher und unorganisierter Arbeiter, aber auch durch Frauen, Jugendliche und Erwerbslose gestärkt werden sollte — unter Ignorierung und Sabotierung der von den »freien Gewerkschaften« geleisteten Arbeit. Die Stoßrichtung ging damit gegen die dem ADGB

angeschlossenen Verbände, die als eine Hauptstütze der Sozialdemokratie angesehen wurden.²⁹ Außerdem richtete sich der Angriff gegen die Betriebsräte,³⁰ denen vorgeworfen wurde, daß sie die »sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie ausgeliefert«³¹ hätten. Sie sollten nach dem Willen der Kommunisten von den Gewerkschaften getrennt werden, um dem Einfluß der RGO desto leichter zugänglich zu sein.³² Dahinter stand die ausgesprochene Absicht, »von der Streikagitation zur Streikaktion« überzugehen.³³

Alle diese Aktivitäten der KPD verrieten eine weit über tagespolitische Kritik hinausgehende prinzipielle Feindseligkeit gegenüber der Sozialdemokratie, ihren führenden Personen und den sozialdemokratisch dominierten Organisationen, die keinen Raum für Kompromisse ließ und nur auf Zersplitterung, Schwächung und letztlich Vernichtung des politischen Gegners abzielte. Ein solch grundsätzliches Vorgehen desavouierte die vielen sachlichen Gründe für die Auseinandersetzung mit der SPD, die es in dieser Phase ohne Zweifel in reichem Maße gab. Mochte die KPD um die Jahreswende 1932/33 auch zunehmend die Rechtsparteien, insbesondere die NSDAP, als ihre gefährlichsten Gegner erkennen, so trifft in Hamburg doch uneingeschränkt die Feststellung zu, daß »sich an der kommunistisch-sozialdemokratischen Gegnerschaft noch wenig geändert [hatte], als sich in den letzten Januartagen die innenpolitische Situation bedrohlich zuspitzte.«³⁴ Vor dem Hintergrund dieser Feindschaft, die das Verhältnis von SPD und KPD mit leichten Schwankungen über zehn Jahre lang bestimmt hatte, muß auch das politische Verhalten der beiden Parteien in den ersten Wochen nach »der Auslieferung der Regierungsgewalt an Adolf Hitler«³⁵ gesehen werden.

Bereits am selben Tag, an dem Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, begann die KPD ihre Taktik der »Einheitsfront von unten« flexibler zu gestalten bzw. sie um ein neues Element zu erweitern. In letzter Minute schien eine grundsätzliche Wendung der kommunistischen Politik möglich, als sich noch am Abend des 30. Januar die Reichsführung der KPD mit einem Einheitsfrontangebot an den Parteivorstand der SPD wandte, das zugleich auch der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Sein Kernsatz lautete: »Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten, den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzu-

führen.«³⁶ Obwohl diese Aufforderung zur Ausrufung des Generalstreiks bei der SPD-Führung nur auf geringe Resonanz stieß,³⁷ folgte einige Tage später eine Reihe ähnlicher Angebote an die regionalen Parteileitungen,³⁸ darunter auch den Hamburger Vorstand der SPD.

Am 31. Januar noch wurde in Hamburg ein Flugblatt verteilt, in dem die KPD zwar die von Berlin ausgegebene Parole »Politischer Massenstreik gegen faschistische Hitler-Papen-Diktatur! Bereitet sofort den Generalstreik vor!« verkündete, aber undifferenziert an der »Einheitsfront von unten« festhielt, indem sie die Arbeiter aufforderte: »Laßt euch nicht verträsten mit beruhigenden Losungen der sozialdemokratischen Parteiführer und der Gewerkschaftsbonzen.«³⁹ Offensichtlich war die modifizierte Taktik des Zentralkomitees noch nicht in allen Einzelheiten in den Bezirken bekannt, die von sich aus keine Initiativen ergriffen, um eine Zusammenarbeit mit der SPD-Führung einzuleiten. Dies änderte sich in Hamburg eine Woche später. In einer Debatte der Bürgerschaft über wirtschaftliche Probleme der Stadt am 8. Februar schien die relative taktische Schwenkung der KPD zuerst sichtbar zu werden. Einen Zwischenruf des Senators und Vorsitzenden des Hamburger ADGB, John Ehrenteit, benutzte der kommunistische Abgeordnete Franz Jacob, um von ihm Auskunft zu verlangen: »Wir fragen gerade dich, Jonny Ehrenteit: Bist du bereit, mit uns Kommunisten als erstes Zeichen des Kampfes . . . gemeinsam einen 24stündigen Proteststreik gegen die faschistische Diktatur durchzuführen? . . . Ist die Sozialdemokratische Partei bereit, das zu tun? Ihr sollt darauf Antwort geben, weil bei der Durchführung solcher Maßnahmen die Arbeiter wissen wollen, auf welcher Seite Ihr steht. Es sind ja zur Durchführung eines solchen Streiks keine langen Vorbereitungen nötig; die Begeisterung in der Hamburger Arbeiterklasse über eine solche Maßnahme wäre so groß und gewaltig, daß über die Grenzen der Sozialdemokratie und der KPD hinaus die ganze Hamburger Arbeiterklasse wie ein Mann aufstehen würde. Aber wir wissen, daß bisher die sozialdemokratischen Führer das verhindert haben und daß darum die Leute da auf der Rechten so groß werden konnten.«⁴⁰

Die entscheidende Frage, ob es sich hierbei um ein ehrliches Einheitsfrontangebot der KPD an die SPD- und ADGB-Führung handelte, glaubte zwei Tage später das sozialdemokratische Hamburger Echo verneinen zu können. Man habe es mit einem »lächerlichen Bluff [der KPD] für die Zwecke ihrer Agitation«⁴¹ zu tun, dem keine große Bedeutung beizumessen sei.⁴² Wenn es auch dem Hamburger Echo in erster Linie darauf ankam, die geringe eigene Bereitschaft zu gemeinsamem Vorgehen zu rechtfertigen, so zeigt eine genaue Analyse der

Ausführungen Jacobs doch, daß dieses Einheitsfrontangebot tatsächlich nicht sehr ernst gemeint war.⁴³ Die immerhin bemerkenswerte Tatsache, daß sich ein führender kommunistischer Funktionär direkt an die SPD-Spitzen wandte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Vorschlag lediglich einer mehr oder minder spontanen Eingebung entsprang, daß er sich ohne den Zwischenruf Ehrenteits kaum ergeben hätte. Andere Passagen derselben Rede lassen erkennen, daß sich in der Substanz die politische Linie der KPD wenig verändert hatte. So betonte Jacob, kurz bevor er sein Einheitsfrontangebot machte, daß »wir Kommunisten dieser Debatte, die von der Staatspartei heraufbeschworen wurde, keine allzugroße Bedeutung beimessen.«⁴⁴ Auch seine Angriffe gegen den sozialdemokratischen Vorstand in Hamburg und Berlin setzte er unverändert fort. Den sozialdemokratischen Führern warf er vor, sich weiterhin so zu benehmen, wie dies Severing im Preußischen Landtag zu tun pflegte.⁴⁵ Zugleich war er der Meinung, daß der Hamburger Senat — »auch seine sozialdemokratischen Senatoren«⁴⁶ — das Gegenteil von dem tue, »was im Interesse wirklicher Republikaner liegt.«⁴⁷ Er verband diese Behauptung — nach längeren Darlegungen über die Notwendigkeit eines Generalstreiks und die Begeisterung der Hamburger Arbeiter dafür — mit dem Vorwurf, daß die SPD-Führer doch nicht wagen würden, den Generalstreik auszurufen.⁴⁸

Vor diesem durch den Redekontext gegebenen Hintergrund wird deutlich, daß Jacobs Angebot in der Bürgerschaft kein geplanter, auf einem rationalen Konzept beruhender Vorstoß war, sondern höchstens eine Alibifunktion erfüllte. Die bis dahin eindeutige Frontstellung gegen die SPD wurde nur nach außen hin durch eine gewisse Zweisplätigkeit abgelöst, die kaum geeignet sein konnte, vorhandenes Mißtrauen abzubauen. Auch Vorschläge in der kommunistischen Presse, die an Jacobs Offerte anknüpften, waren nicht überzeugender.⁴⁹ Trotz der Einbeziehung der Einheitsfront von oben in die kommunistische Taktik⁵⁰ blieb das Bestreben konstant, sozialdemokratische Mitgliedschaft und Führung zu entzweien. Die doppelte taktische Zielsetzung einer »Einheitsfront von oben und von unten« bewirkte keine erkennbaren Veränderungen in der grundsätzlichen Haltung der KPD. So blieb Jacobs Angebot, das kaum als solches zu bezeichnen ist, eine Ausnahme. Der Verdacht, daß es lediglich der agitatorischen Absicherung des andauernden Kampfes gegen SPD und ADGB dienen sollte, wurde nicht ausgeräumt; denn diese Tendenz zeigte ein Mitte Februar herausgebrachtes Flugblatt »Wir wollen die Einheitsfront mit den Arbeitern der SPD und des ADGB«, das die sozialdemokratischen Arbeiter zu einem Proteststreik aufforderte und gleichzeitig die Führer beschuldigte, sie

wollten nicht kämpfen, »weil ihnen Senatssitze und Staatsposten wichtiger erscheinen als der Kampf der Arbeiterklasse.«⁵¹

Einblick in die taktischen Überlegungen der KPD gibt ein geheimes Rundschreiben der Bezirksleitung Wasserkante vom 6. Februar.⁵² Darin heißt es: »Der 30. Januar ist für die Sozialdemokratie in Deutschland die konsequente Fortentwicklung des 20. Juli:⁵³ der Linie der schmachvollsten und erbärmlichsten Kapitulation vor der faschistischen Konterrevolution. Der 30. Januar hat klassisch die Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie enthüllt . . . Wir müssen einen verschärften prinzipiellen Kampf gegen die SPD mit dem Ziele der Loslösung der proletarischen Anhängergruppen von dieser Partei betreiben. Wir müssen das Einheitsfrontgerede der SPD-Führer als infames Betrugsspiel, als Spaltung und Zersetzung der sich anbahnenden antifaschistischen Einheitsfront entlarven . . . An solchen Orten, in solchen Städten, wo es uns gelungen ist, unsere Massenbasis unter der Mitgliedschaft des Reichsbanners, des ADGB. und der SPD., der SAJ., in sichtbarem Maße zu verbreitern, wo die Einheitsfront der Tat sich in der Praxis zu formieren beginnt, wo in den Betrieben und an den Stempelstellen der Drang zur Einheitsfront sichtbare, konkrete Formen anzunehmen beginnt, dort ist eine kombinierte Einheitsfronttaktik von unten und oben in solchen Fällen richtig und zulässig, wo eine Steigerung der Massenoffensive und der Massenkampfaktionen des Proletariats, auf Grund der Verbindung unserer Massenmobilisierung mit einem Einheitsfrontangebot an die örtlichen Vorstände der SPD. und des ADGB. zu erwarten ist. Immer ist die selbständige Massenmobilisierung von unten die erste Voraussetzung und wichtigste Aufgabe der Einheitsfronttaktik.« Diese Prioritätenverteilung, die vor allem im letzten Satz ganz deutlich wird, wurde in der Phase einer nur scheinbar gesteigerten Flexibilität nie aufgegeben und blieb richtungweisend auch in den ersten Wochen des Dritten Reichs, in denen noch relativ freies politisches Handeln möglich war.

Um die Massenaktivierung im kommunistischen Sinne zu erreichen, war unter anderem geplant, im Falle eines Demonstrationsverbots für die KPD an sozialdemokratischen Aufzügen und Kundgebungen teilzunehmen und durch Absingen verbotener Lieder eine Auflöserung der Demonstration zu provozieren; dadurch sollte »die Erbitterung der SPD und der Eisernen Front gegen die Staatsorgane geschürt«⁵⁴ und so die psychologische Grundlage für revolutionäre Massenaktionen geschaffen werden.

Auch nach dem Reichstagsbrand und den Wahlen vom 5. März, als der KPD schon das Verbot drohte, erfuhr die kommunistische Taktik

keine Änderung. In einer »Resolution zum Wahlergebnis vom 5. März 1933« wird gleich an mehreren Stellen behauptet, daß »der Prozeß der Faschisierung der sozialdemokratischen Führung mit Riesenschritten«⁵⁵ vorwärtsgehe und »die SPD-Führer und die Führer des ADGB sich immer offener als die gekauften Agenten des Faschismus nicht allein durch ihre feige Kapitulation, sondern durch ihre direkte Unterstützung der Hitlerdiktatur entlarvten.«⁵⁶ Der Leitung von SPD und ADGB wurde die alleinige Verantwortung für die Entwicklung seit dem 20. Juli 1932 zugeschoben, da sie alle Einheitsfrontangebote sabotiert hätten, und das zu einem Zeitpunkt, »wo die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitermassen immer stärker zur kämpfenden Einheitsfront der Tat mit ihren kommunistischen Massenorganisationen drängen.«⁵⁷ Durch das auch in Hamburg wenig befriedigende Wahlergebnis in ihrer Haltung eher noch bestärkt, zog die KPD aus dieser Einschätzung der Lage den Schluß: »Stärkste Entfaltung der Einheitsfrontpolitik . . .«, um so »die Erfahrungen der letzten Entwicklung zur Loslösung der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter von ihrer Führung auszunutzen.«⁵⁸ Dies war die Antwort der KPD auf die Frage, wie der Gefahr, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihrer Führung auf dem »Marsch in die Diktaturzeit«⁵⁹ folgen könnten, begegnet werden solle. Die Erwartung, größere Massen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter für sich gewinnen zu können, bestimmte auch in der Folgezeit die Politik der KPD⁶⁰ und war eines der wichtigsten Hindernisse, die einer echten Verständigung beider Arbeiterparteien im Wege standen.

War also die Bereitschaft der KPD zu einer Zusammenarbeit mit der SPD in erster Linie agitatorisch bestimmt,⁶¹ zumal die KPD die Unterschiede zwischen der Einheitsfront von unten und von oben auch als Gegensatz von Handeln und Verhandeln begriff⁶² und — abgesehen von allen prinzipiellen Bedenken gegen die Sozialdemokratie — durch die relativen Erfolge, die sie auf Kosten der SPD bei den letzten Reichstags- und Betriebsrätewahlen erringen konnte,⁶³ an einem ernsthaften Versuch zur Kooperation gehindert wurde, so zeigt das Beispiel Hamburg, daß auch die Politik der SPD-Führung kaum geeignet war, ein gutes Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten herzustellen.

Bis zum 30. Januar begnügten sich die Hamburger SPD-Führung und ihre Presse im wesentlichen damit, auf die permanenten kommunistischen Angriffe zu reagieren. Sie nahmen eine eindeutig defensive Haltung ein, ohne von sich aus eine prinzipielle, ideologisch begründete Feindseligkeit zu zeigen. Sie setzten sich gegen Attacken der KPD zur

Wehr, bemängelten vielfach die ihrer Meinung nach unzutreffende Berichterstattung der kommunistischen Presse und hielten auch sonst nicht mit ihren Ansichten über die Politik der KPD gegenüber der SPD und dem ADGB zurück. Die Meinung des prominenten Hamburger Sozialdemokraten und Reichsbannerführers Heinrich Steinfeldt, die Hamburger Arbeiter wüßten genau, »daß dafür, daß die Faschisten in Deutschland eine solche Stellung einnehmen, die Kommunisten einen wesentlichen Anteil an der Verantwortung tragen . . .« und daß es die Kommunisten gewesen seien, die »in jedem einzelnen Lande den Nazis den Boden bereitet« hätten,⁶⁴ ist zweifellos zu diesem Zeitpunkt typisch für die Einschätzung der kommunistischen Politik in der SPD.⁶⁵ Die Bemühungen der KPD, mit sozialdemokratischen Arbeitern Kontakt aufzunehmen, wurden regelmäßig als »Einheitsfrontschwindel«,⁶⁶ »Einheitsfrontkomödie«⁶⁷ oder schlicht als »Dummenfang«⁶⁸ apostrophiert. Andererseits wurden immer wieder die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung erwachsenden Gefahren und die Stärke der Arbeiterschaft bei gemeinsamem Vorgehen beschworen. »Die einfachen Berechnungen zeigen«, so hieß es im Hamburger Echo, »daß ohne die Spaltung der sozialistischen Arbeiterschaft im Reichstag zwar zuweilen eine mehr oder weniger reaktionäre, nie aber eine antidemokratische Mehrheit hätte entstehen können.«⁶⁹ Ein einheitliches Vorgehen könnte das Bürgertum beeindruckten, »wenn aber in . . . Berlin um 12 Uhr die eine und um 4 Uhr die andere proletarische Partei demonstriert, so zittert die bürgerliche Welt nicht, sondern freut sich über die Spaltung der proletarischen Kräfte.«⁷⁰ Eine solche Einheitsfront sei aber nicht nur nötig, sie sei – unter gewissen Bedingungen – sogar möglich, da im Grunde genommen bei der KPD ebensowenig wie bei der SPD »für abschbare Zeit an ein revolutionäres Vorgehen«⁷¹ gedacht werde und die Schärfe der Opposition die beiden Parteien sicherlich nicht trennen würde. Andere Kritikpunkte, die für die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg von großer Bedeutung wurden, wie etwa die Abhängigkeit von der Sowjetunion und das Fehlen innerparteilicher Demokratie bei der KPD, wurden zwar erwähnt,⁷² spielten in dieser Phase aber insgesamt nur eine bemerkenswert geringe Rolle. Man rechnete auf seiten der SPD die KPD zwar zu den antidemokratischen Parteien, dies aber nicht im Grundsatz, sondern in erster Linie aufgrund der ultralinken Taktik.⁷³ Eine überzeugende Änderung dieser Taktik hätte die KPD bei der SPD als demokratische Partei legitimiert.

Insgesamt wurden auf sozialdemokratischer Seite gewisse Vorteile bei einem Zusammengehen mit der KPD nicht geleugnet, dominierend war aber doch ein tiefes Mißtrauen gegen Inhalte und Methoden kommuni-

stischer Politik, insbesondere gegen die Ehrlichkeit ihrer Absichten. Daß die SPD durch die »freien Gewerkschaften«, die noch um einiges deutlicher als die Partei die Auswirkungen der »Einheitsfront von unten« zu spüren bekamen,⁷⁴ in diesem Mißtrauen bestärkt wurde, kann nicht zuletzt aufgrund der personellen Verquickungen als sicher angenommen werden.

Nach dem 30. Januar, der eine verschärfte innenpolitische Polarisierung zur Folge hatte und für die Arbeiterbewegung — trotz durchaus unterschiedlicher Beurteilung Hitlers und seiner Politik im einzelnen — nichts Gutes ahnen ließ, wurde in der Frage der Einheitsfront eine Entscheidung immer dringlicher. Für die SPD galt es, unter veränderten Bedingungen und gesteigerter Verantwortung für die verbliebenen demokratischen Freiheiten nunmehr eine verbindliche Position zu beziehen, wobei insbesondere abzuwägen war, ob die nationalsozialistische Gefahr, so wie sie in der SPD eingeschätzt wurde, die Bedenken gegen die KPD zu überwinden vermochte. Die Unterschätzung der tatsächlichen Bedrohung der Arbeiterparteien, die sich sowohl bei der SPD wie auch bei der KPD fand und sich darin ausdrückte, Hugenberg und die hinter ihm stehenden Industrie- und Agrarkreise für die bestimmenden Kräfte der neuen Regierung zu halten,⁷⁵ relativierte in den Augen vieler Sozialdemokraten den Zwang zur Einheit in entscheidendem Maße. Das Schlimmste, was sich ihre Phantasie vorstellen konnte, war eine Wiederholung der Unterdrückungsmaßnahmen wie zur Zeit des Sozialistengesetzes, so daß die Hoffnung weit verbreitet war, damit nicht nur fertigzuwerden, sondern sogar gestärkt aus den bevorstehenden Auseinandersetzungen hervorgehen zu können. »Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist mit ihrer disziplinierten Geschlossenheit mit Bismarcks Gewaltmethoden fertig geworden. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat mit ihrer disziplinierten Geschlossenheit das Kaiserreich Wilhelms II. niedergerungen, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wird durch disziplinierte Geschlossenheit auch mit der neuen, faschistisch-großkapitalistischen Reaktion fertig werden«, schrieb das Hamburger Echo drei Tage nach der Machtergreifung.⁷⁶ Die Illusion über die eigene Stärke wurde durch das stark emotionale Erlebnis großer Massenaufmärsche noch gesteigert, die letztlich nur demonstrativen Charakter hatten und an den tatsächlichen Machtverhältnissen nichts ändern konnten.

Ebenso wie diese Lagebeurteilung und Einschätzung der eigenen Kräfte⁷⁷ bestimmte die Entwicklung im Reich die Haltung der SPD. Als die KPD am 30. Januar die Parole »Generalstreik« ausgab und damit das Schwergewicht ihrer Aktivitäten offensichtlich auf den außer-

parlamentarischen Bereich zu legen beabsichtigte, andererseits die Regierung Hitler nach kurzen internen Schwierigkeiten für den 5. März Reichstagswahlen ansetzte, war für die SPD der weitere Weg bis zum Wahltag vorgezeichnet. Nach ihrer bisherigen Tolerierungspolitik und dem damit verbundenen strikt parlamentarisch-demokratischen Verhalten war die Entscheidung für den Appell an den Wähler keine Überraschung. In der Tat scheint die sozialdemokratische Führung im Reich wie in Hamburg nicht einen Augenblick gezögert zu haben, auch weiterhin den parlamentarischen Weg zu gehen. Auch die Erklärung des Hamburger SPD-Vorsitzenden Meitmann auf einer Kundgebung am Abend des 1. Februar: »Wir hören soeben, daß das Kabinett Hitler den Reichstag auflösen wird. Das aber heißt für uns, nun erst recht, der Kampf geht weiter«,⁷⁸ spricht für diese Kontinuität und nicht für eine qualitative Veränderung der bisherigen Politik. Das Festhalten an der Frontstellung gegen die KPD, deren Glaube an eine günstige Wahlentscheidung, wie die Generalstreik-Losung zeigt, ungleich geringer war, ergab sich daher beinahe zwangsläufig.

Den Weg der KPD mitzugehen, war die SPD-Führung auch deshalb nicht bereit, weil sie dadurch ihre eigene, streng legale Position gefährdet sah. Als die Hamburger Kommunisten am Abend des 30. Januar und in der Nacht zum 31. Januar versuchten, durch Demonstrationen und Flugblätter ihrer Massenstreikparole Nachdruck zu verleihen, waren das für die Sozialdemokraten »erfolglose kommunistische Einzelaktionen«,⁷⁹ die sie in ihrer Auffassung von der Erfolglosigkeit außerparlamentarischen Vorgehens nur noch bestärkten. Sie warfen den Kommunisten vor, »in dieser kritischen Situation, wo nur äußerste Überlegung und Geschlossenheit der Arbeiterklasse einen Erfolg verbürgen, wieder mit eigenen Parolen aufzuwarten, Verwirrung zu stiften und Teile der Arbeiterschaft zu unüberlegten Handlungen zu treiben«. ⁸⁰ Die SPD warnte die KPD vor weiteren Aktionen in dieser Richtung, denn »die sinn- und gewissenlosen Radau- und Revoluzzermethoden der Kommunisten sind der faschistischen Reaktion nur erwünscht. Sie sehnt den Tag herbei, wo ihr die Gelegenheit gegeben ist, unter der Maske »legitimer Notwehr« zum Schlag ausholen zu können.« ⁸¹ In dieser Haltung kam — wie Witt zutreffend feststellt — die Furcht zum Ausdruck, »durch ein Zusammengehen mit den Kommunisten in den Augen der Öffentlichkeit, vor allem aber bei den Koalitionspartnern im Senat an Glaubwürdigkeit zu verlieren und damit nicht nur allgemein den legalistischen Kurs der Partei, sondern auch speziell die ihr in Hamburg noch verbliebene Machtstellung zu gefährden.« ⁸²

Da sich der permanente Appell an Ruhe, Geschlossenheit und Disziplin mehr und mehr als ein getarnter Appell zur Tatenlosigkeit erwies, woran auch zunehmender Verbalradikalismus nichts änderte,⁸³ und da der Gedanke eines Generalstreiks auch unter SPD-Mitgliedern große Sympathie genoß,⁸⁴ konnte die SPD-Führung dieses Thema, das Gegenstand vieler Versammlungen war und in den Reden stets eine große Rolle spielte,⁸⁵ nicht mehr ausschließlich defensiv mit dem Hinweis auf die mangelnde Seriosität und Ehrlichkeit der kommunistischen Politik behandeln. Den Einheitsfrontangeboten mußte offensiv begegnet werden, ohne aber in der Sache auf sie einzugehen, sich irgendwie festzulegen oder gar von der bisherigen Politik abdrängen zu lassen. Das Ergebnis war eine Taktik, bei der sich die fortgesetzte Polemik gegen Führung und Politik der KPD mit der verstärkten Werbung für die sozialdemokratische »Eiserne Front« verband.⁸⁶

Diese Kampagne begann schon am 30. Januar mit einem Versammlungsbericht, in dem der »Einheitsfrontschwindel der KPD wieder einmal entlarvt«⁸⁷ wurde und der mit der Aufforderung endete, sich um die »Eiserne Front« zu scharen; sie setzte sich fort mit einer kampfbetonten Berichterstattung in der sozialdemokratischen Presse über Aufmärsche der »Eisernen Front«. Schließlich ging die SPD in ihrer Werbung für diese Organisation verstärkt dazu über, an die kommunistischen Wähler zu appellieren. Sie setzte damit letztlich der kommunistischen »Einheitsfront von unten« eine eigene gegenüber. So glaubte der SPD-Vorsitzende Karl Meitmann schon am 1. Februar feststellen zu können, »daß zahlreiche kommunistische Arbeiter sich von ihren Führern losgelöst und sich unseren Zügen angeschlossen haben in dem vollen Bewußtsein der Tatsache, daß die wahre Einheitsfront der Arbeiterklasse die Eiserne Front ist.«⁸⁸ Immer deutlicher wurde betont, daß eine Einheit der Arbeiterklasse nur auf dem Boden der »Eisernen Front« entstehen könne.⁸⁹ Mit diesem Hinweis wurden auch alle anderen Möglichkeiten einer organisatorisch fixierten Zusammenarbeit mit den Kommunisten abgelehnt.⁹⁰ Nach einer Versammlung am 20. Februar, der als der »größte Tag der Eisernen Front« bezeichnet wurde, glaubte die SPD ihre Bemühungen um eine Einheitsfront in ihrem Sinne schon von entscheidendem Erfolg gekrönt: »Überwältigend war ... das Bekenntnis zur Einheit in der Eisernen Front«, schrieb das Hamburger Echo, »es war ein Bekenntnis, das um so leidenschaftlicher ausfiel, als es erfolgte im Hinblick auf mögliche politische Umstellungen in Hamburg durch Abschwenkung der Staatspartei in das Lager der Reaktion. Jeder Tag erweist neu, daß die Einheit der Arbeiterschaft das Schicksal der Freiheit und des Sozialismus entscheidet. Der Montag

erwies: die Einheit ist da! Sie ist von unten geschaffen, sie wird von unten getragen. Sie steht unter dem Kampfzeichen der Eisernen Front. Diese Einheitsfront ist lebendigste Wirklichkeit, ist Aufruf zu letzter Bereitschaft, zu entschlossenem Kampf.«⁹¹ Daß dies mehr Wunsch als Realität war, wird allein darin deutlich, daß die Auseinandersetzung mit der KPD mit unverminderter Heftigkeit weiterging und sogar neue Ansatzpunkte zeigte.

Zur Abwehr der sich häufenden kommunistischen Einheitsfrontangebote sah sich die SPD gezwungen, der KPD äußerlich über das Einheitsstreben eigener Intention hinaus so weit entgegenzukommen, daß sie Bedingungen für eine mögliche Zusammenarbeit zu stellen begann. Ihre erste Forderung, als Vorstufe zu einer Einheitsfront einen »Nichtangriffspakt« abzuschließen, war durchaus folgerichtig. Das an die KPD gerichtete Verlangen, zunächst einmal alle Angriffe gegen die SPD einzustellen⁹² — womit selbstverständlich auch auf sozialdemokratischer Seite eine wesentliche Versachlichung der Auseinandersetzung hätte einhergehen müssen —, entsprach noch am ehesten einer politischen Situation, die durch jahrelange systematische Vergiftung der Atmosphäre gekennzeichnet war. Ein »Nichtangriffspakt« hätte dazu beitragen können, »unter Zurückstellung grundsätzlicher Bedenken«⁹³ einen Entspannungsprozeß zwischen beiden Parteien zumindest einzuleiten, auch wenn eine Einigung vielleicht zu spät gekommen wäre. Bezeichnend für das Selbstverständnis der SPD ist die Begründung, mit der die KPD für einen »Nichtangriffspakt« gewonnen werden sollte. Die SPD ging nämlich davon aus, »daß, wenn schon die Sowjetunion mit kapitalistischen Staaten einen solchen Nichtangriffspakt schließe, einem ähnlichen Abkommen zwischen den beiden proletarischen Parteien Deutschlands in der jetzigen Situation schon gar keine Bedenken entgegenstehen könnten, weder taktisch-politischer, noch prinzipieller Art.«⁹⁴

Als die KPD den Gedanken eines »Nichtangriffspakts« aufgriff und durch ihren Bezirksleiter Hermann Schubert⁹⁵ offenbar zu erkennen gab, daß auch inhaltliche Konzessionen möglich seien,⁹⁶ beriefen die Vorsitzenden der Hamburger SPD und des ADGB, Meitmann und Ehrenteit, für den 27. Februar eine Versammlung ein, zu der nur die »Betriebsvertrauensleute der SPD und die sozialdemokratischen Funktionäre der freien Gewerkschaften«⁹⁷ Zutritt hatten. Auf dieser Zusammenkunft gab Meitmann den Inhalt eines »Offenen Briefes« bekannt, mit dem er auf Schuberts öffentliche Stellungnahme reagiert hatte. In diesem Schreiben, das in den folgenden Tagen auch als Flugblatt verteilt wurde,⁹⁸ setzte sich Meitmann zunächst ausführlich mit

der bisherigen Politik der KPD auseinander mit dem Ergebnis, daß die kommunistische Führung die alleinige Schuld an der Spaltung der Arbeiterklasse trage. Nachdem er seiner Meinung Ausdruck gegeben hatte, daß »die leidenschaftliche Sehnsucht der deutschen Arbeiterklasse von der KPD-Leitung bewußt und zynisch mißachtet« werde, stellte er ihr vier Fragen, die er am Schluß des Schreibens jedoch als »selbstverständliche Voraussetzungen für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den gemeinsamen Feind« charakterisierte. Danach sollte die KPD erklären, daß für sie fortan nicht mehr die Sozialdemokratie, sondern der Faschismus der Hauptfeind sei, und dementsprechend alle Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei und die »Eiserne Front« einstellen. Den gleichen Willen zur Zusammenarbeit sollte sie gegenüber den Gewerkschaften dadurch beweisen, daß sie die RGO auflöse und »die einer wirklichen Einheitsfront hohnsprechenden Sonderlisten der RGO zu den Betriebsrätewahlen« zurückziehe. Am Schluß hieß es: »Und nun Herr Schubert, weichen Sie nicht wieder aus mit ›Erklärungen! Geben Sie eine klare Antwort auf meine Fragen. Ja oder nein, was darüber ist, das ist von Übel.«

Eine Analyse der vier sozialdemokratischen Forderungen zeigt, daß sie über den Gedanken eines »Nichtangriffspaktes« weit hinausgingen. Hatte die SPD zunächst nur die Einstellung der Angriffe seitens der kommunistischen Organisationen verlangt, so forderte sie nun, diese Organisationen aufzulösen. Der durchgängige Ton des Schreibens mit seinen höhergeschraubten Bedingungen legt den Schluß nahe, daß es der SPD darauf ankam, jede Zusammenarbeit mit der kommunistischen Führung auf jeden Fall zu verhindern; denn sie mußte wissen — und wußte es auch —, daß die KPD zu einer Auflösung der ihr assoziierten Organisationen nicht bereit sein würde. Auch die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft der KPD die gebotene Antwort geben würde, falls sie die Bedingungen ablehne, macht deutlich, daß es der SPD in erster Linie um ein Alibi ging und sie gar nicht daran dachte, ernsthafte Kontakte mit der KPD aufzunehmen. Die zahlreichen Angriffe der SPD gegen die KPD in einem Brief, der eigentlich dem Thema »Nichtangriffspakt« gewidmet sein sollte, beweisen, daß der Gedanke einer agitatorisch wirksamen Bekämpfung dieses gefährlichsten Wahlkampfkonkurrenten im Vordergrund stand. Die SPD-Führung war deshalb — wie auch die publizistische Begleitung in der Parteipresse zeigt — nur zu gern bereit, die angeblichen oder tatsächlichen Beweise für die Unaufrichtigkeit der kommunistischen Politik propagandistisch groß herauszubringen, um mit dem Hinweis auf die mangelnde Bereitschaft der KPD die Einheitsfront der Arbeiterparteien überhaupt für un-

möglich zu erklären. Dies geschah nicht zuletzt mit dem Ziel, Einheitsfrontstimmungen in der eigenen Mitgliedschaft die Spitze abzubrechen;¹⁰⁰ auch die »Einheitsfront von unten« nach sozialdemokratischem Muster durfte nicht gefährdet werden.

Als nach dem Reichstagsbrand die KPD durch die »Verordnung zum Schutze von Volk und Staat« vom 28. 2. 1933 unter Ausnahmerecht gestellt wurde, erwies sich, daß sich an der ablehnenden Haltung der SPD gegenüber der KPD nicht das mindeste geändert hatte, obwohl sie den nationalsozialistischen Behauptungen, die KPD sei für den Brand verantwortlich, sofort energisch entgegentrat.¹⁰¹ Bereits am 1. März erließ der Senat ein Demonstrations- und Versammlungsverbot gegen die KPD und verfügte die Beschlagnahme und das Verbot aller kommunistischen Propagandaschriften.¹⁰² Der sozialdemokratische Polizeisenator Adolph Schönfelder ließ das Parteigebäude am Valentinskamp schließen¹⁰³ und einen Tag später, am 2. März, 75 bis 100 kommunistische Funktionäre verhaften.¹⁰⁴ Um Schönfelders Maßnahmen nach außen hin zu rechtfertigen, schrieb das Hamburger Echo nach der angeblichen Beschießung eines nationalsozialistischen Fackelzuges durch Kommunisten: »Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Schießerei von Kommunisten ausgegangen ist. Die Kommunisten sind sich offenbar immer noch nicht darüber klar geworden, wie verantwortungslos und verwerflich gerade in Hamburg ihr Treiben ist . . . Die Kommunisten dürfen sich unter diesen Umständen nicht darüber wundern, daß gegen sie mit den schärfsten Mitteln vorgegangen wird.«¹⁰⁵ Auch in dem Rechtfertigungsschreiben der sechs sozialdemokratischen Senatoren, das sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Senat verfaßten, wurden besonders die Maßnahmen zur Bekämpfung des Kommunismus vor allem in den letzten Tagen vor der Reichstagswahl hervorgehoben.¹⁰⁶ Dies alles lag in der logischen Konsequenz einer Politik, der die legalistische Loyalität gegenüber der nationalsozialistisch geführten Reichsregierung und die Konzentration auf den Gang zur Wahlurne über den Versuch zur Zusammenarbeit mit einer bereits verbotsverdächtigen KPD ging.

Die Darstellung der Politik von SPD und KPD in Hamburg kurz vor und nach der Machtergreifung Hitlers zeigt, daß beide Seiten nie an einer ernsthaften Kooperation interessiert waren. Auch nach der Wahl vom 5. März, im Zeichen eines sich weiter verschärfenden nationalsozialistischen Terrors, änderte sich zunächst nichts Wesentliches, da beide Parteien grundsätzlich an ihrer Politik festhielten. Beiden ging es in den Monaten Januar und vor allem Februar in erster Linie darum, durch taktische Winkelzüge die eigene Massenbasis auf Kosten der anderen Partei zu verbreitern, sei es nun, um einen Generalstreik

durchzuführen oder um Wahlen zu gewinnen. Diese Politik ist Ausdruck einer politischen Auseinandersetzung, bei der die tatsächlichen Gefahren des Augenblicks verkannt und die Erfolgchancen des eigenen Konzepts stark überschätzt wurden. Beide Parteien besaßen weder Kraft noch Willen noch Einsicht in die Notwendigkeit, zu einer Neugruppierung der Arbeiterbewegung zu kommen. So trug die Spaltung der Arbeiterschaft entscheidend dazu bei, die noch nicht voll konsolidierte nationalsozialistische Herrschaft zu festigen, deren Entstehung weder die kommunistische noch die sozialdemokratische Politik hatten verhindern können.

Eine solche Interpretation der Vorgänge im Jahre 1933 bildete einen wesentlichen Bestandteil des Erfahrungsschatzes vieler führender Politiker in Hamburg und an anderen Orten, die nach dem Ende des Dritten Reichs erneut politische Verantwortung übernahmen.

II. Grundzüge des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandes in Hamburg

Am 21. Juni 1933 sandte der Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, ein Schreiben an alle Landesregierungen, in dem er die größtenteils nach Prag emigrierte Reichsführung der SPD beschuldigte, daß sie »vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt.«¹ Auch die im Inland gebliebenen Parteiorgane seien offenbar nicht bereit oder in der Lage, diese Aktionen zu verhindern. Die SPD müsse daher als eine »staats- und volksfeindliche Partei« angesehen werden. Dementsprechend wurden die Länderregierungen angewiesen, alle SPD-Mitglieder in Landes- oder Gemeindeparlamenten von der Mandatsausübung auszuschließen, jede Propagandatätigkeit der Partei zu unterbinden sowie ihr Vermögen und das aller ihrer »Hilfs- und Ersatzorganisationen« zu beschlagnahmen.

Durch diesen Erlaß fand die Geschichte der SPD, die in Hamburg jahrzehntelang einen großen, zeitweilig sogar bestimmenden Einfluß ausgeübt hatte, ein vorläufiges Ende. Auch durch den Anpassungs- und Legalitätskurs, den die Partei nach den Wahlen vom 5. März unvermindert weiter verfolgte und der teilweise ausgesprochen würdelose und opportunistische Züge annahm,² entging sie dem Schicksal ihrer völligen Auflösung nicht, nachdem ihre Bewegungsfreiheit schon Ende April weitgehend eingeschränkt worden³ und ihr nur noch die immer bedeutungsloser werdende parlamentarische Wirkungsmöglichkeit geblieben war.⁴ Nach der Verhaftung der führenden Funktionäre am 16. Juni im Anschluß an eine genehmigte Sitzung im Parteibüro, in der offensichtlich über das weitere Vorgehen beraten werden sollte,⁵ war an

eine effektive Fortführung der Arbeit, die ohnehin bereits weitgehend zum Stillstand gekommen war, nicht mehr zu denken. Die Stillhaltetaktik, die darauf abzielte, den Nationalsozialisten keinen Vorwand für ein Parteiverbot zu liefern, war ebenso unwiderruflich wie undramatisch gescheitert; eine für die SPD positive Wendung war in absehbarer Zeit nicht vorstellbar. Nicht mehr für die SPD als Organisation, um so stärker aber für den einzelnen sozialdemokratischen Funktionär entstand damit die Frage, in welcher Form eine weitere Tätigkeit für die Partei möglich und sinnvoll sein konnte.

Seit dem 30. Januar 1933 war der Legalitätskurs in der Hamburger SPD keineswegs unumstritten gewesen. Schon frühzeitig gab es eine aktivistische Minderheit, vor allem in den Reihen der mittleren und unteren Funktionäre, die für ein offensives Vorgehen gegen den Nationalsozialismus eintrat und auch den Kommunisten gegenüber weniger feindlich eingestellt war als die überwiegend dem rechten Parteiflügel angehörenden führenden Hamburger Sozialdemokraten.⁶ Diese Minderheit hatte sich jedoch der dominierenden Parteimeinung gebeugt, da sie sich allein als zu schwach für erfolversprechende Aktionen ansah und sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, in entscheidender Stunde die Disziplin gebrochen und so den Nationalsozialisten erwünschte Vorwände für ein Vorgehen gegen die SPD geliefert zu haben. Trotz dieser kontroversen Haltungen, die in internen Diskussionen eine beträchtliche Rolle spielten, kam es daher — sieht man einmal von der Distanzierungsaktion der Gewerkschaftler ab — anders als in Berlin nicht zu einer formellen Spaltung der Vorstandsgremien.⁷ Der unzureichende Einfluß der jüngeren und aktiveren Kräfte hatte aber zur Folge, daß entgegen ihren Erwartungen keine umfassenden und koordinierten Maßnahmen zur Vorbereitung auf eine mögliche Illegalität getroffen wurden.⁸ Zwar war sicher mitentscheidend, daß es allen Gruppen an Vorstellungskraft mangelte, wie die Illegalität unter dem Nationalsozialismus tatsächlich aussehen würde, dennoch scheint dieses Problem auf den unteren Parteiebenen wesentlich intensiver diskutiert worden und auch von konkreten Schritten begleitet gewesen zu sein als unter den führenden Parteimitgliedern, für die die Vermeidung von Opfern durch Festhalten am Stillhaltekurs im Vordergrund stand.

Die Verhaftung der annähernd 40 Spitzenfunktionäre am 16. Juni, von denen als letzte Gustav Dahrendorf und Karl Meitmann im August wieder entlassen wurden,⁹ bewirkte, daß Initiative und Leitung an eine niedrigere Organisationsebene übergehen mußten, wenn die Parteiorganisation überhaupt in irgendeiner Form weitergeführt werden sollte. Hier kamen in erster Linie die Distrikte in Frage, die in der Regel

Stadtteile zusammenfaßten und durch die persönliche Bekanntschaft der dort tätigen Funktionäre untereinander am besten für eine illegale oder konspirative Tätigkeit geeignet waren. Außerdem entsprach dies der notwendigen Einsicht, daß – unabhängig vom individuellen Schicksal der führenden Parteimitglieder – die Organisation nicht mehr in so starkem Maße wie bisher zentral gelenkt werden konnte. Hieran änderte sich auch nichts, als die Spitzenfunktionäre nach kurzer Haft alle wieder entlassen wurden, da diese sich in ihrer großen Mehrheit nicht an illegalen Aktivitäten beteiligten. Grund dafür mag eine gewisse Resignation infolge des Scheiterns ihrer Tolerierungspolitik gewesen sein, zu der es für die meisten auch theoretisch nie eine Alternative gegeben hatte, und die nun in eine konsequente Passivität mündete. Hinzu kam die sicher nicht unberechtigte Annahme, unter polizeilicher Beobachtung zu stehen.¹⁰

Nach der Zerschlagung der Zentrale und der Schließung des Parteibüros in der Großen Theaterstraße durch die Juniaktion der Polizei ging das Schwergewicht der nunmehr illegalen Tätigkeit auf den Distrikt Eilbek und seinen Leiter Walter Schmedemann über, der auch als einer der ersten für eine konsequente Vorbereitung auf die Illegalität eingetreten war.¹¹ Wie Schmedemann in einem nach 1945 verfaßten Bericht über die Widerstandstätigkeit der Eilbeker Funktionäre feststellt, »wurden in Eilbek sofort vorbereitende Maßnahmen für die Weiterführung der Partei ergriffen.«¹² Diese Vorsorge, die im wesentlichen in der Beschaffung von Material für die Herausgabe illegaler Schriften bestand, wurde durch die meist kurzfristige Verhaftung wichtiger Mitarbeiter zusätzlich belastet. Erst im Spätsommer 1933, nach einer zweiten Haftentlassung Schmedemanns, kam eine umfangreiche illegale Tätigkeit in Gang. Durch die Passivität der ehemaligen Parteiführung war sie indirekt mitveranlaßt worden. »Da von seiten der Parteileitung keinerlei Anzeichen vorlagen, die für eine Wiederaufnahme der politischen Arbeit sprachen, ergab es sich, daß sich nach und nach einzelne Distrikte mit den Eilbekern in Verbindung setzten, um eine Abstimmung über die zu leistende Arbeit herbeizuführen.«¹³ So bildete sich in diesen Sommermonaten ein Führungskreis von Funktionären heraus, dem neben Schmedemann und den meisten seiner Bezirksführer aus Eilbek¹⁴ die Distriktsführer Otto Schumann aus dem Distrikt Neustadt, Willi Schmedemann aus dem Distrikt Barmbek-Süd und Emil Auhagen vom Distrikt Fuhlsbüttel angehörten. Hinzu kamen Paul Känder, Helmut Weidt, Dr. Georg Diederichs und Wilhelm Ropers, die vorher ebenfalls auf Distrikts- und Bezirksebene gearbeitet hatten.¹⁵ Von diesem neuen Zentrum aus, das von allen Gruppen, die in Hamburg illegal tätig

waren, die größte Aktivität entfaltete, wurden nach und nach Verbindungen zu verschiedenen Hamburger Bezirken, aber auch zu Gebieten außerhalb Hamburgs hergestellt.¹⁶ Die Gruppe tagte zunächst etwa einmal in der Woche,¹⁷ um die einzelnen Aktionen zu planen und die Durchführung vorzubereiten. Wichtigste Voraussetzung für eine erfolgversprechende Arbeit war eine ausreichende finanzielle Grundlage. Deshalb ging die Gruppe auch zunächst daran, illegale Sammlungen unter zuverlässigen ehemaligen Parteimitgliedern zu organisieren, denen als Quittung Postkarten mit versteckten Parteisymbolen oder Bilder der Grabstätte des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Adolf Biedermann ausgehändigt wurden. Insgesamt kam auf diese Weise durch zahlreiche kleine Geldbeträge eine Gesamtsumme von 1200 RM zusammen,¹⁸ die Diederichs verwaltete. Über die Verwendung der Gelder scheint sich die Gruppe nicht ganz einig gewesen zu sein, da ein Teil — Diederichs und Schumann — in erster Linie an eine Unterstützung von Angehörigen inhaftierter Sozialdemokraten dachte, während die Mehrheit für die Herausgabe illegaler Schriften eintrat. Schließlich scheint sich die Gruppe doch beiden Aufgaben gewidmet und die vorhandenen Mittel entsprechend eingesetzt zu haben.¹⁹ Die publizistische Tätigkeit der Gruppe bestand am Anfang in der Herausgabe eines Mitteilungsblattes für zuverlässige ehemalige Parteigenossen, »Rote Blätter« genannt, in denen Informationen ausländischer Zeitungen auszugsweise wiedergegeben wurden, während die eigene Kommentierung etwas zurücktrat. Diese Blätter wurden unter schwierigen technischen Bedingungen meist nachts hergestellt und verteilt. Nach Schmedemanns Bericht erschienen die »Roten Blätter« einmal wöchentlich in einer Auflage von einigen tausend Exemplaren. Besonders Ropers scheint durch den Aufbau eines eigenen Nachrichtenapparates der Gruppe in Hamburg und Altona sowohl bei der Beschaffung von Nachrichten, »die der SPD nützlich und der Regierung abträglich waren«,²⁰ als auch bei der Verbreitung der Schriften führend mitgewirkt zu haben.

Darüber hinaus gelang es der Gruppe, Kontakt mit dem Ausland aufzunehmen. Über den Kopenhagener Vertreter des nach Prag emigrierten Parteivorstandes, aber auch direkt aus der Tschechoslowakei gelangten auf oft abenteuerlichen Wegen illegale Materialien an die Eilbeker Gruppe, die von ihr zusammen mit ihren eigenen Blättern in Umlauf gebracht wurden. Außer Einzelbroschüren kam aus dem Ausland vor allem die »Sozialistische Aktion«, die vom Prager Parteivorstand herausgegeben wurde. Bei der Verbreitung aller dieser Schriften ging es der Gruppe weniger um eine theoretische Diskussion oder gar um eine Analyse des Faschismus, die wesentlich über eine Ablehnung des National-

sozialismus als totalitär und undemokratisch hinausgegangen wäre,²¹ als vielmehr um eine konkrete Aufklärung über die Zustände in den Konzentrationslagern und besonders im Lager Fuhlsbüttel, die weiten Bevölkerungskreisen nicht bekannt waren. Zu diesem Zweck wurden ein Erlebnisbericht aus dem KL Oranienburg²² und ein Flugblatt verbreitet, das Schmedemanns eigene Erfahrungen in Fuhlsbüttel beschrieb – bevorzugt unter Personen, die im Justizbereich tätig waren. Wie Schmedemann selbst berichtet, habe man »mit Hilfe des Adreßbuchs und telefonischer Erkundigungen . . . sämtlichen Hamburger Staatsanwälten und Richtern, Senatoren, Pastoren, dem Gauleiter und uns sonst wichtig erscheinenden Persönlichkeiten einen derartigen Bericht zugestellt«.²³

Insgesamt scheint es dem Kern der Eilbeker Widerstandsgruppe gelungen zu sein, sich trotz gelegentlicher Verhaftungen an der Peripherie lange im Verborgenen zu halten und darüber hinaus Schwerpunktaktionen planmäßig durchzuführen. Meldete die Staatspolizei noch im Juli 1934 nach Berlin, daß »die alte Sozialdemokratie in Hamburg . . . wohl ohne Übertreibung als erledigt bezeichnet werden«²⁴ könne, so hieß es schon einen Monat später, daß sie sich »zum ersten Mal seit der Machtübernahme . . . wieder bemerkbar gemacht« habe,²⁵ und zwar mit einer größeren Flugblattaaktion anläßlich der Volksabstimmung am 19. August 1934. Dennoch rechneten die offiziellen Stellen bis dahin nicht mit der Existenz einer »nennenswerte[n] illegale[n] Organisation«²⁶ der Hamburger SPD. Erst im November 1934 – teilweise auch erst im Januar 1935 – wurden die Mitglieder der Eilbeker Zentrale, soweit sie nicht schon vorher ins Ausland geflohen waren, verhaftet und im Juli 1935 abgeurteilt.²⁷ Eine Reihe anderer Prozesse macht deutlich, ein wie enges Netz von illegalen Zellen im ganzen Hamburger Stadtgebiet ausgebreitet worden war. Sie zeigen auch, daß die illegale Arbeit in einigen Gebieten noch eine ganze Weile nach der Verhaftung der Eilbeker weitergeführt wurde. So bestanden Gruppen, die von Weidt koordiniert und angeleitet wurden, in den Stadtteilen bzw. Vororten Eimsbüttel,²⁸ Bergedorf,²⁹ Billstedt,³⁰ Wilhelmsburg,³¹ Hamm,³² Fuhlsbüttel³³ und Rothenburgsort.³⁴ Die Bergedorfer unterhielten eigene Beziehungen nach Kopenhagen. Größere Vereinigungen von Sozialdemokraten gab es schließlich auch in Altona und Umgebung unter der Leitung von Fritz Kessler³⁵ und vor allem in Langenhorn mit Bruno Lauenroth sowie Louis und Berthold Wiele als Hauptbeteiligten.³⁶

Diese Langenhorner Gruppe, die zunächst in Form einer Fünfer-Zelle organisiert war, hatte seit dem Herbst 1933 gelegentliche Kontakte mit Diederichs, später auch mit Schmedemann und anderen Mitgliedern der illegalen Hamburger Leitung. In einem später verfaßten Erlebnisbericht

über die Tätigkeit dieser Gruppe heißt es: »Es gelang dieser Fünf-Mann-Zelle, die Organisationsgrundlage zu schaffen und zu erweitern. Der Stadtteil wurde in Untergruppen aufgeteilt und die Breitenarbeit begonnen . . . Die Aufgabe war also, auf breiter Basis den Kampf gegen die Nazis weiterzuführen, die Grundlage der Parteiorganisation aufrechtzuerhalten sowie die illegale Literatur zu verbreiten. Es gehörte außerdem zu den Aufgaben dieser entschlossenen Sozialdemokraten, Geldbeträge für die solidarische Unterstützung Verfolgter einzusammeln.«³⁷ Am 1. Mai 1934 veranstaltete die Gruppe eine illegale Maifeier, an der 50 Personen teilnahmen und die von Lauenroth geleitet wurde. Im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 19. August 1934 entwickelte sie eine starke Flugblattaktivität.

Der Vorwurf, der gegen alle diese Gruppen später vor Gericht erhoben wurde, lief darauf hinaus, Maßnahmen getroffen zu haben, um zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten. Außerdem hätten einige der Angeklagten versucht, durch Verbreiten von Schriften die Massen zu beeinflussen.³⁸ Im einzelnen lauteten die Vorwürfe — mit etwas differenzierter Gewichtung bei den verschiedenen Gruppen und Personen — auf unerlaubte Beitragskassierung, Abhaltung illegaler Versammlungen auch in Form von Wanderungen und Radausflügen,³⁹ die durch Vorträge und Reden unterbrochen wurden, und vor allem auf Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften. Zu diesen in Hamburg zusammengestellten Schriften, die auf geheimen Abzugsgeräten in Eilbek und Langenhorn hergestellt wurden, kamen mehr und mehr die »Sozialistische Aktion«, auch Exemplare des »Neuen Vorwärts« und zahlreiche Tarnbroschüren wie »Die Kunst des Selbstrasierens«, die das Prager Manifest enthielten.⁴⁰

Der Hauptteil dieser Gruppen wurde gegen Ende des Jahres 1934 bzw. Anfang 1935 von der Gestapo zerschlagen. Einige übriggebliebene Mitglieder arbeiteten jedoch mit erhöhter Aktivität weiter, um die verhafteten Genossen dadurch, daß die Schriften unverändert weiter erschienen, indirekt zu entlasten. Schmedemann berichtete darüber: »Bis zum Jahre 1935 wurde die illegale Arbeit von immer neu in die Bresche springenden Genossen aufrechterhalten, bis sie dann . . . langsam unmöglich wurde.«⁴¹ Insgesamt wurden in den Prozessen, die die Widerstandstätigkeit der illegalen Hamburger SPD-Leitung um Schmedemann, Diederichs und Auhagen sowie der von ihnen versorgten anderen Gruppen zum Gegenstand hatten und die alle unter dem Rubrum »Mehnke und Genossen« geführt wurden, 93 Personen angeklagt, von denen nur sehr wenige einer Bestrafung entgingen.

Andere Zusammenschlüsse ehemaliger Sozialdemokraten in Hamburg standen bis zu ihrer Verhaftung mit der illegalen Leitung in Verbindung, können aber auf eine durchaus eigene Entstehungsgeschichte und einen weitgehend selbständigen Wirkungskreis verweisen. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang in erster Linie die illegale Weiterführung einiger der sogenannten Schutzformationen (Schufo) des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«. Der geographische Schwerpunkt dieser Widerstandstätigkeit lag im Stadtteil Barmbek. Sie wurde besonders von den Schufo 10 (Barmbek-Süd) und 23 (Barmbek-Nord)⁴² getragen, von denen allein die Schufo 10 bei der Machtergreifung 150 Mann zählte. Die Arbeit dieser Gruppen bewegte sich im wesentlichen in demselben Rahmen wie die der schon charakterisierten Vereinigungen. Darüber hinaus widmeten sie sich in starkem Maße der Aufgabe, gefährdete Personen ins Ausland – vor allem nach Dänemark – zu schaffen.⁴³ Nach der Verhaftung der ersten illegalen Leitung der Schufo 10 fand im Frühjahr 1934 eine stärkere Annäherung der Reichsbannergruppen an die Stadtleitung der SPD statt. Nach Wellke bestanden zu diesem Zeitpunkt schon »starke aus den Genossen der Schufoformationen bestehende Widerstandsgruppen in den Stadtteilen Barmbek-Süd und -Nord, Uhlenhorst, Borgfelde, St. Georg, Hammerbrook, Rothenburgsort, Horn, Billstedt und St. Pauli«. ⁴⁴ Auch diese illegalen Zusammenschlüsse festigten ihren Zusammenhalt durch gemeinsame Ausflüge in die Umgebung Hamburgs, bei denen politische Diskussionen stattfanden, aber angeblich auch »Kriegsspiele« veranstaltet wurden.⁴⁵ So fand im Juni 1933 eine »in Form von Sternfahrten«⁴⁶ organisierte Zusammenkunft bei Sprötze in der Nordheide statt, an der 20 bis 30 Personen teilnahmen. Am 1. Juli 1934 war das Ziel eines gemeinsamen Ausflugs der Schufo 10 das Harburger Landgebiet. An diesem Treffen, einen Tag nach dem sogenannten Röhm-Putsch, nahm auch Walter Schmedemann teil, der ebenso wie Emil Wellke über die politische Lage sprach.⁴⁷

Nach einer erneuten größeren Verhaftungswelle, der annähernd 100 Mitglieder zum Opfer fielen,⁴⁸ übernahm im Oktober 1934 Wilhelm Häussler die Leitung der Schufo 10, die er zuvor als Kassierer betreut hatte. Trotz der personellen Verluste wurde die illegale Arbeit unter Häussler systematisch fortgesetzt. Die bereits bestehende Verbindung zum illegalen Leiter des Reichsbanners in Hamburg, Peter Haß,⁴⁹ wurde dazu genutzt, verstärkt Schriften, die aus Dänemark nach Deutschland geschmuggelt worden waren, in Umlauf zu bringen und von den eingenommenen Geldern Unterstützungen für Häftlingsangehörige zu zahlen. Einen Höhepunkt erreichte die Tätigkeit der Gruppe anlässlich der Reichstagswahlen am 29. März 1936, indem die Bevölkerung auf viel-

fältige Weise aufgefordert wurde, mit »Nein« zu stimmen.⁵⁰ Außerdem hatte die Schufo 10 ein Waffenlager angelegt, das erst im März 1937 entdeckt wurde⁵¹ und in Hamburger Gestapokreisen erhebliche Beunruhigung auslöste.⁵² Nach mehreren Verhaftungsaktionen kam die Tätigkeit der Reichsbannergruppen im Frühjahr 1937 nahezu zum Erliegen. In einer Serie von Prozessen, die sich bis in die zweite Jahreshälfte 1938 erstreckte, wurden in dem Verfahren gegen »Häussler u. a.« 45 Angeklagte verurteilt, die alle lange Freiheitsstrafen erhielten.⁵³

Neben diesen beiden Hauptgruppen des sozialdemokratischen Widerstands in Hamburg gab es weitere Vereinigungen von Sozialdemokraten, vor allem auf Betriebsebene. So bestanden seit dem Juli 1934 sozialdemokratische Zellen auf der Werft Blohm & Voß, deren Mitglieder noch im Krieg einen Teil ihrer Tätigkeit fortsetzen konnten. Sie stellten auch die meisten Vertreter im ersten Betriebsrat nach dem Zusammenbruch.⁵⁴

Eine andere Gruppe versuchte bis 1936 hauptsächlich in den Stadtteilen Winterhude und Ohlsdorf alte Sozialdemokraten in illegalen Betriebszellen zu organisieren.⁵⁵ Daneben betätigten sich auch zahlreiche Einzelpersonen, indem sie durch Kurierdienste nach Dänemark zum dortigen SPD-Vertreter Richard Hansen die Hamburger Widerstandsarbeit unterstützten.⁵⁶

Wenn auch die sozialdemokratische Widerstandstätigkeit in Hamburg teilweise noch bis in die Kriegsjahre hinein weiterging — vor allem in den Betrieben⁵⁷ —, so nahm sie doch zunehmend den Charakter privater Zusammenkünfte an.⁵⁸ Ihr qualitativer und quantitativer Schwerpunkt lag eindeutig in den Jahren 1933 bis 1937. Danach stellten sich in schnell steigendem Maße Schwierigkeiten ein, die sich auch in Richard Hansens Berichterstattung an die in Prag, später in Paris lebenden SPD-Politiker widerspiegeln. Schon im Januar 1937 sah er sich veranlaßt, den Prager Exilvorstand zu bitten, ihm zukünftig eine geringere Anzahl von Exemplaren der »Sozialistischen Aktion« zu schicken, denn »meine alten Vertrauensleute . . . halten die S. A. [Sozialistische Aktion] für überflüssig und ihre Verbreitung, wegen des damit verbundenen Risikos, das nach ihrer Auffassung in keinem Verhältnis zum Erfolg steht, in Zukunft nicht mehr für nötig. Diese Haltung hat sich besonders in Hamburg nach den vielen Prozessen, in denen die S. A. immer wieder eine Rolle gespielt hat, im Gegensatz zu früher ergeben.«⁵⁹ Ende April 1937 beklagte er sich darüber, daß im Zusammenhang mit dem Waffenfund vom März »wiederholt in unsere Verbindungen eingegriffen«⁶⁰ worden sei; eine Reihe von Kontaktleuten sei darüber hinaus verhaftet worden. Am 1. Juni 1937 berichtete er nach Prag: »In Hamburg ist

augenblicklich der Teufel los. Soeben bekomme ich eine erneute Mitteilung über eine Anzahl Verhaftungen.« Zugleich wies er die illegalen Gruppen an, ihre Arbeit umzustellen: »Ich habe mit den Hamburgern vereinbart, daß bis auf weiteres keinerlei direkte illegale Arbeit, Geldsammeln, Materialverteilen usw. gemacht wird. Die ganze Aufmerksamkeit soll auf Verbindung mit den Betrieben, Berichterstattung und wenn irgend möglich Hilfe für die Inhaftierten und ihre Angehörigen konzentriert werden.«⁶¹ In der Folgezeit riß die Verbindung nach Hamburg zeitweilig völlig ab⁶² oder konnte nur noch schriftlich aufrechterhalten werden.⁶³

Nach Kriegsbeginn 1939 wird deutliche Resignation angesichts der schlechten Lage des innerdeutschen Widerstandskampfes spürbar. So berichtete Hansen im Januar 1940 an Hans Vogel: »Wir sollten uns nicht darüber täuschen, daß es heute, nach siebenjähriger Nazi Herrschaft in Deutschland überhaupt keine politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gibt und daß bei einem evtl. Zusammenbruch in Deutschland die Verhältnisse vollkommen andere sind als etwa 1918. Es gibt zwar in Deutschland eine ganze Anzahl Einzelpersonen, die die Treue zu den alten politischen Parteien und gewerkschaftlichen Richtungen aufrechterhalten und sich bemühen, soweit es in ihren Kräften steht, dafür zu wirken, aber in den 7 Jahren ist eine neue Generation herangewachsen, die absolut nichts mehr von diesen Dingen kennt.«⁶⁴ Zumindest für den Hamburger Raum scheint diese pessimistische Einschätzung der Lage in diesen Monaten zutreffend zu sein. Mit der Flucht Hansens aus Dänemark und der vorläufigen Zerschlagung des Exilvorstandes in Paris als Folge der Feldzüge vom Frühjahr und Sommer 1940 wurde auch der letzte organisatorische Rückhalt im Ausland zerstört; dies wog um so schwerer, als die SPD — im Gegensatz zur KPD — sich niemals bemüht hatte, eine operative Leitung im Reichsgebiet selbst aufrechtzuerhalten. Während des Krieges standen zwar viele Hamburger Sozialdemokraten mit anderen — auch kommunistischen — Widerstandsgruppen in Verbindung, ohne jedoch weiterhin eine Aktivität entfalten zu können, die mit der in der Vorkriegszeit vergleichbar gewesen wäre.

Der Widerstand der Hamburger Sozialdemokratie seit dem Sommer 1933 wurde hauptsächlich von durchweg jüngeren, aktiven SPD-Mitgliedern der mittleren und unteren Funktionärskreise getragen. Die ehemals führenden Sozialdemokraten Hamburgs hielten sich aus den bereits geschilderten Gründen — von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen — von der illegalen Arbeit fern. Weder die ehemaligen Senatoren noch die frühere, aus zwei Vorsitzenden und elf Beisitzern bestehende Parteispitze sind durch bedeutende Widerstandsaktionen hervorgetre-

ten, wenn auch einige von ihnen zeitweilig verhaftet waren. Dementsprechend waren auch die Verluste durch den nationalsozialistischen Terror im jüngeren und mittleren Funktionärskorps, das — bei einer legalen Weiterexistenz der Partei — in den Jahren des Nationalsozialismus normalerweise die schon überalterte Leitung⁶⁵ abgelöst hätte, unverhältnismäßig größer als unter den älteren, ehemals führenden Funktionären.⁶⁶ Da diese im Widerstand engagierten Politiker andere politische Überzeugungen vertraten als die Weimarer Führungsspitze der Partei und durchaus nicht mehrheitlich dem rechten Flügel zuzuordnen waren, kann zwar nicht bewiesen, aber doch einigermaßen begründet vermutet werden, daß durch die Schwächung dieses nachrückenden Potentials zugleich eine Schwächung derjenigen Gruppe in der SPD bewirkt wurde, die mit der größten Innovationsbereitschaft und dem stärksten Veränderungswillen der Entwicklung nach Kriegsende entscheidende Impulse in eine nichtrestaurative Richtung hätte geben können. Indem hier die größten Lücken gerissen wurden, mußte beinahe zwangsläufig den Weimarer Führungskräften auch nach 1945 ein erheblicher Teil der politischen Verantwortung wieder zufallen.

Während es die Umstände der SPD erlaubten, sich nach den Märzahlen 1933 Illusionen über die zukünftige politische Entwicklung zu machen und zumindest an einen normalen Fortgang des parlamentarischen Betriebs zu glauben, lief die Schonfrist für die KPD wesentlich früher ab. Der Brand des Reichstags am Abend des 27. Februar wurde von den Nationalsozialisten propagandistisch als Beginn eines kommunistischen Aufstands interpretiert und zum Vorwand genommen, die kommunistischen Funktionäre einer scharfen Verfolgung auszusetzen.⁶⁷ Wurde die KPD auch noch nicht formell verboten, so war doch ihre Handlungsfreiheit durch eine umfangreiche Verhaftungswelle und Presseverbote in der letzten Phase des Wahlkampfes entscheidend eingeschränkt. Als besonders gravierend erwies sich, daß bereits in den Monaten März und April eine ganze Reihe von Spitzenfunktionären in die Hände der Nationalsozialisten geriet, andere untertauchten oder ihre Funktionen wechselten. Die Verhaftung Ernst Thälmanns am 3. März in Berlin machte deutlich, daß die Vorbereitungen auf die Illegalität, wenn sie auch wesentlich weiter gingen als bei den Sozialdemokraten, doch noch völlig unzureichend waren; Spitzeltätigkeit wie auch bei den Kommunisten noch vorhandene Illusionen über die Brutalität der Nationalsozialisten taten ein übriges. Zwar läßt sich die frühzeitige Verhaftung vieler führender Funktionäre wohlwollend so interpretieren, daß sie ihre Aktivitäten unter dem nationalsozialistischen Regime uneingeschränkt fortsetzten und die unteren Parteieinheiten nicht im

Stich ließen, aber sie zeugt auch davon, daß die Notwendigkeit verkannt wurde, die Spitze um jeden Preis intakt zu halten, wie das bei einer stark zentralisierten Partei wie der KPD unbedingt erforderlich war. Die erste Phase der illegalen kommunistischen Tätigkeit scheint von einer noch weitgehend unkonspirativen »Nun-erst-recht«-Stimmung geprägt gewesen zu sein, bei der die verständliche Trotzreaktion einer kühlen Einsicht in die wahre Lage im Wege stand. Der große Verlust an Führungskräften war nicht durch den nunmehr einsetzenden Appell an die eigene »Aktivität und Selbständigkeit der unteren Einheiten und Leitungen«⁶⁸ auszugleichen.

Auch in Hamburg fiel seit Ende Februar mit Edgar André, Fiete Schulze, Fiete Lux, Anton Saefkow, Gustav Bruhn, Matthias Thesen⁶⁹ und anderen ein großer Teil der Spitzenfunktionäre des Bezirks Wasserkante den nationalsozialistischen Verhaftungskommandos in die Hände. Dies verstärkte die Unsicherheit der unteren Parteigliederungen und erleichterte es den Nationalsozialisten, auch hier viele Verhaftungen vorzunehmen, so daß von März bis Juli 1933 annähernd 2400 Kommunisten in »Schutzhaft« genommen wurden.⁷⁰ Trotzdem gab es keine Alternative zu einer dezentralisierten Fortführung der Arbeit. Die Leitung lag zunächst weiter in den Händen des Funktionärs Hermann Schubert, der jedoch nach der Verhaftung Thälmanns als einer seiner potentiellen Nachfolger nach Berlin ging.⁷¹ Als im April der bisherige Organisationsleiter des Bezirks Wasserkante, Anton Saefkow, durch Verhaftung ausfiel und Franz Jacob Hamburg verlassen mußte und nach Bremen auswich, kam noch im selben Monat der frühere preußische Landtagsabgeordnete und Bezirksleiter der KPD in Thüringen, Walter Duddins, nach Hamburg,⁷² der »sich bei der KPD des größten Ansehens erfreute und als besonders organisatorisch fähige und energische Kraft galt, mit dem Auftrag, den für die KPD bedeutsamen Bezirk »Wasserkante« zu reorganisieren und den Erfordernissen der Illegalität entsprechend aufzuziehen«.⁷³ Duddins entfaltete offensichtlich sogleich eine umfangreiche Aktivität. Er selbst übernahm die Funktion des Organisationsleiters und »mangels einer geeigneten Persönlichkeit«⁷⁴ auch die des politischen Leiters.

Für seine Arbeit setzte er fünf Schwerpunkte. Einmal beabsichtigte er, »die kassentechnische Verbindung bis zum letzten Mitgliede herzustellen, da dies in Wirklichkeit die alleinige Verbindung zwischen Leitung und Mitgliedschaft sein konnte«; dann wollte er die unteren Parteigliederungen mit den Beschlüssen der Parteiführung vertraut machen. Darüber hinaus sah er die »Herstellung von Verbindungen zu den sozialdemokratischen Arbeitern in der Form der Bildung von Fünfergruppen«

als eine zentrale Aufgabe an, wobei jeweils ein kommunistischer Funktionär fünf Sozialdemokraten betreuen sollte. Schließlich ging es ihm um die Ergänzung des Funktionärskörpers durch Einweisung und Anleitung neuer Funktionäre und um die Herausgabe illegalen Schriftmaterials.⁷⁵

Vor allem die Aktivität im agitatorischen und propagandistischen Bereich führte zu gewissen Erfolgen. Nach kurzer Anlaufzeit erschien eine Vielzahl von Publikationen in zum Teil beträchtlichen Auflagen.⁷⁶ Auch ein organisatorischer Zusammenhalt der Mitglieder scheint noch in recht großem Umfange möglich gewesen zu sein. Nach Angaben von Matthias Thesen gab es im Juni 1933 etwa 9000 bis 12 000 zahlende Mitglieder im Bezirk Wasserkante; dies würde bedeuten, daß noch ein Drittel der Mitgliedschaft weiter Beiträge bezahlte.⁷⁷ Über diese Tätigkeit in Hamburg und im Bezirk Wasserkante hinaus gelang es, Kontakte zum Ausland herzustellen, die für die weitere illegale Arbeit immer größere Bedeutung erhielten. So wurde auf Initiative von Duddins in Kopenhagen eine Parteischule gegründet, in der der Funktionärsnachwuchs herangebildet werden sollte. An dieser Schule, zu der die potentiellen Führungskräfte auf zum Teil recht abenteuerlichen Wegen gebracht werden mußten, unterrichteten neben anderen der frühere Leiter der RGO in Hamburg, Adolf Deter,⁷⁸ und Ernst Wollweber, der bereits Ende 1932 die ersten organisatorischen Vorbereitungen für Einsätze von Kopenhagen aus getroffen hatte.⁷⁹

Nachdem die illegale KPD-Organisation in Hamburg und Umgebung auf vielfältige Weise wieder in Gang gesetzt worden war und erneut eine umfangreiche Tätigkeit zu entfalten begann, schlug die Staatspolizei Mitte Juli zu. Es gelang ihr, die Organisation weitgehend zu zerschlagen und sie besonders nachhaltig dadurch zu schwächen, daß sie eine Reihe von führenden Funktionären verhaftete. Neben Duddins und Egon Nickel, dem politischen Leiter der KPD für Hamburg,⁸⁰ sollen annähernd 100 kommunistische Funktionäre gefangengesetzt worden sein.⁸¹ Wenn auch die Prognose des »Hamburger Fremdenblattes«, »es dürfte nach diesem vernichtenden Schlag zum mindesten für den Bezirk Wasserkante die weitere illegale Tätigkeit der Partei auf Monate hinaus unmöglich gemacht worden sein«,⁸² zu weit ging, so war doch die kommunistische Widerstandsbewegung in den Sommermonaten zweifellos in eine Krise geraten. Die verbliebenen und nunmehr nachrückenden Funktionäre, zu denen an führender Stelle der frühere Redakteur der »Hamburger Volkszeitung« und Agitations- und Propagandaleiter des Bezirks, Otto Wahls, gehörte, waren zunächst nicht in der Lage, die illegale Arbeit auf qualitativ gleicher Höhe fortzuführen.

Auch der Rückgang der Verhaftungen kommunistischer Parteifunktionäre von 407 im Juli auf 197 im August und 123 im September läßt auf eine deutlich verminderte Aktivität schließen.⁸³

Im August hielt es die illegale Hamburger Volkszeitung unter Betonung der konstruktiven Möglichkeiten innerparteilicher Selbstkritik »für angebracht, auf einige Tatsachen hinzuweisen, die diese Selbstkritik notwendig machen.«⁸⁴ Anlaß biete vor allem die »Unterschätzung der Führerrolle unserer Partei«, die sich in einer zunehmenden »Flucht aus der Betriebs- in die Wohnorganisation, in der Verzichtleistung auf Demonstrationen mit dem Hinweis, daß solche Demonstrationen zu viele Opfer kosten«, ebenso zeige wie in der Aufgabe der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Besonders verhängnisvoll sei das ständige »Zurückweichen im Betrieb« durch Verzicht auf eigene Forderungen, wenn diese schon von der NSBO erhoben würden, und durch Übertritte von der RGO zur NSBO. Darüber hinaus wurde der »ungenügende Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter« scharf kritisiert, da er die Voraussetzung für eine schlagkräftige Einheitsfrontpolitik sei. »Die Tatsache, daß die Losung der BL [Bezirksleitung]: ›Jeder Kommunist ein Fünfergruppenleiter SPD- und freigewerkschaftlicher Arbeiter«, von einigen Parteieinheiten beispielgebend verwirklicht, nicht Gemeingut aller Parteimitglieder ist [und] noch nicht genügend beispielgebend von den Leitungsmitgliedern selbst verwirklicht wird, beweist, daß die durchaus falsche Auffassung noch in den Parteieinheiten verbreitet ist, wonach die SPD-Arbeiter infolge des Bankrotts ihrer Führer von selbst zu uns kommen werden. Die Genossen vergessen, daß diese sozialdemokratischen Arbeiter von neuen sozialdemokratischen linken Manövern eingefangen werden können, wenn wir nicht alle Maßnahmen ergreifen, um auch durch die Anwendung konspirativer Organisationsmethoden die SPD-Arbeiter für die Einigung der Arbeiterklasse zu gewinnen.« Schließlich wurde die Sorge über das Verhältnis zur Jugend ausgedrückt, dessen positive Gestaltung die entscheidende Voraussetzung für die Gewinnung größerer Teile der Arbeiterschaft sei.

Dieser sehr kritische Zustand der kommunistischen Parteiarbeit im Bezirk Wasserkante wenige Monate nach Hitlers Machtergreifung scheint in den Herbstmonaten 1933 in einer gesteigerten Aktivität zur Wiedererrichtung einer schlagkräftigen Organisation eine adäquate Antwort gefunden zu haben. Dabei wechselten zwar die führenden Personen, nicht jedoch die Grundstrukturen der wiederaufgebauten Organisation, die sich stets an denen der legalen Zeit orientierten.⁸⁵ Mangelnde Ausbildung in der konspirativen Arbeit wie auch eine deutlich verringerte Einsatzbereitschaft und -fähigkeit führten allerdings um die Jah-

reswende 1933/34 dazu, daß auch diese neuen Ansätze wieder zerschlagen wurden,⁸⁶ wobei der inzwischen zum politischen Leiter avancierte Willi Dolgner ums Leben kam.⁸⁷

Schon zu diesem Zeitpunkt wurde die nachlassende Qualität der Leitungen im Inland durch einen gesteigerten Einsatz der Kopenhagener Auslandszentrale wettgemacht. So herrschte in Hamburg in den ersten Monaten des Jahres 1934 relative Ruhe, bis durch einen Kopenhagener Instrukteur, der sich zwischen Februar und April zweimal mehrere Tage in Hamburg aufhielt, eine »neue Ära« der illegalen Arbeit der Kommunisten eingeleitet wurde.⁸⁸ Diese »neue Ära« war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß nicht die bekanntesten kommunistischen Organisationen neu etabliert wurden, sondern nur in Restbeständen erhalten blieben, um die Staatspolizei zu täuschen. Daneben wurde eine völlig neue Organisation aufgebaut. Geführt wurde sie von einer Fünfer-Gruppe unter Leitung des ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten Walter Hochmuth. »Diese fünf Männer, alle intelligent und entschlossen, haben es verstanden, innerhalb eines Vierteljahres hier einen illegalen Parteiapparat, desgleichen die RGO, aufzuziehen, wie wohl seit der Machtergreifung kein Apparat mehr in Hamburg bestanden hat . . . Mit einer erstaunlichen Einsatzbereitschaft und beachtlicher Intelligenz ist es den fünf Männern gelungen, monatelang der fieberhaften Arbeit der Staatspolizei zu trotzen, ihre Organisation verhältnismäßig fest zu fügen und insbesondere allwöchentlich regelmäßig ihre illegalen Zeitschriften anzufertigen und zu verteilen.«⁸⁹ Als die Staatspolizei im Juli 1934 begann, auch diese Neugruppierung zu zerstören, mußte sie feststellen, daß in ihr mindestens 3000 Personen beteiligt waren, von denen 650 sogleich festgenommen wurden.⁹⁰ Selbst nach diesem Schlag versuchte die KPD nicht ganz ohne Erfolg, eine gewisse Propagandatätigkeit fortzusetzen, wengleich eine ähnlich große Organisation zunächst nicht wieder geschaffen werden konnte.⁹¹

Nachdem die illegale Leitung der KPD Wasserkannte bis zum Herbst 1935 nicht weniger als siebenmal hatte umgebildet werden müssen,⁹² änderte sich als Folge der sogenannten »Brüsseler Konferenz« der KPD, die im Oktober 1935 in der Nähe Moskaus stattfand, die Struktur der kommunistischen Widerstandsgruppen in Deutschland. Dies geschah im wesentlichen unter drei Gesichtspunkten:⁹³ einmal kam in verstärktem Maße »die Taktik des trojanischen Pferdes« in Anwendung, nach der die Parteimitglieder die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation und andere Vereinigungen von innen heraus zersetzen sollten; ferner war vorgesehen, nicht mehr große Zusammenschlüsse anzustreben, sondern das Schwergewicht auf »kleinere bewegliche Aktivgruppen von

drei bis fünf Genossen«⁹⁴ zu legen, und schließlich wurden die verschiedenen Emigrationszentralen zu »Abschnittsleitungen« umstrukturiert. Für Hamburg war die »Abschnittsleitung Nord« mit Sitz in Kopenhagen zuständig, die durch Instruktoren und Kuriere mit den einzelnen Inlandsgruppen in Verbindung stand.⁹⁵ Durch die fortschreitende Dezentralisierung der Kräfte im Inland gewann die Abschnittsleitung nicht nur organisatorische, sondern auch erhebliche politische Bedeutung, der sie durch die zeitweilige Herausgabe einer Zeitung — der »Norddeutschen Tribüne« — sowie zahlreicher Flugblätter und deren Versendung ins Reich gerecht zu werden versuchte.⁹⁶ Sie unterstützte insbesondere die Arbeit einiger Betriebsgruppen, von denen die auf der Werft Blohm & Voß die größte Aktivität entfaltete. Auf diese Weise wurden die illegalen Gruppen auch mit den jeweiligen Beschlüssen des Zentralkomitees der KPD vertraut gemacht, dem die Abschnittsleitungen direkt unterstanden. Im Gegenzug lieferten die illegalen Zusammenschlüsse Informationen über die Lage der Arbeiter in ihrem Bezirk, über die allgemeine Stimmung der Bevölkerung und über den Stand der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern, der sich die KPD seit der »Brüsseler Konferenz« mit gesteigerter Intensität widmete.

Insgesamt bildeten die Jahre 1935 bis 1940 eine Zwischenphase in der kommunistischen Widerstandstätigkeit im Bezirk Wasserkante. Sie war gekennzeichnet durch eine große Anzahl von Prozessen, in denen die Opfer der Verhaftungsaktionen der vergangenen Jahre abgeurteilt wurden. Besonders die Verhandlungen gegen Fiete Schulze und Edgar André erregten weit über den Hamburger Raum hinaus Aufsehen.

Die Umstrukturierungen seit dem Herbst 1935 verringerten die Selbständigkeit der einzelnen Gruppen im Inland. Am ehesten traten sie noch von Zeit zu Zeit durch die Verteilung von Flugblättern in Erscheinung, in denen sie eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verlangten und vor der Gefahr und den Folgen eines neuen Krieges warnten.⁹⁷ Trotz gelegentlicher Aktionen und Verhaftungen,⁹⁸ die die Existenz von Widerstandszirkeln belegen, nahm der Umfang der illegalen Arbeit seit 1937 ab; es entstand der Eindruck einer relativen Inaktivität.⁹⁹ Nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes mag hierzu auch die politische Inopportunität weiterer Widerstandstätigkeit beigetragen haben.

Nach der Besetzung Dänemarks wurde — ähnlich wie bei den Sozialdemokraten — die Aktionsfähigkeit der »Abschnittsleitung Nord« entscheidend eingeschränkt und durch Einschleusung nationalsozialistischer Spitzel seit dem Mai 1941 völlig lahmgelegt. Dabei fielen der Gestapo mit Heinrich Wiatrek und Konrad Blenkle die führenden Funktionäre

der Abschnittsleitung, mit Karl Nieter, Paul Helms und anderen eine Reihe von Instrukteuren in die Hände.¹⁰⁰ Nach der Zerschlagung der »Duddins-Gruppe« und der »Hochmuth-Gruppe«, die — neben mehreren ephemeren Leitungen — dem ersten Abschnitt der illegalen kommunistischen Arbeit in Hamburg und im Bezirk Wasserkante das Gepräge gegeben hatten, geriet damit der Widerstand der KPD auch in der zweiten Phase in eine schwere organisatorische Krise. Hatte sich das Bemühen um größere Zusammenhalte unter Anlehnung an Organisationsmuster der Weimarer Zeit — die Zweigleisigkeit der »Hochmuth-Gruppe« änderte hieran nichts Wesentliches — als zu gefährlich erwiesen, so vermochte auch das Kleingruppensystem keinen Aufschwung in der illegalen Arbeit zu bewirken; durch dieses System konnte nicht einmal der bis dahin erreichte Standard des Widerstands, der sich in vielfältigen Formen geäußert hatte, in vollem Umfang gehalten werden.¹⁰¹

Der Ausbruch des Krieges und die zunehmenden Schwierigkeiten der »Abschnittsleitung Nord« veranlaßten das Zentralkomitee der KPD, einen Teil der zentralen Führungsaufgaben wieder ins Reich selbst zu verlegen.¹⁰² Die bisherigen Dreier- und Fünfergruppen sollten erhalten bleiben, aber stärker als zuvor durch die »zentrale operative Leitung«¹⁰³ koordiniert werden. Diese inländische Leitung setzte sich sowohl aus ehemaligen Mitgliedern der verschiedenen Abschnittsleitungen als auch aus Funktionären zusammen, die schon illegal im Reich tätig waren oder in Gefängnissen und Konzentrationslagern saßen und ihrer Entlassung entgegensahen.

In Hamburg wurde die Widerstandsarbeit nach 1941 von ehemaligen Konzentrationslagerinsassen, vor allem aus Sachsenhausen, getragen. Sie konstituierten nach einer längeren Phase der Vorbereitung im Dezember 1941 eine Widerstandsorganisation, die sich auf zahlreiche kleinere Gruppen stützte¹⁰⁴ und nach den führend Beteiligten unter dem Namen »Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe« bekannt wurde.¹⁰⁵ Ihr gelang es in recht kurzer Zeit, der illegalen Arbeit wieder eine feste organisatorische Form zu geben und in ca. 30 Hamburger Firmen Stützpunkte zu schaffen und zu unterhalten.¹⁰⁶ Der größte bei Blohm & Voß umfaßte 60—80 Personen. Die Leitung gliederte die Organisation in eine Reihe von »Industriegruppen« auf, in denen die einzelnen Dreiergruppen, die sich untereinander möglichst nicht kennen sollten, zusammengefaßt wurden. Die Verbindungen wurden durch ein Kuriersystem aufrechterhalten.

Die Tätigkeit dieser Gruppe erstreckte sich neben der »Aufklärungsarbeit«¹⁰⁷ in den Betrieben und unter der Bevölkerung durch Flugblätter auch auf Sabotageakte, durch die die Kriegsproduktion beeinträchtigt

werden sollte. Außerdem gehörten »Solidaritätsaktionen für gefährdete und illegal lebende Antifaschisten«¹⁰⁸ zum Aufgabenbereich der Gruppe. Die Organisation reichte weit über den Hamburger Raum hinaus; die Gruppe unterhielt Verbindungen zu mehreren Orten in Norddeutschland und arbeitete mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern zusammen, die zu »koordinierten Aktionen für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen«¹⁰⁹ herangezogen werden sollten. Zu erwähnen ist schließlich das Bemühen, durch antifaschistische Agitation unter den Soldaten, insbesondere durch Information über die tatsächliche Lage an den Fronten, die Streitkräfte zu schwächen. Nicht zuletzt sah die Gruppe ein Ziel ihrer Arbeit darin, Verbindungen zu sozialdemokratischen Arbeitern und zu anderen Widerstandsgruppen in und um Hamburg und in Berlin herzustellen.

Bemerkenswert ist, daß bei der Gruppe zumindest ansatzweise das Bewußtsein vorhanden war, eine mögliche organisatorische Keimzelle für die Zeit nach dem Kriege zu sein. Sie war überzeugt, daß der Kampf nicht nur gegen Hitler ging, sondern auch schon die Auseinandersetzungen mit den kapitalistischen Besatzungsmächten vorbereitet werden mußten. Deshalb galt es, im innerdeutschen Bereich vollendete Tatsachen zu schaffen und den kommunistischen Einfluß für die Nachkriegszeit so früh wie möglich zu sichern.¹¹⁰

Im Oktober 1942 rollte eine erste Verhaftungswelle gegen die »Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe«, der 110 der insgesamt etwa 200 Mitglieder zum Opfer fielen. Bästlein und Abshagen gerieten am 17. bzw. 19. Oktober in die Hände der Gestapo, während es Jacob im November gelang, nach Berlin zu entkommen und sich dortigen Widerstandskreisen anzuschließen. Als im Sommer 1943 die Prozesse gegen die 61 Hauptbeschuldigten weitgehend vorbereitet waren, wurde Hamburg von schweren britischen Luftangriffen heimgesucht. Daraufhin gewährte der Generalstaatsanwalt Drescher — ein beispielloser Vorgang im Dritten Reich — allen bis auf fünf Inhaftierten einen zweimonatigen Hafturlaub. Bis Anfang 1944 waren 43 Personen wieder unter Kontrolle, während sich 13 auf der Flucht oder im Untergrund befanden. Einige von ihnen versuchten unter Leitung von Walter Bohne und Gustav Bruhn eine neue Organisation aufzubauen, die jedoch um die Jahreswende 1943/44 wieder zerschlagen wurde. In den 1944 und teilweise noch 1945 durchgeführten Prozessen wuchs die Zahl der Beschuldigten auf 85, von denen mindestens 26 — wahrscheinlich mehr — ihren Einsatz mit dem Leben bezahlten.¹¹¹

Anders als bei den Sozialdemokraten lassen sich im kommunistischen Widerstand nicht bestimmte Mitgliedergruppen aus der legalen Zeit un-

terscheiden, die sich aktiv an der illegalen Arbeit beteiligt oder von ihr ferngehalten haben. Neben einer sehr großen Zahl einfacher Mitglieder und Funktionäre der unteren Ebene beteiligten sich auch die meisten der ehemaligen Spitzenfunktionäre an Widerstandsaktionen. Außer dem Organisationsleiter des Bezirks Wasserkante Anton Saefkow sind vor allem die zum Teil bereits erwähnten ehemaligen Bürgerschaftsmitglieder Franz Jacob, Walter Hochmuth, Edgar André, Friedrich Dettmann,¹¹² Fiete Lux, Bernhard Bästlein,¹¹³ Magda Kelm¹¹⁴ und August Schmidt¹¹⁵ zu nennen. Kennzeichnend für den kommunistischen Widerstand war es, daß die regionale Gebundenheit und Isolierung, die bei der SPD sehr stark zu beobachten war, schon frühzeitig durchbrochen wurde. Dies geschah einmal durch die Versetzung auswärtiger Funktionäre wie Walter Duddins nach Hamburg, zum anderen durch das System der Abschnittsleitungen und Kurierverbindungen, durch das nicht-hamburgische Funktionäre wie Karl Mewis und Heinrich Wiatrek zeitweilig Einfluß auf die illegale Arbeit in Hamburg und im Bezirk Wasserkante hatten.

Wenn man die realen Machtverhältnisse im Dritten Reich berücksichtigt, so erreichte die kommunistische Widerstandsbewegung in Hamburg bemerkenswerte Ausmaße, wobei der Aufbau der »Bästlein-Jacob-Abs-hagen-Gruppe« mitten im Krieg mit über 200 Mitgliedern die erstaunlichste Leistung bleibt. Die illegale kommunistische Arbeit wurde von großer Einsatzbereitschaft und starkem persönlichem Opfermut der Beteiligten getragen. An dieser Tatsache kann auch die Behauptung nichts ändern, daß die Aktionen von der Sowjetunion gelenkt worden seien und nicht den Zielen der westlichen Demokratie gedient hätten.¹¹⁶ Nicht nur, daß rechtliche Vorwürfe wie Hoch- oder Landesverrat ohnehin auf den Kampf gegen einen Staat wie das Dritte Reich nur schwer angewandt werden können; hier werden außerdem in unzulässiger Weise ideologische Kategorien des »Kalten Krieges« in eine Zeit verlagert, in der andere Prioritäten zu gelten hatten. Indem die Widerstandskämpfer der KPD indirekt mitverantwortlich gemacht werden für die Säuberungen Stalins, die Nachkriegspolitik der Sowjetunion und die deutsche Teilung, werden ihnen, um ihren moralischen und politischen Anspruch zu relativieren, Kenntnisse und Absichten unterstellt, die nicht zu beweisen und angesichts der Ungewißheit der künftigen Entwicklung sehr unwahrscheinlich sind. Es bedarf nicht einer Verwischung der gravierenden Unterschiede zu den anderen Widerstandsgruppen oder einer oft peinlichen Heldenverehrung, die jeden Kommunisten zu einem tadelstfreien Übermenschen stilisiert, wenn er nur ein aktiver Gegner Hitlers war, um zu einer prinzipiell bejahenden Einstellung zumindest gegen-

über dem innerdeutschen Widerstand der KPD zu gelangen. Bei einer solchen Wertung wird nicht übersehen, daß für die kommunistische Emigration wie auch für die Nachkriegspolitik der KPD wesentlich andere Maßstäbe angelegt werden müssen.¹¹⁷ Daraus ergibt sich kein Bruch hinsichtlich der Kontinuität der faktisch betriebenen Politik, aber doch in der Bewertung derselben Politik während und nach Ende des Krieges.

Ein Aspekt, der der Darstellung bedarf, weil er für die Nachkriegszeit Bedeutung erlangt, ist die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von 1933 bis 1945. In den ersten Monaten der Illegalität stand die Politik der KPD weiter im Zeichen der »Einheitsfront von unten«. Das Werben um den sozialdemokratischen Arbeiter sollte der Stärkung der eigenen Position in der bevorstehenden »bolschewistischen Krise«¹¹⁸ dienen, aus der es den größten Nutzen zu ziehen galt. Entsprechend wurden die KPD-Mitglieder aufgefordert, in Fünferzellen Sozialdemokraten um sich zu sammeln. Ebenso ging die Kritik an der sozialdemokratischen Führungsspitze in Hamburg und Berlin weiter, deren Verhalten zumal in Hamburg der »Sozialfaschismus«-These neue Argumente zu liefern schien. In der illegalen Hamburger Volkszeitung wurde nach dem Verbot der SPD im August zu verstärkten Bemühungen um die sozialdemokratische Arbeiterschaft aufgefordert, da diese nunmehr führungslos und in besonderem Maße vom Faschismus bedroht sei. Denn es »gelten die eingeleiteten Verfolgungsmaßnahmen nicht den SPD-Führern, sondern den sich radikalierenden sozialdemokratischen Arbeitermassen. Der Faschismus versucht jetzt mit Terror die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter zu erreichen, was bisher mit Demagogie und Heranziehung der sozialfaschistischen Führerschaft zur Erweiterung der faschistischen Massenbasis nicht erreicht wurde«. ¹¹⁹ Ferner wurde eine schwere Krise in der SPD konstatiert, wobei »die wachsende Kampfkraft unserer Partei gegenüber der SPD« nicht nur »die Richtigkeit der bolschewistischen Organisationsform«, sondern auch ihre Bedeutung im Kampf um den sozialdemokratischen Arbeiter bewiesen habe.

Der Austritt der Gewerkschaftler um John Ehrenteit aus der SPD-Fraktion im Mai 1933 und das Verbot der SPD im Juni stellten sich für die KPD als einheitlicher Prozeß dar. »Ehrenteits Entwicklung und gegenwärtige Betätigung als Verteidiger der offenen faschistischen Diktatur und ihrer Gewaltmaßnahmen war nur im Rahmen der sozialdemokratischen Organisationen und mit Hilfe ihrer sozialfaschistischen Ideologie möglich. Dies Hinüberwechseln Ehrenteits beweist aufs Neue, daß Sozialfaschismus und Faschismus sich als Zwillingsbrüder gegenüber stehen. Ehrenteit unterscheidet sich jedoch von seinen Freunden,

den Schönfelder, Podeyn,¹²⁰ Dahrendorf, Meitmann, nur in den Methoden und Formen der Verteidigung der faschistischen Diktatur, nicht aber in der Verhinderung der Einigung der Arbeiterklasse und der Organisierung von Angriffskämpfen gegen den Faschismus. Daran ändert auch nichts die Verhaftung der 30 SPD-Spitzenfunktionäre. Nur Leute, die von der Ungefährlichkeit ihrer Opposition überzeugt waren, konnten sich zu einer sogenannten Geheimkonferenz und noch dazu in ihrem Parteihause versammeln. Nur solche Leute, wie der in der polizeilichen Kommunistenverfolgung erprobte Schönfelder, nebst Dahrendorf, die von der Erlaubtheit ihrer Oppositionsbewegung überzeugt waren, konnten Verzicht leisten auf die Anwendung konspirativer und illegaler Arbeitsmethoden.«¹²¹

Insgesamt änderte sich an dieser Politik der KPD bis in die zweite Jahreshälfte 1934 wenig. Besondere Wirkungen auf die sozialdemokratischen Arbeiter gemäß den Intentionen der KPD stellten sich nicht ein. Ein Abwandern nennenswerter Teile der SPD zur KPD ist nirgends feststellbar; es tauchen im kommunistischen Widerstand im Bezirk Wasserkante auch keine ehemaligen Sozialdemokraten auf. Andererseits hinderte die begrenzte Einheitsfronttaktik die KPD-Führung daran, Angebote zu einer Zusammenarbeit an die Leitung der SPD zu richten, solange es eine solche in Hamburg noch gab. Als die KPD seit dem Sommer 1934 ihre Taktik schrittweise änderte und sich an den illegalen SPD-Vorstand in Hamburg wenden wollte, gab es infolge der umfangreichen Verhaftungen auf seiten der Sozialdemokraten keinen Adressaten mehr, der kompetent auf solche Angebote hätte eingehen und gemeinsame Aktionen vorbereiten und durchführen können. Hieran änderte sich auch dadurch nichts, daß die KPD nun die bis dahin geleugneten sozialdemokratischen Widerstandsgruppen und insbesondere deren Führungen entdeckte, um überhaupt — zumindest theoretisch — einen Partner für die geplante Einheitsfrontpolitik zu haben. So wandte sich die KPD am 20. März 1935 mit einem »Offenen Brief an die Bezirksleitung der SPD Hamburg«,¹²² obwohl sie nicht mehr existierte. Die KPD erinnerte darin an gemeinsam erlittene Verfolgungen und soziale Beeinträchtigungen und schlug ein gemeinsames Drei-Punkte-Programm vor.¹²³ Danach sollten »zur Herstellung der Aktionseinheit in den Betrieben unter strengster Befolgung der Regeln der illegalen Arbeit gemeinsame Vertrauensleute, freigewerkschaftliche Komitees zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften« gewählt werden; ferner wurden Propagandakampagnen vorgeschlagen gegen die »Kriegsvorbereitungen der Regierung Hitler-Schacht« und gegen die Verurteilung bzw. Inhaftierung von Fiete Schulze,¹²⁴ Ernst Thälmann und

anderen antifaschistischen Kämpfern. Wie von kommunistischer Seite eingestanden wurde,¹²⁵ fand der »Offene Brief« bei den Sozialdemokraten keine Resonanz, weil er sie gar nicht finden konnte. Dies lag nicht nur an der mangelnden, unter den gegebenen Umständen auch nur schwer möglichen psychologischen Vorbereitung, sondern vor allem am Fehlen eines geeigneten sozialdemokratischen Gesprächspartners. Aber selbst, wenn es ihn gegeben hätte, dürfte er der vorgeschlagenen Kampflosung »Schutz der Sowjetunion«¹²⁶ kaum vorbehaltlos zugestimmt haben. Andere Gemeinsamkeitsappelle im gewerkschaftlichen Bereich führten ebenfalls nicht zu einer grundsätzlichen Neubestimmung des Verhältnisses von SPD und KPD in Hamburg.¹²⁷

Da bei der Hamburger SPD eine deutlich erkennbare politische Spitze fehlte, war die KPD mehr oder minder gezwungen, die Taktik der »Einheitsfront von unten« fortzusetzen. Sie wurde aber entscheidend dadurch verändert, daß es keine Alternative gab und der Spaltungsgesichtspunkt fortfiel, da bei der SPD nun die unterste Ebene zugleich die höchste war. Obgleich Richard Hansen Anfang 1937 nach Prag meldete, daß »unsere Leute in Hamburg sich im allgemeinen um die Angelegenheiten der Kommunisten nicht kümmern und auch nichts damit zu tun haben wollen«,¹²⁸ besteht doch kein Zweifel, daß es in vielen Betrieben und vor allem auf den Werften zahlreiche Verbindungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab. Auch Hansen berichtete — mit deutlich ablehnender Betonung — von »Unterredungen« zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, wobei es sich in seiner Sicht aber »wieder um die alte kommunistische Taktik« handelte, die »uns ja nicht mehr neu ist.«¹²⁹ Die politisch-taktischen Auseinandersetzungen waren offenbar in der Emigration wesentlich bedeutender als in der illegalen Arbeit im Reich selbst. Hier führten die gemeinsam erfahrene Bedrohung und Unterdrückung zu einer Relativierung der Gegensätze und förderten die Bereitschaft, noch vorhandene Bedenken zurückzustellen. Zwar etwas zu stark nivellierend, aber im Kern nicht unrichtig ist daher die Feststellung, »daß die Frage der Parteizugehörigkeit nur selten eine Rolle spielte. SPD-, SAP- und KPD-Arbeiter, die sich früher so scharf bekämpft hatten, arbeiteten in der Illegalität kameradschaftlich zusammen.«¹³⁰

Im Kriege, als die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen immer stärker zu privaten Zusammenkünften und Bekanntschaftszirkeln wurden und aus sich heraus nicht mehr aktionsfähig waren, fanden einige Sozialdemokraten Anschluß an die kommunistische Widerstandsarbeit, vor allem die der »Bästlein-Gruppe«. So hatte der Gewerkschaftsfunktionär Adolph Kummernuß Kontakt zu Sympathisanten dieser

Gruppe;¹³¹ so gab es auch Verbindungen zu den Sozialdemokraten Otto Schumann und Gertrud Lockmann.¹³² Über die Zusammenarbeit auf der Werft Blohm & Voß berichtete ein Beteiligter, daß es gelungen sei, mit Hans Hornberger Kontakt aufzunehmen.¹³³ »Mir war bekannt, daß H.[ornberger] mit der Berliner Zentrale in Verbindung stand. Da ich den Aufbau unserer eigenen Gruppen nicht preisgeben wollte, lehnte ich ein Ineinandergehen auf der Werft ab und behielt nur persönlich mit Hornberger Kontakt. Ich wurde von ihm ständig auf dem laufenden gehalten.«¹³⁴ Unter den Inhaftierten der Verhaftungswelle vom Oktober 1942 sollen sich etwa 25 % nichtkommunistische, in erster Linie sozialdemokratische Arbeiter befunden haben.¹³⁵

Wenn auch eine Illegalitätsromantik unangebracht ist, die weiterbestehende Ressentiments verwischt, so ist doch nicht zu übersehen, daß es — gemessen an der Ausgangslage 1933 — zu einer sichtbaren Entspannung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der innerdeutschen Widerstandsbewegung gekommen war. Die Annäherung und gelegentliche Zusammenarbeit der beiden politischen Richtungen in der Zeit der faschistischen Diktatur muß als eine der wichtigsten Voraussetzungen genannt werden, die die kurzfristige gemeinsame politische Arbeit von SPD und KPD in Hamburg und an einigen anderen Orten in der unmittelbaren Nachkriegszeit begünstigt haben. Diese Feststellung bleibt richtig, obwohl sich direkte personelle Kontinuitäten vom Widerstand zum Neubeginn nur in begrenztem Umfang und weniger zahlreich nachweisen lassen als die Verbindungen, die unmittelbar in die Weimarer Zeit zurückreichen. Die Tatsache, daß es in der Emigration zu einer echten Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht gekommen ist, deutet darauf hin, daß es nicht theoretisch fundierte Grundsatzentscheidungen als vielmehr die konkreten Sachzwänge illegaler Tätigkeit waren, die ein Näherrücken beider Gruppierungen bewirkt haben. Gerade die Konzentration auf »praktische« Widerstandsarbeit unter Hintanstellung ideologischer Erörterungen, wie dies im Kriege zu beobachten war, muß als Voraussetzung für eine konstruktive Kooperation angesehen werden, die dementsprechend sofort gefährdet war, als wieder stärker nach ideologischen Gesichtspunkten und weniger unmittelbar situationsbezogen entschieden wurde.

Von nicht unerheblicher Bedeutung für den Hamburger Widerstand wie vor allem auch für die Nachkriegsentwicklung der Arbeiterparteien, zumal der SPD, war die illegale Arbeit einiger kleinerer sozialistischer Gruppen, die zwischen oder neben Sozialdemokraten und Kommunisten angesiedelt waren und sich von unterschiedlichen Ansätzen her schon 1933 und früher um eine Verständigung von SPD und KPD

bemüht hatten. Sowohl der 1931 von der SPD abgespaltenen »Sozialistischen Arbeiterpartei« (SAP) wie auch dem 1925 gegründeten »Internationalen Sozialistischen Kampfbund« (ISK) war es 1933 besser als den beiden großen Arbeiterparteien gelungen, geschlossene Gruppen in die Illegalität zu überführen¹³⁶ und noch eine Weile aktionsfähig zu halten. Während der SAP in Hamburg bis in die zweite Jahreshälfte 1934 Widerstand möglich war¹³⁷ — er äußerte sich in der Herausgabe mehrerer Flugblätter und dem Bemühen, die Organisation aufrechtzuerhalten —, dauerte die illegale Arbeit des Hamburger ISK bis ins Jahr 1937.¹³⁸

Entscheidend für die Bewertung beider Gruppen unter dem Aspekt der Neuformierung der Arbeiterbewegung nach Kriegsende ist ihr Wille, eine Mittlerstellung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus einzunehmen. Ein Beteiligter an der Widerstandsarbeit des Hamburger ISK schrieb darüber, es sei nicht darauf angekommen, »einer bestimmten politischen Richtung zu nutzen oder zu schaden. Damit wichen wir ab von den meisten anderen Widerstandsbewegungen jener Jahre, die — statt aus dem Siege Hitlers über seine uneinigen Gegner zu lernen — weiterhin ihre Parteiplatte abspielten.«¹³⁹ So wurden von seiten des ISK auch kommunistische Angebote zu einer Zusammenarbeit nicht abgelehnt;¹⁴⁰ darüber hinaus bestanden in den Kriegsjahren Verbindungen zu ehemaligen Sozialdemokraten um Paul Bebert, die vor allem dem gewerkschaftlichen Bereich entstammten.¹⁴¹ Ebenso hatten führende Leute der SAP in Hamburg wie Arthur Busch und Willi Elsner, der sich trotz seiner Rückkehr zur SPD im März 1933 eine gewisse Unabhängigkeit bewahrte, Kontakt nicht nur zu ihren ehemaligen Parteifreunden, sondern auch zu Kommunisten.¹⁴² Dadurch, daß führende Vertreter dieser Richtungen — neben den erwähnten Busch und Elsner vor allem Hellmut Kalbitzer vom ISK — die Zeit des Nationalsozialismus trotz Verurteilungen überlebten und nach dem Zusammenbruch an hervorragender Stelle in der SPD wirkten, gelang es für kurze Zeit, die dort ohnehin vorhandene Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPD zu fördern.

Der Führungsanspruch der beiden Arbeiterparteien nach Kriegsende gründete sich auf die Überzeugung, daß sie während des Dritten Reichs die kontinuierlichste und intensivste Widerstandstätigkeit entfaltet hatten. Die vorhandenen Statistiken¹⁴³ — so kritisch und differenziert sie im einzelnen gesehen werden müssen — zeigen, daß die nationalsozialistische Verfolgung, abgesehen von den jüdischen Mitbürgern, in erster Linie die vornehmlich in der KPD und SPD organisierte Arbeiterschaft traf. Zugleich wird deutlich, daß die KPD von Anfang an die härteste

Gegnerschaft der Nationalsozialisten zu spüren bekam und immer wieder neue Versuche unternahm, unter großen persönlichen Risiken die illegale Arbeit aufrechtzuerhalten.

Insofern werden künftig die Gruppierungen des innerdeutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus neu beurteilt werden müssen. Allzulange hat das Hauptaugenmerk auf spektakulären Unternehmungen wie dem Attentat vom 20. Juli 1944 gelegen, durch die das Leben Hitlers direkt bedroht war; dadurch wurde übersehen, daß die oppositionelle Einstellung nicht in Offizierskreisen, sondern bei der Arbeiterschaft am stärksten ausgeprägt war. Auch heute noch muß bei einer Durchsicht der Literatur zum Widerstand wie auch der Schulbücher der Eindruck vorherrschen, als ob »die Kirchen, das Militär, hohe Staatsbeamte und die Männer vom 20. Juli die einzigen Träger der deutschen Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus waren.«¹⁴⁴

Demgegenüber gilt es, den unbestreitbaren Anteil dieser Kreise im rechten Maßstab zu sehen. Zwar hat es auch in den Reihen des Bürgertums in einem sehr frühen Stadium konsequenten Widerstand gegeben, aber unter den organisierten Gruppen haben allein die Arbeiterparteien von Anfang an das Dritte Reich abgelehnt und bekämpft. Sie änderten ihre Einstellung nicht erst — wie wesentliche Teile des bürgerlichen Widerstands — nach jahrelangem Schweigen oder gar jahrelanger Zusammenarbeit mit Hitler aufgrund nicht mehr zu übersehender Hinweise auf die weitere Entwicklung des Regimes, wobei immer noch erhebliche Zweifel bleiben müssen, ob sie wirklich Lehren aus den Jahren nach 1933 gezogen hatten. Die Arbeiterparteien begründeten nach 1945 ihren Führungsanspruch gerade damit, kontinuierliche und prinzipielle Ablehnung gezeigt und nicht ein gebrochenes, vielfach von negativen Faktoren abhängiges Verhalten an den Tag gelegt zu haben. Das Bewußtsein, primär nicht individuellen, sondern Gruppenwiderstand geleistet zu haben, bewirkte, daß sich die moralische Legitimation zur Führung Nachkriegsdeutschlands nicht nur auf bestimmte Einzelpersonen erstreckte, sondern auf alle ehemaligen Parteimitglieder ausstrahlte, sogar auf viele, deren früheres Verhalten durchaus Anlaß zu Diskussionen hätte geben können.

Die Bedeutung des Widerstandes für die Zeit nach 1945 wird dadurch nicht geschmälert, daß — zumindest in Hamburg — eine direkte personelle Kontinuität von sozialdemokratischen und kommunistischen Gruppen zu den Neuanfängen der Arbeiterbewegung nur in begrenztem Umfang nachzuweisen ist. Die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen waren — wie oben dargestellt — schon längere Zeit vor der Kapitulation

lation fast vollständig zerschlagen worden, so daß sie in der Endphase des Krieges keine erkennbare Aktivität mehr entfalten konnten. Vereinzelte Zusammenschlüsse von Sozialdemokraten auf den Werften widersprechen dieser grundsätzlichen Feststellung nicht. In der ersten Phase des Wiederaufbaus lag deshalb das Schwergewicht bei denjenigen, die im Dritten Reich keinen Widerstand geleistet oder ihn schon frühzeitig wieder eingestellt hatten.

Auch bei den Kommunisten ergab sich nur eine geringe Kontinuität vom Widerstand zum Wiederaufbau. Aus der großen Zahl der im Zusammenhang mit der Zerstörung der »Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe« 1943/44 in Hamburg Verhafteten taucht nur einer — Johann Westphal — nach 1945 an leitender Stelle wieder auf. Die meisten der übrigen Führungsmitglieder kamen aus dem Konzentrationslager oder der »inneren Emigration«; manche waren allerdings — ähnlich wie bei den Sozialdemokraten — in den ersten Jahren nach der Machtergreifung illegal tätig gewesen.

Dagegen gelang es einer ISK-Gruppe um Hellmut Kalbitzer, in der Nachkriegszeit relativ geschlossen weiterzuarbeiten und ihre Kräfte zunächst der »Sozialistischen Freien Gewerkschaft« zur Verfügung zu stellen.

Wenn auch die Widerstandsaktivitäten unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Hitlerregimes in ihrem Umfang keineswegs überschätzt werden dürfen, so trugen sie doch dazu bei, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, die es der Hamburger Arbeiterschaft ermöglichten, kurze Zeit nach der Besetzung Hamburgs durch die britischen Truppen mit einer recht umfangreichen Organisation ins politische und gewerkschaftliche Leben zu treten.

III. Erste Neuansätze der Hamburger Arbeiterbewegung: Die Sozialistische Freie Gewerkschaft (SFG)

Nachdem bereits seit den letzten Apriltagen zunächst inoffizielle, später offizielle Übergabeverhandlungen zwischen beauftragten deutschen Zivilpersonen sowie dem Hamburger Kampfkommandanten, Generalmajor Wolz, und englischen Militärs stattgefunden hatten,¹ wandte sich der nationalsozialistische Gauleiter und Reichsstatthalter von Hamburg, Karl Kaufmann, in einem Aufruf an die Hamburger Bevölkerung, in dem es hieß: »Nach heldenhaftem Kampf, nach unermüdlicher Arbeit für den deutschen Sieg und unter grenzenlosen Opfern ist unser Volk dem an Zahl und Material überlegenen Feind ehrenvoll unterlegen.« Daraus leitete Kaufmann seine Entscheidung ab, »in klarer Erkenntnis der Verhältnisse und im Bewußtsein meiner Verantwortung unser Hamburg, seine Frauen und Kinder vor sinn- und verantwortungsloser Vernichtung zu bewahren«² und Hamburg nicht zu verteidigen. Am 3. Mai 1945 wurde im Hamburger Rathaus die Stadt an den englischen General Spurling übergeben.³

Einige Zeit nach der Kapitulation der meisten anderen deutschen Städte und wenige Tage vor der bedingungslosen Gesamtkapitulation der deutschen Truppen am 8. Mai war damit in Hamburg jede Kampftätigkeit beendet. Die Besetzung hatte wie im ganzen Reich so auch in Hamburg »die totale Machtübernahme durch die alliierten Großmächte«,⁴ in diesem Fall durch die englischen Truppen zur Folge. Sie entfernten nicht nur die nationalsozialistischen Politiker aus ihren Stellungen und nahmen die gesamte Verwaltung in eigene Hände, ihre »nationale[n] und internationale[n] Interessen und Zielsetzungen« bestimmten darüber hinaus »auf Jahre die Entwicklung der Neuordnung in Deutschland«.⁵ Die SPD-Bürgerschaftsfraktion stellte 1946 rückblickend fest: »Nicht nur alle Politik, sondern auch alle Verwaltungsarbeit

ist in Hamburg seit dem 3. Mai 1945 von den Engländern abhängig. Die Entwicklung, die beinahe alle Fragen genommen haben, ist nur im Zusammenhang mit den Einwirkungen der Besatzungsmacht zu verstehen.«⁶

Die Unsicherheit gegenüber den Verhältnissen im besetzten Land, das »Mißtrauen des in eine eben noch feindliche Stadt als Sieger einziehenden Militärs«⁷ und die Furcht vor möglichen nationalsozialistischen Widerstandsnestern veranlaßten die Besatzungsmacht zu größter Vorsicht. Ihr Hauptinteresse galt der Herstellung der Sicherheit für die eigenen Truppen.⁸ Dementsprechend wurde Fragen des Wiederaufbaus und der Wiederzulassung von Parteien und anderen Organisationen in der ersten Phase nur sekundäre Bedeutung beigemessen und deutschen Vorstößen in diese Richtung große Zurückhaltung entgegengebracht. »Der Spielraum für eigenständiges politisches Handeln auf deutscher Seite wuchs nur allmählich; zunächst nur um den Preis der Anpassung an die Interessen der jeweiligen Besatzungsmacht und sofern die von ihr abgesteckten Grenzen nicht überschritten wurden.«⁹ Die Hamburger Entwicklung in den ersten Wochen der britischen Besetzung ist eine eindrucksvolle Bestätigung für diese Feststellung.

Trotz der unsicheren Lage und völliger Unkenntnis über die Absichten der Besatzungsmacht kam es in Hamburg schnell zu ersten Initiativen mit dem Ziel, die Möglichkeiten parteipolitischer und gewerkschaftlicher Betätigung zu sondieren. Die Voraussetzungen waren dadurch geschaffen, daß sich bereits unter der nationalsozialistischen Herrschaft »in kleineren Kreisen und unter verschiedener Führung illegal arbeitende Genossen aus den früheren sozialistischen Parteien« zusammengefunden hatten, die »in der letzten Zeit vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in engere Fühlung miteinander«¹⁰ gekommen waren. Erste Kontaktgespräche¹¹ ließen die allgemeine Überzeugung deutlich werden, daß in absehbarer Zeit parteipolitische Aktivität von der Militärregierung nicht gestattet werden würde. In dieser Meinung wurden die zusammengekommenen Gruppen durch einen erfolglosen ersten Besuch im Hamburger Rathaus bestärkt, der mit ihrer Abweisung endete, ohne daß irgendwelche Verhandlungen stattgefunden hätten.¹² Deshalb wurde der provisorische, den realen Möglichkeiten angemessene Entschluß gefaßt, »auf gewerkschaftlicher Linie die Arbeit aufzunehmen.«¹³

Als es schließlich am 7. Mai,¹⁴ vier Tage nach dem Einmarsch der englischen Truppen, einer aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzten Abordnung gelang,¹⁵ Verbindung mit einem Offizier der britischen Militärregierung aufzunehmen, fanden sie die Richtigkeit ihrer Entscheidung bestätigt. Major Dwyer,¹⁶ an den sie verwiesen wur-

den, erklärte ihnen, daß an einen Aufbau politischer Organisationen noch nicht zu denken sei, jedoch eine Betätigung in gewerkschaftlichem Rahmen gestattet würde. Dwyer wies der Delegation Arbeitsräume im ehemaligen Gewerkschaftshaus zu und forderte sie auf, so schnell wie möglich programmatische und organisatorische Richtlinien für die neue Gewerkschaft zu entwerfen. Diese Aufgabe wurde schon am nächsten Tag in Angriff genommen und das Ergebnis in einem Papier festgehalten, das als das erste Dokument gewerkschaftlicher oder parteipolitischer Tätigkeit in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg anzusehen ist. Darin heißt es einleitend: »Unsere augenblickliche Arbeit besteht in dem Aufbau der Sozialistischen Freien Gewerkschaft, welche die Interessen der werktätigen Bevölkerung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vertritt.«¹⁷ Die Gewerkschaft sollte sich in eine Reihe von Industriegruppen gliedern, die jeweils von einem Obmann organisatorisch zu betreuen waren, der seine »antifaschistische Haltung«¹⁸ nachgewiesen haben mußte. Die Industriegruppenleitungen wiederum wählten nach dem Plan den Vollzugsausschuß der SFG, der der Gesamtmitgliedschaft verantwortlich sein sollte.

Über »Unsere Ziele im öffentlichen Leben« wird ausgeführt:

»A. Wirtschaft.

Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für alle durch Vollbeschäftigung und ausreichende Unterstützungen für alle Arbeitsbeschränkten. Verstaatlichung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen, insbesondere Bergbau, Hüttenbetriebe, Konzerne der Metallverarbeitung und Chemie, Transport, öffentliche Dienste, Banken und Versicherungen.

Überführung des Großgrundbesitzes und Baulandes in öffentliches Eigentum. Organisation des Wohnungsbaus. Förderung der ländlichen Siedlungen, Leitung des Arbeitsamtes durch die Gewerkschaften . . .

Sofortmaßnahmen.

Die Übernahme der von den Nazis geraubten Arbeitergenossenschaften durch die Gewerkschaften . . . Preisstop . . . Beschlagnahme aller Großwohnungen und Aufteilung des Wohnraums an wohnungslose ehemalige politische Gefangene, Kriegsbeschädigte und Bombengeschädigte, soweit sie Antinazis sind . . .

B. Politik.

Ausrottung der Nazis . . . und des Militarismus . . . Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher . . . Aufbau einer volksnahen Rechtspflege. Kontrolle der Sportorganisationen durch die Gewerkschaft, um die Bildung von Keimzellen nationalsozialistischer und militaristischer Art zu verhindern . . . Erziehung der Jugend zu den Idealen der Völkerverständigung, Menschenwürde und persönlichen Freiheit.«¹⁹

Außerdem hatte eine provisorisch gebildete Organisationsabteilung einen Plan ausgearbeitet, der im einzelnen vorsah:

- »1. Der Name ist: Sozialistische Freie Gewerkschaft.
2. Sie umfaßt alle Arbeiter, Angestellten und freien Berufe.
3. Die SFG unterteilt sich in elf Industriegruppen: Handel, Banken, Sparkassen, Versicherungen; Bau und Holz; Graphisches Gewerbe; Textil und Bekleidung; Chemie und Leder; Öffentliche Betriebe; Eisen und Stahl; Nahrungsmittel; Freie Berufe; Forst- und Landwirtschaft; Verkehr.«²⁰

Wie die Zusammenstellung zeigt, waren unter den Zielen der SFG viele Forderungen, die über den Aufgabenbereich einer rein gewerkschaftlichen Organisation, auch wenn er noch nicht genau definiert war, weit hinausgingen. Jahrelang unterdrückte Freiheitsvorstellungen brachen sich in einem umfassenden Programm Bahn, dessen Verwirklichung durch den traditionellen Begriff der Gewerkschaft nicht abgedeckt war. Durch die Forderung nach Einfluß in den Bereichen der Justiz, des Wohnungsbaus, des Sports und der Erziehung griff die SFG auf politisches Gebiet über, so daß sie bei konsequenter Verfolgung ihrer Pläne in Gegensatz zu den Bedingungen der Militärregierung geraten mußte, auch wenn diese »unsere Haltung, lieber gleich offen unsere Ziele zu sagen, anscheinend sympathisch« fand.²¹

Zusätzlicher Konfliktstoff konnte aus dem sozialistischen Charakter des Programms entstehen, nicht weil diese Forderungen ungewerkschaftlich gewesen wären, sondern weil bei der Konstituierung des Gemeinwesens, in dessen Besitz Produktionsmittel und Grundbesitz übergehen sollten, die Vorstellungen der Besatzungsmacht die entscheidende Rolle spielen würden. Die Offiziere der Militärregierung konnten jedoch nicht das nötige Verständnis für den Bewußtseinsstand und den moralischen Anspruch von Männern aufbringen, die größtenteils aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten und auf Grund dieser Tatsache glaubten, Forderungen anmelden zu können. Sie neigten vielmehr zu einer nivellierenden Betrachtung und Einschätzung der besiegten Deutschen und handhabten daher die Gewährung von Freiheiten restriktiv. Unter diesem – weitgehend psychologischen – Aspekt trug bereits der erste programmatische Ansatz den Keim für das spätere Scheitern der SFG in sich. Franz Spliedt charakterisiert die Verfasser der Richtlinien, die später alle dem Vorstand der SFG angehörten, sicher nicht unzutreffend, wenn er meint, daß »diese Gruppe . . . aus glühend begeisterten Genossen bestand, die wohl alle aus der früheren politischen Bewegung hervorgegangen, nicht so sehr aus der gewerkschaftlichen, ihre neuen

Aufgaben sehr viel mehr unter politischen als unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten sahen.«²²

Einige Tage nach der Fertigstellung des ersten Programmentwurfs, wahrscheinlich am 11. Mai, fand im Restaurant des alten Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof eine Versammlung von ungefähr 40²³ Mitgliedern der alten Arbeiterbewegung statt »mit dem Zweck, die neue Gewerkschaft zu konstituieren«.²⁴ Den Vorsitz übernahm Adolph Schönfelder, von 1926 bis Anfang 1933 sozialdemokratischer Polizeisenator, »der unter allgemeinem Beifall die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse forderte und für sich selbst die Erklärung abgab, daß er keinerlei politische Ambitionen mehr habe, dagegen der neuen Hamburger Arbeiterbewegung seine Unterstützung zusagte und die gleiche Forderung an die übrigen anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre richtete«.²⁵ Nach einer Intervention Major Dwyers, der auf das strenge Versammlungsverbot für so viele Personen hinwies und den versammelten Arbeitervertretern empfahl, einen Vorstand und einen Ausschuß zu bilden,²⁶ wurde ein aus 36 Mitgliedern bestehender sogenannter Vollzugsausschuß gewählt.²⁷

Eine Analyse der personellen Zusammensetzung dieses Gremiums zeigt, daß fast alle Mitglieder schon vor 1933 in unterschiedlichen Funktionen gewerkschaftlich tätig gewesen waren, eine ganze Reihe davon im »Zentralverband der Angestellten« und im »Allgemeinen Deutschen Beamtenbund«. Nach der parteipolitischen Herkunft überwogen eindeutig die ehemaligen Mitglieder der SPD, der mindestens 20 der 36 Funktionäre angehört hatten. Unter den SPD-Mitgliedern wiederum überwogen diejenigen, die in der Weimarer Zeit dem rechten Parteiflügel zugeneigt hatten, auch wenn der linke Flügel mit dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Paul Bergmann einen potenten Vertreter in der SFG hatte. Sieben Angehörige des Vollzugsausschusses waren Mitglieder in der alten KPD gewesen, zwei kamen vom ISK, einer aus der SAP. Unter altersmäßigem Gesichtspunkt dominierten die langgedienten, hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, die im Vollzugsausschuß eine knappe absolute Mehrheit innehatten. Zu zwei Drittel hatten sie ihre Tätigkeit in der Zeit des Ersten Weltkriegs und sogar noch vor 1914 begonnen. Zwölf Mitglieder bezeichneten sich als ehemalige Stadtverordnete oder Parlamentarier, darunter mit Wilhelm Petersen und Hugo Schotte auch zwei der Gewerkschaftler, die im Mai 1933 aus der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft ausgeschieden waren und eine eigene Gewerkschaftsfraktion gebildet hatten.

Neben dem Vollzugsausschuß wurde ein vorläufiger Vorstand der SFG gewählt, dem zwei Sozialdemokraten — Walter Schmedemann und

Lorenz Borchers —, zwei Kommunisten — Friedrich Dethlefs und Hans Ek — sowie Hellmut Kalbitzer vom ISK angehörten; alle waren Mitverfasser der Richtlinien vom 8. Mai.²⁸ Der Vorstand setzte sich ausschließlich aus jüngeren und aktivistischen Funktionären zusammen, die zwar ausnahmslos vor 1933 gewerkschaftlich organisiert gewesen waren, aber nur untergeordnete und unbesoldete Funktionen innegehabt hatten und eher an politischer als an traditionell gewerkschaftlicher Arbeit interessiert waren. Insgesamt repräsentierte dieser Vorstand die Mehrheit der Vollzugausschußmitglieder weder nach ihrer parteipolitischen noch nach ihrer altersmäßigen Zugehörigkeit und erst recht nicht nach ihren früheren Funktionen. Auch diese Tatsache barg potentiellen Konfliktstoff für die Entwicklung der SFG in sich.

Nachdem bekannt geworden war, daß die Militärverwaltung Rudolf Petersen zum Hamburger Bürgermeister bestellt hatte, wurden Schmedemann und Dethlefs vom Vorstand beauftragt,²⁹ ihm sowie Major Dwyer einen sehr weitreichenden Katalog von Wünschen und Forderungen der SFG zu unterbreiten:

- »1. Anerkennung der SFG als rechtliche Körperschaft.
- 2. Sofortige Übernahme des Arbeitsamtes.
- 3. Ständiger Vertreter im Hamburger Verwaltungsausschuß.
Übernahme der Bauverwaltung, Schulverwaltung, Sozialfürsorge.
 - 1. Stellvertreter der Hauptverwaltung.
- 4. Säuberung aller Behörden von aktiven Nazis und sofortige Absetzung aller Betriebsobleute und Anerkennung der von der Belegschaft gewählten Betriebsräte.
- 5. Verordnung über Wiedereinstellung der 1933 aus politischen Gründen entlassenen Arbeiter, Angestellten und Beamten.«³⁰

Darüber hinaus sollten sie gegen die personelle Besetzung des von der Militärbehörde ernannten Verwaltungsausschusses für Hamburg protestieren.³¹

Auch diese am 16. Mai überreichten³² Forderungen der SFG offenbaren, ebenso wie das Programm vom 8. Mai, die vornehmlich politischen Ambitionen der Vorstandsmitglieder, die sich »als einzige Vertretung der Hamburger Arbeiter«³³ zu diesen zwar verpflichtet und berufen fühlten, deren dynamische Rührigkeit jedoch Major Dwyer und die britischen Militärbehörden, die sich noch keine 14 Tage in der Stadt aufhielten, »natürlich beunruhigen«³⁴ mußte. Die Militärregierung, die noch am 15. Mai einer großzügigen Regelung in der Frage der Betriebsvertrauensleute zugestimmt hatte,³⁵ begann zu befürchten, daß sich die neue Organisation allzu schnell über das ganze Hamburger Stadtgebiet ausbreiten und ihrer Kontrolle entgleiten könnte. So kühlte sich das Ver-

hältnis zu der »radikal-revolutionär anmutenden SFG«³⁶ rasch ab. Die Besatzungsmacht suchte in zunehmendem Maße Ansatzpunkte für Kritik an der SFG und fing an, sich nach gemäßigeren, weniger politisch ambitionierten Kräften umzusehen, die die Gewerkschaftsorganisation stärker in ihrem Sinne leiten würden.³⁷

Hier stand nun die Mehrheitsgruppe der älteren Gewerkschaftsmitglieder zur Verfügung, in deren »Kreis . . . sich die Tradition der deutschen Gewerkschaftsbewegung sehr viel stärker«³⁸ auswirkte als bei den Mitgliedern des SFG-Vorstandes. Sie hatten von Anfang an andere Vorstellungen über den Aufbau und die Funktionen einer Gewerkschaftsorganisation und fühlten sich bald vom amtierenden Vorstand, den sie noch mitgewählt hatten, nicht mehr vertreten. Da beide Gruppen – wenn auch mit differierenden Intentionen – das generelle Ziel verfolgt hatten, die Gewerkschaftsbewegung wieder zu beleben und ihr einen organisatorischen Rahmen zu geben, war es zunächst zu einer Zusammenarbeit zwischen ihnen gekommen. Es zeigte sich jedoch rasch, daß die grundsätzlichen Ansichten »über Weg, Form und Taktik«³⁹ nicht in Einklang gebracht werden konnten. Nicht nur, daß die älteren Genossen jede politische Betätigung innerhalb der Gewerkschaften ablehnten, sie vertraten darüber hinaus auch ein anderes Organisationsprinzip: Der SFG-Vorstand setzte sich für das Modell der Einheitsgewerkschaft mit verschiedenen Berufsgruppen ein, in der Auffassung, daß die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung vor 1933 das Aufkommen des Nationalsozialismus begünstigt habe.⁴⁰ Die älteren Gewerkschaftler bekannten sich dagegen zum »Grundsatz der »selbständigen«, auf der Basis von Industrieverbänden aufgebauten Gewerkschaften . . .« Obgleich es keine direkten Belege dafür gibt, spricht vieles für die Annahme, daß dieser Gruppe auch der starke Einfluß der Kommunisten auf die Arbeit der SFG nicht eben willkommen war.

Nach eigenen Aussagen »zwang der allgemeine Kurs der SFG« die früheren Gewerkschaftsfunktionäre, in Sonderbesprechungen »Stellung zu den Dingen zu nehmen«.⁴¹ Diese Opposition formierte sich in einer Bahrenfelder Fabrik zum sogenannten »Ketzerklub«, dessen erklärtes Ziel es war, »den Vorstand der SFG in eine wirkliche gewerkschaftliche Richtung zu drängen«.⁴² Der Gruppe, deren Mitglieder – nach Kadens Beschreibung – »reich an langer Erfahrung – dem Gedanken der Einheitsorganisation mit Skepsis, dem der betont sozialistisch ausgerichteten Gewerkschaft mit Ablehnung gegenüberstanden«,⁴³ gelang es, hinter dem Rücken des nach wie vor amtierenden SFG-Vorstands, Kontakt mit der britischen Militärregierung aufzunehmen und sich mit ihren Vorstellungen zunehmend die Sympathien der Engländer zu sichern.

Die Auswirkungen der sich anbahnenden Zusammenarbeit für den Vorstand zeigten sich bald. Zunächst waren es nur kleinere und zeitweilige Einschränkungen der Tätigkeit der SFG. So ruhte nach dem 20. Mai die gewerkschaftliche Arbeit vollständig, weil die SFG die Räume des Gewerkschaftshauses verlassen mußte und erst nach Tagen eine neue Unterkunft gestellt bekam. Außerdem wurde verfügt, daß sich nur 30 Personen gleichzeitig in den Räumen der SFG aufhalten durften. Eine Demonstration am 26. Mai auf dem Karl-Muck-Platz aus Anlaß der Rückkehr der Buchenwald-Häftlinge sowie die Existenz einer von der SFG unabhängigen Antifa-Gruppe, die auch mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit trat,⁴⁴ benutzte Dwyer zu schweren Vorwürfen vor allem gegenüber Kalbitzer, obwohl die SFG für diese Aktionen nicht verantwortlich war. Diese Klimaverschlechterung signalisierte die grundsätzliche Wendung der Militärregierung gegen die SFG.

Auf der Vollzugausschuß-Sitzung am 25. Mai berichtete Schönfelder von einer Unterredung mit Bürgermeister Petersen: »Im Augenblick ist die Sozialistische Freie Gewerkschaft Hamburg nicht offiziell anerkannt. Die Engländer haben das Bestreben, sehr viele Gewerkschaften, unter Umständen in einzelnen Betrieben zu bilden. Das Ziel müßte dann sein, diese einzelnen Gewerkschaften in einer Dachorganisation zusammenzufassen. Betriebsversammlungen sind vorerst noch verboten. Die Gewerkschaften dürfen weder politisch sein, noch darf die Mitgliedschaft . . . zwangsweise erfolgen.«⁴⁵ Ferner teilte er mit, »daß die Engländer die Zusammensetzung des geschäftsführenden Fünferausschusses sehr kritisiert hätten, und zwar in der Richtung, daß nach ihrer Meinung zu wenig alte Gewerkschaftler in ihm vertreten seien.«⁴⁶ Dies war eine deutliche Kritik an der bisherigen SFG-Führung. Der Terraingewinn der alten Kräfte der Gewerkschaftsbewegung war unverkennbar.

Obwohl die Gruppe der ehemaligen Gewerkschaftler die Spaltung der SFG bereits eingeleitet hatte, täuschten sie weiterhin die übrigen Mitglieder des Vollzugausschusses, indem sie erklärten, »daß sie einen Namen zu verlieren hätten und unter keinen Umständen ihre Hand zu einer neuen Zersplitterung der Arbeiterschaft in viele kleine und kleinste Gruppen bieten würden.«⁴⁷ Aber das unwahrhaftige Einverständnis aller Redner mit der bisherigen Vorstandslinie, auch die Zustimmung der alten Funktionäre wie Max Thoma, Paul Bresk, Wilhelm Petersen, Ludwig Selpien und anderer, die die Notwendigkeit einer Einheitsorganisation hervorhoben und betonten, »daß die Frage alt oder jung vollkommen bedeutungslos sei und es nur darauf ankomme, daß positive Arbeit gegen den Faschismus und für den Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands geleistet werde«,⁴⁸ konnten nur oberflächlich ver-

decken, daß die entscheidende Auseinandersetzung um die Zukunft der SFG begonnen hatte.

Auf der nächsten Sitzung des Vollzugsausschusses am 1. Juni gelang es der Opposition, ihre Stellung in der SFG weiter zu festigen. Mit Rücksicht auf die Wünsche der Militärregierung entschloß sich der Vorstand, die Zahl seiner Mitglieder von fünf auf sieben zu erhöhen. Walter Schmedemann führte aus, daß zwar die bisherigen Vorstandsmitglieder zu den Jüngsten keineswegs mehr gehörten, »aber auch wir haben den Wunsch, das Können und die Erfahrungen unserer älteren Gewerkschaftsossen in den Dienst der SFG zu stellen und den Vorstand, der bisher alles getan hat, um die SFG gut aufzubauen, noch tatkräftiger zu machen. Wir machen deshalb den Vorschlag, durch Hinzuziehung der Genossen Spliedt und Tastesen den Vorstand zu erweitern.«⁴⁹ Nach kurzer Aussprache wurden Franz Spliedt und Paul Tastesen einstimmig gewählt. Von den beiden war aber eigentlich nur Spliedt als alter Gewerkschaftsfunktionär zu bezeichnen, während Tastesens Haupttätigkeit in der Weimarer Republik, in der er zeitweilig auch Bürgerschaftsabgeordneter gewesen war, auf politischem Gebiet gelegen hatte. Außerdem stimmte Tastesen als altes Mitglied der KPD auf Grund seiner politischen Herkunft nicht mit den ehemaligen Gewerkschaftlern überein.⁵⁰ Aus diesem Grund dürfte die Gruppe die Zuwahl von Spliedt und Tastesen kaum als einen entscheidenden Fortschritt angesehen haben, der sie hätte veranlassen können, ihre Oppositionshaltung aufzugeben.⁵¹

In der Sitzung am 1. Juni traten auch die Schwierigkeiten zutage, die dem Vorstand die einheitliche Führung und die Kontrolle der Organisation in allen Stadtteilen zunehmend bereiteten. Die Tatsache, daß »Major Dwyer von dem Verlauf der Sitzungen des Vollzugsausschusses schon unterrichtet war, wenn der Vorstand zur Berichterstattung und zur Vorlage des Protokolls zu ihm kam«,⁵² und daß ohne Wissen der SFG-Führung mit der Militärregierung über Gewerkschaftsfragen verhandelt wurde, veranlaßte Schmedemann zu einem beschwörenden Appell zur Einheit: »Die SFG solle die Interessen der Arbeiterschaft vertreten; ihre Stärke würde untergraben, wenn einzelne im Namen der SFG an die uns vorgesezte englische Stelle herantreten, ohne daß der Vorstand davon weiß.«⁵³ Alle Schritte, die im Namen der SFG unternommen würden, müßten in Zukunft ausdrücklich vom Vorstand genehmigt werden.

Zu diesen Problemen kamen organisatorische Schwierigkeiten. Der forcierte Aufbau der Gewerkschaft führte dazu, daß in zahlreichen Stadtteilen »Nebenstellen« entstanden; sie waren teilweise ursprünglich aus anderen Ansätzen hervorgegangen und handelten nun im Namen

der SFG, ohne hierzu legitimiert zu sein. Sie »sammelten Gelder, beschlagnahmten Wohnungen für Bürozwwecke, Autos und Lebensmittel, »entnazifizierten«, griffen in die städtische Verwaltung ein.«⁵⁴ Außerdem sollen einige dieser Nebenstellen unter ausschließlich kommunistische Führung geraten sein.⁵⁵ Die gewerkschaftliche Arbeit spielte für die Zweigstellen so gut wie gar keine Rolle. Auf der Sitzung am 1. Juni sah sich daher das Ausschußmitglied Adolf Keilhack gezwungen, ausdrücklich auf den unpolitischen Charakter der SFG hinzuweisen und eine straffere Organisation durch die Verteilung von Mitgliedsausweisen sowie durch die Ausgabe von »Vertrauensmänner-Karten« für den engeren Funktionärskreis anzukündigen. Auch die Zweigstellen, »die oftmals aus dem guten Willen und dem Arbeitseifer der Genossen entstanden seien«,⁵⁶ dürften nur unter der Kontrolle des Vorstands tätig werden. Es wurden ferner »Richtlinien für Nebenstellen« ausgearbeitet, in denen es hieß: »Die Tätigkeit der Nebenstellen beschränkt sich auf die ihnen zugewiesenen rein gewerkschaftlichen Aufgaben. Jede politische Tätigkeit ist untersagt, da wir eine solche nicht betreiben.«⁵⁷

Trotz dieser Bemühungen, die organisatorische und personelle Einheit zu wahren, gingen die heimlichen Kontakte der Opposition mit der Militärregierung und die geheimen Fraktionssitzungen weiter. Franz Spliedt wurde allmählich geradezu zum Verbindungsmann der Besatzungsmacht im SFG-Vorstand, in dem er ihre Wünsche und Beschwerden vortrug. So berichtete er auf der Vorstandssitzung am 8. Juni, »daß trotz all dieser Maßnahmen wieder Beschwerde geführt worden sei gegen diese Nebenstellen. Es wird den Nebenstellen vorgeworfen, in einzelnen Fällen Politik betrieben zu haben.«⁵⁸ Der Vorstand wurde dadurch von einem seiner Mitglieder so in die Enge getrieben, daß er keinen anderen Ausweg sah, als alle Nebenstellen aufzulösen und die damit verbundene organisatorische Schwächung hinzunehmen. »Mit diesen Maßnahmen will der Vorstand der SFG aufs Energischste jede von der englischen Militärregierung verbotene Handlung, die im Namen der SFG geschehen könnte, vermeiden.«⁵⁹ Die SFG scheint aber nicht mehr über die Autorität und die Macht verfügt zu haben, um diesem grundsätzlichen Beschluß Anerkennung zu verschaffen und den Führungsanspruch des Vorstands durchzusetzen. Allerdings waren in diesem Entwicklungsstadium bereits erhebliche Zweifel vorhanden, ob die SFG noch zu retten sei, selbst wenn sie sich als einheitliche Organisation darzustellen vermochte. Die unerläßliche Vertrauensbasis zwischen Militärregierung und SFG war sowohl aufgrund der bisherigen Arbeit der SFG als auch durch die Intrigen der alten Gewerkschaftler schon entscheidend geschwächt.

Als Walter Schmedemann und Friedrich Dethlefs am 12. Juni mit Major Dwyer zu einer Besprechung zusammenkamen, sahen sich beide zu ihrer Überraschung mit dem Vorwurf konfrontiert, am 9. Juni eine nicht genehmigte Versammlung mit 27 Teilnehmern abgehalten zu haben. Als beide versicherten, daß sie von dieser Zusammenkunft nichts wüßten, las ihnen der Besatzungsoffizier eine Liste der Teilnehmer vor, aus der hervorging, daß es sich ausnahmslos um Vertreter der Opposition wie Spliedt, Bebert, Kummernuß, Bresk und Selpien gehandelt hatte. Weiter berichteten Schmedemann und Dethlefs in dem Protokoll: »Als wir Major Dwyer erklärten, daß wir die Verantwortung für das Handeln dieser Personen ablehnen müßten und er merkte, daß es sich hier um die alten Gewerkschaftsvertreter handelte, sagte er: ›Wenn die Interessen dieser Leute mit den Interessen der Militär-Verwaltung übereinstimmen, werden sie uns lieb sein!«⁶⁰

Unter dem Eindruck dieser Mitteilung über die Versammlung der Opposition, »die den Aufbau der Gewerkschaft stark gefährdet und unter Umständen zu einem Verbot der SFG und Gewerkschaften überhaupt führen«⁶¹ könne, versuchte der Vorstand zu retten, was nicht mehr zu retten war, und faßte folgenden Beschluß:

- »1. Es sind sofort 11 Industrieverbände . . . aus sich heraus zu bilden . . .
2. Jede Verbandsleitung delegiert ein Mitglied in den Vollzugsausschuß . . .
4. Es wird beschlossen, alle bisher erteilten Mitgliedsausweise für ungültig zu erklären . . .
6. Politische Fragen werden bis auf weiteres von der SFG nicht behandelt. Zunächst gilt unsere ganze Arbeit nur dem Aufbau der Gewerkschaft . . .
8. Es wird beschlossen, den Namen der Gewerkschaft auf ›Allgemeiner Gewerkschaftsbund Hamburg‹ umzuändern.
9. Die Industrieverbände sollen bis Montag, den 18. 6. 1945 aufgebaut sein . . .«⁶²

Damit unternahm die SFG-Führung einen letzten bis an den Rand der Selbstaufgabe gehenden Versuch, den Wünschen der Militärregierung, die inzwischen eindeutig gegen die Einheitsgewerkschaft eingestellt war,⁶³ Rechnung zu tragen und die organisatorischen Grundlagen für eine Umwandlung der SFG zu schaffen.

In Voraussicht und besserer Erkenntnis der weiteren Entwicklung hatten sich unterdessen die älteren Gewerkschaftsvertreter unter Führung von Spliedt zu Major Dwyer begeben und eine Namensliste früherer Gewerkschaftler vorgelegt, die sich als die »fachlich berufenen und

wahren Vertreter der Hamburger Arbeiterschaft«⁶⁴ bezeichneten. »Um einen Zustand der Führerlosigkeit der Hamburger Arbeiterschaft zu verhindern«,⁶⁵ erklärten sie ihre Bereitschaft, in der neuen Organisation an entscheidender Stelle mitzuarbeiten. Auf der Vollzugsausschußsitzung bestritt Spliedt am 15. Juni allerdings, eine neue Gewerkschaft bei der Militärregierung angemeldet zu haben, und fand sich bereit, am 16. Juni mit Schmedemann, Kalbitzer, Dethlefs und Bebert zu Dwyer zu gehen und ihm zu erklären, »daß eine Spaltung der Hamburger Gewerkschaften nicht in Frage komme«.⁶⁶

Zu diesem Zeitpunkt ging es allerdings schon nicht mehr um die Frage Einheit oder Spaltung, sondern um die Existenz der SFG schlechthin, zumal »nach dem Anerbieten von Spliedt und Genossen, eine Gewerkschaft ganz im Sinne der englischen Wünsche aufzubauen, natürlich jetzt schärfer gegen die Einheitlichkeit der SFG«⁶⁷ vorgegangen wurde. Angesichts der Ausweglosigkeit der Situation für die SFG kam es zu einer längeren Unterredung zwischen Schmedemann und Spliedt, in deren Verlauf sie ein Protokoll »Zur Gründung freier Gewerkschaften in Hamburg« formulierten, das auf einer Zusammenkunft beider Gruppen am 18. Juni gebilligt wurde. In diesem Dokument hieß es: »Nach längeren Verhandlungen im Kreise älterer und jüngerer Gewerkschaftsmitglieder wurde beschlossen, auf die Durchführung der Gründung einer die Arbeiter und Angestellten aller Industrien und Gewerbe einheitlich umfassenden Gewerkschaft zu verzichten. Die SFG wird daher nicht fortgeführt, sondern in eine Reihe von selbständigen Gewerkschaften umgewandelt werden . . . Diese freien Gewerkschaften werden ihre Arbeit durchaus unpolitisch weiterführen.«⁶⁸ Zugleich wurde die Verteilung der Vorstands- und Vollzugsausschußmitglieder auf die neuen selbständigen Gewerkschaften festgelegt.⁶⁹

Da das Protokoll keinen ausdrücklichen Auflösungsbeschluß enthielt, wurde zwei Tage später ein weiteres verfaßt, das von den alten Gewerkschaftlern Spliedt, Bresk und Selpien sowie von Schmedemann, Kalbitzer und Dethlefs unterschrieben wurde, von letzteren erst »nach langem Zögern«⁷⁰ und nach Androhung der Verhaftung wegen illegaler politischer Betätigung.⁷¹ Noch einmal wurde festgestellt, daß entscheidend für diesen Entschluß gewesen sei, »daß alle wahrhaften Gewerkschaftsführer der Meinung sind, daß die politische Betätigung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft nicht den wahren Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. Politische Betätigung oder politische Zielsetzung in den Gewerkschaften stehen nicht in Einklang mit den Anordnungen der Militärregierung. Sie würden im Falle ihrer Fortsetzung nur zu einem schweren Rückschlag für die Gewerkschaftsbewegung führen«.⁷²

Mit diesem Dokument, das kaum als Kompromiß, sondern als eine durch die Wünsche und den Druck der Militärregierung wie durch mangelnde Einigkeit in der Organisation selbst erzwungene Kapitulation der jüngeren Gewerkschaftsmitglieder anzusehen ist, endete die kurze, nur sechs Wochen dauernde Geschichte der SFG, die den Versuch unternommen hatte, das gewerkschaftliche, aber auch das politische Leben in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Bewegung zu bringen und ihm eine erste organisatorische Form zu geben.

Die spätere Auseinandersetzung zwischen den älteren und jüngeren Mitgliedern über die Gründe für diese Entwicklung zeigte die unveröhnlichen Gegensätze beider Gruppen noch einmal in aller Deutlichkeit. Der ursprüngliche SFG-Vorstand führte das Scheitern der Gewerkschaft, abgesehen von den unzureichenden Organisationsmöglichkeiten wie dem Versammlungsverbot, dem Fehlen eines Mitteilungsblatts, eines Telefons und anderen Einschränkungen, auf das Verhalten der alten Gewerkschaftsangestellten zurück. Sie »haben eine machtvolle einheitliche Organisation der Hamburger Werktätigen sabotiert, anstatt ihre organisatorische Erfahrung in den Dienst der SFG zu stellen . . . Stattdessen haben sie die SFG bei der Militärregierung in Mißkredit gebracht und sind nach Auflösung der SFG auf den Bajonetten der Engländer zu den Leitern der neugegründeten Gewerkschaften geworden«,⁷³ wurde ihnen von ihren Kritikern vorgeworfen. Als Gründe für ihr Verhalten wurden primär egoistische Motive genannt: »Sie kleben einfach an ihren Posten, weil die Gewerkschaft für sie eine Frage der Sicherung der wirtschaftlichen Lage ist.«⁷⁴ Die angegriffenen Funktionäre hätten erkannt, »daß bei den Betriebsrätewahlen meistens junge aktive Kollegen gewählt wurden, die die alten Gewerkschaftsführer aufgrund ihrer Vergangenheit ablehnten«.⁷⁵ Deshalb hätten sie auf »angeblich wohlerworbene Rechte«⁷⁶ gepocht und dabei demokratische Grundsätze mit Füßen getreten.

Die jüngeren Gewerkschaftler verhehlten freilich nicht, daß sie die Entwicklung der SFG möglicherweise zu sehr forciert und dadurch die Besatzungsmacht verschreckt hätten, die der Gründung der SFG immerhin zunächst zugestimmt hatte. Nicht zu Unrecht kamen sie zu der Vermutung, daß den Engländern »vor einer so großen antifaschistischen Bewegung in Hamburg anscheinend bange gewesen«⁷⁷ sei und sie sich deshalb gemäßigeren und leichter kontrollierbaren Kräften zugewandt hätten.

Demgegenüber rechtfertigten die alten Gewerkschaftsführer ihre Haltung mit einer besseren Einschätzung der psychologischen Ausgangslage; außerdem beriefen sie sich auf ihre traditionell gewerkschaftliche Einstel-

lung, die ihnen politische Betätigung, wie sie der SFG-Vorstand betrieb und weiter betreiben wollte, verbot und sie sogar zu der Bemerkung veranlaßte, daß »jedem die Füße unter dem Leib weggeschlagen werden«⁷⁸ müßten, der die Gewerkschaft für politische Ziele mißbrauchen wolle. Spliedts Begründung für sein Vorgehen klingt auf Grund seines rückwärtsorientierten Bewußtseinsstands durchaus glaubhaft: »Als aber die Mängel klar zutage traten, als sich zeigte, daß für viele Genossen die SFG Deckmantel sein sollte für eine von der Militärregierung noch nicht zugelassene politische Betätigung und als die Gewerkschaftsgründung selbst in Gefahr geriet, wäre es von Männern, die meist jahrzehntelang in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gestanden hatten und mit ihr völlig verwachsen gewesen waren, verantwortungslos gewesen, den Dingen tatenlos zuzusehen. Sie sabotierten nicht, sondern sie taten ihre Pflicht.«⁷⁹ Er ignorierte allerdings, daß die älteren Gewerkschaftsfunktionäre für die Mängel der SFG entscheidend mitverantwortlich waren und eine Korrektur der Fehlentwicklungen gerade durch die Mitwirkung erfahrener Gewerkschaftler auch innerhalb der SFG ohne deren Auflösung möglich gewesen wäre. Offensichtlich ging es aber von Anfang an um mehr als nur die Beseitigung von Mängeln einer an sich richtigen Entwicklung, nämlich um etwas qualitativ Verschiedenes. Im Gegensatz zu Spliedts Behauptung stellen deshalb die Begriffe »Pflicht« und »Sabotage« durchaus keinen Widerspruch dar; sie sind lediglich zwei Aspekte derselben Verhaltensweise.

Die tieferen Ursachen und die historischen Voraussetzungen für die abweichende Einstellung der jüngeren und der älteren Gewerkschaftsmitglieder lagen in den unterschiedlichen Erfahrungen, die die beiden Gruppen in die Arbeit der SFG einbrachten. Die Überzeugungen der alten Gewerkschaftskräfte, nach eigener Aussage »gewonnen aus der Tradition der deutschen Gewerkschaftsbewegung«,⁸⁰ waren stark von Erfahrungen und Leitvorstellungen der Weimarer Republik geprägt. Ihre weitgehende Isolierung während des Dritten Reichs in illegalen Widerstandszellen, in Konzentrationslagern und Gefängnissen oder im Exil sowie ein Rechtfertigungsbedürfnis aus dem uneingestandenem Bewußtsein heraus, 1933 versagt zu haben, erlaubten ihnen keine grundlegende Analyse der damaligen Situation und erschwerten es, Konsequenzen aus einmal begangenen Fehlern zu ziehen. Der Gedanke, in der 1945 gegebenen Situation nicht zwingend an traditionelle Verhaltensmuster anknüpfen zu müssen, sondern etwas Neues beginnen zu können, kam ihnen nicht. So bezeichneten sie es folgerichtig als die »historisch falsche Blickrichtung, der die Organisationsform als Ursache erscheint für eine durchaus anderen Voraussetzungen entspringende

Schwäche der Bewegung«,⁸¹ und bekämpften von dieser Position aus die Einheitsgewerkschaft, die ihnen abwechselnd als bolschewistisch⁸² oder als Fortführung der nationalsozialistischen »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) mit neuen Personen und neuer Ideologie erschien. Indem sie es ablehnten, sich »unter gewerkschaftlicher ›Tarnung«⁸³ politisch zu betätigen, bewiesen sie ihre Unfähigkeit, »in neuen Situationen neue Formen anzuwenden«⁸⁴ und dadurch im Rahmen der einzigen bestehenden Organisation ein Maximum an politischem und sozialem Einfluß für die Hamburger Arbeiter und Angestellten zu sichern.

Statt dessen flüchteten sich die alten Gewerkschaftler in einen Legalismus, der schon in der Weimarer Republik dazu beigetragen hatte, statt neue Machtstrukturen zu schaffen, sich vorgegebenen anzupassen, soweit sie nur einen Schein von Rechtmäßigkeit hatten — einen Legalismus allerdings, der sich in diesem Fall konspirativer Methoden bediente. Nach einer kurzen Phase des Schwankens hatten Franz Spliedt und seine Anhänger erkannt, wo die stärkeren Bataillone standen, und zögerten nicht, sich ihnen anzuschließen. Die Geschichte der SFG zeigt, daß die alten Gewerkschaftler nicht dazu bereit waren, gewerkschaftliche und politische Betätigung zu verbinden. Da sie eine ihrem Verständnis nach politische Tätigkeit, die von der SFG unbestreitbar betrieben wurde,⁸⁵ insgesamt ablehnten, ist es weder möglich noch nötig, die Gebiete der politischen Arbeit zu unterscheiden, denen ihre besondere Abneigung galt, und etwa den Faktor Antikommunismus zu verabsolutieren.⁸⁶ Gewiß waren die alten Gewerkschaftler alles andere als prokommunistischer Neigungen verdächtig, aber es ist doch eine unzulässige Interpretation ex post, ein erst später voll wirksam gewordenes Motiv in diese frühe Phase zu transponieren und gar als dominierend anzusehen.

Als Argument für die Richtigkeit ihrer Handlungsweise führten diese Gewerkschaftsmitglieder schließlich an, daß »die seitherige Entwicklung nicht nur in Hamburg, sondern im ganzen Reich . . . ihnen recht gegeben«⁸⁷ habe, insbesondere in bezug auf das Organisationsmodell. Diese Behauptung ist zwar nicht unzutreffend, bewegt sich aber ausschließlich in der Einbahnstraße legalistischer Scheinzwangsläufigkeit, wonach die eingetretene Entwicklung immer auch die notwendige und richtige ist, und sagt über die historischen Möglichkeiten der ersten Stunde in Hamburg nichts aus.

War somit bei den älteren Gewerkschaftsfunktionären ein legalistisch-opportunistisches Denken bestimmend, so wirkte bei den jüngeren SFG-Mitgliedern zumindest indirekt ihre illegale Tätigkeit während des Dritten Reichs nach. Dies äußerte sich in einem betont selbstbewußten Auftreten, dessen Ursprung am besten die Äußerung eines Betriebsrates

der Werft Blohm & Voß im Mai 1945 charakterisiert. Auf die Frage, was ihn berechtige, die Belegschaft zu vertreten, antwortete er: »Wir sind beauftragt, die Belegschaft zu vertreten, da wir sie zwölf Jahre illegal geführt haben.«⁸⁸ Diese Männer waren nicht bereit, ihre eigenen Ansprüche vollständig dem Recht des Siegers unterzuordnen. Sie gaben der Besatzungsmacht durchaus zu verstehen, daß sie schon gegen Hitler gekämpft hätten, als die Siegermächte noch sehr freundschaftliche Beziehungen zu ihm unterhielten.

Bei dieser Einstellung wurde allerdings übersehen, daß es auch aktiven Hitlergegnern nicht möglich war, sich der Gesamtverantwortung des deutschen Volkes für Hitler und die Folgen seiner Herrschaft zu entziehen. So waren die Konflikte mit der Besatzungsmacht angelegt, zumal sich auch die politischen Überzeugungen nicht zur Deckung bringen ließen. Eine Antwort auf die Frage, ob die überaus bedächtige und vorsichtige Militärregierung — bezeichnend war Major Dwyers permanentes »slowly, slowly«, wenn die Gewerkschafter mit ihren Vorstellungen und Plänen zu ihm kamen⁸⁹ — die SFG aufgrund dieser Differenzen in jedem Fall nach einiger Zeit verboten hätte, muß freilich spekulativ bleiben. Sicher ist jedoch, daß sie ihre Haltung gegenüber der SFG erst zu ändern begann, als ihr die früheren Gewerkschaftsfunktionäre eine brauchbare Alternative zu bieten schienen.

Mit der SFG wurde eine Organisation aufgelöst, die kein Hehl daraus gemacht hatte, das Erbe des Nationalsozialismus kompromißlos beiseitigen und den Arbeitern einen bestimmenden Einfluß sichern zu wollen. Ihre Tätigkeit erstreckte sich zunächst auf die Betriebe. Bereits am 15. Mai gelang es, mit der Militärregierung ein Übereinkommen hinsichtlich der provisorischen Einsetzung von Vertrauensleuten in allen Betrieben zu erzielen, die durch spätere Wahlen bestätigt werden sollten. Von diesen Wahlen sollten ehemalige aktive Nationalsozialisten ausgeschlossen sein. Über die anschließenden Vereinbarungen zwischen der SFG und den Arbeitgebern hieß es in einem Rundschreiben der damals noch nicht aufgelösten Gauwirtschaftskammer:

- » 1. Die Mitglieder des NS-Vertrauensrates werden ihres Postens enthoben, brauchen aber nicht aus den Betrieben entlassen zu werden.
2. Es sollen entlassen werden: Belegschaftsmitglieder, die sich politisch in schikanöser Weise oder durch Denunziationen betätigt haben. Dabei entscheidet nicht die Parteimitgliedschaft als solche.
3. Die 1933 aus politischen Gründen Entlassenen sollen bei Neueinstellungen bevorzugt berücksichtigt werden.
4. Wenn eine Einigung zwischen Betriebsführung und Betriebsrat nicht zu erzielen ist, soll ein 4köpfiges Gremium entscheiden, das

sich aus je 2 durch die Wirtschaftskammer und Sozialistische Freie Gewerkschaft namhaft gemachten Männern zusammensetzt . . .

7. Die SFG legt besonderen Wert darauf, daß die Leiter der Sozialabteilung der Werke ihres Postens enthoben werden, falls sie die nationalsozialistischen Machtmittel im Betriebe mißbräuchlich zur Anwendung gebracht haben.
8. Über Lohnfragen soll bis auf weiteres nicht diskutiert werden.«⁹⁰

Am Beispiel der Befugnisse des Betriebsrats von Blohm & Voß kann gezeigt werden, inwieweit diese allgemeinen Vereinbarungen zur Grundlage für die konkrete gewerkschaftliche und politische Arbeit wurden. In der Mitteilung über seine Vollmachten und Ziele schrieb der Betriebsrat, daß die Militärregierung ihn ermächtigt habe, »alle arbeitsrechtlichen, sozialen und politischen [!] Belange der Belegschaft zu wahren; ferner das Werk von faschistischen Elementen zu säubern. Das gesamte Vermögen, alle Einrichtungen der DAF auf der Werft sind beschlagnahmt und werden als Wiedergutmachung der SFG übergeben.«⁹¹ Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit beabsichtigte der Betriebsrat auf die »Liquidierung des Faschismus«⁹² zu legen, da in ihm die Quelle allen Übels zu sehen sei und der Betriebsrat sich verpflichtet fühlte, den Willen der im Widerstandskampf ums Leben gekommenen früheren Belegschaftsmitglieder zu vollstrecken: »Wir sind das Gewissen dieser Genossen.«⁹³ Zur Erreichung dieses Ziels beschloß der Betriebsrat eine Reihe von Maßnahmen, die er in Zusammenarbeit mit der Werftleitung durchsetzen wollte; dabei betonte er, daß die Militärregierung die politische Säuberung selbst übernehmen würde, wenn es zu keiner Einigung kommen sollte. Zunächst verlangte er, eine umfassende Liste aller Gestapospitzel des Betriebs aufzustellen und sie ebenso wie diejenigen zu entlassen, »welche diesen Krieg durch ihre Haltung vorbereiten halfen und durch ihr Verhalten der Gestapo die Möglichkeiten gaben, ihren Terror auf die Antifaschisten und Kriegsgegner auszuüben.«⁹⁴ Der Betriebsrat behielt sich für jeden einzelnen Fall die Zustimmung zur Entlassung vor. Ehemalige Nationalsozialisten sollten wegen unersetzlicher fachlicher Fähigkeiten nur im Betrieb bleiben dürfen, wenn die Produktion andernfalls in ernste Schwierigkeiten geraten würde.

Andere Punkte spielten in den Befugnissen des Betriebsrates nur eine untergeordnete Rolle, vermutlich, weil er sich bewußt war, daß dabei der Militärregierung die entscheidende Funktion zukommen würde. So forderte er Kenntnis von allen die Produktion betreffenden Verhandlungen der Arbeitgeber und versprach, sich für eine gerechte Entlohnung sowie für Renten und Unterstützungen für ältere Mitarbeiter und die Arbeitsopfer der Werft einzusetzen.

Wären diese Vorstellungen des Betriebsrates bei Blohm & Voß und in ähnlicher Form in anderen Betrieben Realität geworden, so hätte es innerhalb kurzer Zeit eine umfassende Entnazifizierung auf Betriebs-ebene gegeben. Damit wäre die wesentlichste Voraussetzung für einen von der Vergangenheit so wenig wie möglich belasteten Neuanfang geschaffen worden. Auch unter diesem Aspekt bedeutete die Auflösung der SFG für die antifaschistischen Kräfte Hamburgs einen schweren Rückschlag.

Schließlich scheiterte mit der SFG auch ein erster wichtiger Versuch, die Einheit der Arbeiterklasse zu erreichen. Er war zwar zunächst nur regional begrenzt, weil »nirgendwo in Deutschland . . . die Entwicklung der SFG soweit gediehen [war] wie gerade in Hamburg«,⁹⁵ konnte aber später als Modellfall für alle vier Zonen Bedeutung gewinnen. Schon in der ersten Mitteilung der SFG vom 8. Mai hieß es: »Wir haben in der SP und KP und in den freien Gewerkschaften gearbeitet.«⁹⁶ So waren, wie auch die spätere Zusammensetzung des SFG-Vorstandes zeigt, personell alle Voraussetzungen gegeben; um zu einer Zusammenarbeit der früher unterschiedlich orientierten Kräfte der Arbeiterbewegung zu kommen. Als günstig war auch anzusehen, daß jede parteipolitische Organisation von der Militärregierung zunächst untersagt worden war, so daß sich Meinungsverschiedenheiten nicht gleich in getrennten Parteien verfestigen konnten, sondern innerhalb einer einheitlichen Organisation diskutiert und ausgetragen werden mußten. Besonders in der Anfangsphase waren sich zudem alle in dem Willen einig, »nun wirklich zusammenzuarbeiten und keine Unstimmigkeit wegen früherer Parteizugehörigkeit aufkommen zu lassen.«⁹⁷ Hierfür schien die Gründung einer Gewerkschaft, einer Organisation also, die traditionell nicht mit einer Partei in Verbindung stand, in besonders hohem Maße geeignet.

Auch die soziale Zusammensetzung der SFG war dem Einheitsgedanken zweifellos förderlich, denn sie war gerade nicht eine der »Klassenkampforganisationen des Proletariats«,⁹⁸ sondern durch ihren hohen Anteil an ehemaligen Angestellten und Beamten auch für andere Arbeitnehmergruppen offen. Daß die Idee der Einheit der Arbeiterbewegung nicht nur eine Zielvorstellung einiger weniger SFG-Vorstandsmitglieder war, sondern der Stimmung der Zeit entsprach und in weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft große Popularität besaß, beweist die Tatsache, daß der SFG in den wenigen Wochen ihres Bestehens etwa 55 000 Aufnahmeanträge zuzingen und für ihren Aufbau ohne offizielle Sammel Listen 100 000 Reichsmark gespendet wurden.⁹⁹

So scheiterte die Einheit der Hamburger Arbeiterbewegung in diesem

ersten Anlauf nicht an mangelndem Rückhalt in der Arbeiterschaft und auch nicht an der parteipolitischen Zerstrittenheit ihrer Führung,¹⁰⁰ sondern im Grunde an einem Generationenkonflikt. Die daraus resultierenden historischen Belastungen und unterschiedlichen Überzeugungen wurden von der Militärregierung für ihre noch recht vagen Ziele und Vorstellungen, die stärker nach der negativen Seite als nach der positiv-konstruktiven hin konkretisiert waren, aktualisiert und für ihre tagespolitischen Zwecke nutzbar gemacht.¹⁰¹ Damit war jedoch dem weitverbreiteten Wunsch nach Einheit der Arbeiterklasse nichts von seiner Substanz genommen, so daß diese Frage in den nächsten Monaten zum beherrschenden Thema in der Hamburger Arbeiterbewegung wurde.

Die Geschichte der SFG wäre unvollständig ohne einen Hinweis darauf, daß sie in einer Zeit ohne gewählte Parlamente, soweit ihre etwas zufällige Zusammensetzung sie dazu berechtigte, die Funktion der demokratischen Legitimierung der Exekutive übernahm. Nach seiner Ernennung zum Bürgermeister am 14. Mai war Rudolf Petersen, der — nach eigener Aussage — diesen Posten zunächst abgelehnt hatte, weil er »ausschließlich in der Wirtschaft tätig gewesen sei und keine Erfahrung in Politik und Verwaltung«¹⁰² habe, bemüht, erprobte Verwaltungsleute für den Wiederaufbau zu gewinnen. Einer dieser Männer war Adolph Schönfelder, der damit innerhalb weniger Tage vom Privatmann ohne politische Ambitionen, allerdings mit einer hervorragenden politischen Vergangenheit als langjähriger Senator, zum zweiten Bürgermeister Hamburgs aufstieg. Bevor er sich endgültig bereit fand, im neuernannten Senat mitzuarbeiten, versicherte er sich der Unterstützung der SFG. Ein Jahr später, auf dem zweiten Landesparteitag der Hamburger SPD, berichtete er darüber: »Ich erinnere hier an die Gründung der SFG. Die Tatsache der Gründung dieser Gewerkschaft wird manchesmal schamhaft verschwiegen, ich glaube aber, daß es nötig ist, doch der Tatsache zu gedenken, daß das die erste Zusammenkunft gewesen ist nach dem Zusammenbruch, die erfolgte, um sich zu beraten: Was soll nun geschehen? Ich freue mich, daß ich damals der erste sein konnte, der vor versammeltem Volk im Gewerkschaftshaus reden durfte. Diese Tatsache ist es auch gewesen . . ., die Petersen veranlaßte, mich zu rufen, um ihn zu beraten. So sind wir alle dazu gekommen mitzuhelfen.

Trotzdem hatten wir unsere Bedenken noch nicht überwunden. An dem Tage, an dem Ruscheweyh,¹⁰³ Ross,¹⁰⁴ Landahl¹⁰⁵ und ich zu Petersen gingen, bin ich vorher in den Kreis der Gewerkschaftler ins Gewerkschaftshaus gegangen . . ., und ich habe dort noch einmal unter Hinweis auf 1918 die Frage gestellt: »Solln wir wieder die Verantwor-

tung mit übernehmen?« Es ist mir ein einmütiges ›Ja!« entgegenschallt. Es waren auch viele Kommunisten dort, und ich sehe den alten Johann Westphal noch vor mir sitzen und mir zurufen ›Ringohh!« [Reingehen!].^{«106}

Bereits wenige Tage nach ihrem Entstehen war es der SFG gelungen, sich als die unumschränkte Organisation der Hamburger Arbeiterschaft darzustellen und sich so weit in das wieder erwachende öffentliche Leben einzuschalten, daß der designierte zweite Bürgermeister die Aufnahme seiner Tätigkeit in hohem Maß von ihrer Zustimmung abhängig machte. Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft war sie in Hamburg sehr schnell in das gewerkschaftliche, politische und administrative Vakuum vorgestoßen, das das Hitlerreich hinterlassen hatte, und hatte sofort eine umfassende Aktivität entfaltet. Ihr begegnete dabei nur ein einziger Konkurrent, die Militärregierung, die — durch die alten Gewerkschaftler unterstützt und bestärkt — sich als übermächtig erwies und auch nicht zögerte, von dieser überlegenen Machtposition Gebrauch zu machen und selbst Strafandrohungen gegen einzelne Gewerkschaftsmitglieder auszusprechen. Mit der SFG scheiterte ein ernstzunehmender und energischer Versuch, einen in seinen endgültigen Konturen zwar noch nicht determinierten, auf jeden Fall aber grundlegenden neuen Anfang zu setzen, bevor sich die gesellschaftlichen Gegenkräfte, die von der SFG-Leitung anders als später von Schumacher und verschiedenen Gewerkschaftsführern keineswegs unterschätzt wurden, wieder sammeln und die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse im restaurativen Sinn zu ihren Gunsten beeinflussen konnten. Wie der weitere Ereignisablauf deutlich macht, erlitten durch den Zeitverlust, den die Auflösung der SFG verursachte, auch die inhaltlichen Neuordnungsvorstellungen einen entscheidenden Rückschlag. Versuche, die mit dem 20. Juni abgebrochene Entwicklung weiterzuführen und die einmal postulierten Ziele doch noch zu verwirklichen, konnten daran nichts mehr ändern.

IV. Die Auseinandersetzungen um die Einheit der Arbeiterschaft in Hamburg (Juni bis Oktober 1945)

Nach dem Scheitern der Sozialistischen Freien Gewerkschaft in den letzten Junitagen 1945 gingen die beiden Gruppierungen der jüngeren und älteren Gewerkschaftsfunktionäre – von wenigen Ausnahmen abgesehen – unterschiedliche Wege, wie es der Unvereinbarkeit ihrer Ansichten über Form und Aufgaben einer Gewerkschaft sowie die möglichst effektive Betätigung im Sinne der arbeitenden Bevölkerung unter den vorgegebenen Bedingungen entsprach: Während sich die alten Gewerkschaftler an den Aufbau einer »unpolitischen« Gewerkschaftsbewegung machten, wandten sich die jüngeren Mitglieder parteipolitischer Tätigkeit zu. Dies konnte zunächst nur in provisorischer, vorbereitender Form geschehen, da zu diesem Zeitpunkt – Ende Juni – von den britischen Militärbehörden noch keine Parteien zugelassen worden waren.

Bereits am 24. Juni 1945 fand eine erste Zusammenkunft führender Funktionäre der ehemaligen KPD statt, an der Friedrich (»Fiete«) Dettmann, der spätere Bezirksvorsitzende der KPD – Wasserkante, ferner der aus dem KL Buchenwald zurückgekehrte Willi Grünert sowie die SFG-Mitglieder Friedrich Dethlefs und Paul Tastesen teilnahmen.¹ Ebenso sammelte sich nur zwei Tage später um den letzten Hamburger SPD-Vorsitzenden der Weimarer Zeit, Karl (»Jackie«) Meitmann, ein Kreis sozialdemokratischer Funktionäre, um mit ihm die Lage zu besprechen und die Perspektiven für künftige parteipolitische Aktivitäten zu erörtern.² Wie bei der KPD bildeten auch bei der SPD ehemalige SFG-Mitglieder den Kern der Gruppe.

Obwohl sich Sozialdemokraten und Kommunisten zunächst getrennt

berieten, war doch der Gedanke der Vereinigung beider Arbeiterparteien in einer einzigen Organisation, zumal nach dem mißlungenen Vorspiel in der SFG, in beiden Gruppen überaus lebendig. So kam es sehr schnell zu ersten Kontakten, wobei sich die frühere Zusammenarbeit in der SFG als vorteilhaft erwies; viele kannten sich zudem schon aus der politischen Tätigkeit vor 1933 und fühlten sich durch das gemeinsame Überleben des Dritten Reichs miteinander verbunden. »Ihrem eigenen Gefühl folgend und der Stimmung ihrer Anhänger Rechnung tragend, wandten sich . . . einige maßgebende Sozialisten an die bekanntesten KPD-Funktionäre, um mit ihnen den Aufbau einer sozialistischen Einheitspartei zu besprechen . . . Diese Einheitspartei sollte bei der über kurz oder lang zu erwartenden Aufhebung des . . . Verbots politischer Betätigung mit einem Manifest an die Öffentlichkeit treten.«³

Kurz darauf fand eine erste Besprechung der noch nicht zugelassenen SPD und KPD bei dem ehemaligen SFG-Vorstandsmitglied Lorenz Borchers in Ochsenzoll statt, an der von seiten der SPD neben anderen Meitmann, Schmedemann, Willi Elsner, Paula und Karl Karpinski und Ernst Tessloff, von kommunistischer Seite Dethlefs und Tastesen teilnahmen.⁴ Dieser Kreis einigte sich auf die Bildung eines paritätisch zu besetzenden Aktionsausschusses, der sich am 2. Juli zu einer konstituierenden Sitzung zusammenfand. Diesem Komitee gehörten die fünf Sozialdemokraten Karl Meitmann, Ernst Tessloff, Willi Elsner, Lorenz Borchers und Walter Schmedemann sowie die fünf Kommunisten Willi Grünert, Johann Westphal, Friedrich Dettmann, Friedrich Dethlefs und Paul Tastesen an. Daneben wurde ein vierköpfiger Redaktionsausschuß aus Meitmann, Tessloff, Tastesen und dem Kommunisten Erich (»Vatti«) Hoffmann, dem späteren Redakteur der »Hamburger Volkszeitung«, gebildet, der ein gemeinsames Aktionsprogramm formulieren sollte.

Am 6. Juli wurde von kommunistischer Seite der Entwurf eines Aktionsprogramms vorgelegt,⁵ der in 26 Punkten eine Reihe von Maßnahmen zur schnellen Linderung der größten materiellen Not vorschlug, aber auch längerfristige politische Ziele umfaßte. Nach einigen redaktionellen Änderungen an diesem »ziemlich konfusen Programm«⁶ wurde es am 24. Juli unterzeichnet und für die Veröffentlichung vorbereitet, die gleich nach der Parteienzulassung erfolgen sollte.⁷

Die Übereinkunft vom 24. Juli war im Grunde eine private Abmachung der zehn Unterzeichner. Eine längere vorherige Diskussion in demokratisch gewählten Parteiinstanzen hatte es nicht gegeben und konnte es angesichts der offiziellen Nichtexistenz von Parteien auch nicht geben. Um so größere Bedeutung hatten einige Zeit die kleinen

Funktionärszirkel, aus denen sich die Führung der beiden Arbeiterparteien rekrutierte. Die Zusammensetzung des Aktionsausschusses zeigt, daß bei der SPD mit Tessloff, Elsner, Borchers und Schmedemann die Vertreter das Übergewicht hatten, die – gemessen an Weimarer Verhältnissen – eher dem linken Parteiflügel zuneigten. Lediglich Karl Meitmann hatte vor 1933 dem rechten Flügel der Hamburger SPD angehört, ohne jedoch dessen herausragender Repräsentant gewesen zu sein.⁸ Eine umfassende Restaurierung der Führungskader der Partei mit einem traditionell dominierenden rechten Flügel hatte sich noch nicht vollzogen.

Stärker waren restaurative Tendenzen bei der KPD zu beobachten. Neben den jüngeren Dethlefs und Grünert waren für die KPD mit Dettmann, Westphal und Tastesen drei Politiker im Aktionsausschuß, die schon in der Weimarer Republik verschiedene Funktionen in Partei und Bürgerschaftsfraktion innegehabt hatten.⁹

Trotz dieser unterschiedlichen Zusammensetzung des Aktionsausschusses gab es an der Entschlossenheit, die Einheit der Arbeiterschaft zu erreichen, keinen Zweifel, um so mehr, als die idealistische Zielvorstellung eine Weile die Beschwerden auf dem Weg dorthin verdeckte. Dieser Wille wurde nicht nur in internen Absichtspapieren ausgedrückt, die einem breiteren Kreis zunächst nicht zugänglich waren, sondern auch in aller Öffentlichkeit kundgetan. Wie zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft boten Begräbnisse die Gelegenheit, politische Einstellungen zum Ausdruck zu bringen. Über dem Grab der Widerstandskämpferin Magda Thürey, die am 17. Juli an den Folgen der KL-Haft gestorben war, reichten sich in Anwesenheit hunderter politischer Gesinnungsgenossen Meitmann und Dettmann die Hände und schworen, »den Bruderkampf niemals wieder aufleben zu lassen«¹⁰ und die »Sozialistische Einheitspartei als den besten Hort der Demokratie in Deutschland herzustellen.«¹¹ Am 2. August wiederholte sich die Szene bei der Beerdigung des Sozialdemokraten Rudolf Seewald.¹²

Dieses vor vielen Zeugen abgelegte mündliche Versprechen, für die Einheit der Arbeiterbewegung einzutreten, fand seinen schriftlichen Ausdruck in dem gemeinsam beschlossenen Aktionsprogramm vom 24. Juli.¹³ Darin hieß es: »Ohne Zweifel ist der Hauptträger der deutschen Zukunft die Arbeiterklasse. Auf ihren Schultern lag die Hauptlast des Krieges. In ihr lebte der Wille nach der antifaschistischen Demokratie am brennendsten. Aus ihrer gesammelten Kraft und mit der Unterstützung der Arbeiter aller Länder muß und wird sie in einem einheitlichen Deutschland neu erstehen. Die blutige Lehre der 12jährigen Hitler-Diktatur im Innern, des Hitler-Krieges nach außen und seiner

großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: »Einigkeit – Einigkeit! und nie wieder Spaltung und Bruderkrieg!« In dem organischen Prozeß des unablässigen Kampfes der Arbeiterklasse, in dessen Mittelpunkt ihre Aktions-Einheit steht, liegt die Voraussetzung für die Verwirklichung und den Bestand ihrer politischen und organisatorischen Einheit!¹⁴ . . . Dies erkennend, und von dem gleichen Willen beseelt, in kürzester Frist die Einheitspartei Wirklichkeit werden zu lassen, beschließen die Vertreter der bisherigen Organisationen der Hamburger KPD und SPD folgendes Aktionsprogramm:¹⁵

- A. Schaffung eines Aktions-Ausschusses, bestehend aus 10 Personen (je 5 der beiden früheren Richtungen)¹⁶
- B. Der Aktions-Ausschuß übernimmt die Verpflichtung zur Förderung der Durchführung folgender Dringlichkeiten.«

Die dann folgenden 25 Programmpunkte stellten ein Konglomerat von Forderungen aus allen möglichen Bereichen dar, die qualitativ kaum auf einen Nenner zu bringen sind, jedoch deutlich machen, mit welcher Not und welchen Schwierigkeiten es zu kämpfen galt. Die vorgesehenen Maßnahmen reichten von der verstärkten Fischzufuhr, der Förderung des Kleingartenwesens und der Kleintierhaltung über die Kontrolle der Warenverteilung durch die Verbraucher bis zum Wohnungsbau, zur Erhaltung der Kaufkraft und zur Volksaufklärung, durch die »dem Volk . . . der klare Blick für seine Geschichte eröffnet werden«¹⁷ sollte.¹⁸

Alle diese Einzelaussagen, so wichtig einige von ihnen sind, verblassen vor der politischen Substanz des Programms, aus dessen Zeilen die Gewißheit sprach, daß die jahrzehntelange Spaltung der Arbeiterschaft in zwei Parteien in allernächster Zeit überwunden werden könne und die »bisherigen Organisationen« und die »Vertreter der ehemaligen Kommunistischen [bzw. Sozialdemokratischen] Partei Hamburgs«¹⁹ gemeinsam für dieselben Ziele kämpfen würden. Damit schien zunächst in einem lokal begrenzten Bereich die Erfüllung eines von vielen lang gehegten Wunsches in greifbare Nähe gerückt, der den Erkenntnissen und Erfahrungen der voraufgegangenen schweren Jahre entsprach. In den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern hatten – so empfanden es wenigstens viele der an führender Stelle Beteiligten – Sozialdemokraten und Kommunisten wie auch Bürgerliche in einer weitgehend unterschiedslosen Leidensgemeinschaft zusammenstehen müssen, in der die früher gegensätzlichen Ideologien und Ansichten an Bedeutung verloren angesichts des großen gemeinsamen Ziels, die nationalsozialistische Herrschaft zu beseitigen und eine

demokratische, konsequent antifaschistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Ähnliches galt auch für die Männer und Frauen, die in den illegalen Widerstandsgruppen tätig gewesen waren. Sie alle standen nach Kriegsende »inmitten der vom Faschismus hinterlassenen materiellen und geistigen Trümmer und fühlte[n] sich verantwortlich dafür, das Leben der Nation zu retten und sie einer neuen, besseren Zukunft entgegenzuführen.«²⁰

Hinzu kam die Überzeugung, daß es Hitler als Reichskanzler vielleicht nicht gegeben hätte, wenn 1933 alle antifaschistischen Kräfte gemeinsam vorgegangen wären, woraus für die Zukunft die Forderung abgeleitet wurde, einen solchen Fehler nicht noch einmal zu begehen. So wurde in dem »Aktionsprogramm« erklärt: »In den Millionen Anhängern der einst sich bekämpfenden deutschen Arbeiter-Parteien lebt dieser Wille zum Zusammenschluß in einer einheitlichen machtvollen politischen Partei als das bedeutsamste Ergebnis ihres gemeinsamen Leidens. Diese Sehnsucht ist tief eingebrannt in alle noch am Leben gebliebenen politischen Gefangenen der Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gestapo-Institutionen . . . Diese Sehnsucht zu verwirklichen, ist das heilige Vermächtnis der von Hitler gemordeten Freiheitskämpfer und der in seinem Eroberungskrieg getöteten Soldaten.«²¹

Auch ohne empirische Kontrollmöglichkeit ist diese Beschreibung als eine zwar wenig differenzierte, nichtsdestoweniger aber zutreffende Zusammenfassung der Wünsche und Vorstellungen großer Teile der Bevölkerung anzusehen. Die zwölf Jahre des Dritten Reichs hatten dazu geführt, daß — allerdings nur für kurze Zeit — die in der Weimarer Republik und selbst später noch mit großem Aufwand intakt gehaltenen Feindbilder verblaßten und diese primäre Bewußtseinsschicht durch eine zeitlich nachgeordnete zweite Bewußtseinsebene überlagert wurde, in der die Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft und die sich daraus scheinbar selbstverständlich für die Arbeiterbewegung ergebenden Folgen überwogen. Dennoch blieb auch die erste Ebene latent erhalten, und die durch mehrere Faktoren begünstigte Reaktivierung der Feindvorstellungen wurde eine wesentliche Voraussetzung für die neue Aufsplitterung der Arbeiterschaft.

Mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Aktionsprogramms schien der Versuch gelungen, »die Gemeinschaft, die Einheit aller demokratischen Antifaschisten zu erhalten und zu stärken«,²² mithin das defensive Notbündnis gegen Hitler in eine konstruktive Zusammenarbeit bei der Linderung der größten Not und darüber hinaus beim Aufbau des neuen Staatswesens überzuleiten. Der Inhalt des Aktionsprogramms wie auch die Unterschriften führender Hamburger Sozial-

demokraten und Kommunisten konnten kaum einen anderen Schluß zulassen.

Dennoch genügt die Interpretation des Aktionsprogramms allein nicht, da es über die sich bereits deutlich abzeichnenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des weiteren Vorgehens und über das erneute Mißtrauen gegeneinander hinwegtäuscht. Die alles andere als enthusiastische Aufbruchsstimmung vieler Hamburger Sozialdemokraten spiegelt der bereits erwähnte Brief Kalbitzers an Eichler wider, wo es heißt: »Die Sozialistische Partei will alle Sozialisten umfassen. Wenn die Kommunisten ablehnen, mit den Sozialisten zusammenzutreten, so sollen *sie* das Odium auf sich laden, die Einheit der Arbeiterschaft verhindert zu haben.«²³ Noch deutlicher bringt der zweite Brief Kalbitzers an Eichler die Hintergründe des Aktionsprogramms und die Motive auf sozialdemokratischer Seite für seine Unterzeichnung zum Ausdruck. Am 1. August schrieb er: »Leider also ist die geforderte Einheitspartei bereits das Objekt eines taktischen Manövers, aber nur so können wir feststellen; ob es die Kommunisten mit ihren Parolen ehrlich meinen.«²⁴

Was Kalbitzer hier noch mehr oder minder versteckt anspricht, waren die beiden konkreten Fragen, ob die Kommunisten die Einheitspartei wirklich wollten und auf welchem Wege die Vereinigung der beiden früheren Parteirichtungen vor sich gehen sollte. Von Anfang an gab es darüber unterschiedliche Auffassungen. Bei einer ersten Aussprache zwischen Dettmann und Meitmann, die Ende Juni stattfand und über acht Stunden dauerte,²⁵ unterbreitete der spätere Hamburger SPD-Vorsitzende einen Vorschlag für die sofortige Bildung der Einheitspartei.²⁶ Dettmann wandte sich jedoch entschieden gegen dieses Angebot, »weil eine solche neue Organisation nicht ein Gründungsbeschluß von zwei führenden Genossen, sondern ein freiwilliger Bestimmungsbeschluß der Mitglieder beider Parteien sein muß.«²⁷ Zu diesem Zweck aber sei es erforderlich, zunächst einmal die Mitglieder beider Parteien zu sammeln. Nach Dettmanns Aussage war Meitmann »nach Stunden« mit diesem Vorgehen einverstanden, und beide verständigten sich dahin, »daß wir noch als getrennte Parteien mit dem Ziele der baldigen Vereinigung unsere Arbeit beginnen und wie in den 12 Jahren des blutigen Naziterrors auch in der Entwicklung der Demokratie und in der Vertretung der Interessen aller Notleidenden auf das engste kameradschaftlich zusammenarbeiten.«²⁸ So traten — trotz des notgedrungenen Einlenkens von Meitmann, das im Aktionsprogramm durch den Hinweis auf die Aktionseinheit zum Ausdruck kam — die kontroversen Standpunkte klar zutage: entweder sofortige Schaffung der sozialistischen Einheitspartei, ohne erst getrennte Organisationen auf-

zubauen, oder zunächst Gründung getrennter Parteien und nach einer Phase der Zusammenarbeit deren organisatorische Vereinigung.²⁹

Über den Zeitpunkt für den Zusammenschluß der neuen SPD und KPD herrschten bei den Kommunisten allerdings keine klaren Vorstellungen. Hieß es noch im Aktionsprogramm, die Einheitspartei sei »in kürzester Frist« zu verwirklichen, so wurde wenig später von Dettmann der Jahreswechsel 1945/46 »als der psychologisch günstigste Termin hierfür«³⁰ genannt, diese Terminierung aber sofort wieder als private Meinung deklariert und damit teilweise zurückgenommen. Offensichtlich waren schon oder gerade zu diesem Zeitpunkt für die KPD in dieser Frage nicht Sachgesichtspunkte in erster Linie ausschlaggebend; sie orientierte sich weniger an der spezifisch hamburgischen Entwicklung als an der Entwicklung in der östlichen Besatzungszone. Da aber in der britischen Besatzungszone andere Voraussetzungen herrschten als in den übrigen Zonen, insbesondere im Hinblick auf die für das kommunistische Konzept entscheidende Frage der Zulassung von Parteien, mußte die Einstellung der Kommunisten in Hamburg notwendig zu einer Verzögerung der Einheitsbestrebungen führen. So unterzeichneten die Kommunisten zwar das gemeinsame Aktionsprogramm vom 24. Juli, ohne sich jedoch zu wirklich konkreten Schritten in Richtung auf eine sozialistische Einheitspartei verstehen zu können. Obwohl einheitswillige Sozialdemokraten sie immer wieder auf die Risiken ihrer Taktik hinwiesen, wichen sie in den Sommer- und Herbstmonaten nicht davon ab. Sie erklärten sich sogar ausdrücklich bereit, die volle Verantwortung für die weitere Entwicklung zu übernehmen. Auf Vorhaltungen Meitmanns soll Dettmann auf einer Aktionsausschußsitzung geantwortet haben: »Ich erkläre hier, daß ich dafür die Verantwortung übernehmen will, daß wir erst in gemeinsamer Aktion zusammenwachsen müssen und die Einheitspartei zu diesem Zeitpunkt nicht kommt.«³¹

Um so deutlicher erkannten die Sozialdemokraten, daß die Entstehung der Einheitspartei überhaupt gefährdet würde, wenn es nicht zu ihrer sofortigen Konstituierung käme. Die politische Erfahrung sagte ihnen, daß bei einem demokratischen Wettbewerb um Wählerstimmen die Unterschiede zwischen beiden Parteien gegenüber den Gemeinsamkeiten herausgestrichen würden und es eine Vereinigung nicht mehr geben könne, wenn erst die Geister des Konkurrenzdenkens und der politischen Gegnerschaft gerufen seien. Anfang August schrieb Meitmann an Parteifreunde: »Andere als die Euch bekannten Argumente wurden von den K.P.-Genossen nicht vorgebracht, so daß wir mit einem baldigen Zusammenschluß in einer neuen Partei nicht mehr

rechnen können . . . Wir haben beschlossen, nach der Zulassung der Parteien einen gemeinsamen Aufruf herauszubringen, in dem . . . erkennbar wird, daß eine Bekämpfung untereinander unter keinen Umständen stattfinden soll. Wir sind uns aber nicht sicher, ob es zu diesem gemeinsamen Aufruf kommen wird und bezweifeln, daß, wenn auch gegen den Willen der beiden Führungen, die für die Vereinigung so schädlichen Auseinandersetzungen hinüber und herüber bei solcher Lage ausbleiben werden. Wir bedauern natürlich aufs Tiefste, daß die KP zunächst unter allen Umständen als Kommunistische Partei wieder auf den politischen Plan treten zu müssen meint und damit den nach unserer Auffassung allein politisch richtigen Termin des sofortigen Zusammenschlusses und damit möglicherweise dieser selbst verpaßt und unmöglich werden wird.«³² Die Sozialdemokraten sahen keine Möglichkeiten, die Kommunisten in eine Einheitspartei hineinzuzwingen, und fügten sich unfreiwillig den kommunistischen Wünschen.

Um den Hinweis auf die fehlende demokratische Legitimation eines sofortigen Zusammenschlusses zu begründen, wurde von kommunistischer Seite behauptet, »daß es den Kommunisten sehr schnell gelungen war, in jenem Stadium der Verhandlungen eine Parteioorganisation aufzubauen, die sich über alle Stadtteile und über manche wichtigen Betriebe erstreckte, während die Sozialdemokraten noch nicht über eine Organisation verfügten.«³³ Diese Behauptung deckt sich mit Sicherheit nicht mit den Tatsachen, auch dann nicht, wenn man zugibt, daß ein direkter Vergleich zwischen dem Wiederaufbau beider Parteien kaum möglich ist. Obwohl an der Ernsthaftigkeit des Einheitswillens bei der Mehrheit der Hamburger Sozialdemokraten im Sommer 1945 nicht zu zweifeln ist, ging die Partei, nachdem die Weigerung der KPD zur sofortigen Vereinigung feststand, unverzüglich daran, ihre ehemaligen Mitglieder zu sammeln und die Grundlage für eine Organisation zu schaffen. Nach der ersten Zusammenkunft mit Karl Meitmann Ende Juni und einer zweiten Anfang Juli im Stadtteil Hamm machten sich die versammelten ehemaligen SPD-Mitglieder energisch an die Arbeit. Ihre Bemühungen wurden durch spontane Zusammenkünfte auf Bezirks- und Distriktsebene entscheidend gefördert; denn bei einer ersten Versammlung der vorläufigen Kreisvorsitzenden in Wandsbek konnten diese darauf verweisen, daß sie bereits im Auftrag untergeordneter Gliederungen handelten.³⁴

Der organisatorische Rahmen wurde durch die Einteilung des Hamburger Stadtgebiets in zehn Parteikreise und zunächst 35 Distrikte hergestellt. Außerdem konstituierte sich am 14. Juli ein vorläufiger Parteivorstand, dem Meitmann als erster, Schmedemann als zweiter

Vorsitzender sowie zwanzig weitere Mitglieder als Beisitzer angehörten.³⁵ Unter der Tarnbezeichnung »Hausmakler Adolf Keilhack« wurde in der Ferdinandstraße ein zentrales Parteibüro eingerichtet.³⁶

Diese Aufbaubemühungen der SPD blieben nicht ohne Erfolg. Obwohl die SPD nicht erlaubt war und somit nur durch Flüsterpropaganda für die Partei geworben werden konnte, standen doch — wie Meitmann 1946 feststellte —, »wenige Wochen später durch unsere illegale Arbeit mindestens 15 000 unserer besten und aktivsten Genossen in unserer Organisation wieder festgefügt zum politischen Start bereit.«³⁷ Diese Zahl erhöhte sich laufend und soll schon im August 1945 die Grenze von 20 000 überschritten haben.³⁸ Damit war bereits mehr als ein Drittel der Mitgliederzahl vom Januar 1932 erreicht.³⁹ Es verhandelten somit keineswegs demokratisch legitimierte kommunistische Funktionäre und sozialdemokratische Privatleute, sondern »seit dem Juli 1945 fest organisierte, wenn auch noch vorläufige Parteileitungen als Körperschaften miteinander.«⁴⁰

In dem Bemühen der SPD um den Aufbau einer eigenen Parteiorganisation ist weniger ein bewußtes Zugeständnis an die Kommunisten als vielmehr eine Reaktion auf das kommunistische Zögern zu erblicken; sie mag von dem Mißtrauen begleitet gewesen sein, eine straff organisierte KPD könnte sich gegenüber einer noch unorganisierten SPD im Alleingang einen uneinholbaren Popularitätsvorsprung verschaffen. Die Ungewißheit, welche der beiden Parteien von der Arbeiterschaft bevorzugt werden würde, spielte dabei ebenfalls eine große Rolle. Die führenden sozialdemokratischen Politiker scheinen in diesem Punkt zunächst durchaus nicht optimistisch gewesen zu sein. Die Erwartung, daß die KPD durch ihre konsequente antinationalsozialistische Einstellung an Ansehen gewonnen hätte, wie die Vermutung, daß viele ehemalige Nationalsozialisten nunmehr beim Kommunismus aus Gründen der Tarnung Zuflucht suchen könnten,⁴¹ ließen sie an einen zumindest nicht sehr großen Vorsprung der SPD gegenüber der KPD glauben, wenn es zum offenen Wettbewerb kommen würde.

Auch diese Ansichten, die im einzelnen schwer nachweisbar sind, gehörten zu den Lehren aus der Vergangenheit; sie gewannen jedoch erst an Bedeutung, als die Gedanken der SPD-Führer auf den Aufbau einer separaten Organisation gelenkt wurden. Bis in den Herbst hinein blieb bei der SPD die Meinung vorherrschend, die neuentstehende Organisation nicht für sich zu sehen, sondern als einen Bestandteil der zukünftigen Einheitspartei, der bei ihrer Gründung sofort in die neue Partei integriert werden sollte. Eine Klammer bildete schließlich nach wie vor der wöchentlich tagende gemeinsame Aktionsausschuß, durch

den der Gedanke der Einheitspartei auch in der Tagespolitik lebendig gehalten wurde.

Dem kommunistischen Konzept wäre es zweifellos entgegengekommen, wenn — ähnlich wie in der sowjetischen Besatzungszone — auch in der britischen Zone schon im Juni oder Juli Parteigründungen möglich gewesen wären. Entsprechende Anfragen wurden jedoch zu dieser Zeit noch abschlägig beschieden. Die Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus überschattete zunächst die Absichten, wieder politisches Leben zu ermöglichen. Erst am 6. August wandte sich der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen, Feldmarschall Bernard Law Montgomery, mit einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Zone, in welchem er die zweite Phase alliierter Besatzungspolitik ankündigte:

- »1. Drei Monate sind jetzt vergangen, seitdem Deutschland kapituliert hat und die alliierten Nationen die oberste Gewalt in Ihrem Land übernommen haben. Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazipartei und ihrer angeschlossenen Verbände zu verwirklichen . . .
3. Ich gehe nun zum zweiten Stadium der alliierten Politik über. Es ist meine Absicht, daß Sie in diesem Stadium die Freiheit haben sollten, Ihr Leben auf Ihre eigene Art zu gestalten, soweit es die Maßnahmen der militärischen Sicherheit und Notwendigkeit gestatten . . .
4. . . . Es ist ferner das Bestreben der Alliierten, in Deutschland die Bildung demokratischer politischer Parteien zu fördern, die die Grundlage einer geordneten und friedlichen deutschen Gemeinschaft in der Zukunft bilden können . . .«⁴²

Schon wenige Tage später wurde bekannt, daß in der britischen Zone grundsätzlich drei Parteien zugelassen worden seien, die SPD, die KPD und das Zentrum.⁴³ Da jedoch die Genehmigungen für die tatsächliche Wiedergründung der Parteien nicht für die ganze Zone, sondern einzeln für Städte und Landkreise vergeben wurden, dauerte es noch eine Weile, bis legale politische Arbeit möglich wurde.

Diese faktische Verzögerung bei der Wiederezulassung politischer Parteien war für die politisch Handelnden zunächst noch nicht vorauszusehen. Deshalb war für die Sozialdemokraten durch den Aufruf Montgomerys in der Aktionsausschußsitzung am 6. August, bei der die neuen Ankündigungen der Militärregierung schon bekannt waren, eine völlig neue Lage entstanden. Nach ihrer Überzeugung mußte nun auch für die Kommunisten der Zeitpunkt gekommen sein, um die Frage der

Einheitspartei einer definitiven Lösung zuzuführen. Wenn sie schon nicht gleich geschaffen wurde, so galt es doch, wenigstens verbindliche Abmachungen für die Zukunft zu treffen. Durch den grundsätzlichen Beschluß der Militärregierung schien eine wesentliche Bedingung erfüllt, um in Hamburg die Zurückhaltung der Kommunisten zu überwinden und die Vereinigungsbestrebungen auf der Basis ihrer Vorstellungen voranzutreiben, denen sich zu nähern die Sozialdemokraten um des Endziels willen durchaus bereit waren. Nach Aussage Meitmanns drängten daher »wir Vertreter der SPD . . . mit Nachdruck auf die noch offene Festlegung des Termins der Neugründung unter Preisgabe des Namens unserer beiden bisherigen Parteien.«⁴⁴

Zur Enttäuschung der Sozialdemokraten im Aktionsausschuß änderte sich jedoch die Haltung der KPD-Vertreter nicht. Selbst durch das Zugeständnis, daß beide Parteien sich zunächst unter eigenem Namen der Öffentlichkeit präsentieren sollten, war keine präzise Vereinbarung zu erreichen. Der schon früher aufgetauchte Gedanke, die Vereinigung von KPD und SPD am 1. Januar 1946 zu vollziehen, wurde nicht als verbindlich akzeptiert. Die Kommunisten hielten uneingeschränkt an ihrer Konzeption fest: »Sammlung aller Mitglieder in beiden Parteien, ideologische Klärung und Aktionseinheit. Die Aktionseinheit sollte die ideologische Klärung untermauern und das Vertrauen zueinander bestärken.«⁴⁵ Ohne konkrete Perspektive für die Zukunft machten sich deshalb die SPD-Vertreter »schweren Herzens« daran, »unsere Partei unter ihrem bisherigen Namen gleichfalls bei der Militärregierung anzumelden.«⁴⁶ Dabei spielte auch der Gedanke eine Rolle, die durch das kommunistische Vorgehen irritierten Mitglieder zu sammeln und trotz Verärgerung und Enttäuschung keinen Zweifel am weiterbestehenden Einheitswillen aufkommen zu lassen.⁴⁷ Am 16. August sandten die Sozialdemokraten ein Schreiben an die Militärregierung mit der Bitte um Bestätigung, »daß die SPD, Landesorganisation Hamburg, als antinazistische, demokratische Partei von der hohen Militär-Regierung anerkannt und zugelassen ist.«⁴⁸ Zugleich erkundigten sie sich nach den Bedingungen politischer Tätigkeit.⁴⁹ Ähnlich dürften auch die Vertreter der KPD vorgegangen sein.⁵⁰

Die am 6. August von den Kommunisten abgegebene Versicherung, daß die Gründung zweier Parteien »den festen Willen zur weiteren einträchtigen Zusammenarbeit nicht aufheben soll und darf und . . . daß das Zusammenwachsen unserer beiden Gruppen und ihre Vereinigung in einer Partei ihr Ziel bleibe,«⁵¹ schuf die Grundlage für ein weiteres schriftliches Abkommen der beiden Parteien. Am 20. August wurde in gemeinsamer Arbeit ein Aufruf »Sozialdemokraten! Kommunisten!

Hamburgs«⁵² formuliert, den dieselben zehn Funktionäre unterzeichneten, die schon das Aktionsprogramm unterschrieben hatten. Dieser Aufruf ging weniger auf Maßnahmen zur Bewältigung aktueller Alltagsprobleme ein, sondern hatte einen fast ausschließlich parteipolitischen Charakter. Im Mittelpunkt stand das zukünftige Verhältnis der beiden Parteien zueinander. In diesem Aufruf hieß es: »Es kommt darauf an, die beiden großen Arbeiterparteien in kürzester Frist beschluß- und aktionsfähig zu machen. Mit dieser Arbeit treten die beiden Parteien in einen friedlichen Wettbewerb, von dem es abhängt, daß ein großes erstes Ziel schnellstens erreicht wird. Die beiden provisorischen Leitungen sind sich darin einig, daß als erste und dringlichste Aufgabe erreicht werden muß der Zusammenschluß beider Richtungen in einer einzigen Sozialistischen Partei! . . . Der Zusammenschluß selbst soll erfolgen durch freie Abstimmung der beschlußfähigen Mitgliedschaften. Er erhält seine Massenbasis in der innerparteilichen Demokratie.«⁵³

Nach diesen einleitenden Bemerkungen, die die Parteiapparate auf den Zusammenschluß vorbereiten sollten, »der im persönlichen Verhältnis unserer Anhänger zueinander und in ihrer gemeinsamen Zielvorstellung bereits Tatsache geworden ist«,⁵⁴ verpflichteten sich beide Parteien bis zur tatsächlichen Vereinigung zu bestimmten Verhaltensregeln:

- »1. Bis zum vollzogenen Zusammenschluß keinerlei feindliche und gehässige Handlungen gegeneinander zu begehen und zu dulden . . .
2. Das innerorganisatorische Leben ihrer Partei so zu gestalten, als wenn die Vereinigung bereits vollzogen wäre. Insbesondere soll, nach einer ersten kurzen Aufbauzeit, die Zusammenführung ihrer Mitglieder gefördert und jede Agitation gegeneinander schon jetzt unterlassen werden.«⁵⁵

Der Aufruf schloß mit einer Formel, wie sie ähnlich auch im Aktionsprogramm vorkommt: »Einigkeit, Einheit und nie wieder Bruderkampf!« Unterzeichnet wurde er von den Vertretern der — nun nicht mehr »ehemaligen« — Sozialdemokratischen bzw. Kommunistischen Partei.

Der Aufruf vom 20. August zeigt deutlich einen Kompromißcharakter, der bis an die Grenzen der Widersprüchlichkeit geht. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man die gemeinsame Fassung mit einem unveröffentlicht gebliebenen kommunistischen Entwurf vergleicht, der von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde und kaum Ähnlichkeit mit dem späteren Aufruf besitzt. Der Entwurf gibt sich verbal um einiges radikaler und bringt den kommunistischen Standpunkt stärker zum Ausdruck. Nach einem allgemeinen Appell zur Ein-

heit heißt es: »Was läge näher, als daß man nun aus diesem einheitlichen Willen durch einfachen Beschluß der Führungen sofort die eine Partei der Arbeiter Hamburgs erstehen ließ? ... Und doch haben wir uns entschlossen, dies nicht zu tun, Demokratie ist uns nicht leere Form und hohle Phrase, auch nicht in unseren eigenen Reihen ... Diese eine Partei der Arbeiter Hamburgs ... muß erwachsen aus dem gemeinsamen Handeln der sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen ...

Im Geiste dieser Verbundenheit ... stellen wir uns wieder in aller Öffentlichkeit in Reih und Glied, die SP Hamburgs, die KP Hamburgs, und marschieren Seite an Seite im Kampf vereint voran, heute noch in zwei Kolonnen, bald aber geeint in der aus der einheitlichen Aktion geborenen einen Partei der Arbeiter Hamburgs.«¹⁶

Den Sozialdemokraten gelang es, diese allzu deutliche Charakterisierung der kommunistischen Taktik abzuschwächen und auch ihre Vorstellung über einen raschen Zusammenschluß in den Aufruf einzubringen. Dadurch steht die Forderung nach Schaffung der Einheitspartei »in kürzester Frist« neben Vorschlägen zur Organisierung der Aktions-einheit, die notwendig einen etwas längeren Zeitraum umfassen mußte. Der Aufruf zeigt damit, daß die grundsätzlichen Auffassungen nach wie vor unvereinbar blieben und nur widersprüchlich zusammengefügt wurden. Eine klare Perspektive für die Zukunft bot er noch weniger als das Aktionsprogramm; denn was war etwa von der Forderung zu halten, Angriffe gegeneinander, die noch gar nicht stattgefunden hatten, »schon jetzt ... einzustellen«?

Der Aufruf ist das letzte Dokument, in dem das Drängen der Sozialdemokraten auf Fixierung des Vereinigungstermins ablesbar ist. Von nun an blieb die Bereitschaft zur Einheit zwar noch einige Zeit erhalten, aber sie verlagerte sich mehr ins Grundsätzliche. Die kommunistische Weigerung, der sofortigen Vereinigung zuzustimmen, begann sich nach und nach ungünstig auf viele Sozialdemokraten auszuwirken, obwohl die Führung zunächst noch bemüht blieb, solche Stimmungen zurückzudrängen. Dennoch setzte im August 1945 jener Prozeß ein, an dessen Ende die größere kämpferische Bereitschaft und das Verlangen nach möglichst raschem Handeln auf die kommunistische Seite übergegangen war, während die Sozialdemokraten die zögerndere, zunehmend distanziertere und schließlich ablehnende Haltung einnahmen. So wurden in der Folgezeit von seiten der SPD keine Anstrengungen mehr unternommen, dem Aufruf die Publizität zu verschaffen, die seinem Wesen entsprochen hätte; erst im Februar 1946 wurde er von der KPD aus propagandistischen Gründen veröffentlicht.

Der Wandel in der Einstellung der Hamburger SPD hatte seinen Ursprung in der Enttäuschung, die die kommunistische Haltung bei vielen Funktionären ausgelöst hatte. Hinzu kamen Kräfteverschiebungen innerhalb der Partei, die die Verzögerungstaktik der KPD zur Folge hatte. Seit der ersten Kontaktaufnahme mit den Kommunisten hatte es in der SPD nicht nur engagiertes Eintreten für das Ziel der baldigen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gegeben, sondern auch Skepsis und Mißtrauen gegenüber den kommunistischen Absichten. So bestanden mindestens zwei,¹⁷ allerdings nicht starr fixierbare Gruppen, von denen die der Skeptiker angesichts der anfangs herrschenden großen Bereitschaft, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und nach neuen Wegen und Formen zu suchen, sowie angesichts der emotionalen Attraktivität der Vereinigungsidee in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft zunächst in der Minderheit war. Zu dieser Gruppe gehörten vor allem die älteren Gewerkschaftsmitglieder, soweit sie auf das politische Geschehen Einfluß nehmen konnten und wollten; hierher gehörten aber auch viele langgediente Parteifunktionäre, die bereits vor 1933 tätig gewesen waren und die »an keine Änderung in der kommunistischen Grundeinstellung glauben wollten«.¹⁸

Zur anderen Gruppe zählten neben der Mehrheit der Mitglieder und der vorläufigen Betriebsräte, die die überwiegend einheitsfreundliche Einstellung der Arbeiterschaft zu vertreten hatten, Männer wie Ernst Tessloff, Willi Elsner und Paul Bergmann, von denen die ersten beiden Aktionsprogramm und Aufruf mit unterzeichnet hatten. Zu dieser Einheitsgruppe waren zunächst auch Hellmut Kalbitzer, Karl Meitmann und Walter Schmedemann zu rechnen, sowie — mit Einschränkung — Adolph Schönfelder, der noch im September beklagte, daß »auf dem Boden der Zwietracht in der deutschen Arbeiterschaft . . . im falschen Gewande einer Arbeiterpartei der Nazibetrug am deutschen Volke«¹⁹ hätte geschehen können. Entscheidend für die weitere Entwicklung wurde nun, daß dieser letztgenannte Personenkreis, der mehr und mehr den Führungskern der Hamburger SPD um den inzwischen zum Vorsitzenden avancierten Meitmann bildete, unter dem Eindruck der ersten Wochen der Vereinigungsbemühungen zunehmende grundsätzliche Zweifel an der Aufrichtigkeit der Kommunisten hegte und viele anfangs überzeugte Anhänger der Einheitspartei wenn nicht ins Lager der Gegner, so doch in das der Skeptiker wechselten, ohne damit allerdings schon jeder Zusammenarbeit eine Absage zu erteilen oder erneute Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien zu predigen.

Diese Gruppe zeichnete sich durch eine gesteigerte Sensibilität gegenüber allem aus, was von der KPD in Hamburg politisch geäußert und

vertreten wurde. Nur vor diesem Hintergrund wird es verständlich, warum ein anscheinend von Kommunisten herausgegebenes Flugblatt eine so nachhaltige Vergiftung der politischen Atmosphäre bewirken konnte. Am 30. Juli 1945 hielt der ehemalige preußische Innenminister Carl Severing im englischen Rundfunk eine Ansprache, deren Inhalt auch in der Presse der britischen Besatzungszone veröffentlicht wurde.⁶⁰ Kurz darauf wurde ein Flugblatt mit der Überschrift »Herrn Severings ›Stimme seines deutschen Herzens«⁶¹ verteilt, das seinem politischen Inhalt nach nur von Mitgliedern der KPD oder ihr nahestehenden Personen verfaßt sein konnte. Darin wurde Severing beschuldigt, 1934 eine Broschüre mit dem Titel »Mein Weg zu Hitler« geschrieben zu haben, in der er angeblich nachwies, schon immer für Hitler gewesen zu sein. Dazu das Flugblatt: »Das Bekenntnis in seiner Broschüre von 1934 ist heute ein Urteil gegen Carl Severing, es ist ein Anklagematerial, das ausreicht, ihn als gemeinen Verbrecher vor Gericht zu stellen . . . Wäre Severing nur ein Gesinnungslump, der seinen Mantel nach dem politischen Wind hängt, es genügte, ihn der Verachtung auszusetzen. Er ist aber Schlimmeres, er ist ein politischer Verbrecher, die schwerste Gefahr für die Demokratie, für den Frieden der ganzen Welt. Der Mann, der die geheime Aufrüstung von 1918 an betrieb, der bewußt die nazistische Reaktion in den Sattel gehoben hat und dafür — gleich Noske — von Hitler mit der Weiterzahlung seiner Ministerpension belohnt wurde, gehört vor Gericht und hinter Schloß und Riegel, ebenso wie Göring oder Ribbentrop.«⁶² In der Aktionsausschußsitzung am 20. August forderten daraufhin die sozialdemokratischen Vertreter die Kommunisten auf zu erklären, »daß sie das Schandblatt gegen Carl Severing nicht veranlaßt hätten und seine Verbreitung bedauern«.⁶³ Meitmann will sogar gedroht haben, die Arbeit im Aktionsausschuß einzustellen, wenn die kommunistischen Vertreter keine entsprechende Erklärung abgeben würden.⁶⁴ Die Kommunisten genügten jedoch dem Verlangen und versicherten, »daß das Flugblatt gegen Severing ohne Wissen und Willen der Leitung angefertigt ist und [sie] die Verbreitung bedauert«.⁶⁵ Trotzdem glaubte die SPD in der ersten Nummer ihres Mitteilungsblattes vom 1. September, in der sie sich mit dem sachlichen Gehalt des Flugblattes auseinandersetzte, davor warnen zu müssen, die politischen Methoden vergangener Zeiten wieder aufleben zu lassen. Das Flugblatt sei »ein Beispiel dafür, welche Form der politische Kampf in Deutschland nicht wieder annehmen darf, wenn die Aufgabe der demokratischen Erziehung ernsthaft angepackt und durchgeführt werden soll.«⁶⁶

Die Mißhelligkeiten um das Severing-Flugblatt sind weniger Anlaß für eine Verschlechterung des Verhältnisses von SPD und KPD in Ham-

burg, als vielmehr Ausdruck latent vorhandener Spannungen, die nun zum erstenmal in einem inhaltlich wenig belangvollen Konflikt manifest werden. Daß sich dieser Konflikt an einem »historischen« Gegenstand entzündete, ist bezeichnend; er zeigt, in wie starkem Maß die Entwicklung nach 1945 von der Vergangenheit mitbestimmt wurde. Nur mangelnde Klarheit über den eigenen Standpunkt und allgemeine politische Unsicherheit erklären die große Empfindlichkeit, mit der auf beiden Seiten auf den Namen Severing, der hier nur stellvertretend für andere steht, reagiert wurde. Schlaglichtartig wurde zugleich die Frage aufgeworfen, welche Rolle ehemalige Politiker aus der Zeit der Weimarer Republik im wiederbeginnenden politischen Leben spielen konnten und sollten. Daß bei diesem komplexen Problem auch Sozialdemokraten, die Männern wie Severing durchaus kritisch gegenüberstanden, zu Solidarisierungen gedrängt wurden, ist nur ein Teilaspekt des ungelösten Spannungsverhältnisses von Kontinuität und Neubeginn.

War die Beziehung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im August schon merklich abgekühlt und die Vereinigung auf einen unbestimmten Zeitpunkt vertagt, für dessen Festlegung es keinerlei verbindliche Abmachung gab, so begann im selben Monat sich die lokale Isolierung Hamburgs aufzulockern, und erste auswärtige Einflüsse machten sich bemerkbar. Diese Einwirkungen auf die hamburgische Entwicklung kamen hauptsächlich aus zwei Richtungen: einmal aus Hannover, und zum andern aus London, wo sich der Exilvorstand der SPD aufhielt.

In Hannover saß der Mann, der nach und nach zur führenden Persönlichkeit, zum »zentralen Vertrauensmann«⁶⁷ der Sozialdemokratie in der britischen Zone und später in den drei Westzonen wurde und dessen Einfluß sich auch die Hamburger Parteiorganisation auf die Dauer nicht entziehen konnte. Kurt Schumacher, Jahrgang 1895, ehemaliger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und annähernd zehn Jahre in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, hatte sofort nach der Besetzung Hannovers begonnen, eine neue Parteiorganisation aufzubauen. Dieser hannoverschen Gruppe gelang es als erster, sich über einen lokalen Rahmen hinaus Gehör zu verschaffen, vor allem deshalb, weil sie sich früher als andere Gruppen um eine Analyse der Situation im Jahr 1945 bemühte und entsprechende programmatische Richtlinien verfaßte, die an andere Ortsgruppen verschickt wurden.⁶⁸

Neben vielen anderen Themenbereichen bildete die Frage nach der Einschätzung der KPD und dem Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in dieser Zeit den Schwerpunkt in Schumachers politischen Äußerungen.⁶⁹ Ohne an den Diskussionen über die Einheitsfrage

in den Exilgruppen teilgenommen zu haben und ohne bereits über konkrete Erfahrungen mit der Politik der KPD nach 1945 zu verfügen oder auch nur Kenntnis von der innerparteilichen Programmdiskussion der KPD in den vergangenen zwölf Jahren zu besitzen, ließ er von Anfang an nicht den geringsten Zweifel an seiner prinzipiell antikommunistischen Einstellung. Er glaubte nicht an eine wirkliche Änderung von Inhalten und Methoden kommunistischer Politik nach den Erfahrungen in der Weimarer Republik und erklärte deshalb, ohne die kommunistische Widerstandstätigkeit im mindesten zu würdigen, die Partei für überflüssig. So stellte er in dem Aufruf »Konsequenzen deutscher Politik« vom Sommer 1945 mit außerordentlicher Schärfe fest: »Die KPD ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen. Die Sozialdemokratische Partei richtet sich nach den politischen und sozialen Notwendigkeiten der deutschen arbeitenden Menschen. Sie kann und will nicht das autokratisch gehandhabte Instrument irgendeiner Siegermacht sein.«⁷⁰ Die KPD wurde von Schumacher nicht unter dem Aspekt eines sozialistischen Wiederaufbaus gesehen, sondern ausschließlich unter dem der nationalen Unabhängigkeit, die sie nach seiner Überzeugung durch ihre Bindungen an die Sowjetunion gefährden mußte. Hinzu kam der Verdacht, die KPD meine es mit der Zusammenarbeit nicht ehrlich, sondern versuche lediglich, »der Sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Führung aufzuzwingen«.⁷¹

Aus all diesen Gründen konnte es für Schumacher keine Gemeinsamkeiten mit den Kommunisten geben, und in diesem Sinne wirkte er mit großem Engagement auf seine Parteifreunde ein. Deshalb dürfte er die Grundzüge seiner Politik auch vertreten haben, als er sich am 11. und 12. August zum erstenmal nach Kriegsende in Hamburg aufhielt und vor führenden sozialdemokratischen Funktionären ein Referat hielt. Der Text dieses Vortrags ist zwar nicht erhalten, es besteht jedoch keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß er sich ganz ähnlich wie in der zitierten Rede geäußert hat — mit offenbar beträchtlicher Wirkung auf seine Hamburger Parteifreunde, denen eine Interpretation der politischen Lage geboten wurde, die sie bisher nicht gehört oder deren Möglichkeit sie unter dem Eindruck der Vergangenheit aus ihrem Bewußtsein verdrängt hatten.⁷² Eine weitere Besprechung zwischen Schumacher und dem Hamburger Parteivorstand am 10. September dürfte ebenfalls bei

vielen Funktionären die noch vorsichtigen Zweifel an der Richtigkeit des Versuchs, eine Einheitspartei schaffen zu wollen, verstärkt und zu einer Unterstützung der auf Distanz zu den Kommunisten bedachten Kräfte geführt haben. Ein radikaler Kurswechsel fand jedoch nicht statt. Trotz des unbestreitbar großen Eindrucks, den Schumachers Auftreten hervorrief, bewahrte die Hamburger Parteiorganisation noch einige Zeit eine gewisse Resistenz gegenüber seinen Ansichten.

Einige Tage nach dem ersten Besuch Schumachers traf mit Willi Eichler ein Vertreter der sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien in Hamburg ein.⁷³ Eichler berichtete über die Entstehung der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in England« sowie über Tätigkeit und programmatische Vorstellungen dieser Vereinigung. Zur Frage der Einheitspartei führte Eichler aus: »Wir sind aufgrund der Erfahrungen in allen Ländern dazu gekommen, dies [die sofortige Schaffung der Einheitspartei] noch nicht zu fordern, sondern erst einmal eine schlagkräftige sozialistische Partei auf die Beine zu bringen, um eine bessere Verhandlungsbasis zu haben. Es ist unwahrscheinlich, daß die KP in eine andere Partei übergehen kann, denn wir haben erlebt, daß die Kommunisten überall eine eigene Partei aufmachen . . . Ich würde aufgrund meiner Erfahrungen warnen vor irgendeiner Politik, die als antikommunistisch oder antirussisch angesehen werden kann, aber auch als das Gegenteil davon. Wir wollen überhaupt nicht immer die Frage stellen: Was werden die Kommunisten dazu sagen? Das ist ein falscher Drehpunkt.«⁷⁴

Wenn auch Schumacher in Hamburg einen nachhaltigen Eindruck hinterließ, so waren doch in den nächsten Monaten die gemäßigeren Ansichten Willi Eichlers in wesentlich stärkerem Maß für die Hamburger Entwicklung von Bedeutung. Der scharf antikommunistische Kurs Schumachers kam für viele Hamburger Sozialdemokraten zu überraschend und befand sich noch zu sehr im Widerspruch zu ihren Wünschen und Hoffnungen, als daß sie ihm ohne Schwierigkeiten und Bedenken zu folgen vermochten. Die Äußerungen Eichlers dagegen entsprachen in hohem Maß dem Bewußtseins- und Erfahrungsstand der führenden sozialdemokratischen Funktionäre im August 1945: ohne in einen Antikommunismus zu verfallen, nunmehr das Hauptaugenmerk auf den Aufbau der eigenen Organisation zu richten, um von einer gesicherten Basis aus mögliche Verhandlungen mit der KPD aufnehmen zu können. Da die sofortige Schaffung der Einheitspartei ohnehin nicht zu erreichen war, schien dieser Schritt nur konsequent zu sein. Allerdings ist ein gewisser Wandel in der Beurteilung der Frage einer eigenen Parteiorganisation festzustellen: Wurden die ersten Maßnahmen in dieser Richtung noch entgegen den ursprünglichen Absichten eingeleitet, so setzte sich

nun zunehmend die Ansicht durch, daß der Neuaufbau der SPD richtig und notwendig sei. Das Verhältnis zu den Kommunisten blieb noch eine Weile umstritten, die eigene Parteiorganisation war es seit den entscheidenden Augusttagen nicht mehr.

Den Ratschlägen Eichlers folgend, wurden seit Anfang September die Bemühungen um den Aufbau der Landesorganisation Hamburg der SPD wesentlich verstärkt. Zunächst wurde mit ausdrücklicher Billigung der Militärregierung ein provisorisches Zentralbüro im alten Parteihaus der SPD eingerichtet,⁷⁵ das sich sofort durch Rundschreiben lenkend in die organisatorische Aufbauarbeit einschaltete. Im Mitteilungsblatt wurden die »organisatorische[n] Aufgaben der Woche« bekanntgegeben und die Distriktgruppenführer, Organisationsleiter, Propagandaleiter und Kassierer aufgefordert, Termine für Bezirks- und Distriktsitzungen festzulegen, geeignete Referenten zu benennen, Tagungsorte ausfindig zu machen, alle in Frage kommenden Personen sofort in die Partei aufzunehmen, Funktionärs- sowie Mitgliederstand anzugeben und schließlich Möglichkeiten für öffentliche Werbung zu erkunden. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß sich der Aufbau der Partei nicht nur auf Wohnbezirksebene vollziehen dürfe, sondern vorrangig die Bildung von SPD-Betriebsgruppen vorangetrieben werden müsse.⁷⁶

In einem wenig später herausgegebenen Rundschreiben äußerte sich die Organisationsabteilung noch sehr unzufrieden über den Stand der Aufbauarbeit. »Wir weisen mit allem Nachdruck darauf hin, daß nur höchste Arbeitsintensität die Schlagkraft unserer Organisation in der Stunde ihres Hineintretens in die Öffentlichkeit sichert. Die Glieder unserer Organisation arbeiten aber noch nicht pünktlich und reibungslos genug. Z. B. wurden vor 14 Tagen die Kreise aufgefordert, Funktionärlisten aufzustellen und umgehend nach hier einzureichen. Bisher sind nur zwei Meldungen erfolgt. Die Zentrale kann aber nicht arbeiten, wenn nicht die erforderlichen Unterlagen von den Kreisen bzw. den Untergliederungen heraufgegeben werden.«⁷⁷ Dementsprechend wurde eine Reihe zusätzlicher Anweisungen gegeben, um die noch vorhandenen Mängel zu beseitigen.⁷⁸

Unter dem Eindruck der kommunistischen Taktik wie auch der Besuche Schumachers und vor allem Eichlers, dessen Referat durch ein Schreiben des Exilvorstandes in seiner Wirkung noch verstärkt wurde,⁷⁹ beschleunigte sich der Sinneswandel bei den entscheidenden Personen der Hamburger SPD. Er machte zwar eine Zusammenarbeit in Fragen der Tagespolitik auf der Basis zweier selbständiger Parteien entgegen der Einstellung Schumachers noch keineswegs unmöglich; jedoch wurde die – nach dem KPD-Konzept notwendig folgende – Vereinigung beider

Parteien nicht mehr als anzustrebendes Nahziel betrachtet. Zugleich wurde den sozialdemokratischen Funktionären in steigendem Maß bewußt, daß sie zwar einen gewissen Einfluß auf den Gang der Ereignisse nehmen konnten, daß aber die Blütezeit lokaler und regionaler Eigenentwicklungen zu Ende ging und überregionale Gremien in absehbarer Zeit die Initiative auch in der Vereinigungsfrage an sich reißen und letztlich die allgemein verbindlichen Entscheidungen treffen würden. Von nun an galt es, den Blickwinkel zu erweitern und außerhamburgische Tendenzen ins eigene Kalkül einzubeziehen. Bis zu einem gewissen Grad, der noch näher zu bestimmen sein wird, geschah dies bei den Hamburger Sozialdemokraten schon recht frühzeitig, so daß sie, vor die Frage Auflehnung oder Anpassung gegenüber der Politik Schumachers gestellt, zunächst eine begrenzte Anpassung wählten.

Gegenüber diesen qualitativen Änderungen in der Politik der SPD blieb die der KPD in den Sommer- und Herbstmonaten 1945 konstant. Die Einflüsse, die auf sie einwirkten, führten bis zum Jahresende nicht zu einer Wandlung der Politik der KPD, sondern bestärkten sie in ihrem Kurs.⁸⁰ Im September überreichten die Kommunisten den Sozialdemokraten den »Entwurf einer Diskussionsgrundlage zur Erzielung der ideologischen Klarheit in KP und SP«, in dem sie ausführlich ihre Auffassungen über diesen Problembereich darlegten. Darin formulierten sie acht Richtlinien, nach denen sich die Vereinigung vollziehen konnte und sollte.

1. Die Kommunisten erklärten, daß sie nicht für eine Einheitspartei »um jeden Preis« seien, »sondern für die einheitliche Partei, sowohl ideologisch, organisatorisch und in der Praxis zu dem Zweck, die Partei und das Volk zum Sozialismus zu führen«.⁸¹ Darum sei zunächst die Aktionseinheit erforderlich, die jedoch nur ein Teilziel darstelle. Auf diesem Weg seien das Aktionsprogramm und der gemeinsame Aktionsausschuß »verheißungsvolle Anfänge«.⁸²

2. Abgelehnt wurde von der KPD eine Einheitspartei, deren Entstehen damit begründet werde, »daß beide Arbeiterparteien in den bisherigen Kämpfen versagt hätten und daher eine völlig neue Partei geschaffen werden müsse, die die sozialistische Entwicklung in der Sowjetunion verwirft und der Sowjetunion Verrat am Sozialismus zum Vorwurf macht«. SPD und KPD hätten in der Vergangenheit zwar Fehler begangen, aber diese könnten nur durch die beiden Parteien selbst bereinigt werden. Eine Abwerbung von Mitgliedern komme deshalb für die KPD nicht in Frage.

3. Hauptsächlich drei Gründe sprächen gegen die sofortige organisatorische Vereinigung: »a) die fehlende ideologische Klärung bei den Mit-

gliedern beider Parteien, b) das Verbot der legalen Betätigung, der Versammlung, des Drucks von Material etc., c) die Einsicht, daß beide Parteien vor ihrer Verschmelzung noch genügend Zeit benötigen, ihre Selbständigkeit zum Nutzen der Einheit auszuwerten.«⁸³ Um die zwingende Notwendigkeit der ideologischen Klarheit vor der Vereinigung zu belegen, verwies die KPD auf den Vereinigungsparteitag der USPD 1920 in Halle, auf dem es zu scharfen ideologischen Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit eines Zusammengehens mit der KPD gekommen war.⁸⁴ Dies dürfe sich nicht wiederholen. Die besondere Bedeutung einer selbständigen SPD ergebe sich daraus, daß sie »in ihrer internationalen Verbundenheit enger zur englischen Labour Party« gehöre, was wichtig sei »besonders im Hinblick auf die Schaffung notwendiger Erleichterungen für die deutsche Arbeiterklasse durch die Besatzungsbehörde. Die Labour Party wird sich einer sozialdemokratischen Partei stärker verpflichtet fühlen als einer Einheitspartei, die noch nicht international verbunden ist.«⁸⁵

4. Die Einheitspartei könne keine regionale Angelegenheit sein, sondern gehe alle »deutschen Bezirke« an.

5. Vordringliche Aufgabe in der noch verbleibenden Zeit der Selbständigkeit sei es, »an die Sammlung und Aufklärung der Mittelschichten, der Intelligenz und anderer Kreise zu denken, welche in der KPD den Bolschewistenschreck sehen . . . Es bedarf einer Zeit der legalen Arbeit, bei der die Kommunisten ihre fortschrittliche Auffassung von den Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens kundtun können.«⁸⁶

6. Die Sozialdemokratie müsse noch eine Weile selbständig bleiben, da sie den Aufbau einer internationalen Arbeiterorganisation »schneller und geschlossener fördern« könne.⁸⁷

7. Bei der ideologischen Unterweisung der Mitglieder gelte es vor allem vier Punkte zu berücksichtigen. Sie müßten eintreten: »a) Für eine antifaschistische Demokratie, die in ihren Grundzügen die Vorbereitung auf dem Weg zum Sozialismus erkennen läßt . . . b) Für die Anerkennung der Sowjetunion als Bollwerk des Sozialismus und Machtfaktor der inter[nationalen] Arbeiterklasse. Die objektive Darstellung der Vorgänge in der Sowjetunion vor den Werktätigen in Deutschland schafft das Verständnis für das russische Brudervolk und die Freundschaft zu den Lehren seiner Staatslenker. c) Für eine klare Linie in der Ausrichtung auf die Mittelschichten und die werktätigen Bauern als Verbündete des Proletariats für alle Zukunft. d) Für die Ablehnung einer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Ausnutzung der Klassengegensätze zur Stärkung des Proletariats.«⁸⁸

8. Als innerparteiliche Organisationsgrundlage habe das Prinzip des demokratischen Zentralismus zu gelten, demzufolge sich die unteren Instanzen den oberen bzw. die Minderheit der Mehrheit unterzuordnen habe.

Diese ausführliche Stellungnahme der KPD, die ihre bis dahin allgemein formulierte Auffassung zur Frage der Einheitspartei eingehend begründete und theoretisch abzusichern versuchte, wurde am 1. Oktober im Auftrage des SPD-Vorstandes von Karl Meitmann beantwortet. Die Erwiderung macht deutlich, daß die SPD nicht an einer theoretisch-ideologischen Diskussion interessiert war. Sie war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bereit, sich auf dem Weg des eigenen Parteaufbaus irritieren und diese Priorität durch Gespräche mit der KPD, die andere als tagespolitische Themen behandelten, in Frage stellen zu lassen. Die SPD ging in ihrer Antwort deshalb auf die Thesen der KPD gar nicht ein, die am provozierendsten wirken mußten und zu denen sie am ehesten Gegenpositionen hätte beziehen können, nämlich das Verhältnis zur Sowjetunion und das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus, sondern beschäftigte sich ausschließlich mit den Punkten in der KPD-Vorlage, in denen die Notwendigkeit einer selbständigen SPD betont wurde. Weitere Schritte in Richtung Einheitspartei standen nicht mehr zur Diskussion.

Statt dessen zog sich die SPD zum erstenmal auf eine Position zurück, die sie noch eine ganze Weile beibehalten sollte und die darin bestand, die KPD auf ihre Weigerung hinzuweisen, der sofortigen Vereinigung zuzustimmen. Nachdem Meitmann die kontroversen Standpunkte noch einmal abgesteckt hatte,⁸⁹ hieß es in dem Antwortschreiben: »Der Wiederaufbau beider Parteien selbständig nebeneinander entspricht also Eurem eigenen Willen, der unsere Bedenken unbeachtet ließ, daß daraus viel leichter wieder ein Gegeneinander werden könne als in der von uns verlangten sofortigen organisatorischen Vereinigung in der neuen sozialistisch-demokratischen Einheitspartei. Sie wäre unseres Erachtens Beispiel und Grundlage für die Heranführung breiter Schichten des geistigen, nach Fortschritt strebenden Bürgertums an die Sammlung aller wahrhaft demokratischen Kräfte geworden, die nun auch außerhalb der Arbeiterschaft lebendig sind. Der so von Euch selbst gewollte Zustand selbständiger Organisation unserer Parteien schließt ein Eingreifen der einen Partei in die Angelegenheiten der anderen aus. In einer demokratischen Partei können allein die Beschlüsse ihrer eigenen Mitgliedschaft für die Organisation und die Politik der Partei maßgeblich sein.«⁹⁰ Die eigene SPD-Organisation war kein Zwischenziel mehr, sondern nahm deutlich die Konturen einer Endvorstellung an, an der sich nur unter

außergewöhnlichen Umständen und nach einem langen Prozeß noch etwas ändern lassen würde. Das anfängliche Bedauern der SPD, selbständig in Erscheinung treten zu müssen, war zunehmend der Erkenntnis gewichen, daß es sich auch in der eigenen Partei gut arbeiten ließ und man außerdem den unübersehbaren Problemen einer Einheitspartei aus dem Wege ging. Nur allzu gern war deshalb die SPD bereit, ihre eigene These zu bestätigen, daß eine Vertagung des Zusammenschlusses von SPD und KPD notwendigerweise ein Gegeneinander der beiden Parteien herbeiführen müsse. Zwar schlug sie in ihrem Schreiben vor, »nicht lange Schriftsätze miteinander zu wechseln, sondern wie bisher von Fall zu Fall die Zusammenarbeit an den aus unserer Zielsetzung sich ergebenden Aufgaben zu betätigen«,⁹¹ doch zeigte sich bald, daß auch die Neigung, mit der KPD in einer institutionell abgesicherten Form zusammenzuarbeiten, spürbar nachließ.

Wenige Tage nach dem Briefwechsel zwischen SPD und KPD und kurz nach der Konferenz von Wennigsen tagte der paritätisch besetzte Aktionsausschuß zum letzten Mal. Ein Ausschnitt aus dem Protokoll dieser Sitzung vom 13. Oktober mit der Debatte über die Frage von Listenverbindungen für zukünftige Wahlen⁹² offenbart die rhetorischen Rückzugsgefechte der SPD-Vertreter. Auf den Vorschlag von Dettmann, bei den kommenden Bürgerschaftswahlen den Einheitswillen durch das Aufstellen gemeinsamer Listen zu dokumentieren, antwortete der SPD-Vertreter Tessloff, daß man durch eine Listenverbindung »nur Verwirrung schaffen« würde, da es nun einmal zwei Parteien gebe. Er wurde unterstützt von Elsner, der erst einmal abwarten wollte, wie die Resonanz beider Parteien in der Bevölkerung sein würde, und deshalb nicht bereit war, sich zu diesem Zeitpunkt schon festzulegen, von Meitmann, der die Ansicht vertrat, daß die gemeinsame Aufstellung von Personen gar nichts sage, »sondern erst . . . die Politik proklamiert werden«⁹³ müsse, und schließlich von Borgner, der auf die Notwendigkeit hinwies, »den Weg der zwei Parteien zu Ende marschieren«⁹⁴ zu müssen. Zwar erklärte Meitmann am Schluß der Diskussion, daß die SPD-Vertreter das Aktionsprogramm weiterhin als Grundlage der gemeinsamen Arbeit betrachteten, und versicherte: »Unsere Zusammenarbeit soll nicht geringer werden. Wenn unsere Organisationsarbeiten abgelaufen sind, wird unsere Zusammenarbeit wieder besser werden«;⁹⁵ dennoch fand keine weitere Sitzung mehr statt. Es erschien den sozialdemokratischen Führern nicht länger opportun, mit der KPD offizielle Spitzengespräche zu führen.

Hinzu kam, daß der Ausschuß einen Großteil seiner tagespolitischen Funktionen verloren hatte, da diese Aufgaben von der neuen Hambur-

ger Verwaltung übernommen wurden — und in ihr hatten die Sozialdemokraten dank der geschickten Personalpolitik Adolph Schönfelders einen klaren Vorsprung an Einfluß im Verhältnis zur KPD. Schließlich wurden in diesen Tagen und Wochen erste, noch unsichere Anzeichen darüber registriert, welche der beiden Parteien bei offenem demokratischem Wettbewerb die stärkere sein würde. Ergebnisse von Betriebsrätewahlen ließen die SPD hoffen, die KPD eindeutig überflügeln zu können.⁹⁶ So trugen auch diese Aspekte dazu bei, daß bei der SPD der Gedanke der Einheitspartei an Attraktivität verlor.

Als der gemeinsame Aktionsausschuß von Sozialdemokraten und Kommunisten seine Arbeit einstellte, war die zweite und letzte reale Chance vertan, die Einheit der Arbeiterschaft in Hamburg zu erreichen. Hatten beim ersten Anlauf in der »Sozialistischen Freien Gewerkschaft« die Zurückhaltung der Militärregierung gegenüber dieser vermeintlich revolutionären Bewegung sowie ihre Spaltung durch die konspirative Fraktionsbildung der älteren Gewerkschaftsfunktionäre die Einheit verhindert, so traf nun die Verantwortung die Arbeiterparteien, in erster Linie die KPD, die die nicht wiederkehrende Gunst der Stunde nicht erkannte und das sozialdemokratische Angebot ausschlug, dessen Annahme ohne Zweifel zur Konstituierung einer Einheitspartei in Hamburg geführt hätte. Wie noch ausführlicher zu zeigen sein wird, erwies sich die Hamburger KPD insbesondere als unfähig, ihren Kurs, für den ebenfalls gute Argumente sprachen, zu ändern, als seine Gefahren überdeutlich wurden und jede Vereinigungschance zunichte zu machen drohten. Durch ihre Weigerung, den Zusammenschluß sofort zu vollziehen, verursachte die KPD genau die Verzögerung, die die vereinigungsfeindlichen Kräfte in Hannover und London benötigten, um ihre eigene Basis in Deutschland zu konsolidieren und ihre Fühler auch nach Hamburg auszustrecken. In dem günstigsten Zeitpunkt wurde die Vereinigung nicht von Schumacher und Eichler, die noch ohne Einfluß auf die Hamburger Ereignisse waren, verhindert; dies geht primär zu Lasten der kommunistischen Taktik, die im Sommer 1945 eine Entscheidung bewirkte, die sich als unwiderruflich erwies.

Allerdings bedurfte es von seiten Schumachers, Eichlers und anderer keiner Überredung, um die Hamburger Sozialdemokraten zu einem Kurswechsel zu bewegen, sondern lediglich der geschickten Ausnutzung bereits vorhandener Verärgerung und Enttäuschung. Durch die Querelen und taktischen Manöver, die schon im Juli einsetzten, wie auch durch die schwierigen Bedingungen der täglichen Politik war der am Anfang vorhandene idealistische Schwung gebrochen, für den alle Schwierigkeiten als überwindbar erschienen. Die engagierte Ungeduld vieler Funk-

tionäre verbrauchte sich allzu schnell in tagespolitischen Auseinandersetzungen, verwandelte sich vielfach in Mißtrauen, Skepsis und Resignation, und so wurde, vor allem auf seiten der SPD, »die Einsicht in die Unvereinbarkeit der Auffassungen wiederhergestellt«.97 Alte Vorurteile und Ressentiments, die für kurze Zeit begraben zu sein schienen, dominierten bald über »die Lehren der Vergangenheit«. Dadurch wurde frühzeitig deutlich, daß der Neuanfang 1945 eher ein Wiederbeginn als ein Neubeginn werden würde. Auch die Zielvorstellung von der Einheit der Arbeiterschaft konnte die politischen Diskussionen nicht mit wirklich konkreten Realisierungschancen über einen längeren Zeitraum bestimmen.

Die Einsicht, daß der Vereinigungswille bei der SPD emotional und damit labil war, läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob eine vereinigte Partei den vielfältigen Spaltungstendenzen gewachsen gewesen und nicht ohnehin bald an Fragen wie denen der innerparteilichen Demokratie oder der außenpolitischen Ausrichtung gescheitert wäre, zumal die KPD spätestens seit ihrem September-Papier keinerlei Zweifel über ihre Absichten aufkommen ließ. Damit verbunden ist die Frage, ob insbesondere die sozialdemokratischen Führer Hamburgs die politische Substanz und das Stehvermögen besessen hätten, den Vorstellungen Schumachers oder des Exilvorstandes zu trotzen. Hier sind berechtigte Zweifel möglich. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß eine faire und erfolgreiche Arbeit der Einheitspartei in Hamburg, die in Fragen der Parteistruktur und der politischen Zielsetzungen über das Aktionsprogramm hinaus zu Kompromissen fähig gewesen wäre, eine so starke Signalwirkung auf andere Bezirke ausgeübt hätte, daß — bei überregionaler Organisierung — Widerstand gegen Schumacher möglich gewesen wäre. Selbst wenn dieser Versuch gescheitert wäre, hätte die Verantwortung nicht mehr die Kommunisten, sondern die Sozialdemokraten getroffen, denen die Argumente für das Nachlassen ihres Einheitswillens von der KPD geliefert wurden. Trotz unbestreitbarer Risiken wäre nämlich die sofortige Gründung der Einheitspartei den Vorstellungen größter Teile der sozialdemokratischen wie auch der kommunistischen Arbeiterschaft zu diesem Zeitpunkt eher gerecht geworden als ein Kurs, der die Hamburger Sozialdemokraten schließlich an die Seite Schumachers führte. Das Versagen der kommunistischen Politik lag gerade darin, in einer wesentlich emotional bestimmten und daher psychologisch ungemein wichtigen Phase die relative Offenheit, aber auch eine gewisse Labilität, in der Begeisterung und Ernüchterung sehr nahe beieinander lagen, auf seiten der SPD nicht erkannt und entsprechend flexibel reagiert zu haben.

Bei aller Unsicherheit, ob die Chancen der Sommermonate 1945 dauerhaft hätten genutzt werden können, wurde durch die Haltung der KPD eine Situation herbeigeführt, in der nicht einmal eine Erprobung dieser Chancen möglich war. Von den Kommunisten mit ihren Einheitsvorstellungen allein gelassen, besaßen die Hamburger SPD-Führer in der damaligen, allgemein ungeklärten Situation nicht das Format und auch nicht den Willen, einen dritten Weg zwischen der KPD und Schumacher zu gehen. Allein erwiesen sie sich als zu schwach, um eine Restauration des negativen Verhältnisses von SPD und KPD, wie es in der Weimarer Republik bestanden hatte, zu verhindern. Trotz noch eine Weile anhaltenden Widerstandes⁹⁸ gegen eine antikommunistische Linie siegte bei der unausweichlich werdenden Entscheidung zwischen Schumacher und dem Warten auf eine Kursänderung der KPD der Sog zur traditionellen Parteiorganisation. Möglicherweise hätte schon die Festlegung auf einen nicht zu fernen Termin für die Gründung der Einheitspartei der Entwicklung einen anderen Verlauf geben können.

Für den rückblickenden Betrachter der lokalen Nachkriegsgeschichte zeigt sich die vertane Chance um so deutlicher, als die Suche nach konkreten Alternativen zu der tatsächlichen Entwicklung nach 1945 zuerst in den regionalen und lokalen Bereich verweist; denn wenn man den dort ansatzweise vorhandenen Tendenzen jede Realisierungschance im überregionalen Rahmen abspricht, wird man dem Verlauf der deutschen Nachkriegsgeschichte den Charakter der Zwangsläufigkeit nicht nehmen können. Indem die sich bietenden Möglichkeiten nicht konsequent genutzt wurden und nach anfänglichem Elan unsicher auf die Herausbildung irgendwelcher Zentralinstanzen gewartet wurde, offenbarte sich die Bereitschaft, wider bessere ursprüngliche Einsicht von »außerhalb« Anweisungen zu akzeptieren. Wie noch zu zeigen sein wird, galt dies sowohl für die SPD wie auch für die KPD.

Von sozialdemokratischer Seite ist versucht worden, die Vereinigungsbereitschaft vom Sommer 1945 im nachhinein in ein rein taktisches Verhalten umzudeuten. In einem Brief der Hamburger Landesorganisation an Kurt Schumacher, der unter einer veränderten politischen Konstellation ein Jahr später verfaßt wurde, heißt es: »Schon in einer der ersten Besprechungen war uns Sozialdemokraten klar, daß die kommunistische Parteileitung die organisatorische Einheit nicht wollte. Um so mehr konnten wir auf die sofort zu erfolgende Vereinigung drängen, um den Beweis in die Hand zu bekommen, daß es der kommunistischen Parteileitung gar nicht ernst mit ihren Versicherungen ist. Diesen Beweis mußten wir bei der psychologischen Situation unserer eigenen Mitgliedschaft für sie erwirken, um nicht unsererseits als die Störer des Einheits-

gedankens dazustehen . . . Diese Verhandlungen haben uns sehr genützt, das Vertrauen unserer Mitglieder in die Parteiführung und ihre Absicht, die ehrliche Sehnsucht unserer Anhänger nach Einheit zu fördern, ist unbestreitbar. Das mußten wir erlangen und haben es erlangt.«⁹⁹

Gegenüber dieser verfälschenden Interpretation *ex post* ist festzuhalten, daß es an der Ehrlichkeit des Einheitswillens der sozialdemokratischen Funktionäre im Aktionsausschuß im Sommer 1945 keinen Zweifel gibt. Mögen sich frühzeitig auch taktische Hintergedanken eingestellt haben, so belegen die unmittelbar aus der ersten Phase nach dem Zusammenbruch stammenden Dokumente die Aufrichtigkeit des ursprünglichen Eintretens für die eine Arbeiterpartei ebenso wie die ehrliche Enttäuschung über die kommunistische Haltung. Die provisorische Hamburger SPD-Führung wurde nicht gegen ihren Willen von weiten Kreisen der Mitgliedschaft gedrängt, mit der KPD zu verhandeln. Karl Meitmann soll vielmehr in dieser Zeit sogar erklärt haben, er und andere mit ihm würden lieber in die KPD eintreten als eine SPD aufzubauen, in der auch wieder gewisse SPD-Politiker aus der Vergangenheit Aufnahme fänden.¹⁰⁰ Beweist diese Äußerung auch eine durchaus charakteristische emotionale Einstellung zu den Problemen des Neuanfangs, so zeigt sie doch die zunächst fast uneingeschränkt positive Einschätzung der KPD auf seiten mancher SPD-Politiker, die auf dieser Basis eine Zusammenarbeit anstrebten.

Für die Hamburger Entwicklung in der Frage der Vereinigung von KPD und SPD wurde es letztlich entscheidend, daß sich auswärtige Einflüsse bemerkbar machten, bevor die Einheitsdiskussion ein rationales Stadium erreicht und sich bei der Lösung konkreter Probleme bewährt hatte. Allerdings hätten diese Einflüsse ohne negative gefühlsmäßige Prädispositionen bei den entscheidenden sozialdemokratischen Funktionären Hamburgs nach den ersten Erfahrungen mit der KPD sehr viel schwerer wirksam werden können. Die Hamburger SPD näherte sich in der Folgezeit dem Kurs Schumachers gegenüber der KPD, ohne ihn jedoch sofort in aller Schärfe mitzumachen. Sie lieferte durch diese gemäßigte Einstellung einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die Annahme, daß das Streben nach der Einheitspartei sich hätte durchsetzen können, wodurch ein deutliches Zeichen für eine grundsätzlich veränderte Parteienkonstellation und damit auch für einen tatsächlichen Neuanfang gegeben worden wäre.

V. Zur politischen Konzeption der KPD in Hamburg 1945/46

Nachdem im Laufe des Jahres 1934, insbesondere nach dem sogenannten Röhm-Putsch, die politische Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft unübersehbar geworden war, begannen sich vorsichtig und zunächst noch uneinheitlich und innerparteilich umstritten Veränderungen in der politischen Linie der KPD abzuzeichnen.¹ Die bisher gegenüber der Sozialdemokratie vertretene »Sozialfaschismus«-Theorie wurde nach und nach aufgegeben, wobei ihr rein taktisch-propagandistischer Charakter eingestanden wurde. In einem Memorandum Georgi Dimitroffs vom Juni 1934 hieß es: »1. Im Zusammenhang mit der veränderten Situation muß sich auch unsere Taktik der Einheitsfront ändern. Statt sie ausschließlich als Manöver zur Entlarvung der Sozialdemokratie anzuwenden, ohne ernsthafte Versuche, die wirkliche Einheit der Arbeiter im Kampf herbeizuführen, müssen wir sie in einen wirksamen Faktor der Entfaltung des Massenkampfes gegen die Offensive des Faschismus verwandeln. 2. Es muß Schluß gemacht werden mit der Orientierung, daß die Einheitsfront nur von unten geschaffen werden kann und daß jeder gleichzeitige Appell an die Führung der sozialdemokratischen Partei als Opportunismus betrachtet wird.«²

Diejenigen, die der SPD weiterhin »Sozialfaschismus« vorwarfen und insbesondere die Existenz jeder sozialdemokratischen Widerstandstätigkeit im Reich leugneten, vertraten nun eine »linkssektiererische Konzeption«,³ obwohl sie bis ins Jahr 1935 hinein sogar die Mehrheit in der Parteiführung stellten.⁴ Demgegenüber stand – der DDR-Historiographie zufolge – »die marxistisch-leninistische Politik«,⁵ die in erster Linie von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck verfochten wurde

und die darauf abzielte, die KPD aus der Isolierung herauszuführen und eine Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere mit der Sozialdemokratie, einzuleiten. Diese Gruppe propagierte im Gegensatz zu den »Sektierern« auch frühzeitig die Auffassung, daß es zahlreiche sozialdemokratische Widerstandsorganisationen gebe, wobei sie allerdings — wie im Abschnitt über den Hamburger Widerstand dargestellt worden ist — nicht immer von den realen Verhältnissen ausging; vielmehr erforderten die immanenten Sachzwänge ihrer Konzeption die Existenz solcher Gruppen, da sonst kein Gesprächs- und Verhandlungspartner vorhanden gewesen wäre, mit dem man hätte zusammenarbeiten können. Dadurch hätte sich die neue Linie von vornherein als unreal und den innerdeutschen Bedingungen nicht entsprechend erwiesen.

Nach schweren innerparteilichen Kämpfen setzte sich die neue Taktik schließlich durch, da sie, was die Mehrheit der Parteiführung offenbar nicht bemerkte, nicht nur in Übereinstimmung mit der Politik der Komintern und damit auch der Sowjetunion stand, sondern von dieser ausdrücklich gewünscht und gefördert wurde, um einer möglichen außenpolitischen Bedrohung vorzubeugen. Während sich die Mehrheit der KPD-Führung noch gegen die gewandelte Einstellung zur Sozialdemokratie sträubte, erklärte Komintern-Generalsekretär Dimitroff im November 1934: »Die Frage der proletarischen Einheitsfront wird zur zentralen Frage und erstrangigen Aufgabe der Arbeiterbewegung in allen Ländern.«⁶ Angesichts der Machtverhältnisse blieb die Entscheidung über den künftigen politischen Weg der KPD nicht lange zweifelhaft. Ausdruck des Sieges der ehemaligen Minderheit um Ulbricht und Pieck und zugleich Darlegung der neuen politischen Linie war die Resolution des Zentralkomitees der KPD vom 30. Januar 1935, in der der »Kampf um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront« als die wichtigste Aufgabe bezeichnet wurde, »denn nur die einheitlich handelnde Arbeiterklasse konnte zum Hegemon aller antifaschistischen Kräfte des Volkes werden.«⁷ Um aber das vorläufige Endziel, den Sturz der Hitlerdiktatur, zu erreichen, wurde eine Einheitsfront von SPD und KPD noch nicht als ausreichend angesehen, sondern darüber hinaus die Schaffung einer antifaschistischen »Volksfront« gefordert, der große Bevölkerungsteile angehören sollten, insbesondere aus den Kreisen der Bauern, des Kleinbürgertums und der »Intelligenz«.⁸

Dieses Entgegenkommen gegenüber Sozialdemokraten und Bürgerlichen rückte nachdrücklich die Frage in den Vordergrund, welchem Ziel eine solche Volksfront schließlich zusteuern sollte. Auch hier machte die KPD taktische Abstriche an tradierten Vorstellungen. Nicht

mehr die Diktatur des Proletariats war das primäre Ziel, das unmittelbar aus dem fortgeschrittenen Zustand der kapitalistischen Gesellschaft folgte, sondern zunächst galt es, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten zurückzuerobern und zu sichern. Ohne zu den Verhältnissen in der Weimarer Republik zurückkehren zu wollen, war es das Ziel, »jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften [zu] verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampf erobert hat.«⁹ Es wurde damit die Existenz von Zwischenetappen bejaht, die vornehmlich mit dem Etikett »antifaschistisch-demokratisch« belegt wurden und in denen es um konkrete sachliche Zusammenarbeit der Kommunisten mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ging, um die »notwendigen subjektiven Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution«¹⁰ zu schaffen, d. h. ehemalige Antikommunisten oder Nichtkommunisten vom konstruktiven Charakter der Politik der KPD zu überzeugen und langfristig als Verbündete zu gewinnen.

Dieser »Subjektivismus« bezog sich nicht nur auf Gruppen und Individuen in Deutschland, sondern auch auf die verschiedenen Parteien in der Komintern, die auf dem VII. Weltkongreß aufgefordert wurden, »die politische und soziale Befreiung des Volkes mit den spezifischen nationalen Traditionen zu verbinden und das Nationalbewußtsein ihrer Völker, die Sehnsucht nach nationaler Unabhängigkeit und Selbstbestimmung als ein wichtiges politisch-moralisches Element im Kampf gegen den Faschismus und für die Sicherung des Friedens zu betrachten und zu stärken.«¹¹ Einige weitere Probleme wie das der institutionellen Absicherung der Einheitsfront oder die Frage nach den Bedingungen einer möglichen revolutionären Situation nach Beseitigung der Hitlerdiktatur wurden vom VII. Weltkongreß der Komintern noch nicht definitiv gelöst, da es hierbei um längerfristige Entwicklungen ging, die in ihrem Endstadium noch nicht vorausgesehen werden konnten.

Die Beschlüsse der Kominternkonferenz boten der KPD-Führung Richtlinien, nach denen sie ihre Politik ausgestalten sollte. Dies geschah auf der sogenannten Brüsseler Konferenz, die im Oktober 1935 in der Nähe von Moskau tagte. Auf ihr wurden die Grundlagen für eine politische Konzeption geschaffen, die auch für die Nachkriegszeit noch von großer Bedeutung sein sollte. Zu den Fragen von Einheitsfront und Volksfront hieß es in der Konferenz-Resolution: »Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Er-

fahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorge-rufen.«¹² Obwohl in der Resolution über die Aufgaben der Einheits-front gesagt wurde, daß »der Ausgangspunkt und der Hauptinhalt der Einheitsfront der Arbeiter . . . der Kampf um die ständige Verteidigung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen, der Kampf um die ständige Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedin-gungen und gegen die faschistische Unterdrückung«¹³ seien, wurden keine Zweifel daran gelassen, daß dies nur Zwischenziele waren und eine später möglicherweise entstehende Massenpartei »ihre Aufgabe nur erfüllen [könne], wenn sie völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bour-geoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets anerkennt, wenn sie . . . auf der Grundlage des demokra-tischen Zentralismus aufgebaut wird.«¹⁴

Angesichts dieser unveränderten Zielsetzung wird man nicht undiffe-renziert von einer tatsächlichen Rechtswendung in der Programmatik der KPD sprechen können, sondern nur von einer taktischen Öffnung nach rechts im instrumental-methodischen Bereich. Auch die auf der Brüsseler Konferenz geübte Kritik am Kurs der KPD in den frühen dreißiger Jahren gewinnt ihren besonderen Stellenwert erst im Zu-sammenhang mit der Neuausrichtung der Methode bei konstantem Ziel. Auf der sogenannten Berner Konferenz der KPD, die Ende Januar/Anfang Februar 1939 bei Paris stattfand, wurde erneut die Frage der Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Gruppen behandelt und unter dem Leitbegriff »Neue demokratische Republik« festgestellt: »In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Ar-beiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen.«¹⁵ Ein solches Zusammengehen mit bürgerlichen Kreisen sollte jedoch für die Arbeiterschaft keinerlei Verzicht auf weiterreichende Vorstellungen wie den Sozialismus be-deuten. Auch das Problem der Einheitspartei, die durch eine umfassende Organisierung der Massen die Grundlagen für den Sozialismus schaffen sollte, wurde erneut diskutiert. Die Voraussetzungen wurden — wie Sywottek im einzelnen nachweist¹⁶ — so formuliert, »daß die KPD erstmals in der Geschichte ihrer Einheits- und Volksfrontbemühungen offensichtlich auf sozialdemokratische Vorleistungen an die marxistisch-

leninistische Parteiauffassung verzichtete, wenn es um Fragen der einheitlichen Arbeiterpartei ging.«¹⁷

Aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen mit der Sozialdemokratie in der Illegalität und im Exil wie auch als Folge von Schwankungen in der sowjetischen Außenpolitik wurde die kooperative Taktik gelegentlich modifiziert und differenziert; in ihren wesentlichen Grundzügen blieb sie jedoch bis nach 1945 unverändert. In erster Linie waren es die »Durchführungsbestimmungen«, die konkretisiert, aber auch teilweise abgewandelt wurden.

Ausgangspunkt für die kommunistische Politik nach dem Zusammenbruch war der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945. Er sollte die Grundlage bilden für die »Schaffung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien«,¹⁸ wobei neben KPD und SPD zunächst an die Zentrumspartei gedacht war. Entsprechend dieser Zielsetzung verzichtete die KPD von vornherein darauf, nur Forderungen zu stellen, die den Interessen ihrer traditionellen Anhängerschaft entsprachen, und war zu liberalen Konzessionen bereit, am deutlichsten in dem Verlangen: »Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.«¹⁹ Sozialistische Ziele im Sinne eines zukunftsweisenden ökonomischen Prinzips wurden nicht verkündet, sondern nur im Zusammenhang mit der Forderung nach Vergeltung an den Verantwortlichen des Hitlerregimes und Wiedergutmachung an den Opfern in Umrissen erkennbar. So hieß es etwa: »Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher«²⁰ oder: »Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.«²¹ Aber auch in diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich betont, »daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.«²² Um schließlich die letzten möglichen Befürchtungen der potentiellen bürgerlichen Blockparteien auszuräumen und zugleich eine gewisse Distanz zur sowjetischen Besatzungsmacht zu verdeutlichen, wurde erklärt, »daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.«²³

Innerhalb des antifaschistisch-demokratischen Parteienblocks sollte der Zusammenarbeit von SPD und KPD besondere Bedeutung zukommen. Um die formale Gleichstellung aller Parteien zu sichern und

den Eindruck einigermaßen ausgeglichener Kräfteverhältnisse zu erwecken,²⁴ bestand die KPD auf einer selbständigen Neugründung der SPD entgegen deren ursprüngliche Absichten.²⁵ Allerdings wies die Vereinbarung zur »Bildung eines gemeinsamen zentralen Arbeitsausschusses«²⁶ von SPD und KPD, die am 19. Juni vor der Konstituierung des Parteienblocks in der sowjetischen Besatzungszone getroffen wurde, auf das Sonderverhältnis der beiden Parteien hin. Auch wenn es in der Übereinkunft von KPD und SPD nicht ausdrücklich festgestellt wurde, so war die Einheitspartei für beide Seiten doch das grundsätzliche Ziel, das lediglich in seiner zeitlichen Perspektive noch unbestimmt blieb. »Wir sind für die Einheitspartei des deutschen Proletariats«, stellte der KPD-Funktionär Hermann Matern am 1. Juli fest, »aber Einheitspartei heißt völlige Übereinstimmung in allen prinzipiellen Fragen.«²⁷

Damit hatte die KPD in Berlin und im sowjetischen Besatzungsgebiet früher als anderswo Schritte zur Verwirklichung einer politischen Konzeption eingeleitet, deren Verbindlichkeit und Anwendbarkeit für die übrigen Zonen sich erst erweisen mußte.

Bevor der spätere Vorsitzende der Bezirksleitung Wasserkante Friedrich Dettmann im Laufe des Monats Juni nach Hamburg kam, hielt er sich nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Waldheim einige Tage in Berlin auf. Dort traf er mit Walter Ulbricht zusammen, den er schon längere Zeit kannte. Im Verlauf einer mehrstündigen Unterhaltung soll ihm Ulbricht gesagt haben: »Wenn Du nach Hamburg kommst, so wirst Du dort eine Bezirksleitung und Führung der nie zu zerschlagenden Kommunistischen Partei finden. Ihr werdet in Hamburg eine andere Situation haben als wir im russisch besetzten Gebiet. Ihr seid in Hamburg in der Politik und den Entschlüssen der Partei vollkommen frei.«²⁸ Als Dettmann diese Bemerkung Ulbrichts Anfang Dezember 1945 in einer Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Wasserkante wiedergab, versuchte er den Eindruck zu erwecken, daß die KPD in den Westzonen volle Entscheidungsfreiheit besitze und nicht von Weisungen des Berliner Zentralkomitees abhängig sei. Damit hatte der »besondere deutsche Weg zum Sozialismus«, der im Aufruf vom 11. Juni zum Ausdruck kam und später eingehend theoretisch begründet wurde,²⁹ eine zusätzliche zonale Variante erhalten, die eine den spezifischen Bedingungen in den einzelnen Zonen entsprechende Politik gewährleistet, möglicherweise aber auch die Tendenzen zur Auseinanderentwicklung der Besatzungsgebiete gefördert hätte.

Entgegen dieser Betonung der Unabhängigkeit zeigte sich jedoch von Anfang an eine bemerkenswerte Ähnlichkeit der kommunistischen Gedankengänge und Politik in Hamburg mit dem Vorgehen der KPD in

der sowjetischen Besatzungszone — mit einer zeitlich begrenzten, aber charakteristischen Einschränkung. Von den führenden kommunistischen Widerstandskämpfern, die noch im Krieg in Hamburg aktiv gewesen und am ehesten über den Kurs der KPD seit der Brüsseler und Berner Konferenz zumindest in Umrissen informiert waren, hatte keiner das Dritte Reich überlebt. Es gab daher in Hamburg niemanden, der von sich aus in der ersten Phase nach dem Zusammenbruch die kommunistische Politik entsprechend den Brüsseler und Berner Beschlüssen hätte ausrichten können. Infolgedessen muß angenommen werden, daß die interzonale Ähnlichkeit der kommunistischen Taktik durch Anweisungen des Berliner Zentralkomitees herbeigeführt wurde.

Diese Beeinflussung der Entwicklung in Hamburg setzte aber erst im Juni ein. Es spricht einiges dafür, daß Dettmann der erste war, der — mit einigen Grundprinzipien der neuen kommunistischen Politik vertraut gemacht — die Verbindung zwischen Berlin und Hamburg herstellen sollte, wo er in Kreisen der KPD durch seine langjährige Tätigkeit in der Zeit der Weimarer Republik bekannt war. Bevor so die Hamburger KPD-Funktionäre von den Richtlinien des Zentralkomitees erfuhren und die kommunistische Politik erkennbar Richtung und Ziel bekam, verhielten sie sich spontan so, wie es Kommunisten auch in anderen Regionen taten: Sie arbeiteten, ohne Bedingungen zu stellen, in einer der rasch entstehenden antifaschistischen Einheitsorganisationen mit, die sich in Hamburg in Form der »Sozialistischen Freien Gewerkschaft« bildete. Die uneingeschränkte Mitarbeit in dieser Organisation beweist, daß es für die Hamburger Kommunisten keine Zweifel gab, daß die einheitliche Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte das wichtigste Erfordernis in jenen Tagen und Wochen war. Ähnlich wie die SPD gingen sie zwar daran, ihre früheren Parteimitglieder wieder zu sammeln, dachten aber noch nicht an einen eigenen unabhängigen Parteiapparat.

Daß die Hamburger Kommunisten die Mitarbeit in der SFG bis über die Mitte des Monats Juni hinaus fortsetzten, ist ein wichtiges Indiz dafür, daß sie noch in relativer Unabhängigkeit handelten; denn die Berliner Spitzenfunktionäre der KPD, die Ende April als »Gruppe Ulbricht« in die Reichshauptstadt gekommen waren, hatten sich bereits Mitte Mai scharf gegen jede Form von Antifausschüssen und antinazistischen Einheitskomitees gewandt.³⁰ Eine Bindung der Hamburger Kommunisten an Weisungen aus Berlin schon im Mai hätte mit Sicherheit Auswirkungen auf ihre Tätigkeit in der SFG gehabt, die den Antifausschüssen in anderen Orten durchaus vergleichbar war,³¹ zumal die Bedingungen in der sowjetischen und der britischen Zone inso-

fern ähnlich waren, als die aktiven Antifaschisten noch keine definitiven Informationen besaßen, ob und wann politische Parteien gegründet werden könnten. Schließlich ist bemerkenswert, daß sich die Hamburger Kommunisten in der SFG an einer Organisation beteiligten, die nicht nur das Wort »sozialistisch« im Titel führte, sondern in ihrem ersten Programm die »Verstaatlichung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen, insbesondere Bergbau, Hüttenbetriebe, Konzerne der Metallverarbeitung und Chemie, Transport, öffentliche Dienste, Banken und Versicherungen« sowie die »Überführung des Großgrundbesitzes und Baulandes in öffentliches Eigentum« forderte,³² während das Zentralkomitee der KPD mit Rücksicht auf die geplante Zusammenarbeit mit bürgerlichen Antifaschisten sozialistische Ziele wenn überhaupt, dann höchstens am Rande erwähnte.

Gegenüber dieser spontan-sozialistischen und spontan-einigungsbereiten Einstellung der KPD-Funktionäre im Mai und auch noch im Juni 1945, die den noch unbeeinflussten Bewußtseinsstand der kommunistischen — wie der sozialdemokratischen — Anhängerschaft widerspiegelte, trat in der zweiten Junihälfte eine deutliche Änderung ein, die Verwirrung und Enttäuschung in die Reihen der Hamburger Arbeiterschaft trug. Der Wandel zeigte sich einmal in der Weigerung der Kommunisten, der sofortigen Vereinigung von SPD und KPD zuzustimmen, und zum anderen in der Darlegung programmatischer Absichten, wie sie diejenigen, die die internen Diskussionen in der KPD in den vorausgegangenen zehn Jahren nicht hatten verfolgen können — und das galt in Hamburg für alle politisch Aktiven —, aus KPD-Kreisen noch nicht gehört hatten.

In dem ersten Dokument, das die Hamburger Sozialdemokraten von den Kommunisten unterbreitet bekamen, wurden nicht nur die bereits analysierten Vorstellungen über den Weg zur Einheitspartei dargelegt, sondern auch Gedanken über den Wiederaufbau von Wirtschaft und Handel geäußert. Die Kommunisten schlugen unter anderem vor: »In der Wirtschaft und im Handel sind Vorkehrungen zu treffen, die geeignet erscheinen, den Prinzipien des »ehrbaren Kaufmannes« und der »freien Bahn dem Tüchtigen« wieder die Wege zu ebnen.«³³ Wie in diesem Fall der entsprechende Abschnitt im KPD-Aufruf vom 11. Juni etwas auf hanseatische Verhältnisse zugeschnitten wurde, so stimmte auch der allgemeine Grundcharakter des Aktionsprogramm-Entwurfs mit dem Aufruf des Berliner Zentralkomitees überein. Der Begriff »Sozialismus« kam hier wie dort nicht vor. Stattdessen wurden wie in Berlin allgemeine antifaschistische Forderungen wie die »Liquidierung jeglichen Nazieinflusses und jeglicher Nazi-Ideologie in der Verwal-

tung«³⁴ aufgestellt und mit konkreten tagespolitischen Zielen verbunden, die auch andere als die Arbeiterparteien ohne weiteres übernehmen konnten.

Der Gedanke eines Parteienblocks war noch nicht sehr scharf gefaßt, vermutlich deshalb, weil über die Aktivitäten der bürgerlichen Parteien keine ausreichenden Informationen vorlagen. Nichtsdestoweniger ist er in Umrissen erkennbar, wenn es heißt: »Ohne Zweifel ist der Hauptträger der neuen deutschen Zukunft die Arbeiterklasse, die auf ihren Schultern die antifaschistische Demokratie tragen wird.«³⁵ Bei der zukünftigen Besetzung von Senatsämtern sollten — so wird ausdrücklich versichert — »alle antifaschistischen Richtungen berücksichtigt werden.«³⁶ Um überhaupt die Voraussetzungen für einen Parteienblock zu schaffen, wurden die eigenen Mitglieder zur loyalen Zusammenarbeit mit den Militärbehörden aufgefordert, »die besser gewährleistet wird durch Erklärung der Legalität der antifaschistischen Parteien seitens der Militärregierung.«³⁷ Es wurde damit insbesondere auf die Neuzulassung von Parteien gedrungen, da nur auf dieser Grundlage der antifaschistische Parteienblock entstehen konnte.

Ihre Entschlossenheit, die Entwicklung in anderen Regionen im Auge zu behalten und einer lokalen Sonderentwicklung entgegenzuwirken, bekundete die Hamburger KPD am Schluß des Entwurfs für ein Aktionsprogramm: »In der Überzeugung, daß Hamburgs Werkstätige auf diesem Boden sich zur gemeinsamen Aktion zusammenfinden werden und damit Gleichschritt halten mit dem übrigen Deutschland, liegt der Beginn eines demokratischen Aufbruchs der ganzen Nation.«³⁸ Allerdings scheint zu dieser Zeit eine gewisse Unsicherheit über das weitere Vorgehen bestanden zu haben; denn in der endgültigen Fassung des Aktionsprogramms — bei der auch der sozialdemokratische Einfluß zu berücksichtigen ist — war von Vertretern »der ehemaligen Kommunistischen Partei« und von einer Vereinigung in kürzester Frist die Rede. Binnen kurzem wurden aber auch diese letzten Ungewißheiten beseitigt, und die Politik der KPD in Hamburg befand sich in weitgehender Übereinstimmung mit der Berliner Linie.

In dem ersten Aufruf der Hamburger KPD, der kurz nach den Ankündigungen Montgomerys über die Parteienzulassung verfaßt worden sein dürfte,³⁹ tritt der Gedanke der Einheitspartei vollends hinter dem Ziel der Schaffung eines Parteienblocks zurück. Während zur Frage der Einheitspartei nur ganz am Rande mit besonderer Betonung der Aktionseinheit Stellung genommen wurde, hieß es am Ende des Aufrufs unter der Überschrift »Für die Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte!«: »Die Schaffung eines festen Blocks aller anti-

faschistisch-demokratischen Parteien, wie wir sie in vielen Teilen Deutschlands so vorbildlich verwirklicht sehen, ist der ernste Wille auch der KPD-Wasserkante. Der Aufbau unseres Landes kann sich nur vollziehen in der engsten Zusammenarbeit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf der Basis ihres gemeinsamen Kampfwillens gegen alle Überreste des Nazismus und für die demokratische Erneuerung unseres Vaterlandes. Das Aktionsprogramm der KPD und des Zentralausschusses der SPD, sowie ihre Vereinbarungen zur Zusammenarbeit geben uns ein leuchtendes Beispiel . . . Laßt uns eine feste, antifaschistisch ausgerichtete demokratische Aufbaufront schaffen.«⁴⁰ In einem Brief an die SPD wurde der Parteienblock zudem unter dem Aspekt der Einheit Deutschlands gesehen: »Es gilt heute bereits die Voraussetzung für ein einheitliches Deutschland dadurch zu schaffen, daß die beiden sozialistischen [!] Parteien sich heute schon bereit erklären, mit allen antifaschistischen Parteien und Organisationen zusammenzuarbeiten in den Fragen der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaues unseres deutschen Vaterlandes.«⁴¹

Damit hatte die Politik der KPD auch in Hamburg in den Monaten Juli bis September feste Konturen gewonnen: Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks sowie besondere Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten, die nach einer Phase ideologischer Klärung an einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt zur Einheitspartei führen sollte. Der selbständigen SPD sollte in diesem Block eine Art Brückenfunktion zwischen KPD und Bürgerlichen zukommen.⁴²

Diese organisatorischen Vorstellungen der KPD hatten auch Rückwirkungen auf die inhaltlichen Aspekte ihrer Politik. Generelles Ziel der eingeleiteten Entwicklung sollte es sein, »für die Durchsetzung der verloren gegangenen demokratischen Forderungen der 1848 Revolution«⁴³ zu kämpfen. Nach Ansicht der Kommunisten bedeutete dies: »Weg von der Weimarer Demokratie, die die Geburtsstätte des Faschismus war. Eine Beibehaltung weimarer demokratischer Verhältnisse bedeutet bei der tiefen Verseuchung durch den Nationalsozialismus, insbesondere bei unserer deutschen Jugend, nach unserer Auffassung die Schaffung eines neuen Nährbodens der Entstehung nationalsozialistischer faschistischer Gefahr.«⁴⁴ Sie griff damit auf Formulierungen zurück, die sich auch im Aufruf vom 11. Juni finden und die mit ganz bestimmten ideologischen Inhalten gefüllt waren. Dies galt insbesondere für den Hinweis auf die Revolution von 1848, der nichts anderes bedeutete als »ein schrittweises Heranführen der Bevölkerung an den Sozialismus durch die kommunistische Partei, die für diesen Zweck eine Führungsposition in der Exekutive beanspruchte, an der zwar andere

politische Gruppierungen beteiligt sein sollten, der jedoch keine prinzipielle Opposition gegenüberreten sollte.«⁴⁵ Dementsprechend war die KPD-Führung bemüht, keinerlei oppositionelle Gesinnungen aufkommen zu lassen, sondern a priori jeden Zweifel an der gouvernemental-konstruktiven Haltung der Partei auszuschließen. »Ein wesentlicher Inhalt unserer Politik ist die absolute Verhinderung einer Isolierung, und zwar nicht nur bezüglich der Parteien, besonders der S.P., sondern auch der Verwaltung.«⁴⁶ Vermeidung von Konfrontationen und loyale Zusammenarbeit mit allen anderen Kräften, einschließlich der Militärregierung, war die Parole in dieser antifaschistisch-demokratischen Übergangsphase. »Wir sind Volkspartei und müssen in Hamburg und im Bezirk Regierungspartei werden«,⁴⁷ lautete die Devise der KPD.

Da die Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront mit sehr unterschiedlichen Faktoren zu rechnen hatte, galt es, die Komponenten des Konzepts unterschiedlich zu gewichten. Diese Faktoren waren einmal die potentiellen bürgerlichen Blockpartner, dann die Sozialdemokratische Partei, zu der ein Sonderverhältnis angestrebt wurde, und schließlich die eigene Parteioorganisation, die ebenfalls erst mit dem neuen Programm vertraut gemacht werden mußte.

In einem Briefwechsel mit dem bürgerlichen »Hamburger Club von 1945« nahm die KPD am 1. Oktober zu einigen grundsätzlichen Problemen ihrer Politik Stellung. In der Frage des Bekenntnisses zur Demokratie setzte sie sich »für die Errichtung eines demokratischen Staates neuen Typs«⁴⁸ ein, der sich vom Typ der angelsächsischen Demokratie, zu dem die Hamburger Kommunisten auch die Weimarer Republik rechneten, unterscheiden sollte. Diese neue Demokratie bezeichneten sie »als wirkliche deutsche Demokratie«,⁴⁹ wobei sie einen erneuten Hinweis auf 1848 nicht fehlen ließen, ohne ihn jedoch näher zu erläutern. Als Endziel nannten sie die »Erringung der sozialistischen Demokratie in Deutschland«, die deutlich von der »Diktatur des Proletariats« als einer Übergangserscheinung abgesetzt wurde.

Hinsichtlich der zukünftigen Wirtschaftsverfassung bekannte sich die KPD zur Sozialisierung von Grund und Boden, Bodenschätzen und Produktionsmitteln als Fernziel, das jedoch in keiner Weise bereits auf der Tagesordnung stehe. Vielmehr sei »nach der bedingungslosen Kapitulation und durch die politischen und ökonomischen Verhältnisse . . . für Deutschland eine Lage entstanden, die die Partei vor die Aufgabe stellt, entsprechend der gegebenen Bedingungen das für den Aufbau eines neuen Deutschlands und für die Sammlung aller Kräfte Mögliche zu sichern. Die Entfaltung freien Handels ist notwendig, um die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen. Für die Zusammenfassung aller

aufbauwilligen Kräfte ist die freie Initiative zu fördern.«⁵⁰ Die KPD präsentierte sich damit als eine Partei, der es in erster Linie um die tagespolitischen Aufgaben ging und die allenfalls mittelfristige Perspektiven entwickelte, die zwar etwas unbestimmte sozialistische Idealvorstellungen keineswegs verschwie, deren Verwirklichung aber unter den Bedingungen des Jahres 1945 nicht einmal einleiten zu können glaubte. Dementsprechend sprach sie auch von dem »kommenden demokratischen, aber immer noch kapitalistischen Deutschland.«⁵¹ Um dem Vorwurf vorzubeugen, sich nur aus taktischen Gründen konzessionsbereit zu zeigen, und die ohnehin nur angedeuteten letzten Ziele in noch weitere Ferne rücken zu lassen, versicherte die KPD, daß »das Bekenntnis der kommunistischen Partei zur Demokratie neuen Typs, zum Privateigentum und zum ›Freien Markt‹ . . . keine taktische Maßnahme und kein lagebedingtes Gebot der jetzigen Stunde [ist], sondern sie ist das unter den gegebenen realen Verhältnissen wirkliche große strategische Ziel der KP.«⁵²

Bei der Beantwortung der Gretchenfrage nach dem Verhältnis zur Sowjetunion unterschied die KPD zwei Phasen in der bisherigen Geschichte der kommunistischen Parteien: Im ersten Abschnitt sei die kommunistische Partei Rußlands aufgrund ihrer revolutionären Erfahrungen und Erfolge »zum Lehrmeister aller kommunistischen Parteien aufgestiegen«;⁵³ diese Periode habe bis zur Auflösung der Komintern 1943 gedauert, durch die zugleich die zweite Phase eingeleitet worden sei. »Nach Auflösung der Kommunistischen Internationale bestimmt jede kommunistische Partei die durchzuführende Politik durchaus selbständig nach den Grundsätzen und Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus. Es bestehen keine Bindungen der Kommunist. Partei Deutschlands an die Kommunist. Partei Rußlands oder irgendeine Abhängigkeit vom russischen Staat. Derartige Auffassungen sind wirklich irrig.«⁵⁴ Dieser Verneinung aller Bindungen an die Sowjetunion entsprach das entschiedene Eintreten für die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates und die Ablehnung aller separatistischen Bestrebungen. Nach außen hin nahm das KPD-Programm damit neben den liberalen Elementen auch betont nationale Forderungen auf.

Das Ziel dieser Konzessionen nach »rechts« war offensichtlich, der bürgerlichen Mentalität entgegenzukommen und die potentiellen nichtsozialdemokratischen Blockpartner nicht durch konzeptionelle Starrheit und sozialistische Maximalforderungen zu verprellen. Obwohl es trotz Verhandlungen⁵⁵ nicht gelang, den Parteienblock zustande zu bringen, gestaltete sich das Verhältnis zu den neuentstehenden bürgerlichen Parteien – Christlich-Demokratische Union und Partei Freier Demokra-

ten — aufgrund der verbindlichen Haltung der KPD nicht ungünstig. Die Atmosphäre prinzipieller Feindseligkeit, die in der Weimarer Republik zwischen diesen Gruppen geherrscht hatte, gab es nicht; sie entwickelte sich erst wieder im Gefolge der zunehmenden Entzweiung von SPD und KPD in Hamburg.

Daraus ergibt sich die These, daß dem Verhältnis zur SPD im Rahmen des kommunistischen Plans nicht nur eine besondere, sondern die entscheidende Bedeutung zukommen mußte. Von der positiven oder negativen Entwicklung der Beziehungen zwischen SPD und KPD hing letztlich das Gelingen des Konzepts der antifaschistisch-demokratischen Ordnung überhaupt ab, zumal die SPD als zukünftiger Bestandteil der Einheitspartei und aufgrund ihrer Brückenfunktion zum bürgerlichen Lager eine doppelte Aufgabe zu erfüllen hatte. Diese Doppelfunktion gestaltete das Verhältnis der KPD zur SPD zwiespältig, indem sie an die potentiellen Mitglieder der sozialistischen Einheitspartei Forderungen richtete, die sie gegenüber den möglichen bürgerlichen Partnern im Parteienblock unterdrückte. Während die KPD nach außen hin die liberalen Elemente ihrer Politik betonte und den Sozialismus in nebelhafte Ferne rückte, nannte sie gegenüber der SPD als Termin für den Übergang zur sozialistischen Demokratie einen Zeitpunkt »nach der Befreiung von der Besetzung und der Aufsicht durch die alliierte Militärregierung.«¹⁶ Während sie nach außen hin ein zwar freundschaftliches, aber in keiner Weise anderes Verhältnis zur Sowjetunion anzustreben schien als zu den übrigen Besatzungsmächten, verlangte sie von der SPD das ausdrückliche positive Bekenntnis zur Sowjetunion als *conditio sine qua non* für eine erfolgsversprechende Zusammenarbeit.

»Unsere Mitglieder« — so heißt es in einem Schreiben an die SPD — »erblicken in der Sowjetunion die staatlich organisierte Vorhut des sozialistischen Sektors, gegenüber dem Kapitalismus in allen seinen Erscheinungsformen. Gerade in dieser Anerkennung der Sowjetunion erblicken wir Kommunisten die Gewähr für eine richtige politische Auffassung der kommenden einheitlichen Arbeiterpartei, die, wenn sie diese Bejahung der Sowjetunion ausspricht, befähigt sein wird, nicht nur die deutsche Arbeiterklasse, sondern das ganze deutsche Volk unter den schwierigsten Bedingungen der Jetztzeit den Weg zu zeigen und zu führen, der zu der besseren Zukunft Deutschlands erforderlich ist.«¹⁷ In der bereits erwähnten »Diskussionsgrundlage zur Erzielung der ideologischen Klarheit in KP und SP« hatte es ähnlich geheißen: »Für die Anerkennung der Sowjet-Union als Bollwerk des Sozialismus und Machtfaktor der internationalen Arbeiterklasse!«¹⁸

Die KPD ließ damit zugleich erkennen, daß sie im Gegensatz zur

Freundschaft mit der Sowjetunion, die auf gemeinsamen politischen Überzeugungen beruhte, das gute Einvernehmen mit der britischen Besatzungsmacht lediglich mit Rücksicht auf die Machtverhältnisse aus taktischen Gründen anstrebte, um nicht durch unnötige Konfrontation mit einem Stärkeren zusätzliche Schwierigkeiten für das kommunistische Konzept heraufzubeschwören. Auch bei der Herstellung eines guten Verhältnisses zur Besatzungsmacht fiel der SPD die Hauptaufgabe zu – zumal nach dem Wahlsieg der Labour-Party im Juli 1945, die die Kommunisten als der SPD wesensverwandt ansahen.

Die KPD mußte im Grunde arbeitsteilig vorgehen: Sie entwarf zwar die antifaschistisch-demokratische Konzeption, überließ aber der SPD den größten und substantiellen Teil der Durchführung, da sie sich selbst nach wie vor in einer Randposition wähnte und ihres Ansehens bei den bürgerlichen Parteien und der Besatzungsmacht keineswegs sicher war, zumindest an einen Rückstand gegenüber der SPD glaubte. Es kam mithin alles darauf an, die SPD für das kommunistische Konzept zu gewinnen. Wenn die SPD ihre eigenen Wege ginge, würden die bürgerlichen Parteien ihr folgen, da es eine Brücke von der KPD zur CDU und FDP über eine feindlich gesonnene SPD hinweg nicht geben konnte. Indem die KPD seit Ende Juni versuchte, ihre Konzeption ohne Rücksicht auf die Vorstellungen und Dispositionen des entscheidenden Partners durchzusetzen, entzog sie ihren Absichten die wichtigste Basis. Sie erwies sich als nicht flexibel genug, um durch Veränderungen an ihrer Taktik den Sozialdemokraten entgegenzukommen. Das nur sehr schwer auflösbare Dilemma der KPD bestand darin, einerseits zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen unbedingt der SPD zu bedürfen, andererseits jedoch durch ein Eingehen auf die andersartigen Pläne der SPD das eigene Konzept zu gefährden. Immerhin scheint nie die Frage geprüft worden zu sein, ob eine Verbindung der Forderung nach sofortiger Vereinigung von SPD und KPD mit der Vorstellung einer Zusammenfassung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte nicht diskutabel gewesen wäre. Hinweisen auf ein zu starkes Übergewicht des einen Partners im Parteienblock hätte damit begegnet werden können, daß auch im bürgerlichen Bereich Konzentrationserscheinungen gegenüber der Weimarer Republik zu verzeichnen waren, die sich möglicherweise sogar verstärken würden.⁵⁹

Wie in der Vereinigungsfrage übersah die KPD auch bei der Gestaltung des Verhältnisses zu den bürgerlichen Parteien, daß die SPD nicht bereit war, von vornherein und ohne eingehende Aufschlüsse darüber, inwieweit hier an negative Tendenzen der Weimarer Republik angeknüpft wurde,⁶⁰ die kommunistische Konzeption zu übernehmen.

Schließlich sah die SPD schärfer als andere gewisse Zwiespältigkeiten in der Argumentation der KPD. Die sichere und deshalb unzureichend reflektierte Erwartung, daß der Bewußtseinsstand der kommunistischen Funktionäre und Parteimitglieder dem der Sozialdemokraten im wesentlichen entspreche und daher von nicht zu diskutierenden, weil zweifelsfreien gemeinsamen Voraussetzungen ausgegangen werden könne, wurde enttäuscht. Die Bereitschaft der Sozialdemokraten, sich ihre grundsätzlichen Überzeugungen hinsichtlich dessen, was in der Situation des Jahres 1945 zu geschehen hatte, durch langwierige Diskussionen erschüttern zu lassen, war relativ gering; dies zeigt der Briefwechsel vom September und Oktober 1945, auf den später näher eingegangen wird, mit aller Deutlichkeit. Der Eindruck, daß die KPD in ihren Äußerungen gegenüber der SPD – vor allem in den Fragen der innerparteilichen Demokratie und des Verhältnisses zur Sowjetunion – in einer gewissen, auf anderen Gebieten bewußt vermiedenen Kontinuität zur Weimarer Republik zu stehen schien, legte den Verdacht nahe, daß eine im Kern unveränderte Partei aus taktischen Gründen der erstaunten Öffentlichkeit einige Kurskorrekturen anbot, um sich mit Unterstützung anderer einen Einfluß zu sichern, den sie allein nicht erreichen konnte. Wenn solche Absichten auch keineswegs die strategischen Hintergedanken der KPD gewesen sein müssen, so waren dies doch Überlegungen, die von der Hamburger SPD angestellt werden konnten und die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erschweren mußten.

Die Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront mußte nicht nur gegenüber den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden, sondern – was sich zwar empirisch schwer beweisen läßt – auch in der eigenen Parteiorganisation. Die Mitarbeit der kommunistischen Mitglieder in der SFG sowie die allgemeine Einschätzung der psychologischen Situation 1945 sprechen für die Richtigkeit der Behauptung, daß der überwiegende Teil der kommunistischen Funktionäre und Anhänger durchaus ähnliche Vorstellungen über das künftige Verhältnis der Arbeiterparteien hegte wie die Sozialdemokraten und einer sofortigen Vereinigung mit der SPD nicht nur keinen Widerstand entgegengesetzt, sondern vorbehaltlos zugestimmt hätte.

Gegenüber diesen spontanen Auffassungen, die auf unzureichender Information über die voraufgegangenen internen Diskussionen in der KPD beruhten, mußte der Gedanke der antifaschistischen Demokratie erst an die Anhängerschaft herangetragen werden, wobei es viel Verunsicherung auch in den eigenen Reihen abzubauen galt. Nicht zuletzt die Notwendigkeit der einheitlichen Ausrichtung des Funktionärskör-

pers im Sinne des Programms des Berliner Zentralkomitees machte den Aufbau einer eigenen Organisation erforderlich, die die Gewähr dafür bot, daß die herrschende Auffassung von der gesamten Partei übereinstimmend vertreten wurde. Damit zeigt sich die Interdependenz von Ideologie und Organisation: Um noch bestehende ideologische Unklarheiten zu beseitigen, war die Bildung einer eigenen Organisation notwendig; diese Unklarheiten entstanden aber zum großen Teil erst durch den Beschluß der KPD, eine selbständige Organisation zu gründen. So gesehen, kämpfte die KPD mit selbstgeschaffenen Schwierigkeiten, wobei die immanente Logik des Konzepts der antifaschistischen Demokratie zu einem unausweichlichen Kreislauf führte: ohne die ideologische Vorstellung einer antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront keine eigene Organisation, ohne eigene Organisation keine Gewähr für eine breite Verankerung dieser ideologischen Zielsetzung. Konzeptionelle Sachzwänge verwiesen die Kommunisten auf den Aufbau einer Parteiorganisation, eine Aufgabe, der sie sich frühzeitig zu widmen begannen.

Die Führungsspitze der Hamburger KPD machte sich offensichtlich über den Informationsstand der breiten Anhängerschaft keine Illusionen; dies galt sowohl für alte, nunmehr zurückkehrende als auch für neugeworbene Mitglieder und erst recht für diejenigen, die der KPD noch fernstanden und jetzt gewonnen werden sollten. Widerstände gegen die neue Linie wurden in Äußerungen der Partei zwar heruntergespielt, ihre Existenz wird jedoch immer wieder deutlich. So hieß es in den Materialien zur KPD-Delegierten-Konferenz am 1. und 2. Dezember 1945 in Hamburg: »Widerstände zeigten sich nirgends gegen die neue Politik der Partei. Teils haben die Genossen und Genossinnen aus eigener marxistischer Erkenntnis, teils aus alter Disziplin und im Vertrauen zur Parteiführung die neue Politik der Partei durchgeführt. Nur vereinzelt haben gute alte Genossen aus innerer Besorgnis die Frage gestellt, ob die Partei die gleiche, sich zu Marx, Engels, Lenin und Stalin bekennende, stolze kommunistische Partei sei. Nach offener kameradschaftlicher Aussprache mit diesen Genossen kann die Parteileitung berichten, daß auch diese Genossen erkannt haben, daß unter den heutigen Verhältnissen die neue Politik der Partei die einzigst richtige ist.«⁶¹

Die Partei sah somit als vordringliche Aufgabe an, die wissensmäßigen und psychologischen Folgen von zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft bei den alten Mitgliedern zu beseitigen, sie mit der von der KPD gegebenen Interpretation der Verhältnisse im Jahr 1945 vertraut zu machen und die praktische Durchführung ihrer Konzeption zu gewährleisten. Dem entsprach die Einschätzung der personellen Ausgangslage 1945. »Der Verlust einer enormen Zahl unserer besten Parteifunk-

tionäre sowie die geistige Friedhofsruhe während der 12 Jahre der faschistischen Diktatur zeigten ihre offenkundige Wirkung, als wir — sofort nach der Kapitulation — unsere Reihen übersahen und die neue Arbeit begannen. Es lag auf der Hand, daß erst einmal der Rest der illegalen Parteimitglieder mit der neuen Aufgabenstellung vertraut gemacht werden mußte. Den Getreuen der Thälmannschen Partei mußte der Übergang vom verzehrenden Kampf gegen die Macht des Faschismus zum neuen lichtvollen Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik gezeigt und erleichtert werden. Es war ein Beginnen, das nur im kollektiven Bemühen fruchtbar sein konnte. Denn jene Genossen, die aus der politischen Emigration und aus den nazistischen Zwangsanstalten zurückkehrten, bedurften selbst der Hilfe einer politischen Ausrichtung. Im gegenseitigen Verständnis und im Austausch der Erfahrungen gelang die Ausarbeitung einer richtigen politischen Linie, die unserer Partei den Weg zeigt zur Partei des deutschen Volkes, der Partei der Nation.«⁶²

An anderer Stelle wurde ausdrücklich die »Überwindung der 12jährigen Isolierung« gefordert und eine Analyse ihrer Ursachen versucht. Die Mehrheit des Volkes sei unter dem Nationalsozialismus sehr schlecht informiert gewesen, eine Situation, die sich insbesondere für viele Kommunisten durch den Aufenthalt in Gefängnissen oder Konzentrationslagern noch verschärft habe. »Dieses mußte zwangsläufig zu einer politischen Rückständigkeit, zu einer Stagnation im Verhältnis zur gesamtpolitischen Entwicklung führen. Die vollkommene Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse seit der Machtübernahme des Faschismus 1933 bis zum Zusammenbruch 1945 mußte naturgemäß seinen Niederschlag in der Politik der Kommunistischen Partei finden.«⁶³ Weiter hieß es nach einer kurzen Zusammenfassung der Parteientwicklung seit 1935: »Die Isoliertheit und das damit verbundene Nichtverstehen vieler Ereignisse sind oftmals ein großes Hemmnis in der Durchführung unserer politischen Aufgaben, in der einheitlichen Stoßrichtung unserer Partei, für die Schaffung einer großen Partei der Arbeiterklasse . . . und in der Gewinnung aller Antifaschisten zum Aufbau eines wahren demokratischen Deutschlands.«⁶⁴

Primär ging es für die KPD darum, die versprengten Parteigruppen wieder zu sammeln, sekundär darum, diese Gruppen einheitlich auf den neuen Kurs hin auszurichten. Das Mittel, um dieses zweite Ziel zu erreichen, war die intensive Schulung aller Parteimitglieder. Sie sollte alten wie neuen Genossen gleichermaßen zuteil werden. So forderte Paul Tastesen, der in den Sommermonaten als Hamburger Stadtleiter der KPD fungierte: »Die KPD ist die führende Volkspartei Deutschlands.

Sie soll eine Massenpartei sein. Ihr stabiler Kern bleibt der fortgeschrittene Arbeiter. Aber wir müssen die tüchtigsten Männer aus Industrie, Handel, Gewerbe, Verkehr und Landwirtschaft für unsere Partei gewinnen. Unsere Partei braucht für ihre Aufgaben Angestellte, Beamte, Techniker, Juristen, Wissenschaftler, Ärzte und Sachverständige der Wirtschaft und der Finanzen. Wir können nicht erwarten, daß alle diese Menschen geschulte Marxisten-Leninisten sind, aber wir müssen durch unsere Parteiarbeit und durch besondere Schuleinrichtungen alle neuen Kräfte dazu machen.«⁶⁵ Eine andere Zielgruppe waren diejenigen, die zwar als überzeugte Antifaschisten ausgewiesen waren, aber noch nicht der KPD angehörten: »Wer kann erwarten, daß die ehrlichen Antifaschisten nach 12½ Jahren faschistischer Diktatur geschulte Marxisten-Leninisten sein können? Auch die alten Parteimitglieder sind das noch nicht. Die Besonderheit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß in der Parteiorganisation in der Mehrheit Mitglieder sein werden, die vor 1933 nicht der KPD angehörten, sondern irgendwelchen antifaschistischen Massenorganisationen, den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, Jugendorganisationen, oder aber Mitglieder, die erst während des Hitler-Reiches aktiv wurden. Aufgabe der Parteiorganisation ist es, den alten und neuen Mitgliedern zu helfen und sie so zu schulen, daß sie gute Kommunisten werden . . .«⁶⁶

Der Organisierung der Schulungsarbeit sollten vier Gesichtspunkte zugrunde liegen:

1. Die Überwindung der Fehler und Schwächen unserer Schulungsarbeit in der Vergangenheit.
2. Die Überwindung der großen Lücke 12jähriger politischer Isolierung unter dem Nazismus.
3. Die besonderen Aufgaben der KPD nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus.
4. Die Erziehung und Heranbildung neuer Parteifunktionäre aus den jungen Kräften unserer Partei.«⁶⁷

Von diesen vier Punkten kam dem ersten besonderes Gewicht zu. Mit Rücksicht auf die neuen Zielgruppen, die für die Partei gewonnen werden sollten oder in Ansätzen schon gewonnen waren, beabsichtigte die KPD-Führung, die Schulungsarbeit dahingehend zu verändern, daß in stärkerem Maße die Theorie mit der Praxis verbunden und die langfristige marxistische Perspektive jeweils im Zusammenhang mit kurzfristigen tagespolitischen Aufgaben dargestellt wurde. »Die Basis unserer Schulungsarbeit in der Vergangenheit war zur Hauptsache das Studium rein theoretischer Schriften, d. h. rein wissenschaftliche Auseinandersetzungen wirtschaftlicher und ideologischer Probleme des Marxismus-

Leninismus . . . Die einseitige, rein theoretische Schulung der Genossen führte aber . . . zu einem oftmals abstrakten Wissen unserer Parteifunktionäre, und es entstand sehr häufig eine Schere zwischen Theorie und Praxis . . . Wir müssen bei unserer kommenden Schulungsarbeit diese Fehler und Schwächen der Vergangenheit verhindern bzw. abstellen und die Schulung der Genossen immer in Verbindung mit den aktuellen, den konkreten Aufgaben unserer Partearbeit durchführen . . . Früher wurde ›Politökonomie‹ studiert, es wurde das Kapital und viele andere Bücher gelesen. Das war sehr schön, aber für die Massen unverständlich und langweilig.«⁶⁸

Die Schulungsarbeit sollte damit nicht nur inhaltlich, sondern auch der äußeren Form nach in das antifaschistisch-demokratische Konzept eingepaßt werden. Die »Elementar-Schulung«,⁶⁹ das Studium der marxistischen Klassiker, trat hinter die Behandlung aktueller politischer Themen zurück.⁷⁰ Anstelle »langer Kurse über den historischen Materialismus«⁷¹ sollten bestimmte Phasen der deutschen Geschichte, in denen versucht wurde, demokratische Entwicklungen einzuleiten, wie die Bauernkriege und die Revolutionen von 1848 und 1918, behandelt werden. Daneben wurde auch die Beschäftigung mit Themen aus dem Bereich des nationalen Unabhängigkeitskampfes wie den Befreiungskriegen gegen Napoleon empfohlen. »Das Studium der Geschichte unseres Volkes und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Lehren von Staat und Gesellschaft, sind Fragen, mit denen sich jeder Parteigenosse befassen muß. Die Kenntnis dieser Probleme sind für ihn gewaltige Hilfsmittel in seiner politischen Arbeit, sie machen ihn fähig zu leiten und zu führen, um am Wiederaufbau unseres Vaterlandes am besten teilnehmen zu können.«⁷²

Da die Kommunisten noch nicht über eine eigene Tageszeitung verfügten und Schulungsdispositionen schwer zu beschaffen waren — zumal das Material, das alte Parteigenossen aus den Verstecken hervorholten, veraltet war —, konnte bei der Schulungsarbeit in der ersten Zeit des Parteaufbaus im wesentlichen nur auf den Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 und einen im Inhalt ähnlichen Aufruf der KPD Wasserkante zurückgegriffen werden.⁷³ Diese Erklärungen wurden aber nicht nur gelesen und interpretiert, sondern die geschulten Mitglieder mußten ein ausdrückliches Bekenntnis vor allem zum Juni-Aufruf ablegen.⁷⁴ Dies wurde als »einzige Bedingung«⁷⁵ für die Aufnahme in die KPD genannt, in der ansonsten alle »ehrlichen Antifaschisten . . . ohne Rücksicht auf ihre Weltanschauung und politische Überzeugung [!] mit Ausnahme natürlich der Naziparteien oder profaschistischer Parteien«⁷⁶ Mitglieder werden konnten.

Die Schulung, der aufgrund der spezifischen Bedingungen im Jahr 1945 eine über das übliche Maß noch hinausgehende Bedeutung für die Vorstellungen in der KPD zukam und die deshalb bereits frühzeitig sehr intensiv betrieben wurde, war aber nur Teil eines — im Endstadium der Durchführung — umfassenden Systems zur Heranziehung und Kontrolle der Mitglieder. Die selbstgestellte Aufgabe und Funktion der KPD nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus machte sie nach eigener Aussage zu einer »Partei neuen Typus. Ihre Organisation verfolgt den Zweck, in all ihren Staffellungen die praktische Verwirklichung der politischen Linie zu sichern.«⁷⁷ An anderer Stelle hieß es: »Die Durchführung der Politik und Aufgaben setzt voraus, die Partei zu einem Instrument zu formen, daß durch sie das ganze deutsche Volk in schnellem Tempo zum Wiederaufbau Deutschlands geführt wird.«⁷⁸ Aufgrund des betont konstruktiven Charakters der neuen kommunistischen Politik, die sich von der früheren Rolle der KPD als Trägerin »des revolutionären Kampfes für den Sturz der kapitalistischen Weimarer Republik«⁷⁹ wesentlich unterscheidet, sei die Verantwortung jedes einzelnen Funktionärs erheblich gestiegen. Da die Arbeitsleistung der Mitglieder mehr denn je den Ausschlag für das Gelingen der kommunistischen Konzeption geben mußte, war es besonders wichtig, stärkstes »Gewicht auf die politische und organisatorische Kontrolle zu legen.«⁸⁰

Um diese zentrale Aufgabe realisieren zu können, wurde innerhalb der Partei eine Kaderabteilung eingerichtet. Anstelle des alten Organisationsleiters, »der früher oft ein rein technischer Praktiker wurde und politisch versackte«,⁸¹ sollte es nun den Kadermann geben, der engste Fühlung mit dem politischen Leiter der Partei zu halten hatte und als dessen Stellvertreter fungierte. Im Gegensatz zur Zeit vor 1933, als die Kaderauslese in »Produktionsgruppenabteilungen« durchgeführt worden war, was eine Zersplitterung der Kräfte zur Folge gehabt habe, erforderten es die neuen Ziele der Partei, »daß die gesamte Kaderarbeit von einem einzigen Zentrum aus geleitet wird, durch Konzentrierung dieser Arbeit in einem Apparat, wo die Erfahrungen der Kaderauslese, das Studium der Kader und die Erfahrungen bei ihrer Verteilung konzentriert werden müssen.«⁸² Dementsprechend waren Bedeutung und Aufgabenbereich des Kadermannes größer als die des früheren Organisationsleiters. Die Richtschnur für den innerparteilichen Aufbau und eine erfolversprechende Arbeit war: »Die Kader entscheiden alles!« Auf Zusammensetzung, Ausbildung und Einsatz der Kader wurde der größte Wert gelegt. »Die Kaderabteilung muß genügend groß und vielgestaltig sein, um eine genaue, bis in die Einzelheiten gehende Arbeits-

teilung zu verwirklichen. Genügend fest, um unter allen Umständen ihre Arbeit verrichten zu können.«⁸³

Bei der Auswahl der Kadermitglieder sah die Hamburger Parteileitung vor allem drei Schwierigkeiten: Problematisch seien die »großen Herren«, die durch ihre Verdienste in der Vergangenheit verführt würden, die Gesetze der Parteidisziplin nicht mehr so ernst zu nehmen, die »Schwätzer«, die »alles lebendige Geschehen im Fluß einer endlosen, weitschweifigen Rede zu ersäufen«⁸⁴ verstünden und schließlich der »Familiensinn«, durch den persönliche Bindungen in einem stärkeren Maß bestimmend würden als fachliche oder politische Qualifikation. »Der Familiensinn kann in der Partei nicht geduldet werden, weil er die Arbeit lahmlegt, den Aufstieg des Nachwuchses verhindert und für das Eindringen des Feindes [!] günstige Bedingungen schafft. Daher erwächst die dringende Aufgabe, mit dem Geist des »Großen Herrn«, des Schwätzers und der Familiensimpelei Schluß [zu] machen.«⁸⁵ Wichtigster Auftrag der Kaderabteilung, insbesondere um neue fähige Leute zu finden, die dann weiter geschult und gefördert werden sollten, war »die systematische Kontrolle der Funktionäre bei der Ausführung ihrer Aufgaben«.

Diese Kontrolle sollte sich auf zweifache Weise vollziehen:

- »1. In der von oben aus bewerkstelligten Kontrolle, durch die Verantwortlichen der vorgesetzten Organisation. Jede Sektion muß so oft als möglich durch einen bezirklichen Verantwortlichen besucht werden, damit eine wirksame Kontrolle der Anwendung der Politik und der Richtlinien der Partei ausgeübt wird . . .
2. In der von unten aus bewerkstelligten Kontrolle durch die Massen der Anhänger, die auf die Qualitäten der Funktionäre hinweisen und unter Umständen die Mittel bezeichnen, die erforderlich sind, ihren Unzulänglichkeiten abzuhelpfen.

Die Masse der Parteimitglieder kontrolliert ihre Leiter bei den Organisationsversammlungen . . ., wo sie die Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit entgegennehmen, die Mängel kritisieren und schließlich zu den Organisationen der Leitung diesen oder jenen leitenden Genossen wählen oder nicht.«⁸⁶

Daß schließlich die »genaue Anwendung des demokratischen Zentralismus«⁸⁷ in der Partei gefordert wurde, bedeutete kaum mehr als ein Fazit dieser Anweisungen.

Wie schon in der Weimarer Republik seit dem mißglückten Hamburger Aufstand im Oktober 1923 wurde auch nach 1945 die Betriebsgruppe als grundlegende Organisationseinheit beibehalten; sie wurde ergänzt durch ein System von Straßengruppen. »Jedes Parteimitglied

muß in einer Betriebs- oder Straßengruppe erfaßt sein. Die Bezeichnung Betriebsgruppe und Straßengruppe (gegenüber der Bezeichnung Betriebszelle und Straßenzelle) soll ihren neuen Charakter als breite legale Parteiorganisation mit einer großen Anzahl von Parteimitgliedern unterstreichen.«⁸⁸ Auch in der Benennung der Organisationseinheiten wurde versucht, die alten, aus der revolutionären oder konspirativen Tätigkeit herrührenden Begriffe durch neutralere zu ersetzen, um die umwobenen nichtkommunistischen Kreise nicht zu verschrecken und zugleich den Eindruck einer erheblichen Mitgliederzahl hervorzurufen, die durch den Begriff »Zellen« eher zu verdecken gesucht wurde. Allerdings unterschieden sich die Gruppen in der Realität oft von diesem Anspruch und standen ihrer Stärke nach mehr in Kontinuität zu einer antinationalsozialistischen Widerstandsgruppe; denn in den Organisationsrichtlinien wurde gefordert: »Wo sich in einem Unternehmen auch nur drei Kommunisten zusammenfinden, muß eine Gruppe gebildet werden: in einer Fabrik, in einer Werkstatt, in einem Büro, Magazin, landwirtschaftlichen Betrieb usw. Die in einem Unternehmen gebildete Gruppe ist die Organisationsform, die die beste, die engste Verbindung mit den Massen der Arbeiter zuläßt.«⁸⁹ Die optimale Größe der Gruppen, die grundsätzlich berufsheterogen zusammengesetzt sein sollten — lediglich für Intellektuelle war ein eigener Dachverband geplant —, wurde im Zusammenschluß von 15 Mitgliedern gesehen.

Für die einzelnen Gruppen stellten sich im wesentlichen vier Aufgaben: Zunächst sollten sie in den Betrieben für den Gedanken der Einheitsgewerkschaft werben, für eine laufende Verbesserung der Produktion kämpfen und Sabotage anzeigen; dann galt es, Versammlungen für Parteisymphisanten abzuhalten, wobei den Gruppen dezidierte Anweisungen für die Gestaltung solcher Zusammenkünfte gegeben wurden, und schließlich sollte die Schulung und Ausbildung der Mitglieder vornehmlich in der Gruppe geschehen. Wichtigste Aufgabe auch hier: Konzentration auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung. »In örtlicher Beziehung muß die Gruppe sorgfältig die Bedürfnisse jeder Bevölkerungskategorie, ob groß, ob klein, prüfen, sich mit dem Wiederaufbau oder dem Ausbessern beschädigter Gebäude befassen und auf die Verbesserung der lokalen Einrichtungen ein Auge haben. Schule, Schulkantinen, Abflüsse, Kehrtrichtabfuhr, Wiederherstellung der Brücken, der Verkehrswege, Wasserleitungen, Kanalisation, Gas- und Elektrizitätsleitung, Verpflegung usw. — das alles muß Gegenstand von Prüfungen und von Vorschlägen werden, damit die konstruktive Arbeit auf allen Gebieten mit entsprechendem Erfolg aufgenommen und durchgeführt werden kann.«⁹⁰

Da somit die praktische Durchführung der Politik vornehmlich bei den verschiedenen Parteigruppen lag, mußten sie in besonderer Weise gesichert werden. Deshalb sollte auf »Kaderschutz und Kaderpflege«⁹¹ große Aufmerksamkeit gerichtet werden. Weil es eine eigene Kaderabteilung nicht mehr gab, wurde die Frage der Abwehr von parteischädigenden Bestrebungen zum »Gemeingut der gesamten Partei . . . Das bedeutet, daß alle Parteigenossen durch gute politische Schulung zur Massenabwehr erzogen werden müssen. Dadurch beseitigen wir den Zustand, unsere Aufgaben aus der Verteidigung heraus zu lösen und entsprechen dem neuen Charakter und der neuen Struktur unserer Partei, eine Partei des Aufbaus und des Angriffs zu sein, gegen jedes Wiederaufleben des Faschismus und der Reaktion.«⁹² Um »Provokateure, Saboteure und ähnliche parteifeindliche Elemente«⁹³ rechtzeitig erkennen und gegen sie vorgehen zu können, bedurfte es nicht nur der Beobachtung der politischen Tätigkeit des einzelnen Funktionärs, sondern auch der weitgehenden Einbeziehung der privaten Sphäre in die innerparteiliche Kontrolle; Familienverhältnisse und materielle Situation konnten Ursachen für mangelnde Parteiarbeit sein und mußten daher vom Kadermann wie auch von den anderen Gruppenangehörigen genau verfolgt werden.

Obwohl die neue KPD sich grundsätzlich um alle gesellschaftlichen Gruppen bemühte, beabsichtigte sie doch, in ihrer Agitation drei Zielgruppen besonders anzusprechen: die Frauen, die Jugend und die Bauern. Von der Meinung ausgehend, daß sich Frauen in der Vergangenheit in starkem Maß für reaktionäre Ideologien anfällig gezeigt hätten, wollte die KPD die politische Aufklärung und Aktivierung der Frauen intensiv betreiben. »Die Frau muß politisch von uns gewonnen werden, damit sie nicht wieder als »unpolitisches Wesen« von der Reaktion ausgenutzt werden kann.«⁹⁴ Hinzu kam, daß die Frauen infolge der starken Kriegsverluste unter den Männern auch quantitativ eine gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich größere Rolle spielten. Die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau versuchte die KPD innerparteilich dadurch zu verwirklichen, daß sie keine gesonderten Frauengruppen oder -abteilungen schuf, sondern, um den Anschein einer Ausnahmestellung von vornherein zu vermeiden, die Frauen zu den jeweiligen Aufgaben mit heranzog. Dies sollte auch für innerbetriebliche Einrichtungen wie den Betriebsrat gelten, wobei die Parole »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« im Vordergrund stand.⁹⁵ Zur Gewinnung von Frauen, die noch nicht mit der Partei sympathisierten, sollte eine gezielte Propaganda betrieben werden, die insbesondere Maßnahmen auf den traditionell der Frau zugeschriebenen Gebieten versprach: Betreuung der Kinder,

Sorge um ausreichende Bekleidung und Ernährung.⁹⁶ Obwohl die KPD einerseits durchaus emanzipatorische Ziele verfolgte, ging sie andererseits agitatorisch doch auf vermutete Stimmungslagen ein, um von dieser Basis aus eine Änderung in der politischen Einstellung der an die Partei herangeführten Frauen im marxistisch-leninistischen Sinn zu erreichen.⁹⁷

Quantitative Gesichtspunkte spielten auch bei der »Jugendfrage« eine Rolle. Hinzu kam der begründete Gedanke, mit der notwendigen Um-erziehung der deutschen Bevölkerung bei den Jugendlichen zu beginnen, da sie einerseits am stärksten dem Einfluß des Nationalsozialismus ausgesetzt gewesen waren, andererseits aber neuen Ideen am leichtesten zugänglich schienen. Pathetisch hieß es: »Ist sie [die Jugend] schlecht ge- leitet, so ist sie zu fürchten, aber wunderbar und fruchtbar ist sie, wenn ihr gute Leitung zuteil wird.«⁹⁸ Als organisatorischer Rahmen für die Er- fassung der Jugend waren Jugendausschüsse vorgesehen. Die Jugend- lichen sollten jedoch nicht nur erfaßt und vom »Ungeist der Nazi propa- ganda«⁹⁹ befreit werden, sondern darüber hinaus an der Gestaltung des neuen demokratischen Staates mitwirken: »Möge es den Jugendaus- schüssen gelingen, die deutsche Jugend zu ehrlich denkenden Menschen zu erziehen, die mit jugendlicher Begeisterung mitarbeiten an der Sä- uberung vom nazistischen Unrat und am Aufbau einer sauberen, anti- faschistischen, demokratischen Ordnung.«¹⁰⁰

Das, was die KPD in dem im engeren Sinn politischen Sektor durch die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront an- strebte, versuchte sie auch auf dem Gebiet der Jugendpolitik zu errei- chen. Sie ging nur insofern unterschiedliche Wege, als sie nicht erst zur Bildung getrennter Jugendverbände aufforderte, die dann zusammen- zufassen wären, sondern von vornherein auf eine kommunistische Ju- gendorganisation verzichtete, »denn wir wollen, daß eine einheitliche freie Jugendbewegung entsteht«.¹⁰¹ Der spätere Weg der Freien Deut- schen Jugend, die unter ausschließlich kommunistische Führung geriet, ohne daß sich andere Parteien oder Gruppen an ihr beteiligten, sollte ein besonders deutliches Beispiel für das Scheitern der kommunistischen Konzeption einer antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront in den Westzonen werden.

Die dritte Gruppe, die Bauern, spielten naturgemäß in Hamburg eine untergeordnete Rolle. Sie müssen jedoch als Objekt kommunistischer Politik mit berücksichtigt werden, da die Arbeit in der Stadt und auf dem Land als Einheit begriffen wurde mit dem Ziel, vorhandene Ge- gensätze auszugleichen.

Eine im kommunistischen Sinn demokratische Entwicklung in der Stadt war für die KPD ohne eine Entsprechung auf den Dörfern nicht

denkbar, obwohl sie sich über die Schwierigkeiten, die Bauern für die KPD zu gewinnen, keine Illusionen machte. Ähnlich wie in der Großstadt Hamburg vertraute sie auch im Umland weniger auf programmatische Versprechungen, um die Bevölkerung zu überzeugen, als vielmehr auf das konkrete Vorbild des einzelnen kommunistischen Bauern, der sich »als der beste, geschickteste der Bauern zu zeigen«¹⁰² habe. »Niemand und unter keinen Umständen hat er als Sektierer zu erscheinen, sondern als ein Mensch von gesundem Verstand, der die Bauern, ohne Unterschiede der Meinung zur Verwirklichung des Programms, das ihren Interessen entspricht, hinführt.«¹⁰³ Teil dieser landspezifischen Propaganda, die nicht durch städtische Agitatoren geleistet werden durfte, denn »der Bauer schenkt nur anderen Bauern Gehör«¹⁰⁴ war auch der Hinweis, daß der Bauer auf seinem Hof wieder selbst bestimmen müsse, denn die Zeit der »Nazizwangswirtschaft« sei vorbei.

Entsprechend der hauptsächlichen organisatorischen Gliederung in Betriebsgruppen legte die KPD den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in diesen Bereich. »Da die Betriebsgruppe die Grundlage der Partei ist, die Partei aber die Führerin aller Schaffenden sein soll, muß die Betriebsgruppe der Motor zur Durchführung aller Parteaufgaben sein.«¹⁰⁵ An anderer Stelle hieß es, daß die Arbeit der Betriebsräte und Betriebsgruppen »die unterste und wichtigste Arbeit der Partei sei«.¹⁰⁶ Demzufolge bildeten die Betriebsräte und Betriebsgruppen die Basis, an der zu allererst und am unmittelbarsten das Programm der Einheitsfront aller Antifaschisten in praktische Politik umzusetzen war. Gerade in den Betrieben mußte jede sektiererische Isolierung vermieden werden; eine RGO oder eine vergleichbare Organisation durfte es nicht wieder geben. Die konstruktiv-kooperative Einstellung der KPD-Betriebsgruppen mußte außer Frage stehen. »Dadurch, daß für einen Betrieb nur ein Industrieverband zuständig ist, wird es möglich sein, alle Kräfte der jeweiligen Industrie für den Wiederaufbau zu mobilisieren. Die Grundlage dafür ist aber die betriebliche und innergewerkschaftliche Demokratie: ohne diese gibt es kein gesundes Gewerkschaftsleben, keine freiwillige Disziplin. Aus diesem Grunde gibt es heute keine Gewerkschaftsopposition oder Fraktion.«¹⁰⁷ Daß dem Verhältnis zu den Sozialdemokraten des jeweiligen Betriebs besondere Bedeutung zukam, bedarf kaum der Erwähnung; wenn irgendwo die Voraussetzungen für die angestrebte Aktionseinheit gegeben waren, dann in den Betrieben. Da nach Überzeugung der KPD »der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft . . . nur mit den großen wirtschaftlichen Kenntnissen der Gewerkschaften und Betriebsräte geschehen«¹⁰⁸ konnte, lagen im Betrieb die konkreten

Aufgaben, an denen sich die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bewähren mußte.

Soweit die Zusammenarbeit stattfand, konzentrierte sie sich vor allem auf die Erstellung von Produktionsplänen.¹⁰⁹ Zu diesem Zweck wurden Fragebogen ausgearbeitet und verteilt, die 1945/46 in den Betrieben eine gewisse Verwirrung stifteten, da viele Firmenleitungen schon gegenüber der britischen Militärregierung entsprechende Angaben gemacht hatten und nun den Sinn des Unternehmens nicht recht verstanden.¹¹⁰

Neben diesen neuen Aufgaben, die aus der besonderen Situation nach Kriegsende resultierten, blieb das umfangreiche Feld traditioneller Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, bei der ein Zusammengehen möglich und nötig war. Den Betriebsgruppen wurden fünf Hauptaufgaben gestellt:

- » 1. Schaffung einer Aktionseinheit zwischen SP-KP-Genossen mit dem Ziel, in gemeinsamer Kampffront die einheitliche Partei zu schaffen.
2. Jeder Genosse muß Mitglied der Gewerkschaft sein, darüber hinaus soll jeder Genosse das Bestreben haben, ein guter Gewerkschaftsfunktionär zu werden. Die Betriebsgruppe hat alles zu tun, um alle Antifaschisten restlos in den für ihren Betrieb zuständigen Betriebsverband zu organisieren.
3. Die Betriebsgruppe sorgt dafür, daß in ihrem Betrieb ein freige-werkschaftlicher Betriebsrat gewählt und dieser in der Durchführung seiner Aufgaben unterstützt wird.
4. Besondere Aufmerksamkeit muß die Betriebsgruppe den Lehrlingen und Jugendlichen zuwenden. Die geistige und soziale Betreuung der Jugendlichen ist eine wichtige Aufgabe.
5. Es muß allerengste Verbindung mit der Partei (Stadtteilleitung) gehalten werden.«¹¹¹

Die letzte Forderung hatte den Zweck, daß die Parteizentrale durch umgehende Meldungen aus den Betrieben stets über den neuesten Stand der Bemühungen um die Aktionseinheit informiert war und entsprechende Schlüsse ziehen, korrigierend eingreifen oder propagandistisch tätig werden konnte. Die politischen Berichte der Parteileitung zeigen allerdings, daß sie mit der Arbeit der Betriebsgruppen, insbesondere unter dem Aspekt der Aktionseinheit, keineswegs zufrieden war. Ende November 1945 beklagte sie sich darüber, daß die Berichterstattung aus den Betrieben noch äußerst mangelhaft sei. Es seien zwar schon in beträchtlichem Umfang Betriebsräte gebildet worden, »es zeigen sich jedoch auch hier Fehler und Mängel in der Durchführung der Betriebsarbeit. Die große Zahl der Betriebsräte, die politisch in der KPD organisiert sind, kommt nicht genügend in den notwendig durchzuführenden

Arbeiten zum Ausdruck.«¹¹² Insbesondere wurde kritisiert, daß es in den Betrieben noch entschieden zu wenig Aktionsausschüsse gebe. In dem Bericht über die »Betriebsräte-Bewegung« wurden lediglich vier Unternehmen genannt, in denen die Arbeit den Vorstellungen der Parteileitung entsprach.¹¹³ Im Arbeitsbericht der Hamburger Stadtleitung der KPD für die Parteikonferenz am 1. und 2. Dezember 1945 wurden zwei weitere Firmen erwähnt, die eine einigermaßen zufriedenstellende Rolle bei der Produktionsplanung spielten.¹¹⁴ Als vorbildlich für das Hamburger Gebiet wurden die Verhältnisse bei der Maschinenfabrik Menck und Hambrock angesehen, denn »hier wurde ein Aktionsausschuß von 21 Mann geschaffen, einschließlich des Betriebsrates, der sich aus SP-, KP- und parteilosen Arbeitern zusammensetzt. Dieses ist das Einheits- und Kontrollorgan für alle den Betrieb betreffenden Fragen. Auch in der Produktionsplanung wird in diesem Betrieb eine positive Arbeit geleistet, was von den anderen Betrieben meist nicht zu sagen ist.«¹¹⁵

Daß die Bemühungen der KPD auf Betriebsebene nicht von durchschlagendem Erfolg gekrönt waren, dürfte seine Hauptursache darin gehabt haben, daß die Aktionseinheitsbestrebungen in den Betrieben zeitlich erst recht spät einsetzten. Obwohl die Hamburger KPD die Linie des Berliner Zentralkomitees schon seit etwa Ende Juni/Anfang Juli vertrat, benötigte sie offenbar einige Monate, um ihr vollständige Anerkennung in der Partei zu verschaffen und so, innerlich gefestigt, das Programm auch auf der unteren Ebene zu praktischer Politik werden zu lassen. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang der Stadtkonferenz vom 28. Oktober zu, die nach dem Bericht der Parteileitung die entscheidenden Impulse gegeben hat, daß die Kommunisten in den Betrieben die Initiative zur Schaffung von Aktionsausschüssen ergriffen.¹¹⁶ Zu diesem Zeitpunkt war jedoch — wie dargestellt — bei den übergeordneten Parteiinstanzen der größte Einheitsenthusiasmus bereits verflogen.¹¹⁷ Zwar läßt sich nicht im einzelnen nachweisen, ob und in welcher Weise die Schwierigkeiten im zentralen Aktionsausschuß unmittelbar auf untere Organisationseinheiten eingewirkt haben, doch ist die Vermutung begründet, daß das abgekühlte Verhältnis der Spitzenfunktionäre nicht ohne negative Rückwirkungen blieb und sich deshalb keine größere Aktionsausschußbewegung durchsetzen konnte. Hinzu kamen andere überbetriebliche Entwicklungen, durch die das Bemühen um betriebliche Aktionseinheit kurz nach seinem Beginn in eine prinzipielle Krise geriet. Die Frage nach deren Ursachen lenkt den Blick zurück auf die generelle Einheitsfrontproblematik.

Im Lauf des Herbstes begann sich in der sowjetischen Besatzungszone

das Verhältnis zwischen SPD und KPD zu wandeln. War es zunächst die SPD, die wie in den Westzonen mehrheitlich auf den baldigen Zusammenschluß drängte, so waren es im Oktober/November¹¹⁸ die Kommunisten, die das Vereinigungstempo zu verschärfen suchten, während bei den Sozialdemokraten — wiederum wie in den Westzonen — die Neigung dazu kontinuierlich abnahm.

Mit einer gewissen Verzögerung gegenüber der Sowjetzone, die auch für andere Abschnitte des Programms zu konstatieren ist, zeigten sich in Hamburg die Auswirkungen der kommunistischen Kursschwengung. Ende November schrieb der Hamburger Sozialdemokrat Erich Arp an Kurt Schumacher: »Die Hamburger ›General-Linie der KPD‹ ist kürzlich mal wieder durch einen Vertreter des Berliner Z.K. der KPD . . . völlig neu ausgerichtet worden.«¹¹⁹ Insbesondere soll vom Zentralkomitee kritisiert worden sein, daß die Hamburger Kommunisten den Sozialdemokraten für kommende Wahlen Listenverbindungen angeboten hatten.¹²⁰ Listenverbindungen wurden offenbar nicht als ein Element der Aktionseinheit angesehen, sondern als etwas Weitergehendes. Diese Aktionseinheit aber galt es vorrangig zu stärken. Die von Arp erwähnte Neuausrichtung der KPD bezog sich noch nicht auf eine völlige Verschmelzung der beiden Parteien, sondern weist nur auf eine Intensivierung der Bemühungen um die Aktionseinheit hin; unter diesem Aspekt müssen auch die geschilderten Bestrebungen auf Betriebsebene gesehen werden. Die These Albrecht Kadens, daß »die KPD seit Ende November 1945 die rasche Fusion mit der SPD zum erklärten obersten Ziel ihrer Politik gemacht hat«,¹²¹ stimmt zumindest für die Hamburger Entwicklung nicht.

Während nämlich beim Berliner Zentralkomitee zu diesem Zeitpunkt durchaus schon der feste Entschluß zur baldigen vollständigen Vereinigung von SPD und KPD bestanden haben mag, wurde in Hamburg und darüber hinaus im Bezirk Wasserkante die Parteiarbeiterkonferenz am 1. und 2. Dezember 1945 zu einem letzten Höhepunkt in der Propagierung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, wobei besonders das Problem der Aktionseinheit Beachtung fand. Auch andere Implikationen der neuen Politik traten stark zutage. Schon am Beginn des Parteitages waren kräftige nationale Töne zu hören: »Hätte die KPD nur dies getan: das Volk auf das kommende Verbrechen hinzuweisen und es dagegen zu mobilisieren, schon dann hätte sie ihr Bestehen gerechtfertigt als nationale Notwendigkeit. Doch sie tat mehr: Sie führte selbst den illegalen Kampf, verzehrte in ihm ihre besten Kräfte, und indem ihre Tapferen an der Seite des spanischen Volkes . . . kämpften, bewies sie leuchtende nationale Tat. Damit gab die KPD dem ganzen

Volke das Signal für die einzige nationale Pflicht: Hitler zu stürzen.«¹²²

Der Hauptreferent der Parteizusammenkunft, der Bezirksvorsitzende Friedrich Dettmann, konzentrierte sich in seinem Vortrag auf praktische Tagesfragen, während grundsätzliche Überlegungen einen wesentlich geringeren Raum einnahmen. Trotzdem wurde deutlich, daß sich bis Anfang Dezember noch keine qualitativen Veränderungen in der kommunistischen Politik ergeben hatten. Der seit Ende Juni in Anlehnung an das Berliner Zentralkomitee eingeschlagene politische Kurs wurde fortgesetzt. Lediglich in bezug auf das Problem der Aktionseinheit ist an den Beiträgen mehrerer Redner ablesbar, daß beabsichtigt war, an Stelle der theoretischen Erörterung verstärkt die praktische Durchführung treten zu lassen bzw. bereits vorhandene Tendenzen zur Verwirklichung der Aktionseinheit zu fördern. Außerdem machte sich insofern eine terminologische Änderung bemerkbar, als der Begriff »antifaschistisch-demokratische Ordnung« nunmehr zugunsten der Bezeichnung »einer demokratischen Republik neuen Typs«¹²³ zurücktrat.

In seinem Referat gab Dettmann zunächst eine ausführliche Analyse der Situation am Ende der Weimarer Republik, wobei er auch zur Politik der KPD in dieser Zeit Stellung nahm und ausführte: »Wir sind stolz auf unsere Vergangenheit. Wir dulden nicht den Vorwurf, daß die Politik unserer Partei in der generellen Linie gesehen falsch war. Sie war richtig. Wir haben aber doch eine Reihe taktischer Fehler gemacht, und dazu bekennen wir uns mit aller Deutlichkeit.«¹²⁴ Der Hauptfehler sei gewesen, daß man »an der revolutionären Vergangenheit festgehalten«¹²⁵ habe, ohne den Versuch zu machen, demokratische Kräfte aus allen Lagern als Verbündete zu gewinnen, um die Gefahr des Faschismus abzuwehren. Der Hauptverantwortliche für diese Politik sei Heinz Neumann gewesen, der erklärt habe, »wenn das dritte Reich Hitlers kommen sollte, dann nur 1½ Meter unter der Erde, auf der Erde nur die siegreiche Arbeiterschaft.«¹²⁶ Schließlich habe man auch in der Einheitsfrontpolitik schwere Fehler gemacht. »Wir haben, um die Arbeitermassen zu gewinnen, geglaubt, man müßte den Hauptstoß für die Einheitsfront gegen die SPD-Führer richten, und damit kamen wir zwangsläufig nicht an die sozialdemokratische Arbeiterschaft heran.«¹²⁷ Trotz dieser und anderer Fehler — das Bestreben, sie künftig zu vermeiden, führte zur Formulierung der programmatischen Erklärungen für die Jugend, die Frauen und die Bauern — bekannte sich Dettmann »auch heute zu der richtigen generellen Linie der KPD unter Führung unseres unvergeßlichen Ernst [Thälmann]. Wenn das deutsche Volk zu der Vergangenheit und zur KPD Stellung nimmt, dann muß man für die ganze Vergangenheit anerkennen, die KPD ist die beste aller deutschen Par-

teien, die im Kampfe gegen Nationalsozialismus und Militarismus ihr Banner immer rein und aufrecht erhalten hat.«¹²⁸

Diesen moralischen Anspruch in der Nachkriegspolitik der KPD, der sich aus der oben angeführten, grundsätzlich positiven Interpretation der eigenen Parteigeschichte ergab und bei aller propagandistischen Überhöhung und Verabsolutierung im Kern auf echter Überzeugung beruhte, wird man ebenso in Rechnung stellen müssen wie die überdeutliche Bereitschaft, aus methodischen Fehlern zu lernen. Die Reduzierung der vergangenen Fehlentwicklungen auf rein taktische Versäumnisse zeigt aber auch, daß grundsätzliche Zielvorstellungen niemals aufgegeben wurden und seit der Weimarer Republik unverändert blieben. Schließlich kollidierte das gesteigerte, historisch begründete Wertgefühl bei den Kommunisten mit ähnlichen Empfindungen bei vielen Sozialdemokraten, die ihre Partei anderen Parteien, insbesondere auch der KPD, moralisch überlegen wähnten, weil – bei aller Würdigung des Widerstandes – die Verantwortung der KPD für das Aufkommen des Faschismus als größer angesehen wurde als die der Sozialdemokratie. Jedenfalls dürften die bei der Parteikonferenz anwesenden Sozialdemokraten das Bekenntnis zur Politik Thälmanns und die Eigenbewertung der KPD »als die beste deutsche Arbeiterpartei«¹²⁹ mit zwiespältigen Gefühlen angehört und ihre Schlüsse über das Verhältnis von Strategie und Taktik, Methode und Prinzip in der kommunistischen Politik gezogen haben – falls dies nicht bereits geschehen war. Zumindest taktisch war es deshalb nicht gerade geschickt, gegenüber den ohnehin schon reservierter gewordenen Sozialdemokraten mit Ansprüchen aufzuwarten, die lange historische Diskussionen und wahrscheinlich Widerspruch herausfordern mußten. Zugleich wird dadurch belegt, daß bei der KPD in dieser Zeit noch das Konkurrenzdenken gegenüber der Vorstellung überwog, daß es bald zur Einheitspartei in Hamburg kommen könnte. Die Hamburger KPD ging Anfang Dezember 1945 von dem längeren Fortbestehen zweier selbständiger Parteien aus. Dementsprechend wurden auch bürgerliche Parteien und SPD nahezu gleichgestellt und der KPD unter dem gemeinsamen Dach der Aktionseinheit zugeordnet. Wir »fordern . . . die Einheit nicht nur mit unseren sozialdemokratischen Freunden, sondern wir wünschen diese Aktionseinheit mit allen demokratischen Parteien und darüber hinaus wünschen wir ein gutes Verhältnis mit ihnen.«¹³⁰

Zur Frage der Aktionseinheit bekräftigte Dettmann noch einmal die im wesentlichen schon seit Juni/Juli benutzte Argumentation. »Heute sagt man, der verfluchte Dettmann, und die sozialdemokratischen Aktionsausschußmitglieder konnten nicht verstehen, daß ich damals im

Juli einfach ›nein‹ gesagt habe, als man nicht die Frage der einheitlichen Sozialistischen Partei, sondern die Frage der Einheitspartei ohne jede Voraussetzung stellte. Wir haben unsere sozialistischen Freunde auf die entscheidende Notwendigkeit hingewiesen, daß wir erst eine Ausrichtung unserer Parteien vornehmen wollen, bevor wir die Schaffung der einheitlichen sozialistischen Partei [zur Debatte] stellen . . . Wir wissen, daß die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei nicht das Werk eines Führungsbeschlusses, nicht der Beschluß von Parteivorständen sein kann, sondern das muß ein Beschluß sein, der von dem Einheitswillen aller sozialistischen und kommunistischen Parteimitglieder getragen ist.«¹³¹

An dieser Bemerkung Dettmanns ist nicht nur die Unterscheidung von sozialistisch und kommunistisch bemerkenswert, sondern vor allem die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Führung und Mitgliedschaft hinsichtlich der Einheitsbereitschaft. Indem unterstellt wurde, daß die Mitgliedermassen hinter dem Einheitswillen der Führungen zurückgeblieben seien, sollte die Phase der Aktionseinheit als unumgänglich notwendig begründet werden. Dettmann verschleierte damit, daß die angebliche Notwendigkeit der Aktionseinheit vor dem Zusammenschluß der Organisationen erst mehr oder weniger mühsam zur Anerkennung gebracht werden mußte, eben weil die Mitglieder beider Parteien, gerade auch der KPD, in ihrer großen Mehrheit auf eine sofortige oder baldige Einigung eingestellt waren. Die Verantwortung für die Zwischenphase der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit mit ihren letztlich nur negativen Folgen trifft die KPD-Führung, nicht die kommunistischen Anhänger. Wenn es in einer Frage keiner innerparteilichen Ausrichtung bedurfte, dann in der der sofortigen Vereinigung. Dennoch verwies Dettmann auf die gleiche ideologische Ausrichtung mit besonderer Genugtuung. »Unsere Genossen sind auf das genaueste informiert. Unsere Zeitung hat das Vertrauen aller politisch Ausgerichteten. Wir waren in allen Unterbezirken auf unseren Delegiertenkonferenzen, in allen Mitgliederversammlungen der Partei einheitlich ausgerichtet. Wir können mit Stolz sagen, daß bei unseren Leitungsmitgliedern es keine wesentlichen Differenzen über diese Frage gab.«¹³² Die Betonung dieses Ausgerichtetseins nicht im Sinn einer Selbstverständlichkeit, sondern einer politischen Leistung läßt erkennen, daß es nicht nur die Geschlossenheit der Partei im Streben nach der Einheit zu konstatieren galt, sondern in einem längeren Prozeß eine spezielle Ausrichtung mit speziellen Intentionen hinsichtlich des taktischen Vorgehens durchzusetzen war, mithin vorgefundene Einstellungen erst verändert oder zumindest teilweise korrigiert werden mußten.

Zum Problem des Sozialismus nahm die Hamburger KPD auf der Parteiarbeiterkonferenz eine zwiespältige Haltung ein. Sie betonte einerseits, »in unserem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Durchführung des Kampfes gegen Faschismus und Militarismus tolerieren [1] wir unsere sozialdemokratischen Freunde, weil wir wissen, daß die Einheit aller sozialistischen Parteien geschaffen werden muß.«¹³³ Wenig später wird andererseits dem Bekenntnis zum Sozialismus eine klare Absage erteilt: »Schauen wir uns einmal um und stellen wir die Frage, welche Partei hat eine so klare und so kühne Aufgabenstellung, wie wir sie haben. Wir sind Kommunisten, wir sind Marxisten, wir bleiben Kommunisten und wir bleiben Marxisten. Trotzdem stellt heute die Kommunistische Partei im Gegensatz zu ihren sozialdemokratischen Freunden keine sozialistischen Forderungen. Sie stellt sie auch deshalb nicht, weil es heute zwecklos wäre, das zu tun . . . Wir haben noch keine sozialistisch orientierte Volksbewegung. Diese müssen wir uns erst schaffen . . . Wir wissen, daß wir unter den Verhältnissen der militärischen Besetzung Deutschlands, der Kontrolle des gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens durch die Militärregierung unsere sozialistischen Forderungen nicht durchsetzen können. Es erscheint uns daher zwecklos, solche Forderungen aufzustellen, ohne sie damit aufgegeben zu haben.«¹³⁴

Das letzte von Dettmann genannte Argument hätte durchaus von bemerkenswertem Gewicht sein können, wenn er nicht im selben Atemzug auf das Potsdamer Abkommen eingegangen wäre und von diesen Beschlüssen, die gerade die Grundbedingungen der Besetzung regeln sollten, die entscheidende Hilfestellung erwartet hätte, »die Macht des imperialistischen Kapitalismus zu zerschlagen.«¹³⁵ Da aber die Zerschlagung des Kapitalismus, zumal in seinem imperialistischen Stadium, zweifellos eine sozialistische Forderung war, wurde Dettmanns Beweisführung in sich brüchig. Die KPD begriff sich offenbar als Partei mit einem sozialistischen Programm im Wartestand. Unklar blieb freilich, wodurch dieser Wartestand beendet werden sollte — durch eine sozialistische Volksbewegung, durch die Realisierung der Potsdamer Übereinkunft der großen Drei oder erst durch die Beendigung der Besatzungszeit. Da damit die Rahmenbedingungen, unter denen die demokratische Republik neuen Typs ihre Verwirklichung finden sollte, unbestimmt blieben, entfiel auch die Begründung, aus welchen zwingenden Überlegungen heraus unter den gegebenen Bedingungen des Jahres 1945 gerade die kommunistische Konzeption durchgeführt werden mußte.

Wichtiges Programmelement der KPD war die These von der nach

wie vor vorhandenen Virulenz von Faschismus und Militarismus in Deutschland.¹³⁶ Dieser Feststellung kam — unbeschadet ihrer faktischen Richtigkeit oder Unrichtigkeit — in erster Linie eine funktionale Bedeutung zu: Dadurch, daß die KPD negative Zustände der Vergangenheit als noch fortbestehend erklärte, unternahm sie den Versuch, auch positive Erscheinungen der zurückliegenden Zeit in die Gegenwart zu retten. Mit dem Hinweis auf die unmittelbare Gefahr des Faschismus sollte der Ansatz von Gemeinschaftsgeist in den Haftanstalten am Leben erhalten werden. »Solche Beispiele [der kommunistische Protest gegen die Abgabe von 285 Stimmen für den ehemaligen nationalsozialistischen Bürgermeister in Barsbüttel] müssen unseren sozialdemokratischen Freunden beweisen, wie verantwortlich wir uns fühlen und daß unsere Partei ehrlichen Willens ist, gemeinsam mit allen antifaschistischen Parteien den Kampf gegen Nazismus, Faschismus und Militarismus zu führen.«¹³⁷ Hinter diesem instrumentalen Aspekt der Faschismus-These trat das Bemühen um eine Überprüfung ihrer empirisch-analytischen Richtigkeit zurück und brachte nur einige illustrierende Beispiele. Außerdem wurde zunehmend das Dilemma deutlich, einerseits die faschistische Gefahr zu beschwören und andererseits vollstes Vertrauen zur Besatzungsmacht zu bekunden, die ja alle Gebiete des öffentlichen Lebens kontrollierte.

Um die vorläufige Weiterexistenz zweier Parteien zu begründen, griff Dettmann am Schluß seiner Parteitagrede sogar auf Äußerungen eines Berliner Sozialdemokraten zurück, der sich gegen eine baldige Vereinigung gewandt habe, da die SPD im Gegensatz zur KPD noch nicht einheitlich ausgerichtet sei. »Die Stellungnahme dieses Mitglieds des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Berlin ist ein Garant dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind.«¹³⁸ Dettmann erkannte offenbar nicht, daß sich die Berliner Sozialdemokraten mit solchen oder ähnlichen Äußerungen nicht den Kommunisten annäherten, sondern sich gerade von ihnen zu distanzieren versuchten, da sich inzwischen die kommunistische Haltung zu ändern begonnen hatte — was Dettmann noch nicht wußte. Nichts kann das Zurückbleiben gegenüber der Entwicklung in Berlin besser zeigen als diese Berufung auf Berliner Sozialdemokraten als Kronzeugen für die Richtigkeit des kommunistischen Kurses in Hamburg und die fehlende Kenntnis der Veränderungen, die sich in der Sowjetzone schon deutlich abzuzeichnen begannen. Ohne diese Unkenntnis wären eine solche öffentliche Expo- nierung in der Frage der Aktionseinheit und das Bekenntnis zur Politik des Berliner SPD-Zentralausschusses sicherlich unterblieben. So aber wurden den Hamburger Sozialdemokraten zur Rechtfertigung ihrer

Kursänderung in der Vereinigungsfrage allzu vordergründige Argumente an die Hand gegeben. Schließlich war es besonders Dettmanns Rede auf der Parteikonferenz am 1. Dezember 1945, die bald darauf zu seinem Sturz als Vorsitzender des KPD-Bezirks Wasserkante führte.

Am Schluß des Parteitages wurde »nach einer vom Ernst der Zeit getragenen gründlichen Diskussion«¹³⁹ eine EntschlieÙung verabschiedet, die noch einmal alle wesentlichen Elemente der Politik der Hamburger KPD in dieser Phase zusammenfaÙte: »Die Kommunistische Partei stellt sich die Aufgabe, den Weg zu ebnen, auf dem Deutschland sich als Nation behaupten, seine Zukunft sichern und das deutsche Volk, dessen Namen durch die Verbrechen der Nazis in der ganzen Welt geschändet wurde, ein geachtetes und gleichberechtigtes Mitglied unter den Völkern der Erde werden kann . . . Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch die restlose Beseitigung der faschistischen und militaristischen Kräfte, die Deutschland in Verbrechen und Krieg geführt haben. Die Kommunistische Partei bekennt sich deshalb aus tiefster Überzeugung zur Errichtung einer antifaschistischen demokratischen Republik, in der unter Vermeidung aller Fehler der Weimarer Republik die seit mehr als 100 Jahren vom deutschen Volk vergeblich erstrebte und ersehnte Vollendung der bürgerlichen Republik vollzogen wird, die Grundsätze der bürgerlichen Demokratie verwirklicht werden. Indem die KPD sich zu dieser geschichtlichen Aufgabe bekennt, übernimmt sie zugleich bewußt mit die Verantwortung für den neu zu erbauenden demokratischen antifaschistischen Staat, ist nicht mehr Oppositionspartei, sondern Partei des demokratischen Aufbaues . . . Aus dem Wissen von dieser historischen Mission der Arbeiterschaft bekräftigt die Konferenz den unbeugsamen Willen aller Kommunisten, über die täglich geübte Aktionseinheit zwischen SPD und KPD zur einheitlichen Partei des deutschen Volkes zu werden. Diese Einheit wird erstehen im gemeinsamen Kampf zur Ausschaltung jeglicher faschistischer Einflüsse in Staat und Wirtschaft . . .«¹⁴⁰

Entgegen den zu Beginn der Konferenz abgegebenen Versicherungen war am Ende nichts mehr von dem Anspruch zu spüren, in Hamburg eine absolut selbständige Politik entsprechend den in der britischen Zone herrschenden Bedingungen zu treiben. Stattdessen wurde die Ausrichtung der Hamburger KPD auf den Berliner Kurs vermeldet — so wie er in Hamburg begriffen wurde. »Die Konferenz sendet dem ZK und den Bezirksleitungen der KPD die herzlichen KampfgrüÙe. Mit großem Stolz können wir Kommunisten der Wasserkante die einheitliche Auffassung aller Parteiarbeiter über die politisch richtige Aufgabenstellung des ZK unter Führung des Genossen Wilhelm Pieck

feststellen.«¹⁴¹ Damit war unüberhörbar die Richtung angegeben, aus der auch mögliche Veränderungen der kommunistischen Politik in Hamburg kommen würden. In der Tat sollten die Hamburger Kommunisten sehr bald feststellen, daß sie nicht am Beginn der antifaschistisch-demokratischen Ordnung standen, sondern sich bereits am Ende dieser Zwischenphase befanden — zumindest was die entscheidenden Aspekte der Aktionseinheit und der Einheitspartei betraf. Der Anstoß zur Einleitung des nächsten Abschnitts kam nicht durch die Erfüllung der von der Hamburger KPD genannten Voraussetzungen — sozialistische Volksbewegung, Potsdamer Abkommen, Ende der Besatzung —, sondern ging von Berlin aus.

Dort fand am 20. und 21. Dezember 1945 eine Konferenz von jeweils 30 Sozialdemokraten und Kommunisten statt — die sogenannte »Sechziger-Konferenz« —, auf der nach schwerwiegenden internen Auseinandersetzungen das Signal zur Schaffung der Einheitspartei in absehbarer Zeit gegeben wurde. Wie es in einer Erklärung hieß, war »die Konferenz . . . von dem gemeinsamen Willen erfüllt, die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien zu ihrer organisatorischen Verschmelzung weiterzuentwickeln.«¹⁴² In einer gemeinsamen Entschließung wurde festgestellt, daß »auch über den Weg zur Schaffung der Einheitspartei . . . nach lebhafter und kameradschaftlicher Aussprache weitgehende Übereinstimmung erzielt werden [konnte]. Der Weg zur Einheitspartei führt über den raschen weiteren Ausbau der Aktionseinheit . . .«¹⁴³ Der Begriff Aktionseinheit blieb zwar noch erhalten, er gewann aber eine neue Qualität. War bisher die Phase der Aktionseinheit als ein längerer Zeitraum angesehen worden, den es mit nur diesem Begriff eigenen Inhalten auszufüllen galt, so wurde sie jetzt als möglichst kurze Zwischenphase ohne wesentliche eigene Qualität, als organisatorische Vorbereitungszeit für die baldige Vereinigung angesehen. Lautete bis dahin die Forderung, die Bemühungen um die Aktionseinheit zu verstärken, um sie überhaupt erst einmal überall herzustellen, so wurde jetzt behauptet, daß die Aktionseinheit bereits entscheidende Erfolge gebracht habe, man folglich schon an ihrem Ende stehe und es nur noch einer kurzen Kraftanstrengung bedürfe, um die letzten Unklarheiten zu beseitigen, alle Parteimitglieder vorzubereiten und dann sogleich die Einheitspartei zu konstituieren. Nach längerem Spiel auf Zeitgewinn machte sich nun Ungeduld breit, denn das Ziel war nicht mehr die Realisierung der Aktionseinheit, sondern die Verwirklichung der Parteieinheit.

Damit nahte der Augenblick der Entscheidung, in dem das zukünftige Verhältnis von SPD und KPD einer wie auch immer gearteten, end-

gültigen Lösung zugeführt werden mußte. Es war abzusehen, daß sich diese Entscheidungssituation nicht nur in Berlin und in der sowjetischen Zone, sondern — vor allem für die SPD — bald auch in den Westzonen ergeben würde, nicht zuletzt in Hamburg.

Die Hamburger KPD war innerhalb kurzer Zeit über den Verlauf der Konferenz und die Bedeutung der dort gefaßten politischen Entschlüsse informiert; so schickten schon am 29. Dezember Hamburger Parteifreunde ein Stenogramm des Berliner Sechzigertreffens an den erkrankten Paul Tastesen.¹⁴⁴ Nur einen Tag später — am 30. Dezember 1945 — fand eine Parteiarbeiterkonferenz Groß-Hamburgs statt, die sich dem Kurs der Berliner Genossen anschloß, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß diese Wendung in Hamburg ohne die Teilnahme von Sozialdemokraten vollzogen wurde. Das Hauptreferat auf dieser kurzfristig und für die Beteiligten offenbar überraschend einberufenen Konferenz hielt Richard Schaible, der bereits in der Weimarer Republik in Hamburg tätig gewesen war und u. a. am Oktoberaufstand 1923 teilgenommen hatte.¹⁴⁵

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen wies Schaible auf die außergewöhnliche Bedeutung dieser Zusammenkunft hin: »Wenn die Bezirksleitung es für erforderlich gehalten hat, Euch in so kurzer Frist am vorletzten Tage dieses schicksalsschweren Jahres zusammenzurufen, dann muß ein besonderer Grund hierfür vorgelegen haben. Dieser besondere Grund, der uns den Anlaß gibt, dem Thema unserer heutigen Versammlung die Bezeichnung ›Wendepunkt in der Arbeiterbewegung‹ zu geben, liegt vor. Man soll nicht leichtfertig mit solchen Wörtern umgehen. Aber die Ereignisse der letzten Tage geben uns Veranlassung, von einem Wendepunkt zu sprechen.«¹⁴⁶ Das Ergebnis, das Schaible und damit die Hamburger KPD zur veränderten Einschätzung der Beziehungen zwischen den beiden Arbeiterparteien veranlaßte, war die Berliner Sechziger-Konferenz. Schaible gab einen ausführlichen Überblick über diese Konferenz und fragte dann: »Nun steht natürlich für uns in Hamburg die Frage, wie steht es mit der Verstärkung der Aktionseinheit zwischen SPD und KPD? . . . Ihr sollt der Bezirksleitung den Kurs angeben, in dem weitermarschiert werden soll. Und ich bin keine Sekunde im Zweifel, daß dies nur ein Kurs auf die Herstellung und Festigung der Aktionseinheit, Kurs auf eine Aktionseinheit ist, die so fest ist, daß wir möglichst bald die im Denken und Handeln einige sozialistische Partei auch in Hamburg haben.«¹⁴⁷

Die Hamburger Kommunisten waren sich sehr wohl bewußt, daß die Akzentuierung in der Vereinigungsfrage auch Veränderungen in den programmatisch-konzeptionellen Aussagen mit sich bringen mußte. In

erster Linie war es notwendig, die bisherigen Äußerungen zum Sozialismus zu revidieren, eine Aufgabe, die der KPD insofern erleichtert wurde, als sie bisher keine weiteren inhaltlichen Anmerkungen zur Frage einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gemacht, sondern nur deren nicht näher bestimmte Realisierung in einer ungewissen Zukunft in Aussicht gestellt hatte. So war Schaible erkennbar bemüht, sozialdemokratische Bedenken in dieser Richtung zu zerstreuen. Ebenso wie die Einheit sollte nun auch der Sozialismus in näherer Zeit verwirklicht werden. Auf entsprechende besorgte Fragen der Hamburger SPD¹⁴⁸ antwortete Schaible: »Wir sind bereit, in kameradschaftlicher Weise klar und eindeutig darauf Antwort zu geben. Ich glaube aber, darin, daß die Kommunist. Partei zusammen mit der Sozialdemokrat. Partei in Berlin beschlossen hat, daß die theoretische Grundlage der zu schaffenden einheitlichen sozialistischen Partei Deutschlands die Grundsätze des wissenschaftl. Sozialismus nach den Lehren von Marx und Engels sein soll, darin, daß unser Genosse Fiete Dettmann auf der Bezirkskonferenz am 1. und 2. 12. in Hamburg sagte: ›Wir sind Marxisten und wir bleiben Marxisten‹, ist schon ganz klar und deutlich die Antwort auf diese Frage gegeben. Wir sind Marxisten und bleiben Marxisten und sind uns klar darüber, daß eine dauerhafte und friedliche Ordnung der Welt nur auf sozialistischer Basis möglich ist.«¹⁴⁹ Alles andere würde die Aufgabe der Existenzgrundlage der KPD bedeuten. »Wir können den Genossen von der SPD in aller Freundschaft sagen: ›Eure Befürchtungen sind unbegründet, wir sind Marxisten, wir sind Sozialisten und bleiben es, und wir wollen für die kommende einheitliche Partei der Arbeiterklasse diese Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus für unsere gesamte Politik festlegen.«¹⁵⁰

Schaible machte dann zwar einige Einschränkungen, die jedoch der sozialdemokratischen Position sehr nahe kamen und von dem Verzicht auf den Sozialismus für mindestens »20 Jahre«,¹⁵¹ wie er noch Anfang Dezember für notwendig erachtet worden war, nicht mehr viel übrig ließen. Die KPD legte jetzt das Schwergewicht auf allgemeinere Feststellungen, die auch von der SPD wohl überwiegend nicht bezweifelt wurden, wonach die Erringung einer sozialistischen Gesellschaft ein historischer Prozeß sei — dies machte für Schaible die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus aus —, oder aber sie führte praktische Schwierigkeiten ins Feld wie etwa die nicht zu bestreitende Tatsache, daß die zu sozialisierenden Industrien und Bodenschätze nicht in der Verfügungsgewalt des deutschen Volkes waren. Von der Beendigung der Besatzungszeit als Voraussetzung für die Möglichkeit, sozialistische Forde-

rungen zu stellen und durchzusetzen, war nicht mehr die Rede. Verbleibende Bedenken bei der KPD bezogen sich nicht auf die sozialistischen Forderungen selbst, sondern resultierten mehr aus mangelndem Vertrauen in die eigene Durchsetzungskraft. Schaibles Befürchtungen gingen in erster Linie dahin, daß sich in der Situation der Nachkriegsjahre eine Diskrepanz zwischen den Zielen und ihrer Erfüllbarkeit ergeben könnte, wodurch nur Illusionen und Enttäuschungen in die Reihen der Arbeiterschaft getragen würden. »Wir sind bereit, das extremste zu fordern und durchzuführen, was sich in der gegebenen Situation durchführen läßt, aber wir sind nicht bereit, etwas als Forderung auszusprechen und seine Verwirklichung zu prophezeien, von dem wir von vornherein wissen, daß es nicht durchgeführt werden kann, weil wir es ablehnen und ablehnen müssen, die Arbeiterklasse und das Volk zu täuschen.«¹⁵² Der taktische Gesichtspunkt, durch langfristigen Verzicht auf sozialistische Forderungen die bürgerlichen Kräfte zur Mitarbeit in einem Einheitsblock zu gewinnen, trat teilweise in den Hintergrund zugunsten des unzweideutigen, wenn auch situationsorientierten Bekenntnisses zu sozialistischen Zielen, um so alle Bedenken der SPD gegen die Verstärkung der Aktionseinheit und die darauf folgende, baldige Bildung der Einheitspartei zu zerstreuen. Die frühere Vorstellung des antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks wurde im wesentlichen reduziert auf die Forderung, daß die Arbeiterklasse die Führerin der Mittelschichten sein müsse, eine Aufgabe, die nach Ansicht Schaibles um so leichter falle, als »diese Mittelschichten . . . selbst Opfer des Faschismus und imperialistischen Monopolkapitals«¹⁵³ geworden seien.

Zur Klärung noch nicht entschiedener Fragen forderte Schaible eine kameradschaftliche Zusammenarbeit »innerhalb der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung.«¹⁵⁴ Für die Diskussion theoretischer Probleme sollte ein gemeinsames Organ von SPD und KPD geschaffen werden, womit die Hamburger Kommunisten nicht nur einen Beschluß ihrer Delegiertenkonferenz vom 1. und 2. Dezember wieder aufnahmen, sondern auch an eine entsprechende Absichtserklärung der Berliner Sechziger-Konferenz anknüpften.¹⁵⁵ Wie um die bisherige Politik der KPD seit Ende Juni 1945 vergessen zu machen und die Sozialdemokraten mit beschwörenden Worten von der Alternativelosigkeit der Situation zu überzeugen, schloß Schaible seine Rede: »Wir wissen, daß dieses Bewußtsein von der unbedingten Notwendigkeit dieser Einheit auch bei jenen sozialdemokratischen Arbeitern vorhanden ist, die noch sonst was für Unklarheiten und Mißverständnisse über die Politik der KPD haben. Dieser Wille zur Einheit wirkt wie eine

Naturkraft, die sich durchsetzen wird auch in Hamburg, allem Widerstand zum Trotz. So werden wir vorwärts marschieren, werden die Voraussetzungen zum Sozialismus schaffen, und so schließlich den Sozialismus erringen.«¹⁵⁶

Nach »Entgegennahme des Berichts der Bezirksleitung der KPD über den Wendepunkt in der Arbeiterbewegung«¹⁵⁷ faßten die Delegierten eine EntschlieÙung, in der sie »mit Freuden die in den letzten Tagen erfolgten Fortschritte in der Festigung der Aktionseinheit«¹⁵⁸ begrüßten, wobei sie vor allem auf die Sechziger-Konferenz verwiesen und die Bezirksleitung Wasserkante aufforderten, »unverzüglich alle erforderlichen Schritte zu unternehmen:

1. eine engere und ständige Zusammenarbeit zwischen der SPD und der KPD in Groß-Hamburg mit dem Ziel herbeizuführen, möglichst bald aus der Aktionseinheit die einheitliche sozialistische Partei Deutschlands erwachsen zu lassen.
2. das gemeinsame Aktionsprogramm der SPD und der KPD Groß-Hamburgs durch Vertreter beider Parteien in gemeinsamen Versammlungen und Kundgebungen in den Betrieben und in den Wohnbezirken vor der gesamten werktätigen Bevölkerung Groß-Hamburgs zu verkünden und seine Umsetzung in die Tat herbeizuführen.
3. in den kommenden Bürgerschaftswahlen durch Vermeidung von Gegenkandidaten, der Verhinderung der gegenseitigen Bekämpfung und die Aufstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms den Kampf um die Arbeitermehrheit in Hamburg erfolgreich zu führen.«¹⁵⁹

Die Politik der KPD in Hamburg wies in der Zeit vom Mai bis zum Dezember 1945 zwei Bruchstellen auf: die erste lag Ende Juni/Anfang Juli, als — höchstwahrscheinlich — Friedrich Dettmann als erster aus Berlin die Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront mit nach Hamburg brachte und hier durchsetzte; der zweite, von den Kommunisten selbst bezeichnete Wendepunkt lag Ende Dezember, als die Vorstellung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung mit allen damit zusammenhängenden ideologischen Implikationen zugunsten der baldigen Bildung einer Einheitspartei aus SPD und KPD entscheidend modifiziert wurde.

Zwischen den beiden Bruchstellen bestand allerdings insofern ein wichtiger Unterschied, als es beim ersten Mal um die Durchsetzung der Linie des Berliner Zentralkomitees gegen den spontanen Wunsch nach Vereinigung der Arbeiterparteien und das ebenso selbstverständliche Bekenntnis zu sozialistischen Zielen ging, beim zweiten Mal aber um

den Nachvollzug von Korrekturen, die im wesentlichen der latent bereits vorhandenen Auffassung entsprachen. In gewisser Weise knüpften die politischen Absichten, wie sie die Hamburger KPD am 30. Dezember beschloß und verkündete, an das spontane Verhalten der Kommunisten von Anfang Mai bis Ende Juni an.

Alle Energien wurden freigegeben für den Kurs auf die Einheitspartei — wie sich herausstellen sollte, zu spät. Dazwischen, in den entscheidenden Monaten von Juli bis Dezember, lag wie ein Fremdkörper die Phase der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront, die — als Modell in den dreißiger Jahren entwickelt — sich als den Hoffnungen und Erwartungen der breiten, politisch interessierten Arbeiterschichten in Hamburg nicht gemäß erwies, deren Durchsetzung aber ohne Rücksicht auf die Stimmung der eigenen Mitglieder und die Entwicklung in der SPD mit viel Energieaufwand betrieben wurde. Dadurch wurde die Gelegenheit verpaßt, durch offensives Herangehen an die Sozialdemokraten, deren innerparteiliche Meinungsbildung erkennbar nicht einheitlich war, von vornherein die zum Zusammenschluß bereiten Kräfte in der SPD zu stärken. Statt dessen wurden die Sozialdemokraten hingehalten und abgewiesen, gerade in dem Moment, als Kurt Schumacher seinen einigungsfeindlichen Kurs in die einzelnen Gebiete der Westzonen zu tragen begann. Nichts war besser geeignet als die kommunistische Konzeption, enttäuschte und in ihren Einheitshoffnungen irritierte Sozialdemokraten an die Seite Schumachers zu treiben.

Mit ihrem Bedürfnis nach Stetigkeit, Übersichtlichkeit und vor allem kontrolliert-ausgerichtetem Vorgehen machten die Kommunisten einen Großteil der trotz der bedrückenden materiellen Lage enthusiastischen Aufbruchsstimmung zunichte und erwiesen sich dadurch als Ordnungsfaktor *sui generis* — allerdings in Richtung auf eine Ordnung, die sie selbst kaum wünschen konnten. Die trotz gegenteiliger Erklärungen bedingungslose Übernahme der Berliner Parteilinie — mit gelegentlichen Verzögerungen — und ihre Übertragung auf die Hamburger Verhältnisse, ohne die besonderen Bedingungen in der britischen Zone ausreichend in Rechnung zu stellen, war nicht geeignet, die Durchsetzung der eigenen Ziele zu fördern. Die unflexible Orientierung am antifaschistisch-demokratischen Einheitsfrontkonzept, zu dessen theoretischer Begründung sich ohne Zweifel beste Argumente ins Feld führen lassen, erwies sich spätestens zu dem Zeitpunkt als bedenklich, als offenbar wurde, daß es nicht gelang, mit den bürgerlichen Parteien zu festen Abmachungen zu kommen, als sich zugleich die Distanz zwischen SPD und KPD eher zu vergrößern als zu verringern begann und die Gefahr unübersehbar wurde, daß die Hamburger Sozialdemokraten

nicht die Kraft und politische Substanz besitzen würden, um sich ohne konkrete Ergebnisse einer kameradschaftlichen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten über einen längeren Zeitraum gegen Schumacher behaupten zu können.

Auf alle diese retardierenden oder gar negativen Momente reagierten die Hamburger Kommunisten, denen die Gefahren einer Wandlung in der Haltung der SPD durchaus nicht verborgen blieben, mit unbegründetem und unverständlichem Optimismus. Den auftauchenden Schwierigkeiten meinten sie durch den festen Glauben an das eigene Konzept begegnen zu können, dem es nur geradlinig zu folgen gelte.

Als sich das Klima zwischen den Parteien zu verschlechtern begann und den Hamburger Kommunisten die ersten Angriffe Schumachers zu Gehör kamen, flüchteten sie sich in eine ausschließlich passive Märtyrerkhaltung, ohne nach den Ursachen und damit der partiellen Verantwortlichkeit der eigenen Politik für die Klimaverschlechterung zu fragen. Charakteristisch dafür ist die Bemerkung Dettmanns auf der Parteikonferenz am 1. Dezember: »Vielleicht versteht Ihr die Politik Eurer Bezirksleitung, die schon vor 3 Monaten den sozialdemokratischen Freunden und den bürgerlichen Antifaschisten erklärt hat: Ihr könnt uns ruhig angreifen! Wir greifen Euch nicht an, weil wir die Lage des deutschen Volkes erkennen und aus der Erkenntnis dieser Lage die feste Politik unserer Partei führen.«¹⁶⁰ Diese Duldermentalität bedeutete praktisch den Verzicht auf eine aktive Gestaltung der Entwicklung, wenn sie dem eigenen Konzept nicht absolut konform lief.

Bei einer sofortigen Verschmelzung mit der SPD sahen die Kommunisten ernsthafte Gefahren für die neue Einheitspartei: interne ideologische Auseinandersetzungen, neue Spaltungen, ungenügende Berücksichtigung der Tatsache, daß nicht die Deutschen selbst, sondern die Alliierten Deutschland vom Nationalsozialismus befreit hatten. Diese Befürchtungen, auf die schon an anderer Stelle hingewiesen wurde, wären zweifellos nicht mit leichter Hand wegzuwischen gewesen und hätten für eine realistische Einschätzung möglicher Alternativen auch für die KPD von erheblicher Bedeutung sein können, wenn sie ihre eigene monatelange Argumentation nicht dadurch desavouiert hätte, daß sie seit Ende Dezember die Einheitspartei anzustreben begann, ohne daß die von ihr selbst geforderte einheitliche ideologische Ausrichtung beider Parteien auch nur im mindesten durchgeführt oder wenigstens tendenziell eingeleitet worden war; stattdessen waren die Meinungsverschiedenheiten nicht geringer, sondern größer denn je.

Gewährleistet war lediglich die einheitliche Ausrichtung der KPD,

allerdings im Sinne von Prinzipien, die die Frage berechtigt erscheinen lassen, ob eine — wie aus den internen Anweisungen hervorgeht — nach leninistischen Organisationsrichtlinien durchstrukturierte Partei noch die notwendige Offenheit besitzen konnte, um im Zuge eines Kompromisses mit den Sozialdemokraten von diesen Prinzipien wieder abzurücken, oder ob innerparteilicher Immobilismus nur die Eingliederung der sozialdemokratischen Mitglie­dermassen in das vorgegebene Kader- und Betriebsgruppensystem erlaubt hätte. Wenn die KPD bereit war, bei der Organisationsstruktur der Einheitspartei echte Kompromisse einzugehen, stellt sich die nächste Frage, warum sie erst so beträchtliche Anstrengungen unternahm, eine leninistische Organisation aufzubauen, um dann doch dem sozialdemokratischen Verständnis von innerparteilicher Demokratie entgegenzukommen. Mit dem Blick auf eine zukünftige Einheitspartei wäre es konsequent gewesen, von vornherein die mit Sicherheit zu erwartenden divergierenden Auffassungen der SPD mit zu berücksichtigen — umgekehrt müßte diese Forderung genauso gelten —, statt Mühen auf eine innerparteiliche Ausrichtung zu verwenden, die binnen kurzer Frist partiell hinfällig werden mußte, wenn man den Gedanken der Einheitspartei ernst nahm.

Alle diese Fragen sind spekulativ und müssen unbeantwortet bleiben, denn im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungszone gab es in Hamburg und in der britischen Zone keine Kraft, die den zentrifugalen Tendenzen entgegengewirkt und die Einheitspartei realisiert hätte. Gerade die Erkenntnis, daß den Kommunisten am »Wendepunkt« Ende Dezember 1945 die Initiative weitgehend entglitten war und sie weder Machtmittel noch Autorität besaßen, um auf wirkungsvolle Weise auf die Entwicklung Einfluß zu nehmen, zeigt das Scheitern ihrer Konzeption.

Wenn man den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch eine besondere, in vieler Hinsicht entscheidende Bedeutung beizumessen geneigt ist, dann zeigt sich, daß es — von anderen Faktoren einmal abgesehen — der KPD nicht gelang, ein den Bedingungen und Entwicklungen in der britischen Zone adäquates politisches Programm zu entwickeln, das durch Inhalt und innerparteiliche Absicherung die Bereitschaft zu einem echten Neuanfang erkennen ließ. Statt dessen dominierten erneut negative Erbteile aus der Weimarer Republik wie die starre Bindung an vorgegebene ideologische Konzepte ohne ausreichende Kontrolle ihrer Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit, die Überschätzung der einheitlichen innerparteilichen Ausrichtung als Wert an sich ohne die Bereitschaft, die Ansichten und Prädispositionen der Partner ins eigene Kalkül einzubeziehen, und schließlich das Überwiegen des Taktischen gegenüber dem politisch Substantiellen und Unverzichtbaren.

Auch wenn durch die Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront das genaue Gegenteil erreicht werden sollte, so begann doch mit ihr ein fortschreitender Isolierungsprozeß der Hamburger KPD, an dessen Ende sie Anfang der fünfziger Jahre jeden Einfluß verloren hatte und zu einer Sektierergruppe geworden war; die Keime für dieses neue Sektierertum wurden — trotz bester gegenteiliger Absichten — schon im Jahre 1945, womöglich sogar eher, gelegt. Die Art und Weise schließlich, wie wesentliche Elemente des antifaschistisch-demokratischen Programms im Dezember 1945 gänzlich undramatisch demontiert wurden, zeigt sowohl seine taktische Unbrauchbarkeit wie auch einen gewissen inhaltlichen Substanzmangel.

Durch eine solche fundamentale Kritik am kommunistischen Konzept des Jahres 1945 wird in keiner Weise beabsichtigt, die Verantwortlichkeit anderer für die in vieler Hinsicht unbefriedigende parteipolitische Entwicklung in der Nachkriegszeit zu verringern oder von ihr abzulenken und damit eine Exkulpierung anderer Kräfte auf Kosten der KPD zu betreiben. Allerdings bot sie ein Beispiel dafür, mit welchen Widersprüchlichkeiten entscheidende politische Kräfte nach 1945 wieder die Szenerie betraten, wie sie auf Ereignisse, die so nicht erwartet worden waren, keine adäquaten Antworten wußten und dadurch mögliche alternative Entwicklungen behinderten. Darüber hinaus wird deutlich, mit welchem Tempo die relative Offenheit des Jahres 1945 wieder zunichte gemacht wurde und sich das innerdeutsche parteipolitische Vakuum mit Interpretationschemata und stringenten Verfahrensanweisungen wieder ausfüllte.

VI. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten Herbst 1945 bis Sommer 1946

Die letzte Sitzung des gemeinsamen Aktionsausschusses von Sozialdemokraten und Kommunisten hatte — wie oben dargestellt — am 13. Oktober 1945 stattgefunden und war insofern ergebnislos verlaufen, als verbindliche Abmachungen für die Zukunft nicht getroffen wurden.

In den nächsten beiden Monaten trat keine wesentliche Änderung im Verhältnis von SPD und KPD ein. Die Zeit von Oktober bis Dezember 1945 war eine Periode des Abwartens und der innerparteilichen Konsolidierung, in der der Aufbau getrennter Parteiorganisationen, insbesondere seit der offiziellen Zulassung am 21. November, verstärkt vorangetrieben wurde.¹ Die Hamburger Sozialdemokraten nahmen in diesen Monaten eine mittlere Linie gegenüber den Kommunisten ein: keine Feindschaft, grundsätzliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit, das sich in der Praxis als Abwarten bei unterschiedlichem Vorgehen auf unterer und oberer Ebene darstellte.

Sie folgten weitgehend den Auffassungen, die die Hamburger Teilnehmer an der ersten überregionalen Parteikonferenz der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg vom 5. bis 7. Oktober in dem kleinen Ort Wennigsen bei Hannover vertreten hatten. Nach einem Referat Schumachers war die Aussprache von Karl Meitmann eröffnet worden, der zur Vereinigungsfrage ausgeführt hatte: »Die Einheit der Arbeiter-

bewegung ist kein taktisches, sondern ein politisches Problem. Die eindringlichste Lehre der 12 Hitlerjahre ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit, diese Einheit jetzt zu verwirklichen. Der Bruderkampf unter den Parteien der Arbeiterschaft war der entscheidende Grund ihrer Entmachtung und ihres schließlichen Unterganges. Er wird es wiederum werden, wenn die Einheit nicht zustande kommen sollte . . . Erst die kommende Arbeit am Riesenwerk des staatlichen Neubaus wird erkennbar machen, ob die anderen Parteien es ernst meinen mit der Demokratie. Sie schon jetzt, *vor* dem Beweis ihres ehrlichen Willens, aus ihrer *früheren* Haltung her zu bekämpfen, wäre eine Schwächung unserer eigenen Politik. Die Hamburger lehnen daher auch die grundsätzliche Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Nicht aus Schwäche und taktischen Gründen, sondern aus Verantwortungsbewußtsein vor dem geschichtlichen Auftrag, die deutsche Arbeiterbewegung zu einem machtvollen und wirksamen Instrument aller Werktätigen zu machen, führen und drängen wir auf die Einheit hin.«² Eine ähnliche Formulierung findet sich auch in der vorbereiteten »Hamburger Resolution«, die allerdings nicht verabschiedet wurde, da die Konferenz keine festen Beschlüsse faßte. Dieser Aufruf zur Zusammenfassung aller Kräfte schloß mit einer Formel, die schon in den mit den Kommunisten gemeinsam verfaßten Dokumenten enthalten war: »Nach unserem Willen sollen niemals wieder Spaltung und Bruderkampf unsere Kraft lähmen, denn wir wissen, daß sie der Nährboden des Hitlerschen Schreckens-Regimes waren.«³

In Inhalt und Diktion seiner Ausführungen stand Meitmann auf dieser Konferenz noch in der Kontinuität der vorausgegangenen Monate — in einer viel stärkeren Kontinuität als etwa die zu diesem Zeitpunkt von ihm in Hamburg betriebene praktische Politik. Meitmann setzte sich zudem in einen beträchtlichen Gegensatz zur Position Schumachers, der auch auf dieser Konferenz seine prinzipiellen Bedenken gegen die Politik der KPD vortrug und keinen Zweifel daran ließ, daß für ihn die Einheitspartei nicht auf der Tagesordnung stehe und daß sich an dieser Einstellung auch in Zukunft kaum etwas ändern würde.⁴ Die Motive für Meitmanns Exponierung auf der Parteikonferenz sind nicht klar zu erkennen: einerseits dürfte er das wiedergegeben haben, was er und seine politischen Freunde zumindest im Grundsatz für die notwendige und richtige Politik hielten, zum anderen handelte es sich um einen Versuch, die Gesamtentwicklung der Partei in die von ihm gewünschte Richtung zu drängen, ohne sich jedoch in Hamburg zu weit nach vorn zu wagen, mithin von oben nach unten und nicht umgekehrt zu wirken. Das Bemühen, sich nicht schon jetzt zu eindeutig festzulegen,

zeigt auch seine Aufforderung, erst einmal die praktische Politik der KPD abzuwarten. Hinsichtlich dieser Politik versäumte es Meitmann allerdings nicht, gewisse Forderungen und Warnungen auszusprechen, die in der Bemerkung gipfelten, daß die »Parteien, die die Demokratie nur als Taktik gebrauchen oder als Werbeplakat benutzen . . ., sehr bald das Vertrauen des Volkes verlieren«⁵ würden.

Meitmann versuchte offensichtlich, den beiden Faktoren Rechnung zu tragen, die seine politische Arbeit beeinflussten, nämlich einmal der Stimmung unter den Hamburger Parteimitgliedern, die mehrheitlich einheitsfreundlich waren und einen scharf antikommunistischen Kurs kaum verstanden und noch weniger gebilligt hätten, zum andern der neuen Parteizentrale Schumachers in Hannover, deren Abneigung gegen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ebenso feststand. Über diese taktischen Gesichtspunkte hinaus war jedoch durchaus noch eine echte Überzeugung von der Notwendigkeit der Einheit vorhanden. Dennoch haftete der Politik der Hamburger SPD in diesen Wochen etwas Zwiespältiges an, das nicht restlos erklärbar ist: einerseits bewiesen ihre Vertreter auf der Wennigener Konferenz mit dem Eintreten für eine Kooperation mit der KPD ein erhebliches Maß an Courage, zumal sie fast die einzigen waren, die dies taten, andererseits ließen sie in Hamburg den Aktionsausschuß einschlafen und waren damit nicht einmal mehr geneigt, eine institutionalisierte Zusammenarbeit dort zu praktizieren, wo es noch in ihrer Macht stand. Warum sich Meitmann als Sprecher der Hamburger SPD ausgerechnet in Wennigsen exponierte und nicht in Hamburg, warum er der mutig erscheinenden theoretischen Aussage, die ja nichts über die Einheitspartei enthielt, sondern nur zur Frage der Zusammenarbeit, nicht die entsprechende praktische Politik folgen ließ, kann nur spekulativ begründet werden. Möglicherweise wurde die Stimmung auf der Konferenz von Meitmann, der die Aussprache eröffnete, falsch eingeschätzt, und er steckte zurück, als er seine Isolierung erkannte, oder aber die Hamburger Vertreter wurden in Separatgesprächen von Schumacher darauf verpflichtet, sich nicht nach außen hin sichtbar mit den Kommunisten zu verbünden, sondern erst einmal in einiger Distanz abzuwarten.

Diese Politik des Abwartens verfolgten die führenden Hamburger Sozialdemokraten bis in die zweite Dezemberhälfte, wobei es zwischen Mitte Oktober und Mitte November zu keinerlei offiziellen Kontakten zwischen SPD und KPD kam. Der Aktionsausschußsitzung vom 13. Oktober folgte erst wieder am 14. November ein Schreiben der KPD an den SPD-Vorstand.⁶ In diesem Brief knüpfte die KPD an den im Aktionsausschuß gemachten Vorschlag zur Aufstellung von Einheits-

listen für die kommenden Bürgerschaftswahlen, als deren Termin zu diesem Zeitpunkt der März 1946 angesehen wurde, an und forderte die SPD auf, ihre Vorstellungen zu dieser Frage darzustellen. Außerdem teilte die KPD mit, daß sie ihre Stadtteileitungen angewiesen habe, gemeinsame Frauenausschüsse mit den Sozialdemokraten zu konstituieren; sie bat den SPD-Vorstand, auch seinen Frauenorganisationen entsprechende Anweisungen zu geben, was bisher bedauerlicherweise noch nicht geschehen sei. Schließlich suchte die KPD um eine Liste derjenigen Gewerkschaftsführer nach, die nicht in die SPD aufgenommen werden sollten.⁷ Zur Besprechung dieser Fragen schlug die KPD eine Aktionsausschußsitzung am 19. und 20. November vor, auf der folgende Tagesordnung behandelt werden sollte:

- »1. Gemeinsame Vorstandssitzung beider Parteien.
2. Stellungnahme zur Bildung der Zonenregierung im englisch besetzten Gebiet.
3. Stellungnahme zu den Wahlen in den Gewerkschaften.
4. Stellungnahme zu den bereits getroffenen Maßnahmen zur Verteidigung des Lebens unserer Kinder gegen Hunger, Kälte und Tod.
5. Vorschläge für den in Hamburg gemeinsam einzusetzenden Produktionsplanungs-Ausschuß.«⁸

Die SPD ließ diesen Brief über die vorgeschlagenen Termine hinaus unbeantwortet. In einem kurzen Antwortschreiben vom 30. November ging die SPD auf die inhaltlichen Fragen nicht ein, sondern teilte nur mit, daß man längst auf das Schreiben vom 14. November geantwortet hätte, »wenn nicht die sich aus der Legalisierung der Partei ergebenden Arbeiten es verhindert hätten.«⁹ Auch ein nochmaliges Schreiben der KPD, in dem die Hoffnung ausgedrückt wurde, »daß Ihr demnächst die gemeinsame Sitzung des Aktionsausschusses einberufen werdet«,¹⁰ änderte nichts mehr an der Tatsache, daß die Zeit institutionalisierter Zusammenarbeit vorbei war.

Während es somit auf der obersten Ebene zwischen den Vorständen beider Parteien nur noch schriftlichen Kontakt gab, existierten in zahlreichen Regionen Hamburgs noch weiterhin Aktionsausschüsse, auch wenn ihre Blütezeit sich vielfach schon dem Ende zuneigte.¹¹ So gab es beispielsweise Ausschüsse in den Stadtteilen Bergedorf und Langenhorn. Die gemeinsame Aktionsorganisation in Langenhorn nannte sich »Kommunalpolitischer Ausschuß der SP und KP« und befaßte sich insbesondere mit Fragen der Arbeiterwohlfahrt; der Ausschuß begriff sich dabei durchaus auch als Vorstufe zur Einheitspartei. »Gerade in der

gemeinsamen Arbeit in praktischen Dingen, wie z. B. in den Wohlfahrtsfragen, sehen wir die beste Möglichkeit der Vorarbeit für die angestrebte Einheitspartei . . . Das Beispiel des gemeinsamen Kommunalpolitischen Ausschusses der SP und KP des Distriktes Langenhorn beweist die Möglichkeit solcher Zusammenarbeit.«¹²

Am 9. Dezember meldete die Distriktsleitung Barmbek-Uhlenhorst an die Parteizentrale, daß die Einsetzung von Arbeitsausschüssen in allen Bezirken beschlossen worden sei zur Erarbeitung einer Plattform, »auf die dann die Ausrichtung der Arbeiterschaft erfolgen kann.«¹³

Während der zentrale Aktionsausschuß schon untätig war, wurden auf unterer Ebene in einzelnen Fällen sogar noch neue Ausschüsse gegründet, so im Gebiet Rothenburgsort-Moorfleet, wo sich am 10. November zwei Sozialdemokraten und vier Kommunisten zusammenfanden, um die Konstituierung eines paritätisch zu besetzenden Aktionsausschusses zu vereinbaren. Zugleich verfaßten sie ein Programm, das sich ganz auf die praktische Tagespolitik konzentrierte. Im Gegensatz zu anderen Zusammenschlüssen von Sozialdemokraten und Kommunisten wollte sich dieser Ausschuß aber nicht direkt als Vorstufe für die Einheitspartei verstanden wissen, sondern zeigte sich »an der Parteiarbeit der beiden soz[ialistischen] Parteien . . . nur insofern interessiert . . . als es den Bestrebungen der Einheit nicht zuwiderläuft.«¹⁴

Wenn sich auch Schumachers Einschätzung von Mitte September, »daß die Erkenntnis der Zwangsläufigkeit, in unserer historischen Epoche die Partei der demokratischen Sozialisten ideologisch und organisatorisch getrennt zu halten von der Kommunistischen Partei . . . Allgemeingut geworden« sei und daß daran auch »verblässende lokale Sondererscheinungen« nichts änderten,¹⁵ auch in Hamburg immer stärker bestätigte, so zeigt sich doch zugleich, daß auf Stadtteilebene durchaus noch andersartige Tendenzen lebendig waren, die allerdings — wie die einzelnen Beispiele deutlich machen — in Konstruktion, Programmatik und Zielsetzung nicht einheitlich waren, vor allem deshalb, weil die zentrale Koordination fehlte.¹⁶ Die Beispiele belegen auch, daß es bis ins Jahr 1946 hinein bei zahlreichen politisch engagierten Sozialdemokraten eine große Bereitschaft zu gedeihlicher Zusammenarbeit mit den Kommunisten gab, wenn nicht sogar als Ziel die Einheitspartei proklamiert wurde.

Andererseits wurden die Politik und die politischen Äußerungen der führenden Kommunisten Hamburgs sehr genau und nicht ohne Mißtrauen verfolgt. Dabei begannen sich die Verstimmungen zu häufen, die mit dem Severing-Flugblatt begonnen hatten. So berichteten Sozialdemokraten aus dem Stadtteil Billstedt im Osten Hamburgs von einer

KPD-Veranstaltung, auf der Friedrich Dettmann einen Aufruf zur Vorbereitung von Selbstschutzmaßnahmen im Luftschutzfall aus dem Jahre 1932 gezeigt und erklärt haben soll: »Dieser Aufruf trägt Unterschriften, die von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten reichen.«¹⁷ Weiter heißt es in dem Bericht über diese Versammlung: »Die anwesenden sozialdemokratischen Genossen erblickten in der Tatsache, daß der Vorsitzende der KPD in einer öffentlichen Kundgebung die Sozialdemokratie in Verbindung mit den Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie nannte, eine in diesem Stadium der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung schwer wirkende Entgleisung. Wir haben nach Schluß der Versammlung dem Genossen Dettmann allgemein unser Mißfallen ausgesprochen und gegen eine solche Redewendung heftig protestiert. Wir haben betont, daß unter solchen Umständen die Arbeit zur Erreichung einer Einheitspartei schwer gefährdet ist.«¹⁸ Der Vorfall sei um so bedauerlicher, als es gerade in Billstedt eine gute Zusammenarbeit der Distriktsleitungen der beiden Parteien gegeben habe. Dettmann selbst habe seinen Angriff damit verteidigt, daß der SPD-Politiker Ernst Tessloff, Mitglied des ehemaligen Aktionsausschusses, der KPD vorgeworfen habe, die Einheit zu verhindern.

Solche und andere Querelen waren Ausdruck einer grundsätzlichen Klimaverschlechterung zwischen beiden Parteien. Die Vorsicht, mit der die Hamburger Sozialdemokraten das Thema Einheitspartei behandelt wissen wollten, wurde auch darin deutlich, daß sie auf die Berichterstattung der Presse zu diesen Fragen mit Erfolg Einfluß nahmen. So wurde zwischen der SPD-Führung und der »Neuen Hamburger Presse« am 5. Dezember vereinbart, daß »alle Angelegenheiten, die von der KPD in bezug auf Zusammenarbeit mit der SPD der Presse zugeleitet werden bzw. in Versammlungen behandelt werden, . . . vor der Veröffentlichung mit dem Genossen Meitmann zwecks Abstimmung besprochen werden«.¹⁹

Trotz dieses zwischen Desinteresse und Konflikt schwankenden Verhältnisses kam es um die Jahreswende 1945/46 doch noch zu einem Briefwechsel zwischen SPD und KPD, in dem grundsätzliche Fragen behandelt wurden, wobei die SPD ihr ausschließlich defensives Verhalten wieder zu modifizieren schien.

Dem Briefwechsel war eine Versammlung sozialdemokratischer Funktionäre vorausgegangen, auf der von dreien der fünf Unterzeichner des gemeinsamen Aktionsprogramms – Elsner, Tessloff und Schmedemann – sowie dem Ernährungssenator Otto Borgner ein Antrag vorgelegt und mit etwa 270 gegen 30 Stimmen angenommen worden sein soll, der die Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit mit der KPD

enthielt.²⁰ Die Folge dieses Beschlusses war, daß sich Meitmann — sicherlich nicht aus eigener Initiative, da er nicht unter den Initiatoren der Zusammenkunft genannt wird — mit einem Brief an die Bezirksleitung der KPD wandte.

In diesem Brief erinnerte Meitmann an das gemeinsame Aktionsprogramm und den gemeinsamen Aufruf, die beide den möglichst »baldigen Zusammenschluß in einer einzigen *sozialistischen* Partei«²¹ zum Ziel gehabt hätten. Als selbstverständlichen Zeitpunkt für die Vereinigung hätten die Sozialdemokraten den Tag der Legalisierung angesehen. »Seit dem 21. November 1945 sind nun die politischen Parteien in Hamburg durch die Militärregierung erlaubt und haben in Versammlungen, Kundgebungen und im Rundfunk die Politik vertreten, die sie zu machen entschlossen sind.«²² Die Darlegung der politischen Programmatik — so fuhr Meitmann fort — habe nun gezeigt, daß die SPD fest entschlossen sei, »die politische Demokratie auf die Wirtschaft auszudehnen . . . und anstelle der von Gewinn- und Profitinteressen bestimmten Privatwirtschaft planvolle sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft«²³ zu betreiben; dagegen habe die KPD »diese Politik als unzeitgemäß, ja die Forderung sozialistischer Maßnahmen in der Wirtschaft als »geschmacklos« abgelehnt und zum Ausdruck gebracht, daß »in den nächsten 20 Jahren vom Sozialismus nicht geredet« werden könne, dafür aber die freie Privatwirtschaft und Unternehmerinitiative gefordert«.²⁴ Angesichts dieser Erklärungen müsse angenommen werden, daß sich die KPD »zu einer privatkapitalistischen Partei gewandelt«²⁵ habe und es somit auf der Hand liege, »daß eine solche Wandlung der KPD nicht ohne Einfluß auf ihre Eignung bleiben kann, mit der sozialdemokratischen Partei zusammen eine *sozialistische Einheitspartei* zu werden.«²⁶

Als »Voraussetzung für die Verwirklichung der gewünschten Zusammenarbeit«²⁷ wollte Meitmann daher erfahren, ob die KPD sich für folgende drei Forderungen einzusetzen bereit sei:

- »1. . . . Die sofortige Rückführung der Bodenschätze und Kraftquellen sowie die Überführung aller Betriebe der Urproduktion, der Schwer- und Großindustrie, der Großchemie und des Bankenkapitals in den Gemeinbesitz des Volkes.
2. Die gesamte Güterproduktion und Güterverteilung ist dem natürlichen friedlichen Bedarf des ganzen Volkes durch planwirtschaftliche Lenkung und Preiskontrolle mittels seiner demokratisch gebildeten Organe dienstbar zu machen und so der Bereicherung Einzelner zu entziehen.
3. Die kapitalistische Monopol- und individualistische Marktwirtschaft durch die sozialistische Planwirtschaft abzulösen ist kein

Fernziel, sondern dringende Notwendigkeit und unerläßliche Voraussetzung für den Neuaufbau der Lebensgrundlage des deutschen Volkes.«²⁸

Abschließend betonte Meitmann: »Die sozialdemokratische Partei ist nicht gewillt, die Tendenzen zum kapitalistischen Wiederaufbau Deutschlands zu unterstützen, sondern will den sozialistischen Neuaufbau. Die Erreichung des in unserem Abkommen [vom 24. Juli 1945] angestrebten Zieles einer baldigen Vereinigung wird viel weniger von der Betonung dieses Wunsches als von der Übereinstimmung unseres politischen Handelns abhängen.«²⁹

Mit diesem Brief schien die SPD der KPD entgegenzukommen, die sich nunmehr mit der Berliner Entwicklung im Gleichschritt wähte. Jetzt forderte die SPD genau das, was die KPD schon seit einigen Monaten propagiert hatte, nämlich die Klärung der ideologischen Fragen als Voraussetzung für gemeinsames Handeln in der Einheitspartei. Dabei kann aber nicht übersehen werden, daß die SPD günstigstenfalls auf einen Punkt im Verhältnis zum Kommunismus zusteuerte, den die KPD bereits wieder zu verlassen begann: die SPD schien sich Ende Dezember 1945 auf die Aktionseinheit zuzubewegen, die KPD aber schon auf die Einheitspartei. Aus dem Brief war im übrigen deutlich der Vorwurf herauszulesen, die KPD habe im Sommer 1945 oder spätestens am 21. November die Bildung der Einheitspartei verhindert und sei nun für die weitere Entwicklung verantwortlich. Nicht ohne Hintergedanken wurden auch Teile der seinerzeitigen Begründung der KPD dafür zitiert, warum beide Parteien noch eine Weile selbständig bleiben mußten — diese Sätze aus dem Brief der KPD vom 19. September und aus der »Diskussionsgrundlage« sollten auch in Zukunft als — von den Kommunisten selbst gelieferte und damit um so beweiskräftigere — Belege für das angeblich notwendige Nebeneinander beider Parteien dienen. Daß es sich hier primär um taktische Argumente handelte, war nur zu offenkundig. Nichtsdestoweniger muß dieser Brief für die Hamburger Kommunisten nach fast dreimonatiger »Funkstille« eine gewisse Ermutigung gewesen sein, die durch eine von Illusionen nicht freie, zweckoptimistische Einschätzung der innerparteilichen Entwicklung der Hamburger SPD in den letzten Monaten noch gefördert wurde.³⁰

So machte es sich die KPD mit der Antwort auch nicht leicht, da sie jetzt nach längerer Zeit wieder die Chance sah, mit der SPD in einen verpflichtenden Dialog einzutreten und insbesondere vorhandene Bedenken zu zerstreuen.³¹ Noch am selben Tag, als der SPD-Brief einlief, sandte die KPD eine Empfangsbestätigung, in der sie diese »Initiative in der Richtung der Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Ziel der

möglichst baldigen Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei«³² begrüßte.

Am 30. Dezember fand die bereits ausführlich erwähnte Parteiarbeiterkonferenz statt, auf der die Grundzüge des Antwortschreibens beschlossen wurden, das am 3. Januar 1946 an die SPD abging und nicht weniger als sieben Seiten lang war.

Das Antwortschreiben bestand im wesentlichen aus drei Teilen: Zunächst wurden die Fragen der SPD beantwortet, dann die bisherige Politik gerechtfertigt und schließlich Vorschläge für die Gestaltung des weiteren Verhältnisses beider Parteien gemacht.

Zur ersten SPD-Forderung verwies die KPD auf je ein Zitat aus dem ersten Aufruf nach der Parteizulassung³³ und aus dem ZK-Aufruf vom 11. Juni 1945.³⁴ Auf Hamburger Verhältnisse angewandt, erklärte sie sich bereit, »sofort gemeinsam mit Euch die erforderlichen Schritte für die Herbeiführung der Kommunalisierung der Hamburger lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienenden Betriebe, wie z. B. der Hamburger Hochbahn A.G. sowie der Hamburger Konzernbetriebe und Großbanken zu unternehmen«. ³⁵ Die Erfüllung der zweiten SPD-Forderung sah die KPD am besten dadurch gewährleistet, »daß die Arbeiterschaft durch Betriebsräte, Planungsausschüsse, Gewerkschaften und Genossenschaften entscheidend in der Produktionsgestaltung und der Güterverteilung beteiligt sein soll«. ³⁶ Mit der Antwort auf die dritte SPD-Frage leitete die KPD über zu einer Verteidigung ihrer bisher betriebenen Politik. Über die Notwendigkeit von »Planungswirtschafts- und Preiskontrollmaßnahmen«³⁷ sei man sich durchaus einig; wenn auch diese grundsätzliche Einigkeit günstig sei für die Aktionseinheit, so gäbe es noch »Unklarheiten« darüber,³⁸ ob man diese Maßnahmen bereits als sozialistisch ansehen könne und wie die gegenwärtige Situation generell einzuschätzen sei. Die KPD verteidigte dann ihre Politik seit dem Sommer 1945, die sie mit einem ausführlichen Zitat aus einem Artikel Walter Ulbrichts in der »Deutschen Volkszeitung« vom 27. Juli rechtfertigte. Da die Situation 1945 im Vergleich zu 1918 gänzlich verschieden sei, stelle sich »die Kommunistische Partei als strategisches Ziel die Errichtung einer kämpferischen Demokratie in Staat, Verwaltung und Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist die restlose Beseitigung aller nazistischen, reaktionären und militaristischen Machtpositionen und Einflüsse«. ³⁹ Auch wenn dieses Ziel erreicht sei, könne allerdings noch ein privatwirtschaftlicher Sektor verbleiben, der jedoch der planmäßigen Güterverteilung unterliegen müsse. Das vorläufige Weiterbestehen eines privatwirtschaftlichen Bereichs diene dem politischen Ziel der Schaffung eines Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Mittelschichten.

Das Schreiben ging dann auf die Absicht der Militärregierung ein, in der britischen Zone nach Mehrheitswahlrecht wählen zu lassen. Dies machte nach Ansicht der KPD besondere Maßnahmen erforderlich, um zukünftig eine Mehrheit der Arbeiterparteien sicherzustellen. Zum Erreichen dieses Ziels wie auch zur Durchsetzung programmatischer Vorstellungen machte die KPD sechs Vorschläge:

1. Der faktisch nicht mehr existierende Aktionsausschuß sollte durch einen ständigen gemeinsamen Arbeitsausschuß ersetzt werden.
2. Einberufung einer gemeinsamen Versammlung aller Funktionäre beider Parteien in Hamburg zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen nach je einem Referat eines Vertreters beider Parteien.
3. Gemeinsame Mitgliederversammlungen in allen Organisationseinheiten.
4. Baldige Herausgabe einer theoretischen Zeitschrift und Durchführung gemeinsamer marxistischer Schulungskurse zur Beseitigung ideologischer Unklarheiten.
5. Unterstützung der Gewerkschaften bei den ihnen zukommenden Aufgaben, insbesondere bei der Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung und der Produktionsplanung.
6. Schließlich sollten durch ein gemeinsames Rundschreiben an alle Organisationseinheiten gegenseitige Angriffe unterbunden, gemeinsames Vorgehen in den Gewerkschaften und Genossenschaften sowie bei den Betriebsrätewahlen sichergestellt und die Parteien durch ein gemeinsames Wahlprogramm bei allen Wahlen und eine einvernehmliche Regelung von Ämterbesetzungen auf das Ziel, die Arbeitermehrheit zu erringen, verpflichtet werden.

Einzelheiten habe in jedem Fall der Arbeitsausschuß festzulegen. Abschließend stellte die KPD fest: »Ausgehend von dem gemeinsamen Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus nach den Lehren von Marx und Engels können und müssen wir Hamburger Sozialdemokraten und Kommunisten durch die Einleitung einer neuen Phase der Aktionseinheit unseren Beitrag leisten zur baldigen Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei der Arbeiterklasse Deutschlands.«⁴⁰ Als Termin für das Zusammentreten des Aktionsausschusses wurde der 11. Januar 1946 vorgeschlagen.

Entsprechend der Einschätzung der Berliner Sechziger-Konferenz versuchte die KPD mit diesen Vorschlägen auch in Hamburg einen »Wendepunkt« im Verhältnis beider Parteien einzuleiten. In ihren politischen Aussagen verbanden sich kontinuierliche Elemente mit durchaus neuartigen Akzentuierungen, durch die man den Sozialdemokraten entgegenzukommen versuchte. Wichtiger aber als programmatisch-inhalt-

liche Gesichtspunkte, die sich auf einige konkrete Maßnahmen reduzieren ließen, wie die Verstaatlichung der Hamburger Hochbahn, oder durch das Aktionsprogramm und andere programmatische Äußerungen weitgehend abgedeckt wurden, war den Kommunisten die Organisation der zukünftigen gemeinsamen Arbeit beider Parteien. Der Weg dazu führte sie von oben nach unten: Zentraler Arbeitsausschuß, Funktioniärsversammlung, Mitgliederversammlungen. Oberstes Gebot war ihnen die gemeinsame Ausrichtung beider Organisationen, wobei die ideologische Ausrichtung mit der organisatorischen fast schon zusammenfallen sollte. Die KPD hoffte, durch gemeinsames Auftreten in den Parteien wie in den Gewerkschaften und bei den zu erwartenden Wahlen beide Parteien so eng zu verklammern, daß im Bewußtsein der Mitglieder wie der Öffentlichkeit die Unterschiede binnen kurzem verschwinden würden. Die Konstituierung der Einheitspartei wäre dann nur noch die Ratifizierung bereits geschaffener Fakten gewesen. Mit diesem Programm wollte die KPD die Hamburger Verhältnisse auf den Berliner Stand bringen und damit die gleichmäßige Entwicklung in den Zonen unter Beweis stellen.

Es sollte sich jedoch zeigen, daß die KPD in größerem Maße mit dem Berliner Vorbild übereinstimmte als die Sozialdemokraten. Für die Hamburger SPD kamen die Vorschläge der KPD zu spät, nachdem sie wenige Monate zuvor noch angenommen und eher als nicht ausreichend betrachtet worden wären. Nun aber war die Erkenntnis durchgedrungen, daß der Hamburger Landesverband allein sich nicht gegen die übermächtigen andersartigen Tendenzen der Gesamtpartei durchsetzen könne. Es stellte sich für ihn die prinzipielle Alternative, sich endgültig dem Schumacher-Kurs anzupassen oder enger an die KPD heranzurücken, auch auf die Gefahr hin, innerhalb der SPD in die Isolierung zu geraten. Noch einmal versuchte die Hamburger SPD-Führung, einen Weg zwischen Einheitspartei und feindlicher Frontstellung zu gehen, indem sie sich für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Tagesfragen einsetzte, ohne sich organisatorisch zu binden.

Diese Politik der gemäßigten Annäherung, die ihren Ausdruck in dem Brief an die KPD Ende Dezember 1945 gefunden hatte, befand sich jedoch bereits im Januar 1946 in ihrer Endphase,⁴¹ nachdem eine am 3. und 4. Januar in Hannover abgehaltene Konferenz der SPD in der britischen Zone eine von Kurt Schumacher vorgelegte Entschließung gebilligt hatte,⁴² in der mit stark antikommunistischem Akzent die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der SPD in den Westzonen betont wurde und in der es hieß: »Nach dem Willen der kommunistischen Parteiführung geht es nicht um die Einigung der Arbeitenden, sondern um

die Eroberung der Sozialdemokratischen Partei durch die KPD . . . Die Sozialdemokratie lehnt es ab, den Blutspender für den geschwächten Parteikörper der kommunistischen Partei abzugeben. Sie wird ihre völlige ideologische und organisatorische Selbständigkeit bewahren . . . Die Sozialdemokratie . . . lehnt es ab, auf der Grundlage gegenseitigen gleichwertigen Verschuldens die Aussprache zu führen, denn dazu ist das geschichtliche Verschulden zu eindeutig auf einer Seite. Die geschichtliche Schuld der deutschen Arbeiterklasse beruht darin, daß ihr kommunistischer Teil die klassenpolitische Rolle der Demokratie verkannt und zusammen mit den Nazis, den Deutschnationalen und den anderen kapitalistischen Feinden der Demokratie den Parlamentarismus sabotiert hat. Ohne diese kommunistische Haltung wären die Nazis nicht an die Macht gekommen.«⁴³

In einer solch scharfen Resolution, die zugleich eine — wenn auch grob-historische Analyse mit sehr bestimmter Verteilung der Schuld enthielt, sah Meitmann und mit ihm der Hamburger Landesvorstand die Gefahr, daß sich die SPD in historische »Richtungsstreitigkeiten« verlieren könnte.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde der Beschluß im Hamburger Landesvorstand »einer sehr intensiven Aussprache und innerhalb dieser einer starken Kritik unterzogen«.⁴⁴ Diese Kritik bezog sich allerdings weniger auf den Inhalt der Resolution als vielmehr darauf, daß durch den Bezug »auf die vergangenen Dinge« die Diskussion von den Problemen abgelenkt würde, die es jetzt zu debattieren gelte. Meitmann betonte Schumacher gegenüber ausdrücklich, daß diese Kritik nicht von ihm in den Landesvorstand hineingetragen worden sei, sondern sich bei den Mitgliedern schon vorher gezeigt habe. »Wir haben nicht nur Rücksicht auf unsere Genossen in der östlichen Zone zu nehmen, sondern müssen auch an die Notwendigkeiten unserer eigenen Zone denken. Es wäre eine weniger aggressive, aber in ihrer politischen Formulierung auf die jetzigen Probleme aufgebaute Begründung viel wirksamer gewesen. Das ist die allgemeine Auffassung unseres Parteivorstandes und auch unserer Mitgliedschaft. Ich bitte Dich im Auftrage des Landesvorstandes der Partei, bei Deinem Referat auf unserem Landesparteitag⁴⁵ auf diese Tatsache Rücksicht zu nehmen. Unser erster Landesparteitag soll mehr ein geschlossenes und starkes Bekenntnis zu unserer eigenen Politik sein als ein überbetonter Angriff auf die KPD vor 1933. Wir wollen nicht auf dem Landesparteitag, der unsere formierten Kräfte mitreißend aktivieren soll, eine Art Richtungsstreit in unserer eigenen Organisation auslösen.«⁴⁶

Dieser Brief zeigt, daß die Hamburger SPD-Führung auch im Januar

1946 noch erhebliche Vorbehalte gegen den rigorosen Anti-KPD-Kurs Schumachers hatte, der die vielfältigen historischen Belastungen, die bis dahin in Hamburg weitgehend aus den Diskussionen herausgehalten worden waren, in den Vordergrund der Auseinandersetzungen rückte. Auch wenn der kritische Akzent des Briefes sehr stark auf taktischen Überlegungen lag, so kommt diesem Schreiben doch insofern eine besondere Bedeutung zu, als es das letzte Dokument für die differenzierte Haltung des Hamburger Landesverbandes gegenüber der KPD ist.

Trotzdem oder gerade deshalb begann die Lage des Hamburger Landesverbandes immer unhaltbarer zu werden; dem seit Ende Dezember betriebenen Taktieren mußte in absehbarer Zeit eine grundsätzliche Klärung der eigenen Position folgen, wenn nicht die Gefahr der Isolierung oder Spaltung heraufbeschworen werden sollte. So war es Meitmann mit seinem Schreiben vom 27. Dezember an die KPD darum gegangen, einerseits den einheitsfreundlichen Tendenzen in der Mitgliedschaft wie im Landesvorstand gerecht zu werden, andererseits die Partei aber in keiner Weise festzulegen und andere denkbare Auswirkungen des Beschlusses der Funktionärsversammlung zu verhindern. In der Tat blieb der Briefwechsel ohne konkrete Folgen. Weder fand eine Sitzung des Aktionsausschusses statt noch wurden Schritte zur Realisierung der anderen von der KPD vorgeschlagenen Maßnahmen unternommen.⁴⁷ Eine solche Entwicklung einzuleiten, waren auch die kooperationswilligen Mitglieder des Landesvorstandes nicht einflußreich genug.

Als Reflex und Konzession auf diese Haltung gegenüber der KPD kam die immer noch vorhandene relative Distanz zu Schumacher zustande, die von einigen anderen Mitgliedern des Landesvorstandes stärker als von Meitmann akzentuiert worden sein dürfte.

Durch den Dialog mit der KPD einerseits und den Brief an Schumacher andererseits drohten jedoch die Hamburger SPD und insbesondere ihr Vorsitzender Karl Meitmann als ihr Sprecher zwischen alle politischen Fronten zu geraten, vor allem auch im eigenen Landesvorstand. Nicht ohne Ironie wurde von kommunistischer Seite denn auch seine damalige Situation so gekennzeichnet: »In der Brandung dieser gegeneinander flutenden Wellen zappelt der kühne Schwimmer Jacki Meitmann. Er kann nicht bestreiten, das gemeinsame Aktionsprogramm unterschrieben zu haben. Er wagt nicht, sich offen gegen den Beschluß der Hamburger SP-Funktionäre zu stellen . . . Er sucht sich aus dem Dilemma, das ihm durch den Widerspruch zwischen dem Hamburger Funktionärsbeschluß und den von Schumacher gegebenen Marschbefehlen entstanden ist, dadurch zu retten, daß er den radikalen Sozialisten

markiert und uns Fragen stellt, auf die er ein ›Nein‹ erwartet, um dann sagen zu können: ›Ich wollte ja, aber die KPD will nicht.‹⁴⁸ Es wurde unübersehbar, daß die bislang vertretene Linie Meitmanns nicht mehr lange durchgehalten werden konnte, daß eine Kurskorrektur in der einen oder anderen Richtung unvermeidlich war. Die Alternative bestand nach wie vor darin, entweder doch noch auf die seit Ende Dezember gesteigerte Bereitschaft der KPD zur Aktions- und Organisations-einheit einzugehen oder aber auf den Kurs Schumachers einzuschwenken, wobei dann jedoch auf differenzierte Positionen verzichtet werden mußte. Zwei Ereignisse trugen wesentlich dazu bei, eine endgültige Klärung dieser Frage herbeizuführen: das eine war der erste SPD-Landesparteitag, das andere die Ankunft Gustav Dahrendorfs, des ehemaligen Mitgliedes des Berliner SPD-Zentralausschusses, in Hamburg.

Der Landesparteitag der SPD in Hamburg, der am 26. und 27. Januar 1946 im Gewerkschaftshaus stattfand, erhielt seinen besonderen Akzent durch die Anwesenheit Kurt Schumachers, der am zweiten Verhandlungstag das Hauptreferat hielt; daneben galt es, zum erstenmal nach dem Ende des Dritten Reiches die Führung der Landesorganisation demokratisch zu wählen.

Trotz der Intervention von seiten der SPD-Führung in Hamburg hatte Schumacher keinerlei Zweifel daran gelassen, daß er auf dem Parteitag seine politische Linie konsequent vertreten und nicht zu Konzessionen an lokale und regionale Stimmungslagen bereit sein würde. So schrieb er noch kurz zuvor mit Blick auf die Rede, die er zu halten beabsichtigte: »Der Hamburger ›Sturm im Wasserglas‹⁴⁹ wird Gelegenheit haben, sich durch meine Anwesenheit zum Orkan auszuwachsen.«⁵⁰ Entsprechend hielt er in seinem Referat, von dessen »außergewöhnlich suggestiver Wirkung«⁵¹ berichtet wird, auch nicht mit Angriffen auf die KPD zurück. Hatte Schumacher am Beginn seiner Rede noch unaggressiv festgestellt: »die Sozialdemokratie wird von den Sozialdemokraten geführt und von niemand anders«,⁵² so ließ er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen keinen Zweifel daran, aus welcher Richtung in erster Linie eine Bedrohung kam. »Das, was jetzt aus dem Osten als Wille zur Vereinigung zu uns herüberstrahlt, ist kein Wille zur Vereinigung, sondern ein außerordentlich brutaler Versuch der Eroberung der Sozialdemokratischen Partei durch die kommunistische Führung. Es ist auch hier wieder das dauernde Bemühen, der demokratischen Anhängerschaft eine andere Führung zu geben. Und nun stehen wir bei diesem Versuche vor der Tatsache, daß sämtliche prinzipiellen, taktischen und historischen Differenzen zwischen den beiden Parteien ungeklärt geblieben sind und trotzdem dieser Versuch gemacht wird. Da sage ich aus der

ganzen Kenntnis der Tatsachen: die sozialdemokratische Mitgliedschaft in der östlichen Zone ist zu 90 v. H. gegen diese Zwangsehe mit der KPD.«⁵³ Auf historische Reminiszenzen verzichtete er jedoch fast vollständig,⁵⁴ so daß von einem Orkan gegen ihn nicht die Rede sein konnte; statt dessen wurden ihm stürmische Ovationen zuteil.⁵⁵

Die Rolle des »historischen Analytikers« übernahm nun – überraschenderweise – Karl Meitmann, den 584 von 600 Delegierten zum Vorsitzenden der Hamburger SPD gewählt hatten⁵⁶ und der in seiner ersten Rede in dieser Eigenschaft eine Woche später den Kommunisten den Vorwurf machte, sie hätten den Wert der Demokratisierungsbemühungen der SPD in Weimar nicht erkannt. »Mit ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie haben sie dem Faschismus geholfen . . . Mit ihrer Versicherung, nunmehr Demokraten zu sein, haben sie das Verhängnisvolle ihrer damaligen Politik zugegeben. Die Kommunisten hätten damals das tun sollen, was sie heute tun wollen.«⁵⁷

Bedenkt man, daß die Mahnung Meitmanns, sich nicht in Diskussionen über die Vergangenheit zu verlieren, kaum drei Wochen alt war, so wird die Schwenkung, die er unter dem Eindruck des Parteitages vollzogen hatte, besonders deutlich. Die Differenzen zur Politik Kurt Schumachers schwanden mit dem ersten Landesparteitag endgültig dahin. Die letzten Reste von Opposition, die sich in einigen Anträgen unterer Parteieinheiten an den Landesparteitag geäußert hatten,⁵⁸ gingen in der Begeisterung über Schumachers Auftreten unter.

Mitte Februar traf Gustav Dahrendorf in Hamburg ein, nachdem er bei dem Treffen zwischen Schumacher und Otto Grotewohl am 8. Februar in Braunschweig seinen Entschluß bekanntgegeben hatte, sich vom Berliner Zentralauschuß der SPD zu trennen. Unter dem Eindruck der Entwicklung des Verhältnisses von SPD und KPD seit der Sechziger-Konferenz und angesichts der Methoden der sowjetischen Besatzungsmacht war Dahrendorf, ursprünglich ein begeisterter Verfechter der Einheit, zum Gegner einer sozialistischen Einheitspartei geworden. Am 10. März sprach er auf einer speziell dazu einberufenen außerordentlichen Konferenz der SPD-Landesorganisation vor 2500 Funktionären über das Thema »Zwangsvereinigung ist keine Einheit«. Er gab aus seiner Sicht einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone. Mit besonderer Entschiedenheit wies er auf die Repressalien der Besatzungsmacht und die Benachteiligung der anderen Parteien gegenüber der KPD hin und sprach sich gegen die Verschmelzung von SPD und KPD aus: »Die Episode, in der wir daran dachten, mit der KP zu einer ehrlichen Verständigung und Einigung kommen zu können, ist endgültig vorüber . . . Sie [die Vereinigung] kann jetzt nur

noch so vor sich gehen, daß die anständigen und ehrlichen Elemente der KP zu uns kommen und Mitglied bei uns werden. Ein anderer Weg ist nicht mehr denkbar.«⁵⁹

Unter dem Eindruck dieses Berichts⁶⁰ nahmen die anwesenden Funktionäre »mit Stimmeneinhelligkeit«⁶¹ eine EntschlieÙung an, in der der KPD eine strikte Absage erteilt wurde: »Wir Hamburger Funktionäre der SPD sehen in der politischen Entwicklung der östlichen Zone, in der die Entschlußfreiheit unserer Genossen in vollem Umfange aufgehoben ist, das eindeutige Zeugnis dafür, daß die KPD in Wahrheit nicht die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung will, sondern die Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei betreibt.«⁶² Der Bericht Dahrendorfs war den sozialdemokratischen Funktionären offenbar die Bestätigung dessen, was sie bisher nur mehr oder minder unzureichend und gerücheweise gehört hatten.⁶³ So traf Dahrendorf mit seinen Ausführungen schon auf gewisse, wenn auch noch unstrukturierte Befürchtungen oder Erwartungen, die nun mit Fakten, wie er sie sah, angereichert und damit emotional aufgeladen wurden. In einer solchen Situation blieb ein Abwägen der Gegensätze und Gemeinsamkeiten aus, und es entstanden undifferenzierte Feindbilder – was möglicherweise beabsichtigt war.

Nach dem Landesparteitag und verstärkt nach der Rede Dahrendorfs setzte im Mitteilungsblatt, das für viele Parteimitglieder neben Rundfunk und Militärregierungspressen die einzige Informationsmöglichkeit bot, eine Kampagne gegen die Vereinigung ein. Hatte sich das Mitteilungsblatt in den 16 Nummern des Jahres 1945 und auch noch in den ersten Nummern 1946 in dieser Frage einer großen Zurückhaltung befleißigt und eines nahezu objektiven Berichtsstils bedient,⁶⁴ so setzte Mitte Februar eine plötzliche umfangreiche Berichterstattung und Kommentierung der Einheitsproblematik ein, die nach ihrer früher scheinbar nur marginalen Bedeutung nunmehr fast den gesamten Raum des Mitteilungsblattes beanspruchte. Es verbanden sich dabei Darstellungen der Einheitsbewegung seit Kriegsende, in denen man sich gegen den angeblichen »Mißbrauch des Einheitsgedankens«⁶⁵ verwehrte, mit kritischen Analysen der kommunistischen Ideologie, wobei – wie schon gelegentlich zuvor – Parteidemokratie und das Verhältnis zur Sowjetunion im Mittelpunkt standen. Auch die vorher kritisierte EntschlieÙung von Hannover vom 3./4. Januar wurde nun mit fast zweimonatiger Verspätung abgedruckt.⁶⁶ Anläßlich der Abstimmung der Berliner SPD-Mitglieder über Vereinigung und Zusammenarbeit wurden alle Vorwürfe gegen die KPD wiederholt und folgende Warnung veröffentlicht: »Achtung, Sozialdemokraten! Von kommunistischer Seite wird seit einiger Zeit eine von der Führung gesteuerte systematische Aktion durch-

geführt, die unter Mißbrauch des Einheitsgedankens die Unterhöhnung und Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei erstrebt. Zu diesem Zweck wird überall versucht, sozialdemokratische Parteianhänger zu gewinnen zur Beschlußfassung über sogenannte Einheitsresolutionen, für gemeinsame politische Versammlungen und politische Stadtteil-Ausschüsse. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Landesorganisation Hamburg, richtet an alle Mitglieder und Anhänger der Partei die Aufforderung, sich an derartigen Aktionen, deren politische Hintergründe oft geschickt verschleiert werden, nicht zu beteiligen.«⁶⁷ In zahlreichen weiteren Artikeln wurde diese Kampagne bis in den Monat Mai hinein fortgesetzt, dann jedoch auf das frühere Ausmaß reduziert.

Trotz dieser ausgeprägten und sich noch verstärkenden Konvertitenmentalität, die sich in einem besonders scharf antikommunistischen Kurs glaubte äußern zu müssen, blieb die Hamburger Landesorganisation noch eine Weile unter genauester Beobachtung durch das Schumachersche Büro, wo die Hamburger Entwicklung offenbar mit einem gewissen Mißtrauen verfolgt wurde. Wiederholt wurde in Hamburg wegen angeblicher gemeinsamer Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten angefragt, von denen das Büro der Westzonen aus Berichten der in Berlin erscheinenden kommunistischen »Deutschen Volkszeitung« erfahren hatte. So gaben das beabsichtigte gemeinsame Auftreten von Rednern der SPD und der KPD auf der Maifeier in Elmshorn, die Betriebsratswahl der »Gesamthafen-Betriebsgesellschaft«, bei der wesentlich mehr Kommunisten als Sozialdemokraten gewählt wurden, oder auch Einheitsresolutionen einzelner Betriebe⁶⁸ Veranlassung, die Landesorganisation um eine »möglichst ausführliche und genaue Darstellung des wahren Sachverhalts«⁶⁹ zu bitten, die dann oft selbst erst Auskünfte einholen mußte, um eine entsprechende Antwort erteilen zu können.⁷⁰ Darüber hinaus sandte Hannover auch Warnungen nach Hamburg, wenn vermutet wurde oder sichere Informationen vorlagen, daß sich prominente SPD-Politiker der Ostzone auf dem Weg nach Hamburg befänden.⁷¹

Trotz der genauen Kontrolle der politischen Vorgänge und der permanenten Einflußnahme durch eine kaum noch übersehbare Flut von Rundschreiben — im Durchschnitt mehr als eines pro Tag — gibt es Hinweise darauf, daß bis in den Vorstand der Hamburger SPD hinein noch eine gewisse Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten vorhanden blieb, die sich jedoch nicht in der Öffentlichkeit artikulieren konnte. Während die allgemeine Stimmung in diesen Frühjahrsmonaten sehr schwer abzuschätzen ist, lassen sich im Vorstand deutlich einige Mitglieder erkennen, die weiter Kontakt zu den Kommunisten hielten.

So fand am 26. März eine vertrauliche Besprechung zwischen dem Kommunisten Paul Tastesen und den beiden sozialdemokratischen Vorstandsbeisitzern Paul Bergmann und Willi Elsner⁷² sowie Ernst Tessloff statt, in der die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit erörtert wurden. Die SPD-Mitglieder wiesen darauf hin, daß es nötig sei, dabei vorsichtig zu verfahren, »da sie augenblicklich nach der Ankunft Dahrendorfs und gewissen anderen Ereignissen in einer schwierigen Lage seien.«⁷³ Es wurde verabredet, Material auszutauschen, ständigen Kontakt zwischen Tastesen und Elsner zu halten, häufiger zusammenzukommen, um sich »über die laufende Parteipolitik und theoretische Fragen zu unterhalten«,⁷⁴ und schließlich sogar eine Verbindung mit dem Berliner Zentralaussschuß herzustellen. Ferner kam man überein, daß Sozialdemokraten, die wegen des Eintretens für die Einheit aus der SPD ausgeschlossen werden würden, in die KPD aufgenommen werden sollten. Tatsächlich fanden weitere Zusammenkünfte zwischen Tastesen und Elsner statt, und es gelang auch, einige SPD-Mitglieder als Delegierte für den Vereinigungsparteitag im April in Berlin zu gewinnen.⁷⁵

Schließlich kam es sogar zu einem Zusammentreffen zwischen Dahrendorf und Tastesen, das jedoch nicht über eine Darlegung der kontroversen Standpunkte hinausführte.⁷⁶ Die Disziplin der sozialdemokratischen Parteimitglieder wurde von der KPD als wesentliches Hindernis für die Einheit angesehen. Auch diejenigen, die als SPD-Referenten vorsichtig für die Einheit einzutreten versuchten, fänden zwar durchaus gewissen Anklang unter der Mitgliedschaft, ohne allerdings irgendeine Wirkung auf den SPD-Vorstand ausüben zu können. So seien insgesamt auf Landes- und Kreisebene zwar Minderheitsgruppen erkennbar, die für den Zusammenschluß einträten, bisher aber nicht vermocht hätten, eine Wendung in der Hamburger SPD-Politik einzuleiten.⁷⁷

All diese Aktivitäten konnten — trotz gelegentlichen Optimismus — nichts an der Tatsache ändern, daß es in Hamburg nicht zur Vereinigung von SPD und KPD kommen würde. Auch ein erneutes Angebot der Bezirksleitung der KPD vom 17. März blieb erfolglos;⁷⁸ es wurde gar nicht mehr beantwortet.

Offenbar unter dem Eindruck der Tatsache, daß sich einige SPD-Mitglieder doch als Delegierte für den Vereinigungsparteitag zur Verfügung stellten,⁷⁹ faßte der SPD-Vorstand in Hamburg einen Beschluß, der, obwohl die Kampagne für oder gegen die Einheit noch lange nicht beendet war, als ein gewisser Schlußpunkt im Dialog der beiden Parteien angesehen werden kann, weil er den tatsächlichen Zustand, auch und gerade im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung, so beschreibt, wie er von der SPD gewünscht und realisiert wurde:

»Gemäß dem einstimmigen Beschluß der Funktionärskonferenz vom 10. März 1946 in der ›Flora«, mit dem die Selbständigkeit der Partei betont und ein Aufgehen in der SEP abgelehnt wurde, gilt für die Landesorganisation Hansestadt Hamburg das Folgende:

1. Die unter Zwang in der Ostzone gebildete SEP ist keine demokratische Vereinigung zweier Parteien.
2. Jeder Versuch, die SEP auf die Westzonen auszudehnen, ist ein Spaltungsversuch der Sozialdemokratischen Partei und damit eine Schwächung des sozialistischen und demokratischen Neuaufbaus in Deutschland.
3. Wer für die SEP oder eine andere Partei wirbt, wirkt damit gegen die Sozialdemokratische Partei und kann nicht zugleich ihr Mitglied sein.
4. Die Verwirklichung der politischen Einheit aller Arbeitenden bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Das Ziel wird verwirklicht werden, wenn sich alle aufrechten Anhänger des demokratisch-sozialistischen Gedankens als Mitglieder in der Sozialdemokratischen Partei vereinigen und einmütig und aktiv hierfür eintreten.«⁸⁰

Parallel zu der im Februar verstärkt einsetzenden Propaganda der Hamburger SPD gegen die Vereinigung mit der KPD begann auf seiten der Kommunisten eine Kampagne mit umgekehrtem Vorzeichen. Stand das im Januar in 10 000 Exemplaren gedruckte, aber bereits früher verfaßte Flugblatt »Die KPD ruft« noch stark in der Kontinuität der Politik der vorausgegangenen Monate, indem es unter Hinweis auf die unverminderte Gefahr des Nationalsozialismus⁸¹ den Akzent auf die Aktionseinheit legte,⁸² so propagierte die KPD seit Ende Februar uneingeschränkt als Ziel die Einheitspartei. Entscheidend dafür war, daß sich zu diesem Zeitpunkt deutlich ein Termin abzeichnete, an dem in der Ostzone die Vereinigung vollzogen werden würde. Von nun an wurde versucht, in zahlreichen Artikeln und Meldungen in dem neu herausgegebenen Mitteilungsblatt »Weg und Ziel«⁸³ auch in Hamburg und im Bezirk Wasserkante dieses Ziel zu propagieren. Insbesondere wurde immer wieder auf Ortsvereine und Betriebsbelegschaften verwiesen, die sich in Resolutionen für die Einheit ausgesprochen hätten oder sich bereits auf dem Wege der Vereinigung befänden.⁸⁴

Es zeigte sich jedoch, daß ähnlich wie bei der SPD, die stereotyp auf die Ablehnung der Vereinigung durch die Kommunisten im Sommer 1945 hinwies, auch der Argumentationsfundus der Hamburger Kommunisten sehr begrenzt war. Stets wurden die gemeinsam unterschriebenen Proklamationen von Juli und August 1945 angeführt und gefragt, was sich in der Zwischenzeit eigentlich geändert habe, daß die

Sozialdemokraten nun nicht mehr zu den damals geäußerten Absichten stünden. Diese Frage, die ebenso gut an die eigene Organisation zu richten gewesen wäre, wurde ergänzt durch Darlegungen der eigenen Konzeption. Demgegenüber trat die offensive Auseinandersetzung mit der Politik Schumachers deutlich zurück.

Trotz immer neuer Erfolgsmeldungen blieb der KPD-Führung im Bezirk Wasserkante nicht verborgen, daß sich eine grundsätzliche Wendung in Richtung auf die Einheitspartei nirgends abzeichnete. Die unverkennbare Absicht, durch Einheitsaktionen auf unterer Ebene Druck auf die sozialdemokratische Führung auszuüben, mithin Elemente der alten »Einheitsfront von unten« wieder aufzunehmen und sie mit der »Einheitsfront von oben« zu verbinden,⁸⁵ brachte nicht die erhofften Erfolge. Spätestens im Februar/März 1946, als SPD und KPD in der Ostzone definitiv zur Vereinigung entschlossen waren und damit letzte Ungewißheiten über das zukünftige Verhältnis beider Parteien zueinander zumindest in diesem Teil Deutschlands beseitigt wurden, stand fest, daß die Entwicklung in Hamburg wie auch in anderen Gebieten der Westzonen hinter der der Sowjetzone zurückblieb. Den Weg, um auch im Westen wieder Anschluß zu finden, sah die KPD Wasserkante darin, sich noch stärker und unmittelbarer am Vorgehen der KPD in der Ostzone zu orientieren. Ausgangspunkt hierfür waren die programmatischen Erklärungen der KPD-Konferenz vom 2./3. März 1946 in Berlin, deren gründliche Erörterung in allen Mitgliederversammlungen gefordert wurde.⁸⁶ Der Bezirksvorstand faßte am 17. März eine EntschlieÙung, in der selbstkritisch und mit Blick auf die Zukunft festgestellt wurde: »Die Sitzung der erweiterten Bezirksleitung beschließt aufgrund der besonderen Lage in Deutschland, alles zu tun und einzusetzen in der Richtung des gemeinsamen Kampfes aller Werktätigen gegen die Versuche der reaktionären Kräfte, die wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der reaktionären Großgrundbesitzer und Monopolherren zu erhalten und zu restaurieren . . . In der Beratung über die Anwendung der auf der Konferenz in Berlin gestellten Probleme erkennt die erweiterte Bezirksleitung die ernsthaften Schwächen in der Parteiarbeit unseres Bezirks. Die ungenügende Durchdringung der Parteimitglieder mit der Politik unserer Partei, die mangelhafte Ausrichtung der Bezirksleitung auf den Gesamtbezirk, die Unterschätzung der Rolle der Gewerkschaften sind Ursachen unseres Tempoverlustes gegenüber der Entwicklung der Partei in anderen Gebieten. Unsere nächste Aufgabe ist die baldige Verwirklichung der Einheit in unserem Bezirk, weil die Einheit der Arbeiterklasse der entscheidende Hebel sein wird, die führende Rolle der Arbeiter in allen Zonen

Deutschlands in gleichem Maße herzustellen, um somit den Neuaufbau unserer gemeinsamen Heimat zu sichern. In diesem Sinne erkennt die erweiterte Bezirksleitung die Anwendung der Ergebnisse der Konferenz in Berlin.«⁸⁷

Nach der vollzogenen Vereinigung in Berlin wurden darüber hinaus für die Parteimitglieder in vierzehn Punkten Verhaltensmaßregeln aufgestellt, »um den fortschrittlichen Weg für das schaffende Volk vorzubereiten.«⁸⁸ Zusammengefaßt reichte das von der Aufforderung zur kritischen Selbstprüfung des eigenen Verhaltens und der eigenen Aktivität, zur Verbesserung der Kontakte zu Sozialdemokraten, die einem persönlich bekannt waren, zur eingehenden ideologischen Analyse der Einheitsarbeit, zur gemeinsamen Arbeit mit SPD-Mitgliedern an Tagesfragen bis zur Diskussion aktueller Probleme wie etwa der vier Punkte des SPD-Parteivorstandes.⁸⁹ »Genossen«, hieß es weiter, »Denkt einmal darüber nach, wie es möglich war, daß in der Ostzone die Einheitspartei geschaffen werden konnte. Macht euch einmal Gedanken und schreibt uns, welche Wege in der praktischen Kleinarbeit man gehen kann, um den großen Umschwung auf dem Wege zur Einheit auch in unserem Bezirk zu vollbringen.«⁹⁰ In dieses komplexe Mosaik von Ideologie und Propaganda gehörte schließlich auch die These vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, die bis ins Jahr 1948 zum festen Bestandteil der KPD- bzw. SED-Politik gehörte und nun auch in Hamburg propagiert wurde.⁹¹

Diese Bemühungen blieben ohne Erfolg. Der innerparteiliche Druck des Vorstandes und die Rückwirkungen der Vorgänge in der Ostzone auf die Einstellung der Sozialdemokraten waren zu stark, als daß den Kommunisten nennenswerte Einbrüche im Sinne der Einheit hätten gelingen können.

Zwei Ereignisse machten die Isolation der KPD ebenso deutlich wie die tiefempfundene Diskrepanz zwischen Berlin und Hamburg: der Vereinigungsparteitag in Berlin am 21./22. April und die Feier des 1. Mai in Hamburg. Die Reaktion der Hamburger KPD auf die Vereinigung von SPD und KPD war – bezogen auf die Westzonen – eine Mischung aus Besorgnis und Zweckoptimismus. In den Vordergrund wurde die Überzeugung gestellt, daß im Sog der Berliner Ereignisse auch im Hamburger Raum und in anderen Gebieten der Westzonen eine ähnliche Entwicklung eintreten müsse. »Das Ergebnis wird sein, daß schon unmittelbar nach dem Vereinigungsparteitag in Berlin sich in einzelnen Teilgebieten der westlichen Zonen, z. B. in Orten und Kreisen, ebenfalls diese Vereinigung vollziehen wird. Nur wer der inneren Gesetzmäßigkeit einer einmal in Fluß geratenen Bewegung vollständig

verständnislos gegenübersteht, kann annehmen, daß die deutsche Arbeiterbewegung in dem Zustand, der auf den Ostertagen in Berlin geschaffen werden wird, erstarren könnte. Niemand, so erbittert seine Gegnerschaft gegen die Vereinigung auch sein möge, kann so naiv sein anzunehmen, daß es ihm gelingen könnte, dieser Bewegung einen rückläufigen Kurs zu geben, die bereits Vereinigten wieder zu spalten. Es wird also eine fortschreitende Bewegung der Vereinigung sein und ihre Gegner können nichts anderes, als ihr Tempo verlangsamen. Am Ende werden sie, wenn sie nicht schnell umlernen, sich selbst von ihrer bisherigen Partei, der SPD, abgespalten haben. Verbleibende Restgruppen mögen sich dann vielleicht den Namen SPD zulegen. Die alte SPD werden sie nicht sein.«⁹² In diese optimistische Zukunftserwartung, die sich weniger auf die reale Entwicklung in den Westzonen und in Hamburg gründete als vielmehr auf einer deterministischen Sicht historischer Bewegungsgesetze beruhte, mischte sich jenseits jeder Taktik die Sorge, durch die fortdauernde Spaltung der Arbeiterparteien könnte in den westlichen Zonen eine restaurative Entwicklung einsetzen, die sozialistischen Vorstellungen von vornherein die Basis entziehen würde. Der Kapitalismus sei zwar geschwächt — so eine der zentralen KPD-Thesen —, »aber — und das ist das Entscheidende — die Verringerung der Menge des Kapitals in Deutschland, mag sie noch so groß sein, ändert an sich nicht das geringste an der kapitalistischen Struktur der Wirtschaft.«⁹³ Dies war die Gegenposition zu einer These Schumachers, der ähnlich wie einige Gewerkschaftsfunktionäre behauptete, daß mit dem Nationalsozialismus auch der Kapitalismus zusammengebrochen sei.⁹⁴

Diese analytische Kontroverse signalisiert über ihre zunächst punktuelle Bedeutung hinaus einen grundsätzlichen Einstellungswandel der KPD gegenüber der SPD. Zwar wurde die schon im Dezember festgelegte Haltung, auf Angriffe nicht in gleicher Weise zu antworten, erneut bekräftigt,⁹⁵ doch wurden die Bedenken in der KPD gegen die Politik Schumachers und seiner Anhänger im Laufe der ersten Monate des Jahres 1946 so stark, daß sie nicht mehr mit großzügigem Schweigen übergangen werden konnten. Die Zeit, in der die KPD, um eine gute Zusammenarbeit mit anderen Parteien nicht zu gefährden, die Angriffe gegen ihre Politik mehr oder minder nur zur Kenntnis genommen hatte, konnte nicht sehr lange dauern, wenn die Partei nicht völlig widerstandslos in die Defensive gedrängt werden wollte — zumal die KPD in der Ostzone auch nicht mit ihrer Meinung über Schumacher hinter dem Berg hielt. Aus der — uneingestandenem — Erkenntnis, daß sich die Chancen für die Vereinigung in den vorausgegangenen Monaten keines-

wegs gebessert hatten, zog die Hamburger KPD nicht die Konsequenz, sich der SPD verstärkt anzunähern oder Vorwürfen durch praktische politische Schritte wie etwa eine partielle Distanzierung von der Sowjetunion zu begegnen, sondern sie ging seit April dazu über, sich offensiv mit einigen Auffassungen der Anhänger Schumachers auseinanderzusetzen.

Der Relativierung des Klassenkampfes⁹⁶ trat sie ebenso entschieden entgegen wie der anhand von Zitaten belegten Feststellung, SPD-Mitglieder müßten nicht unbedingt Marxisten sein. Sie verwies dabei stets auf das Vorbild der prominenten SPD-Führer vor dem ersten Weltkrieg, denn für die KPD war die Sozialistische Einheitspartei »die bewußte Fortsetzung der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts.«⁹⁷ Die sozialistische Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg wurde nicht nur als organisatorisch einheitlich begriffen, sondern ebenso im Sinne des marxistischen Bekenntnisses; daraus leitete sich ihr unbedingter Vorbildcharakter ab. »Ja zur Einheit der deutschen sozialistischen Bewegung kann nur jener sagen, der bewußt an die großen Traditionen anknüpft . . . Es genügt, sich einmal vorzustellen, was ein August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu einer solchen Äußerung gesagt hätten, um zu wissen, wohin die Einheitsgegner treiben . . . Ein Bekenntnis zum Sozialismus, und das kann nur ein Bekenntnis zum Marxismus sein, ist die selbstverständliche Voraussetzung, um in den Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung stehen zu dürfen, und vor allen Dingen für jeden, der führende Stellungen in ihr einnehmen will.«⁹⁸ So wurde auf historischer Grundlage ein unauflösliches Junktim hergestellt zwischen Marxismus-Sozialismus und Einheit. »Die Frage der Einheit der Arbeiterbewegung wird damit für jeden offensichtlich zur Frage des Kampfes um den Sozialismus. Und vor diese Frage gestellt, wird . . . jeder ehrliche Sozialdemokrat in der Westzone wissen, wo er zu stehen hat, auf der Seite des Marxismus, des Sozialismus, das aber heißt im Kampfe für die Schaffung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse . . .«⁹⁹ Im Umkehrschluß folgte daraus, daß die Einheitsgegner ihre Haltung deshalb einnahmen, weil sie zugleich Gegner des Marxismus seien.¹⁰⁰

Für die weitere Entwicklung der KPD in den Westzonen hatte diese enge Verbindung von Marxismus und Einheit symptomatische Bedeutung: sie deutete fast unmerklich, für die Kommunisten durchaus unbedeutend und entgegen ihren eigenen Äußerungen¹⁰¹ die Wendung zur Oppositionspartei an, eine Rolle, die für die KPD typisch gewesen war und es nun schrittweise in immer stärkerem Maße wieder werden sollte. Während in der Ostzone die Vereinigungspolitik Erfolg hatte,

führte sie in den Westzonen in die beginnende Isolierung, weil sie an traditionelle politische Inhalte gebunden wurde. Indem die KPD die Politik der alten einheitlichen Sozialdemokratie als Vorbild propagierte, schloß sie darin zugleich auch die alte grundsätzliche Frontstellung zu den bürgerlichen Kräften ein; von daher mußte sie die seit der »Brüsseler Konferenz« betriebene Einheits- und Volksfrontpolitik relativieren. Die KPD vollzog diesen Schritt nicht bewußt. Vielmehr wurde sie unter dem Druck der SPD-Politik zunehmend zu einem reagierenden Verhalten gezwungen, das ein wesentlich offensiveres Eintreten für die eigene Politik auslöste, wobei sich die eigene Position zunehmend im Sinne traditioneller KPD-Politik zu verhärten begann. Der Wille zur Selbstbehauptung gegen den Druck des politischen Gegners, in dem die Kommunisten den Partner gesehen hatten, gab dem ideologischen Gehalt der eigenen Politik zwar schärfere Konturen, vergrößerte aber die Distanz zum angestrebten Ziel.

Rückblickend stellten somit die Monate des Frühjahrs 1946 nicht nur für die KPD in der Ostzone, sondern auch für die Hamburger Organisation eine deutliche Zäsur in der politischen Entwicklung dar. Die Diskrepanz zur Entwicklung in der Ostzone wie auch die Politik der SPD unter der Führung Schumachers zwangen die KPD zu einer immer bestimmteren, um nicht zu sagen intransigenteren Vertretung ihrer politisch-programmatischen Vorstellungen. Die Erkenntnis, daß die westlichen Alliierten nicht die Absicht hatten, eine grundsätzliche Umstrukturierung der ökonomischen Machtverhältnisse in ihren Zonen herbeizuführen, sollte später diesen Prozeß entscheidend verstärken. Im April 1946 jedoch war die britische Besatzungspolitik noch kein Objekt öffentlicher Kritik.¹⁰²

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Zustand der Arbeiterbewegung in Hamburg zu diesem Zeitpunkt werfen die Auseinandersetzungen um die Gestaltung des 1. Mai 1946, in denen auch die Gewerkschaften eine erhebliche Rolle spielten. Für niemanden überraschend, hatten sich die Hamburger Kommunisten schon frühzeitig bemüht, eine Verständigung über den Ablauf dieses Feiertages herbeizuführen. In einem Brief vom Februar oder März 1946¹⁰³ wurde der SPD die Bildung »eines Aktionsausschusses zur Durchführung einer gemeinsamen Maifeier« vorgeschlagen. Unter Hinweis auf die zentrale Kundgebung der Gewerkschaften lehnte die SPD zunächst eigene Kundgebungen der Arbeiterparteien ab. Als weiterer Grund für die Absage wurde die schlechte Ernährungslage angegeben. Als die Vertreter der KPD auf den besonderen Charakter dieses 1. Mai nach den langen Jahren der Illegalität hinwiesen, bekamen sie von Meitmann zu hören, daß es ja auch in

der Vergangenheit keine gemeinsamen Veranstaltungen gegeben habe; alle Stadtteileilungen seiner Partei hätten deshalb die Anweisung erhalten, keinerlei gemeinsame Kundgebungen mit den Kommunisten zu veranstalten.¹⁰⁴ Auch der Versuch der KPD, zumindest einen gemeinsamen Aufmarsch zur Zentralkundgebung zu erreichen, schlug fehl, da die Gewerkschaften den Arbeitern angeblich nicht zumuten wollten, »einen Aufmarsch durch die Trümmer«¹⁰⁵ zu machen.

Auch der in letzter Minute gemachte Vorschlag, daß sich nach getrennter Sammlung der jeweiligen Parteimitglieder die beiden Demonstrationzüge nach kurzer Zeit vereinigen sollten, wurde nicht verwirklicht. Die Anhänger beider Parteien marschierten schließlich in getrennten Aufzügen zur Kundgebung der Gewerkschaften in den Park »Planten un Blomen«,¹⁰⁶ wo sie ohne Fahnen und Transparente den Rednern zuhörten; darüber hinaus wurden von beiden Parteien in mehreren Stadtteilen getrennte Veranstaltungen durchgeführt, die durchweg sehr gut besucht waren.¹⁰⁷

Während sich die SPD mit dem Verlauf des 1. Mai zufrieden zeigte,¹⁰⁸ war die Reaktion der Kommunisten zwiespältig. Hatten sie sich schon vorher gegen den Monopolanspruch der Gewerkschaften bei der Gestaltung des 1. Mai gewandt,¹⁰⁹ so bedauerten sie nachträglich den getrennten Aufmarsch von SPD und KPD.

»Warum mußten Arbeiter, die in den Betrieben unter gleichen Bedingungen arbeiten, auf dem Wege zur Arbeit von ihren gleichen Sorgen sprechen, am 1. Mai getrennt marschieren? Welcher Sinn lag darin, zwei getrennte Züge marschieren zu lassen, die doch in gemeinsamer Kundgebung unter gleichen Losungen alle vereinte? In Berlin und vielen anderen Städten Deutschlands haben sich die Arbeiter zusammengefunden. Wenn sich dagegen in Hamburg noch zwei »parteilpolitisch« voneinander Abstand nehmende Züge bildeten, so zeigt es uns, daß die Arbeiter die Sache der Einheit noch mehr zu ihrer eigenen machen müssen, um auch alle Führer für die Einheit der Arbeiterklasse zu gewinnen.«¹¹⁰ Obwohl die SPD ihren Abgrenzungsbeschuß von Anfang April im Hinblick auf den Vereinigungsparteitag in Berlin noch konkretisiert und verschärft hatte,¹¹¹ glaubten die Kommunisten doch, aus dem Verlauf der Feier eine gewisse Zuversicht schöpfen zu können; denn »kein Ereignis in letzter Zeit hat mehr den Einheitswillen der Hamburger Arbeiter zum Ausdruck gebracht als diese Mai-Kundgebung.«¹¹² Sie interpretierten den Verlauf des 1. Mai in Hamburg bewußt auf diese Demonstration der Einheit hin, die sich in einem harmonischen Miteinander ausgedrückt habe. »Die besondere Bedeutung dieses 1. Mai . . . liegt aber darin, daß selbst da, wo es, wie in Hamburg,

zu keiner formellen Abmachung der beiden Arbeiterparteien und der Gewerkschaften untereinander gekommen ist, über die Parolen, unter denen marschiert wird, kein Zwist«¹¹³ entstanden sei. Die Mai-Feier habe gezeigt, daß »die Arbeiter den Kampf untereinander längst begraben haben.«¹¹⁴ Als unmittelbare Lehre ergab sich für die KPD, »mehr als bisher, alle parteiegoistischen Ziele zurückzustellen, um der Einheit der Arbeiterklasse zum Siege zu verhelfen«,¹¹⁵ verstärkt in den freien Gewerkschaften mitzuarbeiten wie auch die Werbung von Parteimitgliedern zu intensivieren; »desto schneller können wir dem Beispiel unserer Genossen in der Ostzone folgen und die Einheit der Arbeiterklasse herstellen.«¹¹⁶

Das so insgesamt als positiv empfundene Erlebnis des 1. Mai wurde für die KPD auch zum Maßstab für die Interpretation des SPD-Parteitag vom 9.—11. Mai 1946 in Hannover. Dieser erste Nachkriegsparteitag der Sozialdemokraten brachte neben einer für die Zukunft richtungweisenden programmatischen Bestandsaufnahme auch eine — nun nicht mehr überraschende — Abgrenzung zum Kommunismus, die sich primär an der inzwischen in Berlin vollzogenen Vereinigung orientierte. Die Erwartung des »Hamburger Echo«, der sozialdemokratische Parteitag in Hannover werde »ein anderes Bild zeigen als jene Abstimmungsstragödie, die am Karfreitag in Berlin auf Geheiß kommunistischer Hintermänner durch den ›Zentralausschuß der SPD für die Sowjetzone‹ veranstaltet worden war, und alles verleugnet hatte, was sich in der Vorstellungswelt der deutschen Sozialisten bisher mit dem Begriff eines sozialdemokratischen Parteitages verbunden hatte«,¹¹⁷ bestätigte sich zwar im ganzen, jedoch nicht, als es um das Verhältnis zur KPD ging: hier war die Ablehnung der Vereinigung ebenso einhellig wie in Berlin die Zustimmung. Der Parteitag verabschiedete eine Resolution, in der die »in Berlin vollzogene Auslieferung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone an die Kommunistische Partei«¹¹⁸ abgelehnt und die Politik »des Büros und der Zonenausschüsse für die Westzonen«¹¹⁹ gebilligt wurden. Die Delegierten drückten ihre enge Verbundenheit mit den Berliner Sozialdemokraten aus, die sich der Vereinigung widersetzt hatten, und bedauerten »aufs tiefste die Haltung führender Sozialdemokraten in der Ostzone, die durch ihren Opportunismus den Gleichschaltungsbestrebungen der Kommunisten Vorschub geleistet und die große Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder in der Ostzone in einen schweren Gewissenskonflikt gebracht haben.«¹²⁰ Die stärkste Brüskierung der KPD auf dem Parteitag kam darin zum Ausdruck, daß ein von mehreren KPD-Bezirksleitungen der Westzonen unterzeichneter Brief, in dem eine Zusammenarbeit

angeboten wurde,¹²¹ ohne Verlesung und Diskussion, nur mit der Bemerkung, daß man über dies Telegramm »zur Tagesordnung übergehen«¹²² könne, zurückgewiesen wurde.

Trotz dieser unzweideutigen Haltung der SPD kam die Hamburger KPD zu einer optimistischeren Beurteilung der Lage, wobei sie den für sie negativen Verlauf des Parteitages von Hannover durch einen Vergleich mit dem 1. Mai in Hamburg relativierte. »Wir sind gewohnt«, so kommentierte die »Hamburger Volkszeitung« den Parteitag,¹²³ »kein Ereignis isoliert für sich, sondern stets im Rahmen der gesamten historischen Situation und ihrer Ergebnisse zu betrachten.«¹²⁴ Eine solche Betrachtung ergebe aber, daß es neben dem einigungsfeindlichen Hannoveraner Parteitag auch eine ebenso machtvolle Manifestation des Einheitswillens gegeben habe, nämlich die Kundgebung am 1. Mai in Hamburg, an dem »mit der Gewalt eines Naturgesetzes«¹²⁵ die Arbeitereinheit zur Tat geworden sei. Der Widerspruch zwischen Hamburg und Hannover lasse die Frage aufkommen, wo nun »die wirkliche Tendenz der Entwicklung«¹²⁶ in Erscheinung trete. Auf diese Frage gebe der SPD-Parteitag selbst die beste Antwort, da bei genauer Analyse auf ihm ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der KPD sichtbar geworden sei. »So sehr auch der äußere Schein trügen mag, sobald man versucht, aus dem Hannoverschen Parteitag unter Fortlassung aller Unsachlichkeiten auf den wirklichen Willen der SPD-Mitglieder zu schließen, so hat auch er bewiesen, daß SPD- und KPD-Arbeiter dasselbe wollen. Sie wollen die Einheit Deutschlands. Sie wollen durch die Demokratie zum Sozialismus, zur klassenlosen Gesellschaft. Sie wollen darum demokratische Freiheiten im Staat wie in der Wirtschaft und weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter durch ihre demokratisch gewählten Organe und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Sie wollen darum Entmachtung der Konzernherren und der Junker. Sie wollen Frieden und Völkerverständigung und internationale proletarische Solidarität. Sie wollen, daß Faschismus und Reaktion für immer ausgerottet werden . . .«¹²⁷ Es gebe keinen Punkt von grundsätzlicher Bedeutung, in dem sich der Wille von SPD- und KPD-Arbeitern unterscheide. »Weil es den nicht gibt, darum wird keine noch so feindselige Rede auf die Dauer verhindern können, daß aus dem gemeinsamen Wollen das gemeinsame Handeln und aus ihm schließlich die organisatorische und politische Einheit der Arbeiterklasse wird.«¹²⁸ Darüber hinaus mache die Sammlung und das Wiedererstarken reaktionärer Kräfte die Einheit unerläßlich. »Hannover hat zwar gegen die Einheit gesprochen, aber, und das muß festgehalten werden, nicht einen auch nur diskutablen Grund für die Beibehaltung der Spaltung beibringen

können. Darum nach Hannover: Erst recht, vorwärts zur Arbeitereinheit.«¹²⁹

Die Kommentierung des SPD-Parteitages stellte den Versuch dar, die unfreundlichen Realitäten durch Zweckoptimismus zu bagatellisieren und zu umgehen. Auch wenn es die KPD nicht öffentlich eingestand, so war ihr doch klar, daß es primär nicht auf die Übereinstimmung der Mitglieder ankam, wie sie durch die Verkündung möglichst weitgefaßter, grobgerasterter Kategorien unschwer herbeigeführt werden konnte, sondern in erster Linie die Führungsgremien den Ausschlag geben würden, und dies um so mehr, als die Versuche in Richtung einer »Einheitsfront von unten« keine nennenswerten Erfolge gebracht hatten. Daran änderte auch die publizistische Überschätzung der Mai-Feier wenig. Die KPD geriet somit zunehmend in eine politische Sackgasse: einerseits konnte und durfte es für sie keine Alternative zur Einheitspolitik geben, insbesondere nicht, nachdem durch die Gründung der SED ein verpflichtendes Vorbild entstanden war, andererseits aber mußte ein immer realitätsfernerer Optimismus aufgebracht werden, um angesichts der rigorosen Schumacher-Politik und der unverkennbaren Disziplin der sozialdemokratischen Mitgliedermassen noch an einen Erfolg dieser Politik in absehbarer Zeit zu glauben.¹³⁰ Das Bewußtsein, hinter der Entwicklung der östlichen Zone »nicht nur um einige Nasen-, sondern um mehrere Pferdelängen, ja einige Runden«¹³¹ zurück zu sein ohne Aussicht auf eine Änderung dieses Zustandes — eher war eine weitere Verschlechterung zu befürchten —, führte zu einer Resignation, von der auch ein durchaus wohlwollender Betrachter der Hamburger KPD-Szene zu berichten weiß.¹³²

Die Partei bedurfte offensichtlich neuer Impulse, um die drohende Isolierung zu vermeiden und mit neuem Elan der ungünstiger werdenden Gesamtsituation zu begegnen. Vor diesem Hintergrund müssen die personellen Veränderungen in der Führungsspitze des Bezirks Wasserkante gesehen werden, die sich Ende Mai 1946 vollzogen. Der Vorsitzende des Bezirks, Friedrich Dettmann, hatte formell diese Position noch bis Ende Mai inne, war jedoch schon in den vorausgegangenen Wochen deutlich von Erich Hoffmann in den Hintergrund gedrängt worden, der seit dem Zusammenbruch zur Führungsgruppe der KPD in Hamburg gehörte. Er war es, der am 1. Mai in der Postsporthalle die grundlegende und in der HVZ ausführlich wiedergegebene Rede hielt,¹³³ er war es auch, der für den Bezirk Wasserkante das Telegramm an den SPD-Parteitag in Hannover unterschrieb.¹³⁴ Dettmanns Aktivität scheint sich stattdessen mehr und mehr auf sein Amt als Gesundheits senator beschränkt zu haben. Die Gründe für seine Entmachtung lagen

sowohl in einer allgemeinen Unzufriedenheit des Berliner ZK bzw. der SED-Führung mit der Entwicklung im Bezirk Wasserkannte, insbesondere auf dem Gebiet der Einheitspolitik, als auch in Dettmanns Festhalten an einem politischen Kurs, der in wesentlichen Punkten schon revidiert war. So konnte beispielsweise ein »Verbot aller Unternehmerorganisationen«, wie es von der KPD am 1. Mai gefordert wurde,¹³⁵ von Dettmann schlechterdings nicht glaubwürdig vertreten werden, der vorher so vehement die Linie des privaten Unternehmertums und des »ehrbaren Kaufmannes« proklamiert hatte. Die formelle Bestellung Hoffmanns zum Bezirksvorsitzenden scheint dem ZK indessen auch nicht ausreichend genug gewesen zu sein, um die KPD im Bereich Wasserkannte erfolgreich zu führen.

Aus diesen Erwägungen heraus, die nicht bis ins letzte aufgeklärt werden können, setzte das ZK Gustav Gundelach als Vorsitzenden des Bezirks Wasserkannte ein. Gundelach, Jahrgang 1888, gehörte bereits 1924 der Bezirksleitung Wasserkannte an, war von 1924 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft und zeitweilig deren Vizepräsident, und außerdem Leiter der »Roten Hilfe« des Bezirks. 1933 und 1934 lebte er illegal in Hamburg, emigrierte 1935 nach Dänemark, nahm von 1936 bis 1938 als Leiter des Roten Kreuzes für die Internationalen Brigaden am spanischen Bürgerkrieg teil und ging dann in die Sowjetunion. 1945 kehrte er als Mitglied der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück und wurde Präsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der Ostzone.¹³⁶ Gundelach, für dessen Person sich auch der Parteivorstand der SPD in Hannover interessierte,¹³⁷ fiel nun die Aufgabe zu, die politische Arbeit der KPD Wasserkannte zu intensivieren und die Partei auf die für Oktober angekündigten Wahlen vorzubereiten. Daß sein Hamburger Auftrag ursprünglich auf wenige Monate befristet gewesen sein soll,¹³⁸ würde für eine solche begrenzte Aufgabensstellung sprechen. Wie noch zu zeigen sein wird, führte er die schon vorher in Ansätzen sichtbar gewordene Umakzentuierung der Hamburger KPD-Politik weiter, wobei das grundsätzliche Ziel der Einheit uneingeschränkt beibehalten wurde, das Bewußtsein der programmatischen und organisatorischen Eigenwertigkeit der Partei wie auch die Möglichkeit einer fortdauernden Existenz getrennter Parteien jedoch immer stärker in den Vordergrund rückte.

Vom Herbst 1945 bis zum April/Mai 1946 vollzog sich im Verhältnis der beiden Parteien ein Klärungsprozeß, der Mitte April mit dem Abgrenzungsbeschuß des SPD-Landesverbandes zum Abschluß kam. Die innerparteilichen Reaktionen der KPD stehen zwar in engem Zusammenhang mit dieser Entwicklung, haben aber auf ihre Entstehung

keinen Einfluß gehabt. Die Entscheidung, die in Hamburg im Verlauf mehrerer Monate eingeleitet und beschlossen wurde, blieb richtungweisend für die Zukunft; im Grundsatz änderte sich an ihr nichts mehr. Bei der Herausbildung dieses endgültigen, von Feindseligkeit bestimmten Verhältnisses kam dem Entscheidungsvorgang innerhalb der Hamburger SPD zweifellos eine größere Bedeutung zu als dem der KPD. Nicht nur die stärkere und unmittelbarere Abhängigkeit der KPD von überregionalen Einflüssen spielte hier eine Rolle, sondern vor allem der Umstand, daß es überwiegend von der Entscheidung der SPD abhing, ob es zur Vereinigung beider Parteien kommen würde. Bei einer Ablehnung durch die SPD war vorauszusehen, daß die Möglichkeiten der KPD, doch noch eine Vereinigung herbeizuführen, sehr begrenzt sein würden. Im Zusammenhang mit der Herausbildung des Gegensatzes zum Kommunismus muß daher die besondere Aufmerksamkeit der innerparteilichen Entwicklung der SPD gelten, während bei der KPD die Auswirkungen der fortdauernden Spaltung besonderes Interesse verdienen.

Die Politik der Hamburger SPD machte seit dem Herbst in mindestens zwei Stufen eine Wandlung durch von einer relativen Nähe zur KPD zur bedingungslosen Bekämpfung dieser Partei. Der Prozeß, der schon im Sommer 1945 mit der Enttäuschung der Hamburger Sozialdemokraten über die Ablehnung der sofortigen Vereinigung durch die Kommunisten begonnen hatte, setzte sich kontinuierlich fort, wenn auch nicht ohne Stillhaltphasen und retardierende Momente. Eine solche Phase stellte die Zeit zwischen Oktober und Dezember 1945 dar: der erste große Enthusiasmus war vorbei, was sich am deutlichsten im lautlosen Ende des Aktionsausschusses zeigte, andererseits wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt, die der Zusammenarbeit oder selbst der Vereinigung zukünftig prinzipiell entgegenstanden. Dem zunehmenden Sog der Politik Schumachers setzte die Hamburger SPD in dieser Phase durchaus noch eigenständige politische Vorstellungen über das Verhältnis zum Kommunismus entgegen, dem sie wenigstens eine gewisse Bewährungszeit zubilligen wollte. Eine solche ambivalente Haltung war nur deshalb möglich, weil es einerseits Schumacher noch nicht gelungen war, seine Abgrenzungspolitik durchzusetzen, und andererseits der Druck der noch in der ideologischen Klärungsphase befindlichen Kommunisten auf die SPD nicht sehr stark war. So konnte sich die Hamburger SPD bis zum Jahresende 1945 einen beträchtlichen Handlungsspielraum bewahren, der seine innerparteiliche Voraussetzung in der Existenz eines linksorientierten Parteiflügels hatte, dem Männer wie Schmedemann, Elsner, Bergmann und Tessloff angehörten,

die sich zum Teil schon vor 1933 um ein besseres Verhältnis zur KPD bemüht hatten und nun die Chancen des Jahres 1945 nicht ungenutzt verstreichen lassen und ohne wirklich zwingende Gründe die alten Fronten wiederherstellen wollten. Sie standen anderen Kräften in der Hamburger Parteiführung gegenüber, deren grundsätzliches Mißtrauen gegenüber Methoden und Inhalten kommunistischer Politik durch die Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Erfahrungen während der Verfolgung nicht entscheidend beseitigt worden war.

Repräsentant dieser Machtbalance war Karl Meitmann, der sich, nachdem er zunächst die Einheitspolitik mit viel Engagement vertreten hatte, merklich zurückhielt und in Distanz zu den sich abzeichnenden Fronten den weiteren Verlauf der Entwicklung beobachtete, um dann die stärkeren Bataillone zu unterstützen.¹³⁹ Um die Jahreswende 1945/46 begann sich unter dem Druck Schumachers wie der KPD der Handlungsspielraum der Hamburger Landesorganisation zu verringern. Der Umschwung erfolgte dann in nur wenigen Wochen; das Bekenntnis zur Einheit blieb zunächst noch erhalten, sie wurde aber an immer höhere Bedingungen geknüpft, die schließlich dem Einheitsbegriff eine völlig neue Qualität gaben. Diese Phase begann mit dem Brief der SPD an die KPD vom 27. Dezember und den darin enthaltenen drei Forderungen und führte schließlich zu den von Meitmann Anfang März formulierten Voraussetzungen für eine einheitliche sozialistische Partei, die sich teilweise in dem Abgrenzungsbeschuß vom April wiederfinden. »Wenn die Kommunisten die Einheit wünschen, dann können sie sie dadurch erreichen, daß sie in die SPD eintreten, also dahin zurückkehren, von wo sie ausgegangen sind.«¹⁴⁰ Die Einheit, so stellte er weiter fest, könne »nur durch Aufbau von unten, nicht aber durch Beschlüsse von oben« entstehen.

Damit schienen die Positionen vom Sommer 1945 ausgetauscht: statt der SPD drängte nun die KPD auf die baldige Vereinigung, und anstelle der KPD vertrat nun die SPD die Ansicht, die Einheit müsse von den Mitgliedermassen getragen werden, womit sie die Differenzierung zwischen Führung und Mitgliedschaft übernahm. Zugleich forderte die SPD das, was sie der KPD vorwarf, nämlich die Unterwerfung unter ihren Führungsanspruch. Doch die Äußerungen Meitmanns waren reine Rhetorik. Dies zeigt sich am deutlichsten daran, daß nicht nur keine Schritte unternommen wurden, die Mitglieder auf die Einheitspartei vorzubereiten, sondern stattdessen mit allen Mitteln versucht wurde, sie in eine Abwehrfront gegen die KPD zu drängen. Daß der SPD-Führung diese Absicht durch zahlreiche Berichte über die Vorgänge in der Ostzone wie auch durch den Beschuß der Berliner Sozialdemokra-

ten, dessen zweiter Teil unerwähnt blieb,¹⁴¹ wesentlich erleichtert wurde, steht außer Frage. Diese Ereignisse gaben theoretischen Äußerungen Schumachers jenen Tatsachenhintergrund, dessen negative Wirkung die zur Einheit bereiten Hamburger Sozialdemokraten nicht überwinden konnten. Die Meinung Schumachers hätte für sich genommen nicht ausgereicht, die Hamburger Sozialdemokraten in die Frontstellung gegen die KPD zu bringen. Erst die propagandistisch aufgemachte Bestätigung dieser Behauptungen durch die Realität in der Sowjetzone verhalf der Politik Schumachers zum endgültigen Durchbruch in der Landesorganisation. Der Einfluß der Politik Schumachers hatte sich damit als so stark erwiesen, daß die Hamburger Landesorganisation ihren sowieso nur hinhaltenden Widerstand spätestens mit dem Landesparteitag Ende Januar 1946 aufgab. So vollzog sich die Übernahme der Schumacherschen Prinzipien am Ende schnell und vollständig; die Bemühungen einiger Vertreter des linken Parteiflügels, diese in zunehmend emotionalisierter Atmosphäre ablaufende Entwicklung aufzuhalten, waren zum Scheitern verurteilt.

Die Vorwürfe, die gegenüber der KPD erhoben wurden, lassen sich auf wenige Punkte reduzieren. Sieht man einmal von den Auseinandersetzungen um die Frage ab, ob die Zeit reif sei für sozialistische Forderungen, dann handelte es sich im wesentlichen um zwei Punkte: einmal die enge Verbindung der KPD mit Sowjetrußland und zum anderen das unzureichende Bekenntnis zur »Demokratie«, die darüber hinaus in der Partei nicht eindeutig realisiert sei. »Was trennt uns von den Kommunisten«, fragte Hamburgs zweiter Bürgermeister Adolph Schönfelder, um selbst zu antworten: »Das Bekenntnis zur Demokratie«. Die kommunistische Erklärung, »daß für ein deutsches Sowjetsystem gegenwärtig die Voraussetzungen fehlten«,¹⁴² sei kein klares Bekenntnis zur Demokratie, sondern nur eine taktische Einstellung. »Wir brauchen aber ganze Demokraten, nicht nur Demokraten auf Zeit. Wenn wir eins aus den zwölf Jahren gelernt haben, dann dieses, daß die Diktatur ein Unglück für das Volk ist.«¹⁴³ Schönfelder knüpfte damit an den formalen Demokratiebegriff aus der Weimarer Republik wieder an, dessen Wesen sich ihm in erster Linie durch den Gegensatz zum Begriff »Diktatur« erschloß, im Sinne einer Entscheidungsfindung von unten nach oben. Erst in zweiter Linie war dieser Demokratiebegriff an sozialistische Inhalte gebunden, mit der Konsequenz, daß eine Niederlage im demokratischen Wettbewerb den vorläufigen Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen bedeuten mußte. Eine Alternative zu diesem Vorgehen gab es trotz des damit verbundenen Risikos für die SPD nicht; alles andere erschien als

undemokratisch und als Fortsetzung der gerade zusammengebrochenen Diktatur mit anderen Inhalten, aber denselben Methoden. Aus dieser Einstellung heraus mußte die Ablehnung der »Stimmzettel-Demokratie« durch die KPD bei der SPD Mißtrauen hervorrufen, da die Alternative in den Augen der SPD nur die Diktatur sein konnte; diese war aber auch dann abzulehnen, wenn sie richtige, notwendige und wünschenswerte Entwicklungen der Realisierung näher brachte.

Die SPD war zwar ebenso wie die KPD von der Notwendigkeit überzeugt, die zunächst nur »papierne Demokratie«¹⁴⁴ durch Veränderung überkommener ökonomischer Strukturen gegen die Kräfte, die die Verantwortung für das Aufkommen des Faschismus trugen, zu sichern — aber nur durch formal korrekte Mehrheitsentscheidungen. Dieser unterschiedlichen Interpretation des Begriffs »Demokratie«, bei dessen Definition die SPD-Führung sich in denkbar größtem Einvernehmen mit dem Verständnis breiter Mitgliederkreise befand, kommt eine erhebliche Bedeutung für die Herausbildung des negativen Verhältnisses zwischen SPD und KPD zu. Der nicht durch übermäßige inhaltliche Tiefe belastete Schlagwortcharakter entsprach dem Bewußtseinsstand vieler Sozialdemokraten und gewann gerade im Gegensatz zum Begriff »Diktatur«, mit dem zunehmend die KPD in Zusammenhang gebracht wurde, eine zusätzliche Überzeugungskraft, die in politischen Auseinandersetzungen als Mobilisierungs- und Integrationsfaktor von beträchtlicher Wirkung sein konnte.

Zweifelloso begründete andererseits die Fixierung auf das Gegensatzpaar Demokratie—Diktatur eine Priorität der demokratischen Methode gegenüber den demokratischen Inhalten, die später die SPD gegenüber dem westdeutschen Restaurationsprozeß — soweit sie ihn nicht selbst mit gefördert hat — hilflos machte. Diese Entwicklung zeichnete sich allerdings im Frühjahr 1946 noch keineswegs ab, da der Glaube an den ökonomischen Erneuerungswillen der britischen Besatzungsmacht noch nicht gebrochen war und darüber hinaus in der SPD die feste Überzeugung dominierte, als eindeutig führende Kraft aus den Wahlen hervorzugehen. Nichtsdestoweniger zeigte das Hamburger Beispiel, wie traditionelle politische Vorstellungsinhalte gezielt zur Reaktivierung antikommunistischer Ressentiments ausgenutzt wurden.

Die KPD-Politik in Hamburg bis Mai 1946 war wesentlich durch das Vorbild der politischen Entwicklung in der Sowjetzone geprägt. Mit nur geringen zeitlichen Verzögerungen wurden Modifizierungen der KPD-Politik in der Ostzone nachvollzogen, die — wie auch immer bewirkten — Erfolge bei der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gepriesen und zugleich als Lernobjekt für das eigene weitere Vorgehen

publizistisch dargestellt. Dies zeigte sich nicht nur bei der Ablehnung der sofortigen Vereinigung, sondern auch bei der seit Ende Dezember erhobenen Forderung nach stärkerer Aktionseinheit und bei der Anerkennung der Beschlüsse der KPD-Parteikonferenz vom 2./3. März in Berlin. Eine solche enge Gebundenheit rechtfertigt deshalb die Feststellung, daß es in dem zunächst behandelten Zeitraum eine spezifisch hamburgische Entwicklung der KPD in wesentlich geringerem Ausmaß gegeben hat als etwa bei der SPD. So erwies es sich seit der Jahreswende 1945/46 als zunehmend schwieriger und schließlich als unmöglich, gleichzeitig die eigene Parteilinie und die Gestaltung des Verhältnisses zur SPD mit der Entwicklung in der Ostzone synchron zu halten.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind insofern bei der KPD zu suchen, als es ihr nie gelang, grundsätzliche Positionen nach den Erfordernissen regionaler und lokaler Gegebenheiten zu modifizieren. Ebenso erwies sie sich als nicht fähig, die Bedeutung der Politik Schumachers für ihre eigenen Zielvorstellungen zu erkennen und offensiv zu reagieren, solange noch Aussicht bestand, der Entwicklung eine andere Richtung zu geben. Weitgehend ohnmächtig und durch das eigene Konzept paralyisiert, sah sie zu, wie Schumacher seinen Einfluß ausdehnte, ebenso unbeweglich blieb sie auch noch, als die Entfremdung zwischen beiden Parteien nicht mehr zu übersehen war. Ob eine flexible Haltung der KPD den Lauf der Dinge wesentlich beeinflusst hätte, könnte nur spekulativ beantwortet werden; sicher ist jedoch, daß sich die Führung der KPD in dem Bemühen, die politische Einheitlichkeit zwischen den Zonen auch in der Vereinigungsfrage herzustellen, Schumacher als unterlegen erwies, der stattdessen zonale Sonderentwicklungen bewußt in Kauf nahm, wenn er sie nicht sogar entscheidend mit herbeiführte. Der Wert dieses Festhaltens an der nationalen Einheit wurde allerdings dadurch entscheidend geschmälert, daß eben diese Politik letztlich doch eine Entwicklung begünstigte, die die Spaltung vertiefte. In diesem Sinne wurde die Vereinigung von SPD und KPD in Berlin zu einem wichtigen Datum auch für die KPD der Westzonen: wurde damit in der Ostzone die mit der SPD vereinigte KPD noch stärker als zuvor zur führenden Partei — ein Tatbestand, der allerdings nicht nur auf die Vereinigung zurückzuführen ist —, so markiert dies Datum für die westdeutschen Kommunisten den Beginn eines bis heute nicht beendeten Weges, der unter Reduzierung der in der mehr als zehnjährigen Zwischenphase seit der Brüsseler Konferenz gültigen taktischen Elemente zunächst noch nicht sehr ausgeprägt, dann aber immer deutlicher und konsequenter in die Oppositionsmentalität ihrer Frühzeit

zurückführte — ein Prozeß, der unter Berücksichtigung der politisch-ökonomischen Entwicklung der Westzonen darzustellen sein wird.

Die Herausbildung des negativen Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in Hamburg bis zum Mai 1946 war in erster Linie ein autonomer Vorgang zwischen den beiden Arbeiterparteien. Dennoch müssen auch andere Faktoren mit in Rechnung gestellt werden. Zwar waren die schwierigen Bedingungen der tagespolitischen Arbeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien eher förderlich als hinderlich, da auf dieser »sachlichen« Ebene das Distanzierungsbedürfnis der Sozialdemokraten wesentlich geringer war als auf der im engeren Sinne politischen Ebene. Auch gestaltete sich die Zusammenarbeit im ernannten Senat durchaus positiv, dem neben sechs Sozialdemokraten — Borgner, Dudek, Eisenbarth, Landahl, Nevermann, Schönfelder —, zwei Mitgliedern der CDU — Ketels, Klée-Gobert —, zwei Parteilosen — Bucerius, Petersen — und dem Vertreter der Freien Demokraten Koch auch die beiden Kommunisten Dettmann und Heitgres angehörten.

Schwieriger sind schon die Zusammenhänge zwischen britischer Besatzungspolitik und Politik der Einheit zu beschreiben, wobei die Frage im Vordergrund steht, inwieweit die Politik der Militärregierung die Entstehung der Einheitspartei bewußt behindert hat. Eine direkte Einflußnahme ist am deutlichsten bei der Auflösung der SFG nachweisbar; auch die zögernde Ernennung kommunistischer Senatoren¹⁴⁵ zeigt die nicht eben prokommunistische Einstellung der Besatzungsmacht. Allerdings bedeutet die Haltung gegenüber der SFG zunächst nur eine Absage an die Einheitsgewerkschaft, noch nicht an die Einheitspartei. Überhaupt scheint lange Zeit das Interesse der britischen Besatzungsmacht der Gewerkschaftsbewegung in wesentlich stärkerem Maße gegolten zu haben als den Parteien, zu deren Programm oder Organisationsform sie sich nicht im einzelnen, sondern nur in allgemeinen Direktiven äußerte.¹⁴⁶

Im Vergleich zur Sowjetzone wurden im britischen Besatzungsbereich erst relativ spät Parteien zugelassen, so in Hamburg nach Montgomerys Vorankündigung vom 6. August erst am 21. November 1945. Zahlreiche Historiker — keineswegs nur der DDR-Historiographie¹⁴⁷ — sehen hierin eine bewußte Verzögerung, um der Einheitsbewegung die Spitze abzubrechen und diejenigen sozialdemokratischen Führer in die günstigsten Startpositionen zu bringen, die Gegner der Einheit waren. Selbst wenn dies die Absicht der Engländer gewesen sein sollte — wofür sehr vieles spricht —, dann bleibt doch die entscheidende Frage, ob es dieser »Hilfestellung« überhaupt bedurfte, um die Einheitsbewegung

zum Scheitern zu bringen. Die Verfechter der These, daß die Besatzungsmacht letztlich die Einheit verhindert habe, unterstellen indirekt, daß ein verändertes Verhalten der Militärregierung auch ein verändertes Verhalten der KPD zur Folge gehabt hätte; eine solche Betrachtung übersieht, daß sich die Hamburger KPD, die hier als Paradigma zu gelten hat, ausschließlich an der Entwicklung in der Ostzone orientierte, daß somit dem Termin der Parteizulassung in der britischen Zone für die Durchführung ihrer Konzeption kaum Bedeutung zukommt.

Auch wenn in der britischen Zone wie in der sowjetischen bereits im Juni Parteien zugelassen worden wären, hätte die Politik der KPD nicht anders ausgesehen als die später tatsächlich betriebene. Daß eine frühere Parteizulassung den Prozeß der Einheit nicht hätte fördern müssen, zeigt nicht zuletzt das Beispiel der Ostzone, wo sich in der Zeit von Juni bis November 1945 — also in den Monaten, die den Vorsprung der Sowjetzone ausmachten — SPD und KPD nicht einander näherten, sondern sich entfremdeten. Welche Kräfte andererseits die Führung einer bereits im Juni zugelassenen SPD übernommen hätten, ist nur spekulativ zu beantworten. Vieles deutet aber darauf hin, daß sich Person und politische Potenz Schumachers, wenn auch gegen erhebliche Widerstände, schon zu diesem frühen Zeitpunkt durchgesetzt hätten, ausgenommen den Fall, daß die britische Militärregierung einen prononciert einheitsfreundlichen Kurs vertreten und auch entsprechenden Druck auf die Parteien ausgeübt hätte. So aber wäre mit großer Wahrscheinlichkeit Schumacher nur noch früher Gelegenheit gegeben worden, seinen antikommunistischen Führungsanspruch in den regionalen und lokalen Unterorganisationen der Westzonen durchzusetzen; lokale Sonderentwicklungen hätten dann ein noch schnelleres Ende gefunden.

Die Militärregierung schuf — wahrscheinlich nicht im Sinne ihrer eigentlichen Absichten — mit der späten Zulassung von Parteien einen zeitlichen Freiraum, der auch von den Einheitsanhängern hätte genutzt werden können. Indem die KPD diese entscheidenden Monate ungenutzt verstreichen ließ, trug sie dazu bei, daß nur eine Sammlung der Einheitsgegner stattfand und nicht auch eine solche der Einheitsanhänger. Somit ist die These, »daß der Kampf der Einheitsfeinde in der westdeutschen SPD ohne weitgehende Unterstützung der Westmächte gescheitert wäre«,¹⁴⁸ nicht haltbar. Ihre Anhänger übersehen als entscheidenden Punkt, daß sich trotz des ohne Zweifel vorhandenen starken Einheitswillens im Juni 1945 — dies Datum für die Zulassung von Parteien in den Westzonen einmal unterstellt — nicht eine einheitliche sozialistische Partei gebildet hätte, sondern daß es — in Analogie zur Ostzone — zur Gründung zweier getrennter Parteien gekommen wäre.

Insofern hat die zeitliche Verzögerung der Parteizulassung in der britischen Zone nicht dazu beigetragen, die Vereinigung der Arbeiterparteien zu verhindern. Bis zu dem Zeitpunkt, als im Osten wie im Westen die KPD die Verstärkung der Aktionseinheit forderte, wäre eine Zusammenfassung der Gegner der Einheit, zusätzlich verstärkt durch Exil-Sozialdemokraten, immer möglich gewesen.

KPD wie britischer Militärregierung ging es darum, Zeit zu gewinnen, »die Kontrolle der Bewegung in die Hand zu bekommen«,¹⁴⁹ um die Verhältnisse zunächst in ihrem Sinne konsolidieren und dann endgültig gestalten zu können. Als diese Konsolidierungsphase beendet war und die eigentliche Auseinandersetzung um die Einheit einsetzte, zeigte sich, daß die Gegner der Einheit in der SPD besser taktiert und ihre Position ausgebaut hatten, während es der KPD nicht gelungen war, ihre möglichen Verbündeten zu gewinnen.

Die personelle Kontinuität der Hamburger SPD und KPD in der Zeit vor und nach dem Dritten Reich

Die Entscheidungen, die in der Frage der Einheit getroffen wurden, waren sicher in nicht geringem Maße von den Personen und ihren Erfahrungen bestimmt, die den politischen Führungsgremien der beiden Parteien angehörten. Das politische Konzept der KPD wie das Demokratieverständnis der SPD — um nur zwei Beispiele zu nennen — waren schließlich nicht Produkte des Jahres 1945; in beiden fanden historische Erfahrungen aus der Weimarer Republik und der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ihren Niederschlag, teils in direkter Kontinuität, teils als bewußter Reflex auf erkannte Fehlentwicklungen.

Im folgenden soll dieses Kontinuitätsproblem unter personellem Aspekt dargestellt werden. Das Hauptaugenmerk gilt dabei den Personen, die Führungspositionen innerhalb der Arbeiterparteien einnahmen; für die SPD kann diese Analyse auch auf die mittlere Funktionärssebene ausgedehnt werden.

Von allen Parteien hatte die KPD die stärksten Verluste durch die Verfolgung erlitten, namentlich unter den Mitgliedern der letzten Bürgerschaftsfraktion.¹⁵⁰ Trotzdem konnten nach Kriegsende in Hamburg die führenden Positionen wieder mit Politikern und Funktionären besetzt werden, die bereits in der Weimarer Republik für die KPD tätig gewesen waren. Auf der Liste der KPD für die Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946 standen auf den ersten fünf Plätzen folgende Kandidaten, die bereits vor 1933 der Bürgerschaft angehört hatten:

1. Friedrich Dettmann: geb. 1897, kam 1920 mit der USPD zur KPD, von 1924 bis 1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und Redakteur der Hamburger Volkszeitung, 1935 bis 1945 inhaftiert; 1945 Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung Wasserkante bis Ende Mai 1946, November 1945 bis Oktober 1948 Gesundheitssenator, Mitglied der ernannten und der gewählten Bürgerschaft 1946–1951.¹⁵¹
2. Magda Langhans: geb. 1903, Mitglied der Bürgerschaft 1931 bis 1933, nach 1945 KPD-Funktionärin, Mitglied der ernannten und gewählten Bürgerschaft 1946–1953.¹⁵²
3. Gustav Gundelach: geb. 1888, seit 1924 Mitglied der Bezirksleitung Wasserkante, 1924 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft, zeitweilig als Vizepräsident, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg als Leiter des Roten Kreuzes für die Internationalen Brigaden, 1945 als Mitglied der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück, Präsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der Ostzone, seit Mai 1946 Vorsitzender der KPD Wasserkante, Mitglied der Bürgerschaft 1946/47.¹⁵³
4. Johann Westphal: geb. 1886, 1920 von der USPD zur KPD gekommen, 1924 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft, außerdem 1924 Orgleiter Wasserkante, im Dritten Reich verhaftet, 1945 Mitglied der Bezirksleitung Wasserkante, 1946/49 Mitglied der ernannten und der gewählten Bürgerschaft.¹⁵⁴
5. Paul Tastesen: Jahrgang 1899, wie Dettmann und Westphal 1920 von der USPD zur KPD, zeitweilig Sekretär des Rotfrontkämpferbundes, 1927 bis 1931 Bürgerschaftsabgeordneter, längere Lagerhaft, nach 1945 erster Stadtleiter der KPD für Hamburg, Mitglied der ernannten Bürgerschaft vom Februar bis Oktober 1946.¹⁵⁵

Zu diesen erfahrenen KPD-Funktionären kamen andere, die ebenfalls vor 1933 schon verantwortungsvolle Positionen innegehabt hatten, wie Richard Schaible oder Franz Heitgres, nach 1945 Senator für Flüchtlingsfragen.¹⁵⁶ Demgegenüber traten die jüngeren Funktionäre in Führungspositionen quantitativ deutlich zurück. Am ehesten sind hier Willi Grünert, Friedrich Dethlefs und Erich Hoffmann zu nennen, die sich jedoch ebenfalls schon als Spanienkämpfer oder im Widerstand bewährt hatten.¹⁵⁷ Die Dominanz der langgedienten Funktionäre wurde erst Ende 1947 mit dem Rückzug von Tastesen, Westphal und Schaible entscheidend gemindert; in wesentlich stärkerem Maße als bisher rückten nun jüngere Mitglieder in den Vordergrund.

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der Hamburger SPD. Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der Hamburger Sozialdemokraten wurde

folgender Landesvorstand gewählt, dem außer den beiden Vorsitzenden zehn Beisitzer sowie die zehn Vorsitzenden der SPD-Parteikreise Hamburgs angehörten.

1. 1. Vorsitzender: Karl Meitmann, geb. 1891, SPD seit 1909, 1926 bis 1928 Parteisekretär in Hamburg, von 1928 bis 1933 Hamburger SPD-Vorsitzender, Mitglied der Bürgerschaft seit 1931.¹⁵⁸
2. 2. Vorsitzender: Walter Schmedemann: geb. 1901, 1917 USPD, seit 1924 SPD, 1933 Bürgerschaftsmitglied.¹⁵⁹
3. Beisitzer:
 - a) Paula Karpinski: geb. 1897, 1913 SPD, seit 1930 Mitglied des Hamburger Landesvorstandes, 1931 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft.¹⁶⁰
 - b) Paul Nevermann: geb. 1902, 1922 SPD, 1933 Mitglied des Altonaer Stadtparlaments.¹⁶¹
 - c) Paul Bergmann: geb. 1881, seit 1904 SPD, 1918 USPD-Vorsitzender Hamburgs, seit 1922 wieder SPD, 1922 bis 1932 Mitglied im SPD-Landesvorstand, 1924–1928 Mitglied der Bürgerschaft, 1928 bis 1933 Mitglied des Deutschen Reichstages.¹⁶²
 - d) Willi Elsner: geb. 1895, SPD seit 1913, 1931 bis 1933 SAP.¹⁶³
 - e) Hellmut Kalbitzer: geb. 1913, vor 1933 nicht in der SPD, Mitglied des ISK.
 - f) Paul Bugdahn: geb. 1890, SPD seit 1906, 1919 bis 1933 SPD-Vorsitzender und seit 1924 Stadtverordnetenvorsteher in Altona, 1928 bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtages.¹⁶⁴
 - g) Johannes Richter: geb. 1895, 1911 SPD, seit 1922 Reporter und Mitherausgeber des Hamburger Echo, 1928 bis 1933 Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion in Altona.¹⁶⁵
 - h) Claus Umland: geb. 1872, SPD seit 1896, 1908–1933 Mitglied der Bürgerschaft, 1918–1933 Parteiangestellter, 1919–1922 Mitglied des Landesvorstandes.¹⁶⁶
 - i) August Kirch: geb. 1879, seit 1898 SPD, Senator in Altona 1919 bis 1933.¹⁶⁷
 - j) Irma Keilhack: geb. 1908, SPD seit 1926, 1929–1933 Parteiangestellte.¹⁶⁸
4. Kreisvorsitzende (Kreise 1–10):
 - a) Karl Ullrich: geb. 1903. 1924 SPD, seit 1931 Mitglied der Bürgerschaft.¹⁶⁹
 - b) Albert Blankenfeld: geb. 1900, 1921 SPD, vor 1933 Distriktsführer.¹⁷⁰
 - c) Max Sittenfeld: geb. 1897, seit 1916 SPD, 1919–1933 Parteifunktionär mit verschiedenen Positionen.¹⁷¹

- d) Otto Günther: geb. 1895, 1913 SPD, von 1931—1933 Mitglied der Bürgerschaft.¹⁷²
 - e) Willi Ropers: geb. 1908, seit 1927 SPD und Reichsbanner, 1930 Bezirksführer Barmbek-Süd.¹⁷³
 - f) Heinrich Wichelmann: geb. 1893, seit 1919 SPD und Redakteur des HE.¹⁷⁴
 - g) Max Hodkenholz: geb. 1891, seit 1908 SPD, 1930—1933 Mitglied der Bürgerschaft.¹⁷⁵
 - h) Karl Gehrman: geb. 1876, SPD seit 1896, 1907 Mitglied des Reichstages für den Wahlkreis Kottbus-Spremberg, 1921—1933 Mitglied des Preußischen Landtages.¹⁷⁶
 - i) Hermann Sönnichsen: geb. 1896, seit 1919 SPD, Mitglied der Gemeindefraktion Lohbrügge.¹⁷⁷
 - j) Bernhard Früchtling: geb. 1898, langjährige SPD-Mitgliedschaft in der Weimarer Republik.¹⁷⁸
5. Die Leiter bestimmter Arbeitsgebiete in der Landesorganisation:
- a) Politische Abteilung: Walter Poller: geb. 1900, seit 1918 SPD.¹⁷⁹
 - b) Organisation: Adolf Keilhack: geb. 1907, 1925 SPD, 1927—1933 Parteiangestellter.¹⁸⁰
 - c) Schulung: Ernst Tessloff: geb. 1888, seit 1920 SPD, vor 1933 Parteisekretär in Stade.¹⁸¹
 - d) Propaganda: Ernst Kähler: geb. 1901, SPD seit 1919, seit 1923 Distriktsführer in Eilbek.¹⁸²
 - e) Kassenverwaltung: August Blume: geb. 1886, SPD seit 1902, 1919—1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Altona.¹⁸³

Diese Zusammenstellung macht deutlich, daß von den oben aufgeführten 27 Spitzenfunktionären der Hamburger Landesorganisation allein 26 der Partei schon vor 1933 angehörten, wobei das späteste Eintrittsdatum 1927 lag. Für die 25 Parteifunktionäre, für die sichere Daten vorlagen,¹⁸⁴ errechnet sich ein durchschnittliches Lebensalter von mehr als 50 Jahren und eine durchschnittliche Dauer der Parteizugehörigkeit — wenn die Zeit des Nationalsozialismus berücksichtigt wird — von etwas mehr als 32 Jahren.

Im ernannten Nachkriegssenat der Hansestadt war die SPD durch sieben Senatoren vertreten. Neben Paul Nevermann und Heinrich Landahl, der 1933 für die Staatspartei in den Reichstag gewählt worden war, waren dies:

- 1. Adolph Schönfelder: geb. 1875, 1919 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft, 1925—1933 Senator, von 1919—1933 Beisitzer im Landesvorstand der SPD.¹⁸⁵

2. Otto Borgner: geb. 1892, Mitglied der Bürgerschaft 1931—1933.¹⁸⁶
3. Heinrich Eisenbarth: geb. 1884, von 1919 bis 1933 Zweiter Vorsitzender der Hamburger SPD, 1919—1933 Mitglied der Bürgerschaft, seit Herbst 1924 Senator.¹⁸⁷
4. Max Leuteritz: geb. 1884, seit 1919 Mitglied der Bürgerschaft, als Vorgänger von Karl Meitmann von 1918 bis 1928 Vorsitzender der Hamburger SPD,¹⁸⁸ Senator bis Februar 1946.
5. Walter Dudek: geb. 1890, seit 1917 Mitglied der SPD, 1919—1922 Bürgermeister von Fürstenwalde, 1922—1925 Stadtrat in Dortmund, 1925—1933 Oberbürgermeister von Harburg, Senator seit Februar 1946.

Die überaus starke personelle Kontinuität in der Hamburger SPD kam bei den sozialdemokratischen Senatoren fast noch stärker zum Ausdruck als bei den Funktionären. Insgesamt befanden sich unter den 34 Funktionären und Senatoren zwölf ehemalige Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft, fünf ehemalige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in Altona, drei frühere Reichstagsabgeordnete und zwei Mitglieder des Preußischen Landtages. Darüber hinaus nahmen die beiden Hamburger SPD-Vorsitzenden aus der Weimarer Republik, der langjährige zweite Vorsitzende sowie fünf frühere Beisitzer des Landesvorstandes wieder führende Positionen ein. Dazu kamen im ersten gewählten Senat neben Paula Karpinski die ehemaligen Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister von Altona und Bergedorf, Max Brauer und Friedrich Frank.¹⁸⁹

Schließlich gab es weitere Personen, die keine Partei- oder Senatsämter innehatten, aber nichtsdestoweniger über Einfluß verfügten; zu nennen wären hier Gustav Dahrendorf, ehemaliger Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneter und Beisitzer des Landesvorstandes seit 1921, oder Hans Podeyn, ebenfalls Mitglied des Landesvorstandes und Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion von 1928 bis 1933.

Daß die Restauration des alten Funktionärskörpers nicht nur in den Spitzenpositionen, sondern auch auf der darunterliegenden Ebene erhebliches Gewicht hatte, zeigen die Angaben über die Parteimitgliedschaft der Delegierten einiger Landesparteitage. Da diese Zahlen einer etwas späteren Zeit entstammen, wird zugleich deutlich, wie spät jüngere Kräfte, die erst nach 1945 in die Partei eingetreten waren, auch in gehobene Positionen gewählt wurden. Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission des Landesparteitages vom 25. April 1948 geht hervor, daß von 369 Delegierten 323 schon vor 1933 der Partei angehört hatten.¹⁹⁰ Im Mai 1949 hatte sich das Bild noch keineswegs entscheidend gewandelt. Von den 386 stimmberechtigten Delegierten des Partei-

tages am 7./8. 5. 1949 waren 291 schon vor Hitlers Machtantritt Mitglied der Partei, 180 bezeichneten sich als schon damals aktive Funktionäre, 155 hatten der SAJ und 186 dem Reichsbanner angehört.¹⁹¹

Ist die Übernahme der politischen Verantwortung nach 1945 in Hamburg durch Kräfte, die fast ausnahmslos auf eine jahrzehntelange Parteimitgliedschaft zurückblicken konnten und größtenteils schon vor 1933 führende Positionen innehatten, leicht zu zeigen, so ist es andererseits schwer, aus dieser personellen Kontinuität Rückschlüsse auf ihr politisches Handeln zu ziehen. Zunächst muß zwischen der SPD und der KPD unterschieden werden, bei der das subjektive Element eine geringere Rolle spielt als bei der SPD, deren Mitglieder weit weniger an ideologische Konzepte gebunden waren. Ferner muß personelle Kontinuität nicht ohne weiteres Kontinuität des Handelns und Denkens bedeuten, die durch neue Erfahrungen verändert werden können. Die verschiedenen Tätigkeiten in der Weimarer Republik lassen außerdem auf einen unterschiedlichen Erfahrungsstand schließen.

Schließlich konnte auch die von fast allen allein zu bewältigende, im Einzelfall unterschiedliche persönliche Erfahrung der Herrschaft des Nationalsozialismus zu einer Änderung der politischen Einstellung führen. Es war denn auch der Schock der letzten zwölf Jahre, der zunächst die Gedanken beherrschte hinsichtlich der Frage, welche Fehler die Parteien vor 1933 begangen hatten und welche Lehren daraus zu ziehen seien. Erst als bei vielen Hamburger Sozialdemokraten die ersten Hoffnungen und Illusionen verfliegen waren, begann sich eine Mehrheit wieder den alten Positionen zu nähern. Dies war der Zeitpunkt, an dem die personelle Restauration eine politische Qualität erhielt, wobei die Konzentration auf die Einheitsfrage dazu führte, daß die divergierenden Positionen des einzelnen unter dem Einfluß der Politik Schumachers auf den kleinsten gemeinsamen Nenner wie den Antikommunismus oder den Gegensatz Demokratie – Diktatur verengt wurden. Dies erst ermöglichte ein einheitliches Auftreten der Partei.

Den unzerstörten emotionalen Grund politischen Handelns, der bei dem einen mehr, dem anderen weniger stark verdrängt worden war, hat Adolph Schönfelder beschrieben, als er auf dem zweiten Landesparteitag im Juli 1946 zu den Delegierten sagte: »Wir sind damals [Mai/Juni 1945] nicht von der Partei gewählt, wir sind von der Militärregierung ernannt! Wir waren also frei und als Person nur für uns verantwortlich; aber trotzdem wir keine äußere Bindung an Parteibeschlüsse hatten, denn die Partei existierte noch nicht, haben wir doch die Bindung an die Partei in uns getragen. Wer einer Bewegung Jahrzehnte gedient hat, der bedarf der äußeren Bindung nicht, der trägt sie

in sich, der hat die Verantwortung vor der Partei, vor dem Volke, vor sich selbst, und es kommt da auf Formalitäten nicht an. In dem Bewußtsein, unserer Partei zu dienen, haben wir unsere Tätigkeit aufgenommen und versucht, in diesem Sinne zu handeln und zu wirken . . .«¹⁹² Diese aus Erfahrung gewonnene, von direkter demokratischer Legitimation unabhängige Gewißheit im politischen Handeln verband seit Ende 1945 die Funktionäre miteinander und gab der Partei ein gegenüber dem Sommer 1945 wesentlich einheitlicheres Erscheinungsbild. Zwar entstand damit auch ein linker Parteiflügel, aber dies stellt nur einen zusätzlichen Beleg für die allgemeine These dar: es bildete sich eben nicht nur die Partei der Weimarer Republik als ganzes wieder, sondern auch ihre einzelnen Flügel mit im Vergleich zur Zeit vor 1933 durchaus ähnlichen quantitativen Proportionen. Die durch eine langjährige Tätigkeit in den Reihen der Arbeiterbewegung geprägte grundsätzliche Einstellung zu politischen Problemen und ihrer Lösung gewann nun in dem Maße an Bedeutung, in dem die Polarisierung zunahm. Dieser Konflikt mit der KPD beschleunigte den Umsetzungsprozeß der personellen in die politische Kontinuität ganz entscheidend. Erst durch ihn und in seinem Gefolge setzte sich das traditionelle Demokratieverständnis der Sozialdemokratie wieder durch, wurde die Parteidisziplin, die auch gegen eigene Überzeugungen gewahrt wurde, wieder zu einem hervorstechenden Merkmal der Partei. Binnen kurzer Zeit bestimmte der rechte Parteiflügel wieder die Entwicklung der Hamburger Landesorganisation.

Hinzu kam ein psychologischer Faktor, der freilich schwer nachweisbar ist, jedoch fraglos eine Rolle in diesem Prozeß gespielt hat. Immer stärker setzte sich die Überzeugung durch, daß eine Politik, die von Hitler erbittert bekämpft worden war, zumindest nicht grundsätzlich falsch gewesen sein konnte. Diese Position verstellte vielfach den Blick für die Ursachen des Scheiterns 1933 und ließ grundlegende Wandlungen gar nicht unbedingt erforderlich erscheinen. Dieser von Schumacher geförderten Beurteilung waren die alten Funktionäre um so mehr bereit zu folgen, als dadurch ihr Anteil an der Verantwortung für das Scheitern automatisch gemindert wurde. Psychologisch begünstigte diese Haltung den innerparteilichen Konservatismus; er hätte sich in jedem Fall der Erkenntnis eines grundsätzlichen Neuanfangs entgegengestellt, wäre aber wohl nicht so stark durchgeschlagen, wenn in stärkerem Maße historisch weniger belastete Personen im Vordergrund gestanden hätten.

So stellte die starke personelle Kontinuität ohne Zweifel ein Element der Belastung für eine Neuorientierung der SPD und damit auch der

Gesamtgesellschaft dar. Die politische Haltung dieser Funktionäre hätte sich nur schwer durchsetzen können, hätten nicht restaurative Tendenzen, die vorwiegend von außerhalb Hamburgs einwirkten, ihnen sehr schnell eine politische Bedeutung gegeben, die es ihnen ermöglichte, von sich aus den Prozeß der innerparteilichen politischen Restauration weiter zu fördern und zu verstärken. Dieser Vorgang hätte nur dann verhindert werden können, wenn frühzeitig bei der zentralen Westzonenführung der SPD wie auch bei den Besatzungsmächten der konsequente Wille vorhanden gewesen wäre, grundsätzliche Neuerungen durchzusetzen. Da dieser Wille — soweit er vorhanden war — nicht nachdrücklich realisiert wurde, konnten altgewohnte Überzeugungen und Einstellungen ohne länger währenden Widerstand weiter vertreten und immer stärker durchgesetzt werden. Insbesondere die Politik Kurt Schumachers, die teilweise zu Recht den Anspruch erhob, Lehren aus der Vergangenheit gezogen zu haben, führte damit zu einem innerparteilichen Restaurationsprozeß, der ihre Erneuerungstendenzen nicht voll wirksam werden ließ.

Altersaufbau und Sozialstruktur der Hamburger SPD 1946 im Vergleich zu 1931

Schon vor der Konferenz von Wennigsen Anfang Oktober 1945 war deutlich geworden, »daß die früheren Mitglieder fast ausnahmslos«¹⁹³ in die Partei zurückkehrten. Auch der Hinweis darauf, daß »die frühere Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei . . . an sich kein Grund zur Wiederaufnahme«¹⁹⁴ sei, konnte nichts daran ändern, daß die alten Sozialdemokraten zur SPD zurückstrebten. Dies führte zu Konsequenzen im Altersaufbau der Mitgliedschaft, da den mittlerweile zwölf Jahre älter gewordenen ehemaligen Mitgliedern zu wenig junge Leute gegenüberstanden, die den Altersdurchschnitt hätten entscheidend senken oder zumindest die Erhöhung abmildern können.

Am 15. Oktober 1946 gehörten der Hamburger Landesorganisation 39 886 Mitglieder an. Von ihnen waren:

unter 25 Jahre alt	4,3 %
25—30 „	3,9 %
30—40 „	17,7 %
40—50 „	26,3 %
50—60 „	24,6 %
über 60 „	23,2 % ¹⁹⁵

Zum Vergleich seien hier die entsprechenden Zahlen von 1931 genannt.¹⁹⁶ Damals waren

unter 25 Jahre alt	10,9 %
25—30 „	9,5 %
30—40 „	21,6 %
40—50 „	26,6 %
50—60 „	20,4 %
über 60 „	11,0 % ¹⁹⁷

Weisen schon die Zahlen aus der Weimarer Republik auf einen starken Überalterungsprozeß der Mitgliedschaft hin,¹⁹⁸ so hatte sich dieser Vorgang bis 1946 noch wesentlich verstärkt. Während sich 1931 die Gruppen der unter 25jährigen und der über 60jährigen noch die Waage gehalten hatten, so war 1946 letztere Gruppe mehr als fünfmal stärker vertreten. Die Gruppe der bis 40jährigen war von 42 % auf etwa 26 % gefallen, die der über 60jährigen hatte sich mehr als verdoppelt. Die Gründe sind darin zu suchen, daß die Kriegsverluste sich auf die ohnehin schon unterrepräsentierten jüngeren Jahrgänge besonders stark ausgewirkt hatten, und daß die Bereitschaft zum politischen Engagement bei jüngeren Leuten unverhältnismäßig geringer war als bei den älteren.

Dies zeigt sich deutlich, wenn man die Altersstruktur der SPD-Mitgliedschaft mit dem Altersaufbau Hamburgs vergleicht. Die Gruppe der 16- bis 25jährigen war an der Hamburger Bevölkerung mit 16,2 %¹⁹⁹ beteiligt, in der SPD aber nur mit 8,2 %. War bei den 30- bis 40jährigen der Anteil an der SPD bzw. der Hamburger Gesamtbevölkerung noch etwa gleich — 17,7 % SPD : 14,8 % Einwohner Hamburgs —, so waren die über 40jährigen in der SPD überrepräsentiert.²⁰⁰

Die Landesorganisation analysierte die Ursachen für diese Tatbestände durchaus zutreffend, wenn sie feststellte, daß »das starke Übergewicht in den älteren Jahresklassen . . . zum Teil zweifellos auf die politische Standhaftigkeit und Überzeugungstreue der alten Generation aus der Zeit von 1933 bzw. 1918 zurückzuführen [ist]. Dieses Symptom und die Tatsache, daß die politisch Interessierten und sich in Parteien Bindenden zunächst wahrscheinlich aus den Jahrgängen rekrutieren, die die politische Entwicklung bis 1933 bewußt oder gestaltend miterlebt haben, wird uns zunächst ein Übergewicht der älteren Jahrgänge erhalten. Für den Mangel an jungen Mitgliedern sprechen die Verhältnisse eine harte Sprache: Kriegsverluste und politisches Desinteresse, das verstärkt wird durch die gegenwärtigen Lebensbedingungen, kein Nachwuchs, der — sozialistisch erzogen — zu uns kommen müßte.«²⁰¹ Die Hamburger SPD war sich bewußt, daß in diesem Sachverhalt ein hohes

Maß an Zwangsläufigkeit lag und daß es längerfristiger Arbeit bedürfen würde, die Jugend wieder an das politische Leben heranzuführen und dadurch die Dominanz der älteren Jahrgänge allmählich abzubauen.

Wichtiger noch als die Altersstruktur der Hamburger SPD mit ihren politischen Auswirkungen, die mit dem Hinweis darauf, daß die Sozialdemokraten der »ersten Stunde« »eine fast 80 Jahre alte Partei erneut in die politische Öffentlichkeit zu führen«²⁰² beabsichtigten, zutreffend beschrieben worden sind, erscheinen die Analyse der sozialen Zusammensetzung der Hamburger SPD nach 1945 und der Vergleich mit den Verhältnissen in der Endphase der Weimarer Republik. Von den Mitgliedern waren:

	1931	1946
Akademiker	0,5 ‰	0,64 ‰
Angestellte	11,4 ‰	16,1 ‰
Arbeiter	60,0 ‰	44,0 ‰
Beamte	3,9 ‰	2,9 ‰
Freie Berufe	0,26 ‰	0,65 ‰
Selbst. Gewerbetreibende	3,5 ‰	4,75 ‰
Hausfrauen	18,0 ‰	19,85 ‰
Sozial- und Privatrentner	1,4 ‰	9,45 ‰
Sonstige	1,04 ‰	1,66 ‰ ²⁰³

Die auffälligste Veränderung findet sich beim Anteil der Arbeiter, der um nicht weniger als 16 ‰ geringer geworden ist. Damit setzte sich ein Prozeß fort, der schon – wenn auch nicht kontinuierlich – vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Ende der Weimarer Republik zu beobachten gewesen war.²⁰⁴ Die Ursachen für das starke Absinken des Arbeiteranteils dürften in erster Linie darin zu suchen sein, daß die Kriegsverluste dieser Bevölkerungsgruppe besonders hoch gewesen sind; dies gilt auch für den zivilen Sektor, da die dichtbewohnten Arbeiterwohnviertel Hamburgs stärker durch die alliierten Luftangriffe des Jahres 1943 zerstört worden waren als andere Wohngebiete. Schließlich hatte auch der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung abgenommen,²⁰⁵ ein Vorgang, der mit einem Ansteigen des Angestelltenanteils korrespondierte und der sich auch in den Zahlen der Parteistatistik niederschlug. Zum dritten dürfte die Überalterung insofern eine Rolle gespielt haben, als viele ehemalige Arbeiter nunmehr unter die Rubrik der »Privat- und Sozialrentner« fielen, in der eine erhebliche prozentuale Zunahme zu verzeichnen ist.²⁰⁶

Eine genauere Differenzierung des Sektors »Arbeiter« in der SPD-Mitgliedschaft zeigt, daß die größte Abnahme bei vielen traditio-

nellen Handwerksberufen zu verzeichnen ist, die — gerechnet in absoluten Zahlen — teilweise nur noch halb oder gar nur ein Drittel so stark vertreten waren wie 1931. Besonders eindringliche Beispiele dafür sind Buchdrucker und Buchbinder, Bootsbauer, Schneider, Schuhmacher, Tischler und Bäcker, die auf weit weniger als 50 % ihres früheren Anteils zurücksanken und damit den durchschnittlichen Rückgang der Arbeiterschaft klar übertrafen. Ein erheblicher Rückgang um fast 80 % war auch bei den Staats- und Gemeindearbeitern festzustellen, der nur zum Teil durch einen bemerkenswerten Anstieg der staatlichen Angestellten wieder wettgemacht werden konnte. Zweifellos spielten hierbei zwölf Jahre nationalsozialistischer Personalpolitik eine wesentlich stärkere Rolle als beim staatlichen Dienstleistungsbereich, der seinen Anteil unter den SPD-Mitgliedern im Vergleich zu 1931 teilweise sogar in absoluten Zahlen steigern konnte. Dies gilt vor allem für die Hoch- und Straßenbahner, aber auch für die Post- und Telegraphenarbeiter.²⁰⁷ Die Anzahl der Fabrikarbeiter erwies sich als relativ stabil ebenso wie die der Berufe, bei denen vorwiegend nicht in kleinen Handwerksbetrieben, sondern in größeren Produktionseinheiten gearbeitet wurde.

Dem insgesamt gesunkenen Arbeiteranteil stand ein beträchtlich gestiegener Angestelltenanteil und ein leichter Rückgang bei den Beamten gegenüber. Das Angestelltenplus resultierte in erster Linie aus der erheblich vermehrten Zahl der Gemeinde- und Staatsangestellten und der technischen Angestellten, während der Mitgliederanteil der Gewerkschafts- und Parteiangestellten um drei Viertel zurückging. Entsprach die Zunahme der Angestellten einer gesellschaftlichen Entwicklung, so waren für den Rückgang des Beamtenanteils politische Gründe maßgebend, zumal ihnen jede politische Tätigkeit untersagt war. Darüber hinaus war zum Zeitpunkt der Erhebung im Oktober 1946 die SPD gerade erst wieder führende Regierungspartei geworden, so daß sich dieser auf die Beamtenschaft traditionell attraktiv wirkende Umstand noch nicht voll auswirken konnte.

Nimmt man Beamte und Angestellte zusammen und vergleicht ihren Anteil an der SPD und an der Bevölkerung Hamburgs, so zeigt sich, daß die Hamburger Sozialdemokratie hier Gewinne verzeichnen konnte. Noch im Jahre 1925 betrug der Anteil der Beamten und Angestellten an der Einwohnerschaft Hamburgs 32 %, bei den SPD-Mitgliedern aber nur 12 %.²⁰⁸ 1946 dagegen machten Beamte und Angestellte 34 % der arbeitenden Bevölkerung aus, ihr Anteil an der Landesorganisation war auf nunmehr 19 % gestiegen.

Berücksichtigt man schließlich noch das geringfügige Ansteigen des Akademiker- und Selbständigenanteils, so bleibt zusammenfassend

festzustellen, daß sich zum Prozeß der Überalterung zusätzlich die Tendenz zur Verbürgerlichung erheblich verstärkte, eine Tendenz, die allerdings schon lange vor 1933 eingesetzt hatte.

War die Überalterung zum großen Teil zwangsläufig, so entsprach die zunehmende Öffnung der Partei auch für Nichtarbeiter durchaus den politischen Vorstellungen führender Sozialdemokraten, die so die Basis der Partei zu verbreitern gedachten in der Meinung, daß die bürgerlichen Mittelschichten zur Eroberung von Mehrheiten erforderlich sein würden. Inwieweit auch inhaltliche Konzessionen zur Erreichung dieses Ziels gemacht wurden, welchen Einfluß dies Bemühen auf die Politik der Hamburger SPD hatte und in welchem Umfange es erfolgreich war, wird noch zu zeigen sein.

VII. Von der Massenpartei zur politischen Sekte: Die KPD in Hamburg 1946 bis 1950

Seit dem Frühsommer 1946 begann sich das Interesse der Parteien auf die bevorstehenden Wahlen zur Bürgerschaft zu konzentrieren. Die Parteiarbeit der KPD wurde von nun an ganz auf die Wahl ausgerichtet, deren Ergebnis die Kommunisten große Bedeutung zumaßen. »Diese Wahlen können für die Gestaltung eines wahrhaft demokratischen Deutschland und damit auch für den Übergang zum Sozialismus von geschichtlicher Bedeutung werden. Die Wahlen und ihre gründliche Vorbereitung erfordern deshalb die schärfste Aufmerksamkeit und den aktivsten Einsatz der ganzen Partei und eines jeden einzelnen Kommunisten.«¹ Im Gegensatz zu ihrem Verhalten in der Weimarer Republik betonte die KPD nunmehr ihre positive Einstellung zu den parlamentarischen Einrichtungen. Diese »im Interesse der Werktätigen« zu benutzen, entspringe nicht »augenblicklichen Zweckmäßigkeitserwägungen«, sondern sei die praktische Anwendung der theoretischen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.² Die formale Demokratie sei zwar als Staatsform in keiner Weise ausreichend, »aber gegenüber allen reaktionär-monarchistischen oder gar faschistischen Staatsformen gibt die bürgerliche Demokratie der Arbeiterschaft größere Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer Interessen und eine breitere Grundlage zum Kampf um die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles.«³ Dementsprechend wandte sich die KPD auch entschieden gegen die »radikalistischen Einwendungen«,⁴ eine Teilnahme an Wahlen und an der Parlamentsarbeit lenke die Arbeiterschaft nur von ihren eigentlichen Kampfzielen ab. Die KPD müsse sich mit einem klaren Programm als Regierungspartei von morgen präsentieren. Obwohl es nicht an Stimmen

fehlte, die angesichts der allgemeinen schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen einer Oppositions- und Protestpartei erhebliche Chancen einräumten,⁵ war die Führung der KPD willens, der alten Oppositionshaltung abzuschwören.

Hauptthema des Wahlkampfes der KPD war die Forderung nach Beseitigung des Nazismus und Militarismus. Aus der Verwaltung und der Wirtschaft mußten unverzüglich alle aktiven Nazis entfernt werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, beabsichtigte die KPD ihre Taktik zu ändern: statt möglichst alle ehemaligen Nazis zu erfassen, sollten einige nach Meinung der Kommunisten besonders Belastete herausgegriffen und ihre Entlassung erzwungen werden.⁶

Die weiteren Forderungen bezogen sich zumeist auf Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen, wobei eine Bodenreform unter der Parole »Junkerland in Bauernhand« sowie die »Durchführung der Wirtschaftsplanung« im Mittelpunkt standen. Eine Steigerung der Produktion durch planvolle Wirtschaftslenkung war für die KPD untrennbar mit weitreichenden Veränderungen der ökonomischen Ordnung verbunden, ohne deren Durchführung ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg als unmöglich angesehen wurde: »Zerschlagung der Trusts, Kartelle und Syndikate, der Bankkonzerne und Überführung ihrer Betriebe sowie der Kohlenbergwerke in die öffentliche Hand, . . . stärkste Einschaltung der Gewerkschaften und Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in allen Institutionen des öffentlichen Lebens.«⁷

Hinsichtlich dieser Forderungen verwies die KPD Wasserkannte immer nachdrücklicher auf die Entwicklung in der Sowjetzone. Insbesondere seit dem Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der »Kriegsverbrecherbetriebe«⁸ diente die Ostzone der KPD als Vorbild nicht nur hinsichtlich der Einheitspartei, sondern auch in bezug auf die einzelnen Maßnahmen zur Umgestaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.⁹ Wiederholt wurde auf die Erfolge hingewiesen, »die in der Ostzone infolge der Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft und in Verbindung mit der Bodenreform, der Auflösung aller Konzerne, der Schulreform« zu verzeichnen und letztlich der »Demokratisierung entsprechend den Potsdamer Beschlüssen« zu verdanken seien.¹⁰ Als Bestätigung dieser Politik wurden die Ergebnisse der Gemeindewahlen in Sachsen interpretiert, die nach Meinung der KPD alle »Verleumdungen« über ein wirtschaftliches Fiasko, Massenarbeitslosigkeit, Terror der Roten Armee und Wahlmanipulationen widerlegt hätten.¹¹

Einen starken nationalen Akzent erhielt die Politik der KPD in diesen Wochen und Monaten durch die Kampagne für eine »einheitliche

deutsche Republik.«¹² Dabei ging es der Partei jedoch weniger um die Überwindung der Zonengrenzen oder das Verbleiben der Ostgebiete bei Deutschland. Beide Postulate spielten zwar eine Rolle,¹³ im Vordergrund stand aber die Auseinandersetzung mit separatistischen Bestrebungen, vor allem in Südschleswig. Die KPD war offensichtlich bemüht, sich angesichts der bevorstehenden Wahlen als Sachwalterin der deutschen Interessen und Vorkämpferin für ein einheitliches Deutschland ohne Gebietsabtretungen darzustellen, um so dem Odium nationaler Unzuverlässigkeit zu begegnen, das durch die uneingeschränkte positive Bewertung der sowjetischen Politik ständig neue Nahrung erhielt. Dabei bedienten sich die Kommunisten teilweise eines Vokabulars, das bewußt oder unbewußt an die Abstimmungspropaganda nach dem Ersten Weltkrieg anzuknüpfen schien. Im Flensburger Kreissekretär sahen sie einen »Vorkämpfer im Grenzgebiet«,¹⁴ und eine deutliche Warnung galt allen, »die mit der Nation spielen. Dieses Spiel führt in die völlige Vernichtung«. ¹⁵ Zugleich stellte sich die KPD bewußt in die nationalstaatliche Tradition: »Die Einigung der Deutschen in einer Nation, in einem nationalen Staat, war seit Jahrhunderten das Ziel der besten Deutschen gewesen. Zu ihnen zählt sich jeder Kommunist, und daher darf die Bezirksleitung mit Fug und Recht alle Mitglieder auffordern, gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften anderer Organisationen, sich für die Einheit Deutschlands einzusetzen und alle deutschfeindlichen Bestrebungen energisch zu bekämpfen.«¹⁶

Hatte die Partei schon bei der Propagierung des Einheitsgedankens auf Traditionen und vorbildliches Verhalten in der Vergangenheit verwiesen, so wurde nun das Denken in historischen Parallelen zu einem durchgängigen Charakteristikum kommunistischer Argumentation. Diese historischen Analogien lösten sich zunehmend von der Vereinigungsfrage und wurden auf die verschiedensten Verhaltensweisen und programmatischen Vorstellungen angewandt. Nicht mehr nur aus der Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1933 galt es Konsequenzen zu ziehen, sondern aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte überhaupt. So warnte die KPD vor der »falsche[n] Parteidisziplin«,¹⁷ mit der die SPD-Mitglieder dem Kurs Schumachers folgten und die der des August 1914 entspreche, als die Sozialdemokratie für die Kriegskredite eingetreten sei. Es fehlte auch nicht der Hinweis auf den Fehler von 1918, die Hauptkriegsschuldigen, »personifiziert in den Namen der Trust- und Bankherren, der Generalität und der Großagrarier«, ¹⁸ nicht entmachtet zu haben, so daß sie binnen kurzem ihre Kräfte neu sammeln konnten, während der Sozialismus nur »in Reden und auf Plakaten«¹⁹ marschiert sei.

Nicht zu Unrecht sahen die Hamburger Kommunisten Entwicklungen und Tendenzen, die auf eine Wiederholung dieses Fehlers hindeuteten. Im Vergleich zu 1918 ergab sich für die KPD eine bedenkliche Übereinstimmung: »Die größten Kriegsverbrecher erfreuen sich noch alle ihres Lebens. Kaufmann²⁰ und seine Mördergarde halten sich ergötzen Vorträge in Neuengamme oder reisen nach Nürnberg, um ihre Kumpane zu verherrlichen. Noch sind ihre Morde an Ernst Henning, Adolf Biedermann, Edgar André, Fiete Schulze, Julius Leber und Tausende andere nicht gesühnt! ›Wehrwirtschaftsführer‹ Blohm kommandiert, als wenn nichts geschehen wäre, nach wie vor auf seiner Werft . . . Im Aufsichtsrat der Hamburger Hochbahn-AG. und des Elektrizitätswerkes geben sich die Abgesandten der Trusts ein Stelldichein . . . An der Spitze unserer (Unter-)Ernährungswirtschaft steht der Militarist und Großgrundbesitzer, Kriegshetzer Schlange-Schöninggen. In den Ämtern hat das reaktionäre Beamtentum die demokratische Weste angezogen, keiner war Nazi. Sie sind als Fachkräfte ›unabkömmlich!‹«²¹ Der Tenor war unverkennbar, daß es wie 1918 auch 1945 nicht oder nicht überall gelungen sei, eine radikale Abkehr von der unmittelbaren Vergangenheit zu vollziehen.²² Überall seien die Kräfte der Beharrung und der Reaktion, die nur wenig länger als 1918 gebraucht hätten, sich von dem Schock der Niederlage zu erholen, darum bemüht, wieder in die führenden Positionen von Staat und Wirtschaft einzurücken, soweit sie sich nicht ohnehin noch dort befänden.

Die KPD hatte, wie bereits im Zusammenhang mit der Einheitsdebatte dargestellt, schon frühzeitig auf diese Gefahren hingewiesen. Sie hatte es aber bis zum Sommer 1946 vermieden, die Verantwortlichen für diese Entwicklung und die Organisationen der von ihr bekämpften Kräfte beim Namen zu nennen, sondern sich mit allgemeinen Warnungen vor reaktionären, faschistischen und imperialistischen Elementen begnügt. Nun vollzog sich hier eine Wandlung, die schließlich zu einer Frontstellung der KPD gegenüber allen anderen politischen Kräften führte – vielleicht führen mußte. Besonders deutlich wurde dies zuerst im Verhältnis zur CDU. Hatte die KPD bis in den Frühsommer 1946 die Christlichen Demokraten in die Kategorie der antifaschistischen Parteien eingeordnet, sie damit als potentiellen Bündnispartner eines Einheitsblocks betrachtet und auch in Sachfragen, wie dem Protest gegen die Herabsetzung der Lebensmittelzuteilungen im Februar 1946, gut mit ihr zusammengearbeitet, so sah sie sich nun im Wahlkampf gezwungen, auf angeblich reaktionäre Tendenzen in dieser Partei einzugehen.

Der Übertritt Bürgermeister Rudolf Petersens und weiterer parteiloser Bürgerschaftsmitglieder zur CDU im Juni 1946 und die Erklärung

Petersens, in der er das Bürgertum zur Sammlung aufforderte,²³ riefen eine scharfe Reaktion der KPD hervor, da ein Bürgerblock mit den kommunistischen Vorstellungen unvereinbar war. »Eine solche Politik kann nur dazu angetan sein, das Volk in neue Gegensätzlichkeiten zu bringen, zu Nutz und Frommen der auf der Lauer liegenden Reaktion. Was das angesichts unserer hart umkämpften nationalen Einheit bedeutet, mögen sich die Verantwortlichen früh genug überlegen.«²⁴ Mit dem Herannahen des Wahltermins in Hamburg verschärfte sich der Ton. In dem Ergebnis der Gemeindewahlen in Schleswig-Holstein sah die KPD »das Aufleben der volksfeindlichen Kräfte, deren Treiben noch kein Ende gesetzt wurde. Das trifft insbesondere auf die industriellen Monopolherren wie auf die ländlichen Großbesitzer zu. Sie sind die Inspiratoren des reaktionären Flügels der CDU . . .«²⁵ Schon kurz zuvor hatten die Kommunisten darauf verwiesen, »daß besonders in der CDU reaktionäre Kreise Eingang gefunden haben, die diese Partei auf eine abschüssige Bahn zu drängen versuchen. Es ist bezeichnend für den Grad der Einflußnahme von ehemaligen Nazis und Stahlhelmern, d. h. von Funktionären der Harzburger Front, die Hitler an die Macht verholphen hat, auf die Politik der CDU: ein großer Teil der von ihr aufgestellten Kandidaten mußte von der Militärregierung abgelehnt werden.«²⁶ Der CDU war damit der Kampf angesagt — eine Haltung, die auf Gegenseitigkeit beruhte —, die Hoffnung auf einen Parteienblock wie im sowjetischen Besatzungsgebiet aufgegeben. Daran änderte auch die KPD-Parole nichts, daß die Hamburger Wahl »kein Kräftemessen der antifaschistischen Parteien gegeneinander, sondern ein gemeinsames Kräften sammeln gegen die Überreste des Hitlerfaschismus und der Reaktion«²⁷ sein sollte.

Diese Konfrontation nahm in den Sommermonaten 1946 ihren Anfang, um sich von da an permanent zu verschärfen und schließlich immer feindseligere Formen anzunehmen; die anfangs noch geübte Differenzierung zwischen reaktionären und nichtreaktionären Gruppen innerhalb der CDU wurde dabei zunehmend aufgegeben.

Auch das Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht wurde gespannter, da der KPD nicht entgehen konnte, daß die Militärregierung keine Neigung zeigte, die Bildung einer Einheitspartei wie auch andere ihrer programmatischen Vorstellungen zu unterstützen, während sich andererseits die SPD, aber auch die CDU der Sympathien der Engländer zu erfreuen schienen. Die zunächst kommentarlose Wiedergabe auch unerfreulicher Anordnungen der Militärregierung in der »Hamburger Volkszeitung« wich nach und nach einer immer ablehnenderen Kritik. So wurde der englischen Seite die Taktik unterstellt, zwar in erster Linie

die Sozialdemokratie zu unterstützen, jedoch vorsorglich mit der CDU noch ein zweites »Eisen im Feuer«²⁸ zu haben. Sowohl die »Entfaltung der Schumacherschen Theorien« wie auch der Beitritt des Hamburger Bürgermeisters zur CDU spiegelten »die Realisierung eben dieser englischen Politik«²⁹ wider. SPD, CDU und Besatzungsmacht seien sich darin einig, »daß sie nichts mit dem Marxismus zu tun haben«³⁰ wollten. Zu einem scharfen Konflikt kam es Mitte August, als die »Hamburger Volkszeitung« mit außerordentlich polemischen Worten den Deutschen Presse-Dienst (DPD), die amtliche Nachrichtenagentur der britischen Zone, wegen einer Meldung über angebliche Kindesverschleppungen in Brandenburg angriff. Die Militärverwaltung stellte das Organ der KPD daraufhin mitten im Wahlkampf unter Vorzensur.³¹

In ihrer Polemik berief sich die KPD auf das Potsdamer Abkommen, demzufolge alle Handlungen, die Zwietracht unter die Alliierten bringen könnten, zu unterbleiben hätten.³² So wie hier berief sie sich auch hinsichtlich ihrer Forderungen für die ökonomische Neuordnung immer wieder auf diese Vereinbarungen, in denen sie die Grundlage ihrer Politik sah, die indessen von allen anderen politischen Gruppen mißachtet würden.³³ Sie begriff sich als die einzige Partei, die noch auf dem Boden des Abkommens stand, und sie verlangte seine Einhaltung, da nur dadurch ein Auseinanderbrechen der einzelnen Zonen verhindert und eine Gemeinsamkeit zwischen den Parteien erhalten werden könnte. Dieser Hinweis auf das Potsdamer Abkommen richtete sich in erster Linie an die SPD, die der KPD in der Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation der Westzonen sehr nahe kam und grundsätzlich ähnliche Interessen zu vertreten schien.

Da sich die unverdrossen weiter geäußerte Hoffnung auf die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei in den Westzonen als kurzfristig unrealistisch erwies und auch ein erneutes Angebot zur Aufstellung von Einheitslisten von der SPD zurückgewiesen wurde,³⁴ wandelte die KPD dieses Thema im Laufe des Wahlkampfes ab und stellte die Forderung auf, daß in der Hamburger Bürgerschaft wenigstens die »Arbeitermehrheit« errungen werden müsse.³⁵ Die Parole, in stets neuen Wendungen benutzt, lautete: »Einheit aller Schaffenden in allen Zonen und Arbeitermehrheit in allen Körperschaften zur Sicherung der Einheit Deutschlands.«³⁶

Die Kommunisten strebten so offenbar eine Zusammenarbeit mit der SPD im Parlament an, wobei sie erwarteten, als Zünglein an der Waage der SPD bei entsprechenden politischen Konzessionen zur Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien verhelfen zu können. Dies schien der einzige Weg zu sein, die drohende Isolierung vielleicht doch noch zu

durchbrechen, da die KPD die Hoffnung hegte, daß die SPD die Zusammenarbeit mit der anderen Arbeiterpartei einer Koalition mit dem Bürgertum vorziehen würde. Im letzten Wahlauf Ruf, der einen Tag vor der Wahl in der Hamburger Volkszeitung erschien, vereinigten die Kommunisten noch einmal alle im Wahlkampf vorgebrachten Argumente: Die Warnung vor der Gefahr einer Entwicklung wie nach 1918, die im Vergleich zur Periode nach dem Ersten Weltkrieg sogar noch größer sei, da »die verkappten faschistischen Elemente auf ihre Erfahrungen von 12 Jahren barbarischen Vorgehens auf dem innerdeutschen Kriegsschauplatz zurückgreifen können«,³⁷ der Hinweis auf das Einströmen reaktionärer Elemente in die CDU, die Ablehnung aller separatistischen Bestrebungen und die Notwendigkeit einer geschlossenen sozialistischen Abwehrfront.

Das Ergebnis des mit großem propagandistischem Aufwand³⁸ betriebenen Wahlkampfes war für die KPD enttäuschend.³⁹ Sie erhielt nur 10,4 % der gültigen Stimmen und landete damit abgeschlagen an vierter Stelle hinter der SPD mit 43,1 %, der CDU mit 26,7 % und der FDP mit 18,2 %. Aufgrund des Wahlrechts, nach dem 84 der 110 Abgeordneten direkt und 26 über eine Stadtliste gewählt wurden, entfielen auf sie zudem nur vier Abgeordnete, von denen keiner direkt gewählt worden war.

Damit war es der KPD nicht einmal gelungen, den Stand der letzten Bürgerschaftswahlen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung zu halten; denn im Februar 1928 hatte sie noch 16,5 % und im April 1932 15,9 % der Stimmen erhalten.⁴⁰ Angesichts der permanenten Warnung der KPD vor einer restaurativen Entwicklung wie nach 1918 war es auch nicht ohne bittere Ironie, daß das Wahlergebnis des 13. Oktober 1946 in seiner parteipolitischen Konstellation fast genau dem der Bürgerschaftswahl vom 20. Februar 1921 entsprach.⁴¹

Die Ursachen für das unbefriedigende Wahlergebnis sah die KPD zunächst im Wahlrecht, »welches den antimarxistischen Kräften sämtliche Vorteile bietet, besonders aber der KPD alle Nachteile aufbürdet«. ⁴² Sie erkannte aber auch, daß die entscheidenden Gründe für die Niederlage tiefer lagen. Sie war sich darüber im klaren, daß »der konzentrierte Angriff aller Parteien gegen die KPD, der zum Ziele hatte, aus ihr eine Splittergruppe zu machen«, ⁴³ zu einem erheblichen Teil gelungen war, wenn auch von einer Splittergruppe noch keine Rede sein konnte. Ganz offensichtlich war die in erster Linie gegen die Politik der Sowjetunion gerichtete Wahlkampf führung aller anderen Parteien auf fruchtbaren Boden gefallen, wobei die KPD erfolgreich und auch nicht ganz unberechtigt für alle Maßnahmen der sowjetischen Politik insofern direkt

haftbar gemacht wurde, als sie diese immer ohne Einschränkungen verteidigt hatte. »In Anlehnung und Fortsetzung eines Antisowjetismus, der von 1918—1933 der Reaktion laufend Wasser auf die Mühlen goß, und der beträchtlich beteiligt war an dem Sieg des Nazismus, hatten alle Parteien, außer der KPD, das Mittel des Russenschrecks als wichtigste Waffe in dem Wahlkampf eingesetzt.«⁴⁴ Selbstkritisch mußte die KPD eingestehen, daß auch große Teile der Arbeiterklasse nicht erkannt hätten, »daß sich hinter der antibolschewistischen Propaganda die Reaktion« verborgen habe.⁴⁵

Die Neuordnungsvorstellungen der KPD, die für sich genommen möglicherweise eine wesentlich breitere Zustimmung gefunden hätten, waren im antisowjetischen Propagandafeldzug der SPD und der bürgerlichen Parteien untergegangen. Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung maß jedenfalls dem — wie auch immer inhaltlich ausgefüllten — Bereich der »nationalen« Fragen ein größeres Gewicht bei als der Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Das von der KPD hergestellte enge Junktum zwischen nationaler Einheit und Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Umstrukturierung überzeugte nur einen geringen Teil der Wähler. Vielmehr erschien die KPD den Wählern als die Kraft, die auch die Westzonen an die Sowjetunion ausliefern und dazu die ökonomischen Veränderungen als Hebel benutzen wollte: Die wirtschaftlich-sozialen Vorstellungen riefen in erster Linie deshalb Ressentiments hervor, weil sie den Entwicklungen in der Ostzone entsprachen, erst in zweiter Linie und bei einem viel geringeren Bevölkerungsanteil, weil sie sich gegen konservative und reaktionäre Tendenzen richteten. Die Folge war eine weitere Isolierung, die aber noch keineswegs vollständig war.

Die Reaktion der KPD auf den Wahlausgang war zwiespältig. Sie unterstrich einerseits ihren Willen, ihre bisherige Politik konsequent fortzusetzen und sich auch durch Rückschläge nicht beirren zu lassen. »Haben damals die Kommunisten ihren Kampf aufgegeben, als Hitler die Mehrheit des Volkes hinter sich bekam? Niemals! Sollten sie jetzt, weil ein Trommelfeuer auf sie herniedergeht und es dem Volke noch schwerfällt, ihre Politik zu verstehen, ihren Weg verlassen, den sie für richtig erkannt haben? Niemals!«⁴⁶ Zugleich bot sie ihre Mithilfe an bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben zur Verbesserung der Lebenssituation der Hamburger Bevölkerung.⁴⁷ Andererseits brachte sie zu diesem Zeitpunkt wieder einen Begriff ins Spiel, den sie bisher strikt vermieden hatte, den der Opposition. War die Bereitschaft zur Kooperation bis dahin uneingeschränkt gewesen, so wurde diese Haltung nun modifiziert und an Bedingungen geknüpft. »Seit anderthalb Jahren

haben wir den Beweis erbracht, daß wir positiv mitarbeiten und uns vor keiner Mitverantwortung drücken, wenn das, was geschieht, den Interessen unseres Volkes entspricht. Auch in den neugewählten Parlamenten nehmen wir keine andere Haltung ein. Wir sind zur Mitarbeit bereit, treten aber in Opposition, wo der Reaktion Platz eingeräumt wird.«⁴⁸ Die kommunistische Mitarbeit wurde so abhängig gemacht vom Ausmaß der restaurativen oder reaktionären Tendenzen in den Westzonen. Damit begründete die KPD eine Kausalität, an der sie bis in die fünfziger Jahre hinein festhielt.

Im Oktober 1946 jedoch sah die KPD noch Kooperationsmöglichkeiten. Sie glaubte, die relativ gute Zusammenarbeit mit den anderen Parteien fortsetzen zu können, und stellte mit Friedrich Dettmann auch im neuen gewählten Senat den Gesundheitssenator. Die sachliche Grundlage des 28-Punkte-Programms, das von der SPD für die Senatsarbeit schon im Wahlkampf vorgelegt worden war, erleichterte diese Zusammenarbeit. Hinzu kam, daß die KPD sich immer noch als »radikal-demokratische«⁴⁹ Kraft begriff und erst sehr vorsichtig den Anspruch erhob, eine revolutionäre Partei zu sein. Äußerungen in dieser Richtung waren Ende 1946/Anfang 1947 noch so selten,⁵⁰ daß von daher einer Mitarbeit in parlamentarischen Institutionen nichts im Wege stand. Der Forderung eines Kommunisten, unter den gegebenen politischen Zuständen genüge es nicht, nur die »Möglichkeit eines demokratischen parlamentarischen Weges zum Sozialismus« zu sehen, vielmehr müsse »auch die Frage des bewaffneten Aufstandes gegen die Bourgeoisie in Betracht« gezogen werden, wurde eine klare Absage erteilt. Wer ein solches Vorgehen fordere, knüpfe an die falsche Politik vor Hitlers Machtergreifung an; er ziehe weder die Lehren aus dem damaligen Mißerfolg noch verstehe er die neue Qualität der KPD-Politik.⁵¹

Das Hauptproblem der KPD in den Westzonen und in Hamburg wurde jedoch die Isolierung, die in vier Bereichen immer deutlicher hervortrat: einmal im Verhältnis zur westdeutschen Bevölkerung, die der KPD bei den Wahlen nur ein geringes Maß an Vertrauen entgegenbrachte; dann in den Beziehungen zu den anderen politischen Parteien Westdeutschlands, die bei allen Unterschieden gegenüber dem Kommunismus eine geschlossene Front bildeten, gegenüber der Sowjetzone, deren politische Entwicklung unverkennbar eine andere Richtung nahm als die in den Westzonen, und schließlich auch im Verhältnis zur Besatzungsmacht.

Die ersten Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ließen nicht lange auf sich warten. Am 14. Februar 1947 wurde in Berlin eine »Arbeitsgemeinschaft aller sozialistischen Parteien Deutschlands«⁵² gebildet, deren

Gründung zuvor vom Parteivorstand der SED wie von den Zonenleitungen der KPD beschlossen worden war. In dem Beschluß hieß es: »Es wurde für unumgänglich notwendig gehalten, schnellstens eine enge Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien in ganz Deutschland herzustellen und die Einheit der Arbeiterbewegung über die Zonengrenzen hinweg einzuleiten. Dies ist der einzige Weg, der aus der nationalen Katastrophe herausführt. Es ist auch der einzige Weg, der dem deutschen Volk die Aussicht auf Erhaltung seiner Existenz bietet und Deutschland den Frieden mit der Welt und eine bessere Zukunft sichert. Die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist nicht möglich auf der Grundlage der alten Politik sowohl der SPD als auch der KPD.«⁵³ Die geschichtlichen Erfahrungen und die neuen Bedingungen in Deutschland erfordern eine neue Grundlage, wie sie in den Grundsätzen und Zielen und in der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen worden ist. Nur so kann auch die Einheit der Arbeiterbewegung in West- und Süddeutschland verwirklicht werden.«⁵⁴ Am Schluß wurden alle Werktätigen, »insbesondere die Arbeiter«, aufgerufen, »sich für die Einheit der Arbeiterbewegung durch die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland einzusetzen und so die Spaltung der Arbeiterbewegung für immer zu überwinden.«⁵⁵

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD wurde zwar auch mit dem Hinweis auf die Moskauer Außenministerkonferenz begründet,⁵⁶ in erster Linie ging es jedoch darum, den kommunistischen Einfluß in den Westzonen zu vergrößern. Die KPD sah durch die faktische Teilung Deutschlands die Richtigkeit ihrer seit 1945 vertretenen These bestätigt, daß allein die Einheit der Arbeiterklasse auch die Einheit Deutschlands bewahren könne. Daher blieb für sie das Modell »Ostzone« als Vorbild erhalten, und die Arbeitsgemeinschaft sollte dazu beitragen, diese These verstärkt zu propagieren und die »in der Ostzone vor sich gegangene Entwicklung – der Verschmelzung der SPD und KPD – auch in die Westzonen Deutschlands zu übertragen.«⁵⁷

Mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaft sollte die KPD besser als bisher in die Lage versetzt werden, den »Volkspartei«-Charakter der SED für die Westzonen propagandistisch zu nutzen. Ausgehend von der These, daß »die Schlacht um die Einheit Deutschlands hier im Westen geschlagen«⁵⁸ werde, wurde die Notwendigkeit einer für breite Schichten attraktiven Partei betont – nachdem die KPD dies trotz aller Bemühungen offenkundig nicht geworden war.» Wir brauchen auch in den Westzonen – also für ganz Deutschland – eine Volkspartei, die alle Schichten der Werktätigen und des deutschen Volkes umfaßt. Durch die soziale und nationale Politik dieser Partei gilt es das Vertrauen der

überwiegenden Mehrheit der Massen zu erobern und sie zum Neuaufbau Deutschlands zu führen. Diese Partei aber ist die SED — die Partei neuen Typs.«⁵⁹ Dies war das Endziel, zu dem der Weg über die Arbeitsgemeinschaft »als Vorstadium«⁶⁰ führen sollte. Ebenso wie die SED als das arithmetische Mittel zwischen SPD und KPD dargestellt wurde, so sollte auch die Schaffung der SED in den Westzonen nicht durch »einfache Namensänderung«⁶¹ vollzogen werden, sondern dadurch, daß sich KPD und SPD auf halbem Wege entgegenkamen. Dementsprechend wurde an die Kommunisten in Hamburg und im Bezirk Wasserkante der Appell gerichtet, sich »von Grund auf zu ändern«, »das alte Sektierertum der KPD« abzulegen, »Kontakt mit allen Schichten der Bevölkerung aufzunehmen« und überhaupt eine wesentlich größere Toleranz als früher zu üben, »da wir sonst leicht breite Schichten abstoßen könnten, die bereit sind, mit uns die SED im Westen und Süden zu bilden«.⁶² Insbesondere sei der Tendenz entgegenzutreten, die KPD solle einfach die Führung der zu gründenden SED übernehmen. Denjenigen, die in diesem Vorgehen die Gefahr der Anpassung sahen, wurde gesagt, daß der »revolutionäre« Umbruch nicht darin liege, »daß man sich bewaffnet und auf die Barrikaden geht, sondern in der tatsächlichen Umgestaltung der realen Klassenverhältnisse«.⁶³

Das zentrale Problem blieb trotzdem, wie nun konkret die Basis der KPD verbreitert und damit die Grundlage für die Westzonen-SED geschaffen werden sollte. Die Betonung des guten Willens und der Bereitschaft, die Partei für alle Bevölkerungsschichten zu öffnen, konnte allein ebensowenig ausreichen wie die unterstellte Werbekraft des Namens »SED«. Das Augenmerk richtete sich in erster Linie auf die SPD-Anhänger, bei denen trotz der Parteidisziplin nach wie vor ein großes Potential an Einheitswillen vermutet wurde. »Verderben wir den Einheitsgegnern dadurch dieses Spiel, daß wir den Einheitswillen der großen Massen der Anhänger der SPD in die Richtung einer Vereinigung mit der SED [!], d. h. für die Durchsetzung des demokratischen Weges in Deutschland einsetzen. Wenn heute auch noch die Disziplin innerhalb der SPD ein starkes Bindeglied ist, das die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenhält, so wird dieses Bindeglied doch dann nicht mehr halten, wenn das Maß bis oben gefüllt ist und das Gefäß, d. h. die Geduld der Mitglieder, überzulaufen droht.«⁶⁴ Ziel sei nicht die Spaltung oder Zerschlagung der SPD, sondern die Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterklasse.

Mit dem Versuch, über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD die Sozialdemokraten für eine Westzonen-SED zu gewinnen, war die KPD uneingeschränkt zur Politik der »Einheitsfront von un-

ten« zurückgekehrt, die sich im Frühjahr 1946 bereits angedeutet hatte. Sie befand sich damit in der widersprüchlichen Situation, mit den von ihr selbst so bezeichneten alten sektiererischen Mitteln eine neu erscheinende Politik betreiben zu wollen. Weder der »Volkspartei«-Anspruch noch die Kooperation im Hamburger Senat täuschten darüber hinweg, daß die KPD in ihrem Verhältnis zur SPD in Verhaltensweisen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zurückgefallen war. Das weitere Vorgehen entsprach dieser Grundhaltung. Die KPD wandte sich nicht an die SPD-Führung der Westzonen, was nach der vorausgegangenen Verpflichtung auf die Ziele und Grundsätze der SED wohl auch kaum sinnvoll gewesen wäre. Statt dessen wurde auf einer gemeinsamen Konferenz der Kommunisten der englischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone in Frankfurt am 10. März 1947 ein dezentralisiertes Vorgehen empfohlen. Die Zonenleitung der KPD in der britischen Zone folgte dieser Empfehlung, als sie am 15. März den einzelnen Bezirken Termine setzte, an denen diese zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft und zu den ersten Ergebnissen der neuen Propagandawelle Stellung nehmen sollten. Schon in Frankfurt war die Anweisung gegeben worden, daß die Agitation für die SED in den Betrieben einzusetzen habe. »Der Schwerpunkt zur Vorbereitung der Vereinigung mit der SED liegt in den Betrieben. Gemeinsame Versammlungen der Betriebsgruppen mit sozialdemokratischen Genossen sind durchzuführen. Die Kameradschaft mit den sozialdemokratischen Genossen muß eine Kameradschaft des Kampfes um Demokratie, um Mitbestimmungsrecht, um Sicherstellung der materiellen Existenz der Arbeiter und der werktätigen Schichten sein. Da die Vereinigung mit der SPD nicht einfach eine Namensänderung der Kommunistischen Partei darstellt, muß außer der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auch die Mobilisierung der parteilosen Arbeiter für den Gedanken der sozialistischen Einheit erfolgen.«⁶⁵ Mit dieser Argumentation knüpfte die KPD mit ihrer neuen Verschmelzungspolitik an die positiven Ansätze einer Einheitsbewegung – wie sie sich gerade 1945 in Hamburg gezeigt hatten – wieder an,⁶⁶ allerdings mit dem Unterschied, daß damals die Einheitsimpulse von der SPD-Führung ausgegangen waren, die nunmehr gerade ausgeschaltet werden sollte.

Auf die Bezirksleitungen kam damit die außerordentlich komplizierte Aufgabe zu, die KPD auf die Vereinigung mit der SED vorzubereiten und zugleich Sozialdemokraten und Parteilose für die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen, die in ihrem Endstadium einer mit der SPD vereinigten Partei gleichkommen sollte.

Im Bezirk Wasserkante stand das Thema »SED« am 30./31. Mai 1947

auf der Tagesordnung eines Parteitages in Hamburg, nachdem die Hamburger Stadtleitung bereits am 11. Mai einen Aufruf zur Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Hamburger Arbeiterschaft gerichtet hatte.⁶⁷ Das Hauptreferat hielt Max Reimann, der den im April 1946 in der Ostzone vollzogenen Zusammenschluß nun auch für die Westzonen herannahen sah. »Dieser Parteitag ist eines der größten Ereignisse in der Geschichte unserer Partei und in der Geschichte der Arbeiterbewegung der letzten dreißig Jahre überhaupt. Diesem Parteitag liegt die Aufgabe zugrunde, einen entscheidenden Schritt nach vorn zu tun, um die Spaltung der Arbeiterklasse zu beheben und die Sozialistische Einheitspartei auch in Westdeutschland zu bilden.«⁶⁸ Er forderte die Parteimitglieder auf, »alle alten Schlacken« abzulegen, »in erster Linie das Sektierertum.«⁶⁹ In der Hamburger Volkszeitung wurde gar die Hoffnung geäußert, »daß dieser Parteitag der letzte Parteitag der Kommunistischen Partei sein wird, und daß sich im nächsten Jahr die vereinigten Sozialisten auf einem gemeinsamen Parteitag brüderlich die Hände reichen.«⁷⁰ Da mit der SED die Volkspartei schon Wirklichkeit geworden sei,⁷¹ galten deren Grundsätze und Ziele als verbindlich. Reimann bemängelte in seinem Schlußwort denn auch vor allem, daß die einzelnen Diskussionsredner zu wenig auf diese programmatische Grundlage der SED eingegangen seien, denn »wir müssen uns jetzt in noch viel stärkerem Maße als bisher mit den Grundsätzen und Zielen der SED vertraut machen. Nur dann werden wir in der Lage sein, große Teile der Werktätigen, der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes, für die SED zu mobilisieren.«⁷²

In der Zusammensetzung des Parteitages schien sich ein gewisser Erfolg der Einheitspropaganda widerzuspiegeln, denn von 858 Delegierten waren angeblich 181 SPD-Mitglieder und 119 parteilos,⁷³ von denen ein großer Teil an den Diskussionen teilnahm. Von dem Auftreten der nichtkommunistischen Gastdelegierten versprach sich die KPD-Führung offenbar eine starke Signalwirkung,⁷⁴ da der Flüsterpropaganda einiger SPD-Mitglieder für die Einheit nun das öffentliche Bekenntnis gefolgt war; »es ist das Verdienst der Sozialdemokratischen Gäste dieses Parteitages«, stellte denn auch die Volkszeitung fest, »daß sie aus dem bisherigen passiven Bekenntnis heraustraten und offen in die dargebotene Freundeshand einschlugen.«⁷⁵

Die Delegierten — selbstverständlich auch die anwesenden Sozialdemokraten und Parteilos — nahmen schließlich die Resolution »Für die Einheit der Arbeiterklasse« an, die in fünf Forderungen gipfelte:

». . . Unterstützt alle Bestrebungen, die zur Überwindung der Spal-

tung der Arbeiterklasse beitragen und die die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei zum Ziele haben!

Verstärkt gemeinsam mit den einheitsgewillten Sozialdemokraten und parteilosen Werktätigen die Sammlung individueller Bereitschaftserklärungen für den Beitritt zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Nehmt entsprechend den örtlichen Bedingungen an der Bildung von Gründungsausschüssen teil, deren Aufgabe es ist, die Anhänger der Einheit zusammenzufassen!

Unterstützt alle Bestrebungen, die das gemeinsame Handeln der gesamten Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes zum Ziele haben!

Tretet ein für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, für die Einheit Deutschlands!⁷⁶

Den Parteitagssparolen folgte der Versuch, diese Absichten zu realisieren. Dabei zeigte sich bald, daß nirgendwo bemerkenswerte Einbrüche in die sozialdemokratische Mitgliedschaft gelangen. In einigen Stadtteilen fanden zwar Gründungsversammlungen für die SED statt, die jedoch allesamt keinen überwältigenden Besuch aufwiesen. Von einer Versammlung in Hamburg-Lokstedt wird berichtet, daß sich von 90 Anwesenden 35 in eine Interessentenliste für die SED eingetragen hätten.⁷⁷ Bei einer anderen Versammlung, die von einem »Gründungskomitee der SED unter der Lizenz der KPD« einberufen worden war, fanden sich zwar 400 Personen ein, jedoch fast ausschließlich Kommunisten und einige bereits ausgeschlossene Sozialdemokraten.⁷⁸ Insgesamt war der Erfolg außerordentlich gering, und auch wenn das offizielle Ende der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD erst im Januar 1949 beschlossen wurde, so war sie hinsichtlich ihrer Zielsetzung schon im Sommer 1947 gescheitert, als sich die sozialdemokratische Mitgliedschaft gegenüber den Bemühungen der KPD immun gezeigt hatte. Die Verbote der Militärregierung gegen die Westzonen-SED bestätigten dieses Scheitern mehr, als daß sie es auslösten.⁷⁹

Einen letzten äußeren Höhepunkt erlebte die Arbeitsgemeinschaft am 19. und 20. September 1947, als am Vorabend des II. Parteitages der SED in Berlin 251 Delegierte — »230 Mitglieder der beiden sozialistischen Parteien und 21 Mitglieder anderer Parteien bzw. Parteilose«⁸⁰ — zusammenkamen. Max Reimann erstattete noch einen optimistischen Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft in der britischen Zone, der in der Bemerkung gipfelte, daß der Wille zur Einheit wachse,⁸¹ aber diese Feststellungen entsprachen keineswegs der Realität. Die große Zahl von SED-Gründungskomitees und die in Berlin

genannten imposanten Mitgliederzahlen⁸² können nicht darüber hinwegtäuschen, daß lediglich ein Umschichtungsprozeß der KPD-Mitglieder stattfand, dem sich einige oppositionelle Sozialdemokraten anschlossen. Daß der Anteil der Sozialdemokraten minimal war, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die Frage der paritätischen Zusammensetzung, die in der Ostzone eine so große Rolle spielte,⁸³ in den Westzonen nicht einmal diskutiert wurde.⁸⁴ Reimann stellte den Delegierten zwar noch die »nächsten Aufgaben«⁸⁵ — einheitsbereite Sozialdemokraten sollten innerhalb der SPD für die Einheit werben, ausgeschlossene SPD-Mitglieder weiterhin Kontakt mit alten Parteifreunden halten, während für die KPD-Mitglieder das Studium der Grundsätze und Ziele der SED zum obersten Gebot erklärt wurde, denn »wenn unsere Partei die Grundsätze und Ziele der SED beherrscht und ihre Politik in den Parteieinheiten darauf abstellt, so wird der Kreis für die Bildung der SED unter den Werkkräftigen immer breiter werden«⁸⁶ —, aber diese Taktik hatte sich schon in den vorausgegangenen Monaten als untauglich erwiesen und führte auch nach dem II. SED-Parteitag keinen Umschwung herbei. In der Hamburger Volkszeitung, die mit Erfolgsmeldungen sicherlich nicht zurückgehalten hätte, wurde die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD erst im Januar 1949 anlässlich ihrer Auflösung wieder erwähnt.⁸⁷

Auch wenn Reimann mit seiner Bemerkung, daß »das Sektierertum in unserer Partei noch nicht restlos liquidiert«⁸⁸ sei, den Eindruck zu erwecken versuchte, daß die Verhaltensweisen der Vergangenheit in der KPD kaum noch eine Rolle spielten, so muß doch gerade das Scheitern der Arbeitsgemeinschaft als wesentlicher Schritt auf dem Weg der KPD zur politischen Sekte angesehen werden. Der fortschreitende Isolationsprozeß der KPD war zwar auch auf äußere Faktoren zurückzuführen, wie z. B. die zunehmenden Spannungen zwischen den Alliierten. Aber das Beispiel des Gründungsversuchs der SED in den Westzonen zeigt auch, daß die KPD die Lehren, die sie aus dem Scheitern ihrer Politik vor 1933 gezogen und seit der »Brüsseler Konferenz« wiederholt formuliert hatte, nun beiseite schob. Die Vorstellung, daß die »Vereinigung der Arbeiterbewegung im Westen . . . gegen die Führung der Sozialdemokratie«⁸⁹ geschehen müsse, stand nicht mehr in der Kontinuität der »Brüsseler« Politik, sondern stellte die Verbindung her zur Einheitsfrontpolitik der späten Weimarer Jahre. Es bleibt unklar, was die KPD-Führer — und damit auch die SED-Führung — zu der Annahme verleitete, daß eine Politik, die 1933 gescheitert war, nunmehr Erfolg haben könnte, zumal sich die westdeutschen Kommunisten über die Kräfteverhältnisse in der SPD ebenso im klaren waren wie über die

Disziplin der Sozialdemokraten⁹⁰ und die antikommunistische Grundstimmung der Bevölkerung.

Mochte für die SED immerhin der erwünschte Effekt eingetreten sein, die KPD durch die Verpflichtung auf ihre Grundsätze und Ziele noch enger an sich gebunden zu haben, so fiel für die KPD die Bilanz eindeutig negativ aus. Die Befürchtung, daß diese Politik dazu führen müsse, »die Bündnismöglichkeiten der Arbeiterklasse einzuengen, sie in die Isolierung und breite kleinbürgerliche und bürgerliche Kreise erneut in die Verstrickungen reaktionärer Politik zu treiben«,⁹¹ bewahrheitete sich nun zum großen Teil.

Auch die intensivierete Schulung der Mitglieder, die auf ein Zurückdrängen der Diskussion zugunsten der Indoktrination hinauslief, konnte nicht das Bild einer lebendigen Partei vermitteln,⁹² die auf die Nöte der Bevölkerung andere als dogmatisch-papierene Antworten bereithielt.

Statt eine konstruktive Politik zu treiben, hoffte die KPD auf eine Krise in der SPD, die sich mit der Zustimmung zum Marshallplan auf den Boden des »Dollarimperialismus« gestellt und damit »objektiv zum Willensträger des USA-Monopolkapitalismus«⁹³ gemacht habe. »Die Fortsetzung dieser Politik treibt die SPD unvermeidlich in einen unüberbrückbaren Widerspruch zu den Interessen des deutschen Volkes und der sozialdemokratischen Massen. Mit dem Wachsen des Klassen- und Kraftbewußtseins der Werktätigen werden sich die bestehenden Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie zuspitzen und eine offene Krise wird sichtbar werden.«⁹⁴ Mit den dann »sich entwickelnden marxistischen und Arbeiterkräften«⁹⁵ in der SPD sei ein »die engen Grenzen der Parteiorganisationen sprengendes Zusammenarbeiten möglich«.⁹⁶ Als sich um die Jahreswende 1947/48 tatsächlich krisenähnliche Erscheinungen in der SPD zeigten,⁹⁷ stellten sich jedoch auch diese Erwartungen als Illusion heraus.

Durch die Arbeitsgemeinschaft mit der SED, die auf dem II. Parteitag sogar zu personellen Verflechtungen beider Parteien führte,⁹⁸ war die KPD stärker denn je auf Ziele und Methoden festgelegt, die zwar in der Ostzone erfolgreich gewesen sein mochten, sich jedoch für die Westzonen als gänzlich ungeeignet erwiesen hatten. Da die Partei dennoch an dieser Politik festhielt, drängt sich der Schluß auf, daß die Erfolgsaussichten des westdeutschen Kommunismus, die schon 1945 durch den Nachvollzug ostzonaler Einheitsprozeduren schweren Schaden genommen hatten, nunmehr völlig den Interessen und Vorstellungen der SED untergeordnet wurden. Die ideologische und programmatische Einheit von SED und KPD war wichtiger geworden als die Berück-

sichtigung zonaler Eigenentwicklungen, die durch die These, was in der Ostzone erfolgreich gewesen sei, müsse prinzipiell auch in den Westzonen zum Erfolg führen, als Fehlentwicklungen interpretiert wurden.

Ein zweiter Versuch, Ostzone und Westzonen zu verbinden und zugleich die Anziehungskraft der KPD zu erhöhen, war die Einberufung des »Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden« in Berlin am 6./7. Dezember 1947. Anlaß für die Abhaltung dieses Kongresses war die Londoner Außenministerkonferenz.⁹⁹ Für die KPD ergab sich dabei die Gelegenheit, durch betontes Eintreten für die deutsche Einheit möglicherweise ihre Basis in der Bevölkerung zu verbreitern. Handelte es sich bei der Arbeitsgemeinschaft um ein parteipolitisches Unternehmen, so wurde nun der überparteiliche Charakter des Volkskongresses betont. »Es geht nicht um Parteien, sondern um unser Volk!«, hieß es in einem Aufruf des SED-Parteivorstandes,¹⁰⁰ und die KPD fügte hinzu, daß sie »in der Frage der deutschen Einheit kein Parteiinteresse«¹⁰¹ kenne.

Das hielt die KPD jedoch nicht davon ab, die Werbung für den Volkskongreß mit heftigen Angriffen gegen sozialdemokratische und andere Politiker zu verbinden¹⁰² und die Mitglieder anderer Parteien aufzufordern, sich notfalls von ihren Führern zu trennen: »Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie untätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben.«¹⁰³ Der große nationale Elan, mit dem die KPD die Volkskongreß-Kampagne betreiben wollte, wobei weder der Freiherr vom Stein, Scharnhorst, Ernst Moritz Arndt noch die Göttinger Sieben, Ludwig Uhland, das »Hambacher Fest« und das Hohe Meißner-Treffen der Jugendbünde 1913 unerwähnt blieben,¹⁰⁴ verlor sich schnell in parteipolitischen Auseinandersetzungen,¹⁰⁵ da die übrigen politischen Kräfte keine Verbindung zwischen dem Fest in Hambach 1832 und dem Volkskongreß in Berlin 1947 sehen wollten, und so der überparteiliche Anspruch dieser Konferenz nur durch einige Vertreter sozialdemokratischer Randgruppen gewahrt wurde.¹⁰⁶

Auch die KPD im Bezirk Wasserkante beteiligte sich an der Volkskongreßbewegung. Sie stellte sich dazu eine Reihe von Aufgaben, zu denen gehörten:

- »1. Weitgehende Unterstützung der vom Deutschen Volkskongreß ausgehenden Initiative zur Sammlung aller fortschrittlichen deutschen Männer, Frauen und Jugendlichen.
2. Erhöhte Anstrengungen zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, insbesondere durch eine intensive betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zwecks Verbesserung der Lebensbedingungen des schaffenden Volkes und zur Verwirklichung der Demokratisierung

von Wirtschaft und Verwaltung. Organisierung von vorbereiteten Ausschüssen zur Bildung der SED in allen Betrieben und Wohngebieten in engster Zusammenarbeit mit den Organisationen und Mitgliedern der SPD sowie den parteilosen Anhängern von SPD und KPD . . .

4. Aktive Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung eines Volkskongresses für »Einheit Deutschlands und gerechten Frieden« . . .¹⁰⁷ in Hamburg.

Bemerkenswert ist die erneute Aufforderung zur Bildung von SED-Gründungskomitees im Zusammenhang mit der Volkskongreßbewegung, wodurch die letztlich identischen Ziele beider Aktionen – der parteipolitischen wie der »überparteilichen« – offenbar wurden. In Hamburg scheiterte der Versuch allerdings, denn als die ersten Vorbereitungen begannen, verbot der Senat, dem immerhin ein kommunistischer Senator angehörte, »die Abhaltung eines Volkskongresses, einerlei unter welchem Namen . . . in der Hansestadt Hamburg«,¹⁰⁸ In der Begründung wurde angegeben, es sei nicht erwiesen, daß derartige Kongresse die Unterstützung »eines nennenswerten Teiles«¹⁰⁹ der Bevölkerung besäßen; sie seien vielmehr von allen Parteien mit Ausnahme der KPD ausdrücklich abgelehnt worden. Mag es auch eigenartig erscheinen, den Nachweis für den Erfolg einer Aktion zu verlangen, bevor sie überhaupt eingeleitet worden ist, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß ein Hamburger Volkskongreß ohne größere Resonanz in der Bevölkerung am Boykott der Parteien gescheitert wäre. Ein Protest der KPD gegen das Verbot blieb erfolglos.¹¹⁰

Der Bildung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD und der Volkskongreßbewegung folgte eine dritte und letzte Aktion, kommunistische Vorstellungen über die eigene Organisation hinaus anziehend zu machen. Am 27. April 1948 beschloß eine Delegiertenversammlung der KPD in Herne die Umbenennung der Partei in »Sozialistische Volkspartei Deutschlands« (SVD). In dem Beschluß hieß es: »Um den Namen unserer Partei in Einklang zu bringen mit dieser seit 1945 entwickelten neuen Politik . . . und in der Erkenntnis, daß unsere Partei heute den Kampf nicht nur für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch für die des ganzen deutschen Volkes führt, beschließt die Delegiertenkonferenz den Namen der Partei abzuändern in Sozialistische Volkspartei Deutschlands . . .«¹¹¹ Mit dieser Umbenennung wollte die KPD den Eindruck erwecken, als sei sie nach dem durch die Zustimmung zum Marshallplan erfolgten endgültigen Übertritt der SPD ins Lager des Kapitalismus die einzige Vertreterin des Sozialismus.

Hatte es schon im Herner Aufruf geheißen, »verantwortungsbewußt

und siegesbewußt halten wir nunmehr das Banner des Sozialismus allein in unseren Händen«,¹²² so gab das Hamburger Funktionärorgan eine genauere Begründung für die Namensänderung. »Die alten rechten SPD-Führer und neue in die Partei hineinströmende bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte haben die Führung an sich gerissen, sie treiben eine Politik, die mit sozialistischer Zielstellung nichts mehr zu tun hat, sie geben heute offen den Marxismus preis. Durch das Eintreten für den großkapitalistischen Marshall-Plan gliedern sie sich offen in die Front der imperialistischen Politik ein. Sie geben damit den Sozialismus preis . . . Eine Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien in Westdeutschland ist dadurch in Frage gestellt. Die Krise in der SPD wird genau so wie in der CDU dadurch verstärkt, daß beide Parteien gezwungen werden, antisozialistische Politik zu betreiben . . . Die Vereinigung der Arbeiterparteien muß also gegen die Führung der SPD und die Heranführung der Volksmassen auf Grund der Hinwegführung von der CDU durchgeführt werden . . . Den von der SPD und CDU aufgegebenen Raum gilt es zu füllen, indem durch eine richtige Volkspolitik den Volksmassen der Weg zur Demokratie und zum Sozialismus gezeigt wird und sie dahin durch die Partei geführt werden.«¹²³ Auf diese Weise sollte die »Bresche«,¹²⁴ die durch die Politik Schumachers in die Arbeiterschaft gerissen worden sei, wieder geschlossen werden.

Aber auch die Frage der Einheit spielte bei dieser Entscheidung eine Rolle. War der Zusammenschluß bisher lediglich am subjektiven Widerstand der SPD-Führung gescheitert, so wurde er nun auch aus sachlichen Erwägungen heraus unmöglich, da es mit der »reaktionären Führung«¹²⁵ Schumachers keine Einheit geben konnte. Es blieb als Konsequenz wiederum nur die »Einheitsfront von unten«. »Im Interesse der Einheit der sozialistischen Bewegung und unserer Nation waren die Kommunisten schon seit Jahren bereit, den stolzen Namen ihrer Partei zu opfern. Solange die KPD ihre begründeten Hoffnungen in eine organisatorische Verschmelzung von KPD und SPD auch im Westen Deutschlands zu einer Sozialistischen Einheitspartei setzte, bestand keine Notwendigkeit, den Namen der Partei, der mit einer heroischen Geschichte verbunden ist, vor einem Zusammenschluß aufzugeben. Nachdem nun im Westen Deutschlands die Sozialdemokratie unter der Führung Schumachers unter Aufgeben der marxistischen Prinzipien vollkommen in das großkapitalistische Lager eingeschwenkt ist und eine gesamtorganisatorische Verschmelzung mit der KPD aussichtslos wurde, blieb nur der Appell an die Mitglieder und Gruppen der SPD zur Herstellung der Einheit, an der zähe und selbstbewußt weitergearbeitet wird. Diese Unterscheidung von reaktionärer Führung und irregeleiteter

ten Massen kommt in dem Beschluß der Delegiertenkonferenz der KPD in Herne überzeugend zum Ausdruck.«¹¹⁶

Die Umbenennung sollte als Konsequenz der von der KPD seit 1935 betriebenen Politik verstanden werden. Danach galt die Sozialistische Volkspartei Deutschlands als die Verkörperung einer Politik, die die Lehren aus dem Versagen vor 1933 gezogen und die gesellschaftliche Basis der KPD über die Arbeiterschaft hinaus erweitert hatte. »Indessen kann die neue Namensgebung lediglich für den eine nur äußerliche Angelegenheit sein«, schrieb die »Hamburger Volkszeitung«, »der die seit 1933 vollzogenen Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Leben mißachtet hat oder bewußt zu ignorieren versucht. Schon im Jahre 1935 hat Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz der illegalen KPD ... die neue parteipolitische Konstellation in ihrer ganzen Tiefe wegweisend aufgezeigt. Die programmatische Erklärung des damaligen Zentralkomitees der KPD vom Juni 1945 war eine logische Fortsetzung der sich aus der Lage ergebenden Erkenntnisse. Unmöglich konnte angesichts der durch die faschistische Diktatur herbeigeführten Katastrophe die Politik fortgesetzt werden, mit der man 1933 aufgehört hatte ... In der Erkenntnis, daß der Arbeiterklasse die Führung der Nation von der Geschichte übertragen ist, diese gewaltige Aufgabe jedoch nicht von der Arbeiterklasse allein gelöst werden kann, sondern in Gemeinsamkeit mit allen Schichten des schaffenden Volkes bewältigt werden muß, öffnete die KPD weit ihre Tore für alle Menschen, die dem Fortschritt dienen. Damit war die KPD nicht mehr nur eine Partei der Arbeiter, sondern wurde auch die Partei der Bauern, die das Joch feudaler Überlieferungen brechen, die Partei des vom Nazismus und vom Großkapital unterdrückten Mittelstandes, besonders des Handwerks. Sie wurde auch die Partei der Intelligenz, die die Fesseln der pseudo-wissenschaftlichen Bevormundung sprengt. Es ist dies die Entwicklung zu einer wahren Partei des Volkes. Damit hat sich auch der Charakter der Partei gewandelt.«¹¹⁷

Nun nahm die KPD die Namensänderung allerdings keineswegs vor, weil sie außerhalb der Arbeiterschaft in der Vergangenheit schon so große Erfolge erzielt hatte – das wäre eher ein Grund gewesen, den erfolgreichen Namen der KPD beizubehalten –, sondern weil sie sich erst durch die Umbenennung einen Einbruch in bäuerliche, handwerkliche und andere Bevölkerungskreise versprach. Die Bildung einer zentralen Leitung der KPD für die Westzonen, die ebenfalls in Herne vollzogen wurde, erschien als günstige Gelegenheit, sich vom bisherigen Namen zu trennen, der sich gerade nicht als werbewirksam erwiesen hatte. Zudem war die antikommunistische Grundstimmung der Bevöl-

kerung so übermächtig geworden, daß es nahelag, ihr mit einem neutraleren Namen und unter Hinweis auf eine neue Politik auszuweichen. Da aber diese neue Politik zugleich auch schon die alte gewesen sein sollte, blieb der Erneuerungseffekt gering.¹¹⁸

Der Hamburger Landesvorstand stimmte erwartungsgemäß der Umbenennung zu, »weil dadurch der Name der Partei mit ihrer Politik in Einklang gebracht wird.«¹¹⁹ In zahlreichen Stadtteilen fanden Versammlungen statt, deren Teilnehmer sich von der Notwendigkeit des Namenswechsels überzeugt zeigten und ihn meist einstimmig — gelegentlich bei einer Gegenstimme oder einer Enthaltung — billigten.¹²⁰ Bevor sich jedoch die neue Bezeichnung durchsetzen konnte, wurde sie durch die britische Militärregierung mit der Begründung verboten, »der Name sei darauf bedacht, die Öffentlichkeit irrezuführen« und stelle einen Mißbrauch des Wortes »sozialistisch« dar.¹²¹ Ein Briefwechsel zwischen Militärregierung und KPD, der Einzelheiten der von ihr propagierten neuen Politik klären sollte,¹²² schuf keine Klarheit und konnte dies auch kaum, da diese »neue« Politik bereits 1935 eingesetzt hatte und somit der Politik entsprach, die die Militärregierung in den vorausgegangenen Jahren selbst aus nächster Nähe verfolgen konnte. Nicht ganz zu Unrecht stellte sich deshalb auf Grund der Argumentation der KPD selbst die SVD als KPD mit neuem Namen dar. Prinzipiell wäre eine Namensänderung wohl gestattet worden; die Besatzungsmacht hatte allerdings nicht die Absicht, die Kommunisten durch einen unverdächtigen Namen aus der Isolierung, in die sie gedrängt worden waren, zu befreien und sie damit aus ihrer Funktion als Bezugspunkt der antikommunistischen Strömungen zu entlassen. Wenn auch die Namensänderung mit größter Wahrscheinlichkeit keine besondere Wirkung gehabt hätte, was auch den Engländern letztlich klar war, so erhielt das Verbot durch solche Überlegungen doch eine gewisse politische Qualität.

Mit dem Verbot der Sozialistischen Volkspartei Deutschlands war auch der dritte Versuch der KPD gescheitert, aus dem ideologischen Getto herauszukommen. Ihre Bemühungen, den Handlungsspielraum und ihr politisches Gewicht zu vergrößern, hatten sie nicht aus dem Dasein am Rande oder gar außerhalb der westdeutschen Parteinenszenerie befreit, sondern sie eher noch stärker isoliert. Der permanente Konflikt mit der Besatzungsmacht, der auch in einer Reihe von Verboten kommunistischer Blätter zum Ausdruck kam, die gegenüber dem Kommunismus geschlossene Front aller anderen Parteien, nicht zuletzt jedoch die Rückkehr der KPD zu eindeutig sektiererischen Methoden wie die SED-Gründungsversuche und die Namensänderung, all diese

Aktionen, deren propagandistische Vordergründigkeit nur allzu deutlich hervortrat, verkehrten die Absichten der KPD ins Gegenteil. Die angewandten Methoden schädeten darüber hinaus auch dem vielfach berechtigten sachlichen Kern der Kritik und erleichterten dadurch dem politischen Gegner die Auseinandersetzung mit der KPD. Hinzu kam die unzureichende kritische Analyse der eigenen Aktionen: Als die KPD vorgab, sich der Vollendung der »Brüsseler« Politik zu nähern, hatte sie sich von dieser Politik schon in wesentlichen Punkten abgewandt.

Dennoch war bis zum entscheidenden Jahr 1948 die exponierte oppositionelle Stellung der KPD in den Westzonen primär nicht das Ergebnis ihrer eigenen Politik. Sie war vielmehr in diese Isolation gedrängt worden durch die Politik der Besatzungsmächte, der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, eine Politik, der die KPD kaum zustimmen konnte, ohne wesentliche Elemente ihrer selbst aufzugeben.

Besonders deutlich wurde dies Dilemma bei der Diskussion um den Marshall-Plan, der von der KPD erbittert bekämpft wurde; allerdings hätte die Kritik am Marshall-Plan allein die KPD noch keineswegs von allen anderen politischen Kräften in den Westzonen getrennt, wenn sie nicht zugleich für das vom Osten inspirierte Projekt eines »Deutschen Plans« eingetreten wäre.¹²³ Erst diese Verbindung der Kritik an der westlichen Politik mit der Zustimmung zur östlichen machte die KPD als politischen Gesprächspartner auch für die Kräfte indiskutabel, die einen Weg zwischen West und Ost suchten.

Diese unbedingte Zustimmung zur sowjetischen Politik war dann im Sommer 1948 auch der Anlaß zur Entlassung Friedrich Dettmanns, des einzigen kommunistischen Senators. Äußerer Anstoß dazu war der Beschluß des von der SPD geführten Hamburger Senats, der durch die sowjetische Blockade eingeschlossenen Bevölkerung Berlins mit einer Lebensmittellieferung zu helfen. Gleichzeitig trat die Bürgerschaft zu einer Sondersitzung zusammen und verabschiedete eine EntschlieÙung, in der es hieß: »Die Bevölkerung der deutschen Hauptstadt Berlin ist durch Maßnahmen der östlichen Besatzungsmacht von allen Land- und Wasserverbindungen mit der Umwelt abgeschnitten und damit in den Zustand der Hungerblockade versetzt . . . Wir empfinden die Hungerblockade als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie steht in krassem Widerspruch zu den Grundsätzen eines friedlichen Aufbaues, die die sowjetische Besatzungsmacht immer wieder als ihr Ziel angibt . . . Die Hamburger Bürgerschaft erhebt im Namen der Hamburger Bevölkerung, im Namen des Rechts, der Demokratie und der Menschlichkeit Protest gegen die Urheber und Helfer dieser politischen Gewaltmethoden, die den Frieden der Welt gefährden, und sie verbindet damit

das Bekenntnis enger Verbundenheit mit allen demokratischen Kräften Berlins in ihrem Kampf um Freiheit und Menschenwürde.«¹²⁴ In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der Senat. Sowohl die Erklärung des Senats wie auch die der Bürgerschaft wurden gegen die Stimmen der vier kommunistischen Abgeordneten bzw. des kommunistischen Senators verabschiedet.

Die SPD-Fraktion benutzte dies nicht unerwartet kommende Verhalten der KPD, einen Mißtrauensantrag gegen Senator Dettmann einzubringen, der folgenden Wortlaut hatte: »In der Sitzung des Senats vom 2. Juli 1948 hat Herr Senator Dettmann zu Protokoll erklärt, daß er dem Beschluß des Senats, betreffend Hilfsaktion für Berlin, nicht beizutreten vermöge. Auch in der Sitzung der Bürgerschaft vom 2. Juli 1948 hat Herr Senator Dettmann gegen die EntschlieÙung der Bürgerschaft in der gleichen Angelegenheit gestimmt. In dieser EntschlieÙung heiÙt es: ›Wer den politischen und geistigen Terror, der die Ostzone bedrückt und jetzt das freiheitliche Berlin niederzwingen will, billigt, unterstützt oder durch Schweigen deckt, stellt sich auÙerhalb der demokratischen Kräfte und verwirkt das Recht auf Teilnahme an der Führung im demokratischen Staat«. Gemäß Artikel 12 der Vorläufigen Verfassung der Hansestadt Hamburg beantragt deshalb die Sozialdemokratische Fraktion: Die Bürgerschaft entzieht Herrn Senator Dettmann das Vertrauen.«¹²⁵

In der Debatte über den Antrag machte der Sprecher der FDP, Rademacher, deutlich, daß bei der Forderung auf Entlassung die Berlinkrise lediglich der äußere Anlaß war. Er brachte zum Ausdruck, was auch der Meinung von SPD und CDU entsprach, daß die Entlassung des kommunistischen Senators schon vor längerer Zeit hätte vollzogen werden müssen. »Die sich immer stärker entwickelnden Gegensätze der großen Politik zwischen Ost und West konnten seinerzeit bei der Bildung der Koalition im Herbst 1946 nicht vorausgesehen werden. Es war daher richtig, alle aufbauenden Kräfte unabhängig von ihrem Parteiprogramm in die Regierung hineinzunehmen. Nach der notwendigen Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan, um wenigstens rund 40 Millionen Deutsche buchstäblich vorm Verhungern zu bewahren, folgte die offene Ablehnung und Bekämpfung dieses Planes durch die KPD. Damit war bereits der Augenblick gekommen, hieraus die erforderlichen politischen Konsequenzen zu ziehen. Es ist bedauerlich, daß es erst zu der Berliner Krise und der Hamburger Sympathiekundgebung kommen mußte, um den kommunistischen Senator vor eine notwendige politische Entscheidung zu stellen, vor die er auf Grund der ganzen Entwicklung längst hätte gestellt werden müssen.«¹²⁶

Unverhohlen wurde damit zugegeben, daß nun das nachgeholt wurde, was im Grunde schon nach der Ablehnung des Marshallplans durch die KPD hätte stattfinden sollen. Die moralische Entrüstung der Koalitionsparteien und der CDU über das Verhalten der KPD in der Berlinkrise verlor dadurch beträchtlich an Glaubwürdigkeit. Taktisch geschickt nutzten sie diese Zuspitzung der internationalen Lage, um die KPD von der Mitarbeit in der Exekutive auszuschalten, was in den meisten anderen Ländern bereits geschehen war. Ob der von Dettmann geäußerte Verdacht, bereits seit Februar 1948 hätten konkrete Pläne bestanden, ihn aus dem Amt zu entfernen,¹²⁷ zu Recht bestand, läßt sich mangels Unterlagen ebenso wenig bestätigen wie die Vermutung, daß der Parteivorstand in Hannover auf die Hamburger Landesregierung eingewirkt habe.¹²⁸ Immerhin gibt es keinen Zweifel, daß die Stellung des kommunistischen Senators zunehmend problematischer geworden war und grundsätzliche Überlegungen beim größten Koalitionspartner ausgelöst haben dürfte.

Das Ergebnis der Abstimmung über den SPD-Antrag war angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft nicht zweifelhaft, und so wurde Dettmann aus dem Amt entfernt.¹²⁹ Ihm blieb nur die Genugtuung, daß weder seine persönliche Integrität noch seine erfolgreiche Amtsführung von irgend jemand angezweifelt wurden.¹³⁰

In einer Erklärung vor der Bürgerschaft bekräftigte die KPD ihre bisherige Politik, insbesondere die Ablehnung des Marshallplans. Sie äußerte ihre Überzeugung, daß gerade dieser Aspekt entscheidend gewesen sei. »Die Begründung des Mißtrauensantrages, die hergeleitet wird von dem Verhalten der Kommunisten in Senat und Bürgerschaft in der Berliner Frage, ist nur ein gesuchter Vorwand . . . Der wahre Grund zur Ausbootung der Kommunisten aus den Regierungen ist die Ablehnung des Marshallplans durch die KPD.«¹³¹

In der Entlassung Dettmanns aus dem Senat und dem damit verbundenen Ausscheiden der KPD aus der Regierungsverantwortung fand die zunehmend oppositionelle Haltung der KPD nur ihren folgerichtigen Ausdruck. Der generelle Wiederaufbaukonsensus, der noch im Oktober 1946 die Zusammenarbeit aller Parteien möglich gemacht hatte,¹³² war zerbrochen, der kommunistische Senator bereits mehrfach in einen Konflikt zwischen der Regierungspolitik und den Auffassungen seiner Partei geraten. Er wurde nun das Opfer der Auffassung, die Meitmann in anderem Zusammenhang dargelegt hatte, daß nämlich der »Einfluß der Kommunisten . . . sich, wie wir alle wissen, im Grunde schon zu einer unmittelbaren Gefahr für die Ankurbelung der Wirtschaft ausgewirkt hat.«¹³³ Es bleibt jedoch festzuhalten, daß nicht die

Differenzen über die zukünftige Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse zum Anlaß genommen wurden, sich der KPD als Regierungspartei zu entledigen, sondern die nationale Frage, die mit der Berlinkrise eine aktuelle Brisanz erhalten hatte, verbunden mit einem emotionalen Klima, das ernstzunehmende Widerstände gegen den SPD-Antrag ohnehin ausschloß.

Wurde die KPD im Falle Dettmann das Opfer einer gemeinsamen Aktion der anderen politischen Parteien, die auf deren übereinstimmender antikommunistischer Einstellung beruhte, so waren diese politischen Gruppen an dem Prozeß unbeteiligt, durch den die KPD als Partei mit nennenswerter Resonanz und als lebendige politische Kraft zur isolierten, politisch einflußlosen Vereinigung absank. Dabei ging es um das Problem des Verhältnisses der KPD zur Sowjetunion.

Die offizielle Parteilinie eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus hatte sie nie daran hindern können oder sollen, sich uneingeschränkt zur Sowjetunion und zur Entwicklung in der Ostzone zu bekennen.¹³⁴ Sowohl in der Einheitsfrage wie auch bei der wirtschaftlichen Neuordnung wurde nur in der Ostzone eine Politik betrieben oder sogar zum Abschluß gebracht, die den Intentionen der KPD entsprach, und die sie – wie im Zusammenhang mit der Einheitsfrage eingehend dargestellt worden ist – in Ziel und Methode in den Westzonen kopieren wollte. Auch anläßlich der Londoner und Moskauer Außenministerkonferenzen hatte die KPD keinen Zweifel daran gelassen, daß ihrer Meinung nach nur die Sowjetunion die wahren deutschen Interessen vertrete. Die unverkennbar restaurative Entwicklung in den Westzonen erhöhte schließlich beträchtlich die Neigung, über die Zonengrenze nach Osten zu weisen, wo die einzig mögliche Konsequenz aus den Erfahrungen der Vergangenheit gezogen worden sei. Die gegenüber der Ostzone unterschiedlichen Verhältnisse und Bedingungen politischen Handelns in den Westzonen erlauben keineswegs den Schluß, die KPD habe einen besonderen deutschen, genauer gesagt, westdeutschen Weg zum Sozialismus eingeschlagen, da sie ja an der Gestaltung dieser Bedingungen nicht aktiv beteiligt war. Von Anfang an waren für sie die Sowjetunion und die Sowjetzone Vorbild für das eigene Handeln, wenn auch bis in das Jahr 1948 noch nicht ausschließlich; immerhin waren theoretisch Varianten denkbar.

Dies änderte sich im Sommer 1948 im Gefolge der Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, denen die Hamburger Landesorganisation frühzeitig eine ausführliche Dokumentation widmete.¹³⁵ Der Kampf gegen die jugoslawische Abweichung bedeutete auch das Ende der These vom besonderen deutschen Weg

zum Sozialismus – nicht nur für die SED, deren Theoretiker Ackermann diese These ursprünglich begründet hatte, sondern auch für die KPD.¹³⁶ In einer umfangreichen »Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage«, die entsprechenden Äußerungen der SED folgte,¹³⁷ hieß es denn auch: »Es wäre falsch, diesen Weg, der in der Ostzone bereits beschritten wurde und den wir uns im Westen zu erkämpfen haben, als einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zu bezeichnen, der ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus möglich machen könnte. Dies würde ein Abgleiten in den Opportunismus und Nationalismus bedeuten. Das große historische Beispiel der Sowjetunion würde damit mißachtet und die Grundlagen des Marxismus-Leninismus über die Fragen des Aufbaues des Sozialismus aufgegeben.«¹³⁸ In der Umkehrung bedeutete das die absolute Verbindlichkeitserklärung der von der Sowjetunion betriebenen Politik für alle kommunistischen Parteien. Wer nicht bedingungslos für die Sowjetunion und ihre Politik eintrete, der stehe im Lager des Imperialismus und der Reaktion, wofür die Politik der SPD-Führung das beste Beispiel sei. »Die Haltung der SPD-Führer zur Sowjetunion bestätigt die Richtigkeit des Satzes, daß die Einstellung zum Lande des Sozialismus, in dem die Lehren von Marx und Engels in die Tat umgesetzt werden, zum Prüfstein für den wirklichen Standort eines jeden Sozialisten geworden ist.«¹³⁹ Das Schlagwort, mit dem dieser »Prüfstein« umschrieben wurde, war das Bekenntnis zum »Marxismus-Leninismus«, ein Begriff, der sich in Äußerungen der KPD schon zuvor findet, der sich jetzt jedoch häufte. Dieser Terminus bezog seinen Inhalt nicht aus den philosophischen Gedankengebäuden der marxistischen Klassiker, sondern aus den Realitäten und Interessen der Sowjetunion, die nunmehr für die anderen Parteien des Kominform und damit auch für SED und KPD Richtlinie ihrer Politik werden sollten. »Marxismus-Leninismus« war in der konkreten historischen Situation des Jahres 1949 keine Methode zur Interpretation und praktischen Umgestaltung ökonomisch-sozialer Tatbestände, sondern ein politisches Instrument der sowjetischen Außenpolitik.

Auf dem Landesparteitag der Hamburger KPD Mitte April 1949 machte der 2. Vorsitzende, Harry Naujoks, Inhalt und Konsequenzen der neuen Politik deutlich: »Diese Partei [KpdsU (B)] ist im Kampf gegen die Opportunisten zu einer marxistisch-leninistischen Partei geworden. Dieser Kampf beschränkte sich nicht nur auf Rußland, sondern er wurde in der ganzen Internationale geführt . . . Im Leninismus gibt es bekanntlich sechs Grundthesen zur Rolle der Partei:

1. Die marxistisch-leninistische Partei ist die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse,
2. die marxistisch-leninistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse,
3. die marxistisch-leninistische Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats,
4. die marxistisch-leninistische Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus,
5. die marxistisch-leninistische Partei wird durch den Kampf gegen den Opportunismus gestärkt,
6. die marxistisch-leninistische Partei ist vom Geiste des Internationalismus durchdrungen.«¹⁴⁰

Nur die konsequente Befolgung dieser Grundsätze sichere die Erfolge der Partei und ihre ideologische Klarheit, deren Quintessenz laute: »Die Sowjetunion ist die entscheidende Kraft des Friedens. Wenn wir davon überzeugt sind, daß die Friedenskräfte stärker sind [als die Kräfte des Krieges], dann basiert dies auf dem Bewußtsein der ungeheuren Kraft der sozialistischen Sowjetunion. Deshalb müssen wir immer wieder feststellen und die volle Überzeugung unserer Genossen finden, daß antisowjetische Elemente in unserer Partei nichts zu suchen haben . . . Wer Antisowjetismus betreibt, ist ein Feind des Friedens.«¹⁴¹ Die Aufgabe der Partei mußte es folgerichtig sein, einen permanenten Kampf gegen alle Mitglieder zu führen, die der Abweichung von der Parteilinie verdächtig sein konnten. War schon die Resolution des zentralen Parteivorstandes vom August 1948 »an alle Leitungen der Grundeinheiten unserer Partei« mit der Aufforderung weitergegeben worden, eine Mitgliederkontrolle durchzuführen, um »eine Hebung des ideologischen Niveaus einzuleiten und die Qualität unserer Parteileitungen zu verbessern«,¹⁴² so häuften sich seit dem Frühsommer 1949 die Mahnungen zur innerparteilichen Aufmerksamkeit, durch die systematisch eine Säuberung vorbereitet wurde.

Im Juli — angesichts der bevorstehenden Wahlen zum ersten Bundestag und zur Hamburger Bürgerschaft — beriet der Vorstand der Hamburger Landesorganisation »über die Notwendigkeit einer größeren Wachsamkeit und die Beseitigung jeder Duldsamkeit und Sorglosigkeit gegenüber den Versuchen, durch organisierte Agententätigkeit Unklarheit und Verwirrung in die Reihen der Partei zu tragen.«¹⁴³ Wenig später wurde zum schärfsten Vorgehen gegen eine ganze Reihe von »Abweichtlern« aufgefordert, die im Gefolge des Titoismus und damit des amerikanischen Imperialismus auftauchten. »Gegenüber den vom Klassenfeind in die Partei gesandten trotzkistischen Agenten oder sonstigen

(im Gewande der Trotzki-Gruppen, KPO,¹⁴⁴ SAP, Tito-Gruppen) feindlichen Nachrichten- und Zersetzungsagenturen muß höchste Wachsamkeit entwickelt werden. Jede Toleranz gegenüber diesen Agenten bedeutet Hilfe für den Klassenfeind.«¹⁴⁵ Das Auftauchen sogenannter »Kaderbriefe«, die an einzelne KPD-Funktionäre verschickt worden waren, schien ein Beweis für die Existenz und die Aktivität der Partei-Feinde zu sein.¹⁴⁶

Nach dem für die KPD wenig befriedigenden Ergebnis der Bundestagswahl¹⁴⁷ (in Hamburg 8,5 % der Stimmen) verschärfte sich die innerparteiliche Auseinandersetzung, zumal es einige Gruppen innerhalb der KPD gewagt hatten, die bedingungslose Unterwerfung unter die Politik der Sowjetunion für das schlechte Wahlergebnis verantwortlich zu machen. In der Hamburger Volkszeitung wurde nicht nur die Kritik an Tito fortgesetzt und verstärkt,¹⁴⁸ sondern auch die Frage »Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?« diskutiert — und bejaht.¹⁴⁹ Kritische Äußerungen gegenüber der Sowjetunion, wie sie nach der Wahl vom 14. August aufkamen, wurden nicht auf ihren möglichen sachlichen Kern hin überprüft, sondern völlig undifferenziert als »titoistisch« abqualifiziert. »Man könnte meinen, daß solche Stellungnahmen von Titoleuten geschrieben sind. So verschiedenartig sie auch formuliert sind, so kommen sie alle im Wesen zu einer Schlußfolgerung: zur titoistischen, daß die KPD einen eigenen westdeutschen, von der Kpdsu, von der SED und den übrigen Kommunistischen Parteien unabhängigen Weg gehen müsse.«¹⁵⁰

Mit der Intensivierung der innerparteilichen Kampagne gegen das Abwechslertum wurde der Katalog der Tabus erweitert. Galt er bis dahin undifferenziert für die Politik der Sowjetunion, so erstreckte er sich nunmehr auch auf die Oder-Neiße-Grenze und die Politik der SED.

Das unbedingte Eintreten für die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen wurde damit begründet, daß »die Stärke der Arbeiterbewegung . . . immer in der Pflege des Geistes des proletarischen Internationalismus«¹⁵¹ gelegen habe. »Aber wie kann man von einer Erziehung der Partei im Geiste des proletarischen Internationalismus sprechen, wenn in unserer Partei in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, der Grenze des Friedens, nationalistische Auffassungen der Revision nicht restlos ausgerottet werden? Die Frage der Revision der Oder-Neiße-Linie stellen, heißt doch nichts anderes, als sich in das Fahrwasser nationalistischer Politik begeben. Das heißt, sich als Werkzeug für den USA-Imperialismus benutzen zu lassen . . .«¹⁵² Bedenkt man, daß die KPD es ablehnte, die im Osten aufgetretenen Bevölkerungsverchiebungen klassenmäßig zu interpretieren, das heißt eine undifferen-

zierte Vertreibung zu verurteilen, und damit letztlich — trotz aller Grenzverschiebungen — an überkommenen nationalistischen Kategorien festhielt, weil dies den sowjetischen Interessen diene, so zeigt sich — wie richtig festgestellt worden ist —, daß bei ihrer Einstellung zur Oder-Neiße-Grenze »an die Stelle der bisherigen historisch-materialistischen Geschichtsauffassung . . . die Propagierung der jeweiligen sowjetischen Sicherheitspolitik«¹⁵³ trat.

Ähnlich verhielt es sich mit der Haltung der KPD gegenüber der Politik der SED, die nunmehr ebenfalls sakrosankt war und zu der es keinerlei Distanz mehr geben konnte. »Die Politik der SED ablehnen, kann nur bedeuten, daß man die volkseigenen Betriebe, die Bodenreform, die Schulreform, die Volkspolizei, kurzum, die demokratische Neuordnung der Ostzone ablehnt, daß man das Marshall-Plan-Paradies Westdeutschland der Neuordnung aus eigener Kraft in der Ostzone vorzieht . . . Wer die Politik der SED ablehnt, kommt genau dahin, wo die Tito-Trotzkisten hingelangt sind, und wohin der amerikanische Imperialismus die Bevölkerung Westdeutschlands haben will, nämlich auf seine Seite.«¹⁵⁴ Wer an der Richtigkeit der SED-Politik und ihrer Verbindlichkeit für die KPD in der Bundesrepublik zweifelte, hielt damit an der Theorie eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus fest und wurde als »partei feindlich« gebrandmarkt.

Vom 14.—16. September 1949 tagte der Parteivorstand der KPD. In einer ausführlichen Resolution analysierte er den Ausgang der Bundestagswahlen. Als Ursache für das unzureichende Ergebnis wurde neben zahlreichen anderen Fehlern die »mangelnde ideologische Festigkeit«¹⁵⁵ der Partei angesehen, die sich in »Tendenzen des Versöhnertums gegen die Feinde der Sowjetunion«¹⁵⁶ geäußert habe. »In zahlreichen Fällen zeigte sich ein versöhnlicheres Verhalten gegen partei feindliche und partei ersetzende Elemente, die sich der feindlichen Argumente gegen die Sowjetunion, gegen die Ostzone und gegen die SED bedienten.«¹⁵⁷ Die Hamburger Landesorganisation wurde in diesem Dokument als besonders negatives Beispiel angeführt, da dort »lange Zeit eine partei feindliche Fraktion innerhalb des Landesvorstandes die Politik der Partei sabotieren« habe können.¹⁵⁸ Es wurden jedoch noch keine Namen genannt und auch noch keine durchgreifenden Maßnahmen gegen die Hamburger Kommunisten getroffen. Der Hauptgrund für diese Zurückhaltung dürfte in den bevorstehenden Wahlen zur Bürgerschaft am 16. Oktober zu suchen sein, da der Parteivorstand während des Wahlkampfes nicht das Bild eines innerparteilichen Machtkampfes bieten wollte.

Kaum war jedoch die Wahl vorüber, die der KPD mit 7,4 % der

Stimmen einen weiteren Rückgang, nicht nur gegenüber der Wahl vom Oktober 1946, sondern auch im Vergleich zur Bundestagswahl, gebracht hatte, wurde die Kampagne gegen die Abweichler wieder aufgenommen und weiter verschärft. Galt die Kritik an der Sowjetunion zunächst als Fehler, der durch Selbstkritik behoben werden konnte, so waren nunmehr distanzierte Äußerungen gegenüber der Sowjetunion bewußte Verleumdungen. »Über Verleumdungen aber diskutiert man nicht. Die Urheber solcher Verleumdungen werden gebrandmarkt, entlarvt und aus der Partei ausgemerzt.«¹⁵⁹

Der Kampf galt jetzt in erster Linie der Gefahr, den Titoismus zu unterschätzen, eine Bedrohung, deren Bestehen der Parteivorstand zuvor ausdrücklich bejaht hatte. Wer dieser Tendenz keine deutliche Absage erteile, der versuche, »die Partei in ihrem Kampf gegen den inneren Feind zu demobilisieren«.¹⁶⁰ An anderer Stelle hieß es: »Nur Teile der Partei haben die Gefahr des Titoismus erkannt . . . Angesichts dieser Unterschätzung des Kampfes um die ideologische Einheit und Geschlossenheit der Partei ist die These von der »Übertreibung der Gefahr des Titoismus« besonders gefährlich . . . Sie hindert die Partei, den Kampf um die marxistisch-leninistische Festigung zu führen.«¹⁶¹ Alle Parteileitungen und Parteieinheiten der KPD wurden aufgefordert, »zu dem ersten Fehler der Verneinung und Unterschätzung der Gefahr des Titoismus Stellung zu nehmen . . .«¹⁶²

Mit dieser permanenten Beschwörung von Gefahren versuchte der Parteivorstand jede innerparteiliche Diskussion zu unterdrücken und oppositionelle Gesinnungen administrativ auszuschalten. Zugleich wurde dadurch die Verantwortung für die Fehler und Mißerfolge der eigenen Partei zur Last gelegt und so nicht nur die sowjetische und sowjetzonalen Politik entlastet, sondern darüber hinaus bewußt das Gefühl einer Schuld gegenüber der Sowjetunion erzeugt, die nur durch verstärkte Unterordnung und widerspruchslose Anerkennung der Parteilinie wiedergutmacht werden konnte.¹⁶³ Die potentielle Allgegenwart der titoistisch-trotzkistisch-brandleristischen Gefahren sollte jedem Parteigenossen seine Situation klar machen und ihn für die widerstandslose Disziplinierung reif werden lassen.¹⁶⁴

Dazu gehörte auch der Kampf gegen jede Form des »Objektivismus und faulen Liberalismus«, die sich durch Konzessionen an den Titoismus im Sinne eines *audiatur et altera pars* bemerkbar machten. Hierbei zeigten sich allerdings die Grenzen der innerparteilichen Indoktrinationsmöglichkeiten in einem liberalen gesellschaftlich-politischen Umfeld. Die Auseinandersetzung mit der Erscheinung, »daß Genossen glauben, daß sie sich in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse

»objektiv informieren« müßten«,¹⁶⁵ oder gar eine andere Zeitung der Parteizeitung vorzögen, blieb letztlich erfolglos, da die Kontrollmöglichkeiten nicht ausreichten, um die Lektüre der Mitglieder auf das Parteiorgan zu beschränken.

Es war voraussehbar, daß der über mehrere Monate hinweg propagierten Forderung nach gesteigerter Wachsamkeit,¹⁶⁶ verbunden mit immer maßloseren Angriffen gegen Jugoslawien,¹⁶⁷ schließlich auch konkrete Ergebnisse dieser Wachsamkeit folgen mußten, daß die langfristig angeheizte innerparteiliche Pogromstimmung nicht ohne Konsequenzen bleiben konnte — gerade in der Hamburger Landesorganisation, die seit der August-Resolution des Parteivorstandes unter besonders scharfer Beobachtung stand.

Zu Beginn des Jahres 1950 gab die »Hamburger Volkszeitung« zunächst ein Beispiel für die »politische Sorglosigkeit« in der KPD. Am 3. Januar erschien ein Artikel mit der Überschrift: »USA-Hilfe für Tito«, dessen erster Satz lautete: »Diejenigen, die heute noch nicht wahrhaben wollen, daß Tito-Jugoslawien den Weg des Verrats, der Aggression und der Provokation gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder gegangen ist, sollten sehr aufmerksam die dem anglo-amerikanischen Monopolkapital hörige Presse verfolgen.«¹⁶⁸ Gegen den Verfasser dieses Aufsatzes wurde in der übernächsten Ausgabe heftig polemisiert, weil es sich bei der Hilfe der USA an Jugoslawien um eine Tatsache handele, die nicht durch den Gebrauch von Anführungszeichen in Zweifel gestellt werden dürfe; darüber hinaus müsse kein Mitglied die westliche Presse lesen, »um die Rolle Titos zu erkennen. Nicht die Westpresse muß man studieren, um den Tito-Faschismus zu kennen, sondern die fortschrittliche Presse zeigt den Weg dieses Agenten des Imperialismus.«¹⁶⁹ Als Folge dieser Entgleisung fand wenig später ein Wechsel in der Redaktion des Blattes statt,¹⁷⁰ durch den sich die Wandlung der »Hamburger Volkszeitung« von einem normalen Presseorgan, das sich von der übrigen Presse zwar inhaltlich unterschieden hatte, zu einem monotonen Parteiblatt wesentlich beschleunigte, das sich in erster Linie durch die seitenlange Wiedergabe von Resolutionen und Reden nationaler oder internationaler kommunistischer Parteiführer auszeichnete — sichtbarer Ausdruck der totalen politischen Gleichschaltung der KPD.

Den letzten Anstoß zur Durchführung der Säuberungsaktion gab die »Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 28. bis 30. Dezember 1949 über die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus«, in der den einzelnen Parteibezirken ein umfangreiches Sündenregister vorgehalten wurde.

Hinsichtlich der Hamburger Landesorganisation der KPD hieß es: »In Hamburg konnte lange Zeit eine parteifeindliche fraktionelle Gruppe innerhalb des Landesvorstandes arbeiten, welche die Politik der Partei bewußt sabotierte und die richtigen Beschlüsse des Landesparteitages zur Schaffung einer engen Kampfgemeinschaft mit den sozialdemokratischen Arbeitern verfälschte.

Der Kampf gegen diese Gruppe erfolgte bisher fast nur auf organisatorischem Wege, ohne daß der ideologische Kampf in der Partei in Hamburg genügend geführt wurde. Deshalb zeigte sich auch bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg starke ideologische Verwirrung bis in die Reihen des Landesvorstandes (eine teils rechtsopportunistische, teils ›links‹-sektiererische Verzerrung unserer Politik zur Herstellung der Kampfeinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern).

Ein Mitglied der früheren fraktionellen Gruppe konnte die Auffassung propagieren, daß man ohne Stärkung der KPD und ohne Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Reaktion schlagen könne. Das Sekretariat des Landesvorstandes und die Redaktion der »Hamburger Volkszeitung« kämpften ungenügend gegen diese Auffassungen und paßten sich teilweise den Auffassungen . . . an.«¹⁷¹

Die wenig später — am 14./15. Januar 1950 — stattfindende Landesvorstandssitzung der KPD, auf der über die Tätigkeit der »Parteifeinde« gerichtet werden sollte, legte ihrem Vorgehen ausdrücklich die Beschlüsse der 14. Tagung des Parteivorstandes zugrunde, insbesondere die auf Hamburg bezogenen Abschnitte.¹⁷² Besondere Bedeutung kam dabei der konkreten Anwendung der Lehren der Parteivorstandesresolution zu, wodurch das Gewicht ebensosehr auf die »didaktische« Methode wie auf das Ergebnis gelegt wurde.

Hauptobjekt der Säuberung in der Hamburger KPD war eine Gruppe, als deren führende Persönlichkeiten der frühere 1. Vorsitzende der Landesorganisation, Harry Naujoks, der Bürgerschaftsabgeordnete Walter Möller und Karl Grunert, Mitglied des Landesvorstandes, galten. Dieser »parteifeindlichen, fraktionellen Gruppe«¹⁷³ wurde eine Reihe verschiedenartiger Vorwürfe gemacht, die alle darauf hinausliefen, daß sie versucht habe, »mit den verschiedensten Mitteln, mit verwerflichen Methoden und Formen . . . die KPD Hamburgs in die Hände zu bekommen. Dadurch sollte die KPD Hamburgs als eine der wichtigsten Säulen der Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Boden der Politik und der Ideologie der Westalliierten ausgerichtet werden. Diese Tätigkeit setzte voraus, daß sie, die parteifeindliche Gruppe, die Partei vom Boden des Marxismus-Leninismus, der proletarischen Ideo-

logie und des klassenmäßigen Herangehens an die Lösung der Aufgaben im Kampfe um Frieden und Einheit Deutschlands entfernte.«¹⁷⁴

Im einzelnen wurde dem Gewerkschaftsfunktionär Nicolaisen vorgeworfen, im November 1949 einen Lohnstreik im Hamburger Hafen verhindert zu haben, wodurch bewiesen sei, »wie schädlich sich die Tätigkeit der parteifeindlichen Gruppe auf den Kampf um die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse auswirkt«.¹⁷⁵ Naujoks' Parteifeindlichkeit ergab sich aus einer Bemerkung, wonach »der Hamburger Hafen noch einen Aufstieg erleben wird.«¹⁷⁶ Dieser Optimismus war offensichtlich unangebracht, da er sich mit entsprechenden Prognosen der »deutschen Marshallplan-Politiker«, insbesondere der Hamburger SPD-Führung, deckte. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung konnte es für die KPD »auf dem Boden des kolonisierten separaten Weststaates« schlechterdings nicht geben. Möller hatte das Ergebnis der Bürgerschaftswahl als »Niederlage der Reaktion« bezeichnet und damit den Eindruck erweckt, »als sei eine Niederlage der Reaktion ohne Herstellung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern möglich«.¹⁷⁷ Damit habe er die Aufmerksamkeit von der für die Partei vordringlichen Aufgabe der Herstellung der Aktionseinheit abgelenkt.¹⁷⁸ Grunert schließlich wurde in erster Linie die Verbindung zu Parteifeinden vorgeworfen, vor allem zu Siegfried Neumann vom Ostbüro der SPD und zu Karl August Wittfogel, einem ehemaligen Redakteur der »Roten Fahne«; darüber hinaus habe er Kontakte zur »klassenfeindliche[n] Agentur Dethlefs',¹⁷⁹ der schon einige Monate zuvor ausgeschlossen worden war,¹⁸⁰ aufrechterhalten.

Zusammenfassend wurde der Gruppe vorgeworfen, sie habe danach getrachtet, die Führung der Landesorganisation zu übernehmen und außerdem die entscheidenden Stellen in der Redaktion der »Hamburger Volkszeitung« zu besetzen, weshalb besonders Gustav Gundelach – inzwischen Bundestagsabgeordneter – und Erich Hoffmann systematisch verleumdet worden seien. »Politisch-theoretisch auf dem Boden der Ideologie des Klassenfeindes, versuchte diese parteifeindliche fraktionelle Gruppe, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus in ihrer praktischen und politischen Anwendung außer Kraft zu setzen, die Hamburger Landesorganisation gegen die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Parteikonferenzen zu mobilisieren und im Auftrage ihrer parteifeindlichen Verbindungen im In- und Ausland die KPD Hamburg zu schwächen, zu zersetzen und kampfunfähig zu machen.«¹⁸¹

Bei der Beschreibung der »klassenfeindlichen« Methoden wies Kurt Müller, der zur Landesvorstandssitzung nach Hamburg gekommen war, auf die kurz zuvor durchgeführten Prozesse gegen Rajk in Ungarn und

Kostoff in Bulgarien hin, die ihm als Vorbild für die Säuberungsaktionen in der KPD dienten, auch wenn die Möglichkeiten der Bestrafung geringer waren, da es sich ja nur um einen innerparteilichen, nicht aber um einen staatlichen Prozeß handelte. So mußte er mit der Entfernung Grunerts und Möllers aus dem Landesvorstand der KPD und dem Parteiausschluß von Naujoks zufrieden sein.¹⁸²

Wenig später wurde auch der Landesvorsitzende Willi Prinz, der zur Durchführung der Säuberungsaktionen nach Hamburg versetzt worden war, abgelöst und durch den Werftarbeiter Heinrich Fink ersetzt, der die Hamburger KPD bis zum Verbot führte.¹⁸³ Nach der nicht durchschaubaren Logik der Säuberungen entging auch Kurt Müller, spiritus rector der Hamburger Aktion,¹⁸⁴ seinem Schicksal nicht.¹⁸⁵ Die Säuberungen in der KPD waren ein Symptom für die faktische Selbstaufgabe der Partei. Obwohl die KPD noch mehrere Jahre legal tätig war, bedeuteten doch die innerparteilichen Vorgänge 1949/50 einen Einschnitt und in gewissem Sinne den Abschluß ihrer Nachkriegsgeschichte. Alle Elemente, die die KPD seit 1935 in ihre Politik aufzunehmen und in die Realität umzusetzen sich bemüht hatte, waren praktisch aufgegeben worden, insbesondere die Konzeption der Einheitsfrontpolitik. Die Hamburger KPD des Jahres 1950 hatte sich weitgehend von den Massen isoliert, und nur ein gewisses Maß an Unzufriedenheit mit der Politik der SPD bewahrte sie vor dem endgültigen Abgleiten in den Status einer Splitterpartei.

Die KPD dürfte für die Säuberungsaktion eine Reihe von Gründen gehabt haben. Im Vordergrund stand dabei die Notwendigkeit, in allen Parteigliederungen die absolute Linientreue gegenüber der Politik der Sowjetunion und der DDR durchzusetzen, die nur in einer bedingungslosen Übernahme dieser Politik bestehen konnte. Daß dies unter Beschwörung des Titoismus, Trotzismus und Brandlerismus vor sich ging, daß die Anpassung mit diesen angeblichen Gefahren begründet wurde, führte dazu, daß sich bei den Säuberungen die Unterschiede zwischen Ursache und Wirkungen, Anlaß und Methode verwischten. Nur der negative Kontrast zur anzustrebenden Politik bot die Möglichkeit, den innerparteilichen Feind mit bestimmten Merkmalen zu kennzeichnen und ihn auf diese Weise überhaupt erst zum Parteifeind zu machen. Die Existenz solcher sichtbaren Parteifeinde aber war notwendig, da eine stillschweigende Unterwerfung weder ein ausreichendes Anpassungssignal gegeben hätte, das zugleich ein Signal für eine mit personellen Konsequenzen verbundene Selbstkritik sein sollte, noch eine wirkungsvolle Disziplinierungshandhabung gegenüber den Mitgliedern geboten hätte. Stil und Form innerparteilicher Auseinandersetzungen und das

Ausmaß der Fixierung auf sowjetische Sicherheitsinteressen bedingten einander.

Hinzu kam das Bedürfnis, Sündenböcke für das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zu finden, das tatsächlich nur Ausdruck des allgemeinen Niederganges der Partei war. Bei der Suche nach den Gründen war der Aspekt der außenpolitischen Fixierung der KPD tabu. So wurde die KPD zwangsläufig auf sich selbst, auf ihre Fehler und Schwächen verwiesen, deren Behebung folgerichtig auch ausreichen würde, die Gesamtsituation der Partei schlagartig zum Guten zu wandeln. »Es hängt allein von der KPD, von jedem einzelnen Mitglied der Partei ab, die Arbeiterklasse für den aktiven Kampf zu mobilisieren«,¹⁸⁶ war der Tenor der Selbstkritik, der durch die gleichzeitig aufgestellte Behauptung von der »objektiv günstigen Lage«, die nur nicht genug ausgenutzt würde, zusätzliches Gewicht erhielt. Um durch zu scharfe Selbstkritik aber nicht den Wert der Partei überhaupt in Frage zu stellen, bescheinigte sich die KPD immerhin eine große Regenerationsfähigkeit, die durch personelle Veränderungen zum Ausdruck komme; dadurch wurden die Säuberungen geradezu als Beweis für die durchaus nicht den Tatsachen entsprechende Lebendigkeit der Partei und das große Reservoir an potentiellen Führungskräften angeführt.

Erweisen sich die sachlichen Vorwürfe, denen eine disziplinierende, sich aus ganz konkreten politischen Abhängigkeiten ergebende Funktion zukam, vielfach als Vorwand, so spielten unter der Oberfläche auch persönliche Rivalitäten eine beträchtliche Rolle, die das ohnehin schwer nachvollziehbare Geschehen noch unentwirrbarer machen.¹⁸⁷ Der Ablauf der Ereignisse in Hamburg legt die Vermutung nahe, daß den Veränderungen durchaus ein gewisses Maß an Eigendynamik innegewohnt hat, daß er nicht von Anfang an im Detail festgelegt war. Am Beginn stand die Forderung nach Erhöhung der innerparteilichen Wachsamkeit, die in der Folgezeit zunehmend dringlicher wurde und personelle Konsequenzen unausweichlich machte; daß aber genaues Ausmaß und individuelle Fixierung der Säuberungen in diesem sich fast über ein Jahr hinziehenden Vorgang von vornherein bestimmt waren, ist nicht sicher zu belegen. Vielmehr scheinen zu einem taktisch für richtig gehaltenen Zeitpunkt bestimmte Verdachtsmomente in den Vordergrund geschoben worden zu sein, an denen zuvor niemand Anstoß genommen hatte. So erregten mehrere Gruppenmitglieder dadurch Verdacht, daß sie schon in der Weimarer Republik gelegentlich Schwierigkeiten mit ihrer Partei gehabt hatten und, wie z. B. Grunert, bereits einmal wegen versöhnlicher Abweichungen ausgeschlossen worden waren.¹⁸⁸ Damit setzte sich auch in der KPD eine Tendenz durch, die sich schon in der SED be-

merkbar gemacht hatte, bei personellen Veränderungen vor allem frühere Nichtkommunisten oder zurückgekehrte ehemalige Ausgeschlossene oder Dissidenten auszuschalten.

Trotz dieser begründeten Vermutungen bleiben doch einige Hintergründe der innerparteilichen Vorgänge in der KPD 1949/1950 so unklar, daß sie nur durch Spekulationen aufgehell werden könnten. Da jedoch das Grundmuster der Vorgänge, die Opferung von Sündenböcken, ebenso feststeht wie die Funktion der Säuberung für die innerparteilichen Verhältnisse, scheint es nicht besonders sinnvoll, nach Hintergründen von Aktionen zu suchen, bei denen in erster Linie die sichtbaren vordergründigen Ergebnisse das Wesentliche sein sollten und waren. So bilden die personellen Veränderungen eine äußerliche und wohl zwingende Konsequenz einer außenpolitisch motivierten Korrektur der Parteilinie – für die KPD in dieser außenpolitischen Motivation unausweichlich, aber gerade deshalb in ihrem ideologischen Kern kaum zu überschätzen.

Der Weg der KPD von 1946 bis Anfang 1950 war ein Weg in die politische Isolierung. Sie entwickelte sich in dieser Phase von einer Partei, die sich aufgrund des opferreichen antifaschistischen Kampfes und der glaubwürdigen Vertretung der unmittelbaren Interessen der am meisten vom Krieg betroffenen Schichten einer gewissen Resonanz erfreuen konnte und auch als Koalitionspartner akzeptabel war, zu einer politischen Sekte, die außerhalb der innenpolitischen Entwicklung in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik stand und der widerspruchsloser Dogmatismus über realitätsbezogene Interessenvertretung ging.

Diese Entwicklung begann mit der Politik der SPD unter Führung Schumachers, die die Hoffnung und Absicht der KPD zunichte machte, zu einer Einheit mit der SPD zu kommen, die nicht mit der Einheitsfront von unten identisch sein sollte. Schon in dieser Frühzeit setzte auch bereits die Selbstisolation ein, als die KPD auf dem Aufbau einer eigenen Parteiorganisation bestand und damit die Distanz zur anderen Arbeiterpartei betonte. Je weniger Aussicht bestand, die ursprünglich geplante Politik der Einheitsfront zu realisieren, um so stärker ließ die Partei das politische Konzept, nach dem sie angetreten war, außer acht und leitete damit die folgende Fehlentwicklung ein. Mochte ein Überdenken der eigenen Politik angesichts der ablehnenden Haltung der SPD sinnvoll und notwendig sein, so erwies sich die dann beschlossene Politik als denkbar ungeeignet, die Position der Partei zu verbessern. Die Rückkehr zur Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die SPD-Führung war im Grunde ein Verzweiflungsschritt, dessen Erfolglosigkeit von vornherein feststand, da die Kommunisten selbst

nicht daran glaubten, die Loyalität der sozialdemokratischen Mitgliedschaft zur Parteispitze in nennenswertem Umfang auflösen zu können.

Auch der Versuch, den Parteinamen abzulegen, führte nur weiter in die Selbstisolierung, da er das latent vorhandene Mißtrauen gegen eine nur aus Propaganda lebende Politik der KPD verstärkte und damit auch andere Aktionen als reine Propaganda erscheinen ließ, die von den wahren Zielen der Partei ablenken sollte. Statt 1945 endlich anzufangen, den tatsächlichen Spielraum eines theoretisch anerkannten besonderen deutschen Weges zum Sozialismus auszuloten, bestimmte die ideologische und politische Ausrichtung auf nur eine Besatzungsmacht immer stärker und schließlich dominant das Auftreten und mehr noch das Erscheinungsbild der Partei. Alle innenpolitischen Aktivitäten der KPD müssen an dieser Belastung gemessen werden, und zwar primär nicht unter dem Aspekt der direkten Einwirkung der Sowjetunion über die KPD auf die inneren Verhältnisse in den Westzonen, sondern in dem Sinne, daß für die öffentliche Meinung alle politischen und ökonomischen Vorstellungen der KPD von ihrer außenpolitischen Abhängigkeit diktiert waren.

Die Einstellung der Partei zur Sowjetunion entschied über Erfolg oder Mißerfolg ihrer Politik im innerdeutschen Bereich. Unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und der tatsächlichen Wirkung ist es deshalb nicht erforderlich, auf die einzelnen ökonomisch-sozialen Forderungen stärker einzugehen, als dies geschehen ist, da diese die Attraktivität der Partei nicht entscheidend beeinflusst haben; ebensowenig ist eine Auseinandersetzung über die Frage von Bedeutung, ob die KPD die Klassenauseinandersetzungen in den Westzonen nach 1945 verschärft oder abgeschwächt und damit einer restaurativen Entwicklung Vorschub geleistet hat, da auch und gerade auf dem Felde der Klassenauseinandersetzungen ihre Wirksamkeit durch das selbstgeschaffene Image begrenzt wurde. Ihr Eintreten für soziale Verbesserungen oder auch für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter konnte im Bewußtsein der Bevölkerung, gerade auch der Arbeiter, das Defizit an »nationaler Zuverlässigkeit« niemals auch nur annähernd ausgleichen. Hinzu kam, daß die SPD die Auseinandersetzung mit den Kommunisten bewußt auf dem »nationalen« Sektor suchte und nicht im ökonomischen Bereich, wo es der KPD noch zusätzlich schadete, daß sie die vergleichsweise schlechtere Situation der Arbeiter in der Ostzone und später der DDR ignorierte oder gar leugnete.

Das Schicksal der KPD entschied sich in diesen Jahren nicht an ihren sozialistischen Forderungen, für die es nicht nur bei der SPD, sondern zu diesem Zeitpunkt auch in bürgerlichen Gruppen Sympathien gab, es

entschied sich an ihren außenpolitischen Bindungen. Insofern war die KPD eine Hauptleidtragende des sich verschärfenden Ost-West-Gegensatzes geworden, da sie durch ihn vor die für sie unlösbare Alternative gestellt wurde, sich entweder von der Sowjetunion zu distanzieren, um so im Interesse ihres sozialistischen Programms die Bündnisfähigkeit mit der Sozialdemokratie und Teilen des Bürgertums zu erhalten oder wieder herzustellen, oder aber sich uneingeschränkt zur Sowjetunion zu bekennen und damit die Isolation und den Verzicht auf die Durchführung ihres Programms zu wählen. Die KPD hat vor dieser Alternative, die für sie ohnehin wohl nur theoretisch bestand, nie geschwankt, vielleicht nie schwanken dürfen, und so ging sie den Weg weiter, der zu ihrer Selbstaufgabe führte. Die Frage, wie groß ihr Spielraum gegenüber der Sowjetunion tatsächlich hätte sein können, wurde von der KPD nach außen hin nie gestellt und schon gar nicht praktisch beantwortet, bis ihr zuletzt auch noch die theoretische Basis des deutschen Weges zum Sozialismus entzogen wurde. Mit welcher Konsequenz sie ihren Weg ging oder gehen mußte, zeigte sich besonders nach den Wahlen 1949. Obwohl von vielen Parteigliederungen die bedingungslose Bindung an die Sowjetunion als Ursache der Wahlniederlagen klar erkannt und auch genannt wurde, führte diese Erkenntnis nicht zu einer Lockerung dieser Bindung, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Intensivierung.

Diesem Verzicht auf eine außenpolitische Profilierung entsprach innenpolitisch in Hamburg die Übernahme des früheren Parteiprogramms der SPD, des 28-Punkte-Programms von 1946. Dieses Propagandamanöver war die verfehlte ideelle Ergänzung zu der neosektiererischen Einheitsfrontpolitik und konnte wohl nur von einer Partei veranstaltet werden, die die Hoffnung aufgegeben hatte, je wieder ein ernstzunehmender politischer Faktor zu werden und eine an den konkreten Bedürfnissen der arbeitenden Menschen wie auch an den psychologischen, politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen des eigenen Umfeldes orientierte Politik zu betreiben. Indem die KPD auf eine gesellschaftliche Analyse als Voraussetzung massenwirksamen und damit auch erfolgreichen politischen Handelns verzichtete und sich statt dessen unter dem Etikett des »Marxismus-Leninismus« auf unangemessene, inhaltsleere, dogmatische Thesen zurückzog, degenerierte sie zu einer immobilen politischen Vereinigung, die sich weitgehend aus ihrem realen Bezugsrahmen gelöst – Hinweise auf die Realitäten wurden als »opportunistisch« verdammt – und damit starke Züge des Unpolitischen angenommen hatte. Der Mißbrauch der KPD als Verteidigerin sowjetischer Sicherheitsinteressen ohne die gleichzeitige Zuweisung von Aufgaben, die interessenpolitischen Anliegen der westdeutschen Arbeiterschaft

dienten, bedeutete den Verzicht auf eine offensive Auseinandersetzung mit der antikommunistischen Grundstimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung, deren Emotionen, Urteilen und Vorurteilen auf eine Weise Vorschub geleistet wurde, wie es sich die Gegner der KPD kaum besser wünschen konnten.

Die betont nationalen, ja nationalistischen Töne der KPD verstärkten diesen Prozeß nur noch, da sie für die Masse der Bevölkerung in zu starkem Widerspruch standen zur außenpolitischen Zielrichtung der KPD; ihr Bemühen, diesen Widerspruch dadurch aufzulösen, daß sie die Sowjetunion zur besten Vertreterin der deutschen Interessen beförderte,¹⁸⁹ desavouierte sie selbst dadurch, daß sie bei der Abwehr separatistischer Bestrebungen wie in Südschleswig an engen nationalstaatlichen Vorstellungen festhielt. Sie unternahm damit den für jeden sichtbaren widersprüchlichen Versuch, die Reichsgrenzen von 1937 dort mit nationalem Pathos und beträchtlichem Propagandaaufwand zu verteidigen, wo die Interessen der Sowjetunion nicht berührt wurden, dagegen unter Berufung auf den »proletarischen Internationalismus« recht bald eine Anerkennung der östlichen Grenzziehung zu befürworten. Mochte die Politik der KPD in diesem Punkt auch dazu beitragen, frühzeitig Illusionen über die Möglichkeiten einer Revision der Ostgrenzen beseitigen zu helfen, so war sie doch ihrem eigentlichen Ziel, nämlich der Partei zu einem verlässlichen nationalen Ansehen zu verhelfen, eher hinderlich, da die immanenten Widersprüchlichkeiten unübersehbar bestehen blieben.

Bei der Betrachtung der Politik der KPD ergibt sich ein bemerkenswerter Gegensatz zwischen der teilweise großen analytischen Weitsicht und der ebenso großen Unfähigkeit, die gewonnenen Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. So erkannte die KPD deutlicher und früher als die SPD die Gefahren, die einer sozialistischen Entwicklung in den Westzonen durch den Marshallplan entstehen würden. Sie sah ebenso klar voraus, daß die Politik der Westmächte die Spaltung Deutschlands besiegeln würde, wobei sie auch schon auf die Funktion der Westzonen bzw. der Bundesrepublik als antikommunistischer Vorposten hinwies. Dennoch war sie nie in der Lage, flexible Strategien für die Abwehr solcher Gefahren zu entwickeln, vielmehr reagierte sie mit zunehmender Starrheit und dogmatischer Enge, suchte ihr Heil in einer immer engeren und bedingungsloseren Anlehnung an die Sowjetunion und die Sowjetzone und wich damit den — eben noch klar erkannten — Realitäten in der praktischen Politik aus. Die beträchtliche Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen theoretischer Erkenntnis und konkreter politischer Arbeit bildete damit bis ins Jahr 1948 hinein das

Hauptproblem kommunistischer Politik, ehe es durch den Verzicht auf jede politische Wirksamkeit gelöst wurde.

Der Weg der KPD in die Isolierung, der mit der verschärften Stalinisierung seit Ende 1948 seinen Abschluß fand, blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Mitgliedschaft und die Qualität der Führung. Der Hamburger KPD gehörten 1946 annähernd 22 000 Mitglieder an. Diese Zahl war bis 1949 auf unter 15 000 Mitglieder gesunken; in der Folgezeit verringerte sie sich immer schneller, bis sie beim Verbot 1956 noch einmal halbiert war.¹⁹⁰ Vor allem viele jüngere Mitglieder, die nach 1945 – vom antifaschistischen Engagement der KPD angezogen – in die Partei eingetreten waren, wandten sich enttäuscht wieder von ihr ab, so daß ein starker Überalterungsprozeß einsetzte,¹⁹¹ der die Aktivität und Mobilität der Partei zusätzlich beeinträchtigte. Da außerdem die innerparteiliche Krise nach der Aufgabe des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus nicht in politischer Diskussion gelöst wurde, sondern durch Disziplinierung, wichen zusätzlich viele Funktionäre in die Resignation aus, ohne die Partei zu verlassen. Die KPD selbst äußerte sich zur Mitgliederbewegung nicht, jedoch zeigten die öffentlich geäußerte Sorge über den Auflagenschwund der »Hamburger Volkszeitung« und die Bemühungen, den Verlust weiterer Abonnenten zu verhindern,¹⁹² daß die Partei im steten Niedergang begriffen war.

Diesem Quantitätsverlust in der Mitgliedschaft entsprach ein zunehmender Qualitätsverlust in der Führung der Hamburger Parteiorganisation. Standen an ihrer Spitze zunächst Männer wie Friedrich Dettmann, Paul Tastesen, Johann Westphal oder Harry Naujoks, der ehemalige Lagerälteste von Sachsenhausen, die sich aufgrund langjähriger Widerstandsarbeit oder Inhaftierung oder auch nur durch bodenständige Originalität trotz aller politischen Differenzen eines gewissen Respekts und Ansehens über die eigene Partei hinaus erfreuten, so wurde die Partei am Ende des behandelten Zeitraums von Funktionären wie Willi Prinz und Hein Fink geführt, die zu einer schöpferischen Politik unfähig waren und statt dessen um so konsequenter die von außen kommenden Anweisungen im lokalen Parteiapparat durchsetzten. Die Befehlsempfänger bestimmten so am Ende der vierziger Jahre das Bild der Kommunistischen Partei Deutschlands, die im politischen Leben der Bundesrepublik und Hamburgs auch ohne Verbot nur noch ein Schattendasein führte.¹⁹³

VIII. Der Weg in die Gesellschaft: Die SPD in Hamburg 1946 bis 1949

Für die SPD war die Vorbereitung und Durchführung der Bürgerschaftswahl vom 13. Oktober »das unstreitig wichtigste politische Ereignis«¹ des Jahres 1946. Im Gegensatz zur KPD gab es unter den Sozialdemokraten jedoch keinerlei Diskussion über Sinn und Wert der bevorstehenden Wahl. Zwar seien die Wahlen »nicht schon Beweis, daß wir Demokratie haben, sie sind der Anfang eines neuen Abschnitts in der Entwicklung zur Demokratie«,² es wurde jedoch deutlich, daß die SPD mit der Abhaltung freier Wahlen das entscheidende Element ihres Demokratieverständnisses realisiert sah, demgegenüber die politischen Inhalte zunächst zweitrangig waren. Es wurden allerdings Zweifel geäußert, ob das deutsche Volk nach den Erfahrungen in der Zeit des Faschismus schon fähig sei, verantwortungsbewußt politische Entscheidungen zu treffen. Dementsprechend sollte die »Aufklärungsarbeit«³ ein vorrangiges Ziel des sozialdemokratischen Wahlkampfes sein, insbesondere war die Bevölkerung mit dem komplizierten Wahlsystem vertraut zu machen.⁴

Große Sorge bereitete der SPD-Führung in Hamburg die Sicherung ihrer publizistischen und propagandistischen Wirkungsmöglichkeiten, da sie die bisherigen Papierzuteilungen als völlig unzureichend erachtete. Um eine Vergrößerung der Kontingente zu erreichen,⁵ wandte sie sich sowohl direkt an die Militärregierung wie auch an den Parteivorstand in Hannover, der sich bemühen sollte, »daß uns unmittelbar von der Labour Party aus Papier für unseren Wahlkampf zur Verfügung gestellt wird«.⁶ Ob dies erfolgte, läßt sich nicht klären, die SPD war jedenfalls im Wahlkampf durch ein umfangreiches Angebot an Wahlmaterialien präsent, das dem der KPD nicht nachstand.

Die Auseinandersetzungen der vorausgegangenen Monate zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten spielten im Wahlkampf keine besondere Rolle. Die Hamburger SPD hatte erkannt, daß die KPD nur einen recht geringen Stimmenanteil erringen konnte und daher nicht die Hauptgefahr für einen sozialdemokratischen Wahlerfolg darstellen würde.⁷ Die eigentlichen Gegner sah sie in den bürgerlichen Parteien, deren Position durch den Übertritt einiger ursprünglich parteiloser Abgeordneter, darunter auch des Bürgermeisters Petersen, gestärkt worden war. Die SPD ging deshalb im Wahlkampf nicht mit der Alternative »Demokratie oder Diktatur« auf Distanz zur KPD, sondern suchte unter dem Gegensatz »Kapitalismus oder Sozialismus« die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien,⁸ insbesondere mit der CDU. Schumacher sprach dies offen aus, als er auf einer Wahlveranstaltung in Harburg sagte: »Dieser Wahlkampf wird ausgetragen zwischen der CDU und der SPD. Alles andere ist nur Ablenkung und politische Spielerei.«⁹

Dementsprechend galten die Bemühungen der Hamburger SPD vorrangig solchen sozialen Gruppen, bei denen eine mehr oder minder starke Affinität zu den bürgerlichen Parteien angenommen werden konnte. Mit diesen Gruppen wollte die SPD ein umfassendes antikapitalistisches Interessenbündnis schließen, denn »der deutsche Arbeiter wie der Geistesschaffende, der Handwerker wie der Gewerbetreibende, der ansässige Bauer nicht minder wie der aus der Heimat vertriebene Flüchtling und der Bombengeschädigte, sie alle haben kein Interesse mehr an der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des privatkapitalistischen Systems . . .«¹⁰ Die Angehörigen dieser Kreise wurden durch besondere Flugblätter angesprochen.¹¹ Ihres traditionellen Anhangs sicher, führte die SPD damit in erster Linie einen Zielgruppenwahlkampf, der den bürgerlichen Parteien größere Teile ihrer potentiellen Wählerschaft entziehen sollte.¹² Darüber hinaus galten die Anstrengungen den Jugendlichen, deren politische Apathie zu überwinden war,¹³ und den weiblichen Wählern, deren dominierende Neigung für die eher konservativen politischen Kräfte sich schon wieder deutlich abzuzeichnen begann.¹⁴

Ihre Vorstellungen von der künftigen Gestaltung Hamburgs entwickelte die SPD in einem 28-Punkte-Programm, das eine bewußte Kontinuität zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik herstellen sollte, indem es »die Erfahrungen und unbestreitbaren Erfolge unserer Partei in der kommunalen Aufbauarbeit der Jahre 1919 bis 1932«¹⁵ beinhaltete. Das Schwergewicht des Programms lag auf Forderungen zur unmittelbaren Verbesserung der Lage

der Hamburger Bevölkerung, deren Lebensumstände seit der Kapitulation noch keine Wendung zum Besseren erfahren hatten. Daneben gab es aber auch eine Reihe von Vorstellungen, die Hinweise darauf geben, wie die SPD ihre Wahlkampfparole »Ein sozialistisches Hamburg« mit Inhalt zu füllen gedachte. So wollte die SPD die »Zusammenfassung der finanziellen Kräfte der Hamburger Wirtschaft und Bevölkerung durch volkswirtschaftlich vernünftige Ordnung des Bankenapparats und planmäßige Lenkung des Kreditwesens« ebenso durchsetzen wie die »Überführung der Monopolbetriebe, wie Hamburger Hochbahn AG. und der Hamburgischen Elektrizitätswerke AG. in öffentlichen Besitz« und die »Zusammenfassung aller Betriebe der öffentlichen Wirtschaft . . . zur besseren Ausnutzung der Erträge.«¹⁶ Im Abschnitt »Wirtschaftliche Verwaltung« forderte die SPD:

- »18. Entscheidende Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Verbraucher bei der Preiskontrolle und Preisfestsetzung, der wirtschaftlichen Lenkung, Planung und Verwaltung sowie in den Selbstverwaltungsorganen der freien Wirtschaft (Kammern) und in den Betrieben.
19. Die gesamte öffentliche und private Wirtschaft muß auch in Hamburg nach dem Grundsatz der vordringlichen Bedarfsdeckung planmäßig gelenkt werden.«¹⁷

Im Hinblick auf ihre potentiellen bürgerlichen Wähler war die SPD jedoch zugleich bemüht, die liberalen Elemente hervorzuheben und so die Unterschiede zur nationalsozialistischen oder militärbehördlichen Zwangs- und Zuteilungswirtschaft zu betonen. So wurde der Bereich der mittelständischen Wirtschaft von den Planungs- oder Sozialisierungsabsichten ausdrücklich ausgenommen und versprochen, »alles zu tun für eine Förderung privater und genossenschaftlicher Unternehmungen in der Klein- und Mittelindustrie, im Handel und Handwerk«.¹⁸ In einem speziell auf diese Wirtschaftsgruppen zugeschnittenen Flugblatt war zu lesen, daß die sozialisierte Wirtschaft nur den Rahmen abzugeben habe, in dem sich Kleinindustrie, Handwerk, Handel und Gewerbe ungehindert entfalten sollten. »Erst auf dieser Basis kann sich die unternehmerische Initiative in der verarbeitenden Industrie und im Handel, im Handwerk, im Gewerbe und in den freien Berufen voll entfalten, ohne einen Krisenzusammenbruch der Wirtschaft befürchten zu müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft daher keineswegs die wirtschaftlichen Energien, sondern sie fordert die freie Initiative in allen ihren Formen . . . Das Handwerk, der Einzelhandel, das Gewerbe, die freien Berufe haben sich nicht nur als funktionsfähig erwiesen. Für die Herstellung individueller Verbrauchsgüter, für den individuellen und

reibungslosen Kundendienst sind diese Berufsgruppen eine Notwendigkeit.«¹⁹

Auch im »Hamburger Echo« bemühte man sich nach Kräften, den Vorwurf zurückzuweisen, »daß die heutige fast hundertprozentige Reglementierung des Wirtschaftslebens der typische Anschauungsunterricht für die von der Sozialdemokratie geforderte sozialistische Wirtschaftsordnung sei«,²⁰ den Wert des Individuums und individuell verantwortlichen Handelns hervorzuheben und vor allem das Schreckgespenst einer übermächtigen staatlichen Bürokratie zu bannen. So wurde eine Theorie der sozialistischen Wirtschaftsverfassung entwickelt, der die Funktion zukomme, »den Dampfdruck zu regulieren . . .«²¹ und Produktion, Konsum und Investition in Einklang zu bringen. »Ist diese Sicherheit einmal gegeben, so ist die Form der üblichen Wirtschaftsverfassung nur noch eine Frage der Zweckmäßigkeit. Unter Verhinderung jeder wirtschaftlichen Machtballung kann der freie Sektor der Wirtschaft die verarbeitende Industrie, den Handel, das Handwerk und Gewerbe umfassen. Hier erwächst der Initiative der Wirtschaftenden ein fruchtbares Betätigungsfeld vor allem im Hinblick auf die Herstellung von individuellen Qualitätsgütern.«²²

Mit diesem Hervorheben der privaten Initiative in weiten Teilen der Wirtschaft zeigen sich in der Hamburger SPD erste Ansätze einer Politik zur Erweiterung der Parteibasis in bürgerliche Bereiche hinein, die in der Folgezeit Ursache für manche innerparteilichen Konflikte werden sollte.

Das Wahlergebnis schien die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses zu bestätigen, denn es gelang der SPD, das bis dahin zweitbeste Ergebnis in der Hamburger Parteigeschichte zu erzielen; lediglich die Bürgerschaftswahl vom März 1919 hatte der SPD einen noch größeren Erfolg gebracht. Den damals erreichten 50,4 %²³ standen diesmal 43,1 % der Stimmen gegenüber, was im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, die am 24. April 1932 stattgefunden hatte, eine Zunahme um 12,9 % bedeutete. Die SPD konnte nicht nur einen Großteil früherer KPD-Wähler an sich ziehen,²⁴ sondern ihr gelangen auch erhebliche Gewinne in sogenannten bürgerlichen Stadtteilen wie den Elbvororten, den Walddörfern mit den südlich und westlich angrenzenden Gebieten und Harvestehude – Rotherbaum.²⁵

Vor der Wahl hatte die SPD ihr Ziel sehr hoch gesteckt, als sie die Forderung aufstellte: »Für eine zielbewußte Politik wirtschaftlicher Neugestaltung müssen zweidrittel der Bürgerschaftsabgeordneten stimmen, es müssen also zweidrittel der Abgeordneten aus dem Lager reformbereiter Parteien gewählt werden. Eine solche Partei ist nach

Lage der Dinge nur die SPD. Wir müssen die Bevölkerung mit allem Nachdruck auf diese Notwendigkeit hinweisen. Nur wenn wir diesen Tatbestand klarstellen, begründen wir unsere Forderung nach der sozialistischen Mehrheit, die eine qualifizierte Mehrheit (Zweidrittel-Majorität) sein muß.«²⁶ Das nur wenig modifizierte reine Mehrheitswahlrecht, das die stärkste Partei unverhältnismäßig bevorteilte, brachte der SPD tatsächlich »die fast schon unanständige Mehrheit«²⁷ von 83 der 110 Bürgerschaftssitze.

Die Hamburger SPD war damit in der Lage, allein die Richtung der zukünftigen Entwicklung der Hansestadt zu bestimmen. Entsprechend selbstbewußt klangen auch die Äußerungen der führenden SPD-Politiker nach der Wahl. »Wir werden eine konsequente sozialistische Politik in Hamburg einleiten und durchführen. Die Weimarer Zeit ist vorbei. Wir haben eine starke Position. Kompromisse werden wir nicht machen!«, erklärte Karl Meitmann.²⁸ Mit Blick auf Koalitionsverhandlungen stellte Max Brauer, der designierte Bürgermeister Hamburgs, fest: »Die bürgerlichen Parteivertreter haben . . . einen falschen Blickpunkt bei der Beurteilung der Sachlage. Einen Streit um die Macht in Hamburg kann es nicht geben, die Macht haben wir. Es handelt sich gegenüber den bürgerlichen Parteien nur darum, daß sie nicht nur in der Bürgerschaft, sondern bereits im Senat ihre Stellungnahme zu den Methoden der Durchführung unserer sozialistischen Politik vortragen und hierzu Vorschläge machen können. Ein gemeinschaftliches Programm kommt wegen der unterschiedlichen Zielsetzung nicht in Frage.«²⁹

Auf der ersten Vertrauensmännerversammlung nach der Wahl, die am 10. November stattfand, zog eine große Anzahl Delegierter aus diesen klaren Worten die Konsequenz, nur eine sozialdemokratische Alleinregierung könne die konsequente Durchführung einer sozialistischen Politik in Hamburg gewährleisten.³⁰ Bei diesen Delegierten herrschte die Befürchtung vor, eine Zusammenarbeit der SPD mit den bürgerlichen Parteien werde keineswegs die von Brauer geforderte und prophezeite totale Unterwerfung dieser Parteien unter das sozialdemokratische Programm zur Folge haben, sondern doch Kompromisse und Abstriche nötig machen. Demgegenüber verteidigte Brauer den Plan einer Koalitionsregierung, wobei er insbesondere wahltaktische Überlegungen für die Zukunft in den Vordergrund rückte. »Wir haben keine Angst vor der eigenen Courage, unsere Macht kann nicht ausgehöhlt werden. Wir müssen kämpfen für eine Steigerung der sozialdemokratischen Wählerstimmen bei den nächsten Wahlen. Der Erfolg ist uns sicher, wenn wir uns von der überholten Auffassung ab-

wenden, in dem Bürgertum eine reaktionäre Masse zu sehen. Auch hier finden wir weite Kreise, die wir politisch aufklären müssen und dann für uns gewinnen können. Dieser Einbruch in die wirtschaftlich entwurzelten Kreise des Bürgertums wird uns gelingen.«³¹ Das Werben um bürgerliche Wähler, das bereits im Wahlkampf eine so wichtige Rolle gespielt hatte, wurde damit zu einem wesentlichen Leitgedanken sozialdemokratischer Partei- und Regierungspolitik für die folgenden Jahre. Nach dem Appell Brauers stimmte die Vertrauensmännerversammlung mit 623 zu 311 Stimmen dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der FDP zu, die drei Senatoren in den Senat entsandte.³² Daß nicht auch noch die CDU an der Regierung beteiligt wurde, hatte seine Ursachen nicht in unüberbrückbaren politischen Meinungsverschiedenheiten, sondern einfach darin, daß sich CDU und FDP nicht einigen konnten, wie sie die drei ihnen angebotenen Senatorensitze untereinander aufteilen sollten, nach dem die SPD es abgelehnt hatte, die Zahl der Senatoren zu erhöhen und den bürgerlichen Parteien zusammen fünf Senatorensessel anzubieten.

Die Gründe der sozialdemokratischen Führung, auch andere Parteien an der Regierung zu beteiligen, lagen nicht nur in den dargelegten wahltaktischen Überlegungen, sondern vor allem auch in dem Bestreben, die politische Verantwortung angesichts der bevorstehenden schwierigen Aufgaben mit anderen Gruppen zu teilen. Gegenüber der FDP dürfte außerdem das Motiv eine Rolle gespielt haben, die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Deutschen Staatspartei unter Bürgermeister Carl Petersen aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufzunehmen. Die SPD setzte dabei allerdings die FDP zu vorteilhaft und undifferenziert mit der Staatspartei gleich und übersah, daß sich in den Fragen der zukünftigen Wirtschaftsordnung grundsätzliche Gegensätze abzeichneten, während die Gemeinsamkeiten kaum über den generell übereinstimmenden Willen zum Wiederaufbau hinausgingen. Schwach angedeutet wurde schließlich auch das Argument, mit nur 43,1 % der Wählerstimmen könne eine uneingeschränkte Machtausübung doch nicht demokratisch gerechtfertigt werden.³³

Max Brauer, von jeher mehr Pragmatiker als Ideologe, verfolgte durch die Koalition mit der FDP zudem das Ziel, Kontakte zu Hamburger Wirtschaftskreisen herzustellen oder zu vertiefen, die für einen Wiederaufbau unentbehrlich erschienen, die er jedoch durch eine SPD/KPD-Koalition allein nicht optimal aktivieren, aber auch nicht ausreichend kontrollieren und in das Wirtschaftsleben integrieren zu können glaubte.

Diese Überzeugung hatte auch programmatische Folgen. Als im

Herbst 1946 die Länderregierungen der britischen Zone von der Militärregierung aufgefordert wurden, ihre Vorstellungen über eine Sozialisierung der Industrie darzulegen,³⁴ setzte die Hamburger Bürgerschaft im Januar 1947 eine Gutachterkommission ein, die am 5. Februar 1947 das »Hamburger Sozialisierungs-Gutachten« vorlegte. Unter dem Punkt »Umfang der Sozialisierung« kamen die Gutachter zu dem Ergebnis, nur diejenigen Industrien seien zu sozialisieren, »die das Fundament des zukünftigen Industrie-Aufbaus bilden.« Dazu rechnete die Kommission:

- »a) Bergbau (Kohle, Erze, Erdöl, Kali);
- b) Eisen-, Stahl- und Metallgewinnung bis zur Halbzeugherstellung einschließlich;
- c) Industrien der Grundchemie;
- d) Betriebe der weiterverarbeitenden Industrien nur insoweit, wie die mit der Sozialisierung verbundenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen auf anderem Wege nicht erreicht werden können;
- e) Zementindustrie;
- f) Großwerften;
- g) Energiewirtschaft;
- h) Rüstungsbetriebe, deren Umstellung auf friedensmäßige Fertigung sich volkswirtschaftlich empfiehlt, aber durch die private Wirtschaft nicht gewährleistet ist . . .

Der Hamburger Vorschlag macht sich weitergehende Sozialisierungspläne, wie sie zum Teil in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, nicht zu eigen, insbesondere soweit es sich um Industrien handelt, die in erheblichem Maße auf dem Weltmarkt tätig werden müssen.«³⁵

Mit diesem Sozialisierungskatalog setzte sich die SPD, die die entscheidende politische Kraft hinter dem Gutachten war, in Gegensatz zum Begriff der »Vollsozialisierung«, der in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion jener Zeit eine gewisse Rolle gespielt hatte. Die Gründe hierfür lagen primär auf politischem Gebiet, »denn mit dem Schreckbild der Vollsozialisierung konnte jeder schlechte Agitationsredner schon dem kleinen Friseur und Malermeister beweisen, ja, sogar der Blumenfrau auf der Straße, daß der Sozialismus gerade sie zu einem Opfer erkoren habe.«³⁶ Gegenüber diesen politischen Konzessionen an bestimmte Produktions- und Dienstleistungsbereiche traten sachliche Erwägungen in den Hintergrund. Ziel der Sozialisierung war die »Beseitigung der herrschenden kapitalistischen Positionen in der Wirtschaft, die zugleich auch politisch bedenklich sind und wirtschaftlich durch die Ausnutzung einer Monopolstellung gekennzeichnet wer-

den.«³⁷ Diese Merkmale trafen aber nach Meinung der Kommission auf große Kreise der Wirtschaft nicht zu, so auf die Bauern, den Einzelhandel und das Handwerk; »sie werden deswegen nicht nur im Augenblick und taktisch, sondern grundsätzlich von der Sozialisierung ausgenommen.«³⁸ Klabunde, der Kommentator des Programms, war allerdings zu optimistisch, als er annahm, die von der Sozialisierung ausgenommenen Erwerbs- und Produktionszweige könnten nicht als »kapitalistische Herrschaftspositionen angesprochen werden.«³⁹ Er übersah dabei die Möglichkeit, daß trotz objektiver Interessengegensätze ein Bündnis zwischen monopolistischem Kapital und mittelständischer Wirtschaft zustande kommen könnte, daß Handel, Handwerk, Bauern und Kleinindustrie zu den wichtigsten Hilfstruppen für das Großkapital werden konnten, wenn es nicht gelang, dieses auf Dauer auszuschalten.

Sozialisierung sollte nur in Ausnahmefällen Verstaatlichung bedeuten. Stattdessen wurden andere Formen angeboten, die auf eine Zusammenfassung und Kontrolle der Wirtschaft in Genossenschaften, Stiftungen und Gesellschaften hinausliefen.⁴⁰ Für die Sozialdemokraten war dabei der Gedanke vorherrschend, die Macht des Staates nicht zu groß werden zu lassen, da staatliche Allmacht der »Marx'schen Geschichtsauffassung«⁴¹ entgegenstehe, wonach die revolutionäre anti-kapitalistische Entwicklung im Endstadium zum Absterben des Staates führt.⁴² »Es ist also im Prinzip nicht erst ein neuer Gedanke, die sozialistische Entwicklung nicht auf den allmächtigen Staat hinzuführen; dann muß man freie Formen der sozialistischen Wirtschaftsorganisationen entstehen lassen. Deswegen nennt das Hamburger Gutachten acht andere Formen, die nicht die Ausnahme sein, also vor der Verstaatlichung in ihrer Bedeutung rangieren sollen.«⁴³ Starke genossenschaftliche Traditionen wie auch die große Popularität der genossenschaftlichen Idee bei vielen führenden Hamburger Sozialdemokraten, angefangen bei Bürgermeister Brauer und dem Bürgerschaftspräsidenten Schönfelder, führten dazu, daß diesen Vorstellungen Priorität eingeräumt wurde vor der Verstaatlichung; auch der von der britischen Labour-Party gebrauchte Begriff der »Nationalisierung« wurde ausdrücklich abgelehnt, da er nur den Tatbestand der Verstaatlichung verschleierte.⁴⁴

Hinsichtlich der Grundsätze der Betriebsführung näherten sich die Gutachter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wenn sie »einen geeigneten innerbetrieblichen Aufbau mit dem Ziel der Entfaltung der Unternehmerinitiative unter Zurückdrängen der Betriebsbürokratie«⁴⁵ forderten. Der Begriff »Unternehmer« sollte allerdings der »kapitali-

stische[n] Propaganda«⁴⁶ entzogen, quasi neutralisiert und damit für jede Art verantwortlicher Leitungspositionen anwendbar gemacht werden. »Wir müssen uns darüber klar sein, daß in diesem Sinne auch das sozialisierte Unternehmen ebenso sehr des Unternehmers bedarf wie das Privatunternehmen. Man kann sogar zuspitzen und sagen: das Gelingen der Sozialisierung hängt entscheidend davon ab, daß sich genügend Unternehmer an der Spitze solcher Betriebe einsetzen lassen.«⁴⁷ Auf diese Weise schien den Verfassern des Plans am besten die Gefahr einer Betriebsbürokratie gebannt werden zu können, wobei der Spielraum der Eigeninitiative dieses »neuen, gemeinwirtschaftlich orientierten Typs von Unternehmensleitern«⁴⁸ im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Planung nicht näher beschrieben wurde; die Kontrolle der Unternehmer blieb im wesentlichen auf eine Erfolgsprüfung beschränkt.⁴⁹ Arbeitnehmer sollten nur »im wirtschaftlich möglichen Rahmen an der Betriebsführung beteiligt«⁵⁰ werden.

Eine erfolgreiche Realisierung des Hamburger Sozialisierungsplans wurde von den Verfassern an einige allgemeine Voraussetzungen gebunden. Dazu gehörten die Einstellung der Demontagen, die Freilassung von Kriegsgefangenen als Arbeitskraftreserve, die Verbesserung der Lebensmittellieferungen, die Wiederezulassung der deutschen Seeschifffahrt und schließlich »ein einheitliches gesamtdeutsches Wirtschaftsgebiet und bis zu dessen Schaffung mindestens Wirtschafts- und Sozialisierungspolitik in der vereinigten britisch-amerikanischen Zone.«⁵¹ Mit diesem Katalog an Voraussetzungen sollte der zeitbedingte Charakter der Sozialisierungsvorstellungen besonders betont werden, wodurch sie allerdings eine deutliche Wendung ins Negative erhielten. Wenn Klabunde feststellte, daß »die Sozialisierungsforderung, wenn sie auch von den Sozialisten aller Länder erhoben wird, in Deutschland aus der Not der Zeit und nicht aus einem ideologischen Bedürfnis heraus geboren«⁵² wurde, dann sprach er damit einer sozialistischen Wirtschaftsverfassung die Qualifikation als prinzipiell beste Wirtschaftsordnung ab und billigte ihr nur die Funktion einer Krisenordnung zu. Er diskreditierte damit diese Vorstellungen, indem er sie in einen engen assoziativen Zusammenhang stellte mit der allgemeinen unerfreulichen Wirtschaftslage. Die Bemerkung, »wenn wir eine blühende Wirtschaft hätten, die alle berechtigten Anforderungen des Volkes erfüllt, würden wir kein Wort an den Gedanken der Sozialisierung zu verschwenden brauchen, zumindest wäre er nicht aktuell«,⁵³ weist in dieselbe Richtung; auch in ihr werden sozialistische Methoden nicht grundsätzlich bejaht, sondern in erster Linie als Hilfsinstrumente in Krisenphasen gewertet. Im Gutachten gelegentlich auftauchende grundsätzliche Be-

kenntnisse zur Sozialisierung wiesen immer wieder Einschränkungen auf und wurden von den Verfassern vor allem als Abwehrversuche gegen neoliberales Gedankengut verstanden, in dem der planerische Rahmen für die Wirtschaft negiert und das liberale Element absolut gesetzt wurde.

Die Gutachter versuchten einen Mittelweg zu gehen zwischen zentralistischer Totalplanung und liberaler Eigeninitiative, wobei sie das Schwergewicht dadurch auf den Liberalismus legten, daß sie allen Tendenzen zur Bürokratisierung schon mit Blick auf das als negativ angesehene Vorbild der Sowjetunion eine klare Absage erteilten und zudem die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln vernachlässigten;⁵⁴ die Frage des Eigentums, die bei vorausgegangenen Sozialisierungsdiskussionen eine zentrale Rolle gespielt hatte, wurde in ihrer Bedeutung eingeschränkt und sollte ihre »Lösung im Rahmen der gesamten sozialistischen Wirtschaftslenkung«⁵⁵ erfahren.

Die unverkennbar liberalen Tendenzen des Hamburger Sozialisierungs-Gutachtens, die wesentlich weiter reichten als in ähnlichen Plänen der damaligen Zeit,⁵⁶ riefen sofort Kritik hervor. Nicht nur die KPD, die ansonsten dem Gutachten positiv gegenüberstand, hielt die Bezeichnungen Sozialisierung und Sozialismus für die im Gutachten vorgesehenen Maßnahmen für unzutreffend,⁵⁷ auch in den Reihen der SPD wurden Bedenken angemeldet. Die Hamburger Landesorganisation der SPD berief für den 19. September 1947 die Delegierten zusammen, die das Thema »Sozialisierung« behandelten und vor denen Erich Klabunde⁵⁸ die Grundzüge des Gutachtens darlegte und vertrat. Bedenken und Vorbehalte gegenüber zahlreichen Punkten machte vor allem der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Neuenkirch geltend. Er kritisierte, daß Industriezweige, die in »erheblichem Maße auf dem Weltmarkt tätig werden müssen«, von der Sozialisierung ausgenommen werden sollten, weil sich dadurch gerade eine Reihe von Großunternehmen den Sozialisierungsmaßnahmen entziehen könnte. »Nach dem Gutachten würde auch die I.G. Farben nicht sozialisiert werden können, weil sie ja in erheblichem Umfange auf dem Weltmarkt tätig war.«⁵⁹ Zwar sei eine generelle Verstaatlichung nicht geboten, sie müsse jedoch dort durchgeführt werden, wo Konkurrenzmöglichkeiten nicht bestünden. Offensichtlich hätten sich die Verfasser des Gutachtens »von verschiedenen Vorurteilen, verschiedenen Vorbildern einen gewissen Schrecken einjagen«⁶⁰ lassen.

Entschieden unzureichend sei auch die Stellungnahme der Gutachter zur Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebsführung. Es sei jedenfalls keine sozialistische Einstellung, wenn die Kommission

offenbar ohne große Diskussion eine solche Beteiligung einfach ablehne, obwohl sie »auch von bürgerlicher Seite heute zugestanden« werde.⁶¹ Besonderen Beifall erhielt Neuenkirch, als er sich gegen den Gebrauch des Ausdrucks »Unternehmerinitiative« verwahrte. »Daß wir in einem sozialistischen Programm diesen Begriff »Unternehmerinitiative« aufnehmen, halte ich für völlig abwegig. Es gibt gewiß Unternehmer mit Initiative, es gibt auch welche, die keine haben. Es gibt fleißige und faule Arbeiter; aber von einer Unternehmerinitiative als Antriebskraft der Wirtschaft bei der Form unserer heutigen Wirtschaftsorganisation zu sprechen, ist völlig absurd.«⁶²

Ebenso wie einige andere Delegierte wandte sich Neuenkirch gegen die in Aussicht gestellte Entschädigung für diejenigen, deren Privateigentum in Gemeineigentum übergeführt werden sollte. Die ursprüngliche Erwartung vieler Sozialdemokraten, die Sozialisierung im Anschluß »an einen revolutionären Akt«⁶³ zu vollziehen, habe sich zwar nicht realisieren lassen, »die Sozialisierung in Form eines Kaufes«⁶⁴ sei aber schon deshalb abzulehnen, weil damit auf das sozialisierte Unternehmen unzumutbare finanzielle Belastungen zukämen und der ehemalige Eigentümer zum Gläubiger des verstaatlichten Betriebes gemacht würde. »Die Sicherung dieser Ansprüche durch eine Unternehmenshaftung ist unmöglich. Betriebe, die Eigentum der Allgemeinheit sind, müssen auch von privaten Ansprüchen der bisherigen Eigentümer völlig befreit werden.«⁶⁵

Die Forderung, ein Sozialisierungs-Gutachten müsse »der Überzeugung derjenigen entsprechen, die seit Jahren Träger des Sozialisierungsgedankens sind«,⁶⁶ verriet zwar seltsame Vorstellungen über den Charakter eines Gutachtens, kehrte aber dennoch auch im Diskussionsbeitrag des Delegierten Wagner⁶⁷ wieder: »Die Rolle der Arbeiterschaft im sozialisierten Betrieb ist vollkommen unzulänglich definiert. Was dort [im Gutachten] gesagt ist, hat schon immer für jeden kapitalistischen Betrieb gegolten . . . Ich gewinne den Eindruck, daß man bei der Formulierung des Programms zu sehr nach dem bürgerlichen Lager geblickt hat und daß vergessen worden ist, daß die Grundlage unserer Partei, unserer gesamten Politik die Arbeiterschaft ist. Wohl scheint es mir notwendig zu sein, jene Schichten zu gewinnen, die soziologisch heute zu uns gehören, aber die Basis unserer sozialistischen Politik ist und bleibt die Arbeiterklasse. Das muß in allen unseren Publikationen klar zum Ausdruck kommen.«⁶⁸ Wagners Ausführungen, immer wieder von Beifall unterbrochen, spiegeln die allgemeine Ablehnung des Gutachtens bei den Delegierten wider. So gelang es weder Max Brauer, der die Fortschritte in dieser Frage gegenüber der Zeit nach 1918 betonte,⁶⁹

noch Erich Klabunde, der an die der Kommission gestellte Aufgabe erinnerte und den Anwesenden klar zu machen versuchte, daß das Hamburger Sozialisierungs-Gutachten schließlich nicht das Programm der SPD sein solle, die Delegierten zu einer Zustimmungserklärung zu veranlassen.

Die Verfasser des Gutachtens waren sich darüber im klaren, daß auf lokaler und regionaler Ebene das Problem der Sozialisierung nicht definitiv gelöst werden konnte.⁷⁰ Seit dem Erlaß der Verordnung Nr. 57 vom 1. Dezember 1946, durch die zahlreiche Befugnisse der Länderregierungen entweder eingeschränkt oder an bestimmte Grundsätze der Besatzungsmacht gebunden wurden,⁷¹ stand fest, daß eine Gesetzgebung auf Länderebene nicht ausreichen würde, in größerem Ausmaße Sozialisierungsmaßnahmen durchzusetzen. Als die SPD Bilanz über ihr 28-Punkte-Programm zog, mußte sie feststellen, daß gerade die zentralen Forderungen nicht realisiert werden konnten. So zeigte sich bei der Forderung nach Lenkung des Bankenapparats und des Kreditwesens, daß ihre »Verwirklichung . . . im Rahmen der Hamburger Konsequenzen⁷² nur beschränkt anzupacken«⁷³ war. Hinsichtlich der Steuerpolitik, »die die wirtschaftliche Aktivität nicht lähmt, sondern im Rahmen zeitgemäß beschränkter Gewinnmöglichkeiten fördert«, mußte die Tatsache zur Kenntnis genommen werden, daß »auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung . . . Hamburg nur recht beschränkt zuständig«⁷⁴ war. Die »Aufbringung der Mittel nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit unter besonderer Heranziehung der großen Vermögen« scheiterte zunächst an Beschränkungen durch Kontrollratsbestimmungen,⁷⁵ später an der Zuständigkeit des Frankfurter Wirtschaftsrates.⁷⁶ Ebenso verhielt es sich hinsichtlich der Preiskontrolle und der Wirtschaftsplanung,⁷⁷ die »durch die freiwirtschaftliche Politik in Frankfurt in einem Land allein nicht durchgeführt werden« konnte.⁷⁸ Die Lenkung der öffentlichen und privaten Wirtschaft nach dem Grundsatz vorrangiger Bedarfsdeckung versuchte die Landesregierung zwar durchzuführen, aber auch hier waren ihre Möglichkeiten nur gering.

Gegenüber dieser insgesamt negativen Entwicklung nahmen sich die wenigen Erfolge bei der Verwirklichung des Programms eher bescheiden aus. Nach längeren Debatten in der Bürgerschaft, die bis ins Jahr 1946 zurückreichten, war es immerhin gelungen, die Hamburger Hochbahn AG und die Hamburgischen Elektrizitätswerke AG. in öffentlichen Besitz zu überführen. Beide Gesetze fanden auch die notwendige Zustimmung der Militärregierung, die allerdings auf den Ausnahmecharakter gegenüber der Verordnung Nr. 57 ausdrücklich hinwies.⁷⁹ Erich Klabunde konnte auf dem Parteitag vom September 1947 als

Erfolg nur vermelden, daß in anderen Ländern der Westzonen noch weniger erreicht worden sei. »Wenn Sie nun fragen: Wo ist das Land, wo etwas Reales in der Sozialisierung geschehen ist, vor allem, was dem schädlichen Beispiel der Ostzone entgegensteht, dann lautet die bescheidene Antwort: lediglich in Hamburg bei der Hochbahn AG auf der Basis des Umtausches der Aktien in Teilschuldverschreibungen zu 2½ Prozent, wobei ich nicht etwa unsere Hamburger Initiative herausstreichen, sondern nur sagen will: in den anderen Ländern der Westzone hat man bisher nur geredet und in den Ländern der Ostzone, wo man gehandelt hat, hat man in einer so bedenklichen Weise gehandelt, daß das . . . nicht als ein Fortschritt angesehen werden kann.«⁸⁰

Die Enttäuschung über das Sozialisierungs-Gutachten wie über die Tatsache, daß selbst diese gemäßigten Vorstellungen ebensowenig Aussicht hatten, in die Tat umgesetzt zu werden wie die wesentlichen Forderungen des SPD-Programms, führte zu Desillusionierung und Unzufriedenheit in weiten Teilen der Mitgliedschaft, die in einem zunehmenden Unmut über den Kurs der Hamburger Landesorganisation zum Ausdruck kamen. Schon im Frühjahr 1947 hatte es Auseinandersetzungen über einen angeblichen Ausspruch des sozialdemokratischen Finanzsenators Dudek gegeben, daß alle Sozialisierungsgedanken »bloße Theorien« seien, und der es darüber hinaus abgelehnt habe, Arbeitervertreter in die Geschäftsführung der Hamburger Gaswerke zu berufen.⁸¹ Ein vom Parteitag eingesetzter Untersuchungsausschuß konnte die Wogen zwar einigermaßen glätten, zurück blieb aber ein erhebliches Mißtrauen, ob Parteiführung und Regierungsspitze ernsthaft bereit seien, eine Politik im Sinne der Arbeiterschaft zu betreiben und insbesondere eine sozialistische Politik durchzusetzen.

Ernste Auseinandersetzungen gab es auch über die Haltung der Hamburger Landesorganisation zum Marshall-Plan. Während Schumacher auf dem Nürnberger Parteitag der SPD den Marshall-Plan billigte⁸² und auch in Hamburg eine Mehrheit die Auffassung vertrat, dies sei »an und für sich gewiß kein sozialistischer Plan, aber er gewährt die Möglichkeit, zu positiven, konstruktiven Lösungen der Nachkriegsprobleme überzugehen und vor allem das wirtschaftliche Chaos zu überwinden«,⁸³ und ihn insgesamt als »einen fast fortschrittlichen Plan«⁸⁴ bezeichnete, gab es daneben eine Minderheit, die die Gefahren dieses Hilfsprogramms deutlich erkannte. Vor allem eine Gruppe jüngerer Delegierter, die der Vorstellung eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus sowjetischer Prägung anhängen, machte aus ihren Besorgnissen auf dem Landesparteitag kein Hehl; im Gegensatz zum Optimismus der Hannoveraner Parteiführung und vieler

führender Hamburger Sozialdemokraten fürchteten sie, daß die Hilfe längerfristig doch an Bedingungen im Sinne des amerikanischen Kapitalismus geknüpft sei und sich damit Bindungen ergeben könnten, die eine unabhängige Entwicklung Deutschlands, zumindest aber der Westzonen unmöglich machen würden. Die Unabhängigkeit, um die man gegen den Kommunismus so leidenschaftlich gekämpft hatte, schien nun an den Kapitalismus verloren zu gehen. Der Delegierte Helmut Schmidt faßte die Meinung dieser Gruppe so zusammen: »Mit dem Marshall-Plan marschieren gleichzeitig die Macht des alten Klassenfeindes gegen den Sozialismus. Soweit der amerikanische Arm reicht, werden die europäischen sozialistischen Parteien auf der Hut sein müssen . . . Es wäre töricht, sich aus Angst vor dem östlichen Raubtier freiwillig dem westlichen Raubtier in den Rachen zu werfen . . . Ich glaube fest daran, daß West- und Mitteleuropa durch starke wirtschaftliche und politische Vereinigung ein so großes Gewicht sowohl in der Weltwirtschaft wie in der Weltpolitik werden kann, daß es das Gleichgewicht zwischen den beiden Raubtieren Ost und West zu balancieren vermag.«⁸⁵

Dem Bestreben, einen Weg zwischen Ost und West zu finden, entsprach auch der Versuch einiger Delegierter, den antikommunistischen Kurs der Hamburger Landesorganisation einer Kritik zu unterziehen. Sie sahen eine große Gefahr darin, daß sich die SPD in ihrem Antikommunismus von den bürgerlichen Parteien schließlich überhaupt nicht mehr unterscheiden würde. Nicht der Kampf gegen den Kommunismus, sondern der Kampf für den Sozialismus sollte wieder im Mittelpunkt der SPD-Politik stehen.⁸⁶ Es sei gefährlich, die Illusion zu erwecken, so führte ein Delegierter aus, »als ständen wir mit bürgerlichen und kapitalistischen Parteien in einer Front im Kampf gegen den Kommunismus. Diese Ideologien der Rechten sind für uns genauso erbittert bekämpfte Gegner wie die KP.«⁸⁷ In diesem Zusammenhang wurde auch das »Hamburger Echo« kritisiert, weil es beispielsweise den Wahlsieg der Christlichen Demokraten völlig undifferenziert als »Sieg der Demokratie in Italien« gefeiert hatte.⁸⁸ Die Politik des Parteiblattes wie der gesamten Landesorganisation schien diesen Delegierten allzu sehr von dem Ziel bestimmt, unter Vernachlässigung der Interessen der Arbeiterschaft den Vorstellungen der bürgerlichen Wähler entgegenzukommen.

Den Höhepunkt erreichte die innerparteiliche Kritik an der SPD-Führung und am Senat zu Beginn des Jahres 1948. Um auf die katastrophale Ernährungslage der Bevölkerung, insbesondere auch der Angestellten, aufmerksam zu machen,⁸⁹ hatte die Deutsche Angestellten-

Gewerkschaft zu einem 24stündigen Streik aufgerufen. Als der Senat feststellte, daß sich auch die Staatsangestellten an der Vorbereitung des Streiks beteiligten, verbot er ihnen die Teilnahme mit der Begründung, Beamte und Angestellte stünden »zu ihrem öffentlichen Dienstherrn in einem besonderen Treueverhältnis, das das Streikrecht ausschließt.«⁹⁰ Diese Anordnung des Senats rief unter den SPD-Mitgliedern große Empörung hervor. Mehrere Unterorganisationen verfaßten Resolutionen, in denen sie die Haltung des Senats scharf verurteilten und teilweise sogar den Rücktritt der Senatoren verlangten. Besonders wurde kritisiert, daß der Senat Listen erstellen ließ mit den Namen derjenigen, die am Streiktag trotz des Verbotes ihrem Dienst ferngeblieben waren.⁹¹ »Wir verwahren uns auf das entschiedenste dagegen, daß von unserer Partei legitimierte und durch uns gewählte Genossen in den ihnen übertragenen Ämtern eine dem Willen und Ansehen unserer Partei widersprechende Politik betreiben«, hieß es in einer Entschließung des Kreises Altona, die deutlich machte, daß der von Sozialdemokraten geführte Senat dabei war, sich von den Hoffnungen und Erwartungen der SPD-Mitgliedschaft weit zu entfernen.⁹² Zum ersten Mal seit Kriegsende waren in diesem Zusammenhang wieder in größerem Umfange Ausritte aus der Partei zu verzeichnen.⁹³

Der Hamburger Parteivorstand sah allerdings sofort die negativen Auswirkungen des Senatsbeschlusses, der unmittelbar nach Bekanntwerden auf einem Parteitag längere Diskussionen auslöste,⁹⁴ und war bemüht, den angerichteten Schaden so gering wie möglich zu halten.⁹⁵ Um nicht selbst mit in den Strudel der Kritik gerissen zu werden, ging der Landesvorstand unverzüglich auf Distanz zum Senat. Dem Distrikt Langenhorn-Süd teilte der Vorstand auf seine Resolution hin mit, daß er sich dafür eingesetzt habe, »a) daß das Streikverbot des Senats und alle daraus sich ergebenden Folgerungen unverzüglich aufgehoben werden, b) . . . daß sich solche schweren Fehlentscheidungen nicht wiederholen.«⁹⁶ Karl Meitmann sprach die Hoffnung aus, daß ein »zweites Fiasko dieser Art«⁹⁷ vermieden werde, nachdem »den Genossen im Senat«⁹⁸ die politischen Folgen des Streikverbots deutlich gemacht worden seien.

Die Mißstimmung in der Mitgliedschaft war damit jedoch nicht behoben, sondern sie erreichte auf zwei Parteitagen im April 1948 erst ihren eigentlichen Höhepunkt.⁹⁹ Während sich einige Antragsteller auf diesen Parteitagen mit der Forderung nach »Überprüfung der Regierungstätigkeit der SPD-Senatoren dahingehend, ob diese Tätigkeit seit Übernahme der Regierungsgeschäfte immer aus sozialistischer Haltung heraus bestimmt war«,¹⁰⁰ begnügten, stellten andere Distrikte regel-

rechte Mißtrauensanträge mit dem Ziel eines Rücktritts der SPD-Senatoren, da »angesichts der letzten befremdend wirkenden Anordnungen des Senats ... das Vertrauen der Mitgliedschaft zum Senat stark erschüttert«¹⁰¹ sei. Diese weitgehenden Anträge fanden zwar keine Mehrheit; gegen den Widerstand des Landesvorstandes angenommen wurde aber eine Resolution, die dem Senat vorwarf, er betreibe in Personal- und Betriebsangelegenheiten eine Politik, »die demokratischen Methoden und sozialistischen Grundsätzen widerspricht.«¹⁰²

Die Verärgerung über die Politik des Senats schwächte sich seit dem Sommer 1948 ab, als die Landesorganisation mit so einschneidenden Ereignissen wie der Währungsreform, den Demontageabsichten der Alliierten, der Berlin-Blockade und schließlich den parteipolitischen Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat, dessen Arbeit zudem auf die Abhaltung freier Wahlen auf Westzonenebene hinwies, konfrontiert wurde. Der stürmische Mitgliederzuwachs der Jahre 1945 bis 1947 war allerdings unwiderruflich vorbei; die Zahl der Mitglieder stieg 1948 nur noch geringfügig an und war anschließend sogar stark rückläufig.¹⁰³ Trotz gelegentlicher Werbewochen und anderer Anstrengungen der Hamburger SPD, angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe die Mitgliederbasis zu verbreitern, gelang es nicht mehr, den negativen Trend in der Mitgliederbewegung umzukehren. Wie der Parteivorsitzende Meitmann auf dem Landesparteitag im Mai 1949 mitteilte, waren die Austrittsmotive weniger in politischer Unzufriedenheit als vielmehr in der durch die Währungsreform bedingten finanziellen Notlage zu suchen.¹⁰⁴ Die meisten dieser Mitglieder fanden allerdings auch dann nicht wieder zur Partei zurück, als sich in den fünfziger Jahren die persönlichen Lebensumstände zu bessern begannen.

Seit dem Frühjahr 1949 richtete sich das Interesse der Hamburger SPD auf die beiden Wahlkämpfe des Jahres, die Wahl zum Deutschen Bundestag im August und die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft zwei Monate darauf. Den Auftakt zu den Wahlkämpfen in Hamburg stellte die Rede Kurt Schumachers auf dem Mai-Parteitag dar, in der er zum erstenmal nach seiner schweren Erkrankung außerhalb Hannovers umfassend die Grundsätze seiner Politik erläuterte.¹⁰⁵ Der eigentliche Wahlkampf der Hamburger SPD zur Bundestagswahl wies wenig spezifisch hamburgische Akzente auf. Es gelang der SPD aber auch nicht, das für die Sozialdemokratie insgesamt enttäuschende Wahlergebnis durch besonders positive Resultate in Hamburg aufzuhehlen.

Sie konnte mit 39,6% der Stimmen nicht einmal den Besitzstand der ersten Bürgerschaftswahl wahren.¹⁰⁶

War der Wahlkampf für den Bundestag — abgesehen von den Auftritten Schumachers¹⁰⁷ — ohne Höhepunkte geblieben, so zeichnete sich der Wahlkampf zur zweiten Bürgerschaftswahl durch wesentlich härtere Auseinandersetzungen aus, die teilweise durch Veränderungen in der Struktur des Hamburger Partienwesens bedingt waren. Das Regierungsbündnis mit den Kommunisten und den Freien Demokraten aus dem Jahre 1946 war inzwischen zerbrochen. Nachdem zunächst der kommunistische Senator Dettmann ausscheiden mußte, ging auch die FDP immer deutlicher auf Distanz zum sozialdemokratischen Koalitionspartner. Sie blieb zwar bis zur Bürgerschaftswahl Regierungspartei, schloß sich aber andererseits mit der CDU zum »Vaterstädtischen Bund« zusammen in der erklärten Absicht, durch gemeinsame Kandidaturen sozialdemokratischen Bewerbern den Weg zu versperren. Dies Verhalten führte nicht nur zu schweren Konflikten innerhalb der FDP, die in dem Verzicht des bisherigen Bürgermeisters Christian Koch auf eine Kandidatur für den »Vaterstädtischen Bund« ihren Höhepunkt erreichten;¹⁰⁸ es zerstörte auch endgültig den Konsensus von 1946 und führte zu einer scharfen Frontstellung zwischen SPD und FDP. Das von Max Brauer angestrebte Bündnis zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und liberalem Bürgertum zwecks Erweiterung der SPD-Basis war gescheitert. Das Vordringen ins Bürgertum konnte nun nur noch gegen die FDP gelingen; dementsprechend wurde sie auch zum Hauptgegner in den Wahlkampfauseinandersetzungen. Die SPD bot sich in noch stärkerem Maße als drei Jahre zuvor den bürgerlich-liberalen Wählern als politische Heimat an, die nach Meinung der SPD durch den Eintritt der FDP »in die bürgerliche Einheitsfront gegen die SPD«¹⁰⁹ politisch heimatlos geworden waren. »Die Sozialdemokratie hat das Erbe der besten Traditionen des freiheitlichen Bürgertums übernommen. Wie in Berlin ist sie auch in Hamburg zum Hort und Schild der Freiheit geworden«,¹¹⁰ so lautete eine der zentralen Wahlkampfthesen der Hamburger SPD, deren Bestreben es sein mußte, die absolute Mehrheit zu verteidigen, da sich ein Koalitionspartner weder links noch rechts finden ließ.¹¹¹

Die Auseinandersetzungen mit der KPD bewegten sich in dem seit fast vier Jahren gegebenen Rahmen, wobei die SPD durch die innerparteilichen Vorgänge in der KPD zusätzliche Wahlkampfmunition erhielt, die sie auch reichlich einsetzte.¹¹² Ein Bündnisangebot der KPD auf der Grundlage des 28-Punkte-Programms von 1946 lehnte die SPD mit der Begründung ab, man verhandele nicht mit einer Partei, die ge-

zeigt habe, »daß sie weder eine deutsche, noch eine sozialistische, noch eine Arbeiterpartei ist, sondern ausschließlich das willfähige Instrument der Politik der bolschewistischen Autokratie in Moskau.«¹¹³ Mit dem Hinweis auf die Konzentration aller »sozialreaktionären«¹¹⁴ Kräfte im »Vaterstädtischen Bund« forderte die SPD zugleich die kommunistischen Wähler auf, die Sozialdemokratie zu unterstützen, da sie die einzige wirkliche Gegenkraft darstelle.

Im Wahlkampf verwiesen die Sozialdemokraten einmal auf die in der voraufgegangenen Legislaturperiode geleistete Arbeit, zum anderen legten sie die Vorstellungen für die zukünftige politische Gestaltung Hamburgs dar. Immerhin konnte der Senat, nachdem ihm für die weitergehenden Neuordnungsvorstellungen des 28-Punkte-Programms von 1946 die Kompetenz entzogen worden war, in den Bereichen, die seiner Kontrolle unterstanden, eine beachtliche Bilanz vorlegen. Der Hafenbetrieb war wieder in Gang gekommen; im Rahmen der noch bestehenden Beschränkungen hatte sich eine erhebliche Werftindustrie neu entwickelt. Die Hauptsorge der Landesregierung, die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, wurde zunehmend gemildert, da es gelungen war, die meisten der wiederinstandsetzungsfähigen Häuser bewohnbar zu machen; auch der Neubau von Wohnungen zeitigte nun erste Erfolge. Schließlich waren die Fortschritte im Bereich der sozialen und kulturellen Einrichtungen nicht zu übersehen.¹¹⁵

Bei der Abfassung ihres Programms für die Zukunft verzichtete die SPD völlig auf die Darstellung grundsätzlicher Positionen; sie beschränkte sich stattdessen auf Vorstellungen zur unmittelbaren Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung. Spezielle Gruppen wurden nicht angesprochen, dafür war der »Hamburg-Plan« aber so abgefaßt, daß jeder seine Sorgen und Nöte, Wünsche und Forderungen darin wiederfinden konnte. Das reichte vom Wohnungsbau, einem Kleinsiedlungsprogramm, Ausbau der Verkehrseinrichtungen, Erhaltung alter und Schaffung neuer Arbeitsplätze, von Kleinstwohnungen für Alleinstehende, Alterswohnheimen bis zur Anlage von Spielplätzen und dem Ausbau der schulischen, wissenschaftlichen, sportlichen und sonstigen kulturellen Institutionen der Hansestadt. Die SPD versuchte sich so als die staatstragende Volkspartei schlechthin zu präsentieren, die sich aus engen Klassenschranken gelöst habe und für – fast – alle Bevölkerungskreise Sorge trage – wie dies ja auch schon in den vorangegangenen drei Regierungsjahren der Fall gewesen sei. Sie stellte sich dar als die Partei »des arbeitenden Volkes«,¹¹⁶ dem das »Besitzbürgertum« entgegenstand, das einen »Pfeffersacksenat« anstrebte, um »Gewinnchancen zu sichern«.¹¹⁷ Die SPD unterschied somit in diesem Wahl-

kampf nicht zwischen bestimmten soziologischen Gruppen, sondern zwischen der großen Mehrheit der arbeitenden und der Minderheit der besitzenden Bevölkerung, die an einer Änderung oder einer Kontrolle ihres Besitzstandes nicht interessiert war.

Hatte die Hamburger SPD schon 1946 den Anschein, eine Klassenpartei zu sein, zu meiden gesucht, so gab sie sich nun — ein Jahrzehnt vor dem Godesberger Programm — vollends als pragmatische, integrierende Volkspartei, die die Wähler nicht durch die Behandlung ideologischer Grundsatzfragen abzuschrecken gedachte, sondern sich ganz auf die Tagesbedürfnisse der Bevölkerung einstellte. Die Begriffe »Sozialismus« und »sozialistisch«, die im Bürgerschaftswahlkampf 1946 und auch noch im Bundestagswahlkampf eine große Rolle gespielt hatten, kamen folgerichtig im »Hamburg-Plan« überhaupt nicht, in der Wahlkampfargumentation nur sehr selten und nicht an exponierter Stelle vor. Stattdessen dominierten farblosere und unverbindlichere Formulierungen, so wenn die »gemeinnützige Politik der Sozialdemokraten«¹¹⁸ hervorgehoben oder die Aufgabe betont wurde, »aus diesem Stadtstaat das fortschrittlichste, das gesundeste, das in seinen sozialen Einrichtungen vorbildlichste Staatswesen zu machen«.¹¹⁹ Von Grund auf pragmatische Spitzenpolitiker wie Max Brauer und Adolph Schönfelder bildeten die ideale personelle Ergänzung zu diesem undogmatischen, ideologiefreien Wahlkampfprogramm — eine Gleichung, die umgekehrt allerdings ebenso richtig ist, da der Einfluß der führenden Personen auf den Charakter der programmatischen Aussagen unstreitig ist.

Das Wahlergebnis vom 16. Oktober 1949 rechtfertigte den Kurs der Hamburger SPD nur teilweise, wenn auch die größten Erwartungen bereits durch den Ausgang der Bundestagswahl gedämpft worden waren. Sie erhielt 42,8 % der Stimmen und konnte damit das Ergebnis der Bundestagswahl in Hamburg um mehr als 3 % übertreffen; sie blieb allerdings geringfügig unter dem Ergebnis von 1946. Das gegenüber 1946 leicht modifizierte Wahlrecht sicherte der SPD mit 65 von 120 Sitzen erneut die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft.

In der Kommentierung des Wahlausganges betonte die SPD vor allem, daß es dem »Vaterstädtischen Bund« nicht gelungen sei, Hamburg mit Bonn politisch »gleichzuschalten«. Die harte Wahlkampfführung des Bürgerblocks mit dem Einsatz prominenter Redner sei »an dem gesunden Sinn der Hamburger Wähler . . . gescheitert«.¹²⁰ Dies sei um so beachtenswerter, als der Hamburger Wahl als erster Wählerreaktion auf die Bonner Regierungsbildung eine besondere Bedeutung zukomme.¹²¹ Die Hamburger SPD habe zwar das Wahlergebnis der vorausgegangenen Bürgerschaftswahl nicht ganz erreicht, dennoch bedeute das

Ergebnis eine Festigung ihrer eigenen Position, da es gegen einen organisatorisch und vor allem finanziell starken, geschlossenen Block errungen worden sei.¹²²

Das Wahlergebnis gab der SPD einen klaren, unzweideutigen Auftrag, »für die nächsten vier Jahre das Gesicht der hamburgischen Landespolitik zu bestimmen«.¹²³ Die politischen Fronten hatten sich insbesondere durch einen unsachlich-emotionalen, lediglich an Ressentiments appellierenden Wahlkampfstil der bürgerlichen Parteien so verhärten, daß die SPD nicht bereit war, auch nur Gespräche mit dem Ziel einer Koalitionsbildung zu führen. Vorsichtigen Versuchen des »Vaterstädtischen Bundes« in dieser Richtung erteilte sie eine klare Absage. »Nach Meinung der SPD ist es keineswegs angebracht zu vergessen, was während des Wahlkampfes geschehen ist . . . Die SPD sieht in Wahlkämpfen nicht eine Gelegenheit, politischen Unrat zu produzieren und in hemmungsloser Agitation der Öffentlichkeit Ankündigungen und Versprechungen vorzusetzen, um dann am Tage nach der Wahl so zu tun, als ob nichts geschehen sei und alles beim Alten bleiben könne.«¹²⁴ Die SPD glaubte zudem gerade unter dem Eindruck des harten Wahlkampfes einen »Umschichtungsprozeß . . . in Kreisen des liberalen Bürgertums«¹²⁵ konstatieren zu können, der auf die zukünftige politische Entwicklung Hamburgs noch einen großen Einfluß haben werde. »Für das politische Leben Hamburgs könnte ein solcher Umbildungsprozeß von größerer Bedeutung sein als alle Sammlungsbewegungen, Anti- und Einheitsfronten, von denen in den vergangenen Wochen so viel die Rede war.«¹²⁶

Das Werben der Hamburger SPD um das »liberale Bürgertum« führte auf dem Landesparteitag vom 30. Oktober 1949 zu einem kurzen, aber überaus bezeichnenden Nachspiel, wobei die Frage der Senatsbildung im Vordergrund stand. Während der Landesvorsitzende Meitmann die auch im Hamburger Echo vertretene Stimmung wiedergab und sie in der Formel zusammenfaßte, »mit diesen [bürgerlichen] Parteien wird nicht verhandelt«,¹²⁷ wollte Max Brauer die Koalitionspolitik von 1946 in einer den veränderten Bedingungen angepaßten Form fortsetzen. Nach wie vor gebe es, so führte Brauer aus, eine beträchtliche Anzahl wirklich liberaler Bürger, die »bei nächster Gelegenheit auch so wählen möchten«.¹²⁸ Deshalb sei es sinnvoll und notwendig, Repräsentanten dieser Wählergruppe, »die eines Tages für eine vernünftige Majorität in der Bürgerschaft unentbehrlich sein können«,¹²⁹ in den Senat einzubeziehen. »Durch ihre Mitarbeit sollten wir die durch den V[aterstädtischen] B[und] und durch die Haltung der FDP Enttäuschten zu einer Neuorientierung zwingen . . .¹³⁰ Diese Aufgabe und diese Möglich-

keit heute nicht sehen, hieße die Wiederholung unseres diesjährigen Wahlsieges für die Zukunft gefährden.«¹³¹ Darüber hinaus sei es auch für den Kredit Hamburgs in der Welt günstiger, wenn das Bürgertum im Senat vertreten sei. »Wir erschweren uns die Arbeit und Mitverantwortung außerordentlich, wenn wir die Verhandlungssituation mit ausländischen Kreditgebern irgendwie belasten . . .«¹³² Außerdem gerate die junge Demokratie in Gefahr, wenn man das Bürgertum allein den »ideenlosen Katastrophenpolitikern und nationalistischen Demagogen«¹³³ überlasse. Brauer plädierte deshalb dafür, zumindest Christian Koch, möglichst aber auch noch andere »bürgerliche Linksleute«¹³⁴ mit in den Senat aufzunehmen. Zusammenfassend stellte Brauer die Motive seiner Haltung bei der Senatsbildung so dar: »Wir müssen unsere Politik . . . auf die einstellen, die wir gewinnen wollen. Wir dürfen sie nicht ausschließlich auf diejenigen zuschneiden, die wir schon gewonnen haben . . . Die S[ozialdemokratische] P[artei] kann und darf nicht nur die politische Vertretung der Lohnarbeiterschichten sein, wir sind zu groß geworden und brauchen eine Entwicklung unserer Bewegung, die uns aus dem Turm hinausführt.«¹³⁵

Die Ausführungen Brauers fanden unter den Delegierten wenig Anklang. Bis auf wenige Redner, die eine zukünftige Isolierung der SPD befürchteten, sprachen sich fast alle Diskussionsteilnehmer gegen eine Einbeziehung von Nichtsozialdemokraten in die Regierung aus.¹³⁶ Den von Brauer hervorgehobenen Kreditgesichtspunkt widerlegte Herbert Wehner mit der Bemerkung, daß »eine amerikanische Regierung, die dem kommunistischen Tito Kredite gibt, . . . uns wohl keine Kredite verweigern [wird], weil wir den Obersten in der Gefängnisbehörde [Koch] nicht mehr mitschleppen«.¹³⁷ Gegenüber dieser dominierenden Stimmung hatten andere, als weitsichtiger zu bezeichnende Sprecher wie Gesundheitssenator Walter Schmedemann und Oberschulrat Johannes Schult, die klar erkannten, daß die SPD in vier Jahren ihr Stimmpotential ganz erheblich würde steigern müssen, wenn sie erneut die Mehrheit der Sitze erringen wollte, keine Chance, eine Mehrheit der Delegierten für ihre Überlegungen zu gewinnen. Die Delegierten billigten vielmehr eine Entschlußung, daß der Hamburger Senat »zunächst von Sozialdemokraten gebildet«¹³⁸ werden solle bei weiter bestehender »Bereitswilligkeit zur Zusammenarbeit«.¹³⁹

Das bestimmende Kennzeichen des politischen Kurses der Hamburger Sozialdemokratie zwischen 1945 und 1949 war das zunehmend deutlicher akzentuierte Bemühen, nicht ausschließlich als Arbeiterpartei zu gelten, sondern auch für Teile des Bürgertums offen zu sein. Die SPD knüpfte damit an eine Haltung wieder an, die bereits in der Weimarer

Republik ihre Politik gekennzeichnet hatte. Sie war seit 1918 durchgehend die stärkste Partei der Regierungskoalition gewesen, hatte aber — von einem kurzen Zwischenspiel abgesehen¹⁴⁰ — das Amt des Ersten Bürgermeisters den Demokraten Diestel und Petersen überlassen. Damit sicherte sie der Arbeiterschaft zwar den entscheidenden Einfluß in der Landesregierung, die oberste Repräsentanz wurde jedoch einem Vertreter des demokratischen Bürgertums übertragen. Der zweimalige Verzicht des damals angesehensten SPD-Politikers Otto Stolten spielte dabei ebensosehr eine Rolle wie die Auffassung, daß dem Ansehen Hamburgs in der Welt mit einem Bürgerlichen an der Spitze des Stadtstaates am besten gedient sei.

Begnügte sich die SPD während der Weimarer Republik damit, das Bürgertum auf dem Weg über eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien im demokratischen Lager zu halten, so erhielt diese Politik nach 1945 einen zusätzlichen Akzent. Die Mehrheitsverhältnisse in der ersten gewählten Bürgerschaft waren zu eindeutig, als daß eine Besetzung der Position des Bürgermeisters mit einem Nichtsozialdemokraten überhaupt diskutiert worden wäre; aber trotz ihrer Mehrheit verzichtete die SPD nicht darauf, den durch die FDP repräsentierten Teil des Bürgertums mit in die Regierungsverantwortung hineinzuziehen. Dabei war es jedoch das Bestreben der SPD, über diese Koalition Teile des Bürgertums für die eigene Partei zu gewinnen, um so in Zukunft und auf Dauer allein regieren zu können, ohne auf eine soziale und soziologische Pluralität in der Bürgerschaftsmehrheit verzichten zu müssen.

Zur Erreichung dieses Ziels boten sich theoretisch zwei Möglichkeiten an: Die SPD konnte versuchen, die Teile des Bürgertums, deren Interessen objektiv mit denen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft übereinstimmten, für das eigene sozialistische Programm zu gewinnen, oder sie konnte ihr Programm den tatsächlichen oder vermuteten bürgerlichen Wünschen und Vorstellungen anpassen. Es war kennzeichnend für die Hamburger Sozialdemokraten, daß sie von Anfang an die zweite Möglichkeit wählten, auch wenn dieser Schritt weitgehend in dem Bewußtsein vollzogen wurde, den ersten Weg zu gehen. Dieser Zwiespalt zwischen Bekenntnissen und Handeln, zwischen der Betonung des eigenen, auf Traditionen gegründeten Selbstbewußtseins und der partiellen Anpassung bleibt während der gesamten Phase von 1946 bis 1949 feststellbar. Nach der Klärung des Verhältnisses zur KPD war es hauptsächlich die Frage des Verhaltens gegenüber den »liberalen« Kreisen des Bürgertums, die den Kurs der Hamburger Landesorganisation bestimmte und die politisch relevanten Kontroversen auslöste.

Seit 1946 gab es gegen diesen vor allem von den sozialdemokra-

tischen Senatoren vertretenen pragmatisch-liberalen Weg eine latente Opposition, die auf mehreren Parteitage hervortrat. Diesen Delegierten, die nicht nur aus den Reihen der Jungsozialisten und der sozialdemokratischen Studentenschaft kamen, gelang es jedoch zu keinem Zeitpunkt, eine geschlossene Front gegen die SPD-Führung zu bilden oder personelle Alternativen anzubieten. Ebenso scheiterte der Versuch, den Antikommunismus der Hamburger SPD abzuschwächen, ihn von seinen pathologischen Zügen zu befreien und auf ein sachlich gebotenes Maß zu reduzieren, da die führenden Funktionäre gerade in ihm ein Integrationsmittel für ein traditionell antikommunistisches Bürgertum sahen.

So entwickelte sich die Hamburger SPD bis 1949 zu einer Partei, die mit einem überwiegend pragmatischen Programm, dem »Hamburg-Plan«, vor die Wähler trat. Auch ein Vergleich der Wahlkampf-führung zur Bürgerschaftswahl 1949 mit der der vorausgegangenen Bundestagswahl zeigt die Unterschiede zwischen dem Kurs Schumachers und dem der Hamburger Landesorganisation: Während in dem vom Bundesvorstand organisierten Wahlkampf zum Bundestag der zwar nicht näher definierte, aber doch sehr konkrete Gedankenverbindungen hervor-rufende Begriff »Sozialismus« hervorstach, wurde er in dem von Ham-burg aus bestimmten Bürgerschaftswahlkampf ebenso vermieden wie jede Anspielung auf marxistisches Gedankengut.¹⁴¹

Auch der Terminus »Arbeiterbewegung« war im Laufe der Entwick-lung der vorausgegangenen drei Jahre immer stärker in den Hinter-ground getreten; er degenerierte zu einem überwiegend historisch-emo-tionalen Traditionsbegriff, der eher zur Beschreibung vergangener Er-lebnisse und langjähriger früherer Verdienste herangezogen wurde als zur Charakterisierung aktueller sozialer Phänomene. Schon am Ende der vierziger Jahre antizipierte die Hamburger SPD damit den sprach-lichen Wechsel von »Arbeiterschaft« zu »Arbeitnehmerschaft«, der für die Gesamtpartei erst nach dem Godesberger Programm charakteristisch wurde.

Während das Bemühen der Hamburger SPD, eine gerade für das Bürgertum offene Volkspartei zu werden, unstrittig feststeht, ist die Frage, ob sie es auch tatsächlich geworden ist, schwieriger zu beantwor-ten. Die Analyse des Wahlergebnisses vom Oktober 1946 hatte gezeigt, daß es der SPD in der Tat gelungen war, nicht unerhebliche Teile bür-gerlicher Wähler zu gewinnen. Demgegenüber brachte die Bürgerschafts-wahl von 1949 keine weiteren Fortschritte. Vergleicht man die Inten-sität der sozialdemokratischen Bemühungen um das Bürgertum mit den Ergebnissen, dann zeigt sich deutlich eine zeitliche Umkehrung: Als diese

Bestrebungen noch nicht zum dominierenden Faktor des politischen Kurses der Hamburger SPD geworden waren, gelangen einige bemerkenswerte Erfolge; als sie ihre Bemühungen intensivierte, konnte sie letzten Endes nur eine Stagnation, ja nicht einmal eine Sicherung des bisherigen Besitzstandes konstatieren, wenn man den Zugewinn aus dem Zerfall der KPD berücksichtigt. Daraus läßt sich schließen, daß die meisten der Wähler, die sich zwischen 1945 und 1949 für die SPD entschieden, damit nicht unbedingt die liberal-moderierte Haltung der Hamburger Sozialdemokraten honorierten und dies auch nicht taten in Anerkennung der unzweifelhaft bemerkenswerten Wiederaufbauarbeit des sozialdemokratisch geführten Senats. Mit anderen Worten: am Ende der ersten Legislaturperiode der Bürgerschaft war die SPD trotz angestrebter Bemühungen in ihrer Wählerstruktur nicht mehr, sondern eher weniger Volkspartei als 1946.

Insofern erwies sich die vielfach geübte Kritik als nicht ganz unberechtigt, zumal eine konsequente Verwirklichung der Vorstellungen Brauers – Politik in erster Linie für die, die man gewinnen will, weniger für die, die man schon gewonnen hat – unabsehbare Folgen für die Partei gehabt hätte. Wenn dies auch nicht geschah, so ging in den Jahren nach 1946 die Fortführung des liberalen sozialdemokratischen Kurses aus Weimarer Zeiten doch oft bis an die Grenzen dessen, was von der Mehrheit der Mitgliedschaft noch verstanden und vertreten werden konnte.

So bleibt für den Zeitraum von 1946 bis 1949 als Fazit, daß der SPD die Gewinnung des Bürgertums nur in Ansätzen gelang, daß statt dessen aber die Vorstellungswelt dieses liberalen Bürgertums in der SPD geistig und personell an Boden gewann.

Schluß: Kontinuität und Restauration in der Arbeiterbewegung

Zu Recht ist die Entwicklung in den Westzonen und in der Bundesrepublik als eine restaurative Entwicklung im Sinne der Wiederherstellung überkommener ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen bezeichnet worden. Diese Erkenntnis gründet sich auf die Tatsache, daß es — wie nach 1918 — auch nach 1945 nicht gelungen ist, einen grundsätzlichen Wandel der politischen und sozioökonomischen Zustände herbeizuführen; weder konnte die in Deutschland schwer angeschlagene privatkapitalistische Wirtschaftsordnung auf Dauer von einem sozialistischen Zukunftsmodell verdrängt werden, noch erfolgte ein zumindest partieller Austausch der politischen und sozialen Führungseliten. Diese restaurativen Tendenzen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte wurden durch die Herausbildung des Ost-West-Gegensatzes sowie die Politik der USA, aber auch Großbritanniens begünstigt.

Gegenüber diesen Faktoren sind die auf deutscher Seite politisch Handelnden überwiegend als mehr oder minder passive Objekte der eingetretenen Entwicklung gesehen worden, die zwar — zumindest soweit es die Kräfte der Arbeiterbewegung betraf — gegen die Restauration gekämpft hätten, ohne jedoch den Lauf der Dinge entscheidend beeinflussen zu können. Eine solche Betrachtung führt im Ergebnis zu der Feststellung, daß die westdeutsche Neuordnung »verhindert«, daß der Kapitalismus in den Westzonen »erzwungen«¹ worden sei, wobei SPD, KPD und Gewerkschaften lediglich taktisch-instrumentale Fehler in ihrem ansonsten konsequenten Kampf vorgehalten werden, oder man gerät in das vielfach in der DDR-Historiographie feststellbare Dilemma, einerseits von einer »Kolonialisierung« der Westzonen durch die

Westmächte zu sprechen,² den Westmächten überhaupt die Anwendung aller möglichen Gewaltmittel gegen demokratisch-sozialistische Bestrebungen zuzuschreiben, andererseits jedoch die Auffassung zu vertreten, trotz solch eindeutiger Kräfteverhältnisse hätte die Arbeiterklasse entscheidende Erfolge erzielt.³

Gehen diese Interpretationen von einer Interdependenz zwischen Besatzungsmächten und deutschen Politikern im Sinne einer funktionalen Abhängigkeit aus, so wurde in der vorliegenden Untersuchung versucht, die restaurativen Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung selbst herauszuarbeiten. Der Verfasser ging dabei von der freilich nur hypothetisch abgesicherten These aus, daß auch ohne Anwesenheit der Besatzungsmächte die restaurativen Elemente sich durchgesetzt hätten, daß also die Restauration weithin ein innerdeutsches Phänomen ist.

In ihrer Kölner EntschlieÙung vom September 1946 stellte die SPD fest, daß »in Politik, Wirtschaft und Verwaltung . . . wieder die gleichen Kräfte [herrschen], die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben.«⁴ So zutreffend diese Charakterisierung auch war, so sehr wurde doch zugleich deutlich, daß die SPD sie ganz offensichtlich nicht auf sich selbst bezog. Dies war zwar insofern richtig, als die historische Schuld der SPD an den »heutigen Zuständen« sicherlich geringer war als die der in der Resolution angesprochenen Gruppen, konnte jedoch die Tatsache nicht verdecken, daß auch in der SPD zu einem beträchtlichen Teil wieder »die gleichen Kräfte« die führenden Positionen besetzten. Entscheidend für die politische Entwicklung war dabei, daß sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten mit einer Gewißheit über den einzuschlagenden Weg wieder die politische Arena betraten — wenn auch die Gewißheit der SPD-Politiker von anderer Art war als die der Kommunisten —, die der konkreten Situation des Jahres 1945 unangemessen war. Die schon in der Weimarer Republik wenig ausgeprägte Neigung und Fähigkeit der meisten Politiker, über das eigene politische Handeln zu reflektieren, führte nach 1945 dazu, daß es trotz der vielbeschworenen Lehren aus der Vergangenheit ein wirkliches Denken in Alternativen sowohl zum Nationalsozialismus als auch zum eigenen Verhalten in der Vergangenheit nur bei einer Minderheit und auch dort meist nur für kurze Zeit gab.

Die traditionsgewisse Überzeugungstreue gerade der führenden Hamburger Sozialdemokraten, wie sie in den zitierten Worten Schönfelders so beispielhaft wiedergegeben worden ist, siegte sehr schnell über alle Versuche, mit letztlich ungewissen Experimenten neue Wege einzuschlagen. Angesichts dieser offenkundig an traditionellen Verhaltensweisen orientierten Haltung der maßgebenden Hamburger SPD-Politiker, die

sich in der Vereinigungsfrage zum ersten Male nach dem Zusammenbruch in exemplarischer Deutlichkeit zeigte, wurde die angebliche Alternative zwischen Neuaufbau und Wiederaufbau schon bald zugunsten des Wiederaufbaus entschieden, noch ehe der eine wie der andere Begriff überhaupt inhaltliche Konturen annehmen konnte.

Daß das Anknüpfen an traditionelle Inhalte, Methoden und Strukturen die Behauptung von der Existenz einer »Stunde Null« hinfällig werden läßt, bedarf keiner näheren Erläuterung; zu offensichtlich fielen die Jahre des Faschismus auf eigentümliche Weise aus dem Bewußtsein vieler Politiker heraus, wenn es galt, das eigene politische Verhalten an den Ereignissen der zwölfjährigen Diktatur und ihren Ursachen zu messen. So gesehen hoben sich die beiden Kontinuitätsbrüche 1933 und 1945 wieder auf und machten einen Beginn dort möglich, wo man am Ende der Weimarer Republik aufgehört hatte. Trotz weitverbreiteter Illusionen über die Möglichkeiten eines radikalen Neubeginns war damit die historische Situation des Jahres 1945 nicht von jener prinzipiellen Offenheit, die die Vorstellung einer »Stunde Null« suggeriert.

Hatte sich dies traditionsbestimmte Handeln schon in der Einheitsfrage gezeigt, als man sehr schnell in die Atmosphäre der Feindschaft zurückfiel, die das Verhältnis von SPD und KPD vor 1933 bestimmt hatte, so zeigte es sich auch in dem trotz verbalen Selbstbewußtseins anpassungsbereiten Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den als integrationsfähig angesehenen Teilen des Bürgertums. Auch hier stand die Hamburger Sozialdemokratie in einer historischen Tradition, die aber selbst von der innerparteilichen Kritik in ihrer rückwärtsgewandten Gebundenheit nicht erkannt wurde; es fehlt aber auch an Äußerungen derjenigen, die den bürgerlichen Annäherungskurs vertraten, die darauf schließen ließen, daß hier über diese historische Kontinuität reflektiert worden wäre. Wie der Antikommunismus gehörte auch das Bündnis mit dem Bürgertum zum undiskutierten Bestandteil der politischen Auffassungen der führenden und langgedienten Hamburger Sozialdemokraten.

Dieses Charakteristikum hanseatischer Sozialdemokratie hat seine eigene Geschichte und ist nicht etwa ein kurzfristiger Reflex auf die Überlegungen Schumachers, die SPD bewußt zur politischen Heimat mittelständisch-kleinbürgerlicher Schichten zu machen. So wenig sich die Hamburger SPD in diesem Punkt Schumacher anpaßte, so wenig vermochte auch die Besatzungsmacht, den politischen Kurs der Hamburger Landesorganisation grundsätzlich zu bestimmen; lediglich ohnehin vorhandene Einstellungshaltungen erhielten durch Hinweise auf die Wünsche der Besatzungsmächte mehr Nachdruck, so wenn Max Brauer seine

Koalitionspolitik mit der Kreditfähigkeit gegenüber den Amerikanern begründete. Die von der Sozialdemokratie ohnehin nicht zu verantwortende Tatsache der Besetzung Deutschlands, die zudem eines Tages auch wieder ihr Ende finden würde, war nicht geeignet und ausreichend, die Handlungsgewißheit von Sozialdemokraten, die jahrzehntelang der Partei angehört hatten, ernstlich zu erschüttern.

So läßt sich bei der Mehrheit der führenden Hamburger Sozialdemokraten ein durch den unverwandten Blick aufs Bürgertum gestörtes Verhältnis zu den eigenen verbalsozialistischen Vorstellungen konstatieren, das in dem pragmatischen Wahlprogramm von 1949 seinen deutlichsten Ausdruck fand; das in der Theorie, mehr aber noch in der Praxis schon traditionelle hanseatische Moderation in Fragen des Sozialismus und der Klassenauseinandersetzungen wurde unter dem Eindruck vorgegebener oder selbstgeschaffener Zwänge zu einer Politik mit nur noch kurzfristiger Perspektive, wobei grundsätzliche Positionen immer mehr zugunsten tagespolitischen Handelns aufgegeben wurden.

Vertrat somit die Hamburger SPD nach 1945 – von einer relativ kurzen Phase vielleicht abgesehen – alles andere als eine konsequent sozialistische Politik der Erneuerung, so entzog sich auch das sozialistische Potential der KPD in zunehmendem Maße der innerdeutschen Wirksamkeit. Hierbei sind allerdings zwei Phasen zu unterscheiden: eine erste Phase, die bis zur Jahreswende 1945/46 reichte und in der die KPD mit ihrem antifaschistisch-demokratischen Einheitsfrontkonzept eine Politik anstrebte, die wesentliche Bestandteile der später von der SPD betriebenen enthielt, wobei sie zu weitgehenden inhaltlichen Konzessionen zumindest verbal bereit war, und eine zweite Phase, in der die Partei durch die uneingeschränkte Identifizierung mit der Politik der Sowjetunion ihren ursprünglichen sozialistischen Innovationsanspruch den Interessen einer Besatzungsmacht unterordnete und damit in eine zunehmende Isolierung von der arbeitenden Bevölkerung geriet. Das erzwungene Eintreten für die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und der Sowjetzone bzw. der DDR und der damit verbundene Verzicht auf eine der politisch-psychologischen Situation der Westzonen angemessenen Politik hatten für die Entwicklung der Westzonen eine ähnlich problematische Wirkung wie die Elemente der SPD-Politik, die am Hamburger Beispiel aufgezeigt worden sind. Der Ausschaltungs- bzw. Selbstausschaltungsprozeß der KPD aus dem politischen Kräftefeld der Westzonen hat die restaurative Entwicklung zweifellos gefördert.

Zusammenfassend bleibt die Feststellung, daß die Arbeiterbewegung nach 1945 nicht in der Lage war, ihre Kräfte neu zu ordnen und zu gruppieren, ihr Selbstverständnis, ihr methodisches Vorgehen wie auch

ihre Organisationsformen und -strukturen aus alten Bindungen zu lösen und den veränderten Umständen anzupassen. Die mehrheitlich reformistischen Kräfte der SPD knüpften an die Zeit vor 1933 ebenso an wie dies die KPD methodisch und organisatorisch tat; dies wird nicht zuletzt durch ihr an historischen Analogien orientiertes Denken belegt. Demgegenüber erscheinen die Bemühungen in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch, eine einheitliche Arbeiterpartei zu gründen, als kurzfristiger, wenig aussichtsreicher Versuch, aus dem Strom übermächtiger Traditionen auszubrechen. Das Bekenntnis zu Antikommunismus, Reformismus und bürgerlichem Parlamentarismus bei der SPD, Dogmatismus, Neo-Sektierertum und eine in zunehmendem Maße nur sekundär an den Wünschen, Interessen und Hoffnungen der Arbeiterschaft orientierte Strategie bei der KPD waren sehr bald wieder die dominierenden Einstellungshaltungen, die auf seiten der SPD zur weitgehenden Integration in die bürgerliche Ordnung, auf seiten der KPD zu totaler Isolation und Wirkungslosigkeit führten.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es zunächst erstaunlich, daß eine in sich restaurative Arbeiterbewegung glaubte, die Entwicklung der Gesamtgesellschaft im Sinne des Fortschritts gestalten zu können bzw. dies sogar zu tun, obwohl die restaurativen Tendenzen im bürgerlichen Lager unübersehbar waren. Die Vorstellung, daß sich grundsätzlich nur das kompromittierte Bürgertum zu besinnen habe, man selbst jedoch im wesentlichen die alte Politik fortführen könne, gründete sich — dieser Gedanke ist bereits kurz angedeutet worden — auf ein starkes moralisches Überlegenheitsgefühl. Die Politik der SPD wie der KPD, die von Hitler bekämpft worden war, konnte im Grundsatz nicht schon deshalb einfach falsch gewesen sein, weil sie die Machtübernahme Hitlers nicht verhindert hatte. Das Eingeständnis, vor der nationalsozialistischen Machtergreifung eine unzureichende, wenn nicht gar falsche Politik getrieben zu haben, hätte zudem eine indirekte Mitschuld an den Opfern des Nationalsozialismus begründet. Dadurch aber wäre der Führungsanspruch nach 1945, der im Selbstverständnis der Arbeiterparteien eine eminent moralische Qualität hatte, selbst ins Zwielficht geraten; eine Totalrevision der eigenen Politik gegenüber der Zeit vor 1933 hätte die Berechtigung dieses Führungsanspruchs erschüttert, der gerade mit der unbelasteten Vergangenheit der Arbeiterparteien begründet wurde. Fehler der Vergangenheit wurden daher grundsätzlich gelegnet — wie es Schumacher tat — oder zu rein taktischen Unzulänglichkeiten verkleinert.

An dieser Stelle zeigt sich am unmittelbarsten der Zusammenhang zwischen Kontinuität und Restauration bei SPD und KPD: Zur Legiti-

mation des eigenen Führungsanspruchs mußte einerseits auf die eigene Geschichte zurückgegriffen werden, andererseits wurde dieser Anspruch in dem Maße gefährdet, als eben diese Geschichte Mängel und Fehler aufwies. Eine von historischen Bindungen befreite, uneingeschränkt neue Politik der Arbeiterparteien hätte diesen Zusammenhang zerrissen und eine moralische und politische Gleichheit mit den anderen Parteien hergestellt, die in dem Moment nicht akzeptiert werden konnte, als die restaurativen Tendenzen in den Reihen des Bürgertums immer deutlicher wurden. Nur der Rückgriff auf die eigene — ausschließlich positiv interpretierte — Historie sicherte einen Legitimationsvorsprung, wenn es um die Führung des zukünftigen Staates ging.

Die Arbeiterparteien waren somit Gefangene ihrer Geschichte; der Ausbruch aus dieser historischen Kontinuität — und nur ein solcher Versuch hätte eine umfassende Erneuerung sichern können — wäre zu einer Existenzfrage für beide Parteien geworden, für die SPD noch mehr als für die KPD. Die Ereignisse und Erlebnisse während der nationalsozialistischen Herrschaft bewirkten deshalb auch nicht einen dauerhaften Neuanfang, sondern behinderten gerade diesen Neuanfang, weil die Opfer und Leiden während der Zeit des Nationalsozialismus der Vergangenheit der Partei erst jenen sakrosankten Charakter verliehen, der den Führungsanspruch für die Zukunft legitimierte.

So konnten im Selbstverständnis der führenden Sozialdemokraten und Kommunisten, zumal in Hamburg, Auseinandersetzungen über die eigene Vergangenheit die gegenwärtige und zukünftige Position ihrer Partei nur schwächen, zumal dies in der Praxis zugleich eine umfassende Selbstkritik erforderlich gemacht hätte. War aber so die Politik der Vergangenheit prinzipiell als positiv, richtig und zukunftsweisend anerkannt, so gab es kein überzeugendes und ernstzunehmendes Argument gegen ein Wiederanknüpfen an das Vergangene.

So wurden SPD wie KPD auf einen Weg der innerparteilichen Restauration verwiesen, der sie zu einer festen Größe innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Restauration machte, wie sie sich nach 1945 in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen hat.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADGB	– Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA-Bund	– Allgemeiner Freier Angestellten-Bund
ASD	– Archiv der Sozialen Demokratie
BL	– Bezirksleitung
BzG	– Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
DAF	– Deutsche Arbeitsfront
DAG	– Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
EKKI	– Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Fst	– Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg
HAZ	– Hamburger Allgemeine Zeitung
HE	– Hamburger Echo
HNB	– Hamburger Nachrichten-Blatt der Militärregierung
HVZ	– Hamburger Volkszeitung
ISK	– Internationaler Sozialistischer Kampfbund
KPO	– KPD-Opposition
KSH	– Kurt-Schumacher-Haus Hamburg
LO	– Bestand der Landesorganisation Hamburg der SPL
LV	– Landesvorstand
NHP	– Neue Hamburger Presse
NSBO	– Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
PV	– Parteivorstand
RGO	– Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
SA	– Sozialistische Aktion
SAJ	– Sozialistische Arbeiter-Jugend
SAP	– Sozialistische Arbeiterpartei
Schufo	– Schutzformation
SFG	– Sozialistische Freie Gewerkschaft
SH	– Sonderheft
SVD	– Sozialistische Volkspartei Deutschlands
USPD	– Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VjZG	– Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZfG	– Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	– Zentralkomitee

ANMERKUNGEN

Einleitung

- ¹ Inwieweit diese Bezeichnungen die tatsächliche soziologische Zusammensetzung von SPD und KPD abdecken, wird später zu untersuchen sein. Für die Einleitung wird zunächst auf eine weitere Differenzierung verzichtet.
- ² Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945—1952. Frankfurt/M. 1970, S. 7.
- ³ Auf der Konferenz in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 — noch ohne die Teilnahme Frankreichs, das erst in Potsdam hinzugezogen wurde.
- ⁴ Spliedt, Franz: Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge, ihr Wiederaufbau nach 1945. Hamburg o. J., S. 88.
- ⁵ Hier sei auf die Arbeit von Peter Brandt, Antifaschistische Einheitsbewegung, Parteien und Gewerkschaften. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bremen 1945/46. Diss. phil. (masch.) Berlin 1972 verwiesen, die demnächst abgeschlossen sein wird, sowie auf die von Lutz Niethammer, Essen, geleitete Arbeitsgruppe, die die mehr oder minder spontanen organisatorischen Ansätze unmittelbar nach dem Zusammenbruch analysiert.
- ⁶ In dieser Richtung vgl. auch Waldemar Besson: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1933. Stuttgart 1959, S. 19: »Nur vom Besonderen führt für den Historiker der Weg zum Allgemeinen, das er deshalb in seiner Sprache und Deutung nur tastend ergreifen wird.«
- ⁷ Das DGB-Archiv Hamburg befindet sich in der Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung (HBS), das Material der SPD-Landesorganisation im »Archiv der Sozialen Demokratie«, Bonn, z. T. auch in Hamburg (u. a. Parteitagprotokolle).
- ⁸ Vgl. Besson, a.a.O., S. 9.
- ⁹ Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber. Frankfurt/M. 1969, S. 76.
- ¹⁰ Flechtheim, a.a.O., S. 76.
- ¹¹ Aus der Fülle der Literatur seien nur exemplarisch erwähnt: Röhl, John C. G.: From Bismarck to Hitler. The Problem of Continuity in German History. London 1970; Hillgruber, Andreas: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Düsseldorf 1969; Elben, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung

- vom November 1918 bis Februar 1919. Düsseldorf 1965 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31).
- 12 Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949. Neuwied/Berlin 1966 (= *Politica* 38), S. XXXI.
- 13 Eine ganze Reihe solcher Veröffentlichungen für den regionalen Bereich ist angeführt in: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945—1964. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1965.
- 14 So bei Horst Laschitzka: Die programmatische Vorbereitung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Deutschland durch das Politbüro und durch eine Arbeitskommission der KPD (Mitte 1944 bis zum Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945). Diss. phil. (masch.) Berlin 1966, S. III.
- 15 Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945—1946. Düsseldorf 1959.
- 16 Friedman, Wolfgang: *The Allied Military Government of Germany*. London 1947.
- 17 Padover, Saul: *Experiment in Germany*. New York 1946.
- 18 Balabkins, Nicholas: *Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945—1948*. New Brunswick 1964.
- 19 Ebsworth, Raymond: *Restoring Democracy in Germany. The British Contribution*. New York/London 1960.
- 20 Gimbel, John: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945—1949*. Frankfurt/M. 1971.
- 21 Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«. Hrsg. von Ernst Deuerlein. München 1963. (= dtv-Dokumente Bd. 152/153).
- 22 Faust, Fritz: *Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung*. Frankfurt/M. 1959.
- 23 Feis, Herbert: *Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen*. Frankfurt/M., Bonn 1962.
- 24 Davidson, Basil: *Germany: What Now? Potsdam Partition 1945—1949*. London 1950.
- 25 Fromme, Friedrich Karl: Zur inneren Ordnung in den westlichen Besatzungszonen 1945—1949. In: *VjZG* 10 (1962), S. 206—223.
- 26 Vogel, Walter: *Westdeutschland 1945—1950. Der Aufbau der Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen*. 2 Bde, Koblenz 1956, 1964 (= *Schriften des Bundesarchivs* 2,12).
- 27 Girndt, Ilse: *Zentralstaatliche Tendenzen beim Wiederaufbau der Verwaltung in der britischen Besatzungszone 1945—1948*. Diss. phil. (masch.) Bonn 1970.
- 28 Fürstenau, Justus: *Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik*. Neuwied/Berlin 1969.
- 29 Otto, Volker: *Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*. Düsseldorf 1971 (= *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* Bd. 42).
- 30 Chalmers, Douglas: *The Social Democratic Party of Germany. From Working-Class Movement to Modern Political Party*. New Haven 1964.

- 31 Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. München 1966 (= dtv Bd. 647).
- 32 Klink, Dieter: Vom Antikapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft. Die Entwicklung der ordnungspolitischen Konzeption der SPD von Erfurt bis Bad Godesberg. Hannover 1965.
- 33 Krasomil, Dean: The German Social Democratic Party after 1945. A Contribution to the Study of the SPD in the Period 1945—1952. Frankfurt/M. 1953.
- 34 Childs, David: From Schumacher to Brandt. The Story of German Socialism 1945—1965. Oxford 1966.
- 35 Narr, Wolf-Dieter: CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart 1966.
- 36 Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964. München 1965.
- 37 Schellenger, Harold: The SPD in the Bonn Republic. A Socialist Party Modernizes. Den Haag 1968.
- 38 Schütz, Klaus: Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Neumann, Sigmund (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Stuttgart/Düsseldorf 1955.
- 39 Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46. Hannover 1964.
- 40 Köser, Helmut: Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Diss. phil. (masch.) Freiburg 1971.
- 41 Moraw, Frank: Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933—1948. Bonn-Bad Godesberg 1973.
- 42 Behr, Wolfgang: Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns. Hannover 1969.
- 43 Wesemann, Fried: Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland. Frankfurt/M. 1952.
- 44 Ritter, Waldemar: Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption und seiner Gesellschafts- und Staatsauffassung. Hannover 1964.
- 45 Edinger, Lewis: Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten. Köln/Opladen 1971.
- 46 Kluth, Hans: Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945—1956. Köln 1959.
- 47 Sywottek, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935—1946. Düsseldorf 1971 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 1).
- 48 Vgl. Anm. 9.
- 49 Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde. Frankfurt/M. 1969.
- 50 Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Erich

- Matthias und Rudolf Morsey (Hrsgg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.
- 51 Duhnke, Horst: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1972.
- 52 Vgl. etwa: Weber, Hermann: Die SED 1946—1971. Hannover 1971 (= edition Zeitgeschehen 16) — Stern, Carola: SED. Porträt einer bolschewistischen Partei. Köln 1954.
- 53 Pirkker, Theo: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. 2 Bde. München 1960.
- 54 Vgl. Anm. 2.
- 55 Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. (Von der Weimarer Republik bis 1946/47.) Hamburg 1973.
- 56 Kolb, Johannes: Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Frankfurt/M. 1970.
- 57 Witt, Friedrich-Wilhelm: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Hannover 1971 — Buck, Hans Robert: Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945. München 1969.
- 58 Vgl. Bolland, Jürgen: Hamburgs Bürgerschaft in alter und neuer Zeit. Hamburg 1959. — Lüth, Erich: Die Hamburger Bürgerschaft 1946—1971. Wiederaufbau und Neubau. Hamburg 1971. — ders.: Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand. Geschichte der Bürgerschaft. Hamburg 1966.
- 59 Vgl. Lüth, Erich: Erich Klabunde. Journalist und Politiker der ersten Stunde. Hamburg 1971. — ders.: Max Brauer. Glasbläser — Bürgermeister — Staatsmann. Hamburg 1972 (= Veröffentlichungen der Lichtwerk-Stiftung Bd. 15).

1. Kapitel

- 1 Zur psychologischen Ausgangslage 1945 vgl. S. 82 f.
- 2 Flechtheim, a.a.O., S. 164 ff.; Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1971, S. 121 ff.
- 3 So beteiligten sie sich an der Regierung in Sachsen.
- 4 Zit. nach: Griepenburg, Rüdiger: Volksfront und deutsche Sozialdemokratie. Marburg 1970, S. 7.
- 5 Vgl. zu diesem Problem: Bahne, Siegfried: »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History, Vol. X (1965), S. 211 ff.
- 6 Zit. nach Flechtheim, a.a.O., S. 199.
- 7 Zit. nach Flechtheim, a.a.O., S. 196.
- 8 Z. B. in der Frage der Fürstenabfindung, bei der SPD und KPD zusammengingen. Vgl. Rosenberg, a.a.O., S. 184 f. — Außerdem bemühte sich die KPD auch um eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Vgl. Griepenburg, a.a.O., S. 8, Flechtheim, a.a.O., S. 224.
- 9 Zit. nach Bahne, KPD, a.a.O., S. 677.
- 10 So in der Resolution der KPD-Reichskonferenz vom 15.—17. 10. 1932; zit. nach Griepenburg, a.a.O., S. 10.

- 11 Die kommunistische »Hamburger Volkszeitung« stand dem Verfasser nicht zur Verfügung.
- 12 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1933, 1. Sitzung vom 11. Januar, S. 25.
- 13 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 30.
- 14 Zur Person Schönfelders vgl. Witt, a.a.O., S. 51.
- 15 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 30.
- 16 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 36.
- 17 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 7.
- 18 Witt, a.a.O., S. 51.
- 19 Zit. nach Puls, Ursula: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des Zweiten Weltkrieges. Berlin 1959, S. 10.
- 20 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 8 (Karges).
- 21 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 11 (Dettmann).
- 22 Vgl. Stenographische Berichte, a.a.O., S. 44 (Kelm).
- 23 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 9 (Karges).
- 24 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 34 (Jacob).
- 25 Bahne, KPD, a.a.O., S. 678.
- 26 So die HVZ vom 22. 12. 1932; zit. nach HE vom 11. 1. 1933, S. 5.
- 27 Das HE vom 27. 1. 1933, S. 3 sprach anlässlich der Betriebsrätewahlen auf der Werft Blohm & Voß von einem kommunistischen Propagandaaufwand, der sich »die Wahltaktik der Nazis bei der Landtagswahl in Lippe zum Muster« genommen habe. »An den Häusern und Planken ganzer Straßenzüge waren Wahlplakate angebracht, als wenn es sich um eine Wahl zum Landes- oder Reichsparlament, nicht aber zum Betriebsrat einer Werft handelte«.
- 28 Zur RGO vgl. Flechtheim, a.a.O., S. 271 ff.
- 29 So in der HVZ vom 22. 12. 1932, wiedergegeben im HE vom 11. 1. 1933, S. 5. Dies führte auch zu einer besonderen Propaganda gegen führende ADGB-Leute, u. a. gegen Theodor Leipart. Vgl. etwa die Äußerung des KPD-Bürgerschaftsabgeordneten Walter Hochmuth vom 11. 1. 1933 in der Bürgerschaft: »... ist es unsere Aufgabe, die Stellung der Sozialdemokraten anzuprangern, die mit Leipart bei Schleicher und damit bei seinen Verordnungen stehen.« Vgl. Stenographische Berichte, a.a.O., S. 25.
- 30 Vgl. auch HE vom 24. 1. 1933, S. 5.
- 31 HE vom 11. 1. 1933, S. 5.
- 32 Der Erfolg bei Blohm & Voß bestärkte die KPD noch in ihrer Taktik, denn für die RGO-Liste wurden 955, für die freigewerkschaftliche nur 775 Stimmen abgegeben. Vgl. HE v. 11. 1. 1933.
- 33 Ebda.
- 34 Bahne, KPD, a.a.O., S. 685.
- 35 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV. Berlin 1966, S. 386.
- 36 Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. V, Berlin 1966, S. 13.
- 37 Ebda., S. 14.
- 38 Vgl. hierzu die einzelnen regionalen Einheitsfrontangebote bei Bahne, KPD, a.a.O., S. 687.
- 39 Zit. nach dem Flugblattfaksimile in: Hochmuth, Ursel und Gertrud Meyer:

- Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Frankfurt/M 1969, S. 573/4. Verantwortlich für das Flugblatt zeichnete Franz Jacob.
- 40 Stenographische Berichte, Jg. 1933, 3. Sitzung vom 8. 2. 1933, S. 108.
- 41 HE v. 10. 2. 1933, S. 5.
- 42 Daß sich Jacob gerade an Ehrenteit wandte, war allerdings möglicherweise kein Zufall, da beide bereits im Januar Kontakt aufgenommen haben sollen: die Initiative dazu soll von Thälmann ausgegangen sein. Vgl. Puls, a.a.O., S. 10 (ohne Quellenangabe), und einen ähnlichen Hinweis bei Heinz Niemann: SPD und Hitlerfaschismus. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie von 1933 bis April 1946. Berlin 1965, T. 1., Bd. 2, S. 2, A. 10.
- 43 Der bei Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 20 f. wiedergegebenen Interpretation kann nicht gefolgt werden, da dort der Redeauschnitt zu isoliert gesehen wird.
- 44 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 107.
- 45 Stenographische Berichte, a.a.O., S. 108.
- 46 Ebda.
- 47 Ebda.
- 48 Ebda.
- 49 Vgl. den Hinweis auf den großen Propagandaaufwand, der mit Jacobs Offerte in der HVZ getrieben wurde, in: HE v. 10. 2. 1933, S. 5; vgl. auch Witt, a.a.O., S. 165, Anm. 20.
- 50 Über die Gründe für die leichte taktische Modifizierung kann nur spekuliert werden. Ob es sich um eine kurzfristige Einsicht in die wirkliche Gefahr, um Unstimmigkeiten im KPD-Zentralkomitee handelte, oder aber diese Entwicklung in erster Linie vor dem Hintergrund internationaler Tendenzen — Einheitsfrontangebot der Arbeiterinternationale an die Kommunistische Internationale am 18. 2. 1933 — gesehen werden muß, kann hier dahingestellt bleiben. Vgl. Gripenburg, a.a.O., S. 13 f.
- 51 Zit. nach Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 427 f.
- 52 Dieses Rundschreiben ist auszugsweise wiedergegeben in: HE v. 21. 2. 1933, S. 1; vgl. auch Witt, a.a.O., S. 167. Ebenso die bei Bahne, KPD, a.a.O., S. 687 zitierte Äußerung Thälmanns vom 7. 2. 1933, wonach am 30. Januar in dieser besonderen Situation eine Einheitsfronttaktik von unten und von oben durchgeführt worden sei.
- 53 Bezieht sich auf die Absetzung der Regierung Braun-Severing in Preußen durch den Reichskanzler Papen.
- 54 So in einem KPD-Rundschreiben, das im HE v. 28. 2. 1933, S. 5 zitiert wird.
- 55 Abschrift der Resolution, beigelegt als »Anlage« zu einem Schreiben des Polizeipräsidenten Altona-Wandsbek in Altona an den Regierungspräsidenten in Schleswig v. 24. 3. 1933, S. 2, Fst 8123.
- 56 »Resolution . . .«, a.a.O., S. 1.
- 57 »Resolution . . .«, a.a.O., S. 2.
- 58 »Resolution . . .«, a.a.O., S. 4.
- 59 »Resolution . . .«, a.a.O., S. 4.
- 60 Vgl. etwa den Hinweis auf die EKKI-Resolution vom 1. April 1933 bei: Bahne, Siegfried: KPD und SPD von 1933 bis 1935. In: Geist und Tat, 16 (1961), S. 46.
- 61 Vgl. hierzu auch die selbstkritischen Äußerungen Dimitroffs, zit. bei

- Vietzke, Siegfried: Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz. Berlin 1966, S. 122 ff.
- ⁶² Bahne, KPD, a.a.O., S. 686.
- ⁶³ Vgl. Griepenburg, a.a.O., S. 12. Als Beleg hierfür könnten auch die Betriebsrätewahlergebnisse bei Blohm & Voß dienen.
- ⁶⁴ Stenographische Berichte, a.a.O., S. 35.
- ⁶⁵ Vgl. auch in diesem Zusammenhang die durchweg sehr kritische Berichterstattung des Hamburger Echo über die KPD anhand einiger Überschriften vom Januar 1933: »Kommunistisches Attentat auf einen Hamburger Redakteur« (4. 1.), »Volkszeitung ist stolz auf den Vorwurf der Lüge« (5. 1.), »Nazi-Spitzel als KPD-Führer« (14. 1.), »Kommunistische Lügenflut nimmt kein Ende. Haarsträubende Verleumdungen« (14. 1.). »Das sind die RGO-Helden: Zu feige, um Streikbeschluß durchzuführen« (27. 1.), »Friedliche KPD. Unfriedlich nur gegen die Sozialdemokratie« (9. 1.).
- ⁶⁶ HE v. 30. 1. 1933, S. 5.
- ⁶⁷ HE v. 18. 1. 1933, S. 5.
- ⁶⁸ HE v. 30. 1. 1933, S. 5.
- ⁶⁹ HE v. 10. 1. 1933, S. 1.
- ⁷⁰ HE v. 10. 1. 1933, S. 2.
- ⁷¹ HE v. 9. 1. 1933, S. 2.
- ⁷² Vgl. etwa HE v. 10. 1. 1933, S. 2 und v. 18. 1. 1933, S. 5.
- ⁷³ Vgl. den schon zitierten Artikel im HE v. 10. 1. 1933, wo es heißt: »Zu dieser von der Reaktion längst ersehnten und endlich erreichten antidemokratischen Mehrheit gehörten in den letzten Reichstagen und Landtagen die Kommunisten.«
- ⁷⁴ Vgl. hierzu die zahlreichen Artikel im HE über die Aktivitäten der RGO und der KPD.
- ⁷⁵ So sagte Franz Jacob in seiner bereits zitierten Rede am 8. 2. 1933 vor der Bürgerschaft: »Der wirkliche Regierer in Deutschland — die Nazis bilden sich ein, Hitler sei es — ist Hugenberg«, und an anderer Stelle nach einem Zwischenruf: »Jedenfalls hat Stalin in der Sowjetunion mehr zu sagen, als die ganzen Nationalsozialisten in der jetzigen Regierung.« Vgl. Stenographische Berichte, a.a.O., S. 106/107. Auch das HE nannte in den ersten Tagen nach der Machtergreifung in mehreren Artikeln Hugenberg als den starken Mann des Kabinetts. Es zeigt sich, daß die quantitative Unterlegenheit der Nationalsozialisten im neuen Kabinett von den bürgerlichen Parteien nicht stärker fehlinterpretiert wurde als von den Arbeiterparteien.
- ⁷⁶ HE v. 2. 2. 1933, S. 5.
- ⁷⁷ Zur psychologischen Fundierung dieser Fehleinschätzung vgl. z. B. die gefühlsbetonte Berichterstattung im HE v. 2. 2. 1933 über die große Demonstration des Vortages: »Mochte der Regen strömen, mochte Schlamm und Morast den Aufenthalt auf der Straße noch so unangenehm machen, kein Freiheitskämpfer läßt sich von solchen Dingen schrecken ... Immer, wenn die Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft zu machtvollen Demonstrationen aufrufen, herrscht in den Stadtteilen Hamburgs schon Stunden vorher eine eigentümliche, spannungsvolle Atmosphäre ... Gesänge tönen auf ..., begeistert singt die kampffentschlossene Arbeiterschaft trotz der Unbill des Wetters ...«

- 78 HE v. 2. 2. 1933, S. 5.
- 79 HE v. 31. 1. 1933, S. 5; vgl. auch Witt, a.a.O., S. 165, Anm. 21.
- 80 HE v. 31. 1. 1933, S. 5.
- 81 HE v. 2. 2. 1933, S. 5.
- 82 Witt, a.a.O., S. 167.
- 83 Typisch für die Verbindung außerparlamentarischer Phraseologie mit dem Appell an den Wähler ist ein Ausschnitt aus einer Rede Gustav Dahren-dorfs, Reichstagskandidat der Hamburger SPD: »Diese Erkenntnis [daß auch nach dem 5. März kein arbeitsfähiges Parlament zu erwarten sei] zeigt uns, daß wir diese Wahl nicht betrachten dürfen mit dem Blick auf Parlament. Sie ist ein neuer und gewiß nicht der letzte Akt des außer-parlamentarischen Machtkampfes, der in Deutschland tobt. (Lebhafte Zu-stimmung.) Gerade unter diesem Gesichtspunkt dürfen wir jetzt noch weniger als sonst den Stimmzettel verächtlich machen lassen.« Vgl. HE v. 7. 2. 1933, S. 5.
- 84 Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 21.
- 85 Vgl. Witt, a.a.O., S. 166, Anm. 23.
- 86 Zur »Eisernen Front« vgl. u. a. Witt, a.a.O., S. 126.
- 87 HE v. 30. 1. 1933, S. 5.
- 88 HE v. 2. 2. 1933, S. 6. Ähnlich auch John Ehrenteit: »Wenn die Führer der KPD wahrscheinlich nicht mehr da sein werden, dann werden die kom-munistischen Arbeiter mit ihren übrigen Klassengenossen bei den Gewerk-schaften stehen.«
- 89 Vgl. dazu die Rede des Reichstagsabgeordneten Adolf Biedermann in Wandsbek, HE v. 2. 2. 1933, S. 6; ferner den Wahlauf Ruf »An alle Sozial-demokraten« in: HE v. 7. 2. 1933, S. 5, in dem der Kontakt mit kommuni-stischen Wählern als wichtigste Aufgabe bezeichnet wurde.
- 90 Vgl. dazu die Reden von John Ehrenteit und Adolf Biedermann, HE v. 10. 2. 1933, S. 6 bzw. HE v. 18. 2. 1933, S. 5.
- 91 HE v. 21. 2. 1933, S. 5.
- 92 Der »Nichtangriffspakt« wurde wiederholt von sozialdemokratischen Rednern gefordert, so auch von Biedermann, der am 17. Februar fest-stellt: »Die Verleumdung müsse aufhören. Der kindliche Versuch, inner-halb der Sozialdemokratie Führer und Masse trennen zu wollen, müsse unterbleiben und vor allen Dingen Ehrlichkeit im Willen zur Einheit auf-gebracht werden, dann sei es eine Kleinigkeit, die Einheit herzustellen.« HE v. 18. 2. 1933, S. 5.
- 93 So der zum linken Parteiflügel zählende Hamburger Sozialdemokrat Paul Bergmann. Vgl. HE v. 18. 2. 1933, S. 6.
- 94 HE v. 21. 2. 1933, S. 1.
- 95 Zu Schubert vgl. Bahne, KPD, a.a.O., S. 694.
- 96 Genaues über die Ausführungen Schuberts zum Problem des »Nichtan-griffspaktes« ließ sich nicht ermitteln. Das HE vom 25. 2. 1933, S. 5 er-wähnt nur die Tatsache einer öffentlichen KPD-Erklärung zum »Nichtan-griffspakt«. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 22, heißt es, daß die KPD schon vorher von sich aus eine Einstellung der Feindseligkeiten vorge-schlagen habe.
- 97 HE v. 25. 2. 1933, S. 5. Daß SPD und Gewerkschaften mit der Nichtöffent-lichkeit der Veranstaltung eine breitere Diskussion vermeiden wollten, kann nur vermutet werden.

- ⁹⁸ Flugblatt: Fst 11/E 2—6. Text auch in: HE v. 28. 2. 1933, S. 9. Dort auch alle Zitate aus dem »Offenen Brief«.
- ⁹⁹ Die Berichterstattung des HE in diesen Tagen war eindeutig darauf angelegt, es nicht zu einer Verbesserung der Atmosphäre kommen zu lassen. So wurde gerade jetzt auf der ersten Seite über ein 14 Tage altes KPD-Rundschreiben berichtet, mit dem die unehrlichen Absichten der KPD-Leitung bewiesen werden sollten. Vgl. HE v. 21. 2. 1933, S. 1. — Am 23. 2. berichtete es über eine Rede Ehrenteits unter der Überschrift: »So fördert die KPD die Einheitsfront: KPD will RGO nicht auflösen.« Vgl. HE v. 23. 2. 1933, S. 6. Aufgrund dieses Artikels läßt sich auch begründet annehmen, daß es vor allem die Gewerkschaftsführer gewesen sind, die für die harten Forderungen an die KPD eingetreten sind.
- ¹⁰⁰ So ist es auch charakteristisch, daß über die Reaktion der KPD auf den »Offenen Brief« nichts berichtet wird.
- ¹⁰¹ Es ist zweifellos eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet die Berichterstattung und Kommentierung des HE zum Thema Reichstagsbrand, die um eine Entlastung der KPD bemüht war, zum Verbot des Blattes und zum Ausscheiden der sozialdemokratischen Senatoren aus dem Senat führte. Vgl. Witt, S. 181 f.
- ¹⁰² Witt, S. 167, Anm. 30.
- ¹⁰³ Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 22.
- ¹⁰⁴ Vgl. Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933. Herausgegeben und kommentiert von Henning Timpke. Frankfurt/M. 1964 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 4) S. 70.
- ¹⁰⁵ HE v. 2. 3. 1933, S. 5.
- ¹⁰⁶ Timpke, a.a.O., S. 70.

2. Kapitel

- ¹ Schreiben Fricks an die Länderregierungen vom 21. 6. 1933, Fst. 8333.
- ² Erinnert sei in diesem Zusammenhang vor allem an das Ausscheiden der sechs Gewerkschaftsmitglieder aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die sich im Mai 1933 zu einer eigenen Gewerkschaftsfraktion zusammenschlossen und in ein Hospitantenverhältnis zur NSDAP begaben. Vgl. Timpke, a.a.O., S. 85 ff.
- ³ Die Ereignisse in Hamburg nach den Märzahlen bis zum Verbot im Juni sind bereits wiederholt dargestellt worden und sollen hier nicht noch einmal referiert werden. Vgl. u. a. Witt, a.a.O., S. 184 ff. und Timpke, a.a.O., S. 75 ff.
- ⁴ Vgl. hierzu auch die beiden Examensarbeiten von Christa Schramm: Entmachtung und Verbot der SPD in Hamburg im Jahre 1933, masch. Hamburg 1960 — und von Katrin Suderow: Die Politik der SPD und der Gewerkschaften in Hamburg von der Machtergreifung bis zur Aus- bzw. Gleichschaltung, masch. Hamburg 1971.
- ⁵ Vgl. Witt, a.a.O., S. 200; Schramm, a.a.O., S. 56 f.
- ⁶ Vgl. Witt, a.a.O., S. 169 f.
- ⁷ Die Spaltung des Berliner Parteivorstandes spielte für die Hamburger Entwicklung keine Rolle.

- ⁸ Vgl. vor allem Witt, a.a.O., S. 193 ff.
- ⁹ Mitteilung von Gustav Dahrendorf vom 25. Sept. 1950 Fst. 8332. Da Dahrendorfs Angaben nicht zweifelhaft sind, konnten allerdings Meitmann und er selbst nicht am 19. Juni an einer sozialdemokratischen Reichskonferenz teilgenommen haben, wie Erich Matthias feststellt. Vgl. Matthias/Morsey, a.a.O., S. 191, Anm. 16.
- ¹⁰ Eine der wenigen Ausnahmen war z. B. Gustav Dahrendorf, der sich später aktiv an Widerstandsaktionen in Berlin beteiligte und im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet wurde.
- ¹¹ Vgl. Schramm, a.a.O., S. 64.
- ¹² Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Widerstandsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933. Ein Bericht von Walter Schmedemann. Hamburg 1948.
- ¹³ Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen . . .
- ¹⁴ Die Landesorganisation der Hamburger SPD setzte sich vor 1933 auf der untersten Ebene aus Wohnbezirken zusammen; darüber kamen die Distrikte und die Kreise. Ein Distrikt konnte zwischen zwei (Altengamme, Finkenwerder, Billbrook) und 36 (Hamm, Horn, Borgfelde) Bezirke umfassen. Schmedemanns Distrikt umfaßte 17 Bezirke, die sich fast alle an der illegalen Arbeit beteiligten.
- ¹⁵ Ropers beispielsweise war Leiter des Bezirks 17 des Distrikts Barmbek-Süd. — Die Informationen über die Funktionen der einzelnen Mitglieder ergeben sich aus einer Übersichtsliste über alle Funktionäre bis zu den Bezirksvorsitzenden, die von der Hamburger Polizeibehörde für die Beschlagnahme des SPD-Vermögens angefertigt wurde. Fst. 8333.
- ¹⁶ Schmedemann erwähnt in seinem Bericht Bremen, Hannover und Hildesheim.
- ¹⁷ In dem später stattfindenden Prozeß gegen diese Gruppe wurden zehn bis zwölf Zusammenkünfte vom Januar bis zum Spätsommer 1934 angenommen. Urteil des 1. Strafsenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts gegen Schmedemann u. a. vom 18. Juni 1935, Fst. 8338.
- ¹⁸ Zur Herkunft dieser Gelder im einzelnen vgl. die Urteilsbegründung gegen Schmedemann u. a. — Die Problematik von Urteilen der nationalsozialistischen Rechtsprechung als historische Quelle bedarf kaum der Erwähnung. Zwischen der Tendenz der Angeklagten, ihre Tätigkeit herunterzuspielen und von ihr abzulenken, und der Absicht von Staatsanwaltschaft und auch Gericht, eine möglichst umfangreiche Aktivität anzunehmen, ist die Wahrheit kaum zu ermitteln, so daß viele Angaben nur mit Vorbehalt zu würdigen sind.
- ¹⁹ Schmedemanns Bericht und das Gerichtsurteil lassen unterschiedliche Prioritäten erkennen.
- ²⁰ So im Urteil des Oberlandesgerichts vom 18. Juni 1935, Fst. 8338.
- ²¹ Im Urteil gegen die Gruppe heißt es dazu: »So steht nach den eigenen Angaben des Angeklagten Schmedemann fest, daß er mit dem Angeklagten Dr. D[iederichs] häufig über Demokratie und Diktatur gesprochen hatte und daß sich beide darüber einig gewesen sind, daß man sich erst recht für die Demokratie einsetzen müsse.« Ebd. — Wegen des fehlenden theoretischen Hintergrundes ist es auch nicht möglich, am Hamburger Beispiel die Behauptung der DDR-Forschung zu beweisen oder zu widerlegen, daß es im sozialdemokratischen Widerstand eine bürgerliche und eine soziali-

- stische Klassenlinie geben habe. Vgl. dazu etwa Niemann, a.a.O., S. 116. Dennoch spricht vieles für die Annahme, daß die führenden Mitglieder des sozialdemokratischen Widerstandes in Hamburg ihre politischen Gedanken im »Prager Manifest« besser vertreten sahen als in der antikommunistischen Tolerierungspolitik vor und nach der Machtergreifung.
- ²² Es handelte sich dabei um eine aus dem Ausland beschaffte 120-Seiten-Broschüre über die Erfahrungen eines »Genossen Seeger« im KL Oranienburg.
- ²³ Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen . . . Text des Flugblattes bei Timpke, a.a.O., S. 254.
- ²⁴ Vgl. »Lagebericht über den Monat Juli«, den die Hamburger Staatspolizei an das Reichsinnenministerium gab; abgedruckt bei Timpke, a.a.O., S. 287; dort S. 281 ff. auch wichtige quellenkritische Hinweise zum Verständnis dieser Lageberichte.
- ²⁵ »Lagebericht über den Monat August 1934 in Hamburg«; Fst. 32013.
- ²⁶ Ebda.
- ²⁷ Zur Tätigkeit der Eilbeker Gruppe vgl. auch Prittie, Terence: Deutsche gegen Hitler, Tübingen 1965, S. 154 ff.
- ²⁸ Urteil gegen Ullrich u. a. vom 7. 11. 1935 (15 Angeklagte): Fst 8338. — In Eimsbüttel bestand eine starke Gruppe der Arbeiterjugend, die auch Verbindungen nach Eilbek hatte. Vgl. Der Sozialist, 4. Jg. (1949), Nr. 1; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 45 ff.
- ²⁹ Anklageschrift gegen Osterhold u. a. vom 16. 9. 1935 (5 Angeklagte), Fst. 8338; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 127.
- ³⁰ Anklageschrift gegen Blume u. a. vom 16. 11. 1935 (12 Angeklagte), Fst. 8338.
- ³¹ Anklageschrift gegen Sander u. a. vom 12. 7. 1935 (8 Angeklagte). Ebda.
- ³² Anklageschrift gegen Mack u. a. vom 19. 7. 1935 (10 Angeklagte) Ebda.
- ³³ Urteile in der Sache gegen Hausen u. a. (insgesamt 35 Angeklagte). Ebda.; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 127.
- ³⁴ Anklageschrift gegen Wellke u. a. vom April 1935 (14 Angeklagte), Fst. 8338.
- ³⁵ Anklageschrift gegen Kessler u. a. vom 24. 7. 1935 (16 Angeklagte). Ebda.
- ³⁶ Anklageschrift gegen Lauenroth u. a. vom 28. 5. 1935 (10 Angeklagte). Ebda.; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 123—125.
- ³⁷ Vgl. »Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr«, in: Der Sozialist 4. Jg. (1949), Nr. 6.
- ³⁸ So in der Anklageschrift gegen Kessler. Der Vorwurf des Hochverrats wurde stets mit Aussagen des Prager Manifests vom Januar 1934 begründet, das als ein Bruch mit dem traditionellen Verhalten der SPD angesehen wurde. In dieser Anfangsphase der nationalsozialistischen Rechtsprechung wurde der Vorwurf des Hochverrats gegen Sozialdemokraten nicht durchgängig bejaht.
- ³⁹ Eine andere Gelegenheit, legal zusammenzukommen, waren die Begräbnisse alter Sozialdemokraten. So sollen bei der Beerdigung des Gewerkschaftsführers Fritz Husemann 2000 Personen anwesend gewesen sein. Vgl. Niemann, a.a.O., S. 271. An der Bestattung des ehemaligen Bergedorfer Bürgermeisters Wiesner im Frühjahr 1935 nahmen annähernd 400 ehemalige Parteigenossen teil. Schreiben von Richard Hansen, Kopenhagen, an Herrn

- Hugo [Schiefer], Prag-Karlin, 20. 5. 1937. Fst. 8333. Hansen war der Vertreter des Exilvorstandes in Dänemark.
- 40 Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 126 f.
- 41 Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen . . .
- 42 Schmedemann erwähnt in seinem Tätigkeitsbericht auch die Schufo 11 und 17, die aber in den vorliegenden Prozeßunterlagen nicht vorkommen und wohl auch eine geringere Rolle gespielt haben.
- 43 Vgl. Wellke, Emil: Im Zeichen des Widerstandes, in: Der Sozialist, 4. Jg. (1949), Nr. 13.
- 44 Ebda.
- 45 Urteil gegen Zobel u. a. vom 2. 9. 1938 (4 Angeklagte), Fst. 8338.
- 46 Vgl. Wellke, a.a.O.
- 47 Urteil gegen Breiholdt u.a. vom 18. 7. 1938, Fst. 8338.
- 48 Vgl. Wellke, a.a.O.; s. auch Leber, Annedore: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945. Berlin 1954, S. 86.
- 49 Haß gehörte zu den Gewerkschaftlern, die im Mai 1933 aus der SPD-Fraktion ausgetreten waren; er beteiligte sich aber aktiv an der Widerstandsarbeit, vor allem durch seine Verbindungen nach Skandinavien, wohin er auch später ins Exil ging.
- 50 Hinsichtlich der Einzelheiten vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 129.
- 51 Dies Waffenlager umfaßte 232 Gewehre, 1 Karabiner, 1 leichtes Maschinengewehr, 1 Eierhandgranate, 6000 Schuß Munition. Vgl. Niemann, a.a.O., S. 137.
- 52 Dazu das Schreiben von Richard Hansen, Kopenhagen, an »Herrn Hugo«, Prag, vom 27. 4. 1937 (Fst. 8333): »Scheinbar hat sich der Nazis eine gewisse Nervosität bemächtigt, und sie glauben, daß in Hamburg und näherer Umgebung noch viele Waffen versteckt sind . . .«
- 53 Vgl. Wellke, a.a.O.
- 54 Vgl. hierzu Milewsky, Bernhard, Illegale Arbeit auf den Werften, in: Der Sozialist Jg. 4 (1949), Nr. 3.
- 55 Urteil gegen Riel u. a. vom 28. 1. 1937 (Fst. 8338). Auch bei der »Hanscatischen Versicherungsagentur« gelang es einigen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern, einen Stützpunkt zu unterhalten. Vgl. Niemann, a.a.O., S. 115.
- 56 Vgl. z. B. die entsprechenden Hinweise auf die Verfahren gegen René Meyer und Robert Finnern bei Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 131 ff.
- 57 Vgl. Almond, Gabriel: The Struggle for Democracy in Germany. Chapel Hill 1949, S. 71 ff. Ebenso Milewsky, a.a.O. Zum Anteil der Gewerkschaftler am Hamburger Kriegswiderstand, der nicht gesondert dargestellt werden soll, vgl. Niemann, a.a.O., S. 137; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 97 ff. und Spliedt, a.a.O., S. 76 ff. Zu Spliedt s. auch Schumann, Hans-Gerd: Zur Geschichte und Problematik der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: Neue Gesellschaft 2. Jg. (1955), S. 75.
- 58 Vgl. Niemann, a.a.O., S. 114 ff.
- 59 Richard Hansen, Kopenhagen, an »Herrn Hugo«, Prag, vom 18. 1. 1937, Fst. 8333.
- 60 Vgl. Anm. 52.
- 61 Richard Hansen, Kopenhagen, an Erich Ollenhauer, Prag, vom 1. 6. 1937, Fst. 8333.

- 62 Richard Hansen, Kopenhagen, an Erich Ollenhauer, Paris, vom 23. 6. 1938, ebda.
- 63 Richard Hansen, Kopenhagen, an Erich Ollenhauer, Paris, vom 31. 10. 1939, ebda.
- 64 Richard Hansen, Kopenhagen, an Hans Vogel, Paris, vom 31. 1. 1940, ebda.
- 65 Vgl. Witt, a.a.O., S. 40 f.
- 66 Während beispielsweise kein sozialdemokratischer Senator und auch kein Vorstandsmitglied des Jahres 1933 durch Gewalt ums Leben kam, ließen zwei Distriktsführer — Otto Schumann (Neustadt) und Robert Finnern (Eppendorf-Winterhude) — 1940 und 1945 im KL bzw. bei einem Gefangenentransport ihr Leben. Vgl. Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933—1945. Hamburg 1968.
- 67 Die Diskussion der Schuldfrage ist hier nicht wieder aufzunehmen. Sicher ist allerdings, daß es sich nicht um eine gezielte Aktion der KPD handelte.
- 68 So Ernst Thälmann auf der illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. 2. 1933 bei Berlin; zit. nach Puls, a.a.O., S. 12.
- 69 Vgl. Puls, a.a.O., S. 13; Buck a.a.O., S. 24 ff.
- 70 Vgl. die bei Buck, a.a.O., S. 16 abgedruckte Tabelle, wonach es im März 552, im April 753, im Mai 435, im Juni 244 und im Juli 407 kommunistische Schutzhäftlinge gab.
- 71 Vgl. Buck, a.a.O., S. 26, Anm. 6; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 25; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 29.
- 72 Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 24 f. Zu Duddins auch: Weber, Die Wandlung . . . Bd. II, S. 99.
- 73 So in der Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Nickel, Thesen und Rattai vom 7. 12. 1934, S. 7/8 (Fst. 8128).
- 74 Ebda., S. 8.
- 75 Ebda., S. 8/9. Die Anklage stützt sich hier auf Aussagen von Duddins selbst, dessen Verfahren von dem gegen Nickel u. a. abgetrennt worden war.
- 76 Zu diesen Publikationen gehörten neben den weitergeführten »Rote Fahne« und »Hamburger Volkszeitung« die Blätter »Der Klassengewerkschaftler«, »Solidarität«, »Die junge Garde«; ferner für den Hafengebiete »Hafentelegramme«, »Funksprüche« und »Der Sturm«. Vgl. Puls, a.a.O., S. 15 f., Buck, a.a.O., S. 42 ff. Die Auflage ist schwer zu bestimmen, bewegte sich aber gelegentlich bei einigen tausend Exemplaren. Daneben gab es zahlreiche Flugblätter und das »Instruktions- und Informationsblatt der Bezirksleitung Wasserkante«, das in Auflagen von 180 bis 300 Exemplaren verbreitet wurde.
- 77 Anklageschrift gegen Nickel u. a., S. 16, Fst. 8128. — Aus einem Bericht des Chefs der Hamburger Staatspolizei Streckenbach vom Oktober 1934 geht hervor, daß die KPD Ende 1932 über 24 000 eingetragene Parteimitglieder verfügte.
- 78 Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 83; Puls, a.a.O., S. 16; Anklageschrift gegen Nickel u. a., S. 17 f., Fst. 8128.
- 79 Vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 16.
- 80 Vgl. Buck, a.a.O., S. 45.
- 81 Vgl. Hamburger Fremdenblatt vom 29. Juli 1933.
- 82 Ebda.

- ⁸³ Vgl. Buck, a.a.O., S. 16.
- ⁸⁴ Hamburger Volkszeitung. Organ der KPD Wasserkante für die Werk-tätigen. 1. Augustwoche 1933 (Kleinformat); auch zum Folgenden.
- ⁸⁵ Vgl. »Bericht der Hamburger Staatspolizei über die illegale KPD« vom 27. Oktober 1934; Timpke, a.a.O., S. 300 f.
- ⁸⁶ Vgl. Timpke, a.a.O., S. 288, Bericht Streckenbachs vom August 1934.
- ⁸⁷ Vgl. Puls, a.a.O., S. 17.
- ⁸⁸ So Streckenbach in seinem Lagebericht. Vgl. Timpke, a.a.O., S. 302. Dazu auch das Urteil gegen den Statistiker Dr. Emanuel Bruck vom 31. Januar 1935 (Fst. 8128). Bruck war der Kopenhagener Instrukteur.
- ⁸⁹ Vgl. Entwurf »Lagebericht über den Monat Juli 1934«. Timpke, a.a.O., S. 288 f.
- ⁹⁰ Vgl. Timpke, a.a.O., S. 302 f.
- ⁹¹ Die Lageberichte vom Juli bis November 1934 (Fst. 32013) berichten von einer weiteren kommunistischen Aktivität durch Ausstreuen von Gerüchten und Eintritt in NS-Organisationen.
- ⁹² Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 157.
- ⁹³ Auf die Bedeutung der »Brüsseler Konferenz« für das Verhältnis von SPD und KPD wird an anderer Stelle eingegangen.
- ⁹⁴ Vgl. Puls, a.a.O., S. 21. — Zur Frage der Neuordnung des innerdeutschen Widerstandskampfes durch die »Brüsseler Konferenz« vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 5, S. 112 ff.
- ⁹⁵ Die Tätigkeit eines solchen Verbindungsmannes schildert Karl Mewis, Im Auftrag der Partei. Erlebnisse im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Berlin 1972, S. 67 ff. Mewis hielt sich von Ende 1935 bis Mai 1936 in Hamburg auf und koordinierte mehrere Gruppen.
- ⁹⁶ Über die Tätigkeit der »Abschnittsleitung Nord« informiert das Urteil gegen Heinrich Wiatrek vom 17. 5. 1943 (Fst. 8128). Wiatrek war von April 1937 bis 1940 der erste Mann der »Abschnittsleitung Nord«; er legte nach seiner Verhaftung ein umfangreiches Geständnis ab, das ihm in der DDR-Geschichtsschreibung den Vorwurf des Parteiverrats eingetragen hat. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 83. Zur »ALN« vgl. auch Buck, a.a.O., S. 74 ff.; Puls, a.a.O., S. 22 f.; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 176.
- ⁹⁷ Vgl. etwa die Flugblätter »Vierjahresplan« vom Mai 1937, bei Buck, a.a.O., S. 95, sowie »Kollegen!« und »Werftarbeiter! Kollegen!«, Buck, a.a.O., S. 99 f.; Puls, a.a.O., S. 23 ff. Auch: Dokumente des Widerstandes. Stade 1948, S. 72/73.
- ⁹⁸ Buck, a.a.O., S. 96 ff.
- ⁹⁹ Bei Buck, a.a.O., S. 94 heißt es über die Jahre 1937 bis 1939: »In diesem Zeitraum wird es ruhig um die illegale KPD.« Auch Puls nennt für diesen Zeitraum keine Aktivitäten.
- ¹⁰⁰ Zu den Verhaftungen in der »Abschnittsleitung Nord« vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 185 f.; Urteil gegen Wiatrek, Fst. 8128; Puls, a.a.O., S. 16, und: Er kämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer. Berlin 1958, S. 68.
- ¹⁰¹ Zutreffend hierzu das Fazit von Buck, a.a.O., S. 102: »Neben der Agitations- und Propagandaarbeit und den Gewaltakten des RFB [Rotfrontkämpferbund] stand der Widerstand in den Betrieben sowie im Hafen, stand das mutige, anklagende Auftreten vor den nationalsozialistischen

- Tribunalen, der Selbstmord in den Gestapokellern und Haftanstalten, stand die Mitarbeit an Sabotageakten . . . und das Abhören und Weiterverbreiten feindlicher Radiosendungen.«
- ¹⁰² Vgl. Roggenbuck, Helene, *Der Widerstand der illegalen KPD während des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der Hamburger Kommunisten*, Diss. phil. (masch.) Berlin 1961, S. 68.
- ¹⁰³ Puls, a.a.O., S. 27.
- ¹⁰⁴ Vgl. Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 343 ff.; Puls, a.a.O., S. 31 ff.
- ¹⁰⁵ Die umfangreiche Tätigkeit dieser Gruppe ist wiederholt gewürdigt worden, so daß hier auf Einzelheiten verzichtet werden kann. Vgl. u. a. Buck, a.a.O., S. 103 ff.; Puls; Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 341 ff.; Duhnke, a.a.O., S. 482 ff.; Roggenbuck, a.a.O., S. 98 ff.; *Dokumente des Widerstandes*, S. 91 ff.
- ¹⁰⁶ Die Namen dieser Firmen s. Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 351, Anm. 20.
- ¹⁰⁷ Puls, a.a.O., S. 55.
- ¹⁰⁸ Buck, a.a.O., S. 118.
- ¹⁰⁹ Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 354 — s. auch *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, S. 96 ff. Hinsichtlich der konkreten Einzelheiten der Zusammenarbeit mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern vgl. Puls, a.a.O., S. 75 ff.
- ¹¹⁰ Diese Intentionen belegt die bei Buck, a.a.O., S. 128, zitierte Äußerung des Leiters der »Industriegruppe Werften«, Walter Bohne.
- ¹¹¹ Vgl. die Liste der Umgekommenen bei Buck, a.a.O., S. 83 f. Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 383 ff., erwähnen sogar 70 Tote, die im Zusammenhang mit der »Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe« standen.
- ¹¹² Urteil gegen Friedrich Wilhelm Dettmann vom 3. 3. 1936, Fst. 8128.
- ¹¹³ Bästleins Mitgliedschaft in der Bürgerschaft datierte allerdings bereits aus dem Jahre 1921.
- ¹¹⁴ Urteil gegen Dr. Emanuel Bruck, Fst. 8128.
- ¹¹⁵ Vgl. Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 253.
- ¹¹⁶ So Ritter, Gerhard: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954, S. 104 ff.
- ¹¹⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Wertung der Person Bernhard Bästleins bei Buck, a.a.O., S. 204.
- ¹¹⁸ So Anton Saefkow am 30. März 1933 auf einer illegalen Versammlung der KPD in Hamburg. Schreiben »Der Polizeipräsident Altona-Wandsbeck in Altona an den Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig« vom 1. 4. 1933. Fst. 8123.
- ¹¹⁹ HVZ 1. Augustwoche 1933.
- ¹²⁰ Podeyn war in der Weimarer Republik langjähriger Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion der SPD.
- ¹²¹ HVZ, 1. Augustwoche 1933.
- ¹²² Der »Offene Brief« enthielt keinen genauer bezeichneten Adressaten, ebensowenig nähere Aufschlüsse über die Unterzeichner. S. dazu das Faksimile in: Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. [588].
- ¹²³ Vgl. ebda., S. 512 ff.
- ¹²⁴ Fiete Schulze war am 18. März 1935 3mal zum Tode und darüber hinaus zu 260 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
- ¹²⁵ Vgl. »Richtlinien der Hamburger BL der KPD zur politischen und inner-

- parteilichen Lage und zu den dringendsten Aufgaben der Partei« [Frühjahr 1935]; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 515 ff., auch S. 168 f.
- ¹²⁶ Ebda., S. 514.
- ¹²⁷ Vgl. das Faksimile: Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 2, März–April 1936. Organ der D.M.V.-Gruppen im Gebiet Wasserkante, in: Opel, Fritz und Dieter Schneider: 75 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Frankfurt/M. 1966, S. 305.
- ¹²⁸ Richard Hansen, Kopenhagen, an Herrn Hugo, Prag-Karlin, o. D. [Februar/März 1937]. Fst. 8333.
- ¹²⁹ Richard Hansen, Kopenhagen, an Herrn Hugo, Prag-Karlin, vom 20. 5. 1937, ebda.
- ¹³⁰ Weisenborn, Günter: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. Hamburg 1953, S. 145 f.; Beispiele für Zusammenarbeit nennen auch Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 157.
- ¹³¹ Ebda., S. 106 f.
- ¹³² Puls, a.a.O., S. 123; Roggenbuck, a.a.O., S. 133.
- ¹³³ Hornberger gehörte der »Industriegruppe Werften« der »Bästlein-Gruppe« an.
- ¹³⁴ Milewsky, a.a.O. — Bei der Beurteilung dieser Aussage ist zu berücksichtigen, daß sie erst weit nach Kriegsende aufgezeichnet wurde.
- ¹³⁵ Vgl. Roggenbuck, a.a.O., S. 201.
- ¹³⁶ Vgl. hierzu Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim a. Glan 1965 (= Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft, Bd. 2), S. 338 ff.; und: Link, Werner: Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Meisenheim a. Glan 1965 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 1), S. 173 ff.
- ¹³⁷ Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 139.
- ¹³⁸ Link, a.a.O., S. 307 ff.
- ¹³⁹ Bär, Curt: Die Arbeit der USG [Unabhängige sozialistische Gewerkschaft] in Hamburg in der Nazi-Zeit masch. Hamburg 1951. Fst. 85.
- ¹⁴⁰ Vgl. Link, a.a.O., S. 239 ff.
- ¹⁴¹ Vgl. Link, a.a.O., S. 314.
- ¹⁴² Vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 141.
- ¹⁴³ Vgl. »Appell! Blätter der Verfolgten des Naziregimes«, H. 8, Ende Juli 1947; Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933 bis 1945; Statistik über die Opfer des Nationalsozialismus der Stadt Hamburg in den Jahren 1933–1945 (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁴⁴ Vgl. Arbeiterjugend kämpft in Eimsbüttel, in: Der Sozialist 4. Jg. (1949), Nr. 1.

3. Kapitel

- ¹ Zu den Einzelheiten der Verhandlungen vgl. Möller, a.a.O., S. 116 ff.
- ² Der vollständige Aufruf Kaufmanns ist abgedruckt bei Möller, a.a.O., S. 140.
- ³ Vgl. Möller, a.a.O., S. 142–148 und Anlage 6, S. 170.
- ⁴ Schmidt, Neuordnung, S. 10.
- ⁵ Ebda.
- ⁶ Tätigkeitsbericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1945/46.
- ⁷ Spliedt, Gewerkschaften, S. 88.
- ⁸ Schmidt, Neuordnung, S. 10.
- ⁹ Ebda.
- ¹⁰ »Bericht über die Entwicklung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft in Hamburg«, masch. Hamburg o. J. 1945 (Archiv Tastesen), Bl. 1. — Dieser Bericht befindet sich auch im Archiv Grunert, Hamburg, und im DGB-Archiv Hamburg, allerdings jeweils mit geringfügigen sprachlichen Abweichungen. Wo nicht anders angegeben, wird nach der Fassung im Archiv Tastesen zitiert.
- ¹¹ Vgl. Kaden, a.a.O., S. 53, der von einem Treffen sozialdemokratischer Funktionäre am 6. Mai in Ochsenzoll berichtet. Paula Karpinski berichtet von einem Treffen in Fuhsbüttel, Friedrich Dethlefs von einem ersten Gespräch mit Paul Tastesen. Schriftliche Mitteilung an den Verfasser vom 11. 6. 1974, bzw. Interview vom 29. 4. 1974.
- ¹² Vgl. Spliedt, Franz: Der Neuaufbau der Hamburger Gewerkschaften, in: Neues Hamburg Bd. I (1947), S. 72 und Möller, Walter: Die Hamburger Arbeiter wollen die Einheit, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Berlin 1966, S. 739.
- ¹³ Bericht . . . Bl. 1.
- ¹⁴ Hinsichtlich der genauen Datierung bestehen gewisse Unklarheiten, die nicht mehr aufgeklärt werden können. Der »Bericht« Bl. 1 spricht vom 7. Mai, ebenso Kaden, a.a.O., S. 53/54. Dagegen nennt die Fassung im DGB-Archiv den 5. Mai (a.a.O., S. 17: »Als zwei Tage nach Einzug des englischen Militärs . . .«), während Spliedt, Gewerkschaften, S. 88, erst den 11. Mai für die Begegnung mit dem englischen Offizier angibt, was aber auf jeden Fall zu spät ist.
- ¹⁵ Vgl. Spliedt, Gewerkschaften, S. 88.
- ¹⁶ Der Rang des britischen Offiziers wird wechselnd mit Major oder Captain angegeben. — Dwyer war Mitglied der Labour-Party. Dies geht aus dem Briefdurchschlag »Lieber Fritz, liebe Freunde —« vom 13. Mai 1945 hervor. (Archiv Grunert).
- ¹⁷ Über den Begriff »sozialistisch« im Titel der Gewerkschaft gab es interne Diskussionen. Tastesen wandte sich gegen die Bezeichnung »sozialistisch«, um die Gewerkschaft nicht ideologisch-programmatisch einzuengen. Interview mit dem Verfasser vom 30. 4. 1974.
- ¹⁸ Bericht . . . Anlage I, S. 7.
- ¹⁹ »Sozialistische Freie Gewerkschaft, Hamburg. 8. Mai 1945« (Archiv Tastesen); auch wiedergegeben im Bericht, Anlage 1, mit leichten stilistischen Unterschieden.
- ²⁰ Bericht . . ., Bl. 1 u. 2.
- ²¹ So in dem Briefdurchschlag »Lieber Fritz, liebe Freunde —«, (Archiv Grunert).

- ²² Spliedt, Gewerkschaften, S. 89.
- ²³ So der Bericht . . . , Bl. 2, ebenso Spliedt, Gewerkschaften, S. 90; Kaden, a.a.O., S. 54, spricht von 40 bis 50 Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften.
- ²⁴ Bericht . . . , Bl. 2.
- ²⁵ Ebda.
- ²⁶ Nach Spliedt, Gewerkschaften, S. 90, war die 40er-Versammlung allerdings ausdrücklich gebilligt. Diese Version besitzt sogar einige Wahrscheinlichkeit, denn es bliebe unverständlich, warum Dwyer eine Versammlung von 40 Personen hätte verbieten und dafür die Wahl eines fast ebenso großen Ausschusses empfehlen sollen.
- ²⁷ Die Liste der Mitglieder befindet sich im Archiv Grunert; sie wurde am 25. Mai der Militärbehörde eingereicht, umfaßt allerdings 37 Namen.
- ²⁸ Angaben zur personellen Besetzung der einzelnen Aufgabengebiete wie Organisationsabteilung, Sozialfürsorge, Vermögensabteilung, Presse im »Protokoll Sitzung Dienstag, den 15. 5. 1945« (Archiv Tastesen).
- ²⁹ »Aktennotiz! Sitzung am Mittwoch, den 16. 5. 1945, um 8 Uhr in der Königstraße« (Archiv Tastesen).
- ³⁰ Bericht . . . , Bl. 4.
- ³¹ Ebenfalls »Aktennotiz! . . .«, a.a.O.
- ³² Kadens Angabe, a.a.O., S. 56, der den 15. annimmt, stimmt nicht, da Schmedemann und Dethlefs erst auf der Sitzung am 16. zur Überreichung der Forderungen delegiert wurden.
- ³³ Bericht . . . , Bl. 3.
- ³⁴ Kaden, a.a.O., S. 57.
- ³⁵ Bericht . . . , Bl. 2.
- ³⁶ Kaden, a.a.O., S. 57.
- ³⁷ Kaden weist ebda. darauf hin, daß die Engländer keine festen Vorstellungen von einer zukünftigen Gewerkschaftsorganisation hatten; ihnen waren nur die Aktivität und vermeintliche Radikalität der SFG verdächtig. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Engländer doch gewisse Modellvorstellungen anderen Ansätzen offensichtlich vorzogen.
- ³⁸ Spliedt, Gewerkschaften, S. 89.
- ³⁹ Ebda.
- ⁴⁰ Gegen diese These scheinen sich schon frühzeitig einige ältere Gewerkschaftler gewandt zu haben. Im Bericht . . . Bl. 2 heißt es dazu: »Ob die Zersplitterung der Arbeiterschaft vor 1933 und die mangelnde Kampfbereitschaft der Führung im Jahre 1933 als Ursache des Zusammenbruchs der Arbeiterbewegung in dem Aktionsprogramm bezeichnet werden sollte, blieb umstritten.«
- ⁴¹ Spliedt, Neuaufbau, S. 74.
- ⁴² Spliedt, Gewerkschaften, S. 92.
- ⁴³ Kaden, a.a.O., S. 57.
- ⁴⁴ »Protokoll über die Vorstandssitzung am 28. Mai 1945«, Bericht . . . , Anlage IV.
- ⁴⁵ Bericht . . . , Anlage III, »Protokoll über die Vollzugsausschuß-Sitzung vom 25. 5. 1945«, S. 1.
- ⁴⁶ Ebda.
- ⁴⁷ Bericht . . . , Anlage III, »Protokoll . . . vom 25. 5. 1945«, S. 2.
- ⁴⁸ Ebda.

- 49 »Protokoll über die Vollzugausschuß-Sitzung am 1. 6. 1945« (Archiv Tastesen), S. 1.
- 50 Vgl. Weber, *Die Wandlung*, Bd. II, S. 316.
- 51 Dies wird auch von Spliedt bestätigt, wenn er im nachhinein feststellte: »Gewerkschaftliche und parteipolitische Tendenzen ließen sich im Rahmen der neuen Gewerkschaft nicht vereinen. Daran änderte auch nichts, als der Vorstand durch Zuwahl von Spliedt sich eine breitere Grundlage zu geben suchte.« Vgl. Spliedt, *Neuaufbau*, S. 74.
- 52 Bericht . . . , Bl. 4.
- 53 »Protokoll über die Vollzugausschuß-Sitzung am 1. 6. 1945« (Archiv Tastesen), S. 1.
- 54 Spliedt, *Gewerkschaften*, S. 91.
- 55 Kaden, a.a.O., S. 57. — In dem umfangreichen Material zur SFG konnte hierfür kein sicherer Beleg gefunden werden. Auch Spliedt spricht in seinen Jahre später verfaßten Berichten nur von parteipolitischer Aktivität, ohne direkte Nennung der Kommunisten, obwohl er eine solche Tatsache als Rechtfertigungsgrund für sein Vorgehen sicherlich nicht verschwiegen hätte. Kaden stützt sich außerdem auf die »Daten der SPD, Landesorganisation Hamburg 1945« (ASD, LO Hamburg), die die Geschichte der SFG teilweise verfälschen.
- 56 »Protokoll der Vollzugausschuß-Sitzung v. 1. 6. 1945« (Archiv Tastesen), S. 1.
- 57 »SFG Hamburg. Entwurf: Richtlinien für Nebenstellen« (Archiv Tastesen), P. 8.
- 58 »Protokoll über die Vorstandssitzung am 8. Juni 1945« (Archiv Tastesen), S. 1.
- 59 Ebda.
- 60 »Protokoll über die Besprechung mit Major Dwyer am 12. Juni 1945« (Archiv Tastesen), auf das sich die vorstehende Darstellung stützt.
- 61 Protokoll der »Vorstand-Sitzung am 12. Juni 1945« (Archiv Tastesen), S. 1.
- 62 Bericht . . . , Bl. 15 f.
- 63 Vgl. hierzu »Hamburger Nachrichten-Blatt der Militärregierung« Nr. 23 v. 6. Juni 1945, S. 2, »Wiederaufbau der Gewerkschaften«.
- 64 Bericht . . . , Bl. 5.
- 65 Ebda.
- 66 Bericht, Anlage 6: »Protokoll über die Vollzugausschußsitzung vom 15. 6. 1945«.
- 67 Spliedt, *Gewerkschaften*, S. 92.
- 68 Protokoll »Zur Gründung freier Gewerkschaften in Hamburg«, Hamburg, den 18. Juni 1945 (Archiv Tastesen); abgedruckt auch bei Spliedt, *Gewerkschaften*, S. 94.
- 69 Bericht . . . , Anlage 7: »Protokoll über die Zusammenkunft der älteren und jüngeren Gewerkschaftskollegen am 18. 6. 1945, morgen 9^{1/2} Uhr«, S. 1 f.
- 70 Bericht . . . , Bl. 5.
- 71 Ebda.; der Hinweis auf Strafandrohung ist nicht in allen vorliegenden Fassungen des »Berichts« enthalten.
- 72 Bericht . . . , Anlage 8, »Auflösungsprotokoll. Hamburg, den 20. Juni 1945«.
- 73 Bericht . . . , Bl. 6.
- 74 Ebda.
- 75 Bericht . . . , Bl. 4.

- 76 Bericht . . . , Bl. 7.
- 77 Bericht . . . (Fassung des DGB-Archivs), S. 6.
- 78 So Adolph Kummernuß; »Bericht über die am 3. 6. 45 in Farmsen im Lokal des — — stattgefundene Sitzung der S.F.G. einberufen durch den Kollegen Kummernuß.« mit dem Zusatz »Anwesende Kollegen (etwa 20) aus den angrenzenden Wohnbezirken waren besonders eingeladen« (Archiv Tastesen), S. 4. — Diese Versammlung ist ein Beispiel für die Fraktionsarbeit der alten Gewerkschaftler und ihre Methoden. Da Kummernuß dem SFG-Vorstand nicht angehörte, war eine legale Versammlung nicht möglich, so daß »vertraulich« eingeladen werden mußte.
- 79 Spliedt, Gewerkschaften, S. 93.
- 80 Spliedt, Gewerkschaften, S. 93.
- 81 Ebda., S. 89.
- 82 Klein, a.a.O., S. 195.
- 83 Kaden, a.a.O., S. 57, Anm. 96.
- 84 Kaden, a.a.O., S. 58.
- 85 Der Verfasser setzt sich damit in Widerspruch zu Klein, a.a.O., S. 194, der den politischen Charakter der SFG bestreitet.
- 86 Diese Tendenz bei Klein, a.a.O., S. 195 ff.
- 87 Spliedt, Gewerkschaften, S. 93.
- 88 Milewsky, a.a.O. Vgl. auch die bei Walter Möller, a.a.O., S. 740, geschilderte Episode.
- 89 Vgl. u. a. Spliedt, Gewerkschaften, S. 103; Kaden, a.a.O., S. 56.
- 90 »Rundschreiben Nr. 75 der Gauwirtschaftskammer Hamburg, Abteilung Industrie, an die Herren Industrieblockleiter v. 18. Mai 1945« (ASD, LO Hamburg). — Ferner »Richtlinien der Sozialistischen Freien Gewerkschaft Hamburg für den Aufbau der Organisation und für Wahlen der Personalvertretungen (Betriebsräte usw.)« (Archiv Tastesen).
- 91 »SFG Hamburg. Betriebsrat Blohm & Voß. Befugnisse« (ASD, LO Hamburg).
- 92 Ebda.
- 93 Ebda.
- 94 Ebda.
- 95 Kummernuß auf der Versammlung in Farmsen am 3. 6. 45 (s. Anm. 78); diese Bemerkungen dürften kaum durch eine ausreichende Kenntnis der gewerkschaftlichen Entwicklung in anderen Teilen Deutschlands abgesichert gewesen sein.
- 96 »SFG Hamburg 8. Mai 1945« (Archiv Tastesen).
- 97 »Lieber Fritz, liebe Freunde . . .« (Archiv Grunert). Der Hinweis in diesem Brief, »von unseren Leuten sind Hellmut [Kalbitzer] und Curt [Bär] dabei«, zeigt, daß er aus Kreisen des ehemaligen ISK stammt.
- 98 Vgl. Ulbricht, Neueste Zeit, S. 176 über die SFG. Er desavouiert damit die Arbeit der KPD-Mitglieder in der SFG als nicht der Einheitsfronttaktik entsprechend.
- 99 Bericht . . . , Bl. 6.
- 100 Die Darstellung von Schmidt, Neuordnung, S. 29 ff. und Ute Schmidt und Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945—1948. Berlin 1971 (= Rotbuch 27), S. 14 f., derzufolge sich die SFG in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten hätte, wobei die Sozialdemokraten in toto mit der Militärregierung zu einem Arrange-

- ment gekommen wären, um den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen, ist so undifferenziert nicht haltbar. Der Bruch verlief zwischen rechten Sozialdemokraten und einem linken Flügel, gebildet aus Teilen der SPD, KPD, SAP und dem ISK.
- ¹⁰¹ Zur Haltung Spliedts vgl. auch Mannschatz, Gerhard und Josef Seider, *Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–1947*. Berlin 1962, S. 78 ff.
- ¹⁰² Rudolf Petersen, Bürgermeister in schwerster Zeit, in: *Neues Hamburg*, Bd. I (1947), S. 17.
- ¹⁰³ Herbert Ruscheweyh war Bürgerschaftspräsident von 1931 bis März 1933.
- ¹⁰⁴ Rudolf Ross, 1928 bis 1933 Bürgermeister, 1930/31 Präsident des Senats, trat nicht mehr entscheidend hervor.
- ¹⁰⁵ Heinrich Landahl, 1924–1933 MdBü (DDP/Staatspartei), 1933 MdR, wurde wenig später zum Schulsenator ernannt. Er gehörte nach dem Kriege der SPD an.
- ¹⁰⁶ Vgl. die Mappe »Anträge und Protokoll Landesparteitag Hamburg am 14. 7. 1946«, im Ordner: *Delegiertenversammlungen Jan. 1946–Dez. 1946*, S. 4 (KSH, LO Hamburg). — Vgl. auch Lüth, *Hamburgs Schicksal . . .*, S. 239 ff., wo Erinnerungen Schönfelders an diese Zeit wiedergegeben sind.

4. Kapitel

- ¹ Vgl. Paul Tastesen: »Notizen aus meinem Terminkalender des Jahres 1945« (Archiv Tastesen), S. 1.
- ² »Daten der Landesorganisation . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ³ Hellmut Kalbitzer: *Die heutige parteipolitische Lage in Hamburg*. Brief an Willi Eichler, London, v. 16. Juli 1945; zit. nach Kaden, a.a.O., S. 59 f. — Trotz intensiver Nachforschungen und freundlicher Hinweise von Kalbitzer, s. Zt. Nairobi, Kenia, war das bei Kaden erwähnte »Archiv Hellmut Kalbitzer« nicht mehr auffindbar, so daß nicht nach dem Original zitiert werden konnte.
- ⁴ Tastesen: *Notizen . . .* (Archiv Tastesen).
- ⁵ Entwurf »Aktionsprogramm«, masch., datiert vom 6. Juli 1945 (Archiv Tastesen).
- ⁶ So Kalbitzer in einem Brief an Eichler v. 1. August 1945; zit. nach Kaden, a.a.O., S. 61. Der Eindruck der Konfusion bestätigt sich nicht unbedingt, jedoch fällt die Unausgewogenheit der Forderungen auf. Dringliches steht neben Wünschen, deren Realisierung angesichts der allgemeinen Lage nicht zwingend erscheint, etwa wenn die »Errichtung einer Parkanlage inmitten der Stadt, die in ihrer Ausgestaltung dem Gedenken aller Opfer des Nazi-Barbarismus gewidmet ist« (P. 11), gefordert wird oder man sich Sorgen um die personelle Besetzung der neuzuschaffenden Bücherhallen macht (P. 24). — Direkte Vorläufer dieses Programmentwurfs sind nicht auszumachen, jedoch ist die ideelle Nähe zum KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 erkennbar.
- ⁷ Nach Tastesen: *Notizen . . .* (Archiv Tastesen) wurde das Programm sogar schon am 13. Juli unterzeichnet.
- ⁸ Vgl. Witt, a.a.O., S. 106, Anm. 21.

- 9 Dettmann war seit 1920 Mitglied der KPD, von 1924—1933 gehörte er der Bürgerschaft, ebenso der Bezirksleitung Wasserkante der KPD an; Tastesen, ebenfalls seit 1920 in der Partei, war von 1927—1931 Bürgerschaftsmitglied und außerdem Sekretär des Rotfrontkämpferbundes; Westphal gehörte zur gleichen Zeit wie Dettmann der Bürgerschaft an und war zeitweiliger Orgleiter Wasserkante. Vgl. Weber, *Wandlung* . . . , S. 96, 316 u. 341.
- 10 Zit. nach Kaden, a.a.O., S. 51.
- 11 Vgl. HVZ v. 24. 4. 1946: »Die Sozialistische Einheitspartei ist keine Zwangsehe«.
- 12 Flugblattentwurf »Dürfen wir unsere Toten ehren?« (Archiv Tastesen); auch Totenliste . . . , S. 82.
- 13 »Aktionsprogramm«, Hamburg, den 24. Juli 1945, Fst. 11/E 2—6. U. a. abgedruckt in: *Dokumente und Materialien* . . . , S. 73—79.
- 14 Im ursprünglichen KPD-Entwurf lautet diese Passage: »Im Verlauf der sich vollziehenden Veränderungen infolge der blutigen Lehren einer zwölfjährigen Hitler-Diktatur . . . werden die deutschen Arbeiterparteien zur politischen und organisatorischen Einheit gelangen. Die Verwirklichung dieser Einheit ist ein organischer Prozeß, in dessen Mittelpunkt die Aktionseinheit steht. Soll die organisatorische Einheit von Bestand . . . sein, muß sie im Kampf geboren werden.« Der KPD-Entwurf legte damit erkennbar ein stärkeres Gewicht auf die Aktionseinheit als die endgültige — von der SPD beeinflusste — Fassung.
- 15 Der vorstehende Absatz ist wörtlich aus dem KPD-Entwurf übernommen. Der »ehrliche Wille« wurde durch den »gleichen Willen« ersetzt.
- 16 Hierbei handelte es sich nicht um eine Forderung, sondern um die Bekräftigung einer bereits bestehenden Tatsache. An der personellen Zusammensetzung änderte sich nichts.
- 17 »Aktionsprogramm«, Fst. 11/E 2—6 (S. 6).
- 18 Bei den inhaltlichen Forderungen blieb von den ursprünglichen KPD-Formulierungen im Entwurf nicht viel übrig, da sich hier weitgehend die SPD durchsetzte. Außer textlichen gab es auch inhaltliche Änderungen. So wurde folgender KPD-Satz gestrichen: »In der Wirtschaft und im Handel sind Vorkehrungen zu treffen, die geeignet erscheinen, den Prinzipien des »ehrbaren Kaufmannes« und der »freien Bahn dem Tüchtigen« wieder die Wege zu ebnen.« Dieser Satz, der sein Vorbild im P. 2 des KPD-Aufrufs v. 11. Juni hat, wurde von der SPD abgelehnt.
- 19 So im »Aktionsprogramm« vor den Unterschriften der zehn Unterzeichner.
- 20 KPD 1945—1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel. Berlin 1966, S. 14. — Es geht hierbei um den Versuch einer Psychogrammskizze, die den Bewußtseinsstand der meisten Aktionsausschußmitglieder wiedergeben soll; ein Vergleich mit den zweifellos wesentlich differenzierteren Realitäten ist nicht beabsichtigt, da hiervon keinerlei Handlungsmotivationen abgeleitet werden könnten.
- 21 »Aktionsprogramm«, Fst. 11/E 2—6 (S. 2).
- 22 HVZ 3. April 1946, »Nach 13 Jahren . . .«
- 23 Zit. nach Kaden, a.a.O., S. 60.
- 24 Zit. nach Kaden, a.a.O., S. 61.
- 25 HVZ 24. 4. 1946.
- 26 Ebda.
- 27 Ebda.

- ²⁸ Ebda.
- ²⁹ Zur Konzeption der KPD, die diese Haltung bedingte, vgl. das nächste Kapitel.
- ³⁰ Schreiben Karl Meitmanns »Liebe Genossen!« vom 8. August 1945 (ASD, LO Hamburg). Aus dem Inhalt geht hervor, daß der Brief an Kieler Parteifreunde gerichtet war.
- ³¹ Karl Meitmann an PV Hannover v. 11. 7. 1946 (ASD, Bestand Schumacher J 2), S. 3. — Dieser sehr ausführliche Brief ist die Antwort auf ein Schreiben des Parteivorstandes in Hannover mit der Bitte, die Vorgänge um die Vereinigungsverhandlungen darzustellen. Dazu liegt eine entsprechende, undatierte Aktennotiz des PV Hannover vor. (ASD, LO Hamburg). Da der Brief erst unter veränderten Bedingungen ein Jahr nach den Verhandlungen mit der KPD geschrieben wurde, stellt er die Ereignisse teilweise etwas verzerrt dar; dennoch spricht vieles für eine solche sinnmäßige Äußerung Dettmanns.
- ³² Meitmann an »Liebe Genossen« (ASD, LO Hamburg). In ähnlichem Sinne will sich Meitmann auch gegenüber Dettmann geäußert haben: »Wir sehen klar voraus, daß es dann niemals zu einer Einheit kommen wird, daß wir im günstigsten Falle nebeneinander stehen würden, sehr wahrscheinlich aber sehr bald danach gegeneinander stehen, weil wir überzeugt sind, daß Ihr nicht frei in Euren Entscheidungen seid.« Meitmann an PV v. 11. 7. 46, s. Anm. 31.
- ³³ Paul Tastesen, Warum kam in Hamburg die Einheit nicht zustande? Ein Jahr Einheitsbewegung in Hamburg, in: Weg und Ziel, Jg. 1946, Nr. 7/8, S. 7.
- ³⁴ Daten der Landesorganisation . . . (ASD, LO Hamburg).
- ³⁵ Diese Beisitzer waren: Willi Elsner, Lorenz Borchers, Hellmut Kalbitzer, Adolf Keilhack, August Kirch, Paula Karpinski, Paul Bugdahn, August Blume, Carl Gehrman, Hermann Sönnichsen, Otto Günther, Ludwig Sellmer, Ernst Tessler, Max Thoma, Max Sittenfeld, Max Hockenholz, Paul Bergmann, Claus Umland, Ernst Kähler und Albert Schaumann.
- ³⁶ Daten der Landesorganisation (ASD, LO Hamburg).
- ³⁷ Meitmann an PV v. 11. 7. 1946 (ASD, Bestand Schumacher J 2).
- ³⁸ Ebda.; diese Zahl ist eher zu hoch als zu niedrig.
- ³⁹ Vgl. Witt, a.a.O., S. 53; durch Veränderungen des Hamburger Stadtgebiets enthält dieser Vergleich einen erheblichen Unsicherheitsfaktor.
- ⁴⁰ Kaden, a.a.O., S. 63.
- ⁴¹ Vgl. auch Tastesen, Warum kam in Hamburg die Einheit nicht zustande? S. 8.
- ⁴² Der Aufruf ist abgedruckt in: Keesing's Archiv der Gegenwart, 15. Jg. (1945), S. 353 F; auch im Hamburger Nachrichten-Blatt Nr. 63 v. 7. August 1945.
- ⁴³ Keesing's Archiv der Gegenwart, 15. Jg. (1945), S. 371 B.
- ⁴⁴ Meitmann an »Liebe Genossen« (ASD, LO Hamburg). — Den Ablauf der Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt bestätigen auch mehrere Interviewpartner. So Walter Schmedemann (Interview am 26. 4. 1974), Friedrich Dethlefs (Interview am 29. 4. 1974), unter besonderer Betonung der Argumente der KPD auch Paul Tastesen (Interview am 30. 4. 1974).
- ⁴⁵ Tastesen: Warum kam in Hamburg die Einheit nicht zustande?, S. 8.
- ⁴⁶ Meitmann an »Liebe Genossen« (ASD, LO Hamburg).

- 47 Ebda.
- 48 SPD-Landesorganisation Hamburg an Militärregierung v. 16. 8. 1945 (ASD, LO Hamburg).
- 49 Ebda. — Es wurden acht Fragen an die Militärregierung formuliert: 1. Können wir sofort, oder von welchem Tage ab, Zusammenkünfte unserer Anhänger veranstalten? 2. Unterliegen diese Zusammenkünfte der Anmeldepflicht? 3. Wenn ja, bei welcher Behörde müßten die Anmeldungen erfolgen? 4. Unterliegt die Zahl der Versammelten einer Beschränkung? 5. Wenn ja, wieviel Personen dürfen sich jeweils versammeln? 6. Wird dem Vorsitzenden unserer Partei erlaubt sein, in einer Ansprache durch den Rundfunk eine erste Zusammenkunft unserer Mitglieder aus der Verbotszeit bekannt zu geben? 7. Unterliegt die Herstellung und Weitergabe von schriftlichen Anweisungen und Unterrichtungen an unsere Mitglieder einer Beschränkung? 8. Wenn ja, worin besteht diese Beschränkung? — Die Antwort der Militärregierung vom 1. September 1945 (ASD, LO Hamburg) verwies auf baldige genaue Richtlinien.
- 50 Die entsprechenden Dokumente lagen allerdings nicht vor.
- 51 Meitmann an »Liebe Genossen!« (ASD, LO Hamburg).
- 52 Das Original mit den zehn Unterschriften befindet sich Fst. 11/E 2—6. Die später gedruckte Fassung liegt u. a. im Archiv Tastesen vor; nach ihr wird auch zitiert. Auch abgedruckt in: Dokumente und Materialien . . ., S. 112/13.
- 53 »Sozialdemokraten! Kommunisten!« (Archiv Tastesen).
- 54 Ebda.
- 55 Ebda.
- 56 Entwurf »Sozialdemokraten, Kommunisten Hamburgs«, masch., ohne Datierung, mit dem handschriftlichen Zusatz »Entwurf v. S. P. abgelehnt« (Archiv Tastesen).
- 57 Kaden, a.a.O., S. 61, spricht von drei Gruppen, ohne jedoch ausreichend zu differenzieren, wie es vorstehend versucht wird.
- 58 Kaden, a.a.O., S. 62.
- 59 Hamburg 1945. Ansprachen von Bürgermeister Rudolf Petersen, Bürgermeister Adolph Schönfelder und Senator Heinrich Landahl. Hamburg 1945, S. 40 f.
- 60 »Hamburger Nachrichten-Blatt« v. 6. 8. 1945.
- 61 Flugblatt »Herrn Severings ›Stimme seines deutschen Herzens‹. Eine notwendige Aufklärung für Leute mit schlechtem Gedächtnis«. Fst. 11/E 2—6.
- 62 Ebda.
- 63 So Meitmann in dem Brief an den PV v. 11. 7. 1946 (ASD, Bestand Schumacher J 2).
- 64 Ebda. — Aus dem »Protokoll einer Sitzung [der SPD] am Montag, den 27. August 1945, im Republikan. Hof Altona« (ASD, LO Hamburg) geht jedoch hervor, daß Meitmann damals keineswegs eine so harte Haltung gegenüber den Kommunisten eingenommen hat, sondern eher bemüht war, die Flugblattangelegenheit herunterzuspielen.
- 65 Dazu das Schriftstück mit den Unterschriften von Dettmann, Grünert, Westphal, Tastesen und Dethlefs, datiert vom 20. August 1945, Fst. 11/E 2—6.
- 66 Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg, 1. September 1945, S. 2.
- 67 Vgl. Die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie. Bericht über Vor-

- geschichte und Verlauf der sozialdemokratischen Parteikonferenz von Hannover vom 5.—7. Oktober 1945. London 1945, S. 3.
- 68 Brief Schumachers an die LO Hamburg v. 17. 8. 1945 (ASD, LO Hamburg). Dieser kurze Brief ist der erste schriftliche Beleg für die Kontakte zwischen Hamburg und Hannover; es gab jedoch auch schon vorher Verbindungen.
- 69 Unter Vernachlässigung der anderen Gesichtspunkte wird im folgenden nur der Einheitsaspekt behandelt werden.
- 70 Schumacher, Kurt: Konsequenzen deutscher Politik. Aufruf vom Sommer 1945. In: Kurt Schumacher, Reden und Schriften. Berlin 1962, S. 33.
- 71 Zit. nach Ritzel, Heinrich G., Kurt Schumacher in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Hamburg 1972 (= rowohlt's monographien 184), S. 48.
- 72 Vgl. Kaden, a.a.O., S. 62.
- 73 Dieser Besuch fand am 27. 8. 1945 statt.
- 74 Mitteilungsblatt v. 1. September 1945, S. 1 f.
- 75 Daten der Landesorganisation . . ., (ASD, LO Hamburg).
- 76 Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 2 v. 8. September 1945, S. 2.
- 77 SPD-Landesorganisation Hamburg. Rundschreiben Org./3/14. 9. 45, S. 1.
- 78 Ebda.
- 79 Schreiben des SPD-Vorstandes in London vom August 1945 »An Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei«. Fst. 11/E 2—6. Zur Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten heißt es: »Anregungen der Kommunisten auf Bildung einer Einheitspartei oder zu örtlichen oder bezirklichen Verhandlungen über die Bildung einer Einheitspartei sind abzulehnen. Die Frage der Bildung einer Einheitspartei mit den Kommunisten setzt die Klärung wichtiger prinzipieller Fragen voraus: Zielsetzung und Politik einer solchen Partei, Stellung zur Demokratie . . . Diese Fragen können nicht auf örtlicher oder bezirklicher Basis entschieden werden. Über sie kann nur eine Tagung der Gesamtpartei entscheiden unter Berücksichtigung der Bedingungen und Erfahrungen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung.« Die prozeduralen Vorstellungen von Exilvorstand und KPD decken sich damit weitgehend, wenn auch mit anderen Absichten.
- 80 Vgl. hierzu auch das nachfolgende Kapitel.
- 81 »Entwurf einer Diskussionsgrundlage zur Erzielung der ideologischen Klarheit in KP und SP« (Fst. 11/E 2—6, auch: ASD, LO Hamburg).
- 82 Ebda.
- 83 Ebda.
- 84 Vgl. Flechtheim, a.a.O., S. 156 f.
- 85 »Entwurf einer Diskussionsgrundlage . . .«, Fst. 11/E 2—6.
- 86 Ebda.
- 87 Ebda.
- 88 Ebda.
- 89 Zu diesem Teil von Meitmanns Schreiben vgl. Kaden, a.a.O., S. 67.
- 90 SPD LO Hamburg an Bezirksleitung der KP, Bezirk Wasserkante, vom 1. Oktober 1945. Fst. 11/E 2—6.
- 91 Ebda.
- 92 Die Möglichkeit von Wahlen nahm damals konkretere Formen an, denn in einem Schreiben vom 8. Oktober kündigte die Militärregierung die Bildung eines »Repräsentativen Rates« an, »der die Gesamtheit der Hansestadt Hamburg repräsentiert. Dieser Rat wird Bürgerschaft genannt werden.« (Zit. nach dem entsprechenden Brief an Dettmann. Archiv Tastesen.) Zwar

handelt es sich um ein ernanntes Gremium, die einzelnen Gruppen erhielten aber das Recht, nach bestimmten Richtlinien ihre Kandidaten auszuwählen und vorzuschlagen. Die obige Diskussion wurde aber möglicherweise auch schon mit Blick auf freie Bürgerschaftswahlen geführt.

- 93 »Protokoll der A.[ktions] A.[usschußsitzung] vom 13. 10. 1945«, mit dem handschriftlichen Zusatz Tastesens »Letzte Aktions-Ausschuß-Sitzung im P.[artei] B.[üro] der S.P.D.« (Archiv Tastesen).
- 94 Ebda.
- 95 Ebda.
- 96 Vgl. Mitteilungsblatt vom 1. September 1945, S. 5.
- 97 Kaden, a.a.O., S. 68.
- 98 Vgl. dazu Kapitel 6.
- 99 Meitmann an PV Hannover v. 11. 7. 1946 (ASD, Bestand Schumacher J 2).
- 100 Abschrift des Protokolls einer »Besprechung [von KPD-Vertretern] mit Karl Meitmann am 27. März 1946« (Archiv Grunert). — Meitmann weist in diesem Schriftstück den Hinweis der Kommunisten auf seine damalige Äußerung nicht zurück, sondern erklärt sie mit inzwischen veränderten Umständen.

5. Kapitel

- 1 Zu den tiefergehenden Gründen für den Wandlungsprozeß, auf den an dieser Stelle nicht näher einzugehen ist, vgl. Sywottek, S. 23 ff. u. S. 97 ff.
- 2 Zit. nach Vietzke, S. 122 f.
- 3 Vgl. Vietzke, a.a.O., S. 144.
- 4 Vietzke, a.a.O., S. 151.
- 5 Vietzke, a.a.O., S. 143.
- 6 Zit. nach Vietzke, a.a.O., S. 154.
- 7 Vietzke, a.a.O., S. 169.
- 8 Vgl. Vietzke, a.a.O., S. 171; zum Hintergrund der Resolution auch Sywottek, a.a.O., S. 33 f.
- 9 So Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern; zit. nach Vietzke, a.a.O., S. 211.
- 10 Vgl. Sywottek, a.a.O., S. 44.
- 11 Vietzke, a.a.O., S. 213.
- 12 Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 122 f.
- 13 Zit. nach Sywottek, a.a.O., S. 58.
- 14 Zit. nach Sywottek, a.a.O., S. 60.
- 15 Zit. nach Sywottek, a.a.O., S. 89.
- 16 Vgl. Sywottek, a.a.O., S. 89 ff.
- 17 Sywottek, a.a.O., S. 91.
- 18 Der Aufruf ist abgedruckt in: Dokumente und Materialien, S. 14—20.
- 19 Dokumente und Materialien, S. 18.
- 20 Dokumente und Materialien, S. 19. — Diese Kriegsverbrecher werden zu Beginn des Aufrufs näher genannt. »... Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.«

- 21 Dokumente und Materialien, S. 19.
- 22 Ebda.
- 23 Dokumente und Materialien, S. 18.
- 24 Vgl. auch den Artikel Wilhelm Piecks vom 13. Juni 1945 »Feste Einheit der demokratischen Kräfte«, in: Dokumente und Materialien, S. 26.
- 25 Vgl. Stern, a.a.O., S. 16 ff.
- 26 Vgl. Dokumente und Materialien, S. 41.
- 27 Zit. nach Sywottek, a.a.O., S. 206.
- 28 Protokoll der Verhandlungen der Parteiarbeiterkonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Wasserkante, in Hamburg am 1. und 2. 12. 45 (Archiv Grunert), S. 10.
- 29 Vgl. dazu Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? in: Einheit. Monatsschr. zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Berlin 1946 Heft 1, S. 22—32.
- 30 Vgl. Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1972, S. 313 ff.; Brief Ulbrichts an Dimitroff v. 9. 5. 1945, in: Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II 1933—1945, S. 417. — Vgl. auch »Volk in Not! Wir helfen! Bericht zur Bezirks-Delegierten-Konferenz der KPD in Hamburg am 1. und 2. Dezember 1945, Fst. 11/E 2—6: »Aus der Illegalität ist die Partei . . . in fast allen Orten des Bezirks Wasserkante an die Arbeit für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterbewegung gegangen, ohne daß eine Anweisung von der B. L. oder des ZK der KPD vorlag . . .«
- 31 Vgl. dazu Leonhard, a.a.O., S. 315 ff., über die Arbeit des Komitees in Berlin-Charlottenburg.
- 32 Vgl. S. 61. Auch die Ablehnung des Begriffs »sozialistisch« durch Paul Tastesen beruhte nicht auf irgendwelchen programmatischen Direktiven, sondern seiner subjektiven Einschätzung der Lage. Dies betonte er in dem Interview mit dem Verfasser am 30. 4. 1974.
- 33 Entwurf »Aktionsprogramm« (Archiv Tastesen), S. 2.
- 34 Ebda., P. 4.
- 35 Ebda.
- 36 Ebda., P. 6.
- 37 Ebda., P. 5.
- 38 Ebda.
- 39 Eine genaue Datierung ist nicht möglich.
- 40 Entwurf »Aufruf und Aktionsprogramm der K.P.D. Wasserkante. Ortsleitung Hamburg« (Archiv Tastesen), S. 5.
- 41 Brief der BL der KPD an den Vorstand der SPD Hamburg vom 19. 9. 1945, Fst. 11/E 2—6, S. 1 f.
- 42 »Bericht aus einer Rede von Paul Tastesen, Schule Seilerstraße, vor Parteifunktionären«, September 1945 (Archiv Grunert), S. 1 u. 3.
- 43 Brief der BL der KPD . . . v. 19. 9. 1945, Fst. 11/E 2—6.
- 44 Ebda.
- 45 Sywottek, a.a.O., S. 201.
- 46 Bericht Rede Tastesen (Archiv Grunert), S. 3.
- 47 Ebda.
- 48 BL der KPD Wasserkante an den Vorstand des »Hamburger Club von 1945«, zu Händen von Herrn Dr. jur. Adolf W. Remé vom 1. 10. 1945 (Archiv Tastesen), S. 1.

- 49 Ebda.
 50 Ebda.
 51 Ebda.
 52 Ebda.
 53 Ebda.
 54 Ebda.
 55 In dem schon angeführten Interview erwähnt Tastesen Verhandlungen mit Christian Koch (Staatspartei), Heinrich Landahl (Staatspartei) und Heinrich Eisenbarth (SPD) zum Zwecke des Parteienbündnisses.
 56 Brief der KPD Wasserkante an die SPD Hamburg v. 19. 9. 1945, Fst. 11/E 2—6.
 57 Ebda.
 58 »Entwurf einer Diskussionsgrundlage . . .«, Fst. 11/E 2—6.
 59 Im Sommer 1945 fanden auch Verhandlungen von CDU und FDP in Hamburg mit dem Ziele engerer Zusammenarbeit statt.
 60 Der Gedanke, die Koalitionspolitik der Weimarer Zeit fortzusetzen, dominierte zu dieser Zeit noch keineswegs.
 61 »Volk in Not! Wir helfen!« Fst. 11/E 2—6.
 62 »Bericht der bisherigen Arbeit und nächste Aufgaben der B. L. Abteilung Agit. und Prop.«, ebda.
 63 »Unsere Schulungsarbeit«, ebda.
 64 Ebda.
 65 Bericht Rede Tastesen (Archiv Grunert), S. 3.
 66 »Die Kader entscheiden alles«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6, S. 10.
 67 »Unsere Schulungsarbeit«, ebda.
 68 Ebda.
 69 Ebda.
 70 Dazu eine Liste der Schulungsthemen in: »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz der KPD Hamburg, 28. Oktober 1945«, Arbeitsplan der Agitpropabteilung (Archiv Tastesen), S. 2: »1. Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf. 2. Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront. 3. Faschismus und Krieg. 4. Mitschuld und Mitverantwortung des deutschen Volkes und seine Pflicht zur Wiedergutmachung. 5. Zur Frage der Demokratie und der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umbildung Deutschlands. 6. Deutschlands Zukunft laut Potsdamer Beschlüsse. 7. Der vaterländische Krieg der Sowjetunion. 8. Organisation und Aufgaben der Gewerkschaften.«
 71 »Unsere Schulungsarbeit«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6.
 72 Ebda.
 73 »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz . . .«, Arbeitsplan der Agitpropabteilung . . . (Archiv Tastesen), S. 2.
 74 »Die Kader entscheiden alles«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6.
 75 Ebda.
 76 Ebda.
 77 Ebda.
 78 »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz . . .« (Archiv Tastesen), Arbeitsplan der Kaderabteilung [S. 1].
 79 Ebda.
 80 »Die Kader entscheiden alles«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6.

- 81 Ebda.
- 82 Ebda.
- 83 »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz . . .« (Archiv Tastesen), S. 2.
- 84 »Die Kader entscheiden alles«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6.
- 85 Ebda.
- 86 Ebda.
- 87 Ebda. — Zum Wesen des »demokratischen Zentralismus« vgl. Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Berlin 1960, S. 607 f.
- 88 »Die Kader entscheiden alles«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6.
- 89 Ebda.
- 90 Ebda. — Bei der Bezeichnung der Gruppenmitglieder schwankt die Schrift zwischen »Genossen« und »Kameraden«.
- 91 Ebda.
- 92 Ebda.
- 93 Ebda.
- 94 Bericht Rede Tastesen (Archiv Grunert), S. 3.
- 95 »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz . . .« (Archiv Tastesen), Arbeitsplan der Frauenabteilung [S. 1]. Die oben gegebene programmatische Aussage der KPD steht in einem gewissen Widerspruch zu der Tatsache, daß offenbar doch eine eigene Frauenabteilung existierte.
- 96 Ebda.
- 97 »Die Kader entscheiden alles«, in: »Volk in Not«, Fst. 11/E 2—6.
- 98 Ebda.
- 99 Ebda.
- 100 Ebda.
- 101 Ebda.
- 102 Ebda.
- 103 Ebda.
- 104 Ebda.
- 105 »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz . . .« (Archiv Tastesen). Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, S. 2.
- 106 »Erste Stadt-Delegierten-Konferenz . . .« (Archiv Tastesen), Betriebsrätebewegung [S. 1].
- 107 Ebda. — Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, S. 2. Vgl. auch »Volk in Not! Wir helfen!« Fst. 11/E 2—6, S. 3: »Die Anweisungen unseres Zentralkomitees der Kommunist. Partei Deutschlands, keinerlei Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu leisten, ist in allen Ortsgruppen der Kommunist. Partei . . . strikte befolgt.«
- 108 Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (Archiv Tastesen), S. 2.
- 109 Dies war vom Aktionsausschuß beschlossen worden.
- 110 Vgl. dazu auch das Material in: ASD, LO Hamburg.
- 111 Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (Archiv Tastesen), S. 3.
- 112 »Volk in Not!«, Fst. 11/E 2—6, Betriebsräte-Bewegung [S. 1].
- 113 Ebda.
- 114 »Volk in Not!«, Fst. 11/E 2—6, Arbeitsbericht der Hamburger Stadtleitung, S. 2.
- 115 »Volk in Not!«, Fst. 11/E 2—6, Betriebsräte-Bewegung [S. 1].
- 116 »Volk in Not!«, Fst. 11/E 2—6, Arbeitsbericht der Hamburger Stadtleitung, S. 2.
- 117 Vgl. dazu Kapitel 5.

- ¹¹⁸ Zur Datierung des Umschwungs vgl. Kaden, a.a.O., S. 172, Anm. 382; Leonhard, a.a.O., S. 384 ff., Sywottek, a.a.O., S. 208.
- ¹¹⁹ Erich Arp an Dr. Kurt Schumacher v. 24. 11. 45 (ASD, Bestand Schumacher, J 1).
- ¹²⁰ Auch die Herausgabe des Severing-Flugblattes und die mangelnde Aktivität der Hamburger KPD bei propagandistisch ausgenutzten Schuttaufräumaktionen wurden nach Arps Angaben gerügt.
- ¹²¹ Vgl. Kaden, a.a.O., S. 172, Anm. 382.
- ¹²² Protokoll der 1. Parteiarbeiterkonferenz . . . am 1. und 2. Dezember 1945 (Archiv Grunert), [S. 1] (Erich Hoffmann).
- ¹²³ Ebda. S. 17 (Dettmann, auch andere Redner). Zur Geschichte des Begriffs vgl. Sywottek, a.a.O., S. 82, der ihn bis in die Mitte der dreißiger Jahre zurück belegt.
- ¹²⁴ Protokoll der 1. Parteiarbeiterkonferenz (Archiv Grunert), S. 4.
- ¹²⁵ Ebda.
- ¹²⁶ Ebda., S. 5. Vgl. auch den Artikel Piecks von 1935 bei Sywottek, a.a.O., S. 39, der dem Redeauszug Dettmanns verblüffend gleicht: »Im April 1935 hatte Pieck festgestellt, die Linie der KPD sei »vollständig richtig« gewesen, in ihrer praktischen Durchführung seien jedoch große Schwächen und . . . Fehler hervorgetreten, die zum großen Teil dem inzwischen aus der KPD ausgeschlossenen führenden Funktionär Heinz Neumann anzulasten seien.«
- ¹²⁷ Protokoll der 1. Parteiarbeiterkonferenz (Archiv Grunert), S. 5.
- ¹²⁸ Ebda.
- ¹²⁹ Ebda., S. 10a.
- ¹³⁰ Ebda., S. 13.
- ¹³¹ Ebda., S. 14; von »erst eine Ausrichtung . . .« bis zum Ende des Zitats durch Unterstreichung hervorgehoben.
- ¹³² Ebda.
- ¹³³ Ebda., S. 15.
- ¹³⁴ Ebda., S. 16; von »stellt heute . . .« bis »keine sozialistischen Forderungen« durch Unterstreichung hervorgehoben.
- ¹³⁵ Ebda., S. 16.
- ¹³⁶ So wurde z. B. auf Zustände in der Hamburger Verwaltung hingewiesen sowie auf die Bürgermeisterwahl in Barsbüttel, einem Vorort Hamburgs, bei der es dem »ehemaligen Nazibürgermeister« gelungen sei, noch 285 Stimmen auf sich zu vereinigen. Ebda., S. 14 f. Siehe auch den »Aufruf an alle Mitglieder der KPD Groß-Hamburg« im Anhang zum Parteitagprotokoll, S. 2: »Der Faschismus ist nicht tot. Der beste Weg zur Einheit ist der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus.« Hinweise auf den Fortbestand des Faschismus wurden regelmäßig mit dem Appell an die Sozialdemokraten verbunden, eine einheitliche Front gegen diese Tendenzen zu bilden.
- ¹³⁷ Ebda., S. 53 (Dettmann): »Wir handeln so, weil wir gar nicht daran denken, der Sozialdemokrat. Partei oder einer der bürgerlichen Parteien irgendwelche Mitglieder wegzuschnappen. Uns kommt es darauf an, den wirksamsten Kampf gegen das Nazitum zu führen.« In starkem Gegensatz zu diesen Gemeinsamkeitsappellen steht allerdings eine andere Bemerkung Dettmanns: »Ich sage es nicht von mir allein, sondern im Auftrage der Bezirksleitung der KPD Wasserkante, daß wir, weil wir verantwortlich sind,

die Frage der Führung durch unsere Partei stellen. Wir stellen als Kommunisten den absoluten Führungsanspruch.«

138 Ebda., S. 17.

139 »Entschließung« im Anhang zum Parteitagprotokoll [S. 1].

140 Ebda.

141 Ebda., S. 2.

142 Zit. nach Kaden, a.a.O., S. 213.

143 Zit. nach ebda.

144 Vgl. in diesem Zusammenhang die Bemerkungen Kadens über das Stenogramm, a.a.O., S. 204, Anm. 451. — Ebenso der Brief, unterzeichnet von den führenden Hamburger Kommunisten, an Paul Tastesen vom 29. 12. 1945 (Archiv Tastesen), wo es heißt: »Das wichtigste politische Ereignis ist wohl die gemeinsame Delegierten-Konferenz im Parteihaus der SP Berlin, an der je 30 Delegierte der SP und KP aus der gesamten sowjetischen Zone teilnahmen. Die Tagesordnung war: 1. Die Einheit der Arbeiterklasse. 2. Die Gemeindewahlen in der amerikanischen Zone. 3. Der Aufbau der Gewerkschaften. Es wurde eine Entschließung angenommen, die sehr positiv ist. Ein Stenogramm von dieser Konferenz lege ich bei. Du siehst also, daß es dort mit Volldampf voraus geht.«

145 Vgl. Weber, *Die Wandlung . . .*, Bd. II, S. 269. — Der bei Weber nicht genannte Grund für Schaibles späteren Ausschluß aus der KPD lag darin, daß er während seiner Gefangenschaft in Afrika Texte für nationalsozialistische Kriegslieder geliefert hat. — Hierzu auch der erwähnte Brief Arps an Schumacher v. 24. 11. 1945 (ASD, Bestand Schumacher, J 1), wo es heißt: »Die Kommunisten haben eine illegale hektographierte Zeitschrift für ihre Funktionäre in Hamburg herausgebracht . . ., die übrigens interessanterweise redigiert wird von Richard Scheible[!], der als Soldat in Afrika das Panzerwagenlied für die Rommel-Armee gedichtet hat.«

146 »Referat des Genossen Schaible auf der Parteiarbeiterversammlung der KPD, Groß-Hamburg, am 30. 12. 1945« (Archiv Tastesen).

147 Ebda.

148 Schaible spielte mit seinen Bemerkungen auf einen Briefwechsel zwischen SPD und KPD zum Jahreswechsel 1945/46 an, auf den im nächsten Kapitel eingegangen wird.

149 »Referat Schaible«, Archiv Tastesen, S. 2.

150 Ebda.

151 So soll sich Dettmann in einem Radiovortrag wenige Tage nach der Parteiarbeiterkonferenz geäußert haben. Fst. 11/E 2—6.

152 »Referat Schaible« (Archiv Tastesen), S. 2 f.

153 Ebda. — Die mangelnde Verbindung der Mittelschichten mit der Arbeiterklasse wie die verhängnisvolle Trennung von Stadt und Land waren für Schaible auch die Lehren aus den Parlamentswahlen in Österreich.

154 Ebda.

155 Vgl. Kaden, a.a.O., S. 314.

156 »Referat Schaible« (Archiv Tastesen), S. 6.

157 Vgl. »Entschließungen« (als Anhang an SP/KP Material) vom 30. 12. 1945 (Archiv Tastesen).

158 Ebda.

159 Ebda.

160 Protokoll der 1. Parteikonferenz (Archiv Grunert), S. 8.

6. Kapitel

- 1 Von der SPD ist bekannt, daß sie sich Ende 1945 bereits in 10 Kreise, 50 Distrikte und 318 Bezirke gliederte und etwa 12 000 Mitglieder umfaßte, eine Mitgliederzahl, die sich im ersten Quartal 1946 mehr als verdoppelte. Hierzu auch die »Organisatorische Gliederung des Partei O.V. Groß-Hamburg« (Vermerk Meitmanns: beschlossen 3/9 45), (ASD, LO Hamburg). — Der Mitgliederstand der KPD dürfte dem der SPD etwa entsprechen haben. Brief der KPD Wasserkante an die Kreisleitungen und Ortsgruppen der KPD vom 9. Juni 1946 (Archiv Grunert), S. 2, wo für Mai 1946 die Mitgliederzahl für Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen mit 33 381 angegeben wurde, wovon etwa die Hälfte auf Hamburg entfiel.
- 2 Mitteilungsblatt Nr. 7 v. 13. Oktober 1945, S. 5 f. — Zu diesem Bericht des Hamburger SPD-Mitteilungsblattes über die Konferenz von Wennigsen auch der Brief Schumachers an Meitmann v. 31. 10. 45 (ASD, LO Hamburg), wo es heißt: »Euer informatorischer Bericht über die Tagung von Wennigsen ist sicher eine sehr gute und belebende Angelegenheit. Allerdings wäre es mir politisch und persönlich lieber gewesen, wenn gewisse, mehr zufällige Zusammentreffen von Genossen außerhalb der Tagung am Freitag nicht so offiziell aufgemacht worden wären, denn ich hatte mich verpflichtet, keinerlei Sondertagungen zuzulassen . . . Die Engländer behandeln aber mir gegenüber die ganze Konferenzangelegenheit sehr vornehm, ich möchte aber keine schriftliche Unterlage dafür in ihren Händen wissen, die ihnen eine Berechtigung zu einer evtl. etwas weniger vornehmen Behandlung geben könnte.«
- 3 Vgl. »Resolution Hamburg« (Zur Konferenz von Wennigsen) (ASD, LO Hamburg), S. 2.
- 4 Mitteilungsblatt Nr. 7 v. 13. 10. 1945, S. 5; auch: Die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie, S. 12 ff.
- 5 Mitteilungsblatt Nr. 7 v. 13. 10. 1945, S. 5.
- 6 Brief der KPD, Bezirk Wasserkante / Vorbereitender Ausschuß, an den Vorstand der SPD, Landesorganisation Hamburg, vom 14. 11. 45. Fst. 11/E 2—6.
- 7 Namentlich erwähnt wurde Wilhelm Petersen, der im Mai 1933 der Gewerkschaftsfraktion angehört hatte.
- 8 Brief der KPD v. 14. 11. 45, Fst. 11/E 2—6, S. 2.
- 9 Brief der SPD Hamburg an die KPD, Bezirk Wasserkante / Vorbereitender Ausschuß, v. 30. 11. 1945. Fst. 11/E 2—6.
- 10 Brief der KPD, Bez. Wasserkante / Pol. Sekretär, an die SPD, Landesorganisation Hamburg, v. 6. Dezember 1945. Fst. 11/E 2—6.
- 11 Vgl. auch »Weg und Ziel«, Jg. 1946, Nr. 5 v. 9. 5. 1946, S. 2, wo eine Reihe von Stadtteilen aufgeführt wird, in denen es kommunalpolitische Ausschüsse gegeben haben soll, die jedoch nicht im einzelnen zu verfolgen sind.
- 12 Brief des »Kommunalpolitischen Ausschusses der SP und KP Distrikt Langenhorn« an den Vorstand der SP Hamburg v. 27. November 1945. Fst. 11/E 2—6.
- 13 »Bericht« [über die erste öffentliche Versammlung der KPD im Stadtteil Barmbek] v. 9. 12. 45, Fst. 11/E 2—6. Nach diesem Bericht wiederholte der KPD-Redner Albin Stobwasser die Grundzüge der KPD-Politik im Sinne des antifaschistisch-demokratischen Einheitskonzeptes.

- ¹⁴ Protokoll der »Sitzung am 10. 11. 1945, abds. 18 Uhr, Hamburg-Moorfleth«, dat. v. 12. 11. 1945, Fst. 11/E 2—6, S. 2.
- ¹⁵ »Rundschreiben Büro Dr. Schumacher an die Bezirksvorstände der Sozialdemokr. Partei Deutschlands in den westlichen Besatzungszonen vom 15. 9. 1945« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁶ Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist ein Brief des Betriebsrats von Menck u. Hambrook an die Parteivorstände von SPD und KPD vom 3. Dezember, Fst. 11/E 2—6. Aus diesem Brief geht hervor, daß der Betriebsrat zwar etwas von der Existenz eines Aktionsausschusses und der Absicht, Produktionsplanungen durchzuführen, gehört hatte, aber keinerlei genauere Informationen besaß. Die Nachwirkungen des Aktionsausschusses waren damit Anfang Dezember nur noch schemenhaft erkennbar; viel mehr als die Tatsache, daß es einen solchen Ausschuß einmal gegeben hatte, war nicht übriggeblieben.
- ¹⁷ Brief der Distriktsleitung Billstedt-Horn an den PV der SPD-Landesorganisation v. 15. 11. 1945 mit dem anliegenden »Bericht«, Fst. 11/E 2—6, beide unterzeichnet von Karl Strutz, Mitglied der Bürgerschaft 1946—1974.
- ¹⁸ »Bericht«, Fst. 11/E 2—6 [S. 1].
- ¹⁹ »Aktennotiz« v. 5. 12. 45 (ASD, LO Hamburg).
- ²⁰ Brief von Fiete Dethlefs, Jan Westphal u. a. an Paul Tastesen vom 29. 12. 1945 (Archiv Tastesen), S. 1. — Unter den sozialdemokratischen Unterlagen finden sich keinerlei Hinweise auf diese Zusammenkunft, die zumindest keinen offiziellen Charakter gehabt zu haben scheint; auch mehrere Interviews geben keinerlei Aufschlüsse. So finden sich lediglich mehrere Hinweise in den Materialien der KPD, die die Existenz einer solchen Zusammenkunft als sicher erscheinen lassen. Wer im einzelnen teilgenommen hat und ob sich Einflüsse der Berliner Sechziger-Konferenz bemerkbar gemacht haben, konnte ebensowenig festgestellt werden wie das genaue Datum des Treffens. — In dem »Referat des Genossen Schaible ...« (Archiv Tastesen) [S. 1] heißt es: »So wie ich Euch mit dem Bericht von der gemeinsamen Tagung der Zentralinstanzen von SPD und KPD in Berlin eine freudige Mitteilung machen konnte, bin ich in der Lage, Euch mitzuteilen, daß ungefähr zur selben Zeit in Hamburg eine Funktionärsversammlung der SPD stattgefunden hat, in der mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, Richtung auf eine engere Zusammenarbeit mit der KPD zu nehmen ...«
- ²¹ Vgl. Entwurf des Schreibens der SPD Hamburg an die Bezirksleitung Waserkante der KPD. Fst. 11/E 2—6. Der Brief lag nur im Entwurf vor; da jedoch einige Passagen des tatsächlichen Schreibens in der KPD-Antwort wiederholt worden sind und mit dem Entwurf übereinstimmen, dürfte kaum ein oder nur ein geringer Unterschied zum endgültigen Text bestanden haben.
- ²² Ebda. [S. 1].
- ²³ Ebda.
- ²⁴ Ebda. [S. 1] f.
- ²⁵ Ebda., S. 2.
- ²⁶ Ebda.
- ²⁷ Ebda.
- ²⁸ Ebda.
- ²⁹ Ebda., S. 3.
- ³⁰ Ein Beispiel für diese Einstellung findet sich im »Referat des Genossen

- Schaible . . . « (Archiv Tastesen), S. 6: »Wir haben keinen Grund zu der Annahme, daß der Genosse Meitmann, daß die SPD-Genossen nicht mehr zu diesem Aktionsprogramm stehen.«
- 31 Brief Schaibles an Paul Tastesen vom 8. Januar 1946 (Archiv Tastesen): »Wenn man Dir am 29. schon von einer Kollektivantwort auf das Schreiben Meitmanns erzählt hat, so war das etwas voreilig, denn die eigentliche Antwort wurde erst am 3. Januar fertiggestellt. Im übrigen ist diese endgültige Fassung der vierte Entwurf gewesen. Du siehst also daraus, daß wir diese Sache nicht auf die leichte Schulter genommen haben. Das durften wir ja auch nicht, denn schließlich ist ja der Einheitsblock aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und in ihm die Aktionseinheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter der Angelpunkt unserer gesamten Politik in der gegenwärtigen Periode.«
- 32 Brief der KPD, Bezirk Wasserkante / Pol. Sekretär, an SPD, LO Hamburg v. 27. Dezember 1945, Fst. 11/E 2—6.
- 33 »Wir wollen darum Zerschlagung der Trusts, Kartelle und Syndikate, der Bankkonzerne und Überführung ihrer Betriebe in die öffentliche Hand.«
- 34 »Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hand der Selbstverwaltungsorgane, der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.«
- 35 Brief der KPD, Bezirk Hamburg/Wasserkante, an die SPD, Landesorganisation Hamburg, v. 3. Januar 1946, Fst. 11/E 2—6, S. 2. Auch vervielfältigt im Archiv Tastesen.
- 36 Ebda.
- 37 Ebda.
- 38 Ebda.
- 39 Ebda., S. 4.
- 40 Ebda., S. 7.
- 41 Die etwas unbestimmte Haltung kam zum Jahreswechsel auch in einem Artikel des Mitteilungsblattes Jg. 1946, Nr. 1, S. 2, zum Ausdruck: »Wenden wir den Blick . . . zu den Kommunisten hin, mit deren Anhängern die Sozialdemokraten in den zwölf Jahren des Naziterrors Seite an Seite gestanden und gelitten haben, so darf bei aller Kameradschaftlichkeit und dem Gefühl einer weitreichenden Zusammengehörigkeit nicht außer acht gelassen werden, daß auch ihr Bekenntnis zur Demokratie noch ein zu junges ist, um als Gewähr für die Zukunft gelten zu können.«
- 42 Vgl. Kaden, a.a.O., S. 220.
- 43 Mitteilungsblatt Jg. 1946, Nr. 3, S. 4.
- 44 Brief der SPD Hamburg an Kurt Schumacher, Hannover, vom 17. Januar 1946 (ASD, LO Hamburg); auch bei Kaden, a.a.O., S. 223, Anm. 495.
- 45 Für den 27. Januar war der erste SPD-Landesparteitag nach dem Zusammenbruch vorgesehen.
- 46 Brief der SPD an Schumacher vom 17. 1. 46 (ASD, LO Hamburg), S. 1 f.
- 47 Ein Antwortbrief der SPD auf das Schreiben der KPD vom 3. Januar 1946 lag dem Verfasser nicht vor. Aus einem handschriftlichen Hinweis Meitmanns auf dem Brief selbst geht lediglich hervor, daß die SPD anschließend noch Kontakt mit der KPD aufgenommen hat, dessen mögliche Auswirkungen aber nirgendwo erkennbar sind. Dieser Kontakt war nicht schriftlich, denn in »Weg und Ziel« Jg. 1946, Nr. 1, S. 2, heißt es: »Dieses Schreiben

- der Bezirksleitung Hamburg-Wasserkante der KPD ist bis heute [Mitte Februar] noch nicht beantwortet.«
- 48 Brief Richard Schaible an Paul Tastesen vom 8. Januar 1946 (Archiv Tastesen).
- 49 Ein solcher »Sturm im Wasserglas« war, einem Brief von Andreas Gayk, Kiel, an Schumacher v. 21. Januar 1946 zufolge, durch die Entschließung von Hannover entstanden. Vgl. Kaden, a.a.O., S. 224/225, Anm. 501.
- 50 Brief von Schumacher an Gayk vom 25. Januar 1946; zit. nach Kaden, a.a.O., S. 225.
- 51 So die »Neue Hamburger Presse« Nr. 62 v. 30. 1. 1946, S. 3. — Von diesem ersten Landesparteitag der SPD liegt kein vollständiges Protokoll vor, so daß die Berichterstattung in der Presse und im Mitteilungsblatt herangezogen werden muß. Dagegen liegt die Rede Schumachers gedruckt vor: Kurt Schumacher, *Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland*. Dieser Vortrag wurde gehalten auf dem Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg am 27. Januar 1946. Hamburg 1946.
- 52 Ebda., S. 7.
- 53 Ebda., S. 12.
- 54 Lediglich in seinem Schlußwort ging Schumacher kurz auf die Rolle der KPD zwischen 1918 und 1933 ein. Ebda., S. 23 f.
- 55 Anstelle einer Interpretation weiterer Stellen aus der Schumacher-Rede eine längere Passage aus der Berichterstattung des Mitteilungsblattes: »Und dann die Rede unseres Genossen Dr. Kurt Schumacher aus Hannover. Hier erlebte der Parteitag eine Steigerung der politischen Willensformung von so unerhörter Kraft, wie sie nur in ganz seltenen Augenblicken einer Bewegung aufzutreten pflegt. Wichtigen Hammerschlägen gleich reihte sich Feststellung auf Feststellung von einer wunderbaren Prägnanz und politischen Eindringlichkeit aneinander: Die unbezweifelbare Mitschuld eines schwächlichen Bürgertums an dem Aufkommen des Nazisystems, der rücksichtslose Klassenkampf von oben . . ., der historische Schuldanteil jenes Teils der Arbeiterklasse, der die klassenpolitische Rolle der Demokratie nicht erkennt . . . hat, die Probleme der Siegermächte untereinander . . ., der unbedingte Wille unserer Bewegung, nicht zum außenpolitischen Instrument eines großen anderen Staates werden zu wollen, sondern auf die unverzichtbare Idee der Unabhängigkeit . . . zu beharren . . . [!] Hatte schon das Referat Dr. Schumachers alle Versammelten zu langanhaltendem Beifall hingerissen, so führte er den Landesparteitag zu seinem unbestrittenen Höhepunkt in seinem kurzen aber grandiosen Schlußwort, in dem er noch einmal kurz Wesen und Charakter der Sozialdemokratie und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien und Mächten umriß . . . Als der nicht endenwollende Beifall sich immer aufs neue erhob, stand Schumacher auf und sagte das Wort, das in seinem tiefsten Gehalt besonders von denen empfunden wurde, die in diesen Monaten im Aufbauwerk der neuen Parteiorganisation in vorderster Linie gestanden haben . . .: »Auf Hamburg, glaube ich, wird die deutsche Sozialdemokratie auch in Zukunft rechnen können.« Vgl. Mitteilungsblatt Jg. 1946, Nr. 2, S. 1/2. — Gegenüber diesen Ausführungen blieb die Parteitagsresolution »Für die sozialistische Ordnung der Gesellschaft. Willenskundgebung des Landesparteitages« blaß und nichtssagend — wie andere programmatische Aussagen der Hamburger SPD zuvor auch schon.

- ⁵⁶ NHP Nr. 62 v. 30. 1. 1946; Mitteilungsblatt Jg. 1946, Nr. 2, S. 4.
- ⁵⁷ NHP Nr. 64 v. 6. 2. 1946.
- ⁵⁸ So vor allem der Antrag des Distrikts Lemsahl-Mellingstedt: »Die Beschlüsse der Konferenz in Hannover und Frankfurt sind weder bindend noch rechtmäßig. Es widerspricht dem demokratischen Charakter unserer Partei, daß auf einer Zusammenkunft von Parteimitgliedern, die nicht von der Mitgliedschaft abgeordnet und beauftragt sind . . ., Entschlüsse von einschneidender Bedeutung gefaßt werden. Diese Beschlüsse sind als null und nichtig zu betrachten . . .« KSH, Ordner: Delegiertenversammlungen Jan. 1946—Dezember 1946, Mappe: Anträge zum Lp. 26./27. 1. 1946.
- ⁵⁹ So das von Richard Schaible angefertigte Protokoll »Außerordentliche Funktionärsversammlung der SPD am Sonntag, 10. 3. 46« (Archiv Tastesen), S. 2. — Dies Zitat ist nur sinngemäß, denn Schaible merkt zu seinem Protokoll an: »Niedergeschrieben am nächsten Tage ohne schriftliche Notizen . . .« — Ganz ähnlich wie Dahrendorf äußerte sich auch Meitmann in seinem Schlußwort: »Der Weg zur Einheit ist nur möglich, wenn die Kommunisten sich der SPD anschließen.« Vgl. NHP Nr. 74 vom 13. 3. 1946. — In seinem Referat dürfte Dahrendorf die Gedanken wiedergegeben haben, die er wenig später schriftlich fixierte und die unter dem Titel »Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone« erschienen. Vgl. Gustav Dahrendorf: Der Mensch — das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945 bis 1954. Hamburg 1955, S. 89—124. — Schon vorher lag offenbar ein Manuskript vor, das von Hannover aus auch den Hamburger Gewerkschaften für Propagandazwecke angeboten wurde. Vgl. den Brief Fritz Heines an Franz Spliedt v. 23. 3. 1946 (ASD, Best. Schumacher J 16).
- ⁶⁰ Vgl. Jahresbericht 1946 der Landesorganisation der Hamburger SPD S. 1 f.: »Die frisch erlebten Ereignisse des Genossen Dahrendorf in der Ostzone . . . schufen die letzte Klarheit in den noch Zweifelnden und führten zu dem einstimmigen Beschluß, die aussichtslosen Verhandlungen mit der KP-Leitung aufzugeben.«
- ⁶¹ NHP Nr. 74 v. 13. 3. 1946.
- ⁶² Ebda. — Schaible gibt in seinem Bericht über die Versammlung seinen aus kommunistischer Sicht formulierten Eindruck wieder, der recht bemerkenswert ist: »In Unterhaltungen mit einigen SP-Funktionären nach der Versammlung konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn die ganze Entwicklung des Verhältnisses zwischen SP und KP und der auf der Versammlung erfolgten eindeutigen Absage an die KP doch recht überraschend gekommen sei. Es wurde ferner zum Ausdruck gebracht, daß in den unteren Mitgliedskreisen der SP trotz des Verlaufs der Versammlung die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der KP vorhanden sei im Gegensatz zu Meitmanns Schlußworten.« (Archiv Tastesen) Weniger die nach wie vor nuancierten Ansichten einiger SPD-Funktionäre erscheinen bemerkenswert als vielmehr das Licht, das auf die psychologische Seite solcher Versammlungen geworfen wird, wobei sich unter dem spontanen Eindruck der Ausführungen Dahrendorfs eine Massenstimmung durchsetzte, die alle Differenzierungen außer Kraft setzte.
- ⁶³ So heißt es in der »Entschließung« des Hamburger Parteivorstandes der SPD vom 10. Januar 1946, Fst. 11/E 2—6, in der die Einstellung der KPD gegenüber der SPD in der Ostzone kritisiert wird, im letzten Satz: »Die

Verantwortung für die Richtigkeit der geschilderten politischen Tatbestände übernimmt der Genosse Meitmann.« — Es gab also zu diesem Zeitpunkt noch keine gesicherten, allen zugänglichen Informationen über die Entwicklung in der Ostzone, so daß Vermutungen und Gerüchten Tür und Tor geöffnet waren.

- ⁶⁴ Abgesehen von der ausführlichen Berichterstattung über die Konferenz von Wennigsen befaßten sich sehr wenige Artikel mit der Frage der Einheit, fast alle zudem Wiederabdrucke ausländischer Zeitungen, die in unpolemischem Ton gehalten waren. Etwas schärfere Konturen, die außerdem auf die Hamburger Verhältnisse bezogen waren, zeigte nur ein Artikel unter dem Titel »Keine Einheitsliste mit anderen Parteien«, der in der Nr. 15 vom 11. Dezember 1945 erschien. Darin dementierte die Hamburger SPD eine Meldung des »Hamburger Nachrichten-Blattes« vom 4. Dezember, wonach es im Wahlkampf Einheitslisten geben würde, mit folgender Darstellung: »Die Leitung der KPD hat der SPD schriftlich erklärt, daß eine Vereinigung beider Parteien zur Zeit nicht möglich ist. Die Sozialdemokratische Partei ist der Auffassung, daß bei kommenden Wahlen der politische Wille der Wähler klar erkennbar werden muß. Sie wird deshalb keine Einheitsliste mit anderen Parteien aufstellen. Nach zwölfjähriger politischer Kirchhofsruhe ist es unerlässlich, daß jede Partei ihre Grundsätze der Öffentlichkeit unterbreitet und so den Wählern eine eindeutige Entscheidung ermöglicht . . .«
- ⁶⁵ Mitteilungsblatt Jg. 1946, Nr. 3, v. 26. 2. 1946, S. 2 f.
- ⁶⁶ Ebda., S. 4.
- ⁶⁷ Mitteilungsblatt Jg. 1946, Nr. 4, v. 8. März 1946, S. 1.
- ⁶⁸ Erwähnt wurden in diesem Zusammenhang vor allem das Werk Großer Grasbrook sowie die Hamburger Hochbahn AG., bei denen es der KPD gelungen war, einzelne Sozialdemokraten, die den politisch brisanten Hintergrund offenbar nicht restlos durchschauten — so jedenfalls die Darstellung der Landesorganisation —, für die Unterzeichnung von Einheitsaufrufen zu gewinnen.
- ⁶⁹ Dazu die drei Briefe »Büro der Westzonen«, Hannover, an SPD, Bezirk Hamburg, vom 29. 4. 1946, 30. 4. 1946 und 30. 5. 1946 sowie von Fritz Heine an die Landesorganisation Hamburg vom 7. 8. 1946 (alle: ASD, LO Hamburg).
- ⁷⁰ Interessanterweise erkundigte sich das »Büro der Westzonen« auch nach der erwähnten Zusammenkunft Hamburger SPD-Funktionäre Ende Dezember, wobei es sich auf eine Information der »Deutschen Volkszeitung« vom 15. März stützte, die von einem Stimmenverhältnis von 270:24 für eine stärkere Zusammenarbeit mit der KPD berichtete. Dazu gab Meitmann Anfang Mai folgende Darstellung: »Die Behauptung der »Deutschen Volkszeitung« vom 15. 3. 46 ist frei erfunden. Es hat weder eine Tagung noch eine andere Zusammenkunft unserer Funktionäre stattgefunden, auf der eine Abstimmung erfolgt ist außer derjenigen am 10. März ds. Js. in der »Flora«. Diese war von 2000 Funktionären besucht und hat nach dem Referat des Gen. Gustav Dahrendorf und einer stattgefundenen Diskussion einstimmig den Euch bekannten Beschluß . . . gefaßt. Die Behauptung der »Deutschen Volkszeitung« ist also einfach aus den Fingern gesogen. Am 15. 3. 46 hat überhaupt keine Zusammenkunft von Funktionären der SPD, geschweige denn der ganzen Landesorganisation stattgefunden. Das Stim-

menverhältnis von 270:24 ist also frei erfunden.« Brief der LO Hamburg an SPD, Büro der Westzonen in Hannover, vom 6. Mai 1946 (ASD, LO Hamburg). Auch dieser Brief schafft keine Klarheit über die Dezemberzusammenkunft, zumal Meitmann in ihm sicher nicht seine ganze Kenntnis preisgab.

- 71 Telegramm Büro Westzonen an Karl Meitmann vom 3. 4. 1946 (ASD, LO Hamburg): »Gniffke angeblich auf dem Weg nach Hamburg mit Wagen voll Sozialistische Einheitspartei Material Stop Erbitten Nachricht.« Gniffke war Mitglied des SPD-Zentralausschusses in Berlin.
- 72 Daß in diesem Zusammenhang die Namen Elsner und Bergmann auftauchen, kann nicht überraschen. Beide standen schon in der Weimarer Republik betont links: als SAP-Mitglied (Elsner) oder als Exponent des linken Flügels (Bergmann). Beide behielten auch nach 1933 Kontakt. Vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 141.
- 73 Über die Zusammenarbeit auf der unteren Ebene wird in dem vom 28. März 1946 datierten »[1.] Bericht über das Verhältnis der SPD zur KPD« (Archiv Tastesen), S. 1, ausgeführt: »In den unteren Einheiten war dennoch eine gute Zusammenarbeit möglich, ist aber in den letzten Monaten vollständig zunichte gemacht worden. Jegliches Herantreten unserer Genossen in den Stadtteilen wurde ablehnend beantwortet. Die Parteidisziplin der SP-Genossen ist so groß, daß sie selbst gegen ihren eigenen Willen zur Einheit die Zusammenarbeit ablehnen, weil es der PV verlangt. Eine erneute Zuspitzung erfuhr das Verhältnis von Dahrendorf . . .«
- 74 »2. Bericht über das Verhältnis von SP zur KP« (Archiv Tastesen), S. 1.
- 75 In dem »2. Bericht . . .« ist von neun Delegierten die Rede. Ferner ist von einem Kontakt zwischen Elsner, Tessloff und Willi Buch die Rede, der sich zu dieser Zeit in Hamburg aufhielt. Buch war ein prominenter Kommunist der Westzonen. — Schließlich wird auf die gute Zusammenarbeit in der ernannten Bürgerschaft verwiesen. Die scharfe Frontstellung auf der Parteebene gab es auf der Parlamentsebene vorläufig noch nicht; vielmehr war dort sogar eine recht gute Kooperation durch die überwiegende Fixierung der Arbeit auf tagespolitische Fragen möglich.
- 76 Aufschlußreich, wenn auch schwer nachprüfbar ist die Einschätzung der Person und der Rolle Dahrendorfs nach seiner Ankunft in Hamburg: »Es scheint so, als ob Dahrendorf hier nicht mit so offenen Armen aufgenommen worden ist, wie er es sich vorgestellt hat . . . Es scheint so, als wenn Dahrendorf dem Schumacher hier nicht sehr angenehm ist. Das Verhältnis zu Meitmann . . . scheint sich auch nicht so sehr zum Vorteil Dahrendorfs entwickelt zu haben. Zwar hat Meitmann Dahrendorf spontan zu einer Funktionärsversammlung geschleppt, um gegen die Einheitsfrontpolitik in der Ostzone zu sprechen . . . Aber jetzt scheint Meitmann Dahrendorf als Konkurrenten für seinen Posten zu betrachten . . . Es ist natürlich nicht daran zu zweifeln, daß Dahrendorf irgendwo seinen Eingang finden wird.« »[1.] Bericht . . .« (Archiv Tastesen).
- 77 Ebda.
- 78 Ebda. — Vgl. »Weg und Ziel«. 1. Jg. (1946), Nr. 3, S. 1.
- 79 Dazu die Liste der Namen (Archiv Tastesen).
- 80 Mitteilungsblatt Jg. 1946, Nr. 7, S. 1.
- 81 Flugblatt »Die KPD ruft!« (Archiv Tastesen), S. 4.
- 82 Ebda., S. 8, heißt es z. B.: »Wir kennen die Ungeduld vieler Arbeiter, die

heute schon eine Partei gegründet sehen möchten und fiebern, gleich ihnen, diesem Freudentag entgegen. Wer sich in dieser Ungeduld verzehrt, möge in der Aktionseinheit helfen, das Haus zu bauen, damit wir bald dort einziehen können.«

83 Die erste Nummer erschien am 28. Februar 1946.

84 Siehe hierzu die Überschriften in der ersten Nummer von »Weg und Ziel«: »Einheit das erste Gebot! Die Sozialistische Einheitspartei erhebt.« — »Deutsche Werft, Hamburg, für die Einheit« — »Kreis Pinneberg auf dem Weg zur einheitlichen Partei« — »Kreis Rendsburg der SPD gegen Spaltungsversuche« — »Hamburg-Süd fordert einheitliche Partei« — »Einheitswille auf dem Kreistag der SPD in Stade« — »Blohm & Voss-Belegschaft fordert Einheit!« — Von den ersten sechs Nummern variierten fünf schon in der Schlagzeile den Begriff der Einheit. Lediglich die Nr. 4 vom 16. April ist ausschließlich der Person Thälmanns anlässlich seines 60. Geburtstages gewidmet, dessen Wirken allerdings ebenfalls ganz auf die »Einheit« hin interpretiert wurde. Vgl. dazu auch HVZ 1946, Nr. 4, vom 13. 4. 1946, S. 3, und die erste Nummer der HVZ vom 3. 4. 1946: »Wenn die »Hamburger Volkszeitung« die Werbung für die Einheit der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt ihres Wirkens stellt, so in der Erkenntnis, daß die demokratische Neugestaltung, die Sicherung des Friedens, wie die Eröffnung des Weges zum Sozialismus, abhängig sind von der Überwindung der für unser Volk so verhängnisvollen Spaltung.«

85 Dieses Vorgehen war schon in der ursprünglichen Forderung der KPD, daß die Einheit kein Führungsbeschuß sein könne, sondern auch von den Mitglieder massen getragen sein müsse, angelegt. Es wurde in Ansätzen ergänzt durch Elemente der Taktik des »trojanischen Pferdes« mit dem Unterschied allerdings, daß nicht Kommunisten in die SPD eintreten sollten, um so eine Wandlung zu bewirken, sondern schon in der Organisation tätige Sozialdemokraten im Sinne der KPD-Politik wirken sollten. Vgl. »Weg und Ziel« 1946, Nr. 5, S. 2: »Es muß Aufgabe der einheitsbereiten Sozialdemokraten sein, in ihren eigenen Reihen zu verlangen, daß das Aktionsprogramm . . . eingehalten und verwirklicht wird.«

86 Vgl. »Weg und Ziel« 1946, Nr. 2 [S. 4]. Ebenso die Rede Grotewohls und die Beschlüsse dieser Konferenz, in: Dokumente und Materialien, a.a.O., S. 521—540, vor allem S. 535.

87 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 3 [S. 1].

88 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 5, S. 2.

89 Ebda.

90 Ebda.

91 Vgl. den Artikel »Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus« in: »Weg und Ziel« Jg. 1946, Nr. 5, S. 2 f.

92 HVZ 1946, Nr. 2 v. 6. 4. 1946. In diesem Zusammenhang wurde auf das Schicksal der Rest-USPD nach der Vereinigung von KPD und USPD im Jahr 1920 verwiesen.

93 HVZ 1946, Nr. 5 v. 17. 4. 1946, S. 2, »Wohin führt der Weg?«

94 Vgl. Schumacher: Die Sozialdemokratie . . ., S. 7: »... die Sozialdemokratie kann keine Politik des bloßen Wiederaufbaues machen, denn letzten Endes ist ja mit dem Nazismus auch das System zusammengebrochen, das den Nazismus als politischen Willensvollstrecker gebraucht hat: der Kapitalismus.«

95 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 5, S. 2: »Bei einer großen Zahl unserer Parteimitgliedschaft ist der Wunsch laut geworden, in ähnlicher Form darauf zu antworten. Es wäre falsch, wenn wir in dieser Art und Weise verfahren würden. Das Resultat könnte nur sein, daß der Gegensatz noch vergrößert wird.«

96 Vgl. HVZ 1946, v. 17. 4. 1946, S. 2.

97 HVZ v. 24. 4. 1946, S. 2.

98 HVZ v. 24. 4. 1946, S. 2.

99 Ebda.

100 HVZ v. 17. 4. 1946, S. 2.

101 Vgl. etwa die erste Nummer der HVZ vom 3. 4. 1946 »Zum Geleit«: »Die Hamburger Volkszeitung der alten Prägung war ein Oppositionsblatt und mußte es sein, denn die Kommunisten standen den Mächten entgegen, die den Staat von Weimar in den Faschismus führten. Die Republik löste ihre Aufgabe vom ersten Tage an nicht, sondern paktierte mit den grimmigsten Feinden des Volkes, die als Konzern- und Bankherren in Wirklichkeit den Staat beherrschten, den ersten Weltkrieg verschuldet hatten, den zweiten vorbereiteten und durchführten. Die Hamburger Volkszeitung von heute ist ein Organ der demokratischen Erneuerung, des Neuaufbaues unseres Landes. Die Kommunisten stehen positiv zu diesem Aufbau, aus dem die antifaschistisch-demokratische Republik entstehen soll. Indem die Kommunisten sich an die Spitze des schmachlich betrogenen Volkes stellen, ihm den Weg aus Chaos und Not zeigen, die Ingangsetzung der Wirtschaft einleiten, den Kampf um die Einheit Deutschlands führen, sind sie berufen, Verantwortlichkeit in den demokratischen Selbstverwaltungen zu übernehmen.«

102 So wurde ein Schreiben der britischen Militärregierung, das die auf dem Vereinigungsparteitag in den SED-Vorstand gewählten Vertreter der Westzonen zum Ausscheiden aus diesem Gremium aufforderte, ohne kritische Kommentierung abgedruckt. Vgl. HVZ v. 24. 4. 1946, S. 2. — Vgl. auch Reimann, Max: Entscheidungen 1945—1956. Frankfurt/M. 1973, S. 77.

103 In dem »Bericht über die Vorbereitung und Durchführung der Mai-Feier 1946« der KPD-Stadtleitung (Archiv Tastesen) wird der Brief auf den 11. März datiert, eine Abschrift ebda. trägt das Datum des 10. Februar.

104 Dazu die Abschrift »Besprechung mit Karl Meitmann am 27. März 1946« (Archiv Grunert), wo diese Verhandlungen ausführlich dargestellt sind.

105 »Bericht über die Vorbereitung...« (Archiv Tastesen), S. 3. — Auf Initiative der KPD war die Genehmigung für Aufmärsche bei der Militärregierung eingeholt worden.

106 Vgl. dazu auch den Mai-Aufruf in der HVZ v. 20. 4. 1946, S. 1. — In einem Schreiben der Gewerkschaften an SPD und KPD distanzieren sich diese von den Parteiaufmärschen; insbesondere wollten sie »für die Aufrufe in den Zeitungen der KPD wie auch der SPD keine Verantwortung tragen«. Zit. nach HVZ v. 30. 4. 1946, S. 3. — Dies Schreiben wurde von der HVZ veröffentlicht, nicht jedoch vom HE, das gerade die Gemeinsamkeit und Übereinstimmung mit den Gewerkschaften zu demonstrieren versucht. Dazu auch das Schreiben des Verwaltungsausschusses der Gewerkschaften an die SPD Hamburg v. 9. 4. 1946, in dem der überparteiliche Charakter der Kundgebung betont wird.

107 Der »Bericht über die Vorbereitung...« (Archiv Tastesen), S. 4, spricht von 18 000 Besuchern in allen KPD-Versammlungen. Insgesamt waren an-

- nähernd 100 000 Demonstranten auf der Kundgebung in »Planten un Blumen«. Vgl. HE v. 4. 5. 1946, S. 3.
- ¹⁰⁸ Vgl. HE v. 4. 5. 1946.
- ¹⁰⁹ Vgl. HVZ v. 30. 4. 1946, S. 2, »Der Sinn des 1. Mai«, wo in einem längeren historischen Exkurs der Mitanspruch der Parteien bei der Gestaltung und Durchführung des 1. Mai begründet wurde: »Gerade aber weil wir die Frage so sachlich in ihren geschichtlichen Zusammenhängen sehen, hatten wir kein Verständnis für jene, die 1946 in Hamburg zuerst bereit waren, ohne jeden Zwang auf das Recht auf die Straße, auf die Demonstration zu verzichten. Darum begrüßen wir es, daß es der Initiative der Kommunistischen Partei gelungen ist, doch zu erreichen, daß am 1. Mai die Arbeiter Hamburgs in geschlossenen Zügen zu der zentralen Maikundgebung der Gewerkschaften in »Planten un Blumen« marschieren.«
- ¹¹⁰ Flugblatt »An alle Schaffenden im Betrieb« vom Mai 1946 (Archiv Tastesen), S. 1. — Dort auch eine kurze Darstellung der KPD-Bemühungen, zu einem einheitlichen Aufmarsch zu gelangen.
- ¹¹¹ Vgl. HE v. 13. 4. 1946, S. 1: »... wird aus gegebenem Anlaß zur Vermeidung von Mißverständnissen mitgeteilt, daß selbstverständlich die Teilnahme am sogenannten Einigungsparteitag in Berlin ebenfalls mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei nicht vereinbar ist.« Dies gelte auch für schriftliche Erklärungen oder die Teilnahme an Gemeinschaftsfahrten nach Berlin.
- ¹¹² »Bericht über die Vorbereitung ...« (Archiv Tastesen), S. 4.
- ¹¹³ HVZ v. 30. 4. 1946.
- ¹¹⁴ »Bericht über die Vorbereitung ...« (Archiv Tastesen), S. 4; »An alle Schaffenden im Betrieb!« (Archiv Tastesen), S. 2.
- ¹¹⁵ »Bericht über die Vorbereitung ...« (Archiv Tastesen), S. 4.
- ¹¹⁶ Ebda.
- ¹¹⁷ HE v. 8. 5. 1946, S. 1: »Sozialdemokratischer Parteitag in Hannover«.
- ¹¹⁸ »Sozialdemokratische Politik. Kundgebungen und Beschlüsse des Sozialdemokratischen Parteitages Hannover Mai 1946« (u. a. DGB-Archiv Hamburg). Die Beschlüsse wurden gesondert gedruckt und sind im Parteitagprotokoll nicht enthalten.
- ¹¹⁹ Ebda.
- ¹²⁰ Ebda., S. 2.
- ¹²¹ Zum Text des Briefes vgl. HVZ v. 11. 5. 1946, S. 1.
- ¹²² So der Parteitagpräsident Franz Bögler, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD. Hannover v. 9.—11. 5. 1946, S. 101.
- ¹²³ Vgl. HVZ v. 11. 5. 1946, S. 1, »Was uns eint«.
- ¹²⁴ Ebda.
- ¹²⁵ Ebda.
- ¹²⁶ Ebda.
- ¹²⁷ Ebda.
- ¹²⁸ Ebda.
- ¹²⁹ Ebda.
- ¹³⁰ Dazu »Bericht über die am 8. 5. 46 in der Kantine der Hbger. Hochbahn A.-G. stattgefundene KP-Versammlung der Hoch- und Straßenbahner« (ASD, Bestand Schumacher J 114), wo Dettmann prophezeit haben soll, daß es in spätestens sechs Monaten auch in den Westzonen die Einheitspar-

tei geben würde und Meitmann schon bald nicht mehr umhin kommen würde, mit ihm zu verhandeln.

- ¹³¹ »Weg und Ziel« Jg. 1946, Nr. 7/8, S. 7.
- ¹³² Brief von Willi Elsner an Max Seydewitz, Blankenfelde, Kreis Teltow, vom 16. Juli 1946, Fst. 11/E 2—6, S. 3: »Wenn ich von Hamburg ausgehe, muß ich sagen, daß in der hamburgischen K.P.-Führung eine starke Resignation herrscht, und daß sie lieber heute wie morgen mit uns zusammengehen möchten.« — Max Seydewitz war neben Kurt Rosenfeld Führer der SAP, der zeitweilig auch Elsner angehörte.
- ¹³³ Vgl. HVZ v. 8. 5. 1946, S. 3: »Verhelßt dem Fortschritt zum Sieg!« Die grundlegende Rede Erich Hoffmanns vor 6000 Hamburger Werktätigen in der überfüllten Postsporthalle am 1. Mai 1946.
- ¹³⁴ HVZ v. 11. 5. 1946, S. 1.
- ¹³⁵ HVZ v. 8. 5. 1946, S. 3.
- ¹³⁶ Zur Person Gundelachs vgl. Weber, Die Wandlung . . ., I, S. 336; II, S. 23 u. 146 f.; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 196; Kluth, a.a.O., S. 18; Leonhard, a.a.O., S. 277; das dort angegebene Umsiedlungsdatum nach Hamburg — April 1946 — erscheint zu früh, vielmehr scheint er erst kurz vor seiner Wahl zum Bezirksvorsitzenden nach Hamburg gekommen zu sein, da er vorher nicht erwähnt wird. Er hielt sich jedoch möglicherweise schon eine Weile an anderen Orten in den Westzonen auf, um als Delegierter der Westzonen am Vereinigungsparteitag teilnehmen zu können. Er wird unter den 14 SED-Vorstandsmitgliedern der Westzonen genannt, die von der Militärregierung aufgefordert wurden, aus diesem Gremium wieder auszuscheiden. Vgl. HVZ v. 24. 4. 1946, S. 2 und HE v. 1. 6. 1946.
- ¹³⁷ Der Parteivorstand sandte insgesamt drei Schreiben nach Hamburg, um Auskünfte über Gundelach zu erhalten, und zwar zwei an den Hamburger Parteivorstand — am 15. 6. und 18. 6. — und eins an Gustav Dahrendorf am 28. 5. (alle: ASD, LO Hamburg). In der Antwort des Hamburger PV hieß es: »Ich [Meitmann] habe festgestellt, daß der jetzige Vorsitzende des Bezirks Wasserkante der KPD, wie Ihr vermutet, identisch ist mit dem früheren Präsidenten der Zentralverwaltung in der östlichen Zone . . . Jedenfalls scheint mir, daß sein Vorgänger in seiner Funktion, der Senator Fiete Dettmann, durch Gundelach abgelöst ist, weil er — sicher auch im Auftrage des ZK Berlin — die privatkapitalistische Linie vertreten hat. Er wäre damit also das Opfer eines Kurswechsels von dem rechten auf den linken Propagandakurs und ein klass. Beitrag dafür, daß sich auch in dieser Beziehung in der KPD seit den Jahren vor 1933 nichts geändert hat.« LO Hamburg an PV Hannover v. 3. 7. 1946 (ASD, LO Hamburg). — Dahrendorf berichtete folgende Tatsachen bzw. Vermutungen nach Hannover: »Nach 1933 soll er . . . nach Moskau gegangen sein. Von dort ist er erst im Herbst 1945 zurückgekehrt, und zwar nach Berlin. An sich war beabsichtigt, ihn sogleich nach Hamburg zu entsenden, jedoch unter der Bedingung, daß er . . . Senator würde . . . Es war von vornherein erkennbar, ihn in Hamburg für die politische Arbeit einzusetzen . . . Hier ist er . . . zum Bezirksleiter gewählt worden, und zwar anstelle von Dettmann, der offenbar wegen seiner 150%igen Linientreue nicht mehr als persona grata gilt. G. ist ein absolut linientreuer Mann und der Typ eines Fanatiklers . . . Er wird zweifellos keine Vordergrundfigur . . . werden, jedoch im Hintergrunde

- eine Rolle spielen, wenn auch in absoluter Abhängigkeit vom alten ZK . . . » Gustav Dahrendorf an PV Hannover v. 21. 6. 1946 (ASD, LO Hamburg).
- 138 In einem weiteren Brief Dahrendorfs an Fritz Heine, Hannover, v. 8. 7. 1946 (ASD, LO Hannover) berichtete Dahrendorf von einer ihm zugegangenen Mitteilung, daß der Aufenthalt Gundelachs auf sechs Monate befristet sei. Obwohl die Briefe Meitmanns und Dahrendorfs nachweisliche Irrtümer enthalten, sind sie ausführlich wiedergegeben worden, da sie das Maximum dessen darstellen, was an unmittelbarer Information über die Vorgänge in der KPD erhältlich ist.
- 139 Die vieldiskutierte Frage, welchen Einfluß die Ergebnisse der ersten demokratischen Wahlen in Österreich auf die politische Entwicklung in der Ostzone wie in den Westzonen gehabt haben, läßt sich für Hamburg dahingehend beantworten, daß eine unmittelbare Auswirkung weder bei der SPD noch bei der KPD feststellbar ist. In der Kommentierung der Österreichwahl stand für die SPD der Aspekt im Vordergrund, daß sich die Machtkonstellation der letzten Wahl 1930 ohne große Veränderungen restauriert hatte; erst in zweiter Linie stand die Feststellung, daß die SPÖ wesentlich stärker war als die KPÖ, so daß sich sowohl Argumente für wie gegen die Einheit gewinnen ließen. Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 14, S. 1 f.
- 140 NHP Nr. 151 v. 7. 3. 1946.
- 141 Vgl. Mitteilungsblatt 1946, Nr. 4, S. 1 f. Die Berliner Sozialdemokraten lehnten die Einheit zwar ab, sprachen sich aber mehrheitlich für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus.
- 142 Diese dem KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 entnommene Formulierung war von Erich Hoffmann in einer öffentlichen Versammlung wiederholt worden. Vgl. HNB Nr. 121 v. 20. 12. 1945.
- 143 NHP Nr. 57 v. 12. 1. 1946.
- 144 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 7/8, S. 5.
- 145 Vgl. NHP Nr. 107 v. 19. 11. 1945 und Nr. 147 v. 26. 2. 1946. — Die Einbeziehung von Kommunisten in den Senat war von Bürgermeister Petersen ausdrücklich verlangt worden. Vgl. Petersen, a.a.O., S. 18: »In jenen schweren Tagen war es zweifellos sehr wertvoll, daß ich die Militärregierung frühzeitig ersucht hatte, auch Kommunisten in den Senat aufzunehmen. Erst nach längerem Zögern war mir dies zugestanden worden; die Senatoren Dettmann und Heitgres sind wertvolle Mitglieder des Senats geworden.«
- 146 Vgl. Verordnung Nr. 12: Bildung von politischen Parteien, in: Gesetze und Verordnungen der Militärregierung. Vollständige Sammlung bis zum 20. September 1945. Braunschweig 1945, S. 92—97. Vgl. auch NHP Nr. 23 v. 15. 9. 1945.
- 147 Vgl. stellvertretend Thomas, Siegfried: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46. Berlin 1964, S. 120 ff. und Edinger, Lewis J.: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933—1945. Hannover 1960, S. 237.
- 148 Thomas, a.a.O., S. 121.
- 149 Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit . . ., S. 177.
- 150 Vgl. dazu Hodmuth/Meyer, Streiflichter, S. 246 ff.
- 151 Hamburger Bürgerschaft. Verzeichnis der Abgeordneten. Hamburg 1951,

- S. 14; Weber, Die Wandlung . . . , II, S. 96; HNB Nr. 107 v. 19. 11. 1945; Urteil gegen Dettmann, a.a.O.
- ¹⁵² Hamburger Bürgerschaft 1951, S. 26.
- ¹⁵³ Vgl. Anm. 136.
- ¹⁵⁴ Vgl. Hamburger Bürgerschaft. Verzeichnis der Abgeordneten nach den Wahlen vom 27. 9. 1931. Hamburg 1931, S. 44; Weber, Die Wandlung . . . , II, S. 34.
- ¹⁵⁵ Weber, Die Wandlung . . . , II, S. 316.
- ¹⁵⁶ Vgl. HNB Nr. 107 v. 19. 11. 1945; Weber, Die Wandlung . . . , I, S. 163.
- ¹⁵⁷ Grünert gehörte seit 1936 der Emigrationsleitung Nord der KPD an, Hoffmann war Leutnant einer Panzereinheit in Spanien.
- ¹⁵⁸ Hamburger Bürgerschaft . . . 1931, S. 25; HE v. 21. 9. 1946; Witt, a.a.O., S. 61; »List of Chairmen of the Socialdemocratic Party« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁵⁹ Hamburger Bürgerschaft . . . 1951, S. 35 f.
- ¹⁶⁰ Hamburger Bürgerschaft . . . 1951, S. 22 f.; Witt, a.a.O., S. 202 f.
- ¹⁶¹ »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁶² HE v. 2. 10. 1946; Witt, a.a.O., S. 77; »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁶³ Ebda.
- ¹⁶⁴ Kaden, a.a.O., S. 62; HE v. 2. 10. 1946; »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁶⁵ Hamburger Bürgerschaft . . . 1951, S. 32 f.; HE v. 9. 10. 1946.
- ¹⁶⁶ Hamburger Bürgerschaft . . . 1931, S. 43; »List . . .« (ASD, LO Hamburg); Witt, a.a.O., S. 202.
- ¹⁶⁷ »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁶⁸ Ebda.
- ¹⁶⁹ Ebda.; Witt, a.a.O., S. 193, Anm. 130.
- ¹⁷⁰ »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁷¹ Ebda.
- ¹⁷² Ebda.; Witt, a.a.O., S. 202 f.
- ¹⁷³ »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁷⁴ Ebda.
- ¹⁷⁵ Ebda.
- ¹⁷⁶ Ebda.; HE v. 2. 10. 1946.
- ¹⁷⁷ »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁷⁸ Genauere Daten waren nicht zu ermitteln.
- ¹⁷⁹ »List . . .« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁸⁰ Ebda.
- ¹⁸¹ Ebda.
- ¹⁸² Ebda.
- ¹⁸³ Ebda.
- ¹⁸⁴ Die kurzfristigen Mitgliedschaften von Elsner und Bergmann in anderen Parteien blieben unberücksichtigt.
- ¹⁸⁵ Hamburger Bürgerschaft . . . 1951, S. 37; HE v. 18. 9. 1946; Witt, a.a.O., S. 51.
- ¹⁸⁶ Hamburger Bürgerschaft . . . 1951, S. 10.
- ¹⁸⁷ Hamburger Bürgerschaft . . . 1951, S. 15.
- ¹⁸⁸ Witt, a.a.O., S. 41 f.
- ¹⁸⁹ Brauer war seit 1924 Oberbürgermeister von Altona, ab 1946 Hamburger Bürgermeister; Frank war Bürgermeister von Bergedorf seit 1931 und ab November 1946 Senator für Regionale Verwaltung und Ernährung.

- ¹⁹⁰ KSH, LO Hamburg: Ordner: Delegiertenversammlungen Febr. 1948—Okt. 1948, Mappe: Fortsetzung des 3. Lp am 25. 4. 48 im Festsaal des Rathauses, S. 78.
- ¹⁹¹ Angemerkt sei, daß sich bei der KPD ein anderes Bild ergab. Am Bezirksparteitag der KPD am 30./31. Mai 1947 nahmen 558 Delegierte teil, von denen 86 der Partei seit ihrer Gründung, 166 seit vor 1933 angehörten, während immerhin eine Mehrheit von 306 Delegierten erst seit 1945 in der Partei war. »Bericht über den Parteitag der KPD Wasserkante am 30. 5. und am 31. 5. 47 in Hamburg, Harvestehuder Lichtspiele« (ASD, LO Hamburg).
- ¹⁹² KSH, LO Hamburg: Ordner: Delegiertenversammlungen Jan. 1946—Dez. 1946, Mappe: Anträge und Protokoll LPT Hamburg am 14. 7. 1946; Protokoll, S. 5.
- ¹⁹³ Die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie, S. 4.
- ¹⁹⁴ Mitteilungsblatt 1945, Nr. 3, S. 5.
- ¹⁹⁵ Vgl. Jahresbericht der SPD-Landesorganisation Hamburg 1946, S. 15. Dort sind die absoluten Zahlen angegeben.
- ¹⁹⁶ Für einen späteren Zeitraum vor Hitlers Machtergreifung lagen keine Angaben vor.
- ¹⁹⁷ Vgl. Witt, a.a.O., S. 56; in absoluten Zahlen verfügte die SPD am 1. 1. 31 über 53 204 und am 1. 1. 32 über 56 744 Mitglieder. Vgl. Witt, a.a.O., S. 53.
- ¹⁹⁸ Witt, a.a.O., S. 56.
- ¹⁹⁹ Vgl. Hamburg in Zahlen. Hrsg. vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg. Jg. 1948, Nr. 5, S. 2 f. — Die Zahlen Hamburgs und der SPD lassen sich insofern gut vergleichen, als der Stichtag für die SPD der 15. 10. 1946, für die Gesamtbevölkerung der 29. 10. 1946 war.
- | | | |
|-----------------------------|------------|----------------|
| ²⁰⁰ 40—50 Jahre: | 26,3 % SPD | 17,7 % Hamburg |
| 50—60 Jahre: | 24,6 % SPD | 14,9 % Hamburg |
| über 60 Jahre: | 23,2 % SPD | 15,7 % Hamburg |
- ²⁰¹ Jahresbericht der SPD-Landesorganisation Hamburg 1946, S. 14.
- ²⁰² Vgl. Schütz, Sozialdemokratie, S. 158.
- ²⁰³ Jahresbericht der SPD-Landesorganisation Hamburg 1946, S. 17. Die bei Witt, a.a.O., S. 54, angegebenen Zahlen decken sich im wesentlichen mit den oben genannten. Die leichten Differenzen aufgrund unterschiedlicher Kategorien erscheinen nicht gravierend.
- ²⁰⁴ Witt, a.a.O., S. 54.
- ²⁰⁵ Vergleichszahlen zu 1931 lagen nicht vor, es ist aber bekannt, daß von 1939 bis 1946 der Arbeiteranteil Hamburgs von 54,2 auf 50,0 % zurückging. Vgl. Hamburg in Zahlen. Jg. 1947, Nr. 13, S. 1.
- ²⁰⁶ Die Kategorie der Rentner für das Jahr 1931 scheint ohnehin mit nur 1,4 % als zu gering. Die Zunahme auf 9,45 % dürfte deshalb nicht nur auf die Überalterung zurückzuführen sein, sondern ihre Ursachen auch in Unterschieden der statistischen Methode haben. Möglicherweise ist 1931 nach dem erlernten Beruf, 1946 dagegen nach dem tatsächlichen Status gegliedert worden.
- ²⁰⁷ Für alle vorstehenden Zahlen vgl. Jahresbericht der SPD-Landesorganisation Hamburg 1946, S. 16 f.
- ²⁰⁸ Vgl. Witt, a.a.O., S. 55.

7. Kapitel

- 1 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 1.
- 2 Ebda.
- 3 Ebda.
- 4 Ebda.
- 5 Ebda. S. 26, wo gegen solche Auffassungen Stellung genommen wird.
- 6 Ebda. S. 2; auch HVZ v. 24. 8. 1946.
- 7 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 3.
- 8 HVZ v. 3. 7. 1946.
- 9 Vgl. auch »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 24, wo es zum Thema »Agitation und Propaganda im Wahlkampf« heißt: »So sehen wir in der Ostzone eine Förderung und freie Entfaltung der antifaschistischen Volkskräfte auf allen Gebieten des Neuaufbaues und damit trotz der Schwierigkeiten eine ständige Aufwärtsentwicklung . . ., dagegen in den Westzonen eine ständige Abwärtsbewegung, Verstärkung der reaktionären Umtriebe und Hemmung der antifaschistischen Kräfte.«
- 10 HVZ v. 24. 8. 1946.
- 11 HVZ v. 4. 9. 1946.
- 12 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 3.
- 13 Vgl. dazu HVZ v. 22. 5. 1946 »Die Elbe ist keine Grenze« und HVZ v. 24. 8. 1946 »KPD eröffnet den Wahlkampf«.
- 14 HVZ v. 10. 7. 1946.
- 15 Ebda.
- 16 Ebda. — Vgl. auch HVZ v. 3. 8. 1946 »Kalorienpolitik in Süd-Schleswig«.
- 17 HVZ v. 15. 5. 1946 »Vor dem Bezirksparteitag der KPD«.
- 18 HVZ v. 7. 8. 1946 »Ähnlich wie 1918!«.
- 19 Ebda.
- 20 Karl Kaufmann, von 1929 bis 1945 Gauleiter der NSDAP, seit 1933 zugleich Reichsstatthalter von Hamburg.
- 21 HVZ v. 7. 8. 1946.
- 22 HVZ v. 18. 9. 1946, wo die »Wahlergebnisse, die eine Warnung sind«, kommentiert werden: »So war es nach 1918 und unsere heutige Lage zeigt starke Ähnlichkeit damit.«
- 23 Vgl. HAZ v. 25. 6. 1946.
- 24 HVZ v. 29. 6. 1946 »Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus«.
- 25 HVZ v. 19. 9. 1946.
- 26 HVZ v. 11. 9. 1946 »Im Interesse der nationalen Selbstbehauptung«. Das Zitat wurde leicht verändert, da der ursprüngliche Text aufgrund eines Druckfehlers keinen Sinn ergab.
- 27 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 25.
- 28 HVZ v. 29. 6. 1946.
- 29 Ebda.
- 30 Ebda.
- 31 Zu dieser Kontroverse vgl. HVZ v. 17. 8. 1946 »Mißlungene Provokation der Volksfeinde« und »Reaktionäre Giftspritzen schaffen kein Brot«. Ferner HVZ v. 24. 8. 1946 »Eine Antwort der DPD« u. »Erklärung unserer Lizenzträger«. Schließlich in HVZ v. 28. 8. 1946 die Anordnung der Militärregierung, wo es heißt: »Bei ihren grundlosen, wissentlich ungenauen Angriffen auf DPD und die ›Die Welt‹ hat sich die ›HVZ‹ als unfähig er-

wiesen, einen anständigen Ton zu bewahren und eine verantwortungsbewußte Zeitungspolitik zu verfolgen. Die Zeitung wird daher unter Vorzensur verbleiben, bis die britischen Behörden überzeugt sind, daß sich die ›HVZ‹ ihrer vollen Verantwortung bewußt ist. Dieser Schritt ist nur sehr ungern unternommen worden und die Ausübung der Vorzensur wird nicht als ein Mittel zur Behinderung der Wahlpropaganda der ›HVZ‹ benutzt werden, soweit diese nicht durch Tatsachenentstellung betrieben wird.«

32 HVZ v. 24. 8. 1946.

33 Vgl. den Artikel von Gustav Gundelach: Potsdam, Paris und Deutschland, in: »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 6 f.

34 Vgl. HVZ v. 24. 8. 1946.

35 Ebd. »Für die Arbeitermehrheit in Hamburg«, wo der von der KPD initiierte Briefwechsel mit der SPD zwecks Aufstellung gemeinsamer Kandidaten wiedergegeben ist. Die KPD begründete ihren Vorschlag mit dem besonderen Wahlrecht, das die Gefahr einer Zersplitterung der Arbeiterstimmen in sich berge. Die SPD antwortete mit einem KPD-Zitat vom Sommer 1945, in der die Selbständigkeit der SPD aufgrund ihrer internationalen Verbundenheit als notwendig bezeichnet wurde.

36 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 9—12, S. 3.

37 HVZ v. 12. 10. 1946 »Heraus zum demokratischen Bekenntnis!«

38 Der SPD-Parteivorstand in Hannover hegte den Verdacht, daß die KPD massiv aus der Sowjetzone unterstützt würde. Er verfaßte deshalb eine Denkschrift »Bevorzugung der KP bei der Papierbelieferung« und einen entsprechenden »Fragebogen« (beide: ASD, LO Hamburg). Die Hamburger SPD beantwortete drei Fragen wie folgt: »... 5. Plakate von KP? 3 verschiedene in 4 Monaten. 6. Flugblätter u. a.? Aus der Ostzone. 7. Übersicht über Material? Die KPD verfügt anscheinend über das gesamte Schrifttum, das in der Ostzone verlegt wird und für die Verteilung durch die KPD in Frage kommt.«

39 Vgl. dazu: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft. Hrsg. vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg, Jg. 1947, Nr. 1.

40 Ebd. Diese Zahlen beruhen auf Umrechnungen, da das Hamburger Staatsgebiet 1937 verändert wurde.

41 Damals erhielt die SPD umgerechnet 42,1 % und die KPD 11,0 %.

42 HVZ v. 16. 10. 1946. Die Klagen über das Wahlrecht waren berechtigt, sie betrafen aber nicht nur die KPD, die nur 3,6 % der Sitze erhielt. Die FDP erhielt auch nur 6,4 % der Sitze (bei 18,2 % Stimmen), die CDU 14,5 % der Sitze (bei 26,7 % Stimmen). Das überwiegende Mehrheitswahlrecht begünstigte die SPD, die nicht weniger als 75,5 % aller Sitze erhielt (bei 43,1 % der Stimmen). Vgl. auch HVZ v. 19. 10. 1946 »Gerechtigkeit für die Wählerschaft«.

43 HVZ v. 16. 10. 1946. Vgl. auch »Weg und Ziel« 1946, Nr. 13/14, S. 7.

44 HVZ v. 16. 10. 1946.

45 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 13/14, S. 7.

46 HVZ v. 16. 10. 1946. Typisch war auch der Vergleich mit den »Hottentottenwahlen« von 1907, die der SPD Rückschläge gebracht hätten, die jedoch 1912 mehr als wettgemacht worden seien.

47 HVZ v. 23. 10. 1946 »Arbeitermehrheit! Was nun?«

48 »Weg und Ziel« 1946, Nr. 13/14, S. 8.

49 Kluth, a.a.O., S. 30.

- 50 Hinsichtlich einer Ausnahme vgl. »Weg und Ziel« 1947, Nr. 1/2, S. 25.
- 51 Vgl. »Weg und Ziel« 1947, Nr. 3/4, S. 38 ff.
- 52 HVZ v. 19. 2. 1947.
- 53 Dieser Satz ist im Original durch Sperrung hervorgehoben.
- 54 HVZ v. 19. 2. 1947.
- 55 Ebda.
- 56 Ebda.
- 57 »Weg und Ziel« 1947, Nr. 3/4, S. 1.
- 58 Ebda., S. 4.
- 59 Ebda. Aufschlußreich ist, daß der Begriff der »Partei neuen Typs« bereits zu diesem Zeitpunkt benutzt wurde; er besaß jedoch noch nicht die Qualität, die er im Anschluß an die Verwerfung der Ackermann-These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus erhalten sollte.
- 60 Ebda.
- 61 Ebda.
- 62 Ebda.
- 63 Ebda., S. 5.
- 64 Ebda.
- 65 Ebda., S. 7.
- 66 Ebda., S. 4.
- 67 HVZ v. 14. 5. 1947 »Hamburg auf dem Wege zur Einheit«.
- 68 HVZ v. 31. 5. 1947.
- 69 Rundschreiben der KPD, Landesverband Wasserkante, an die Kreisleitungen und Ortsgruppen der KPD v. 9. Juni 1947, (Archiv Grunert), S. 6.
- 70 Vgl. auch »Weg und Ziel« 1947, Nr. 5, S. 16 ff.
- 71 HVZ v. 28. 5. 1947.
- 72 Rundschreiben der KPD . . ., (Archiv Grunert), S. 7.
- 73 Ebda., S. 4.
- 74 HVZ v. 31. 5. 1947 »Magnetische Kraft«.
- 75 Ebda.
- 76 Resolution »Für die Einheit der Arbeiterklasse« unter den Materialien zum Parteitag am 30./31. 5. 1947 (Archiv Grunert).
- 77 Bericht »Gründungsversammlung SED« am 18. 5. 1947 in Lokstedt (ASD, LO Hamburg).
- 78 »Bericht über öffentliche Versammlung 27. 8. 1947« (ASD, LO Hamburg).
- 79 Kluth, a.a.O., S. 24. — Vgl. auch: Die Politik der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Auszüge aus Berichten und Diskussionsreden der Delegierten-Konferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD am 19. und 20. September 1947 im Haus der Einheit in Berlin. Berlin 1947, S. 9.
- 80 Ebda., S. 5. — Bei Kluth, a.a.O., S. 24, wird die Zahl der Delegierten mit 271 angegeben.
- 81 Die Politik . . ., S. 9.
- 82 Reimann sprach z. B. von 35 000 Beitrittserklärungen für die SED in Nordrhein-Westfalen.
- 83 Vgl. Moraw, a.a.O., S. 185 ff.
- 84 Dazu gab es nur unverbindliche Feststellungen. Vgl. »Weg und Ziel« 1947, Nr. 7, S. 6: »Wenn es uns gelingt, heute bereits den Platz für den sozialdemokratischen Freund in der zukünftigen gemeinsamen Parteiarbeit freizuhalten, dann wird uns auch die Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gelingen.«

- 85 Die Politik . . ., S. 9 f.
- 86 Ebda., S. 10.
- 87 HVZ v. 8./9. 1. 1949.
- 88 Die Politik . . ., S. 10.
- 89 »Weg und Ziel« 1947, Nr. 7. »Was wir wollen! Über die Bedeutung des zweiten Parteitages der SED«, S. 6.
- 90 Vgl. »Weg und Ziel« 1947, Nr. 7, S. 5, wo es heißt: »Wenn diese gesunde und oppositionelle Strömung in der Sozialdemokratie sich heute noch nicht zu einem festen Block gegen die wieder ins Verderben führende Politik des hannoveranischen Parteivorstandes zusammengefunden hat, so liegt das im wesentlichen in der altüberlieferten Parteitreu begründet.«
- 91 Badstübner, Rolf, *Restauration in Westdeutschland 1945–1949*. Berlin 1965, S. 47.
- 92 Vgl. *Weg und Ziel* 1947, Nr. 7, S. 7.
- 93 Ebda., S. 5.
- 94 Ebda.
- 95 Ebda.
- 96 Ebda.
- 97 Vgl. dazu Kapitel 9.
- 98 Vgl. Kluth, a.a.O., S. 24 f.
- 99 Zur Bedeutung des Volkskongresses und zu seinen politischen Hintergründen vgl. Moraw, a.a.O., S. 214.
- 100 HVZ v. 29. 11. 1947.
- 101 »Weg und Ziel« 1947, Nr. 8, S. 2.
- 102 Ebda., S. 1.
- 103 HVZ v. 29. 11. 1947.
- 104 Ebda.
- 105 Vgl. HVZ v. 3. 12. 1947 und v. 13. 12. 1947.
- 106 Vgl. das Referat von Elisabeth Lübs, in: HVZ v. 10. 12. 1947. — Sie unterzeichnete wenig später »Das Hamburger Manifest der oppositionellen Sozialdemokraten«. Vgl. *Die Weltbühne* 1948, S. 293. — Die Hamburger SPD warnte ihre Mitglieder vor einer Teilnahme, vgl. dazu Mitteilungsblatt 1948, Nr. 1, S. 12 u. Nr. 2, S. 11. — Die Mitglieder der »oppositionellen Sozialdemokraten« verließen teils freiwillig die SPD, teils wurden sie ausgeschlossen.
- 107 »Weg und Ziel« 1947/48, Nr. 8, S. 2.
- 108 HVZ v. 5. 2. 1948.
- 109 HVZ v. 9. 2. 1948.
- 110 HVZ v. 5. 2. 1948.
- 111 »Weg und Ziel« 1948, Nr. 4, S. 7 und HVZ v. 28. 4. 1948.
- 112 Ebda.
- 113 »Weg und Ziel« 1948, Nr. 4, S. 6. Vgl. auch ebda. die anderen Abschnitte des Aufsatzes von Alfred Drögemüller, der die Umbenennung historisch her-zuleiten versucht.
- 114 HVZ v. 28. 4. 1948.
- 115 HVZ v. 30. 4. 1948.
- 116 HVZ v. 30. 4. 1948 »SVD«.
- 117 Ebda.
- 118 Vgl. Kluth, a.a.O., S. 27 f., wo auch auf den Begriff »Neue Politik« eingegangen wird.

- 119 HVZ v. 5. 5. 1948.
- 120 HVZ v. 15. 5. 1948.
- 121 HVZ v. 15. 6. 1948.
- 122 Vgl. ebda. und Kluth, a.a.O., S. 28.
- 123 »Weg und Ziel« 1947, Nr. 6, S. 1 f. mit dem Artikel von Walter Ulbricht »Der deutsche Plan«.
- 124 HE v. 3. 7. 1948.
- 125 Stenographische Berichte der Bürgerschaft 1948, 14. Sitzung, v. 7. 7. 1948, S. 376.
- 126 Stenographische Berichte 1948, 15. Sitzung, v. 21. 7. 1948, S. 434.
- 127 Ebda., S. 435. Für die SPD wies Meitmann die Vorwürfe zurück.
- 128 Erwähnt werden muß die von mehreren Interviewpartnern übereinstimmend wiedergegebene Meinung, daß es für Dettmann keine Selbstverständlichkeit gewesen sei, von seinem Amt zurückzutreten, sondern er lange mit sich gerungen habe, ob er nicht im Amt verbleiben sollte, auch auf die Gefahr hin, aus der KPD ausgeschlossen zu werden oder andere Nachteile zu erleiden. Vor allem Interview mit Erich Lüth v. 9. 5. 1974.
- 129 Stenographische Berichte 1948, 16. Sitzung, vom 28. 7. 1948, S. 460. — Vgl. auch den Artikel von Ralph Giordano: Friedrich Dettmann mußte gehen, in: Die Weltbühne, Jg. 1948, S. 1027—1030.
- 130 Sowohl Meitmann als auch Rademacher hoben ausdrücklich die großen Erfolge der Tätigkeit Dettmanns hervor.
- 131 Stenographische Berichte 1948, 15. Sitzung, v. 21. 7. 1948, S. 438.
- 132 Der Nichteintritt der CDU in den Senat im Oktober 1946 hatte seine Ursachen nicht in Bedenken gegen die Teilnahme der KPD.
- 133 Brief der Landesorganisation Hamburg an PV Hannover v. 17. 6. 1947 (ASD, LO Hamburg).
- 134 Unter diesem Aspekt wäre es reizvoll zu untersuchen, inwieweit der in der Ostzone proklamierte Weg überhaupt in die Realität umgesetzt und in welchen Punkten eine prozedurale oder ideologische Differenz gegenüber der Sowjetunion gewahrt wurde. Für die vorliegende Arbeit wird davon ausgegangen, daß sich die Ackermann-These zumindest nicht auf grundsätzliche Fragen bezogen hat, daher eine weitgehende Kongruenz zwischen sowjetischen Vorstellungen und der von der SED betriebenen Politik anzunehmen ist.
- 135 Vgl. Information der Kommunistischen Partei, Bezirksleitung Wasserkante, Jg. 2 (1948), Nr. 2.
- 136 Dem widerspricht auch nicht Reimanns Hinweis auf die besonderen Verhältnisse Westdeutschlands anläßlich der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD, da es hier nicht um Methoden, sondern um die Feststellung der Ausgangsbedingungen ging. Vgl. HVZ v. 8. 9. 1949.
- 137 Vgl. Kluth, a.a.O., S. 32.
- 138 Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage. Dortmund 1948, S. 11.
- 139 Erklärung des Parteivorstandes . . ., S. 20.
- 140 HVZ v. 20. 4. 1949.
- 141 Ebda.
- 142 Brief des Parteivorstandes der KPD an alle Leitungen der Grundeinheiten unserer Partei, vom 30. August 1948 (Archiv Grunert), [S. 2].
- 143 HVZ v. 28. 6. 1949.

- ¹⁴⁴ Die KPO war eine Abspaltung von der KPD in der Weimarer Republik. Sie wurde nach 1945 von August Thalheimer und Heinrich Brandler weitergeführt. Vgl. Tjaden, Karl Hermann: Struktur und Funktion der »KPD-*Opposition*« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-*Opposition* im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim a. Glan 1964. — Vor allem der Name Brandlers, der in der Weimarer Republik einige Monate KPD-Vorsitzender gewesen war, spielte bei der Formulierung eines konsequenten Feindbildes eine erhebliche Rolle. Neben den Titoisten und den Trotzlisten waren es die Brandleristen, denen der Kampf galt. Vgl. HVZ v. 7. 7. 1949: »Weil die Monopolisten Angst vor der Krise hatten, schickten sie ihre Schergen wie Brandler aus England nach Deutschland, um die Partei mit Hilfe dunkler Finanzquellen zu zersetzen.«
- ¹⁴⁵ HVZ v. 7. 7. 1949.
- ¹⁴⁶ Die Kaderbriefe stammten aus Kreisen der KPO.
- ¹⁴⁷ Vgl. Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971, S. 197.
- ¹⁴⁸ HVZ v. 25. 8. 1949 »Tito endet wie alle Verräter im Sumpf!«
- ¹⁴⁹ HVZ v. 15. 9. 1949. Der Artikel stammt von Kurt Müller, dem 2. Vorsitzenden der KPD.
- ¹⁵⁰ HVZ v. 15. 9. 1949.
- ¹⁵¹ HVZ v. 15. 9. 1949.
- ¹⁵² Ebda.
- ¹⁵³ Fichter, Tilman: Die Betriebspolitik der KPD nach 1945. Am Beispiel der Firma Robert Bosch GmbH, in: Fichter/Eberle: Kampf um Bosch. Berlin 1974 (= Politik 50).
- ¹⁵⁴ HVZ v. 15. 9. 1949.
- ¹⁵⁵ HVZ v. 30. 9. 1949.
- ¹⁵⁶ Ebda.
- ¹⁵⁷ Ebda.
- ¹⁵⁸ Ebda.
- ¹⁵⁹ HVZ v. 12./13. 11. 1949.
- ¹⁶⁰ HVZ v. 7./8. 1. 1950.
- ¹⁶¹ HVZ v. 12.13. 11. 1949. — Die obengenannte These von der »Übertreibung« war in einem Artikel des Parteiorgans »Freies Volk« aufgestellt worden, wogegen sich nun die Polemik des Parteivorstandes richtete.
- ¹⁶² Ebda.
- ¹⁶³ Ganz in diesem Sinne ist auch die Resolution des Parteivorstandes vom 25. 10. 1949 abgefaßt. Vgl. HVZ v. 12./13. 11. 1949 »Kampf der Sorglosigkeit in Fragen der Ideologie«.
- ¹⁶⁴ Vgl. ebda.: »Genau so schädlich ist die Auffassung, daß es die Gefahr des Titoismus in einem anderen Land zwar gebe, aber im eigenen Land, im eigenen Arbeitsbereich, da gibt es so etwas nicht. Das heißt doch, den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.« Charakteristisch auch die Überschrift über dem entsprechenden Kapitel: »Die größte Gefahr ist die, die man nicht sieht«.
- ¹⁶⁵ HVZ v. 12./13. 11. 1949.
- ¹⁶⁶ Vgl. ebda.: »Stärkt die politische Wachsamkeit der Partei«, auch HVZ v. 9. 12. 1949 »Schluß mit der Sorglosigkeit — erhöht die Wachsamkeit« und HVZ v. 3. 1. 1950 »Erhöht die Wachsamkeit!«.

- ¹⁶⁷ Vgl. HVZ v. 17./18. 12. 1949, S. 5, vor allem die Abschnitte »KP Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen«, »Faschistische Henker am Werk« und die »Schlußfolgerungen«, in denen praktisch zum Bürgerkrieg gegen Tito aufgerufen wird.
- ¹⁶⁸ HVZ v. 3. 1. 1950.
- ¹⁶⁹ HVZ v. 5. 1. 1950 »Über die ideologische Sorglosigkeit in der HVZ«.
- ¹⁷⁰ An die Stelle von Erich Hoffmann trat nun Heinz Prieß, der auch den Artikel über die »ideologische Sorglosigkeit« verfaßt hatte.
- ¹⁷¹ HVZ v. 7./8. 1. 1950.
- ¹⁷² Vgl. »Die Einheit der Partei wie Deinen Augapfel hüten!«. Materialien zur Landesvorstandssitzung der KPD Hamburg vom 14.–15. Januar 1950. Hamburg 1950, S. 3.
- ¹⁷³ HVZ v. 4./5. 2. 1950, S. 5, »Über die Tätigkeit der parteifeindlichen, fraktionellen Gruppe in Hamburg«.
- ¹⁷⁴ Ebda.
- ¹⁷⁵ Ebda.
- ¹⁷⁶ Ebda.
- ¹⁷⁷ »Die Einheit der Partei . . .«, S. 16.
- ¹⁷⁸ Die KPD hatte sich auf ihrem Landesparteitag vom 15. und 16. April 1949 mit den bevorstehenden Wahlkämpfen befaßt und dabei beschlossen, bei beiden Wahlen das 28-Punkte-Programm der SPD vom Oktober 1946 propagandistisch in den Mittelpunkt zu stellen. Möller wurde nun auch vorgeworfen, daß in die entsprechende Parteitagsresolution die 28 Punkte selbst nicht mit aufgenommen worden waren und er damit die Politik der Partei in einem wesentlichen Punkt boykottiert habe. Vgl. Entschliebung des Landesparteitages am 15. und 16. April 1949 der Landesorganisation Hamburg der KPD: Zur Politik der Partei für die nationale Einheit und einen gerechten Frieden. Stade 1949, S. 2.
- ¹⁷⁹ HVZ v. 4./5. 2. 1950.
- ¹⁸⁰ Dethlefs war aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er anläßlich einer Tagung in Berlin gegenüber Ulbricht und Marshall Sokolowski der von anderer Seite geäußerten Ansicht widersprochen hatte, daß es jederzeit möglich sein würde, im Hamburger Hafen einen Generalstreik auszurufen. Interview mit Dethlefs am 29. 4. 1974.
- ¹⁸¹ Ebda.
- ¹⁸² Vgl. HVZ v. 16. 1. 1950. Darüber hinaus wurde Erich Hoffmann als Chefredakteur abberufen, fiel aber quasi nach oben, da er nunmehr 2. Landesvorsitzender wurde.
- ¹⁸³ Auf der Vorstandssitzung vom Januar 1950 lassen sich bereits Hinweise dafür finden, daß auch die Position von Prinz nicht mehr sicher war, da er sich Kritik von Müller gefallen lassen mußte, und außerdem die Forderung nach einer neuen Führung der Hamburger KPD erhoben wurde. »Die Einheit der Partei . . .«, S. 15 u. 17.
- ¹⁸⁴ So jedenfalls die übereinstimmende Ansicht der befragten Zeugen.
- ¹⁸⁵ Kluth, a.a.O., S. 127 f.; dazu auch die Materialien im ASD, LO Hamburg über die Umstände von Müllers Verschwinden. — Prinz ging im Frühjahr 1951 in die DDR, um an einer KPD-Sitzung in Mecklenburg teilzunehmen. Im Anschluß daran wurde er verhaftet und verbrachte 3½ Jahre ohne Gerichtsverfahren in einer Einzelzelle. Vgl. Ben Witter, Sie sind einsam oder züchten Rosen . . ., in: Die Zeit v. 30. 4. 1959.

- 186 HVZ v. 7./8. 1. 1950.
 187 Vgl. Kluth, a.a.O., S. 35.
 188 Vgl. »Die Einheit der Partei...«, S. 22.
 189 Vgl. Information der Kommunistischen Partei, Bezirksleitung Wasserkante, Jg. 2 (1948), Nr. 1, S. 7: »Die sozialistische Sowjetunion führt eine Politik, die den Interessen des deutschen Volkes am nächsten kommt.«
 190 Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Thälmann ohne Erben. Wie tot ist die KP in Hamburg? In: Rheinischer Merkur v. 1. 4. 1960.
 191 Angeblich sollen sich im Zeitraum 1949/50 »mehr als 70 Prozent der Parteimitglieder... auf dem politischen Altenteil« befunden haben. Vgl. HE v. 1. 12. 1949.
 192 Vgl. HVZ v. 25. 8. 1949.
 193 Auskunft über das weitere persönliche und politische Schicksal der führenden Hamburger KPD-Funktionäre gibt der Artikel von Ben Witter: »Sie sind einsam oder züchten Rosen... Was aus den Hamburger KP-Funktionären geworden ist«, in: Die Zeit vom 30. 4. 1959.

8. Kapitel

- 1 Jahresbericht 1946 der SPD-Landesorganisation Hamburg, S. 2.
 2 Mitteilungsblatt... 1946, Nr. 18, S. 1.
 3 Mitteilungsblatt... 1946, Nr. 13, S. 1.
 4 Mitteilungsblatt... 1946, Nr. 13, S. 2 f.
 5 II. Tätigkeitsbericht der SPD Hamburg Jan. 1946—Juni 1946, datiert vom 27. Juni 1946 (ASD, LO Hamburg), S. 4.
 6 Brief der Landesorganisation Hamburg an den PV Hannover vom 11. 7. 1946 (ASD, LO Hamburg). — Diese Bemühungen wurden auch mit der großen Zahl kommunistischer Propagandamaterialien begründet, wie sie bei den Wahlen in der amerikanischen Zone in die Öffentlichkeit gebracht worden war. Vgl. HE v. 3. 7. 1946.
 7 Vgl. Mitteilungsblatt... 1946, Nr. 18, S. 1 und Nr. 19, S. 1.
 8 HE v. 12. 10. 1946.
 9 Ebda.
 10 Ebda.
 11 Dazu die Flugblätter »Kleinindustrie, Handwerk, Handel und Gewerbe im sozialistischen Neuaufbau!« — »Kleingärtner und Schreiberfreunde« — »Hamburger Angestellte!« — »Ihr Menschen in Lagern und Bunkern!« — »An alle Bildenden, Lehrenden, Geistesschaffenden!« (alle: ASD, LO Hamburg). Sie erschienen in einer Auflage zwischen 6000 und 60000 Exemplaren.
 12 Vgl. HE v. 12. 10. 1946 »Karl Meitmann weist den Weg der Sozialdemokratie«.
 13 Dazu das Flugblatt »Jungwähler!« (ASD, LO Hamburg).
 14 Vgl. dazu Mitteilungsblatt... 1946, Nr. 13, S. 3, Nr. 15, S. 1, Nr. 16, S. 3 und Nr. 19, S. 2.
 15 Sozialistische Politik in Hamburg. Informationsblätter der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Nr. 3, September 1946, S. 4.
 16 Ebda., S. 4.

- 17 Ebda., S. 5.
- 18 Ebda., S. 2.
- 19 Flugblatt »Kleinindustrie, Handwerk, Handel und Gewerbe im sozialistischen Neuaufbau« (ASD, LO Hamburg), S. 1 f.
- 20 HE v. 28. 9. 1946.
- 21 Ebda.
- 22 Ebda.
- 23 Vgl. Witt, a.a.O., S. 58.
- 24 Vgl. Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, Jg. 1947, Sondernummer 1, S. 4 u. 38. — Dies wird besonders deutlich an den Wahlkreisen 3 (Neustadt, Altstadt, Steinwärder-Nord, Veddel, Kl. Grasbrook), wo die KPD — im Vergleich zu 1932 — einen Rückgang von 13,6 %, die SPD einen Gewinn von 19,5 % der Stimmen zu verzeichnen hatte, am Wahlkreis 7 (Altona-Altstadt, Nordbahrenfeld), wo einem KPD-Verlust von 9,1 % ein SPD-Gewinn von 15,1 % der Stimmen gegenüberstand.
- 25 Ebda. — Vor allem die Wahlkreise 11 (Rahlstedt, Meiendorf, Tonndorf, Jenfeld, Farmsen), wo die SPD — wieder im Vergleich zu 1932 — 14 % der Stimmen gewann, 12 (Walddörfer, Poppenbüttel, Hummelsbüttel, Wellingsbüttel, Sasel), wo die SPD 10 % mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte, 20 (Blankenese, Nienstedten, Sülldorf, Rissen, Osdorf, Lurup) mit 11,9 % und 16 (Eimsbüttel, Harvestehude, Rotherbaum) mit 12,2 % Stimmenzuwachs für die SPD.
- 26 Sozialistische Politik in Hamburg . . . , Nr. 3, S. 7.
- 27 So Walter Schmedemann in dem bereits erwähnten Interview mit dem Verfasser.
- 28 Mitteilungsblatt . . . 1946, Nr. 20, S. 1.
- 29 Mitteilungsblatt . . . 1946, Nr. 21, S. 1.
- 30 Ebda.
- 31 Ebda., S. 2.
- 32 Die reale Einschätzung einiger Punkte des 28-Punkte-Programms wurde an den Übereinkünften der Koalitionsverhandlungen deutlich. So hieß es in einem Schreiben der FDP Hamburg an den Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Erich Klabunde, v. 1. 11. 1946 (DGB-Archiv Hamburg) zum Punkt 5 des SPD-Programms: »Wir haben davon Kenntnis genommen, daß nicht die Absicht besteht, eine Monopolbank zu gründen, sondern daß es sich vorläufig lediglich darum handelt, den durch die wirtschaftliche Lage bedingten Leerlauf zu verhindern. Auch nehmen wir ausdrücklich davon Kenntnis, daß bei dieser Zusammenfassung eine Sozialisierung bzw. Verstaatlichung des Hamburgischen Bankenapparates nicht beabsichtigt ist.« Zum SPD-Punkt 19 äußerte sich die FDP so: »Die vollkommen unterschiedliche Auffassung zwischen SPD- und FDP-Programm kann gerade bei diesen Punkten vorläufig völlig zurückgestellt werden, da es noch Jahre dauern wird, bis die Produktion der Nachfrage entspricht.« Damit waren für die Tagespolitik entscheidende Punkte des SPD-Programms frühzeitig verwässert.
- 33 Vgl. Tätigkeitsbericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1945/1946, S. 11.
- 34 Zu den möglichen Motiven der Engländer, den Sozialisierungsgedanken gerade jetzt zu konkretisieren, vgl. Schwarz, a.a.O., S. 173: »Hatte Großbritannien bisher im Hinblick auf eventuelle Europäisierungspläne und zugleich mit Rücksicht auf die Sowjetunion die Deutschen nicht zu Sozialisie-

- rungsforderungen ermutigt, so schien das Ausspielen der deutschen Karte nunmehr die einzige Möglichkeit zu sein, den amerikanischen Privatkapitalismus zu überspielen . . . Am besten schien es, den Amerikanern zu demonstrieren, daß die Deutschen selbst die Sozialisierung wünschten.«
- 35 Das Hamburger Sozialisierungs-Gutachten. Erläuterungen des ersten Teils von Erich Klabunde. Hamburg 1947, S. 6. — Der Plan wurde von Vertretern der SPD, KPD, der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften angenommen, Vertreter der CDU und FDP lehnten ihn ab. — Im folgenden geht es um eine politische Einschätzung des Gutachtens, nicht um eine ökonomische.
- 36 Hamburger Sozialisierungs-Gutachten . . ., S. 12.
- 37 Ebda.
- 38 Ebda.
- 39 Ebda.
- 40 Ebda., S. 6 f.
- 41 Ebda., S. 19.
- 42 Ebda. — Bei der Betonung dieses Gedankens spielte auch die Absicht eine Rolle, sich scharf gegen den Sozialismus sowjetrussischer Prägung abzusetzen.
- 43 Ebda.
- 44 Ebda.
- 45 Ebda., S. 7.
- 46 Ebda., S. 25.
- 47 Ebda.
- 48 Ebda., S. 7.
- 49 Vgl. ebda. die entsprechenden Richtlinien.
- 50 Ebda.
- 51 Ebda., S. 8.
- 52 Ebda., S. 38.
- 53 Stenographische Berichte . . . 1947, 4. Sitzung vom 12. 2. 1947, S. 84 (Klabunde).
- 54 Klink, a.a.O., S. 88.
- 55 Ortlieb, Heinz-Dietrich, Der gegenwärtige Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland, in: Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung. Berlin 1950 (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik N. F. Bd. 2), S. 236.
- 56 Ortlieb, a.a.O., S. 274.
- 57 Stenographische Berichte . . . 1947, 4. Sitzung v. 12. 2. 1947, S. 85—88 (Dettmann).
- 58 Vgl. zu Klabunde auch Lüth, Erich: Erich Klabunde.
- 59 Protokoll der Delegiertenversammlung am 19. September 1947 »Die Sozialisierung« (KSH, LO Hamburg), S. 34.
- 60 Ebda., S. 35.
- 61 Ebda., S. 37.
- 62 Ebda.
- 63 Ebda., S. 38.
- 64 Ebda.
- 65 Ebda., S. 39.
- 66 Ebda.

- 67 Wagner war der Verfasser zahlreicher Referentenmaterialien für die Hamburger Landesorganisation.
- 68 Protokoll . . . 19. September 1947 (KSH, LO Hamburg), S. 42.
- 69 Ebda., S. 48—53.
- 70 Stenographische Berichte . . . 1947, 4. Sitzung v. 12. 2. 1947, S. 85.
- 71 Vgl. Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, o.O.o.J., S. 344 ff. Vgl. auch Girndt, a.a.O., S. 83 ff.
- 72 Muß heißen: Kompetenzen.
- 73 Tätigkeitsbericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1945/46, S. 21.
- 74 Vor neuen Wahlen in Hamburg. 3. Tätigkeitsbericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1948/49. Hamburg 1949, S. 19.
- 75 Tätigkeitsbericht . . . 1945/46, S. 23.
- 76 Vor neuen Wahlen, S. 19.
- 77 Vgl. dazu oben S. 239 f.
- 78 Vor neuen Wahlen, S. 20.
- 79 Vgl. die Verordnungen Nr. 95 (Hochbahn) und Nr. 148 (Elektrizitätswerke), in: Amtsblatt der Militärregierung, S. 569 ff. und 785 ff.
- 80 Protokoll . . . 19. September 1947 (KSH, LO Hamburg), S. 7. — Auch Protokoll der Landesdelegiertenversammlung v. 30. 11. 1947 (KSH, LO Hamburg), S. 17, wo Klabunde noch einmal zur Verordnung Nr. 57 Stellung nahm: »Wir müssen klar zugeben, daß die Verordnung Nr. 57 entscheidende Punkte unseres Programms in ihrer sofortigen Verwirklichung behindert, aber nicht unmöglich gemacht hat.«
- 81 Protokoll Landesparteitag 26./27. 4. 1947 (KSH, LO Hamburg), S. 105 f. Außerdem die anliegende Mappe mit den Anträgen und Berichten; darin u. a. »Protokoll einer Besprechung zwischen Kämmerer Dr. Dudek und SPD-Betriebsvertrauensleuten der HGG« v. 18. 4. 1947 und »Stellungnahme des Parteivorstandes zur Rede des Genossen Mensen auf dem Landesparteitag . . .« v. 13. 5. 1947.
- 82 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Nürnberg 1947, S. 37 ff.
- 83 Vgl. den Artikel von Herbert Wehner: Um den Marshall-Plan, in: Weckruf. Mitteilungsblatt für die Betriebsgruppen der SPD, Landesorganisation Hamburg, 1. Jg. Nr. 9—14, S. 2.
- 84 Ebda.
- 85 Protokoll der Fortsetzung des 3. Landesparteitages am 25. 4. 1948 im Festsaal des Rathauses (KSH, LO Hamburg), S. 82 f.
- 86 Ebda., S. 84.
- 87 Ebda., S. 85 f. (Paulig); auch die weiteren kritischen Äußerungen einiger anderer Delegierter, S. 89 ff.
- 88 Ebda., S. 85 f. — Vgl. HE v. 20. 4. 1948. Zur Kritik am Hamburger Echo auch Protokoll des Parteitages am 18. 5. 1947 (Fortsetzung v. 27. 4. 1947) (KSH, LO Hamburg), S. 5 ff. (Görlisch u. a.).
- 89 Flugblatt der DAG »Hungerstreik der Angestellten« (ASD, LO Hamburg).
- 90 Anweisung des Senats »An die Senatsämter und Behörden, Kreisverwaltungen und Ortsämter« v. 30. 1. 1948 (ASD, LO Hamburg).
- 91 Schreiben Kreis III, Distrikt Langenhorn-Süd an PV v. 23. 2. 1948 und »Aktennotiz: Der Senat hat angeordnet, daß ihm die Namen der Beamten und Angestellten aufzugeben sind, die am Dienstag, d. 3. 2. 1948 dem Dienst ferngeblieben sind« (beide: ASD, LO Hamburg).

- 92 Entschließung Kreis Altona an LV am 20. 2. 1948 (ASD, LO Hamburg).
- 93 Schreiben Kreis X Altona, Distrikt Bahrenfeld, an LV v. 18. 1. 1948 (ASD, LO Hamburg) und weitere Schreiben.
- 94 Protokoll Funktionärsversammlung der SPD am 1. Februar 1948 (Ernährungslage und Streikverbot) (KSH, LO Hamburg), Schlußteil, S. 1—37.
- 95 Weckruf 1948, Nr. 4, S. 2 f.; Der Sozialist (früher Mitteilungsblatt) 1948, Nr. 3, S. 1 f.
- 96 Meitmann an Langenhorn-Süd v. 28. 2. 1948 (ASD, LO Hamburg).
- 97 Meitmann an August Hillert v. 14. 2. 1948 (ASD, LO Hamburg).
- 98 Meitmann an Langenhorn-Süd (ASD, LO Hamburg).
- 99 Dabei spielten auch noch andere Gründe eine Rolle. So konnte sich der Senat lange Zeit nicht mit den Gewerkschaften über eine Betriebsvereinbarung für die Staatsbeschäftigten einigen. Protokoll Landesdelegiertenversammlung am 15. Dezember 1947 (Fortsetzung vom 30. November 1947) (KSH, LO Hamburg), S. 42 ff. — So wurde Kurt-Derlev Möller zum Direktor des Staatsarchivs ernannt, obwohl er nach Meinung vieler Sozialdemokraten in seinem Buch »Das letzte Kapitel« die Rolle des Gauleiters Karl Kaufmann allzu positiv dargestellt hatte und deshalb von vielen Seiten scharf angegriffen worden war. Vgl. HE v. 27. 1. 1948 »Protest gegen ein Buch« und v. 10. 2. 1948 »Ein böses Kapitel Hamburger Geschichtsschreibung«.
- 100 Antrag Kreis II, in: Ordner: Delegiertenversammlungen Februar 1948—Oktober 1948, Mappe: Tagesordnung und Anträge zum 10./11. 4. 1948 (KSH, LO Hamburg).
- 101 Ebda., Antrag 15, Distrikt Volksdorf, und einige Anträge im gleichen Sinne.
- 102 Protokoll Fortsetzung des 3. Landesparteitages am 25. 4. 1948 (KSH, LO Hamburg), S. 134, Antrag Kreis IX.
- 103 Während die Mitgliederzahl vom 31. 12. 1945 bis zum 31. 12. 1947 von 11 972 auf immerhin 54 219 angestiegen war, brachte das gesamte Jahr 1948 nur noch einen Zuwachs von 877 Mitgliedern. Protokoll Landesparteitag v. 7./8. 5. 1949 (KSH, LO Hamburg), S. 12 ff.
- 104 Ebda., S. 13.
- 105 Ebda. [S. 104—135]; auch HE v. 9. 5. 1949.
- 106 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948—1949. Hannover o. J., S. 30 f.
- 107 HE v. 2. 8. 1949.
- 108 Flugblatt »Bürgermeister Koch zieht seine Kandidatur zurück« (ASD, LO Hamburg), das die SPD in den letzten Tagen des Bürgerschaftswahlkampfes in 100 000 Exemplaren verteilen ließ. — Der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Eduard Wilkening, erklärte seinen Austritt aus der Partei.
- 109 Weckruf 1949, Nr. 16, S. 1.
- 110 Weckruf 1949, Nr. 17, S. 1.
- 111 Vgl. auch Weckruf 1949, Nr. 12, S. 1, »Die Sozialdemokratie kämpft allein!«
- 112 Weckruf 1949, Nr. 16, S. 1 auch Nr. 15, S. 3.
- 113 Der Sozialist 1949, Nr. 8, S. 7 und Nr. 11, S. 1. — Die Forderung der KPD, die SPD solle in zehn der 72 Wahlkreise zugunsten der Kommunisten verzichten, konnte für die SPD ohnehin keine seriöse Geschäftsgrundlage abgeben.

- ¹¹⁴ Der Sozialist 1949, Nr. 8, S. 7.
- ¹¹⁵ Vgl. zu diesem Aspekt: Vor neuen Wahlen . . ., S. 15—22. Das Flugblatt zur Bürgerschaftswahl »Hamburg-Plan der SPD — Aufgabe von morgen« (ASD, LO Hamburg). Lüth: Drei Jahre Arbeit . . ., ferner: Der Sozialist 1949, Nr. 11, S. 3.
- ¹¹⁶ Weckruf 1949, Nr. 17, S. 1.
- ¹¹⁷ Weckruf 1949, Nr. 16, S. 2.
- ¹¹⁸ Ebda.
- ¹¹⁹ Ebda.
- ¹²⁰ HE v. 17. 10. 1949.
- ¹²¹ Brauer berichtete vor der Bürgerschaftswahl, ihm sei geraten worden, aus Hamburg »ein Lippe [zu] machen« in Erinnerung an die wichtige Wahl vom Januar 1933. Es sei ihm jedoch »unsympathisch, diese Formulierung zu gebrauchen.« Protokoll der Delegiertenversammlung am 18. 9. 1949 (KSH, LO Hamburg), S. 3.
- ¹²² HE v. 18. 10. 1949.
- ¹²³ HE v. 17. 10. 1949.
- ¹²⁴ HE v. 18. 10. 1949.
- ¹²⁵ Ebda.
- ¹²⁶ Ebda.
- ¹²⁷ Protokoll der Landesdelegiertenversammlung am 30. 10. 1949 im Gewerkschaftshaus (Senatsbildung) (KSH, LO Hamburg), S. 7.
- ¹²⁸ Ebda., S. 29.
- ¹²⁹ Ebda., S. 29.
- ¹³⁰ Das Protokoll vermerkt: Schwacher Beifall.
- ¹³¹ Ebda., S. 30.
- ¹³² Ebda., S. 35.
- ¹³³ Ebda., S. 34.
- ¹³⁴ Ebda., S. 36.
- ¹³⁵ Ebda., S. 34 bzw. S. 37/38.
- ¹³⁶ Ebda., S. 41 ff., u. a. die Reden von Gerhard Neuenkirch, Peter Blachstein, Hellmut Kalbitzer und Herbert Wehner.
- ¹³⁷ Ebda., S. 82.
- ¹³⁸ Beschluß der Delegiertenversammlung der Landesorganisation Hamburg der SPD v. 30. Oktober 1949, Anlage zum Protokoll.
- ¹³⁹ Ebda. — Ein anderer Antrag, demzufolge nur die FDP-Senatoren Büll und Hartenfels, nicht aber Koch zum Rücktritt aufgefordert werden sollten, wurde mit »ganz wenigen Gegenstimmen« abgelehnt. Ebda., S. 106 f.
- ¹⁴⁰ Nach dem SPD-Wahlsieg von 1928 übernahm zeitweilig Rudolf Ross alternerend das Amt des Ersten Bürgermeisters.
- ¹⁴¹ Der Einwand, daß weitergehende Vorstellungen deshalb vermieden wurden, weil sie in Hamburg allein nicht zu realisieren waren, entfällt dadurch, daß die besondere bundespolitische Bedeutung der Wahl stets hervorgehoben wurde.

Schluß

- ¹ So in den Titeln der bereits erwähnten Bücher von Eberhard Schmidt bzw. Ute Schmidt und Tilman Fichter.
- ² Vgl. etwa Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter*, S. 31 ff.
- ³ Vgl. etwa Mannschatz/Seider, a.a.O., S. 227 ff.
- ⁴ *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946*, S. 77.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. UNGEDRUCKTE QUELLEN

(Da sich zum Zeitpunkt der Benutzung weder der Bestand der Landesorganisation Hamburg in Bonn noch das DGB-Archiv Hamburg in einem definitiv geordneten Zustand befanden, mußte auf die nähere Angabe von Ordnern, Mappen u. ä. verzichtet werden. Ansonsten finden sich nähere Aufschlüsse jeweils in den Anmerkungen.)

- a) Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn:
Bestand der SPD-Landesorganisation Hansestadt Hamburg
Bestand Schumacher
J 1 — J 2 — J 3 — J 4 — J 9 — J 16
J 30 — J 40 — J 41 — J 42 — J 43
J 49 — J 114
- b) Kurt-Schumacher-Haus, Hamburg:
Bestand der SPD-Landesorganisation Hansestadt Hamburg,
Protokolle der Landesdelegiertenversammlungen der Landesorganisation
Hamburg der SPD Januar 1946 — Oktober 1949
- c) Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg:
11/E 2-6 (Nachlaß Willi Elsner)
Materialien zu Widerstand und Verfolgung in Hamburg
- d) Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung:
Archiv des DGB — Hamburg
- e) Staatsarchiv Hamburg:
Presse der Militärregierung
- f) Privatarchive:
Archiv Karl Grunert (umfaßt mehrere kleinere Privatarchive)
Archiv Paul Tastesen

II. MÜNDLICHE UND SCHRIFTLICHE MITTEILUNGEN UND HINWEISE

Friedrich Dethlefs, Hamburg
 Karl Grunert, Hamburg
 Hellmut Kalbitzer, Nairobi/Kenia
 Paula Karpinski, Hamburg
 Wolfgang Leonhard, Manderscheid/Eifel
 Erich Lüth, Hamburg
 Walter Möller, Hamburg
 Harry Naujoks, Hamburg
 Walter Schmedemann, Hamburg
 Louis Sellmer, Hamburg
 Karl Strutz, Hamburg
 Paul Tastesen, Hamburg

III. GEDRUCKTE QUELLEN UND DARSTELLUNGEN

- Abendroth, Wolfgang, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Neuwied, Berlin 1967.
 ders., *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*. Frankfurt 1969.
 ders., *Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Bestandsaufnahme. S. 233—263.
 ders., *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*. Frankfurt/M. 1965 (= edition suhrkamp 106).
 ders., *Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich*, in: *Festschrift für Otto Brenner*, S. 303—323.
 Adenauer, Konrad, *Erinnerungen Bd. I 1945—1953*. Stuttgart 1965.
 Agartz, Victor, *Das Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone*, in: *Geist und Tat Jg. 2 (1947)*, S. 9—11.
 Ahrens, Franz, Max Reimann. *Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten*. Hamburg 1968.
 Allemann, Fritz René, *Bonn ist nicht Weimar*. Köln, Berlin 1956.
 Almond, Gabriel, *The Struggle for Democracy in Germany*. Chapel Hill 1949.
 Anders, Karl, *Die ersten hundert Jahre. Zur Geschichte einer demokratischen Partei*. Hannover 1963.
 Anderson, Evelyn, *Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Nürnberg 1948.
 Arnold, Wilhelm, *Zur Bedeutung und Verbreitung des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945*, in: *BzG 2 (1960)*, SH, S. 111—128.
 Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft. Hrsg. vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg. Hamburg 1946 ff.
- Badstübner, Rolf, *Reaktionäre Bestrebungen der deutschen Monopolbourgeoisie in Westdeutschland 1945—1947*, in: *ZfG 8 (1960)*, S. 44 ff.
 ders., *Restauration in Westdeutschland 1945—1949*. Berlin 1965.
 ders., *Wie die »Ära Adenauer« begann. Zur Restaurationspolitik der imperialistischen Bourgeoisie in Westdeutschland*, in: *ZfG 11 (1963)*, S. 1421—1443.

- ders., Zum Kampf der Arbeiterklasse um die Beseitigung des Ruhrmonopolkapitals 1946/47, in: Beiträge zur Zeitgeschichte 1960, S. 18—28.
- ders. und Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945—1949. Berlin 1966.
- Bahne, Siegfried, KPD und SPD von 1933 bis 1935, in: Geist und Tat Jg. 16 (1961), S. 45—49 und S. 108—113.
- ders., Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Matthias/Morsey: Das Ende der Parteien.
- ders., »Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History, Vol. X (1965), S. 211 ff.
- Balabkins, Nicholas, Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945—1948. New Brunswick 1964.
- Balfour, Michael, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945—1946. Düsseldorf 1959.
- Bartel, Walter, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933—1945. Berlin 1956.
- ders., Probleme des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland, in: ZfG 6 (1958), S. 999—1016.
- Bednareck, Horst, Die Gewerkschaftspolitik der KPD 1935—1939. Berlin 1969. Befreiung und Neubeginn. Berlin 1966.
- Behr, Wolfgang, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteienanalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns. Hannover 1969.
- Benser, Günter, Bemerkenswerte Eingeständnisse. Wie die rechten SPD-Führer die Einheit der Arbeiterklasse bekämpften, in: BzG 3 (1961), SH, S. 139—148.
- ders., Probleme der Bündnispolitik der KPD und SED von 1945 bis 1949, in: BzG 6 (1964) S. 22—38.
- ders., Probleme der Strategie und Taktik der marxistischen deutschen Arbeiterpartei in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945—1949) Diss. phil. (masch.) Berlin 1964.
- Benser, Günter u. Heinz Heitzer, Die nationale Politik der SED 1945—1955, in: ZfG 14 (1966), S. 709—731.
- Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. München 1952.
- Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Hamburg, über Wiederaufbau und Tätigkeit der Hamburger Gewerkschaften im Jahre 1945—1947. o. O. o. J.
- Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Hamburg, über die Tätigkeit der Hamburger Gewerkschaften in den Jahren 1948—1950. Hamburg 1950.
- Berthold, Werner, Die Stellungnahme der KPD zu aktuellen Grundfragen der deutschen Geschichte 1945/46, in: ZfG 13 (1965), S. 1323—1341.
- Besson, Waldemar, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1933, Stuttgart 1959.
- Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, hrsg. von Hans Werner Richter, München 1962.
- Böhme, Hans, Die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zwischen 1945—1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/1969, S. 35—54.

- Böhme, Helmut, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1968 (= edition suhrkamp 253).
- Bolland, Jürgen, Hamburgs Bürgerschaft in alter und neuer Zeit. Hamburg 1959.
- Brandt, Peter, Antifaschistische Einheitsbewegung, Parteien und Gewerkschaften. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bremen 1945/46. Diss. phil. (masch.) Berlin 1972.
- Brauer, Max, Nüchternen Sinnes und heißen Herzens. Reden und Ansprachen. Hamburg 1956.
- Brill, Hermann, Gegen den Strom. Offenbach 1946.
- Buchwitz, Otto, Brüder, in eins nun die Hände. Berlin 1956.
- ders., 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1958.
- Buck, Hans Robert, Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945. München 1969.
- Chalmers, Douglas, The Social Democratic Party of Germany. From Working-Class Movement to Modern Political Party. New Haven 1964.
- Chandon, E. C., Die Industriestruktur des britischen Besatzungsgebietes. Essen 1947.
- Childs, David, From Schumacher to Brandt. The Story of German Socialism 1945—1965. Oxford 1966.
- Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland. Frankfurt/M. o. J.
- Comfort, Richard Allen, Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic. Stanford 1966.
- Cornides, Wilhelm, Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945—1955. Tübingen 1957.
- Dahrendorf, Gustav, Der Mensch — das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945—1954. Hamburg 1955.
- Danner, Lothar, Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918—1933. Hamburg 1958.
- Davidson, Basil, Germany: What Now? Potsdam Partition 1945—1949. London 1950.
- Denkschrift zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs. Im Auftrage des Senats der Hansestadt Hamburg erstattet von der Gutachterkommission Prof. Dr. Schiller. Hamburg o. J.
- Deppe, Frank, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins. Köln 1971.
- Dettmann, Friedrich, Über die Gesundheitslage der Bevölkerung Hamburgs nach der Kapitulation, in: Neues Hamburg Bd. I.
- Deuerlein, Ernst, Das Problem der »Behandlung Deutschlands«. Umriss eines Schlagwortes des Epochenjahres 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/1965, S. 26—46.
- Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Bd. 5: Beiträge zum Thema: Die Ergebnisse und Folgen des Zweiten Weltkrieges und die Zerschlagung des deutschen Imperialismus. Berlin 1962.
- Deutschland-Jahrbuch 1949. Hrsg. von Klaus Mehnert und Heinrich Schulte. Essen 1949.
- Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945—1949. München 1967.

- Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Immanuel Geiss und Bernd Jürgen Wendt. Düsseldorf 1973.
- Documents on Germany under Occupation 1945—1954. Hrsg. von Beate Ruhm von Oppen. London, New York, Toronto 1955.
- Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933. Hrsg. und kommentiert v. Henning Timpke. Frankfurt/M. 1964 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 4).
- Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945—1956. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann. Berlin 1965.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Reihe III Bd. 1. Berlin 1959.
- Dokumente des Widerstandes. Ein Beitrag zum Verständnis des illegalen Kampfes gegen die Nazidiktatur. Stade 1948.
- Dorendorf, Annelies, Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone. Ein Rückblick auf seine Tätigkeit. Göttingen 1953.
- Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim a. Glan 1965 (= Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft Bd. 2).
- Dreckmann, Hans, Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945/46. Geschichte der »ernannten« Bürgerschaft. Hamburg 1970.
- Dreitzel, Horst, Besatzungspolitik und Nachkriegsgeschichte 1945—1952, in: NPL 9 (1964), S. 956—971.
- Drobisch, Klaus, Der Kampf um die Einheitspartei der Arbeiterklasse in Leipzig 1945/46, in: BzG 2 (1960), SH. S. 129—149.
- Drögemüller, Alfred, Die Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und die deutsche Großbourgeoisie und der Kampf der Arbeiterklasse und der patriotischen Kräfte Westdeutschlands für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland (1947 bis Mitte 1948). Diss. phil. (masch.) Berlin 1961.
- Dudek, Walter, Hamburger Eröffnungsbilanz, in: Neues Hamburg Bd. I.
- Dübber, Ulrich, Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/1963, S. 52—64.
- Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1972.
- Ebsworth, Raymond, Restoring Democracy in Germany. The British Contribution. New York, London 1960.
- Edinger, Lewis J., Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten. Köln, Opladen 1971.
- ders., Kurt Schumachers politische Perspektive. Ein Beitrag zur Deutung seines Handelns, in: PVJs 3 (1962), S. 331—361.
- ders., Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933—1945. Hannover 1960.
- Die Einheit der Partei wie Deinen Augapfel hüten! Materialien zur Landesvorstandssitzung der KPD Hamburg vom 14.—15. Januar 1950. Hamburg 1950.
- Elben, Wolfgang, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom Novem-

- ber 1918 bis Februar 1919. Düsseldorf 1965 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31).
- Emmet, Christopher und Fritz Baade, Zerstörung auf unsere Kosten. Wie die Demontage von Fabriken der Inflation in den Vereinigten Staaten hilft und den Marshallplan sabotiert. Hamburg 1948.
- Entschließung des Landesparteitages am 15. und 16. April 1949 der Landesorganisation Hamburg der KPD. Zur Politik der Partei für die nationale Einheit und einen gerechten Frieden. Stade 1949.
- Erfurt, Werner, Die sowjetrussische Deutschlandpolitik 1945—1955. Eine Studie zur Zeitgeschichte. Eßlingen 1956.
- Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer. Berlin 1958.
- Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage. Als Manuskript für die Mitglieder der KPD gedruckt. Dortmund 1948.
- Die Ernährungslage in der britischen Zone. Hrsg. vom Informationsdienst für Deutschland. Düsseldorf 1948.
- Esters, Helmut und Hans Pelger, Gewerkschaftler im Widerstand. Hannover 1967.
- Faust, Fritz, Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung. Frankfurt/M. 1959.
- Feis, Herbert, Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen. Frankfurt/M., Bonn 1962
- ders., From Trust to Terror. The Onset of the Cold War 1945—1950. New York 1970.
- Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag. Frankfurt/M. 1967.
- Fichter, Tilman, Die Betriebspolitik der KPD nach 1945. Am Beispiel der Firma Robert Bosch GmbH, in: Fichter/Eberle, Kampf um Bosch, Berlin 1974.
- Fitzsimmons, Matthew, The Foreign Policy of British Labour Government 1945—1951. Notre Dame/Ind. 1953.
- Flatau, Alfred, Parteitag 1947. Start zur Bewährung. Hamburg 1947.
- Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber. Frankfurt/M. 1969.
- ders., Die Parteien in der Bundesrepublik. Hamburg 1973.
- ders., Die deutschen Parteien seit 1945. Quellen und Auszüge. Berlin, Köln 1955.
- ders., Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bd. 1—8. Berlin 1962 ff.
- Fricke, Karl Wilhelm, Thälmann ohne Erben. Wie tot ist die KP in Hamburg?, in: Rheinischer Merkur v. 1. 4. 1960.
- Friedman, Wolfgang, The Allied Military Government of Germany. London 1947.
- Fromme, Friedrich Karl, Zur inneren Ordnung in den westlichen Besatzungszonen 1945—1949, in: VJZG 10 (1962), S. 206—223.
- Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945—1964. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1965.
- Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied, Berlin 1969.

- Furtwängler, Franz Josef, Bedeutung und zukünftige Aufgaben der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1947.
- Gablentz, Otto Heinrich von der, Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik. Köln, Opladen 1960.
- Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents. Hrsg. von James K. Pollock und James H. Meisel. Ann Arbor 1947.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. IV—VI. Berlin 1966.
- Gesetzentwürfe für die Neuordnung der kommunalen Verwaltung der Hansestadt Hamburg. Hamburg 1948.
- Gesetze und Verordnungen der Militärregierung. Vollständige Sammlung bis zum 20. September 1945. Braunschweig 1945.
- Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone. o. O. 1949.
- Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945—1949. Frankfurt/M. 1971.
- ders., Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945—1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/1965, S. 47—53.
- Giordano, Ralph, Friedrich Dettmann mußte gehen, in: Die Weltbühne, Jg. 1948.
- Girndt, Ilse, Zentralstaatliche Tendenzen beim Wiederaufbau der Verwaltung in der britischen Besatzungszone 1945—1948. Diss. phil. (masch.) Bonn 1970.
- Gleißberg, Gerhard, Die SPD nach 1945, in: Sozialistische Hefte 2 (1963), S. 31—44.
- Griffke, Erich W., Jahre mit Ulbricht. Köln 1966.
- Goguel, Rudi, Dokumente des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung um die Aktionseinheit, in: Dokumentation der Zeit 1957, H. 135, Sp. 78—87, H. 136, Sp. 89—101. H. 137, Sp. 85—97.
- Grapengeter, Andrew, Gesetz über den Aufbau der Hansestadt Hamburg. Hamburg 1950.
- Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. München 1966 (= dtv Bd. 647).
- Gripenburg, Rüdiger, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie. Marburg 1970.
- Grotewohl, Otto, Zur politischen Lage Deutschlands. Berlin 1947.
- Grünewald, Wilhard, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens. München 1971 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 21).
- Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Berlin 1960.
- Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1965.
- Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Hrsg. von der KPD, Landesverband Wasserkante o. O. [1946].
- Hamburg im Dritten Reich. Arbeiten der hamburgischen Verwaltung. Hamburg 1935 ff.
- Hamburg heute. Zum deutschen Journalistentag. Hamburg 1947.
- Hamburg 1945. Ansprachen von Bürgermeister Rudolf Petersen, Bürgermeister Adolph Schönfelder und Senator Heinrich Landahl. Hamburg 1945.
- Hamburg im Schatten der Bundesrepublik. Denkschrift des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1951.

- Hamburg — Stadt der Gewerkschaftsbewegung und der Gemeinwirtschaft. Hamburg 1950.
- Hamburg und seine Wirtschaft. Hamburg [1954].
- Hamburg in Zahlen. Hrsg. vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg. Hamburg 1947 ff.
- Hamburger Bürgerschaft. Verzeichnis der Abgeordneten. Hamburg 1931, 1951.
- Das Hamburger Sozialisierungs-Gutachten. Erläuterungen des ersten Teils von Erich Klabunde. Hamburg 1947.
- Hamburgs Wirtschaft. Ein Bericht der Behörde für Wirtschaft und Verkehr. Hamburg 1949.
- Hansen, Reimer, Der totale Zusammenbruch 1945. Probleme und Ergebnisse der historisch-politischen Forschung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/1970*, S. 3—31.
- Hartwich, Hans-Hermann, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Köln, Opladen 1970.
- Heine, Fritz, Dr. Kurt Schumacher. Ein demokratischer Sozialist europäischer Prägung. Göttingen, Zürich, Frankfurt/M. 1969.
- ders., Sozialdemokratie oder SED/KPD? Hamburg 1947.
- Heininger, Horst, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945—1950. Berlin 1959.
- Hillgruber, Andreas, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Düsseldorf 1969.
- Hochmuth, Ursel und Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933—1945. Frankfurt/M. 1969.
- Im Bündnis fest vereint. Die schöpferische marxistisch-leninistische Bündnispolitik der SED 1945—1965. Berlin 1966.
- Ipsen, Hans Peter, Hamburgs Verfassung und Verwaltung. Von Weimar bis Bonn. Hamburg 1956.
- Jantzen, Günter, Hamburgs Ausfuhrhandel im XX. Jahrhundert. Hamburg 1953.
- Kaack, Heino, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971.
- ders., Das Problem einer außenpolitischen Alternative für Deutschland. Ein Beitrag zur Analyse der Anfänge der deutschen Außenpolitik nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Konzeption Kurt Schumachers. Diss. phil. (masch.) Kiel 1962.
- Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46. Hannover 1964.
- ders., Entscheidung in Wennigsen. Die Wiedergründung der SPD 1945 und die »Einheit der Arbeiterklasse«, in: *Die neue Gesellschaft* 7 (1960), S. 484—492.
- Kaufmann, Erich, Deutschlands Rechtslage unter der Besatzung. Stuttgart 1948.
- Kelly, Matthew A., The Reconstitution of the German Trade Union Movement, in: *PSQ* 64, S. 24—49.
- Kidron, Michael, Rüstung und wirtschaftliches Wachstum. Ein Essay über den Kapitalismus nach 1945. Frankfurt/M. 1971 (= edition suhrkamp 464).
- Klein, Jürgen, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von

- Einheitsgewerkschaften in Deutschland. (Von der Weimarer Republik bis 1946/47) Hamburg 1973.
- Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«. Diss. phil. Marburg 1957.
- Klink, Dieter, Vom Antikapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft. Die Entwicklung der ordnungspolitischen Konzeption der SPD von Erfurt bis Bad Godesberg. Hannover 1965.
- Klohr, Olof, Der Kampf um die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland — dargestellt am Beispiel Hamburgs, in: *Wiss. Zeitschrift d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftl. Reihe, Jg. 5 (1955/56) S. 777—794.*
- Kluth, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945—1956. Köln 1959.
- Köser, Helmut, Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Diss. phil. (masch.) Freiburg 1971.
- Kolb, Johannes, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Frankfurt/M. 1970.
- KPD 1945—1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel. Berlin 1966.
- Krasomil, Dean, The German Social Democratic Party after 1945. A Contribution to the Study of the SPD in the Period 1945—1952. Frankfurt/M. 1953.
- Krautkrämer, Elmar, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Darstellung der Entwicklung von 1945 bis 1949 mit Dokumenten. Hildesheim 1962.
- Krieger, Leonhard, The Interregnum in Germany: March — August 1945, in: *PSQ 64 (1949), S. 507—532.*
- Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 7a: Die Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945. Berlin 1963.
- Lademacher, Horst, Aufbruch oder Restauration — Einige Bemerkungen zur Interdependenz von Innen- und Außenpolitik in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 563—584.*
- Laschitzka, Horst, Die programmatische Vorbereitung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Deutschland durch das Politbüro und durch eine Arbeitskommission der KPD (Mitte 1944 bis zum Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945) Diss. phil. (masch.), Berlin 1966.
- ders. und Siegfried Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933—1945. Berlin 1964.
- Laufenberg, Heinrich, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung. Bd. 1, 2. Hamburg 1911, 1931.
- Leber, Annedore, Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945. Berlin, Frankfurt/M. 1954.
- Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1972.
- Lindau, Rudolf, Probleme der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1947.
- Link, Werner, Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des

- Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Meisenheim a. Glan. 1965 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 1).
- Lipski, Horst, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1945—1949. Berlin 1964.
- ders., Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD 1945/46, in: BzG 8 (1966), S. 1011—1016.
- Lüth, Erich, Drei Jahre Arbeit für den Wiederaufbau der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1949.
- ders., Erich Klabunde. Journalist und Politiker der ersten Stunde. Hamburg 1971.
- ders., Die Hamburger Bürgerschaft 1946—1971. Wiederaufbau und Neubau. Hamburg 1971.
- ders., Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand. Geschichte der Bürgerschaft. Hamburg 1966.
- ders., Max Brauer. Glasbläser — Bürgermeister — Staatsmann. Hamburg 1972 (= Veröffentlichungen der Lichtwark-Stiftung Bd. 15).
- ders., Viel Steine lagen am Weg. Ein Querkopf berichtet. Hamburg 1966.
- Mahler, Karl, Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland und ihre Stellungnahme zu den wichtigsten Tagesfragen. Berlin 1945.
- Maier, Reinhold, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945—1947. Tübingen 1964.
- Mannschatz, Gerhard und Josef Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945—1947. Berlin 1962.
- Mattedi, Norbert, Gründung und Entwicklung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945—1949. Bonn, Berlin 1966.
- Matthias, Erich, Sozialdemokratie und Nation. Stuttgart 1952.
- ders. und Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.
- Matull, Wilhelm, Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie. Berlin, Hannover 1957.
- Mayhew, Christopher, Die britische Außenpolitik seit 1945, in: Europa-Archiv 1950, S. 3433—3439.
- Merkel, Peter H., Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1965.
- Mertins, Arthur, Dichtung und Wahrheit über die Sozialisierung. Hamburg 1947.
- Mewis, Karl, Im Auftrag der Partei. Erlebnisse im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Berlin 1972.
- Meyer, Gertrud, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933—1945. Frankfurt/M. 1971.
- Milewsky, Bernhard, Illegale Arbeit auf den Werften, in: Der Sozialist, 4. Jg. (1949), Nr. 3.
- Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß Friedrich Stampfers hrsg. von Erich Matthias. Düsseldorf 1968.
- Möller, Kurt Detlev, Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs. Hamburg 1947.
- Möller, Walter, Die Hamburger Arbeiter wollen die Einheit, in: Vereint sind wir alles.

- Molitor, Jan, *Cavalcade* 1946. Hamburg 1947.
- Montgomery, Bernard, *Memoiren*. München 1958.
- Moraw, Frank, *Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933—1948*. Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Müller, Walter, *Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/46*, in: *BzG* 3 (1961), SH, S. 117—138.
- Mulert, Oskar, *Die Neuordnung der kommunalen Verwaltung der Hansestadt Hamburg*. Hamburg 1948.
- Narr, Wolf-Dieter, *CDU—SPD. Programm und Praxis seit 1945*. Stuttgart 1966.
- Neef, Helmut, *Der Freiheit Morgenrot. Das deutsche Volk im Kampf um Einheit und Frieden 1945—1947*. Berlin 1960.
- Nemitz, Kurt, *Die wirtschaftsordnungspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie*. Berlin 1959.
- Der Neuaufbau in Deutschland. *Wirtschaft und Verwaltung in den einzelnen Besatzungszonen*. Fortsetzungswerk in *Loseblattform*. Bd. 1—3 Minden o. J. 1945—1955. Eine Gedenkschrift aus Anlaß des 10. Jahrestages der Sozialdemokratischen Parteikonferenz in Kloster Wennigsen und Hannover vom 5. bis 7. Oktober 1945. o.O. 1955.
- Nevermann, Paul, *Hamburgs bauliche Lage und Entwicklung nach der Kapitulation*, in: *Neues Hamburg* Bd. I.
- Niemann, Heinz, Otto Findeisen, Dieter Lange, Karl-Heinz Wild, *SPD und Hitlerfaschismus. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie von 1933 bis April 1946*. Berlin 1965.
- Nissel, Willy, *Von Lasalle bis Wehner. 100 Jahre deutsche Sozialdemokratie*. Bonn 1963.
- Noack, Paul, *Deutschland von 1945 bis 1960. Ein Abriß der Innen- und Außenpolitik*. München 21960.
- Opel, Fritz und Dieter Schneider, *75 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall*. Frankfurt/M. 1966.
- Oppenheimer, Max, *Die Arbeiterbewegung im antifaschistischen Widerstand*, in: *Marxistische Blätter* 6 (1968), SH 3, S. 124—132.
- Ortlieb, Heinz-Dietrich, *Der gegenwärtige Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland*, in: *Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung*.
- Oshilewski, Walther G., *Gustav Dahrendorf*. Berlin 1955.
- Osterroth, Franz, *Biographisches Lexikon des Sozialismus*. Hannover 1960.
- Otto, Karl A., *SPD und Arbeitereinheit 1945/46. Gegen die Legendenbildung in der sozialdemokratischen Parteigeschichte*, in: *Marxistische Blätter* 6 (1968), SH 3, S. 133—148.
- Otto, Volker, *Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1971 (= *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* Bd. 42).

- Padover, Saul, *Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer*. New York 1946.
- Parteien in der Bundesrepublik. *Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*. Hrsg. von Sigmund Neumann. Stuttgart, Düsseldorf 1955.
- Petersen, Rudolf, *Bürgermeister in schwerster Zeit*, in: *Neues Hamburg* Bd. I. Pieck, Wilhelm, *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur*. Berlin 1947.
- ders., *Probleme der Vereinigung von KPD und SPD*. Berlin 1946.
- Piette, André, *L'Economic Allemande Contemporaine 1945—1952*. Paris 1952.
- Pirker, Theo, *Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland*. 2 Bde. München 1960.
- ders., *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964*. München 1965.
- Plener, Ulla, *Kurt Schumachers Konzeption der demokratischen Republik — die Grundlage seiner antikommunistischen Politik (1945/1946)*, in: *BzG* 8 (1966), S. 802—821.
- Plum, Günter, *Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung*, in: *VjZG* 9 (1961), S. 50—65.
- Die Politik der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Auszüge aus Berichten und Diskussionsreden der Delegierten-Konferenz der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD am 19. und 20. September 1947 im Haus der Einheit in Berlin*. Berlin 1947.
- Pollock, James K., *Die Entwicklung der deutschen Selbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 18/1965, S. 54—56.
- Potsdam 1945. *Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«*. Hrsg. von Ernst Deuerlein, München 1963 (= dtv-Dokumente, Bd. 152/153).
- Prittie, Terence, *Deutsche gegen Hitler*, Tübingen 1965.
- Probleme der westdeutschen Wirtschaft. Tätigkeit des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften für die Geschäftsjahre 1946—1949*. Köln o. J.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD. Hannover 9.—11. 5. 1946; Nürnberg 29. 6.—2. 7. 1947; Düsseldorf 11.—14. 9. 1948*.
- Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und der KPD am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper »Admiralpalast« in Berlin*. Berlin 1946.
- Pünder, Tilman, *Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946—1949*. Köln 1966.
- Puls, Ursula, *Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des Zweiten Weltkrieges*. Berlin 1959.
- Rast, Gertrud, *20 Jahre danach. Probleme und Fakten des Widerstandes in Deutschland und Hamburg*. Hamburg 1965.
- Reger, Erik, *Zwei Jahre nach Hitler*. Hamburg, Stuttgart 1947.
- Reimann, Max, *Entscheidungen 1945—1956*. Frankfurt/M. 1973.
- Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*. Berlin 1965.
- Rexin, Manfred, *Die Jahre 1945—1949*. Hannover 1962.
- Richtlinien der Militärregierung für die Verwaltung, die örtliche und die Gebietsregierung sowie für den öffentlichen Dienst*. o. O. 1946.

- Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.
- Ritter, Waldemar, Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption und seiner Gesellschafts- und Staatsauffassung. Hannover 1964.
- Ritzel, Heinrich G., Kurt Schumacher in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Hamburg 1972 (= rowohlt's monographien 184).
- Röder, Werner, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940—1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Hannover 1968.
- Röhl, John C. G., From Bismarck to Hitler. The Problem of Continuity in German History, London 1970.
- Roggenbuck, Helene, Der Widerstand der illegalen KPD während des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der Hamburger Kommunisten. Diss. phil. (masch.) Berlin 1961.
- Rohlfing, Marga, Lohn und Lebenshaltungskosten. Hamburg 1947.
- Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1971.
- Rudzio, Wolfgang, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der britischen Zone. Stuttgart 1968 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 17).
- Schachtner, Richard, Die deutschen Nachkriegswahlen. München 1956.
- Schellenger, Harold, The SPD in the Bonn Republic. A Socialist Party Modernizes. Den Haag 1968.
- Schlange-Schöningen, Hans, Am Tage danach. Hamburg 1946.
- ders., Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945—1949. Hamburg, Berlin 1955.
- Schmidt, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung 1945—1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. 1970.
- ders., Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften. Frankfurt/M. 1971 (= edition suhrkamp 487).
- Schmidt, Ute und Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945—1948. Berlin 1971 (= Rotbuch 27).
- Schmoller, Gustav von, Die Befugnisse der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland. Oberursel 1950.
- Schramm, Christa, Entmachtung und Verbot der SPD in Hamburg im Jahre 1933. Hausarbeit zur 1. Lehrprüfung. Hamburg 1960.
- Schramm, Percy Ernst, Die Niederlage 1945. München 1962. (= dtv-Dokumente 80/81).
- Schütz, Klaus, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik.
- Schult, Johannes, Die Hamburger Arbeiterbewegung als Kulturfaktor. Ein Beitrag zur hamburgischen Kulturgeschichte. Hamburg 1954.
- Schulz, Klaus-Peter, Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46. Berlin 1965.
- ders., Sorge um die deutsche Linke. Eine kritische Analyse der SPD-Politik seit 1945. Köln, Berlin 1954.
- Schulze, Fiete, Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gestapo-Gefängnis in Hamburg. Berlin 1959.
- Schumacher, Kurt, Grundsätze sozialistischer Politik. Hamburg 1946.

- ders., Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus. Hamburg 1948.
- ders., Reden und Schriften. Berlin 1962.
- ders., Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland. Dieser Vortrag wurde gehalten auf dem Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg am 27. Januar 1946. Hamburg 1946.
- Schumann, Hans-Gerd, Die politischen Parteien in Deutschland nach 1945. Ein bibliographisch-systematischer Versuch. Frankfurt 1962.
- Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949. Neuwied, Berlin 1966 (= *Politica* 38).
- Sering, Paul, Jenseits des Kapitalismus. Nürnberg 1946.
- Severing, Carl, Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik. Köln 1950.
- Siebrecht, Valentin, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in der Nachkriegszeit. Stuttgart 1956.
- Sörgel, Werner, Konsensus und Interesse. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1969.
- Spiro, Herbert John, The Politics of German Codetermination. Cambridge (Mass.) 1958.
- Splidt, Franz, Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge, ihr Wiederaufbau nach 1945. Hamburg o. J. [1947].
- ders., Der Neuaufbau der Hamburger Gewerkschaften, in: Neues Hamburg Bd. I.
- Statistik der britischen Besatzungszone. Bd. 1—11. Hamburg 1947.
- Statistik des Hamburgischen Staates. Hrsg. vom Statistischen Landesamt H. XXXV: Ergebnisse der Volks- und Berufszählung in der Hansestadt Hamburg am 29. Oktober 1946. Hamburg 1950.
- Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft in Hamburg. 1933, 1946 ff.
- Stern, Carola, SED. Porträt einer bolschewistischen Partei. Köln 1954.
- dies., Ulbricht. Eine politische Biographie. Köln, Berlin 1963.
- Stödter, Rolf, Deutschlands Rechtslage. Hamburg 1948.
- Stolper, Gustav, Deutsche Wirklichkeit. Hamburg 1949.
- Stubenrauch, Wolfgang, Zeittafel 1945—1947. Politische und wirtschaftsstatistische Übersichten. Hamburg 1947.
- Stulz, Percy und Siegfried Thomas, Zur Entstehung und Entwicklung der CDU in Westdeutschland 1945—1949, in: *ZfG* 7 (1959), S. 91—117.
- Suderow, Katrin, Die Politik der SPD und der Gewerkschaften in Hamburg von der Machtergreifung bis zur Aus- bzw. Gleichschaltung. Hausarbeit zur 1. Lehrprüfung. Hamburg 1971.
- Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935—1946. Düsseldorf 1971. (= Studien zur modernen Geschichte Bd. 1).
- Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Widerstandsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933. Ein Bericht von Walter Schmedemann. Hamburg 1948.
- Tätigkeitsberichte der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Hamburg 1946 ff.
1. Hamburg 2 Jahre unter englischer Herrschaft (1945/46)

2. Hamburgs Politik 1947/48
 3. Vor neuen Wahlen in Hamburg 1947/48
 4. Hamburgs Politik 1949/50
- Thalheimer, August, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg. o. O. o. J.
- ders., Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. o. O. 1945.
- Thape, Ernst, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten. Hannover 1969.
- Theimer, Walter, Von Bebel zu Ollenhauer. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie. München 1957.
- Thilenius, Richard, Die Teilung Deutschlands. Hamburg 1957.
- Thomas, Siegfried, Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46. Berlin 1964.
- Timm, Herbert, Zusammengefaßte Hauptergebnisse einer Untersuchung über Hamburgs Wirtschaftsstruktur und -entwicklung mit Folgerungen für die Investitionspolitik. Hamburg 1949.
- Tjaden, Karl Hermann, Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim a. Glan 1964 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Bd. 4).
- Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933—1945. Bearbeitet von Willi Sander, Gertrud Meyer und Ursel Hochmuth. Hamburg 1968.
- Treue, Wilhelm, Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. Hannover 1967.
- Treue, Wolfgang, Deutsche Parteiprogramme 1861—1954. Göttingen, Frankfurt/M. 1954.
- Über die geistigen und politischen Strömungen der neueren Zeit. Als Manuskript vervielf. Hamburg 1946.
- Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Bd. I, 1. Halbband. Berlin 1955.
- ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. II: 1933—1946. Berlin 1955.
- Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941—1948. Hrsg. von Wilhelm Cornides und Hermann Volle. Oberursel 1948.
- Ein unbekannter Brief Walter Ulbrichts vom Mai 1945, in: ZfG 13 (1965) S. 999—1000.
- Unser Schulprogramm. Hrsg. vom Vorstand des Landesverbandes der KPD Wasserkante. Stade 1947.
- Unser Wort an die Wähler. Der Hamburg-Plan der Sozialdemokratischen Partei. Hamburg [1949].
- Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung. Hrsg. von W. Weddigen, Berlin 1950 (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik N. F. Bd. 2).
- Urban, Karl, Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg, in: ZfG 7 (1959), S. 1544—1576.

- Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht. Berlin 1966.
- Vietzke, Siegfried, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz. Berlin 1966.
- Vogel, Walter, Westdeutschland 1945—1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. 2 Bde. Koblenz 1956, 1964 (= Schriften des Bundesarchivs 2,12).
- Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland. München 1966 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 11).
- Vosske, Heinz, Dokumente aus der programmatischen Tätigkeit der KPD für den Aufbau eines neuen antifaschistisch-demokratischen Deutschlands (Februar/März 1945), in: BzG 10 (1968), S. 470—488.
- Wallich, Henry C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Frankfurt/M. 1955.
- Warum mußte die Münchener Konferenz scheitern? Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. Berlin [1947].
- Warum so einfältig, Herr Marquardt? Eine Antwort auf fünf alltägliche Fragen und auf die volksfeindliche Hetze der Hamburger Spalter von Erich Hoffmann. Hamburg 1949.
- Weber, Hermann, Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916—1966. München 1967 (= dtv-Dokumente 405).
- ders., Die Parteitage der KPD und SED, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/1963.
- ders., Das Prinzip links. Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847—1973. Hannover 1973.
- ders., Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum SED-Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Köln 1964.
- ders., Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde. Frankfurt/M. 1969.
- ders., Die SED 1946—1971. Hannover 1971 (= edition Zeitgeschehen 16).
- Wehner, Herbert, Um den Marshall-Plan, in: Weckruf 1. Jg. (1947).
- Weisenborn, Günter, Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945. Hamburg 1953.
- Weisser, Gerhard, Sozialisierung. Forderung der Gegenwart. Hamburg 1947.
- Wellke, Emil, Im Zeichen des Widerstandes, in: Der Sozialist, 4. Jg. (1949) Nr. 13.
- Wesemann, Fried, Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland. Frankfurt/M. 1952.
- Die westdeutschen Parteien 1945—1965. Ein Handbuch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Berlin 1966.
- Wheeler, George S., Die amerikanische Politik in Deutschland 1945—1950. Berlin 1958.
- Widerstand und Erneuerung. Neue Berichte und Dokumente vom inneren Kampf gegen das Hitler-Regime. Stuttgart 1966.
- Wie wird in der britischen Zone gewählt? o. O. o. J.
- Wieck, Hans Georg, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des

- Zentrums im Jahre 1945. Düsseldorf 1953 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 2).
- Die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie. Bericht über Vorgeschichte und Verlauf der sozialdemokratischen Parteikonferenz von Hannover v. 5.—7. Oktober 1945. London 1945.
- Wildemann, Rudolf, Partei und Fraktion. Ein Beitrag zur Analyse der politischen Willensbildung und des Parteiensystems in der Bundesrepublik. Meisenheim a. Glan 1954 (= Parteien, Fraktionen, Regierungen Bd. 2).
- Winzer, Otto, Sozialistische Politik? Eine kritische Stellungnahme zu Reden und Aufsätzen von Dr. Kurt Schumacher. Berlin 1947.
- ders., Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD 1933—1945. Berlin 1955.
- Wir schaffen die Einheit. Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralaussschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke. Berlin o. J.
- Witt, Friedrich-Wilhelm, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30—1933. Hannover 1971.
- Witter, Ben, Sie sind einsam oder züchten Rosen . . . Was aus den Hamburger KP-Funktionären geworden ist, in: Die Zeit v. 30. 4. 1959.
- Wrobel, Kurt, Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die SED nach dem Gründungsparteitag der SED, in: BzG 3 (1961), SH, S. 235—253.
- ders., Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse (1945—1946), in: BzG 2 (1960), S. 51—65.
- Zahlen zur Ernährungslage. Veröffentlicht vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften (Britische Zone) o. O. 1947.
- Zink, Harold, Military Government in Germany. New York 1947.
- ders., The United States in Germany 1944—1955. Princeton, Toronto, London, New York 1957.
- Zinkeisen, Kurt, Die Hamburger Industrie und ihre Produktionsbedingungen seit der Kapitulation, in: Neues Hamburg Bd. I.
- Zipfel, Friedrich, Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/1965.
- Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Dokumenten und Materialien aus den Jahren 1914—1946. Hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED. Berlin 1954.
- Zur sozialen Lage in der britischen Zone. Lemgo 1948.

IV. ZEITUNGEN, ZEITSCHRIFTEN, SONSTIGE PERIODIKA

- Der Aktivist. Mitteilungsblatt für die Jungsozialisten in der SPD, Landesorganisation Hamburg. Jg. 1 (1947) ff.
- Amtlicher Anzeiger. Beilage zum Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt. Hamburg Jg. 1946 ff.
- Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet o. O. o. J.
- Appell! Blätter der Verfolgten des Naziregimes. Hamburg 1946.
- Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Jg. 1 (1959) ff.

- Beiträge zur Zeitgeschichte. Jg. 1 (1958) ff.
- Dokumentation der Zeit. Deutschland-Archiv (2 ff.: Gesamtdeutsches Informations-Archiv). Bd 1 (1949) ff.
- Europa-Archiv. Dokumente zur europäischen Politik. Frankfurt/M., Basel Jg. 1 (1946) ff.
- Die Frau. Mitteilungsblatt für die Frauengruppen der SPD, Landesorganisation Hamburg. Jg. 1 (1947) ff.
- Geist und Tat. Monatsschrift für Geist, Freiheit und Kultur. Hamburg Jg. 1/2 (1946/47) ff.
- Die neue Gesellschaft. Jg. 1 (1954/55) ff.
- Gewerkschaftszeitung. Zeitschrift der freien Gewerkschaften in der Britischen Zone. Jg. 1/2 (1946/47) ff.
- Hamburger Allgemeine Zeitung. Für christlich-demokratische Erneuerung. Jg. 1 (1946) ff.
- Hamburger Echo. Jg. 59 (1933); Jg. 71 (1946) ff.
- Hamburger Freie Presse. Jg. 1 (1946) ff.
- Hamburger Fremdenblatt. Jg. (1933).
- Hamburger Nachrichten-Blatt der Militärregierung. Nr. 1 (9. 5. 1945) — Nr. 160 (28. 3. 1946). Mehr nicht erschienen.
- Hamburger Verordnungsblatt. Jg. 1945, Nr. 1—Nr. 20.
- Hamburger Volkszeitung. Organ der KPD-Wasserkante für die Werktätigen. 1. August-Woche 1933.
- Hamburger Volkszeitung. Kommunistische Tageszeitung für Hamburg und Umgebung. Jg. 15 (1946) ff.
- Informationen der Kommunistischen Partei, Bezirksleitung Wasserkante. Hamburg Jg. 1 (1947) ff.
- Informationsblatt für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Landesorganisation Hansestadt Hamburg. Jg. 1 (1946) ff.
- Informationsdienst der Freien Gewerkschaften/Bezirk Hamburg — Schleswig-Holstein, Jg. 1 (1946) ff.
- International Review of Social History. Jg. 1 (1956) ff.
- Jahresberichte der Landesorganisation Hamburg der SPD. 1946 ff.
- Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1946 ff.
- Marxistische Blätter. Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Jg. 1 (1963) ff.
- Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg. (Jg. 4 ff.: Der Sozialist) Jg. 1 (1945) ff.
- Neue Hamburger Presse. Wochenzeitung der Militärregierung für Groß-Hamburg und Schleswig-Holstein. Nr. 1 (9. 6. 1945) — Nr. 79 (30. 3. 1946). Mehr nicht erschienen.
- Neue Politische Literatur. Berichte über das internationale Schrifttum. Jg. 1 (1956) ff.
- Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt. Hrsg. von Erich Lüth. Bd. 1—15. Hamburg 1947—1965.
- Political Science Quarterly. Jg. 1945 ff.
- Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Jg. 1 (1951) ff.
- Politische Bildungshefte. Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirksleitung Wasserkante, Abteilung Schulung und Werbung. Jg. 1 (1947) ff.

- Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Jg. 1 (1960) ff.
- Referentenmaterial, SPD Landesorganisation Hansestadt Hamburg. Nr. 1 (Juni 1946) ff.
- Rheinischer Merkur. Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft. Jg. 15 (1960).
- Schulungsdisposition. Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirksleitung Wasserkante. Jg. 1 (1947) ff.
- Der Sozialist s. Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg.
- Sozialistische Hefte. Jg. 1 (1961/62) ff.
- Sozialistische Politik in Hamburg. Informationsblätter der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Nr. 1 (September 1946) ff.
- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 1 (1952) ff.
- Weckruf. Mitteilungsblatt für die Betriebsgruppen der SPD, Landesorganisation Hamburg. Jg. 1 (1947) ff.
- Weg und Ziel. Funktionsorgan der KPD Wasserkante. Jg. 1 (1946) ff.
- Die Welt. Überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone. Jg. 1 (1946) ff.
- Die Weltbühne. Jg. 1 (1946) ff.
- Die Zeit. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur. Jg. 1 (1946) ff.
- Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 1 (1953) ff.

PERSONENREGISTER

- Abshagen, Robert 50
Ackermann, Anton 222
André, Edgar 44, 48, 51, 200
Arndt, Ernst Moritz 213
Arp, Erich 133
Auhagen, Emil 39
- Bär, Curt 287
Bästlein, Bernhard 50, 51
Bebel, August 171
Bebert, Paul 56, 69, 70
Bergmann, Paul 63, 92, 166, 178, 187,
290, 305, 311
Biedermann, Adolf 37, 200, 275
Bismarck, Otto von 27
Blankenfeld, Albert 187
Blenkle, Konrad 48
Blohm, Rudolf 200
Blume, August 188, 290
Bohne, Walter 50
Borchers, Lorenz 64, 79—81, 290
Borgner, Otto 101, 154, 183, 189
Brandler, Heinrich 318
Brauer, Max 189, 241—242, 244,
247, 253, 255—257, 260, 263, 311,
325
Bresk, Paul 66, 69—70
Bruck, Emanuel 281
Bruhn, Gustav 44, 50
Bucerius, Gerd 183
Buch, Willi 305
Büll, Johannes 325
Bugdahn, Paul 187, 290
Busch, Arthur 56
- Dahrendorf, Gustav 35, 53, 162—
164, 166, 189, 275, 277, 303—305
Deter, Adolf 45
Dethlefs, Friedrich 64, 69—70, 79—81,
186, 229, 285, 319
Dettmann, Friedrich 51, 79—81,
84—85, 101, 111—112, 134—139,
142, 144, 154, 176—177, 183, 186,
205, 218—220, 236, 253, 289—290,
308—310, 317
Diederichs, Georg 36—39, 277
Diestel, Arnold 258
Dimitroff, Georgi 106—107
Dolgner, Willi 47
Drescher, Erich 50
Duddins, Walter 44—45, 51
Dudek, Walter 183, 189, 249
Dwyer 60—61, 63—64, 66, 69—70,
74, 284—285
- Ehrenteit, John 22—23, 30, 52, 273
Eichler, Willi 84, 96—97, 102
Eisenbarth, Heinrich 183, 189, 295
Ek, Hans 64
Elsner, Willi 56, 80—81, 92, 101,
154, 166, 178, 187, 290, 305, 309,
311
Engels, Friedrich 121, 142, 158, 197,
222
- Fink, Heinrich 230, 236
Finnern, Robert 280
Fischer, Ruth 17
Frank, Friedrich 189, 311

- Frick, Wilhelm 34
Früchtling, Bernhard 188
- Gehrmann, Karl 188, 290
Gniffke, Erich 305
Gobert, Ascan Klée 183
Göring, Hermann 93
Grotewohl, Otto 163
Grünert, Willi 79—81, 186, 311
Grunert, Karl 228—229, 231
Günther, Otto 188, 290
Gundelach, Gustav 177, 186, 229,
309—310
- Häussler, Wilhelm 40—41
Hansen, Richard 41—42, 54
Hartenfels, Ludwig 325
Haß, Peter 40, 279
Heitgres, Franz 183, 186, 310
Helms, Paul 49
Henning, Ernst 200
Hitler, Adolf 18, 21, 27—28, 32, 46,
50—51, 56—57, 74, 83, 93, 134,
190, 201, 205, 265, 274
Hochmuth, Walter 18, 47, 51
Hockenholz, Max 188, 290
Hoffmann, Erich 80, 176—177, 186,
229, 319
Hornberger, Hans 55, 283
Hugenberg, Alfred 21, 27, 274
Husemann, Fritz 278
- Jacob, Franz 18—19, 22—23, 44,
50—51, 273
Jodl, Alfred 293
- Kaden, Albrecht 65, 133
Kähler, Ernst 188, 290
Kalbitzer, Hellmut 56, 58, 64, 66,
70, 84, 92, 187, 287, 290
Karges, Heinrich 19
Karpinski, Karl 80
Karpinski, Paula 80, 187, 189, 290
Kaufmann, Karl 59, 200, 313, 324
Keilhack, Adolf 68, 87, 187—188,
290
Keitel, Wilhelm 293
Kelm-Langhans, Magda 51, 186
Kessler, Fritz 38
Ketels, Max 183
- Kirch, August 187, 290
Klabunde, Erich 244—246, 248
Koch, Christian 183, 257, 295, 325
Kostoff, Traitscho 230
Künder, Paul 36
Kummernuß, Adolph 54, 69, 287
- Landahl, Heinrich 77, 183, 188, 288,
295
Lauenroth, Bruno 38—39
Leber, Julius 200
Leipart, Theodor 272
Lenin, Wladimir Ilijtsch 121, 197
Leuteritz, Max 189
Liebknecht, Wilhelm 171
Lockmann, Gertrud 55
Lübs, Elisabeth 316
Lux, Friedrich 44, 51
- Marx, Karl 121, 142, 158, 197, 222
Maslow, Arkadij 17
Matern, Hermann 111
Mehnke, Heinrich 39
Meitmann, Karl 28—30, 35, 53,
79—81, 84—87, 89, 92—93, 100—
101, 105, 149—151, 154—156,
160—163, 172, 179, 187, 189, 241,
251—252, 277, 290—291, 301,
303—305, 309, 317
Mewis, Karl 51
Möller, Kurt-Detlev 324
Möller, Walter 228—229
Montgomery, Bernard Law 88, 114,
183
Müller, Kurt 229—230, 319
- Napoleon 124
Naujoks, Harry 222, 228—230, 236
Neuenkirch, Gerhard 246—247
Neumann, Heinz 134, 297
Neumann, Siegfried 229
Nevermann, Paul 183, 187—188
Nickel, Egon 45
Nieter, Karl 49
- Papen, Franz von 21
Petersen, Carl 242, 258
Petersen, Rudolf 64, 66, 77,
200—201
Petersen, Wilhelm 63, 66, 183, 299

- Pieck, Wilhelm 106—107, 139, 216,
 297
 Podeyn, Hans 53, 189, 282
 Poller, Walter 188
 Prieß, Heinz 319
 Prinz, Willi 230, 236, 319
- Rademacher, Willy Max 219, 317
 Rajk, László 229
 Reimann, Max 209—211, 317
 Ribbentrop, Joachim von 93
 Richter, Johannes 187
 Röhm, Ernst 40
 Ropers, Wilhelm 36—37, 188, 277
 Rosenfeld, Kurt 309
 Ross, Rudolf 77, 288, 325
 Ruscheweyh, Herbert 77, 288
- Saefkow, Anton 44, 51
 Schaible, Richard 141—143, 186, 298
 Scharnhorst, Gerhard von 213
 Schaumann, Albert 290
 Schlange-Schöningen, Hans 200
 Schleicher, Kurt von 272
 Schmedemann, Walter 36—40,
 63—64, 67, 69—70, 80—81, 86,
 92, 154, 178, 187, 257, 277, 285
 Schmedemann, Willi 36
 Schmidt, August 51
 Schmidt, Helmut 250
 Schönfelder, Adolph 19, 32, 53, 63,
 66, 77, 92, 102, 180, 183, 188,
 190, 244, 255, 262
 Schotte, Hugo 63
 Schubert, Hermann 30—31, 44
 Schult, Johannes 257
 Schulze, Fritz 44, 48, 53, 200, 282
 Schumacher, Kurt 78, 94—98, 102—
 105, 133, 145—146, 149—151,
 159—163, 168, 170—172, 178—
 180, 182, 184, 191—192, 199, 215,
 232, 249, 252—253, 259, 263, 265,
 305
 Schumann, Otto 36—37, 55, 280
 Seewald, Rudolf 81
 Sellmer, Ludwig 290
 Selpien, Ludwig 66, 69—70
 Severing, Carl 23, 93—94
 Seydewitz, Max 309
 Sittenfeld, Max 187, 290
- Sönnichsen, Hermann 188, 290
 Sokolowski, Wassili 319
 Spliedt, Franz 62, 67—70, 72—73,
 286
 Spurling 59
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 17,
 121, 197, 274
 Stein, Karl vom 213
 Steinfeldt, Heinrich 26
 Stobwasser, Albin 299
 Stolten, Otto 258
- Tastesen, Paul 67, 79—81, 141, 166,
 186, 236, 289, 294
 Tessloff, Ernst 80—81, 92, 101, 154,
 166, 178, 188, 290, 305
 Thälmann, Ernst 18, 43—44, 53,
 122, 134—135, 273, 306
 Thalheimer, August 318
 Thesen, Matthias 44—45
 Thoma, Max 66, 290
 Thürey, Magda 81
 Tito, Josip 227, 257
- Uhland, Ludwig 213
 Ulbricht, Walter 106—107, 111, 157,
 177, 186, 319
 Ullrich, Karl 187
 Umland, Claus 187, 290
- Vogel, Hans 42
- Wagner, Josef 247, 323
 Wahls, Otto 45
 Wehner, Herbert 257
 Weidt, Helmut 36
 Wellke, Emil 40
 Westphal, Johann 58, 78, 80—81,
 186, 236, 289
 Wiatrek, Heinrich 48, 51
 Wichelmann, Heinrich 188
 Viele, Berthold 38
 Viele, Louis 38
 Wiesner, Wilhelm 278
 Wilhelm II. 27
 Wilkening, Eduard 324
 Wittfogel, Karl August 229
 Wollweber, Ernst 45
 Wolz, Alwin 59